

Gabriele Schäfer, Dieter Brinkmann (Hrsg.)

Lebensqualität als postmodernes Konstrukt

Soziale, gesundheitsbezogene und kulturelle Dimensionen

Hochschule Bremen
City University of Applied Sciences



Lebensqualität als postmodernes Konstrukt

Soziale, gesundheitsbezogene und kulturelle Dimensionen

Gabriele Schäfer, Dieter Brinkmann (Hrsg.)

Hochschule Bremen
City University of Applied Sciences
Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e.V.

Bremen 2018

Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit (IFKA) e.V.
an der Hochschule Bremen
Neustadtwall 30
28199 Bremen
Internet: www.ifka.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-926499-68-4

Druck und buchbinderische Verarbeitung: KDD Druckterminal
Umschlaggestaltung: Sascha Peschke, Hochschule Bremen
Titelbild: Edelgard Schäfer

© Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e.V.
Bremen 2018 - Rechte vorbehalten

Inhaltsverzeichnis

Einführung	5
I. Theoretische Zugänge.....	11
<i>Olaf Morgenroth</i>	
Lebensqualität – eine moderne Antwort auf die alte Frage nach dem guten Leben?.....	11
<i>Charles Crothers</i>	
Quality of Life and its determinants	33
<i>Christian Spatscheck</i>	
Lebensqualität als Gegenstand Sozialer Arbeit - konzeptionelle Überlegungen und Perspektiven.....	57
II. Soziale Problemlagen und Belastungen.....	77
<i>Heinz Lynen von Berg</i>	
Wertebildung in der Gemeinwesenarbeit – Überlegungen zu theoretischen und methodischen Grundlagen	77
<i>Gabriele Schäfer</i>	
Konfliktbewältigungsstrategien: Erfahrungen und Auffassungen von Studierenden an europäischen Hochschulen	103
<i>Sabine Wagenblass, Marie Seedorf</i>	
Mitbestraft! Kinder inhaftierter Väter – Förderung der Lebensqualität der betroffenen Kinder durch Stärkung der väterlichen Erziehungskompetenzen	131

III. Gesundheitsbezogene Analysen und Perspektiven 151

Gabriele Schäfer

Burnout aus psychologischer Sicht – ein kontroverses Konzept 151

Heinz Janßen, Leonore Köhler

Rehabilitationsbedarf und die Teilhabe
am sozialen Leben im Pflegeheim 179

Wiebke Scharff Rethfeldt

Inanspruchnahme logopädischer Versorgung von mehrsprachigen Kindern
mit/ohne Migrationshintergrund im ambulanten Sektor Erkenntnisse aus
dem Bremer MeKi-SES Projekt 199

Marianne Hirschberg, Franziska Bonna

Lebensqualität behinderter Menschen durch Bildungsteilhabe – ein Beitrag
der Inklusiven Erwachsenenbildung 217

Eckart Seilacher, Jutta Hübner, Matthias Zündel

The Guidance Mobile - Proposal for a Tool to Enhance the Quality of Shared
Decision Making..... 233

IV. Kulturelle Dimensionen und Entwicklungsmöglichkeiten 251

Renate Freericks, Dieter Brinkmann

Freizeit - Bildung - Lebensqualität: Zur Bedeutung des Indikators
„Informelles Lernen“ 251

Bernd Stecker

Freizeit, Nachhaltigkeit und Lebensqualität
– Ein zukunftsfähiger Dreiklang? 277

Rainer Hartmann

Nachhaltiger Tourismus als Baustein der Lebensqualität – Fallstudie zum
Potenzial der Modernistischen Architektur im Städtetourismus 301

Can Aybek, Gaby Straßburger

Hard Times for Distant Partners: How Legal-Administrative Regulations
Affect the Quality of Relationship for Transnational Couples 329

Autorinnen und Autoren..... 355

Einführung

Der vorliegende Sammelband ist entstanden im Forschungscluster Lebensqualität der Hochschule Bremen. Er versammelt verschiedene forschungsgestützte Sichtweisen auf das Phänomen und beleuchtet facettenartig die Problematik des Konstrukts Lebensqualität. Darüber hinaus steht die Brauchbarkeit des Ansatzes für die Entwicklung von Perspektiven in verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsfeldern im Mittelpunkt. Soziale, gesundheitsbezogene und kulturelle Dimensionen werden exemplarisch aufgerufen. Projekterfahrungen und spezifische Arbeitsfelder der Autorinnen und Autoren spielen hier mit hinein. Die Analysen gehen jedoch insgesamt über den Radius des jeweils eigenen Projekthorizonts hinaus. Das ist der Anspruch dieses Sammelbandes.

Mit dem Begriff Lebensqualität werden allgemein Faktoren bezeichnet, die die Lebensbedingungen in einer Gesellschaft für deren Individuen ausmachen. Lebensqualität ist ein Sammelbegriff und multidimensionales Konstrukt, das nicht direkt erfasst, sondern nur in seinen einzelnen Teilbereichen über Indikatoren abgebildet werden kann. Es erscheint möglich, Lebensqualität individuell oder kollektiv zu messen. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Parameter der Lebensqualität entsprechend wissenschaftlich zu definieren. Was die Messbarkeit von Lebensqualität angeht, so gibt es unterschiedliche theoretische Ansätze, die sich sowohl auf individuelle Befindlichkeiten als auch gesellschaftliche Bedingungen beziehen. Der Soziologe Jan Delhey (2002) hat zwischen drei Aspekten von Lebensqualität bzw. Wohlfahrt unterschieden. Materielle Lebensbedingungen beziehen sich auf die individuellen Lebensverhältnisse der Bürger (Einkommen, Lebensstandard, Arbeitsbedingungen). Außerdem beschreibt er den Begriff der Qualität der Gesellschaft. Dabei spielen die kollektiven Merkmale von Gesellschaften eine Rolle, die die Wohlfahrt sowohl in positiver als auch negativer Weise beeinflussen (z.B. soziale Absicherung, Garantie von Freiheitsrechten).

Diese objektiven Faktoren werden durch eine subjektive Ebene ergänzt, auf der die Individuen ihre Wohlfahrt selbst einschätzen. Dieses subjektive Wohlbefinden ist „der Sammelbegriff für Wahrnehmungen und Bewertungen der Lebensbedingungen durch die Bevölkerung“ (Delhey 2002, S. 32).

Auf dieser subjektiven Ebene sind persönliche Präferenzen, Anspruchshaltungen und Werte angesiedelt (Delhey 2002). Die subjektive Ebene wird primär in der Psychologie thematisiert und man versteht unter Lebensqualität vor allem den Grad des subjektiven Wohlbefindens. Die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) lautet: „Lebensqualität ist die subjektive Wahrnehmung einer Person über ihre Stellung im Leben in Relation zur Kultur und den Wertsystemen, in denen sie lebt und in Bezug auf ihre Ziele, Erwartungen, Standards und Anliegen“ (WHO, 1997, S. 1). Die subjektive Ebene scheint für die Bestimmung von Lebensqualität ein entscheidender Faktor zu sein. Viele Beiträge dieses Sammelbandes beziehen sich auf die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung von Herausforderungen der Lebenslagen und Entwicklungschancen.

Das Verhältnis von materiellem Wohlstand und dem Empfinden von Lebensqualität (Glück) erscheint zumindest teilweise entkoppelt. Obwohl es in vielen westlichen Ländern eine Verbesserung beim Einkommen, der medizinischen Versorgung und einer Reihe anderer Bereiche gegeben hat, führt dies nicht unbedingt zu einer steigenden Lebensqualität. Richard Layard, Professor an der London School of Economics erklärte in einem Interview mit dem Stern (Stern 2005, online), dass es ein Paradoxon der Lebensqualität im Sinne einer Entkopplung vom wirtschaftlichen Wohlstand gebe. „Es ist ein Paradox: Ein Land wird reicher, aber die Gesellschaft nicht unbedingt glücklicher ... In den USA und Großbritannien sagen bei Umfragen rund 40 Prozent des reichsten Viertels der Bevölkerung, sie seien ‚sehr glücklich‘ und nur 29 Prozent des ärmsten Viertels. Doch der Anteil der Glücklichen ist in den letzten 50 Jahren gleich geblieben, obwohl sich das Realeinkommen und der Lebensstandard in den USA seit den 50er Jahren verdoppelt hat.“

Die Anhebung des materiellen Wohlstands reicht anscheinend allein nicht aus, um Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Der Umgang mit sozialen Problemlagen und Belastungen, gesundheitsbezogene Strategien und Perspektiven sowie eine Entwicklung in verschiedenen kulturellen Dimensionen müssen offenbar hinzukommen.

Lebensqualität ist ein komplexes multidimensionales Konstrukt, das nur schwer abzubilden und objektiv zu messen ist. Es ist ein Grundlagenthema für viele wissenschaftliche Bereiche (Psychologie, Soziologie, Philosophie, Medizin, Religion, Wirtschaft und Politik) und immer gekoppelt an das in

postmodernen Gesellschaften vorherrschende individuelle Streben nach Glück und Lebenszufriedenheit.

Der Sammelband „Lebensqualität als postmodernes Konstrukt“ berücksichtigt diese Multidimensionalität in der Diktion und vor dem wissenschaftlichen Hintergrund der beteiligten Autorinnen und Autoren. Die Diskussion über eine Stützung, Förderung und Entwicklung von Lebensqualität ist dabei eine Klammer über verschiedene fachspezifische Zugänge hinweg.

Zunächst werden von Olaf Morgenroth, Charles Crothers und Christian Spatscheck die theoretischen Grundlagen des Begriffs Lebensqualität behandelt. Was ist das „gute Leben“, und wie kann man Leitlinien dafür gewinnen, sind dabei aufgeworfene Grundfragen. Das Spannungsverhältnis von objektiven und subjektiven Indikatoren ist ebenfalls ein grundlegendes Thema und führt die Autoren zu Überlegungen der zeitgemäßen Messung von Lebensqualität in unterschiedlichen Kontexten. Darüber hinaus steht die Anschlussfähigkeit des Konstrukts zu relevanten gesellschaftlichen Handlungsfeldern im Fokus (hier exemplarisch der Sozialen Arbeit).

Soziale Problemlagen und individuelle Belastungen stehen im Mittelpunkt des zweiten Kapitels. Wie kann die Wertebildung, verstanden als ein Kernthema der Lebensqualität, in einem Gemeinwesen erfolgen? Wie ist eine Emanzipation von Bewohnern eines Stadtteils möglich? Und wie lassen sich offene Fragen der Wertevermittlung angesichts wachsender Ambivalenzen neu angehen? Diesen Fragen widmet sich der Beitrag von Heinz Lynen von Bergs zur Gemeinwesenarbeit. Mit Blick auf soziale Problemlagen und die Folgen für die Lebensqualität stellt Gabriele Schäfer in ihrem Text Konfliktbewältigungsstrategien in den Mittelpunkt. Vor dem Hintergrund einer unterschiedlichen sozialen und kulturellen Sozialisation von Studierenden aus fünf Ländern werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede erkennbar. Sabine Wagenblass und Marie Seedorf analysieren schließlich in ihrem Beitrag die Ergebnisse eines Projekts mit Inhaftierten in Bremen und ihres Rollenhandelns als Väter. Der zumindest teilweise Erhalt von Lebensqualität für problematische und durch die äußeren Bedingungen instabile Familien spielt hierbei eine Rolle.

Das dritte Kapitel stellt gesundheitsbezogene Analysen und wissenschaftliche gestützte Perspektiven der Gesundheitsarbeit in den Mittelpunkt. Gabriele Schäfer greift in ihrem Beitrag den „unfertigen“ und kontrovers diskutierten Begriff des Burnouts auf. Die Erhaltung subjektiver Lebensqualität

angesichts einer psychischen und körperlichen Erschöpfung steht hier im Fokus. Die Teilhabe am sozialen Leben im Pflegeheim erscheint im Beitrag von Heinz Janßen und Leonore Köhler als Perspektive für eine Lebensqualität im höheren Alter. Angebote der mobilen Rehabilitation können hier unterstützend wirken, so das Ergebnis einer Evaluation in Pflegeeinrichtungen. Wiebke Scharff Rethfeld betrachtet in ihrer regionalen Analyse zur logopädischen Versorgungssituation die Risiken für mehrsprachig aufwachsende Kinder und daran ansetzende kompensatorische Maßnahmen. Sprachstörungen bei mehrsprachigen Kindern mit Migrationshintergrund richtig zu erkennen, erscheint als ein Problem mit mittelbaren Folgen für die Lebensqualität der von Störungen betroffenen jungen Menschen. Marianne Hirschberg und Franziska Bonnen thematisieren den Begriff Inklusion mit Bezug auf die Angebote der Weiterbildung. Teilhabe an Angeboten wird hier zu einem Aspekt der Lebensqualität. Der Abbau von Zugangsbarrieren und Nutzungseinschränkungen ist das erklärte Programm der sozialwissenschaftlichen Evaluation. Eckart Seilacher, Jutta Hübner und Matthias Zündel diskutieren schließlich auf der Grundlage von Projektergebnissen Möglichkeiten für eine Optimierung von partizipativen Entscheidungsprozessen im Rahmen von medizinischen Behandlungen. Die Integration von kognitiven und emotionalen Modellen bei der Heranführung von Patienten an Entscheidungssituationen dient einer besseren Versorgung und damit einer höheren Lebensqualität während und nach einer medizinischen Behandlung.

Im vierten Kapitel werden kulturelle Dimensionen und Entwicklungen im Zusammenhang mit Perspektiven der Lebensqualität diskutiert. Renate Freericks und Dieter Brinkmann thematisieren vor dem Hintergrund mehrerer Forschungsprojekte die Bedeutung des informellen Lernens in der Freizeit. Aufgegriffen werden Entwicklungen in den Feldern Erlebnisbäder, Wissenswelten und Themenparks. Aufgezeigt werden allgemeine didaktische Prinzipien, und unterschiedliche Modelle für eine Gestaltung von Lernsetting werden exemplarisch vorgestellt. Für Bernd Stecker stehen die Auswirkungen von Freizeit und Tourismus auf die Umwelt im Mittelpunkt der Analyse. Für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung kommt dem Freizeitbereich eine Schlüsselrolle zu. Ökologische, soziale und ökonomische Konfliktlinien sind eng verbunden mit einem konsumorientierten Lebensstil. Sein Beitrag bilanziert unterschiedliche Einflüsse und weist auch auf mögliche positive Auswirkungen auf den Erhalt und die Wahrnehmung von schützenswerten Natur- und Kulturlandschaften hin. Rainer Hartmann stellt

exemplarisch die Potenziale der Architektur der „klassischen Moderne“ für den architekturorientierten Städtetourismus heraus und beleuchtet damit bisher wenig wahrgenommene Strukturen des Städtebaus und die damit verbundenen Chancen für die Destinationsentwicklung. Can Aybeck und Gaby Straßburger analysieren schließlich das Phänomen der Heiratsmigration und betrachten die Regelungen der aufnehmenden Gesellschaft. Wer ist von welchen Auflagen betroffen und welche Folgen hat dies für die Lebensqualität und den Alltag der Migranten? Diese und weitere Fragen bestimmen die spannende Analyse von transnationalen Partnerschaften.

Insgesamt beleuchten die in diesem Band versammelten Beiträge ein breites Spektrum unterschiedlicher Zugänge zum Konstrukt Lebensqualität und zeigen Perspektiven für ganz verschiedene Handlungsfelder auf. Allen Autorinnen und Autoren danken wir ganz herzlich für die Mitwirkung an diesem Band und hoffen auf eine breite Rezeption der dokumentierten Analysen und Modelle.

Bremen im September 2018

Die Herausgeber

Literatur

Delhey, Jan (2002): Die Entwicklung der Lebensqualität nach dem EU- Beitritt. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 52/2002, S. 31-38.

Stern (2005): Interview mit Professor Richard Layard „Macht Geld glücklich?“ (11.9.2018).

World Health Organization - Division of Mental Health and Prevention of Substance Abuse (1997): WHOQOL Measuring Quality of Life. PDF (18. 8.2017).

I. Theoretische Zugänge

Lebensqualität – eine moderne Antwort auf die alte Frage nach dem guten Leben?

Olaf Morgenroth

Lebensqualität (Quality of life, QOL) ist in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und darüber hinaus zu einem wichtigen Thema geworden. Zugleich ist QOL ein schwieriges Konstrukt mit einer Reihe theoretischer und methodologischer Probleme. Dazu gehören z.B. die Diskrepanzen zwischen objektiven vs. subjektiven Maßen von QOL verbunden mit der Frage nach den dafür verantwortlichen psychologischen Prozessen. Die Diskussion um geeignete Indikatoren sowie die Vielzahl inzwischen entwickelter Messinstrumente verweisen ebenfalls auf ungelöste theoretische und methodologische Probleme. Weiterhin stellt sich die Frage nach der kulturellen Eingebundenheit jeder Form von Beurteilung der eigenen Lebenssituation. Schließlich wäre eine Offenlegung und Diskussion anthropologischer Prämissen von QOL sinnvoll, um das Konstrukt weiter zu entwickeln und ethische Implikationen zu bedenken. Die Vielzahl offener Fragen und die Relevanz von QOL als gesellschaftlicher Leitwert lassen erwarten, dass QOL in der Zukunft weiterhin intensiv beforscht werden wird.

1. Einleitung

Seit den siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts hat das Konstrukt der Lebensqualität eine erstaunliche Karriere vorzuweisen. Bei einer Google-Suche am 14.12.2017 resultierten 966 Millionen Treffer. Für den deutschen Sprachraum waren es immerhin noch über acht Millionen Treffer. Eine Datenbankrecherche in PSYCINFO und MEDLINE ergab für das Schlagwort „Quality of life“ für den Zeitraum 1970-1989 nur 9.424 Treffer, für 1990-2009 aber schon 151.025 Treffer und seit 2010 bis heute wiederum 189.180

Treffer. Dieser Trend über die Zeit lässt sich auch *Abbildung 1* entnehmen, wobei anzumerken ist, dass in den herangezogenen Datenbanken primär Publikationen aus den Bereichen Medizin und Psychologie berücksichtigt werden, nicht jedoch aus den Sozial- und Geisteswissenschaften. Dies ist insofern von Bedeutung, da die Lebensqualitätsforschung nicht nur durch die Debatte um einen positiven Gesundheitsbegriff und entsprechende Initiativen der WHO befeuert wurde, sondern mindestens ebenso eng mit dem Diskurs um den Wohlfahrtsbegriff in westlichen Gesellschaften zusammenhängt. Seit den sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wird über alternative bzw. ergänzende Indikatoren gesellschaftlicher Wohlfahrt diskutiert und geforscht. Die alleinige Konzentration auf ökonomische Indikatoren, vorzugsweise das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und damit einhergehend einen materiellen Wohlfahrtsbegriff wurde zunehmend infrage gestellt. Dieser Prozess der Neujustierung um das Verständnis von Wohlstand als Ziel gesellschaftlicher Entwicklung dauert bis heute an. Hier wäre z. B. auf den Bericht der Enquete-Kommission des 17. Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ hinzuweisen (Deutscher Bundestag 2013). Spektakulär in diesem Zusammenhang war die Einführung des Gross National Happiness (GNP) in Bhutan am 1.7. 2008. Die Initiative Bhutans trug wesentlich zu der UN-Resolution 65/309 vom 9.7. 2011 bei, in welcher die gesellschaftliche Entwicklung in den Dienst des universellen Ziels von Glück (Happiness) und Wohlbefinden (Well-Being) der Menschen gestellt wird.

Das Interesse am Konstrukt Lebensqualität ist also nicht nur medizinisch oder sozialwissenschaftlich begründet, sondern übergreifender Natur und schließt auch politische Diskurse mit ein. Darüber hinaus existieren weitere gesellschaftliche Trends, die zum Konstrukt Lebensqualität in Beziehung stehen. Dazu gehört z. B. der Wellness-Trend. Wellness – eine Neuschöpfung aus den Begriffen Well-Being und Fitness – ist zu einem nachgefragten Konsumprodukt auf dem Gesundheitsmarkt geworden. Das Global Wellness Institute (2017) schätzte das Volumen des globalen Wellnessmarktes für das Jahr 2015 auf 3,7 Billionen (= 10^{12}) US-Dollar. Für Deutschland liegt die Schätzung bei ca. 73 Milliarden US-Dollar. Auch auf die sich entwickelnde Lifestyle-Medizin, d. h. den nichttherapeutischen Einsatz medizinischer Mittel zur Verbesserung von Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden oder zur Veränderung körperlicher Merkmale wäre hier hinzuweisen. Bei beiden Trends wird Lebensqualität auf eine Zielgröße individueller Lebensführung

reduziert, zu deren Realisierung entsprechende Konsum- bzw. Medizinprodukte und Dienstleistungen angeboten werden.

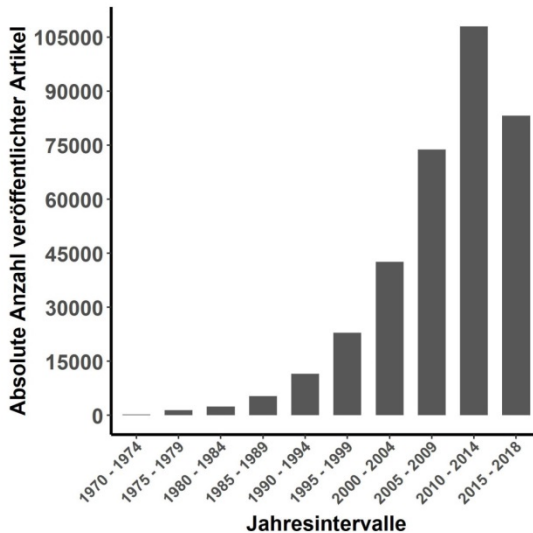


Abbildung 1: Ergebnis Datenbankrecherche zu QOL vom 14.12.2017 in PSYCINFO und MEDLINE

Zusammenfassend betrachtet kann Lebensqualität also nicht nur als interdisziplinäres Domain-Forschungsprogramm (Herrmann 1976) innerhalb verschiedener Wissenschaften betrachtet werden, sondern strahlt weit darüber hinaus in andere Gesellschaftsbereiche aus. Damit hat Lebensqualität das Potenzial zu einem gesellschaftlichen Leitwert, der dem Handeln unterschiedlicher Akteure, Gruppen, Organisationen und Institutionen Orientierung in einer von Modernisierungsschüben verunsicherten Welt bietet. Ein großer Vorzug des Konstruktes Lebensqualität ist dessen Anwendbarkeit auf unterschiedliche Ebenen: Gesellschaft als Ganzes, sozialräumliche Einheiten (z. B. Stadt vs. Land) einzelne soziale Gruppen (z.B. Alleinerziehende oder Menschen in höherem Alter) oder auch das einzelne Individuum. Dadurch, dass es räumliche, soziale, und inhaltspezifische Grenzen (z. B. Gesundheit) transzendiert, stellt es Anknüpfungspunkte für integrative Diskurse zur Verfügung. Dazu gehört auch, dass Lebensqualität sowohl durch

objektive als auch durch subjektive Kriterien beschrieben werden kann und somit das Spannungsverhältnis zwischen individueller und intersubjektiver bzw. gesellschaftlicher Perspektive zum Gegenstand macht.

2. Ursprünge der Lebensqualitätsforschung

Ein bedeutsamer Ursprung der modernen Lebensqualitätsforschung liegt in der Wohlfahrtsforschung. Bereits 1972 kritisierten Hans-Jürgen Krupp und Wolfgang Zapf die Einengung der Wohlfahrtsberichterstattung auf einzelne ökonomische Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und warben für das Konzept der Lebensqualität: „Es sind Kritiken der ‚Überflussesgesellschaft‘, es sind Studien zur Umweltschädigung, zu Problemen der Großstädte, der Arbeitsmonotonie, der Ohnmacht des Bürgers gegenüber Bürokratien, in denen ein neues Ziel formuliert wurde: Quality of Life: *Lebensqualität* [Hervorhebung im Original]“ (Zapf 1972, S. 353). Ihre Arbeiten und Initiativen waren Teil eines allgemeinen Trends der Abkehr von einem primär ökonomischen Verständnis von Wohlfahrt hin zu einem erweiterten Wohlfahrtsbegriff, der auch soziale Aspekte mit einbezieht. Damit verbunden war auch die Suche nach neuen, geeigneten Indikatoren. In Deutschland setzten das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte SPES-Projekt (Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem) sowie der Sonderforschungsbereich 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ an den Universitäten Frankfurt und Mannheim wichtige Impulse für die Forschung zu Lebensqualität. Daran schloss sich u. a. der Aufbau des sozioökonomischen Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaft (DIW) an (vgl. Glatzer 2010; Schupp 2014). Beim SOEP handelt es sich um ein repräsentatives Panel privater Haushalte in Deutschland, deren Personen seit 1984 jährlich befragt werden, und dass inzwischen zu einer prospektiv angelegten Mehrkohortenstudie weiterentwickelt wurde (Schupp 2014, S. 9).

Als Triebkräfte dieser frühen Lebensqualitätsforschung lassen sich mehrere Faktoren benennen:

1. Krisenhafte Entwicklungen in unterschiedlichen Lebensbereichen wie Umwelt (Klimawandel, Reduktion der Artenvielfalt, Unwirtlichkeit der Städte), Ökonomie (Ölpreisschock, Finanzmarktkrisen, Staatsverschuldung) sowie Gesellschaft (Armut, soziale Ungleich-

- heit, Absicherung von Lebensrisiken) warfen Fragen zu einer nachhaltigen Gestaltung und Entwicklung auf.
2. Der kulturelle Wertewandel von materialistischen Werten wie Sicherheit und Ordnung hin zu postmaterialistischen Werten wie Freiheit, Mitbestimmung, Glück, Schutz der Umwelt u. a. (Inglehart 1977; Inglehart & Welzel 2005) stärkte das Interesse am Konstrukt Lebensqualität.
 3. Durch die empirisch nachweisbare Abkoppelung der subjektiven Lebenszufriedenheit von ökonomischer Wohlstandsmehrung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ebenso wie auf individueller Ebene wurde zunehmend deutlich, dass objektiv steigender Wohlstand nicht automatisch zu mehr Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden führt.

Diese Forschung führte zu einigen zentralen Befunden, die auch heute noch gültig sind: Erstens war festzustellen, dass objektive Indikatoren von Wohlfahrt und Lebensqualität nicht immer mit der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung von Personen übereinstimmen. In dem Modell von Glatzer und Zapf (1984) wird dieses Spannungsverhältnis ebenfalls thematisiert (vgl. Abbildung 2a). Neben den beiden kongruenten Fällen der Übereinstimmung zwischen objektiven Lebensbedingungen (Well-Being und Deprivation), stehen Adaptation und Dissonanz für die Abweichung zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden. Zweitens scheinen subjektive Bewertungen von Lebensbedingungen für die Lebensqualität bedeutsamer zu sein als die objektiv gemessenen Lebensbedingungen selbst. Diese Erkenntnisse haben mit zu einem „Psychological turn“ (Schupp 2014, S. 10) in der Lebensqualitätsforschung beigetragen.

Subjektives Wohlbefinden	Objektive Lebensbedingungen		Subjektives Krankheits-erleben / Verhalten	Medizinischer Befund	
	gut	schlecht		gesund	krank
gut	Well-Being	Adaptation	gesund	gesund	gesunder Kranker
schlecht	Dissonanz	Deprivation	krank	kranker Gesunder	krank

Abbildungen 2a, 2b. Das Verhältnis zwischen objektiven vs. subjektiven Indikatoren

von Lebensqualität: 2a) nach Glatzer und Zapf (1984, S. 25) und 2b) in Anlehnung an Myrtek (1998, S. 20)

Als weiterer Ursprung des Interesses am Konstrukt Lebensqualität können die Bemühungen um einen positiven Gesundheitsbegriff betrachtet werden. Wurde Gesundheit in der modernen Medizin lange Zeit primär negativ als Abwesenheit von Krankheit verstanden, so forcierte insbesondere die WHO einen positiven Gesundheitsbegriff. In ihrer Verfassung von 1946 (p. 1) heißt es gleich zu Beginn: "Health is a state of complete physical, mental and social well-being and not merely the absence of disease or infirmity". Unterstützt wurde dieses Umdenken durch eine Verschiebung der Krankheitslast von Infektionskrankheiten zu chronischen Erkrankungen wie koronare Herzkrankungen, Krebs oder Altersdiabetes und der damit verbundenen Frage der Bewältigung krankheitsbedingter Funktionseinschränkungen. Ferner trugen medizinische Technologien zu einer Verlängerung der erwartbaren Lebenszeit bei, wodurch der Umgang mit den gewonnenen Lebensjahren und die Bewältigung von Funktionsverlusten im Alter zu wichtigen Themen wurden. Im Zuge dieser Entwicklungen wuchs auch die Skepsis, ob Behandlungseffekte und allgemein der Gesundheitsstatus ausschließlich mittels objektiver Messverfahren wie z. B. Laborwerten oder bildgebenden Verfahren angemessen erfasst werden können oder ob nicht auch die subjektive Wahrnehmung von Patientinnen und Patienten für Heilung und Gesundheit von Bedeutung ist.

3. Konzepte und Messung von QOL

In der Forschung wird QOL heute vorzugsweise als ein individuumszentriertes Konstrukt definiert und operationalisiert (Schumacher, Klaiberg & Brähler 2003). Lebensqualität meint die Wahrnehmung und Bewertung für das Wohlbefinden relevanter Aspekte. So definiert die Arbeitsgruppe der WHO Lebensqualität als „individuals' perception of their position in life in the context of the culture and value systems in which they live and in relation to their goals, expectations, standards and concerns“ (WHO 1997, p. 1). Neben der Hervorhebung der subjektiven Perspektive, die Lebensqualität immer enthält, spricht diese Definition zwei weitere zentrale Aspekte an. Erstens verweist sie auf die soziokulturelle Eingebundenheit von Lebensqualität. Ein zweiter zentraler Punkt ist die Perspektive der Person als Akteur in Bezug

auf das eigene Leben: Menschen verfolgen aktiv Ziele, bilden Erwartungen und bewerten die Ergebnisse ihres Handelns in Bezug auf individuell unterschiedliche Vergleichsstandards. Diese Perspektive intentionaler Lebensgestaltung und Selbstentwicklung unterstreicht die Individualität von Lebensqualität und schreibt dem Individuum eine Mitverantwortlichkeit für sein subjektives Wohlbefinden zu. Personen darin zu unterstützen, diese Verantwortung zu erkennen und wahrnehmen zu können wird damit zu einer zentralen gesellschaftlichen Aufgabe und Empowerment zu einer wichtigen Strategie zur Förderung von Lebensqualität.

In der Psychologie etablierte sich zunächst das Konstrukt des subjektiven Wohlbefindens (subjective well-being). Hier sind vor allem die Arbeiten der Forschergruppe um Ed und Carol Diener zu nennen (Diener 1984; Diener & Diener 1996; Diener et al. 1999) mit der Differenzierung zwischen einer affektiven Komponente, d. h. der Balance zwischen positiven und negativen Affekten und einer kognitiven Komponente, der allgemeinen bzw. bereichsspezifisch differenzierbaren Lebenszufriedenheit. Dieser Forschung liegt eine hedonistische Orientierung zugrunde, d. h. Wohlbefinden zeichnet sich dadurch aus, dass die Häufigkeit – die Intensität ist weniger bedeutsam – positiver affektiver Zustände (Lust, Freude, Glück etc.) maximiert, die negativer affektiver Zustände (Schmerz, Leid) hingegen minimiert wird. Philosophisch lässt sich dieser Ansatz als utilitaristisch bezeichnen und erinnert an das hedonistische Kalkül von Jeremy Bentham (1789).

Im Kontext der Positiven Psychologie, definiert als „scientific study of optimal human functioning [that] aims to discover and promote the factors that allow individuals and communities to thrive“ (Seligman & Csíkszentmihályi 2000, p. 5) ist dieser Ansatz weiterentwickelt worden und folgt nun stärker einer eudämonistischen Orientierung, die sich aus der antiken Philosophie herleitet. Eudämonie, gewöhnlich verkürzt mit Lebensglück übersetzt, meint vielmehr Exzellenz im Sinn einer positiven Entfaltung des eigenen Entwicklungspotenzials (Huta 2014). Aristoteles (2016) beschrieb in seiner Nikomachischen Ethik Eudämonie als ein Endziel, nach dem der Mensch um seiner selbst willen strebt. Er betrachtet es nicht nur als höchstes Gut jedes Individuums, sondern auch der Gemeinschaft (Polis). Im aristotelischen Denken ist Eudämonie kein Zustand oder keine Eigenschaft der Seele, sondern resultiert aus dem tugendhaften Tätigsein des Menschen, verbunden mit dem Ideal der Selbstgenügsamkeit (Autarkie). Eudämonie umfasst also Wohlbefinden und sittliches Handeln gleichermaßen (Huta 2014). In Anlehnung an

die aristotelische Ethik betonen moderne eudämonistische Modelle subjektiven Wohlbefindens Aspekte persönlichen Wachstums und der Qualität sozialer Beziehungen. So differenzieren Carol Ryff und Corey Keyes (1995) in ihrem Sechs-Faktoren-Modell psychologischen Wohlbefindens zwischen den Komponenten Autonomie, Kompetenz, persönlichem Wachstum, positiven Beziehungen zu anderen, Lebenssinn und Selbstakzeptanz. Fredrickson und Losada (2005) führten mit dem Konzept des „Flourishing“ ein integratives Konzept ein, welches emotionales Wohlbefinden (= subjektives Wohlbefinden nach Diener), psychologisches Wohlbefinden (mit den sechs Faktoren von Ryff und Keyes) ergänzt um die Komponente des sozialen Wohlbefindens (mit den Dimensionen soziale Akzeptanz, soziale Aktualisierung, sozialer Beitrag, soziale Kohärenz und soziale Integration). Sie definieren Flourishing als Leben „within an optimal range of human functioning, one that connotes goodness, generativity, growth, and resilience“ (Fredrickson & Losada 2005, p. 678). Die Nähe zu einer entwicklungsbezogenen Perspektive von Lebensqualität wird hier besonders deutlich. Empirisch zeigte sich, dass hedonistische Konzepte und eudämonistische Konzepte faktorenanalytisch unterscheidbar sind. Compton, Smith, Cornish und Qualls (1996) fanden nur einen moderaten Zusammenhang von $r = .36$ zwischen beiden Ansätzen. Die Spannung zwischen hedonistischen vs. eudämonistischen Konzepten findet sich nicht nur in der Psychologie, sondern kann als eine grundlegende Unterscheidung des abendländischen Denkens betrachtet werden, die eine lange Tradition hat.

3.1 Gesundheitsbezogene Lebensqualität

Als ein Schwerpunkt der Forschung hat sich die gesundheitsbezogene Lebensqualität (health related quality of life, HRQOL) herausgebildet. Ein häufig verwendeter Slogan, der den Kern von HRQOL umschreibt, lautet: „It's not the years in your life that count, it's the life in your years“. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um ein leicht abgewandeltes Zitat aus einer Werbeanzeige zu Edward J. Stieglitz Monographie über erfolgreiches Altern „The second 40 years“ in der Chicago Tribune vom 16.3. 1947: „The important thing to you is not how many years in your life but how much life in your years“. Dieses Zitat verdeutlicht, dass HRQOL sich an einem positiven und ganzheitlichen Gesundheitsbegriff orientiert.

HRQOL wird gemeinhin als ein multidimensionales Konstrukt des Wohlbefindens und der Funktionsfähigkeit verstanden (Bullinger 2000). Es umfasst die körperliche Ebene (z. B. Beschwerden, Symptome), die emotionale Ebene (z. B. Stimmung), die kognitive Ebene (z. B. Konzentration), die soziale Ebene (z. B. Partnerschaft) sowie die Verhaltensebene (z. B. Mobilität). Der Begriff der Funktionsfähigkeit weist darauf hin, dass zum Teil auch Kompetenzen als Bestandteil oder Prädiktoren der Lebensqualität berücksichtigt werden. Besonders stark ist der Gedanke der Funktionsfähigkeit in der „International Classification of functioning, disability and health“ (ICF) entwickelt worden. Ziel der ICF ist die Beschreibung des Gesundheitszustandes bei langfristigen Krankheitsfolgen unter Berücksichtigung von Kontextfaktoren. „Eine Person gilt nach der ICF als funktional gesund, wenn [...]

1. ihre körperlichen Funktionen (einschließlich des geistigen und seelischen Bereichs) und Körperstrukturen allgemein anerkannten (statistischen) Normen entsprechen,
2. sie all das tut oder tun kann, was von einem Menschen ohne Gesundheitsproblem (im Sinn der ICD) erwartet wird, und
3. sie zu allen Lebensbereichen, die ihr wichtig sind Zugang hat und sich in diesen Lebensbereichen in der Weise und dem Umfang entfalten kann, wie es von einem Menschen ohne Beeinträchtigung [...] erwartet wird“ (Schuntermann 2009, S. 19).

Gerade zu HRQOL hat es einen enormen Boom in der Entwicklung von Messverfahren gegeben. Allein in der Übersicht von Schumacher, Klaiberg, und Brähler (2003) werden insgesamt 71 Verfahren aufgelistet. Weitere Instrumente sind zu finden bei Bengel, Wirtz und Zwingmann (2008). Allgemein kann zwischen generischen (krankheitsübergreifenden) und krankheitsspezifischen Testverfahren unterschieden werden. Neben klassischen, psychologischen Testverfahren sind auch gesundheitsökonomische Verfahren entwickelt worden. Aktuell wird verstärkt die Validität von Single-Item-Messungen untersucht, um sie im Rahmen Smartphone gestützter experience sampling-Studien einzusetzen oder um den Befragungsaufwand in klinischen Settings zu minimieren (z. B. Locke et al. 2007). Die Besonderheit gesundheitsökonomischer Maße, wie der quality-adjusted-life-years besteht darin, dass sie versuchen, das Spannungsverhältnis zwischen objektivem Lebenszeitgewinn und subjektiv empfundener Lebensqualität aufzulösen, indem durch die Anwendung spieltheoretischer Methoden Präferenzurteile ermittelt werden, die zur Berechnung eines Nutzens herangezogen werden

können. Ein Beispiel für ein generisches Verfahren ist der EQ-5D mit den Aspekten Beweglichkeit/Mobilität, Selbstversorgung (Körperpflege und Hygiene), allgemeine Tätigkeiten, Schmerzen/Beschwerden und Angst/Niedergeschlagenheit. Der Fragebogen gibt entweder drei (keine, einige oder extreme Probleme) oder fünf Antwortkategorien vor und kann zum einen nach einem einfachen summativen Modell ausgewertet werden, wie es bei psychologischen Testverfahren üblich ist. Es kann zum anderen aber auch ein Indexwert berechnet werden. Dabei werden die gesundheitsökonomisch relevanten Präferenzen der verschiedenen Zustände, die auf Basis einer repräsentativen Stichprobe ermittelt wurden, zur Bewertung und Zusammenführung der einzelnen Zustände zu einem Gesamtindex genutzt (Hinz et al. 2006).

4. Ausgewählte Befunde empirischer Forschung

Wie bereits die Literaturrecherche zu Beginn zeigte, hat Forschung zu Lebensqualität Konjunktur und findet in unterschiedlichen Wissenschaften statt. Daher können hier nur wenige ausgewählte Aspekte kurz vorgestellt werden. Eine umfassende und aktuelle und interdisziplinäre Darstellung ist das „Oxford Handbook of Happiness“, herausgegeben von David, Boniwell und Conley Ayers (2014). Einen informativen Überblick über die psychologische Forschung zum subjektiven Wohlbefinden haben Kahneman, Diener und Schwarz (2003) herausgegeben.

4.1 Spannungsverhältnis zwischen objektiven Indikatoren und subjektiver Wahrnehmung

Ein erster zentraler Befund ist, dass objektive Indikatoren, wie z. B. der materielle Wohlstand für das subjektive Wohlbefinden weniger bedeutsam sind als die subjektiven Bewertungen dieser Lebensbedingungen. So berichten Diener, Suh, Lucas & Smith (1999), dass das subjektive Wohlbefinden (SWB) sich trotz eines erheblichen Anstiegs des Einkommens in den U.S.A. stabil geblieben ist und sich kaum verändert hat. Insgesamt betrachtet, ließ sich in Querschnittstudien innerhalb einzelner Länder zwar ein schwacher positiver Zusammenhang mit einem mittleren $r = .17$ zwischen Einkommenshöhe und Wohlbefinden nachweisen (Diener et al. 1999). In Längsschnittstudien

zeigte sich hingegen allenfalls ein kurzfristiger Anstieg des Wohlbefindens bei Einkommenszuwächsen (Frey & Stutzer 2014). Eine Erklärung für diesen Effekt liegt nach der Prospekt-Theorie von Kahneman & Tversky (1979) in einer Neujustierung des Vergleichsstandards, in die der Gewinn einbezogen wird. Die Freude über einen Gewinn verpufft daher schon nach relativ kurzer Zeit, etwa nach drei Monaten (Suh, Diener & Fujita 1996). Bei Arbeitslosigkeit hingegen ist ein drastischer Verlust an Wohlbefinden festzustellen (Frey & Stutzer 2014). Die Reduktion des Wohlbefindens übersteigt sogar deutlich den Effekt des reinen Einkommensverlustes. Winkelmann und Winkelmann (1998) berichten auf Basis von Daten des SOEP, dass Arbeitslosigkeit zu einem Verlust an Lebenszufriedenheit führt, der erst durch das Siebenfache des verlorengegangenen Einkommens kompensiert werden würde. Darüber hinaus zeigte sich in ihrer Studie, dass Arbeitslosigkeit nicht nur für die Betroffenen selbst hoch bedeutsam war, sondern sich auch auf erwerbstätige Personen im sozialen Umfeld negativ ausstrahlte (Frey & Stutzer 2014). Ein anderer Befund, der ebenfalls auf vermittelnde psychische Prozesse hinweist, ist die Stabilität subjektiven Wohlbefindens über die Lebensspanne trotz zunehmender Ressourcenverluste im Alter. In einer 40-Länder-Studie mit fast 60.000 Teilnehmern konnten Diener und Suh (1998) feststellen, dass die Lebenszufriedenheit mit dem Alter leicht anstieg, die negative Affektivität altersunabhängig war und nur die positive Affektivität mit zunehmendem Alter leicht abnahm.

Auch in der Forschung zur gesundheitsbezogenen Lebensqualität zeigte sich, dass der objektive Gesundheitszustand sich nicht unbedingt im subjektiven Erleben widerspiegelt. So berichtete Karl Jaspers schon 1913 in seiner „*Allgemeinen Psychopathologie*“ vom „Befund ohne Krankheitsbewusstsein“, sowie dem „Krankheitsgefühl ohne Befund“, auf welches der Arzt reagiere, in dem er den Patienten zum Nervenarzt oder Psychiater schicke (Jaspers 1948, S. 654). Für Jaspers gründen diese Widersprüche in unterschiedlichen Verortungen der Urteile: Während sich das klinische Urteil des Arztes an objektiven Tatsachen orientiere, ist das Krankheitsbewusstsein des Patienten lebensgeschichtlich in seiner Kultur verankert. Myrtek (1998) fand in mehreren Studien, dass medizinischer Befund und psychisches Befinden nicht korrelierten (vgl. Abbildung 2b). Zu diesen Befunden passt, dass bei Menschen mit Tumorerkrankungen durch psychoedukative Maßnahmen, in denen krankheitsrelevantes Wissen vermittelt und Ressourcen für die Krankheitsverarbeitung aktiviert werden, die Lebensqualität zum Teil erheblich verbessert werden kann, ohne dass sich der klinische Befund ändert

(Fawzy, Fawzy, Arndt & Pasnau 1995; Devine & Westlake 1995). Ferner ist festzustellen, dass Selbst- und Fremdurteile hinsichtlich HRQOL deutlich voneinander abweichen können. So zeigte etwa die Studie von Diener und Diener (1996), dass psychiatrische Patienten ihre Lebensqualität deutlich höher einschätzten als externe Beobachter. Interessanterweise war diese Diskrepanz umso stärker, je mehr Wissen die externen Urteiler über psychische Erkrankungen hatten, d. h. Personen mit einem umfangreichen psychopathologischen Wissen schätzten die Lebensqualität der Patienten am schlechtesten ein.

4.2 Bedingungen und vermittelnde Prozesse von Lebensqualität

Die Suche nach Bedingungen und vermittelnden Prozessen von Lebensqualität ist eine zentrale Forschungsfrage. Dabei ist zwischen top-down oder bottom-up Prozessen zu unterscheiden. Einer der Faktoren, die intensiv untersucht wurden, ist der genetische Einfluss. Schätzungen der Heritabilität variieren zwischen 36-50 % (Lischetzke & Eid 2005). Für habituelles Wohlbefinden reichen die Schätzungen sogar bis an 80 % (Diener et al. 1999). Allerdings wurden die meisten Studien in westlichen Gesellschaften, d. h. homogenen Umwelten durchgeführt, was zu einer Überschätzung der Heritabilität führen könnte. Auch die unter den Studien feststellbare erhebliche Variabilität mahnt zur Zurückhaltung. Eine mit der Annahme der genetischen Prädisposition assoziierte Hypothese geht davon aus, dass subjektives Wohlbefinden selbst ein Persönlichkeitsmerkmal (trait) darstellt. Korrelative Studien haben gezeigt, dass Neurotizismus und Extraversion mit SWB korrelieren und interindividuelle Unterschiede in SWB auch über einen Zeitraum von vier Jahren vorhersagen können. Ein möglicher Wirkmechanismus für den positiven Zusammenhang zwischen SWB und Extraversion könnte darin bestehen, dass extravertierte Personen sensitiver gegenüber positiven Stimuli reagieren. Die Bedeutsamkeit von Persönlichkeit und genetischer Faktoren für das subjektive Wohlbefinden ist insofern ungünstig, da es bedeuten würde, dass der Veränderbarkeit von SWB Grenzen gesetzt sind. Dazu passen die Ergebnisse von Studien, die zeigten, dass situative Veränderungen im Leben von Personen oder auch gezielte Interventionen zur Steigerung des subjektiven Wohlbefindens meistens nur kurzzeitige Veränderungen des SWB, gefolgt von einer Rückkehr zu einem individuellen set-point bewirkten (Headey & Wearing 1989; Luhmann, Hofmann, Eid, & Lucas

2012). Andere Studien konnten jedoch zeigen, dass es auch zu dauerhaften Veränderungen des subjektiven Wohlbefindens kommen kann (Diener et al. 1999). Zudem deutet sich in der Forschung eine Differenzierung der grundlegenden Konzepte zu Lebensqualität an. Die hier diskutierten empirischen Befunde beziehen sich vorzugsweise auf Messungen des subjektiven Wohlbefindens und lassen Aspekte eudämonistischer Konzepte außen vor.

In eudämonistischen Konzepten wird die Zielbezogenheit von Lebensqualität betont. Bereits in der aristotelischen Ethik wurde die Bedeutung persönlicher Ziele für die Eudämonie hervorgehoben: Lebensqualität und Wohlbefinden basieren auf menschlichem Tätig sein. Auch die Definition der WHOQOL-Arbeitsgruppe betont den Bezug zu „Zielen, Erwartungen, Standards und Anliegen“. Damit werden Modelle und Theorien der proaktiven Lebensgestaltung und Selbstregulationstheorien interessant zur Vorhersage von Lebensqualität. Ein solcher entwicklungsbezogener Ansatz ist das Modell der Selektion, Optimierung und Kompensation (SOK) von Baltes und Baltes (1990). Lebensqualität und Wohlbefinden können demnach durch das Zusammenwirken von Zielsetzung (Selektion), Zielverfolgung (Optimierung) und das Aufrechterhalten von Zielen angesichts von Verlusten (Kompensation) bewirkt werden. Ein zweiter Ansatz ist das Zwei-Prozess-Modell assimilativer und akkommodativer Selbstentwicklung (Brandtstädter 2007; Brandtstädter & Rothermund 2002). Ausgangspunkt dieses Modells ist „[das] grundlegende Dilemma der Handlungsregulation [...], die zum Teil gegensätzlichen adaptiven Erfordernisse von Stabilität und Offenheit, von Hartnäckigkeit und Flexibilität miteinander zu vereinbaren“ (Brandtstädter 2007, S. 11). Darauf aufbauend werden zwei Arten von Prozessen unterschieden: Während assimilative Prozesse die hartnäckige Zielverfolgung mobilisieren, sichern akkommodative Prozesse die notwendige Flexibilität angesichts von Verlusten oder Blockierungen. In der Forschung zu Bewältigungsprozessen werden die einzelnen Wirkmechanismen dieser Prozesse intensiv untersucht. Dazu gehören z. B. prozessabhängige Unterschiede in der Art der Informationsverarbeitung und deren Konsequenzen für Entscheidungen und Handlungen. Thematisiert werden auch dysfunktionale Nebenwirkungen assimilativer und akkommodativer Bewältigungsprozesse. Sowohl in der Forschung zu Selbstregulation als auch in der klinisch-psychologischen Forschung interessieren zunehmend derartige akkommodative Prozesse auch oder gerade unter angewandter Perspektive der Entwicklung von Interventionen für unterschiedliche Kontexte. Ein Beispiel dafür ist das aktuell große Interesse an den Konstrukten Dezentrierung,

Akzeptanz und Achtsamkeit (Bernstein, Hadash, Lichtash, Tanay, Shepherd & Fresco 2015; Michalak, Heidenreich & Bohus 2006). So konnte Christodoulou (2014) zeigen, dass selbstbezogenes Mitgefühl (Self-compassion nach Neff 2003) bei Personen im Alter ab 60 Jahren ein bedeutsamer Prädiktor der Lebensqualität (gemessen mit den WHOQOL-BREF) ist, wobei der Effekt in einer deutschen Stichprobe deutlich schwächer ausfiel im Vergleich zu einer zypriotischen Stichprobe, was wiederum auf die Bedeutung des kulturellen Kontextes für die Effektivität derartiger Strategien hinweist. Akkommodative Bewältigungsprozesse zielen immer auf die Anpassung des Individuums an gegebene Lebensbedingungen, die der eigenen Kontrolle entzogen sind. Wann und in welchem Umfang akkommodative Strategien in welchen Handlungskontexten adaptiv sind, ist noch unzureichend erforscht.

4.3 Methodologische Probleme

Die Messung von Lebensqualität ist zugleich eine der zentralen Schwierigkeiten des Konstruktes. Das spiegelt sich nicht nur in der sozialwissenschaftlichen Debatte um geeignete Wohlfahrtsindikatoren wieder (Deutscher Bundestag 2013; Glatzer & Zapf 1984). Im Bereich der Psychologie verweist die Vielzahl entwickelter Messinstrumente u. a. auch darauf, dass Urteile zur Lebensqualität immer kontextgebunden bzw. perspektivisch sind. Inzwischen liegen zahlreiche Studien zu Faktoren vor, welche die Urteilsbildung bei Selbst-Berichten beeinflussen (Schwarz & Strack 2003). Fragen wie z. B.: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben im Allgemeinen? setzen voraus, dass die Person dazu in der Lage ist, alle relevanten Informationen zur Beantwortung dieser Frage aus dem Gedächtnis abzurufen, zu gewichten und zu einem Gesamturteil zu integrieren. Tatsächlich wird der Urteilsprozess jedoch abgebrochen, sobald die Person das Gefühl hat, genügend Informationen für ein verlässliches Urteil zu haben. Dabei spielt z. B. eine wichtige Rolle, welche Informationen zum Zeitpunkt der Befragung zugänglich sind. So fanden Strack, Martin und Schwarz (1988), dass eine Frage zu der Häufigkeit von Verabredungen (Dates) keinen Einfluss auf die Beantwortung einer Frage zur allgemeinen Lebenszufriedenheit hatte, wenn die Dating-Frage anschließend gestellt wurde, aber einen hohen Einfluss, wenn sie vorangestellt wurde. Neben der Verfügbarkeit von Informationen sind eine Reihe weiterer Faktoren in experimentellen Studien identifiziert worden (Schwarz & Strack 2003).

Dazu gehören u. a., welche Informationen zur Bildung eines Vergleichsstandards herangezogen werden, aber auch, in welcher Stimmung sich eine Person zum Urteilszeitpunkt befindet. Schwarz und Strack machen diese und weitere Faktoren der Urteilsbildung für die geringen Zusammenhänge zwischen objektiven und subjektiven Maßen der Lebensqualität sowie für die relativ geringe zeitliche Stabilität der Urteile verantwortlich. Bei Befragungen ist also u. a. darauf zu achten, welche Informationen den Befragten zugänglich gemacht werden, z. B. durch die Reihenfolge von Fragen. Ferner spielt die Definition des Urteilsgegenstandes eine Rolle. Bei Urteilen zum Leben im Allgemeinen sind systematische Einflüsse der Informationsverarbeitung auf die Urteilsbildung wahrscheinlicher als bei hoch spezifischen Urteilsgegenständen, wie z. B. der Zufriedenheit mit den persönlichen Wohnbedingungen. Eine zweite Möglichkeit, Kontexteffekte auf die Urteilsbildung zu reduzieren, sehen Schwarz und Strack (2003) in der Abfrage momentbezogener Urteile im Rahmen von Experience Sampling-Methoden. Die Grundlagen für eine kostengünstige Anwendung eines solchen ambulanten Assessments sind inzwischen durch die Verbreitung von Smartphones und Tablets und der Zugänglichkeit entsprechender Apps gegeben. Die großen Datenmengen, die diese Methoden erzeugen, erlauben zudem die Anwendung raffinierter statistischer Modellierungen, z. B. in Form von Multi-Level-Analysen.

5. Fazit und Ausblick

Lebensqualität ist in verschiedenen Wissenschaften zu einem zentralen Gegenstand geworden. Darüber hinaus ist das Konzept in unterschiedlichen gesellschaftlichen Diskursen zu finden. Dabei ist deutlich geworden, dass Lebensqualität ein multidimensionales Konstrukt ist. Damit bietet das Konstrukt der Lebensqualität die Chance auf eine ganzheitliche Perspektive auf den Menschen. So beinhaltet z. B. die gesundheitsbezogene Lebensqualität körperliche, soziale und psychische Aspekte und verbindet diese mit einer subjektbezogenen Perspektive, d. h. den Zielen, Wünschen und Standards der Person. Mit einer solchen mehrdimensionalen und zugleich subjektbezogenen Auffassung von Lebensqualität ließe sich z. B. die Wirkung medizinischer Behandlungen auf den Genesungsprozess besser verstehen. Darüber hinaus hätte ein solches Konzept ein großes Potenzial zur Humanisierung menschlicher Lebenswelten und sozialer Prozesse, z. B. in der Neuausrich-

tung gesundheitlicher Prävention und Versorgung, in der Stadtentwicklung oder in der Gestaltung politischer Prozesse, um nur einige Beispiele zu nennen.

Neben diesem positiven Potenzial des Konzeptes Lebensqualität lassen sich jedoch auch einige offene Fragen und kritische Punkte aufzeigen. Ein Risiko der Annäherung des Konzeptes an psychologische Konstrukte besteht darin, dass Lebensqualität nur noch als eine individuelle Zielgröße subjektiven Wohlbefindens verstanden wird und objektive und soziale Bezüge des Konzeptes zunehmend verloren gehen. Dazu gehört z. B. auch, inwieweit sich in der theoretischen Konzeptualisierung und in der empirischen Forschung eine hedonistische Ausrichtung durchsetzt. Damit wäre wohl ein nicht unwesentlicher Teil des positiven Potenzials verspielt.

Ein zweiter kritischer Punkt betrifft das Risiko des Verlustes an Vielfalt, indem Zufriedenheit und positive Emotionen zum Normalzustand erklärt werden und negative Zustände wie Melancholie oder Unzufriedenheit ausgegrenzt und pathologisiert werden. In diesem Zusammenhang sei auf die von Barbara Ehrenreich (2010) formulierte Kritik am positiven Denken hingewiesen. Wo die Eindimensionalität des positiven Denkens herrscht, Zufriedenheit und Wohlbefinden zur Norm werden, wird eine inhumane Selbstüberforderung durch den Gedanken der Perfektion in Gang gesetzt und die Gefahr der Pathologisierung jeder Form von Unzufriedenheit nimmt zu. Dabei geht auch schnell der Blick verloren für die Funktionalität negativer Zustände: Unzufriedenheit kann motivieren, etwas im Leben zu verändern und negative Affekte können anregen, genauer darüber nachzudenken, was möglicherweise falsch läuft. Das Streben nach Lebensqualität sollte daher nicht dazu führen, unangemessenen anthropologischen Prämissen zu folgen. Positiv gewendet liegt eine Aufgabe für die Zukunft in der Berücksichtigung der Dynamik zwischen positiven und negativen Aspekten des Lebens und in der Reflexion anthropologischer Annahmen (vgl. Schmid 2012).

Ein weiterer kritischer Punkt betrifft die Instrumentalisierbarkeit des Konzeptes. Die Diskrepanzen zwischen objektiven Indikatoren und subjektiven Urteilen zur Lebensqualität ebenso wie perspektivenbedingte Urteilsunterschiede bieten Angriffspunkte für politische Ideologien, pseudowissenschaftliche Theorien und populistische Bewegungen. Ein Beispiel dafür wäre die gefühlte Angst, Opfer einer Straftat zu werden, obwohl die Kriminalitätsstatistik rückläufige Tendenzen zeigt (Augstein 2018). Hier wird die Subjektivität der Wahrnehmung von Lebensqualität politisch instrumentalisiert. Ein

weitaus gravierenderes Negativbeispiel ist der Begriff vom „lebensunwerten Leben“, motiviert durch die nationalsozialistische Ideologie und die Eugenikbewegung. Wer den nationalsozialistischen Normen und Werten nicht entsprach, wurde als nicht mehr nützlich für die Volksgemeinschaft betrachtet und war der Willkür des Unrechts ausgesetzt. Schätzungen gehen von 216.000 ermordeten Menschen im Rahmen der Aktion T4 und der „wilden Euthanasie“ aus, darunter viele psychisch Kranke und Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen (Wikipedia 2018). Hinzuzurechnen sind ca. 400.000 Zwangssterilisationen. Wie bereits angedeutet, bedarf das Konzept Lebensqualität der Klärung hinsichtlich seiner anthropologischen Basis, um es vor vielfältigen Instrumentalisierungsversuchen zu schützen (vgl. Stiftung Deutsches Hygiene-Museum & Deutsche Behindertenhilfe – Aktion Mensch e.V. 2000).

Neben diesen grundlegenden anthropologischen Fragen drängen sich auch viele inhaltliche Forschungsfragen für die Zukunft auf. Eine zentrale Forschungsfrage, die auch in Zukunft weiter zu bearbeiten ist, bleibt die Kontextabhängigkeit von Lebensqualität und subjektivem Wohlbefinden. Diese Kontextabhängigkeit existiert auf mehreren Ebenen: Sie hat eine hohe Bedeutung im Rahmen der kognitiven Prozesse der Urteilsbildung; sie zeigt sich aber auch darin, dass für spezifische Populationen immer wieder speziell angepasste Messinstrumente entwickelt wurden. Kontextgebundenheit zeigt sich schließlich auch in kulturellen Unterschieden. Eine zweite wichtige Forschungsfrage betrifft die Modellierung von Veränderungen von Lebensqualität sowohl in Abhängigkeit von konkreten Lebensereignissen als auch über die gesamte Lebensspanne. Hierzu sind mehr Längsschnittstudien notwendig, aber auch der verstärkte Einsatz von experience sampling-Methoden wäre hier fruchtbar (vgl. Luhmann, Hofmann, Eid & Lucas 2012). Schließlich wäre eine stärker interdisziplinäre Herangehensweise wünschenswert, um einem zentralen Aspekt von Lebensqualität gerecht zu werden, nämlich verschiedene Ebenen von dem Individuum bis zur gesellschaftlichen Makroebene zueinander in Beziehung zu setzen. Die Bearbeitung dieser Fragen wäre keine Elfenbeinturmforschung, sondern sie diene der Aufklärung über eine alte Frage, die uns Menschen bewegt: Was macht das gute Leben aus und wie kann es befördert werden, individuell und gesellschaftlich.

Literatur

- Aristoteles (2016): *Nikomachische Ethik*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Augstein, J. (2018): Skandal! Deutschland immer sicherer! Spiegel Online vom 23.04.2018. Online verfügbar: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-gefuehlte-und-reale-kriminalstatistik-kolumne-a-1204345.html> (27.06.2018).
- Baltes, P.B. & Baltes, M.M. (1990): Psychosocial Perspectives on successful aging: The model of selective optimization with compensation. In Baltes, P. B. & Baltes, M. M. (Eds.): *Successful aging: Perspectives from the behavioral sciences*. New York: Cambridge University Press, pp. 1- 34.
- Bengel, J., Wirtz, M. & Zwingmann, C. (Hrsg.) (2008): *Diagnostische Verfahren in der Rehabilitation*. Göttingen: Hogrefe.
- Bentham, J. (1789): *An introduction to the principles of moral and legislation*. London: Payne.
- Bernstein, A., Hadash, Y., Lichtash, Y., Tanay, G., Shepherd, K. & Fresco, D. M. (2015): Decentering and related constructs: A critical review and metacognitive process model. *Perspectives on Psychological Science*, 10 (5), doi:10.1177/1745691615594577, pp. 599–617.
- Brandtstädter, J. (2007): *Das flexible Selbst. Selbstentwicklung zwischen Zielbindung und Ablösung*. München: Spektrum.
- Brandtstädter, J. & Rothermund, K. (2002): The life-course dynamics of goal pursuit and goal adjustment: A two-process framework. *Developmental Review*, 22, pp. 117-150.
- Bullinger, M. (2000): Erfassung der gesundheitsbezogenen Lebensqualität mit dem SF-36 Health Survey. *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 43, S. 190-197.
- Christodoulou, S. (2014): *Alter und Lebensqualität: Ein Vergleich zwischen Zypern und Deutschland*. Hamburg: Unveröffentlichte Masterarbeit.
- Compton, W.C., Smith, M. L., Cornish, K. A., & Qualls, D. L. (1996): Factor structure of mental health measures. *Journal of Personality and Social Psychology*, 71, pp. 406-413.
- David, S. A., Boniwell, I. & Conley Ayers, A. (Eds.) (2014): *The Oxford Handbook of Happiness*. Oxford: Oxford University Press.
- Devine, E.C. & Westlake, S. K. (1995): The effects of psychoeducational care provided to adults with cancer: Meta-analysis of 116 studies. *Oncological Nursing Forum*, 22 (9), pp. 1369-81.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Drucksache 17/13300. Online verfügbar: <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/175745/schlussbericht-der-enquete-kommission> (20.12.2017).

- Diener, E. (1984): Subjective well-being. *Psychological Bulletin*, 95, pp. 542–575.
- Diener, E. & Diener, C. (1996): Most people are happy. *Psychological Science*, 7, pp. 181-185.
- Diener, E., Suh, E. M., Lucas, R. E. & Smith, H. L. (1999): Subjective Well-Being: Three Decades of Progress. *Psychological Bulletin*, 125, pp. 276-302.
- Ehrenreich, B. (2010): *Smile or Die. Wie die Ideologie des positiven Denkens die Welt verdummt*. München: Kunstmann.
- Fawzy, F. I., Fawzy, N. W., Arndt, L. A. & Pasnau, R. O. (1995): Critical Review of psychosocial interventions in cancer care. *Archives of General Psychiatry*, 52, pp.100-113.
- Fredrickson, B. L., & Losada, M. F. (2005): Positive affect and complex dynamics of human flourishing. *American Psychologist*, 60, pp. 678-686.
- Frey, B. S. & Stutzer, A. (2014): Economics and the study of individual happiness. In S. A. David, I. Boniwell, A. Conley Ayers (Eds.), *The Oxford Handbook of Happiness*. Oxford: Oxford University Press, pp. 431-447.
- Glatzer, W. (2010): Dauerbeobachtung der Gesellschaft. Der Sonderforschungsbe-
reich 3 und seine langfristigen Auswirkungen. Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten
(Hrsg.). Working Paper 133. Online verfügbar:
https://www.ratswd.de/download/RatSWD_WP_2010/RatSWD_WP_133.pdf
(20.12.2017).
- Glatzer, W. & Zapf, W. (1984): *Lebensqualität in der Bundesrepublik*. Frankfurt a. M.:
Campus.
- Global Wellness Institute (Ed.). (2017): *Global Wellness Economy Monitor*. January
2017. Online verfügbar: <https://globalwellnessinstitute.org/industry-research/>
(27.06.2018).
- Headey, B. & Wearing, A. (1989): Personality, life events and subjective well-being:
Toward a dynamic equilibrium model. *Journal of Personality and Social Psycholo-
gy*, 57, pp. 731-739.
- Hinz, A., Klaiberg, A., Brähler, E. & König, H.-H. (2006): Der Lebensqualitätsfragebo-
gen EQ-5D: Modelle und Normwerte für die Allgemeinbevölkerung. *Psychothe-
rapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie*, 56, S. 42-48.
- Huta, V. (2014): Eudaimonia. In S. A. David, I. Boniwell, A. Conley Ayers (Eds.), *The
Oxford Handbook of Happiness*. Oxford: Oxford University Press, pp. 201-213.
- Inglehart, R. (1977): *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles
among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, R. & Welzel, C. (2005): *Modernization, Cultural Change and Democracy.
The human development sequence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jaspers, K. (1948): *Allgemeine Psychopathologie* (5. Aufl.). Berlin und Heidelberg:
Springer.
- Kahneman, D., Diener, E. & Schwarz, N. (Eds.) (2003): *Well-Being. The Foundations of
Hedonic Psychology*. New York: Russell Sage Foundation.
- Kahneman, D. & Tversky, A. (1979): Prospect theory: A analysis of decision under

- risk. *Econometrica*, 47(2), pp. 263-291.
- Lischetzke, T. & Eid, M. (2005): Wohlbefinden. In H. Weber & T. Rammsayer (Hrsg.), *Handbuch der Persönlichkeitspsychologie und differentiellen Psychologie*. Göttingen: Hogrefe, S. 413-422.
- Locke, D., Decker, P. A., Sloan, J. A., Brown, P. D., Malec, J. F., Clark, M. M., et al. (2007): Validation of single-item linear analog scale assessment of quality of life in neo-oncology patients. *Journal of Pain and Symptom Management*, 34(6), DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jpainsymman.2007.01.016>, pp. 628-638.
- Luhmann, M., Hofmann, W., Eid, M. & Lucas, R. E. (2012): Subjective well-being and adaptation to life events: A meta-analysis. *Journal of Personality and Social Psychology*, 102 (3), DOI: 10.1037/a0025948, pp. 592-615.
- Michalak, J., Heidenreich, T. & Bohus, M. (2006): Achtsamkeit und Akzeptanz in der Psychotherapie. Gegenwärtiger Forschungsstand und Forschungsentwicklung. *Zeitschrift für Psychiatrie, Psychologie und Psychotherapie*, 54 (4), S. 241-253.
- Myrtek, M. (1998): *Gesunde Kranke – kranke Gesunde. Psychophysiologie des Krankheitsverhaltens*. Bern: Huber.
- Neff, K. D. (2003): Self-compassion: An alternative conceptualization of a healthy attitude toward oneself. *Self and Identity*, 2, pp. 85-102.
- Schmid, W. (2012): *Unglücklich sein: eine Ermutigung*. Berlin: Insel.
- Schuntermann, M. F. (2009): *Einführung in die ICF. Grundkurs – Übungen – offene Fragen* (3. überarbeitete Aufl.). Heidelberg: ecomed.
- Schumacher, J., Klaiberg, A. & Brähler, E. (2003): Diagnostik von Lebensqualität und Wohlbefinden – Eine Einführung. In J. Schumacher, A. Klaiberg & E. Brähler (Hrsg.): *Diagnostische Verfahren zu Lebensqualität und Wohlbefinden*. Göttingen: Hogrefe.
- Schupp, J. (2014): 40 Jahre Sozialberichterstattung und Lebensqualitätsforschung in Deutschland – Rückblick und Perspektiven. *SOEP Papers 680-2014*. Online verfügbar: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.480934.de/diw_sp0680.pdf (20.12.2017).
- Schwarz, N. & Strack, F. (2003): Reports on Subjective Well-Being: Judgemental Processes and their methodological Implications. In D. Kahneman, E. Diener & N. Schwarz (Eds.): *Well-Being. The Foundations of Hedonic Psychology*. New York: Russell Sage Foundation, pp. 61-84.
- Seligman, M. E. P. & Csikszentmihályi, M. (2000): Positive Psychology: An introduction. *American Psychologist*, 55, pp. 5-14.
- Stieglitz, E. J. (1946): *The second forty years*. Philadelphia PE: Lippincott.
- Stiftung Deutsches Hygiene-Museum und Deutsche Behindertenhilfe - Aktion Mensch e.V. (Hrsg.) (2000): *Der imperfekte Mensch. Vom Recht auf Unvollkommenheit*. Berlin: Hatje Cantz.
- Strack F., Martin, L. L. & Schwarz, N. (1988): Priming and communication: Social determinants of information use in judgements of life satisfaction. *European*

- Journal of Social Psychology, 18, pp. 429-442.
- Suh, E., Diener, E. & Fujita, F. (1996): Events and subjective well-being: Only recent events matter. *Journal of Personality and Social Psychology*, 70, pp. 1091-1102.
- Wikipedia (Hrsg.). (16.06.2018). Krankenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus. Online verfügbar: https://de.wikipedia.org/wiki/Krankenmorde_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus#Eugenische_Ideologie (27.06.2018).
- Winkelmann, R. & Winkelmann, L. (1998): Why are the unemployed so unhappy? Evidence from Panel data. *Economica*, 65 (257), pp. 1-15.
- World Health Organization (Ed.). (1997): WHOQOL. Measuring Quality of Life. Online verfügbar: http://www.who.int/mental_health/media/68.pdf (15.12.2017).
- World Health Organization (Ed.). (1946): Constitution of the world health organization. Online verfügbar: http://www.who.int/governance/eb/who_constitution_en.pdf (22.05.2018).
- Zapf, W. (1972): Zur Messung der Lebensqualität. *Zeitschrift für Soziologie*, 1 (4), S. 353-376.

Quality of Life and its determinants

Charles Crothers

Societies vary in their effects on their residents. Max Weber suggested that life chances and lifestyles were two crucial social outcomes and these concepts have been parlayed in recent decades into sophisticated measurement systems which can track multiple dimensions of quality of life over time, space and social distributions. The OECD suits of indicators covers some 30-40 countries, mainly developed but including some others, and its country-level indicators are supplemented by regional measures (nearly 400). This chapter examines the conceptualisations behind indicator-based measurement systems of quality of life and then explored the patterns of interrelationship amongst the indicators, and how their variation can be explained across different types of country. In comparing types of country the literature on types of capitalism and types of welfare state (often based on the work of Esping-Andersen) are particularly drawn upon.

1. Introduction

This study takes the data assembled about the wellbeing of residents of OECD countries provided by the sophisticated OECD wellbeing framework and endeavours to see what societal conditions generate different configurations of wellbeing. In particular, the well-known scheme developed by Esping-Andersen (1990) adds-in much of the ensuing debate about best ways of classifying welfare states.

The argument is that:

- The ways societies operate will throw up different weightings of aspirations and satisfactions of their citizens;
- The mechanism accomplishing this is the key design features of the 'lived experience' of citizens – e.g. how much hierarchy they face,

how confident they can be that social crises to which they are inevitably exposed will be guaranteed by a social safety-net? etc.

- The welfare system of any society plays a major role in the shaping of its social structures.
- Welfare states provide various supports and also generate different social categories (class positions and involvements in social movements) which influence how people feel about living in their society (cf. Esping-Andersen 1990, p. 32).

In sum, both welfare state provisions and understandings and experiences of Social-wellbeing (SWB) are socially constructed and are mutually constitutive of each other. The indicators for this study are taken from the OECD framework and the discussion below begins with examining this and describing the indicators. The second line of argument is the conceptualisation of different types of society within the OECD roster of countries. This begins with the Esping-Andersen typology and adds-in its extensions and revisions. The final, substantive, section describes the indicators, develops a factor analysis to ascertain if there are underlying axes which group the indicator variables, provides an empirically-derived typology and then examines the extent to which the typology provides a good fit with the patterns of indicator outcomes. In sum, it adds up how the two frames fit together and whether the array of indicators can be explained by an extended Esping-Andersen approach.

2. SWB: Assessing social experiences against Ideals

Social research is concerned to describe and explain social realities, but for many social researchers it also should be concerned with holding up the state of social reality against standards of 'what ought to be', and even envisioning alternatives. Social indicator frameworks provide one approach to accomplishing at least the first of these further tasks, since they provide a well-designed conceptualisation of what is involved with 'good living' which can be used to assess how far short social experiences are, compared to the standards set. In practise, social researchers use a weaker standard of whether or not there is a trend over time in the preferred direction. The indicator standards could also be taken as design criteria for working up social alternatives, although this wider task is not developed here.

Deploying social indicators in discussions of utopias and social futures more generally is certainly not the only approach and nor is the choice of OECD data framework the only one on offer. Others are conceptualised in different ways and provide different measures. Other frameworks include such well-publicised studies as the Social Progress report: for a guide see Crothers, nd. Several of these frameworks reach out to include more positive and collective aspects such as social inclusion or social cohesion. The OECD work on 'Better Living' has been set within a wider SWB policy and research thrust for several decades, seeking to supplement the cold hard facts of monetary income as measured by GDP per capita and similar measures. In addition to the data used in this chapter, the OECD has developed many other indices (see more generally <http://www.oecd.org/statistics/better-life-initiative.htm>). While inclusion of these other indicator-systems would have added important extra data, it would have also complicated the analysis, and their inclusion can be left for further analytical work.

To provide an introduction to the substantive analysis, some background about the key aspects of the methods design are outlined in the next few paragraphs. Such work develops 'standards' for each of a set of 'life domains' and then develops social indicators to measure these dimensions. A final step is usually an aggregation procedure for adding together an array of measures into some form of overall average, although (as discussed below) the OECD build-in a degree of user-driven weighting. The crucial component is the set of domains and how these are each conceptualised and related to each other. It is better if such schema could be grounded in people's experiences and their expressions of their values which it is assumed is shaped with a set of some one dozen or so 'domains'. Validating a scheme is difficult given that people's views are constrained by the range of social experiences they have been subject to, their prior socialisation, and their imaginations are often likely unstimulated so that they have difficulty in envisioning alternatives. Instead, expert views are relied on. Fortunately there is a growing lore of experience although not many incisive critiques of the advantages/disadvantages of various schema of domains. There may be useful national examples, for example in the New Zealand case the indicator framework was anchored back to an older Royal Commission which was widely taken as presenting a clear well-argued set of principles (see MSD (2016) <http://socialreport.msd.govt.nz/>).

Although this area of social research is largely pragmatic there is some useful theory to be drawn upon. A traditional welfare approach is to attempt to measure how people have experienced and hence are satisfied (or not) with various aspects of their life and particularly the impact of public services upon well-being: this involves a 'utilitarian' nexus of benefit and costs. However, the OECD approach draws on the 'higher utility' of Sen's capabilities approach (e.g. 1985) which posits a multidimensional definition of well-being involving both what people do and are (their "functioning": e.g. having a good job, being in good health, expressing their political voice) and their "capabilities" namely their freedom to choose within different sets of functionings. The outcomes measures comprising the OECD framework may be thought of as referring to functionings, rather than to the set of opportunities given to each person to achieve those outcomes, although in addition (at another level), some of these outcomes (e.g., being healthy and educated, or having freedom to express one's political voice) may also be regarded as strengthening people's capacity and freedom to make choices.

The OECD Best Living Index (BLI) framework for measuring well-being and progress is intended to evolve over time driven in large part by the inclusion of a high degree of consultation. This should make it more attentive to varying social conditions. Historically it is interesting to note that the approach was built on the substantial knowledge base that has accumulated including the 2009 Stiglitz–Sen–Fitoussi report to the French government.

Four distinctive features (although other schema could make similar claims) are claimed by the OECD framework:

- it focuses on *people* (i.e., individuals and households), their situation and how they relate to others in the community where they live and work, rather than on the economy, since there may be differences between a country's economy-wide performance and the well-being experiences of individuals and households;
- it concentrates on well-being *outcomes* as opposed to well-being inputs or outputs as these provide the best direct information on people's lives;
- it considers the *distribution* in well-being outcomes across the population complementary to average achievements and especially differences in terms of age-groups, gender, and individuals' socio-economic backgrounds; and

- alongside *objective* aspects it looks at individuals' *subjective* experiences and assessments of life circumstances.

(The argument is that subjective data provides important supplementary information to more objective measures of life circumstances. Subjective *aspects* of well-being are those that cannot be directly observed and so requires the respondent to report on his/her inner states.)

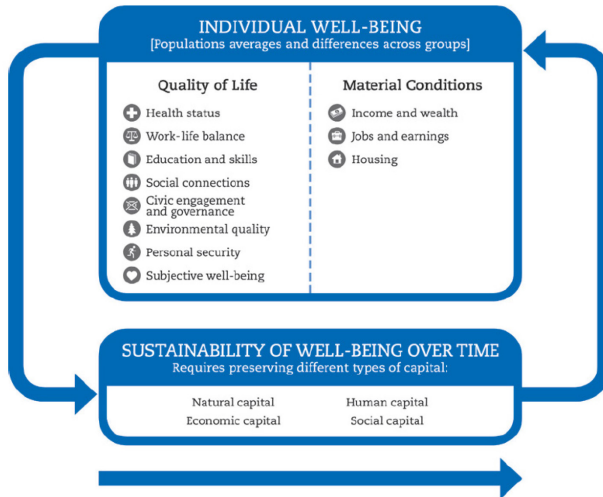


Fig. 1: OECD Well-Being Framework (2011)

11 dimensions or domains are recognised, distinguishing between current and future well-being (see Figure 1). For detailed rationales for each domain/indicator see appendix. *Current well-being* is measured in terms of outcomes achieved in the two broad domains:

- material living conditions (i.e., income and wealth, jobs and earnings, housing conditions);
- quality of life (health status, work–life balance, education and skills, social connections, civic engagement and governance, environmental quality, personal security and life satisfaction).

Future well-being is assessed by looking at key resources that drive well-being over time and that are persistently affected by contemporary actions: these drivers can be measured through indicators of different types of “capi-

tal” (i.e., economic, natural, human, and social capital). See appendix for rationales for the inclusion of each of the domains.

A concern is to capture additional aspects (such as, for example, the concept of “economic security” or ‘self and aspirations’); and additionally country-specific dimensions; for example, Italy includes culture as one of the 12 dimensions in its national well-being indicator-set. Over time it is likely that the indicator-set will broaden.

Flexibility is built-in by allowing write-in respondents to assign their own weights to the various domains, which enables them to draw up their very own personalised aggregated values and derived rankings of countries. The data on weightings from write-in online respondents has been examined. Balustra and Tosetto (2017) who analysed those supplied (n=88k, since 2011) found that health, education and life satisfaction are the aspects that matter the most. Men assign more importance to material conditions while women in general value quality of life more. Environment, housing, civic engagement, safety and health become more important with age, while life satisfaction, education, work-life balance, jobs and income are particularly important for those younger than 35. Regional patterns amongst countries include civic engagement being particularly important in South America, while safety and work-life balance matter tremendously in Asia-Pacific. For a subsample questions were also asked about self-reported satisfaction. For several well-being dimensions (i.e. jobs, housing, community, health, education, civic engagement, safety, life satisfaction and work-life balance) there is a positive and linear relationship between individual preferences and self-reported satisfaction in those dimensions. However, the weightings are fairly equally spread across the 11 domains which are each given similar weightings.

The main set of indicators and much of the literature examine the conditions of national populations as wholes. However, the OECD is gradually rolling-out group-specific indicators for men and women, included excluded groups, age-groups, relations within countries etc. and a small library of published studies explore these aspects. However, incorporating this material into the current chapter was too large a task.

The end-point of studies is as important as the process of getting there. Visualisation is important in shared data interpretations, with the BLI scoreboards representing every country by a flower, whose 11 petals stand for

the 11 well-being dimensions, but is not provided here. Having reviewed the better living framework, attention now turns to typologies of welfare states.

3. Welfare State Typologies

There are many possible classifications of countries. Some traditions stick to geopolitical or cultural characteristics (e.g. the work of Stein Rokkan: see Flora 1999). One early account of differences amongst welfare states was developed by Titmuss (1963, 1987) who categorised them as 'residual' (with systems in place as a safety-net to cope with market failures) or 'institutional' (with a more comprehensive institutional system, often based on 'social rights'). However, *The Three Worlds of Welfare Capitalism* by Danish sociologist Gøsta Esping-Andersen, published in 1990 (& updated in 1999) with its central concept that of de-commodification - which means the extent to which individuals, or families, can maintain an acceptable living standard independent of market participation (Esping-Andersen 1990, p. 37) is seminal.

Esping-Andersen's welfare classification acknowledges the historical roles of three dominant twentieth-century Western European and American political movements: Social Democracy (socialism), Christian Democracy (conservatism); and Liberalism in shaping welfare states.

1. The Social-Democratic welfare state model is based on the principle of Universalism, granting access to benefits and services based on citizenship. This provides a relatively high degree of citizen autonomy, limiting reliance on family and market. Thus, social policies are "politics against the market" and this regime values full employment, income protection and a strongly interventionist state.
2. The Christian-Democratic welfare state model is based on the principle of subsidiarity (decentralization), family values and the dominance of social insurance schemes to which people contribute, involving a medium level of decommodification and permitting a high degree of social stratification which is reflected in earnings-related government payments.
3. The Liberal model is based on market dominance and private provision with the state only interfering minimally to alleviate poverty and provide for basic needs, usually means-tested. Hence, the de-

commodification potential of state benefits is low and social stratification high. This regime provides minimal government intervention and promotes privatization in the economy.

Based on his decommodification index, Esping-Andersen divided the 18 OECD countries of his study into the following groups:

1. Social Democratic: Denmark, Finland, Netherlands, Norway and Sweden
2. Christian Democratic: Austria, Belgium, France, Germany, Italy and Spain
3. Liberal: Australia, Canada, Japan, New Zealand, Switzerland and US
4. Not clearly classified: Ireland and United Kingdom.

Instantly elevated to 'classic' status, this work was immediately subject to critique and extension, with key points being:

- Difficulties in replication of the study;
- Adding other areas of welfare beyond pensions and related: e.g. health, education
- Adding other OED countries in South and East Europe, and also (East) Asia
- Considering the different experiences of ethnic groups, women etc.

Contrary to Esping-Andersen, Scruggs and Allen (2006) attempted to replicate and reassess the welfare-state decommodification index characteristics but found very limited empirical support for the 'three worlds' typology. Though some clear differences remain compared to the time-period of the earlier study, there is also much less overall variation among countries. Furthermore, there is little evidence of 'clustering' among programme scores, undermining the reliability of the schema.

The Esping-Anderson schema particularly concentrated on welfare payments, whereas in the health and education arenas expenditures are more important. But studies have yet to satisfactorily encompass these other areas of welfare provisions.

The several additions to the geographical scope of studies included an argument that Mediterranean states are characterised by limited social security, based in part on clientelism and a decidedly traditional family- or community-orientated focus. East Asian welfare states are Confucian-inspired, combining elements of all three types of welfare regimes: relatively low

levels of state intervention and welfare, but with socially grounded obligations of immediate family members and strong advocacy and investment in education and emphasis on work ethic. Francis Castles' *The Working Class and Welfare* (1985) developed a 'wage-earner's welfare state' model of the Australasian experience which directs attention to 'occupational welfare'.

Finally, as Ebbinghaus (2012) also points out, the publication of Esping-Anderson's treatise coincided with the break-up of the Soviet Union, and Central Eastern European states and their post-socialist transitions are also not represented well by the tripartite model. Esping-Andersen argued that differences within East Europe might be only 'transitional', but Fenger (2007) is particularly concerned to incorporate post-communist countries into a welfare regime typology, pointing to their base similarities over a period of at least half-century of providing three big 'pillars': old age pensions; health-related transfers and family benefits. These were supported by two other big systems: employee benefits and consumer subsidies. He argues that the welfare states in post-communist countries might be subdivided into three groups:

- (1) a group of former-USSR countries, including Russia and Belarus;
- (2) a group of rather successful Central and Eastern European countries including Poland and the Czech Republic, and
- (3) a group of developing welfare states, consisting of Romania, Moldova and Georgia.

This leads to the following typology (which doesn't seem to have been taken up in consequent literature):

- I. Conservative-corporatist type (Austria, Belgium, France, Germany, Greece, Italy, the Netherlands and Spain – within which the Southern-European countries form a distinct subtype): with low female paid work participation, reliance upon social contributions instead of taxes, moderate income redistributions, and rather high levels of unemployment.
- II. Social-Democratic type (Finland, Denmark, Norway and Sweden): high taxes, high income redistributions, high female participation, a high level of material well-being e.g. low infant mortality and high life expectancy and a high level of trust among the citizens.

- III. Liberal type (New Zealand, United Kingdom and United States): low level of total government expenditures, high level of inequality and a low level of spending on social protection.
- IV. Former-USSR type (Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania, Russia and Ukraine): total government expenditures resemble the conservative-corporatist type, but the scores on all other governmental programmes variables are below the three Western European types and also there is a much lower level of trust.
- V. Post-communist European type (Bulgaria, Croatia, Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia): while similar to IV this type has a more relaxed economic development, reflected in the levels of economic growth and inflation, the level of social well-being is somewhat higher (e.g. in infant mortality and the life expectancy scores) and it is more egalitarian.
- VI. Developing welfare states type (Georgia, Romania and Moldova): High-level of infant mortality and the low life expectancy.

Intriguingly, given the voluminous literature it is a difficult task to trace the trajectory of studies and so I will merely draw on Ebbinghaus (2012) who develops a meta-analysis of the available studies to 2012. Without developing a theoretical argument, Ebbinghaus draws on the various previous studies to provide the following groupings [marginal group members are enclosed in square brackets]:

- 1. Continental; Germany, Austria, France, Belgium, Italy [Spain, Portugal, Greece, Czech Republic]
- 2. Liberal: Australia, United Kingdom, United States, New Zealand, Ireland, Japan [Switzerland, Iceland]
- 3. Social-democratic: Denmark, Norway, Sweden, Finland, Netherlands
- 4. Central and Eastern Europe: Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, Slovenia, Slovak Republic.

To these might be added an Asian version.

There are some general issues with the whole line of analysis. The classification approach is that it is 'clunky': cases have to fit into one or other box whereas in reality many are multiplex. Indeed, since welfare states evolve over long periods, rather than being implemented in sudden surges, and

since they form a mutually-regarding circle of societal learning there is every opportunity for hybridisation as each borrows from others. (An electoral example of institutional diffusion is the adoption in NZ of a Germanic system of MMP electoral arrangements.) So the apparent coherence of the 'ideal types' readily dissolves into a myriad of divergent trends.

On the other hand, drawing inspiration from Max Weber's conception of ideal-types as standing behind the confusion of the real, there is much theoretical mileage to be gained by using these as models for thinking through broad patterns. There are some 'model countries' which exemplify each of these ideal types and which may well be centres of policy diffusion: The United States serves as a typical example of the liberal welfare state, while Germany can be regarded as the country that most clearly resembles the conservative welfare state, and Norway and Sweden serve as basic examples for the social-democratic type. It is possible that there is some internal consistency at within each of these 'representative countries'.

On the other hand, a trend towards convergence is to be expected. One source of unifying trends is the pressure to conform within a European framework, exerted through international umbrella organisations such as the EU or OECD.

4. Literature

Other studies have made the journey of linking societal characteristics and SWB outcomes, and it should be possible to learn from these, although only a small selection of more recent studies are included here.

Garlington (2013) had drawn attention to the role of value-orientations of countries in shaping their social welfare policy structures, but her discussion focuses mainly on the US and she hasn't pursued her study systematically.

The HDI has long been a key index of country's quality of life. Wu et al. (2014) compare the HDI weightings of 19 OECD countries in 2009 against the efficiency of their resource inputs with the empirical result shows that approximately 75 % of the evaluated countries had rather different results in the efficiency rankings as opposed to the HDI rankings.

Fors and Kulin (2016) reanalyse studies of life-satisfaction (i.e. cognitive evaluations of life) by adding in European Social Survey data on affective

SWB (mood). Although their studies suggest differences in ranking amongst middle-ranked countries (i.e. Ireland is happier than Spain although the two are comparable on the cognitive measures, but with a $r_{sq}=.86$ between the two measures are clearly too highly correlated for many differences to emerge.

Gasquez and Royuela (2014) raise the question of whether football could be an indicator of Development at the International Level. Their results suggest that FIFA rankings of national teams can be used to complement understandings of multidimensional development, in particular, in those countries where the availability of information is not as good as researchers would like.

Madonia et al. (2013) explore wider well-being across 15 countries choosing indicators that refer to the Stiglitz report. They identify a single dominant factor that they term the development profile, which is positively associated with the level of education outputs, technological progress and female labour market participation and negatively associated with the level of pollution. The resultant rankings and a GDP ranking are only weakly correlated.

Radcliff (2013) endeavoured to discover how working conditions, job satisfaction, health status, and psychological issues were impacted by different genders in part-time and full-time employment, using Esping-Anderson's typology of welfare states to classify the countries. It was found, for example, that unsurprisingly there were generally more women who had part-time employment than males, and more males with full-time employment than females across most regimes

Other studies are technical. Azhar (2016) examines the reliability over time of welfare measures in 15 EU countries, given that different welfare measures are available at different times. This affects rankings which are less reliable than scores. See also Marković et al. (2016); Mizobuchi (2014) and Hussain (2016).

This chapter will now provide an updated descriptive analysis of OECD countries, but is confined to the available data. Some recent relevant studies have been considered, including some from the grey literature and lessons learned feed into the analysis below.

5. Methods

The latest version of OECD preferences and indicators datasets were downloaded and subjected to factor analyses to explore whether any substantial reduction in variation is possible. Indicators of the various domains were procured from the OECD website, and these became independent variables to ‘predict’ variation amongst the various dimensions of SWB.

The OECD countries are used together with 6 other countries for which data are available. The ‘sample’ basically covers all of Europe, North America and Oceania (Australia/NZ). However, information is missing on some variables. Since the OECD publishes much methodological information pertaining to the quality of the data this is not added in here.

6. Results

6.1 WB Weightings

For all 38 OECD countries (self-selected survey size, n=100k) health and life satisfaction were scored slightly higher but in general there is little differences in weights accorded the different domains – civic engagement and community are lower scoring. 5 factors were produced covering almost $\frac{3}{4}$ quarters of the variance, without any achieving much reduction in the variation. The first 3 factors appeared to involve (once rotated):

- community/work balance
- life satisfaction and environment
- civic engagement, income & housing.

However, the patterns are not clearly interpretable.

Table 1: Respondent weighting of domains

Domain	Country Mean	Std. Deviation
Civic Engagement	.0664482137	.00390037590
Community	.0791665078	.00357959017
Education	.0979522565	.00333731440
Environment	.0901252339	.00457152259

Health	.1026500225	.00399361280
Housing	.0894148947	.00333300605
Income	.0878404037	.00456059389
Jobs	.0894028675	.00753009158
Life Satisfaction	.1021238096	.00544707043
Safety	.0936648421	.00534621023
Work-Life Balance	.0934412006	.00588579981

6.2 Indicators

Table 2 presents the range of scores for each of the BLI indicators. The table is particularly relevant in seeing where individual countries are placed in relation to the parameters provided, although individual country data is not provided here. The range of variation on each indicator is particularly interesting: there is little variation amongst countries in terms of student skills, years in education, housing expenditure, water quality, life expectancy, life satisfaction. On the other hand there is high variation for long-term unemployment, dwelling facilities and homicide rate.

Table 2: Indicators: Descriptive Parameters (N=38)

	Minimum	Maximum	Mean	Std. Deviation	Coefficient Of Variation
Labour market insecurity	1.5	26.5	5.47	5.11	93.38
Stakeholder engagement for developing regulations	.8	3.5	2.05	.69	33.96
Feeling safe walking alone at night	36.1	87.7	68.63	13.19	19.23
Dwellings without basic facilities	.0	37.0	3.45	6.63	192.43
Housing expenditure	15.0	26.0	20.89	2.41	11.55
Rooms per person	.7	2.5	1.64	.47	28.76

Household net adjusted disposable income	10872.0	44049.0	25113.84	8026.03	31.96
Household net financial wealth	2260.0	176076.0	49362.78	38708.20	78.42
Employment rate	43.0	86.0	67.73	8.21	12.12
Long-term unemployment rate	.03	16.95	3.19	3.71	116.30
Personal earnings	11554.0	62636.0	37435.94	14256.98	38.08
Quality of support network	76.0	98.0	90.02	4.59	5.10
Educational attainment	37.0	95.0	77.23	15.99	20.71
Student skills	391.0	529.0	486.76	33.51	6.88
Years in education	14.8	21.2	17.37	1.39	8.01
Air pollution	3.0	28.0	13.39	5.89	44.03
Water quality	54.0	99.0	82.26	10.86	13.21
Voter turnout	49.0	91.0	70.02	11.67	16.67
Life expectancy	57.4	83.9	79.53	4.69	5.90
Self-reported health	33.0	88.0	67.44	13.97	20.72
Life satisfaction	4.8	7.5	6.52	.77	11.89
Homicide rate	.2	27.6	2.93	5.46	186.35
Employees working very long hours	.16	33.77	8.72	7.79	89.39
Time devoted to leisure and personal care	12.59	16.36	14.83	.75	5.09

The Factor Analysis (Table 3) yielded 6 factors which might be interpreted as involving:

- F1: rich v poor1 although quite a homogenous mix covering longevity, and security feelings/ experiences as opposed to lack of household facilities
- F2: Labour force insecurity
- F3: Rich vs. poor 2: household wealth and income and household crowding
- F4: Satisfaction, health, education & environmental quality

- F5: Time commitments and educational achievement
- F6: Political engagement and housing costs.

It is clear that many of these clusters are contingent rather than suggesting a unitary underlying cause.

Table 3: Rotated Component Matrix (factors in bold)

	Component					
	1	2	3	4	5	6
Homicide rate	-0.822		-.262		-.279	
Life expectancy	.809	.335	.231	.168		
Dwellings without basic facilities	-.705	-.356	-.180	-.261		-.121
Feeling safe walking alone at night	.680	.231	.365	.287	.281	
Student skills	.637	.404	.209		.500	
Long-term unemployment rate		-.926	-.152		.172	
Labour market insecurity	-.258	-.900	-.120		-.125	
Employment rate	.256	.762	.177	.325	.280	.118
Household net financial wealth	.189	.151	.849			
Household net adjusted disposable income	.366	.274	.789	.232	.154	
Personal earnings	.418	.253	.727	.347	.175	-.151
Rooms per person	.425	.209	.621	.343	.200	
Air pollution		-.245	-.163	-.779	-.163	
Quality of support network	.151		.257	.749	.378	
Self-reported health		-.150	.538	.655	-.140	
Life satisfaction	.160	.497	.438	.610		
Years in education	.487	.140		.526		-.188
Water quality	.412	.328	.383	.428	.288	.140
Employees working very long hours				-.231	-.843	
Time devoted to leisure and personal care	.208	-.104	.232	.122	.758	-.239
Educational attainment	.272	.500	.179	-.127	.590	.224
Stakeholder engagement for developing regulations		.161	.197		-.273	.734
Voter turnout			.324	.435	-.259	-.551

Housing expenditure	.331	-.169	-.225	.501		.507
---------------------	------	-------	-------	------	--	-------------

Extraction Method: Principal Component Analysis.

Rotation Method: Varimax with Kaiser Normalization.

a. Rotation converged in 11 iterations.

Since overall life satisfaction is an important outcome variable, this was used as the dependent variable which was to be 'predicted' by the other indicators in a regression equation (Table 4). Since aggregate data at the national level are being used the coefficients are artificially high compared to data on individual respondents. The result was that 83% of the variance was explained, by only 4 of the other indicators: personal earnings, long-term unemployment rate, self-reported health and employment rate.

Table 4: Regression – explaining overall life satisfaction between countries

		Unstandardized Coefficients		Standardized Coefficients	t	Sig.
		B	Std. Error	Beta		
1	(Constant)	5.013	.243		20.666	.000
	Personal earnings	4.051E-5	.000	.744	6.679	.000
2	(Constant)	5.520	.258		21.370	.000
	Personal earnings	3.339E-5	.000	.613	5.861	.000
	Long-term unemployment rate	-.075	.022	-.361	-3.454	.001
3	(Constant)	4.458	.296		15.039	.000
	Personal earnings	1.829E-5	.000	.336	3.381	.002
	Long-term unemployment rate	-.096	.017	-.458	-5.464	.000
	Self-reported health	.025	.005	.452	4.876	.000
4	(Constant)	2.863	.786		3.640	.001
	Personal earnings	1.260E-5	.000	.231	2.186	.036

Long-term unemployment rate	-.065	.022	-.312	-3.002	.005
Self-reported health	.026	.005	.470	5.317	.000
Employment rate	.024	.011	.257	2.173	.037

a. Dependent Variable: Life satisfaction

Model

Table 5 Clustering by Indicator Variables

	6 cluster	5-cluster	4-cluster	3-cluster
1:Australia	1	1	1	1
2:Austria	1	1	1	1
6:Denmark	1	1	1	1
8:France	1	1	1	1
9:Germany	1	1	1	1
12:Iceland	1	1	1	1
13:Ireland	1	1	1	1
14:Italy	1	1	1	1
17:Luxembourg	1	1	1	1
20:New Zealand	1	1	1	1
34:Israel	1	1	1	1
3:Belgium	2	2	1	1
4:Canada	2	2	1	1
15:Japan	2	2	1	1
19:Netherlands	2	2	1	1
26:Sweden	2	2	1	1
29:United Kingdom	2	2	1	1
5:Czech Republic	3	3	2	2
10:Greece	3	3	2	2
11:Hungary	3	3	2	2

18:Mexico	3	3	2	2
22:Poland	3	3	2	2
24:Slovak Republic	3	3	2	2
28:Turkey	3	3	2	2
31:Brazil	3	3	2	2
32:Chile	3	3	2	2
33:Estonia	3	3	2	2
35:Latvia	3	3	2	2
36:Russia	3	3	2	2
37:Slovenia	3	3	2	2
38:South Africa	3	3	2	2
7:Finland	4	3	2	2
16:Korea	4	3	2	2
21:Norway	4	3	2	2
23:Portugal	4	3	2	2
25:Spain	4	3	2	2
27:Switzerland	5	4	3	3
30:United States	6	5	4	3

The indicator-set was then subject to (k-means) cluster analysis, and 4 of the possible cluster solutions are derived (Table 5). The 3 cluster solution splits the countries into two larger groups: one a mix of European, Australasian and the other Eastern and Southern European together with non-European. Switzerland and the US form a small set-apart category which on the 4-cluster step splits into each. The 5 step solution involves a splitting of the 2nd group into a small cluster of advanced societies and a larger group of mainly Eastern European countries. The final step in the clustering was to split this emergent 1st grouping into several richer countries. Many of the groupings seem to make intuitive sense.

Another empirical study took up the general idea that more generous welfare states would pump up life satisfaction and related variables. Data (from Wikipedia) on welfare expenditure as a % of GNP and social welfare spend-

ing levels (converted by PPP) was added to the data but the correlation with life satisfaction was close to zero. A discriminant analysis of the data on 8 types of countries merely confirmed each in their appointed slot. But given small/tiny sample sizes this is to be expected. Surprisingly, the effect of wealth was not at all strong.

Finally, the categories in the extended WS typology was used to predict country membership of the different indicator clusters (Table 6). The overall fit is depicted with an eta (nonlinear correlation coefficient) of .532 which is strong. This shows that there are good fits with indicator clusters for the Continental, East European, other (non-European) and Mediterranean types of welfare state. The Scandinavian, Asian and Liberal welfare state types had moderately strong linkages. Oddly in contrast to ‘common-sense’, the Scandinavian category is spread across several indicator clusters.

Table 6 Indicator Clusters by WS Classification

		Conti- nental	Liberal	Scandi- navian	Euro- pean	Asian	Other	Medi- ter- ranean	
1	Count	5	3	2	0	0	1	0	11
	%	71.4%	50.0%	33.3%	0.0%	0.0%	14.3%	0.0%	28.9%
2	Count	1	2	2	0	1	0	0	6
	%	14.3%	33.3%	33.3%	0.0%	50.0%	0.0%	0.0%	15.8%
3	Count	0	0	2	7	1	6	3	19
	%	0.0%	0.0%	33.3%	100.0%	50.0%	85.7%	100.0%	50.0%
4	Count	1	0	0	0	0	0	0	1
	%	14.3%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	2.6%
5	Count	0	1	0	0	0	0	0	1
	%	0.0%	16.7%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	2.6%
To- tal	Count	7	6	6	7	2	7	3	38
	%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%

7. Conclusions

It might be too naïve to expect the complexities of social-wellbeing to map cleanly onto the various dimensions of welfare state provisions. This chapter has briefly reviewed these two literatures and provides updated measures and summaries of each as related to the mix of 38 OECD and related countries. Whereas the measures of social wellbeing are well thought through and are well developed, the measurement of government expenditures and services is still enmired in complexity with quite different conceptualisations available and a diverse range of measures. A range of further measures of SWB is available but not incorporated in this chapter. Nevertheless these are both very important areas for social analysis. SWB provides a useful extension of ideas about what desired outcomes are being obtained, while welfare states are undoubtedly a major multi-stranded set of interventions that endeavour to reshape social outcomes. While some broad effects of welfare states clearly affect SWB outcomes, it is equally clear that other historical and/or contemporary factors need to be considered in explaining their variation.

References

- Balestra, Carlotta; Tosetto, Elena (2017): What Matters Most to People? Evidence from the OECD Better Life Index Users' Responses. *Social Indicators Research* vol. 136(3), April, pp. 907-930.
- Crothers, Charles (ed): Guide to World Social Indices <https://www.isa-sociology.org/en/opportunities/world-social-indices/>.
- Durand, Martine (2015): The OECD Better Life Initiative: *How's Life?* And the measurement Of Well-Being Review of Income and Wealth Series 61, Number 1, March 2015 DOI: 10.1111/roiw.12156.
- Decancq, Koen (2017): Measuring Multidimensional Inequality in the OECD Member Countries with a Distribution-Sensitive Better Life Index *Soc Indic Res* 131:1057–1086. DOI 10.1007/s11205-016-1289-2.
- Ebbinghaus, Bernhard (2012): Comparing Welfare State Regimes: Are Typologies an Ideal or Realistic Strategy? Draft Paper presented at European Social Policy Analysis Network, ESPAnet Conference, Edinburgh, UK, September 6-8.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Fenger, H.J.M. (2007): Welfare regimes in Central and Eastern Europe: Incorporating post-communist countries in a welfare regime typology. *Contemporary Issues*

- and Ideas in Social Sciences.* https://www.researchgate.net/publication/26470164_Welfare_Regimes_in_Central_and_Eastern_Europe_Incorporating_Post-Communist_Countries_in_a_Welfare_Regime_Typology.
- Ferragina, E. et al. (2015): The Four Worlds of 'Welfare Reality' – Social Risks and Outcomes in Europe, *Social Policy and Society*, vol. 14 (2), pp. 287–307.
- Flora, Peter (ed) (1999): *State Formation, Nation-Building, and Mass Politics in Europe: The Theory of Stein Rokkan*. Oxford: Oxford University Press.
- Fors, Filip; Kulin, Joakim (2016): Bringing Affect Back in: Measuring and Comparing Subjective Well-Being across Countries *Social Indicators Research* 127.1 (May 2016): 323-339. DOI: <http://dx.doi.org/10.1007/s11205-015-0947-0>.
- Garlington, Sarah B (2014): Value orientations of social welfare policy structures. *International Journal for Social Welfare* 23 (3), pp. 287-295.
- Gasquez, Roberto; Royuela, Vicente (2014): Is Football an Indicator of Development at the International Level? *Social Indicators Research* 117.3 (July 2014): 827-848. DOI: <http://dx.doi.org/10.1007/s11205-013-0368-x>.
- Hussain, M. Azhar (2016): EU Country Rankings' Sensitivity to the Choice of Welfare Indicators. *Social Indicators Research* 125.1: 1-17. DOI: <http://dx.doi.org/10.1007/s11205-014-0830-4>.
- Isakjee, A. (2017): 'Welfare state regimes: a Literature Review', *IRIS Working Paper Series*, No. 18/2017 (*UPWEB Working Paper Series*, No. 5/2017) Birmingham: Institute for Research into Superdiversity.
- Kalimo, Esko (2005): OECD Social Indicators for 2001: a Critical Appraisal. *Social Indicators Research* 70.2: pp. 185-229.
- Koen, Decancq (2017): Measuring Multidimensional Inequality in the OECD Member Countries with a Distribution-Sensitive Better Life Index *Soc Indic Res* (2017) 131. DOI 10.1007/s11205-016-1289-2, pp. 1057–1086.
- Kuypers, Sarah (2014): *The East Asian welfare regime: reality or fiction* Working Paper No 14/ 04.
- Lorenz, Jan; Lorenz, Dirk (2016): Rank-Optimal Weighting or “How to be Best in the OECD Better Life Index?” *Social Indicators Research* 2016.
- Madonia, G; Cracolici, M F; Cuffaro, M (2013): Exploring Wider Well-Being in the EU-15 Countries: An Empirical Application of the Stiglitz Report. *Social Indicators Research* 111.1. DOI: <http://dx.doi.org/10.1007/s11205-011-9986-3>, pp. 117-140.
- Mazumdar, Krishna (1999): Measuring the well-beings of the developing countries: Achievement and improvement indices *Social Indicators Research* 47.1, pp. 1-60.
- Ngamaba, Kayonda Hubert (2017): Determinants of subjective well-being in representative samples of nations *European Journal of Public Health*, Volume 27, Issue 2, 1 April 2017, <https://doi-org.ezproxy.aut.ac.nz/10.1093/eurpub/ckw103>, pp. 377–382.
- Hideyuki, Mizobuchi (2014): Measuring World Better Life Frontier: A Composite Indicator for OECD Better Life Index. *Social Indicators Research*. 118, Issue 3, <https://doi.org/10.1007/s11205-015-0879-8>, pp. 987–1007.

- Radcliff, Benjamin (2013): *The Political Economy of Human Happiness*. New York: Cambridge University Press.
- Ray, Amal Kanti (2008): Measurement of social development: an international comparison Social Indicators Research 86.1 (Mar 2008), pp. 1-46.
- Scruggs, Lyle; Allan, James Paul (2006): Welfare-state decommodification in 18 OECD countries: A replication and revision. *Journal of European Social Policy* 16(1). DOI: 10.1177/0958928706059833, pp. 55-72.
- Sen, A. (1985): *Commodities and Capabilities*. Amsterdam: North-Holland.
- Titmus, Richard (1958): *Essays on the Welfare State*. London: George Allen & Unwin.
- Watts, Rob (1997): Ten years on: Francis G. Castles and the Australian 'wage-earners' welfare state'. *Journal of Sociology*: Volume: 33 issue: 1, <https://doi.org/10.1177/144078339703300101>, pp. 1-15.
- Wu, Po-chin; Fan, Chiung-wen; Pan, Sheng-chieh (2014): Does Human Development Index Provide Rational Development Rankings? Evidence from Efficiency Rankings in Super Efficiency Model. *Social Indicators Research*; Dordrecht 116.2 (Apr 2014). DOI: <http://dx.doi.org/10.1007/s11205-013-0285-z>, pp. 647-658.

Lebensqualität als Gegenstand Sozialer Arbeit - konzeptionelle Überlegungen und Perspektiven

Christian Spatscheck

Die empirische und theoretische Forschung zur Sozialen Arbeit und zur Lebensqualität teilt den gemeinsamen Bezug auf das Konzept des well-being (Wohlbefindens). Dieses Konzept wird genauso in der Global Definition of Social Work wie in den zentralen Modellen zur Lebensqualitätsforschung als definitorischer Referenzpunkt genutzt. Im Kontext der weithin anerkannten Gegenstandsbestimmung Sozialer Arbeit, dem Verhindern und Bewältigen sozialer Probleme, wird in diesem Beitrag ein Blick auf die zentralen Modelle und Erkenntnisse der Forschung und Theoriebildung zu Lebensqualität und menschlichem Wohlbefinden geworfen. Dieser wird in sieben Unterbereiche unterteilt. In einer abschließenden Betrachtung wird geprüft, inwiefern Lebensqualität als konzeptioneller Referenzpunkt die Gegenstandsbestimmung Sozialer Arbeit konkretisieren kann und wie Soziale Arbeit im Fachdiskurs der Lebensqualitätsforschung relationiert werden kann.

1. Soziale Arbeit – Gegenstandsbestimmung und Bezüge zum Begriff der Lebensqualität

Um den Bezug der Lebensqualitätsforschung zu den Diskursen der Sozialen Arbeit zu klären, soll zunächst Bezug auf die leitenden Gegenstandsbestimmungen der Sozialen Arbeit genommen werden. Letztlich sind Konzepte, Modelle oder Forschungsergebnisse aus der Lebensqualitätsforschung dann von Interesse für die Soziale Arbeit, wenn diese auch in ihrem Gegenstandsbereich relevant sind.

Für eine solche Gegenstandsbestimmung existieren im Fachdiskurs der Sozialen Arbeit verschiedene Varianten. Eine häufige Definition nennt das „Verhindern und Bewältigen Sozialer Probleme“, wobei soziale Probleme dann vorliegen, wenn die individuelle legitime Entwicklung und Entfaltung von

Menschen durch deren fehlende oder verweigerte soziale Einbettung nicht gegeben ist und die dabei auftauchenden Probleme zumindest von Teilen der Gesellschaft auch als solche erkannt und definiert werden (vgl. Engelke et al. 2016). Eine etwas weiter gefasste Definition benennt die „sozial eingebettete Lebensführung“ zum Gegenstand der Sozialen Arbeit (Otto, Scherr & Ziegler 2010).

Sowohl das Verhindern und Bewältigen sozialer Probleme als auch die Lebensführung der Menschen weist einen hohen Überschneidungsgrad mit Fragen des guten oder gelingenden Lebens, der alltäglich und gesellschaftlich vorfindbaren Lebensqualität und ihres subjektiven oder objektiven Wohlbefindens auf. Beide Definitionen verweisen darauf, dass Lebensqualität immer in der sozialen Relation zwischen Subjekten und gesellschaftlichen Strukturen entsteht und verhandelt wird. Entsprechendes sieht auch eine weitere Gegenstandsdefinition vor, die das Aufgabengebiet der Sozialen Arbeit in der (Mit-)Gestaltung des Verhältnisses zwischen Individuen und sozialen Systemen sowie die dabei potenziell auftretenden Konfliktlagen und den dabei entwickelten persönlichen oder professionell begleiteten Lösungsmöglichkeiten in diesem Spannungsfeld sieht (Hamburger 2007, S. 14).

Dennoch bezieht sich der akademische Diskurs zur Sozialen Arbeit bislang nur sehr selten explizit (vgl. z.B. Jordan 2007; 2009) oder eher indirekt (vgl. z.B. Dominelli 2012 oder Payne 2011) auf die akademische Diskussion zu Lebensqualität und Wohlbefinden. Dieser Umstand ist umso bemerkenswerter, da sich die Globale Definition Sozialer Arbeit der internationalen Berufsverbände IFSW und IASSW explizit auf die Förderung und Entwicklung von mehr Wohlbefinden und Lebensqualität bezieht: „Underpinned by theories of social work, social sciences, humanities and indigenous knowledge, social work engages people and structures to address life challenges and enhance *wellbeing*.“ (IFSW/IASSW 2014).

Die theoretischen und konzeptionellen Debatten der Sozialen Arbeit beziehen sich bislang jedoch nur sehr wenig und wenn, dann eher indirekt, auf Konzepte, Modelle und Forschungsergebnisse zur Lebensqualität und zum menschlichen Wohlbefinden. Bislang ist es deshalb nur sehr selten gelungen, in der Sozialen Arbeit Bezüge zum Forschungsstand zu Lebensqualität und Wohlbefinden herzustellen und diesen dort konzeptionell oder methodisch zu integrieren. Vor diesem Hintergrund erscheint es hilfreich, deren wichtigste Ergebnisse und Entwicklungen sowie die verschiedenen akademi-

schen Zugänge in den folgenden Abschnitten genauer zu identifizieren und sich im Anschluss daran der Frage zu widmen, was diese bereits vorhandene Wissensbasis für die Soziale Arbeit in Theorie und Praxis bedeuten und beitragen könnte.

2. Lebensqualität und Wohlbefinden als Gegenstand im sozialwissenschaftlichen Diskurs¹

In den letzten Jahrzehnten wurde in verschiedenen Bereichen der Sozialwissenschaften ein sehr umfangreicher Bestand an Studien und Publikationen zum Thema Lebensqualität und Wohlbefinden erstellt (vgl. Überblicke in Rapley 2001, S. 3ff.; Phillips 2006). Obwohl diese in unterschiedlichen disziplinären Kontexten entstanden, etwa der Soziologie, Psychologie, Wirtschaftswissenschaften, Gesundheitswissenschaften oder den Entwicklungsstudien, haben all diese Studien zumindest eine gemeinsame Eigenschaft: Jenseits des traditionell anerkanntesten Indikators für Wohlbefinden, dem Bruttosozialprodukt pro EinwohnerIn, suchen diese nach neuen Kriterien und Definitionen dafür, was ein „gutes Leben“ ausmacht und wie man dessen Elemente und Mechanismen erforschen kann.

Implizit oder explizit verbinden sie dabei ihre Hauptargumentationen mit dem „Easterlin Paradox“. In Bezug auf eine empirische Studie von Richard Easterlin aus dem Jahr 1974, und durch viele weitere Studien später bestätigt, beschreibt das Easterlin Paradox den Sachverhalt, dass in allen Umfragen zur individuellen Lebenszufriedenheit in westlichen Gesellschaften der letzten Jahre nachweisbar ist, dass die persönliche Gesamtzufriedenheit mit dem eigenen Leben in den westlichen Gesellschaften aktuell eher stagniert und weit unter den Zuwachsraten des allgemeinen Wirtschaftswachstums verbleibt (Jordan 2009, S. 13).

Weitere Forschungsaktivitäten in diesem Bereich sind ab den 1960er Jahren zu verzeichnen, damals führte ein Mangel an Daten und Modellen über das menschliche Wohlbefinden zur Gründung eines richtiggehenden „social indicators movements“, in dem vielfältige Konzepte für die Messung und

¹ Dieser Abschnitt basiert auf einem übersetzten und inhaltlich gekürzten Teil des Beitrags „Quality of Life and Well-Being – Tasks for Social Work?“, der in der Zeitschrift „Czech and Slovak Social Work“, Ausgabe 4/2017, S. 18-29 (ERIS Journal, Summer 2017) erschienen ist und hier mit freundlicher Genehmigung dieser Zeitschrift erscheint.

Erfassung von Lebensqualität entwickelt wurden (Noll 2002). In den folgenden Jahren nahm der Umfang an Forschungstätigkeiten fortlaufend zu und weitere Indikatoren zur Identifikation von objektivem und subjektivem Wohlbefinden und von Lebensqualität wurden entwickelt, getestet und angewandt (Rapley 2001, S. 11).

Eine etwas populäre Formel zur Zusammenfassung der umfangreichen Forschungsaktivitäten in diesem Bereich wurde vom Soziologen Jan Delhey formuliert: „Glück = Haben (ein gewisses Maß an Wohlstand) + Lieben (bedeutungsvolle und belastbare Beziehungen) + Sein (die Entwicklung und das Ausleben von persönlichen Vorhaben)“ (Bormans 2012, S. 224). Jenseits solcher persönlicher Versuche einer Zusammenfassung gibt es jedoch noch immer keine allgemein anerkannte übergreifende Definition von Lebensqualität (Rapley 2001, S. 63).

Eine Synopse der zentralen Lehrbücher zur Lebensqualitätsforschung könnte für eine erste konzeptionelle Basis und einen Einblick in das Feld dienen. In diesem Sinne beziehe ich mich in den folgenden Abschnitten insbesondere auf Bücher von David Phillips (2006) und Mark Rapley (2001) und reichere deren Argumentationslinien mit weiteren feldspezifischen Studien und Lehrbüchern an. Mit dieser eklektischen Sammlung können sieben Hauptansätze zur Lebensqualität und zum Wohlbefinden in den Sozialwissenschaften identifiziert werden. Diese werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

2.1 Subjektives Wohlbefinden, Glücksforschung und Positive Psychologie

Eine Strömung der Lebensqualitätsforschung legt ihren Fokus auf die empirische Messung und Operationalisierung von subjektivem Wohlbefinden (SWB) sowie individuell wahrgenommenem Glück (für einen Überblick vgl. Phillips 2006, S. 15ff.; Rapley 2001, S. 190ff.). Umfassendere Forschungsaktivitäten führten hier zu einer fundierten Wissensbasis. In vielen dieser Studien werden subjektives Wohlbefinden und Glück als synonyme Begriffe benutzt und anhand individueller Ausprägungen und subjektiver Wahrnehmungen gemessen. Glück wird dabei oft entlang von Operationalisierungen im folgenden Sinne definiert: „the experience of joy, contentment, or positive well-being, combined with a sense that one’s life is good, meaningful, and worthwhile“ (Lyubomirsky 2007, S. 14).

Über Forschungsaktivitäten konnten die folgenden wichtigsten Merkmale, Faktoren, Aktivitäten und Charaktereigenschaften für ein subjektives Empfinden von Glück ermittelt werden (vgl. Lyubomirsky 2007, S. 88ff.; Seligman 2011; Compton & Hoffman 2012; Steinebach et al. 2012):

- Verbindung, Zugehörigkeit und Bindungen zu verlässlichen und präsenten Bezugspersonen oder Familienmitgliedern
- Güte und Mitgefühl in sozialen Beziehungen und im Kontakt mit anderen Menschen
- Kooperation und Versöhnung in sozialen Beziehungen
- Aktivitäten von Achtsamkeit und kontemplativer Fokussierung
- Erfahrungen von Selbstachtung, Flow, Optimismus, Dankbarkeit, Demut, Staunen oder Schönheit

Während der letzten Dekaden kann von einer „positiven Wende“ in der Disziplin der Psychologie gesprochen werden (Compton & Hoffman 2012; Steinebach et al. 2012). Ihre Forschung verlagerte ihren Blick zunehmend von einer problemorientierten „negativen“ Psychologie, die auf psychiatrische Krankheiten und Probleme fokussiert ist, zu einer „Positiven Psychologie“ die versucht, die Hauptfaktoren von Wohlbefinden und einer gelingenderen Lebensführung zu identifizieren.

Ein sehr grundlegender Unterschied kann hierbei zwischen hedonistischen und eudaimonischen² Glückskonzepten getroffen werden (Phillips 2006, S. 31). Während hedonistische Ansätze sich auf herausragende Momente von Glück, Intensität, Freude und Lust konzentrieren, identifizieren eudaimonische Ansätze die Faktoren allgemeiner Lebenszufriedenheit entlang einer eigengestalteten Lebensführung mit der Erfahrung von Kompetenzen, Autonomie, Sinn und Lebenszielen.

Glücksstudien legen oft ihr Augenmerk auf individuelles Wohlbefinden. Manche Ansätze integrieren aber auch soziale und kollektive Faktoren. Umfragen wie der UN World Happiness Report (Helliwell et al. 2013) beziehen Kontextfaktoren und strukturelle Aspekte von Wohlbefinden und Glück mit ein. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in manchen Beiträgen einer der

² Der Begriff eudaimonisch kommt aus der antiken griechischen Philosophie und bezieht sich auf den Begriff des Daimons, des guten Gemütszustandes. Vor allem Aristoteles benutzte diesen Begriff um damit das höchste Ziel einer guten Lebensführung entlang jener Tugenden zu beschreiben, die aus der Ethik erhalten werden.

führenden Zeitschriften in diesem Bereich, des „Journal of Happiness Studies“ wider, die die Wechselwirkungen des sozialen Umfeldes mit der individuellen Handlungsfähigkeit betrachten.

2.2 Gesundheitsbezogene Ansätze

Die neuere Gesundheitsforschung beeinflusste maßgeblich die Gesundheitsdefinition der Weltgesundheitsorganisation (WHO), diese betrachtet Gesundheit nicht nur als Abwesenheit von Krankheit, sondern als Zustand eines vollständigen körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefindens (Phillips 2006, S. 40). Diese breite und engagierte Vision erweiterte den Gegenstandsbereich der Gesundheitsforschung in jene Bereiche, die bis dahin vor allem von anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen abgedeckt wurden und nun eine interdisziplinäre Zusammenarbeit ermöglichen (Rapley 2001, S. 139 ff.).

Hierbei werden Studien in Bezug auf Individuen oft entlang des Konzepts der „Health Related Quality of Life“ (HRQOL) durchgeführt. Eine Definition von Anne Bowling beschreibt: „Health-related quality of life is defined here as optimum levels of physical role (e.g. work, carer, parent, etc.) and social functioning, including relationships and perceptions of health, fitness, life satisfaction and well-being“ (Bowling 1995, zit. n. Phillips 2006, S. 41). Eine weitere gängige Maßeinheit stammt aus dem „healthy years approach“. Zur Messung der Wirkung und Effektivität von gesundheitsbezogenen Interventionen wurde das Konzept der „quality adjusted life years“ (QALYs) und für den Bereich von Behinderungen der „disability adjusted life years“ (DALYs) als zentrale Referenzmodelle entwickelt (Rapley 2001, S. 143; Phillips 2006, S. 46). Ein QALY oder DALY von 1,0 repräsentiert ein Jahr mit guter Gesundheit im Leben eines Adressaten.

Mark Rapley (2001, S. 255) weist auf die Ambivalenzen von Messungen der QALYs oder DALYs hin: Was würde passieren, wenn ein Mensch über einen längeren Zeitraum kein gesundes Leben für sich empfinden würde? Hätte diese Person immer noch einen Anspruch auf gesundheitsbezogene Hilfen oder wäre es dann „effektiver“, andere Menschen zu unterstützen, die eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, ihr Wohlbefinden zu erhalten oder zu erhöhen? Fragen dieser Art verweisen auf ethische und gesellschaftliche Konfliktlagen und machen deutlich, dass subjektive Nutzenerwägungen

nicht hinreichend dafür geeignet sind, um die Verteilung gesundheitsbezogener Interventionen zu gewichten. Vielmehr ist eine kritische Reflektion aller gesundheitsbezogenen Faktoren und ein Bezug zu den Prinzipien der Menschenrechte und Menschenwürde nötig, um moralische und ethische Entscheidungen treffen zu können.

Jenseits individuenbezogener Ansätze integrieren viele gesundheitsbezogene Lebensqualitätsstudien auch Aspekte des Sozialen und des Gemeinwesens (Phillips 2006, S. 54). Solche Ansätze verfolgen systemische und ökologische Modelle, die die individuelle Gesundheit und das Wohlbefinden von Menschen in Wechselwirkung mit Familien- und Beziehungsnetzwerken, Zugehörigkeiten zu Gemeinschaften, Gemeinwesen, Nationen, Gesellschaften und in Bezug auf transnationale Einflüsse betrachten. Durch eine Relativierung dieser Ebenen entsteht ein soziales und gemeinwesenbezogenes Verständnis von Gesundheit.

Weitere Aktivitäten der gesundheitsbezogenen Lebensqualitätsforschung können mit dem Begriff der „kritischen Public Health Forschung“ beschrieben werden (Phillips 2006, S. 191). Diese Ansätze verfolgen das Ziel von gesunden Gesellschaften und messen die Einflüsse von Planung und Politik auf die Gesundheit und die Teilhabe von Menschen. Eine der bekanntesten Studien in diesem Bereich sind die Studien der Epidemiologinnen Richard Wilkinson und Kate Pickett (z.B. Wilkinson & Pickett 2010). Diese weisen nach, dass soziale Gleichheit und soziale Kohäsion die zentralen Hauptfaktoren für eine positive Entwicklung von Menschen sind. Sie zeigen, dass wirtschaftliche und soziale Ungleichheit sowie geringe sozialer Kohäsion in allen betrachteten Populationen mit einem verstärkten Auftreten von gesundheitsbezogenen und sozialen Problemen korrelieren. Höhere Ungleichheit geht in allen betrachteten Ländern und Gesellschaften einher mit niedrigerer körperlicher und psychischer Gesundheit sowie mit einer Zunahme von Abhängigkeiten, Teenagerschwangerschaften, Kindesmisshandlung, Gewalt, höheren Kriminalitätsraten, sozialer Spaltung, geringerem Vertrauen und weniger Gemeinschaftsleben und -aktivitäten.

2.3 Wohlbefinden, Bedürfnisse und Capabilities

Weitere Ansätze zur Messung und Operationalisierung von Lebensqualität ziehen zur Bestimmung von Mindeststandards für ein „gutes Leben“ Model-

le über zentrale Werte oder Bedürfnisse heran (Phillips 2006, S. 62ff.). Hierbei werden oft Kataloge und Listen von Indikatoren und Ressourcen entwickelt, um menschliche Bedarfe und Bedürfnisse besser mess- und vergleichbar zu machen. Nicht alle diese Ansätze können hier beschrieben werden, aber zumindest folgende fünf Modelle sollen ihre Berücksichtigung finden.

Len Doyal und Ian Gough (1991) orientieren sich in ihrer Theorie menschlicher Bedürfnisse an menschlichen *Primärbedürfnissen* von körperlicher Gesundheit und Autonomie/Agency. Für die Befriedigung dieser objektiven Primärbedürfnisse identifizieren Doyal und Gough elf *Intermediäre Bedürfnisse*: (a) Gehaltvolle Nahrung und sauberes Wasser, (b) schützende Wohnmöglichkeiten, (c) ungefährliche Arbeitsumgebungen, (d) ungefährliche physikalische Umgebungen, (e) sichere Formen von Geburtenkontrolle und Schwangerschaften, (f) hinreichende Gesundheitsversorgung, (g) sichere Kindheiten, (h) bedeutungsvolle Primärbeziehungen, (i) körperliche Sicherheit, (j) wirtschaftliche Sicherheit und (k) hinreichende Erziehung und Bildung.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Amartya Sen (1993) wurde für seinen „Capability Ansatz“ bekannt. Dieser basiert auf den Ideen von Freiheit und Entwicklung und folgt dem Hauptkonzept des Erhaltens von „Functionings“ – Zuständen des Wohlbefindens, verbunden mit aktivem Handeln und Sein. Die Functionings werden durch die Aneignung von Ressourcen erhalten, die Ressourcen selbst bezeichnet er als „Capabilities“. Die wichtigsten Functionings sind: (a) Vermeiden von Sterblichkeit und Finden von Gesundheit, (b) ernährt sein, (c) Mobilität wahrnehmen können, (d) glücklich sein, (e) Selbstwertgefühl finden, (f) am Leben des Gemeinwesens teilnehmen können, (g) in der Öffentlichkeit ohne Scham auftreten zu können.

Die Philosophin Martha Nussbaum (2000) erweiterte Sens Capability Approach anhand aristotelischer Konzepte der Lebensführung und konkretisierte dabei genauer, was Capabilities sind. Während Sen es bis heute vermeidet, eine Liste der Capabilities zu formulieren, hat Nussbaum eine solche Liste ausgearbeitet. Diese enthält, in abgekürzter Form, folgende Elemente: (a) *Körperliche Capabilities* (ein Leben in normaler Länge, körperliche Gesundheit, körperliche Integrität, materieller Einfluss auf Welt), (b) *mentale Capabilities* (Sinne, Imagination, Denken, Emotion, Fürsorge, Liebe, praktische Vernunft) und (c) *soziale Capabilities* (Zugehörigkeit, politischer Ein-

fluss, Leben mit anderen, soziale Quellen für Selbstbewusstsein, Kontakt mit anderen Spezies, Spiel).

Robert Skidelsky und Edward Skidelsky (2012) haben ein Konzept über „Grundgüter“ (basic goods) formuliert, die das gute Leben selbst ausmachen und nicht nur als Ressourcen genutzt werden, um ein gutes Leben führen zu können. Ihre Liste der Grundgüter besteht aus: (a) Fähig sein, eine eigene Persönlichkeit zu entwickeln, (b) das Finden und Behalten guter Gesundheit und die Fähigkeit, Erfahrungen machen zu können (c) Freizeit, (d) Freundschaft, (e) Respekt, (f) Sicherheit und (g) Harmonie mit der Natur.

Auch die Theorie Sozialer Arbeit bietet Konzepte und „Listen“ über das, was Menschen für ein gutes Leben benötigen. Der emergentisch-systemistische Theorieansatz von Silvia Staub-Bernasconi und weiteren AutorInnen identifiziert die folgenden Ressourcen, die für die menschliche Lebensführung notwendig sind (Staub-Bernasconi 2007, S. 183ff.): (a) körperliche Ressourcen (Gesundheit, Fähigkeiten), (b) sozio-ökonomische Ressourcen (Geld, Güter), (c) sozio-kulturelle Ressourcen (kulturelle Zugehörigkeit), (d) sozio-ökologische Ressourcen (Natur, gesunde Umwelt), (e) wissensbezogene Kompetenzen, (f) symbolische Ressourcen (adäquate innere Bilder und mentale Modelle), (g) Handlungskompetenzen, (h) soziale Positionen (formelle und informelle Rollen in sozialen Systemen) und (i) Mitgliedschaften in sozialen Systemen (Solidarität und Unterstützung). Jenseits dieser Ressourcen analysiert Silvia Staub-Bernasconi auch die Bedingungen von Gegenseitigkeit und von Machtverhältnissen. Ihr Ansatz basiert als Menschenrechtsmodell auf einer Theorie menschlicher Bedürfnisse die vor allem von ihr, Werner Obrecht und Kaspar Geiser entwickelt wurde (vgl. Obrecht 1999).

2.4 Armutsstudien

Auch Ansätze der Armuts- und Entwicklungsstudien und der globalen und lokalen Armutsprävention haben die Lebensqualitätsforschung beeinflusst (vgl. White 2014). Studien in diesem Bereich formulieren oft die Schlussfolgerung, dass Armut mehr als nur die Abwesenheit von materiellen Ressourcen ist und oft mit sozialer Exklusion einhergeht. Vor diesem Hintergrund differenzieren diese in *absolute* und *relative* Armut (Phillips 2006, S. 108ff.). Relative Armut wird als soziale Exklusion betrachtet, die auf strukturelle,

lebensweltbezogene und individuelle Faktoren zurückzuführen ist (ebd., S. 116ff.).

Entwicklungsarbeit und ihre Interventionen legen ihren Fokus auf die Veränderung von Exklusionsverhältnissen und versuchen Bedingungen für mehr Wohlbefinden, Gerechtigkeit, Empowerment, fairere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen (White 2014). Dabei verbinden sie ebenfalls individuelle und kollektive Ansätze der Lebensqualitätsforschung.

2.5 Gemeinschaften, soziales Kapital und soziale Kohäsion

Einige Ansätze der Lebensqualitätsforschung orientieren sich am Begriff der Gemeinschaften im Sinne von selbst gewählten Formen der kollektiven gegenseitigen Unterstützung. Hierbei können vor allem zwei Strömungen identifiziert werden. Manche Ansätze untersuchen Gemeinschaften in Bezug auf das von ihnen hervorgebrachte „soziale Kapital“, und andere Ansätze versuchen die „soziale Kohäsion“ von Gemeinschaften und Gesellschaften zu erfassen.

Theoretische Modelle zu *sozialem Kapital* (Phillips 2006, S. 135ff.) betonen die Nützlichkeit von Gemeinschaften für die Entwicklung solidarischer Potenziale und eines „sozialen Klebstoffes“, der die Gesellschaften trotz Individualisierung und Wettbewerb zusammen hält. Soziale Netzwerke, Nachbarschaften und ein gegenseitiger Austausch werden als zentrale Voraussetzungen für die Entwicklung von sozialen Ressourcen betrachtet. Bekannte Studien von Robert Putnam (2000) oder Pierre Bourdieu (1979) sind am Konzept des sozialen Kapitals orientiert. In der Sozialen Arbeit stehen die Lebensqualitätsstudien von Bill Jordan (2009) in direkter Verbindung mit dem Konzept des sozialen Kapitals.

Das Konzept der *sozialen Kohäsion* ergänzt als neueres sozialwissenschaftliches Modell (vgl. Dragolov et al. 2016; Dobbernack 2014) eine *horizontale Ebene* des gegenseitig produzierten und geteilten sozialen Kapitals mit einer *vertikalen Ebene* von gesellschaftlicher Integration, Vertrauen und dem Vorhandensein von zivilgesellschaftlichen Institutionen (Phillips 2006, S. 141ff.). Dieses Modell wurde auch in den Lebensqualitätsstudien der Bertelsmann Stiftung verwendet, etwa dem „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (Bertelsmann Stiftung 2014) oder der internationalen Vergleichs-

studie „Soziale Kohäsion und Wohlbefinden in der EU“ (Bertelsmann Stiftung & Eurofound 2014). In diesen Studien wird soziale Kohäsion in drei Dimensionen abgebildet:

- Soziale Beziehungen, abgebildet durch Indikatoren zu sozialen Netzwerken, Vertrauen in andere Menschen und zur Akzeptanz von Verschiedenheit
- Soziale Verbundenheit, abgebildet durch Indikatoren zu sozialer Identifikation, Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und zur in der Gesellschaft wahrgenommenen Fairness
- Vorhandene Gemeinwohlorientierung, abgebildet durch Indikatoren zu Gesellschaft und Hilfsbereitschaft, Respekt für soziale Regeln und zivilgesellschaftlicher Partizipation

Studien dieser Art ermöglichen systematische und kriterienbasierte Analysen zur Entwicklung des sozialen Zusammenhalts in Gemeinschaften und Gesellschaften.

2.6 Gesellschaft und soziale Lebensqualität: Freiheit, Gleichheit, Solidarität

Als Kritik und Gegenmodell zu den ansonsten oft ökonomisch dominierten Modellen des guten Lebens entwickelt, ermittelt das Konzept der „Sozialen Qualität“ (social quality) in wie weit BürgerInnen in der Lage sind, in ihrem Gemeinwesen zu partizipieren und ob diese dort passende und förderliche Bedingungen vorfinden, um ihr Wohlbefinden und ihre individuellen Potenziale entwickeln können (Phillips 2006, S. 175). Es bezieht sich auf die folgenden vier „konditionalen Faktoren“, die Gesellschaften bereitstellen und gestalten sollten (Beck et al. 2001):

- *Sozio-ökonomische Sicherheit*, messbar anhand der Möglichkeit der BürgerInnen, genügend Ressourcen zur Gestaltung ihres Lebens vorzufinden und erlangen zu können. Dies beinhaltet die Bereiche: Finanzielle Ressourcen, Wohnung und Umwelt, Gesundheit und soziale Fürsorge, Arbeit und (Aus)Bildung.
- *Soziale Inklusion*, messbar anhand der Frage des Zugangs zu Institutionen und sozialen Beziehungen. Dies beinhaltet die Bereiche: BürgerInnenrechte, Arbeitsmarkt, öffentliche und private Dienstleistungen und soziale Netzwerke.

- *Soziale Kohäsion*, messbar anhand der Qualität sozialer Beziehungen auf der Grundlage von sozialen Rollen, Werten und Normen. Dies beinhaltet die Bereiche: Vertrauen, integrative Normen und Werte, soziale Netzwerke und Identitäten.
- *Soziales Empowerment*, messbar anhand der Fähigkeiten des Einzelnen und dem Grad der Unterstützung ihrer Handlungsmöglichkeiten durch soziale Beziehungen. Dies beinhaltet die Bereiche: Wissensbasis, Arbeitsmarkt, Offenheit und Unterstützung von Institutionen und persönlichen Beziehungen.

Das Modell der Sozialen Qualität verfolgt bewusst einen normativen Ansatz und betont die Pflichten einer Gesellschaft, die Rechte der BürgerInnen zu unterstützen und sozio-ökonomische Sicherheit zu schaffen. Es betrachtet gesellschaftliche Entwicklungen und biographische Dimensionen in ihrer Wechselwirkung und vermittelt zwischen Systemen, Institutionen, Organisationen, Unternehmen, Familien, Netzwerken und Gemeinschaften. Mit dieser Ausrichtung weist es starke Ähnlichkeiten auf zu „Person-in-der-Umgebung-Ansätzen“, die oft auch als Konzepte in der Sozialen Arbeit herangezogen werden (z.B. Payne 2011).

Die Forschungsgruppe ENIC (European Network of Indicators of Social Quality) hat für die empirische Forschung zur Sozialen Qualität einen Katalog mit 95 Indikatoren entwickelt, mit dem die Soziale Qualität in verschiedenen Ländern oder Gemeinwesen gemessen und verglichen werden kann. Dieser Katalog befindet sich auch im Anhang von Phillips (2006, S. 246). Ursprünglich hatten sich die ForscherInnen zu Sozialer Qualität in der EFSQ (European Foundation on Social Quality) organisiert, mittlerweile arbeitet diese Organisation als IASQ (International Association of Social Quality) weiter.

2.7 Eine Vision: Postwachstumsökonomie und Postwachstumsgesellschaften

Die ökologischen und sozialen Grenzen des Wachstums führten zur Entwicklung von Konzepten und Modellen der Postwachstumsökonomie und der Vision von Postwachstumsgesellschaften. Die globale Klimakrise, der bevorstehende „Peak everything“ nahezu aller natürlichen Ressourcen sowie stärker sichtbar werdende gesellschaftliche Krisen machen die sozialen und sozioökologischen Grenzen des Wachstums immer stärker sichtbar (vgl.

Dominelli 2012). Diese Analyse wird auch vom oben erwähnten „Easterlin Paradox“ gestützt, welches die Entkoppelung von wachsendem Wohlstand und empfundenem Glück jenseits eines bestimmten Grundlevels von Wohlstand beschreibt.

Autoren von Postwachstumskonzepten arbeiten an unterschiedlichen Ideen und Modellen für die Bewältigung dieser Krisen und alternativen Konzepten von Wohlfahrt, Wohlbefinden und einer sozialökologischen Transformation. So publizierte Tim Jackson (2011) seine Ideen zu „Wohlstand ohne Wachstum“. Niko Paech (2012) fordert entlang der selbstgewählten Tugenden von Suffizienz und Subsistenz die Entwicklung neuer Formen des lokalen und solidarischen Wirtschaftens. Forschungsgruppen suchen nach Konzepten einer „nachhaltigen Wohlfahrt“³ (z.B. Koch & Mont 2016; Büchs & Koch 2017). Und verschiedene Gruppen und Initiativen organisieren sich entlang der Idee von „Transition Towns“ (Hopkins 2011) oder der Wiederbelebung der Idee der „Commons“ als Gemeingüter (Ostrom 2012). Alle diese Initiativen suchen nach Modellen und Konzepten für sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigere Lebensstile, die zu nachhaltigerem Glück und Wohlbefinden sowie mehr sozialer, ökologischer und globaler Gerechtigkeit führen.

Die hier genannten sieben Forschungsbereiche zu Lebensqualität und Wohlbefinden machen deutlich, dass hier ein breit erforschtes Feld vorliegt, das konzeptionell und empirisch bereits sehr umfangreich entwickelt ist. David Phillips kommt auf der Grundlage seiner Forschungsaktivitäten über Lebensqualität und Wohlbefinden zu folgender zusammenfassender Arbeitsdefinition: „Quality of life requires that people’s basic and social needs are met and that they have the autonomy to choose to enjoy life, to flourish and to participate as citizens in a society with high levels of civic integration, social connectivity, trust and other integrative norms including at least fairness and equity, all within a physically and socially sustainable global environment“ (Phillips 2006, S. 242).

Im Folgenden sollen nun mögliche Anschlussstellen zu dieser Definition dargelegt werden, die sich in Relation mit Modellen und Diskussionen aus der Sozialen Arbeit erreichen lassen.

³ Ein Beispiel ist hier das Interdisziplinäre Projekt „Sustainable Welfare“ am „Pufendorf Institute of Advanced Studies“ der Universität Lund.

3. Lebensqualität und Wohlbefinden – Aufgaben und Bezugsmodelle für die Soziale Arbeit?

Lebensqualität und Wohlbefinden können auch in Interventionen der Sozialen Arbeit durch die Interaktionen zwischen sozialen und individuellen AkteurInnen immer wieder hergestellt werden. Sie sind dabei abhängig von Einstellungen und Erfahrungen, sozialen Beziehungen und Kontextfaktoren und den in Beziehungen ausgehandelten Regeln, Rechten und Pflichten. Somit sind Wohlbefinden, Glück und Lebensqualität keine für sich allein stehenden, abgeschlossenen und passiven Objekte. Vielmehr sind sie emergente und kontextabhängige Eigenschaften von sozialen Systemen, die gesellschaftlich verhandelt und gestaltet werden.

Durch die Integration von Modellen der Lebensqualitätsforschung können in der Sozialen Arbeit Potenziale und Herausforderungen entstehen, die im Folgenden weiter betrachtet werden sollen.

Die Lebensqualitätsforschung kann helfen, die Wissensbasis in der Sozialen Arbeit hinsichtlich einer gelingenderen Interaktion von Individuum und Sozialstruktur zu erweitern und Indikatoren für die Analyse dieses Wechselverhältnisses zu erhalten. Konzepte und Forschungsergebnisse zu Lebensqualität und Wohlbefinden würden dabei als Bezugsquelle für viele Handlungs- und Interventionsfelder der Sozialen Arbeit dienen. So könnte beispielsweise die Positive Psychologie eine inspirierende Orientierung für Interventionen und Zugänge, für die Falleinschätzung, Situationsanalysen, Planung, Intervention und Beratung in der Fallarbeit mit Einzelnen, Familien und Gruppen bieten. Forschungsergebnisse zu Sozialer Qualität, sozialem Kapital und sozialer Kohäsion würden SozialarbeiterInnen neue Orientierungen für ihre Interventionen zur Unterstützung von Gruppen, Organisationen, Gemeinwesen und Gesellschaften vermitteln. Die meisten der beschriebenen Ansätze formulieren dabei bereits einen Mehrebenenansatz, der die Mikro-, Meso- und Makroebene systematisch zusammenführt und damit eine große Nähe zu vielen Theorien und Konzepten der Sozialen Arbeit aufweist. Zur weiteren Systematisierung können die beschriebenen Ansätze in individuelle und kollektive Modelle unterschieden werden. Aus einer integrativen Perspektive macht es Sinn, diese beiden Typen von Ansätzen in ihrer Verbindung zu betrachten. Gerade die Soziale Arbeit könnte einen fachlichen Ort für eine solche vermittelnde Perspektive bieten.

Darüber hinaus könnten die beschriebenen Ansätze zu Lebensqualität und Wohlbefinden auch zu einem sehr grundsätzlichen Perspektivwechsel im Denken der Sozialen Arbeit beitragen. Als positive Ansätze, die die Blickrichtung von sozialen Problemen zur Vision und zu den Zielen eines glücklicheren und besseren Lebens lenken, beleuchten sie die Konditionen, Potenziale und Möglichkeiten für eine positive individuelle und soziale Entwicklung und schaffen eine Grundlage für Debatten über jene Rechte und Chancen, die jeder Mensch erhalten und erreichen können sollte.

Damit haben diese Ansätze konzeptionelle Ähnlichkeiten mit den Modellen einer Sozialen Arbeit als einer Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi 2007; Ife 2012), zu Ansätzen, die die Fragen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit zusammen denken (Dominelli 2012) oder mit humanistischen Ansätzen der Sozialen Arbeit (Payne 2011). Sie beschreiben einen Schritt hin zu einer veränderten Perspektive auf soziale Probleme und verdeutlichen, dass Glück und Wohlbefinden nicht nur „Luxusprobleme“ von Mittelschichtsbevölkerungen sind, sondern Ziele beschreiben, die auch gerade von den Armen, den Subalternen und den gesellschaftlich exkludierten Gruppen und Individuen erreicht und legitim erhalten werden sollten.

Eine große Gefahr besteht jedoch in einer verkürzten Betrachtung von Lebensqualität und Wohlbefinden. Die Analysen von Lothar Böhnisch (2016) zu seinem bewältigungstheoretischen Theorieansatz der Sozialen Arbeit machen deutlich, dass Prozesse der Lebensführung immer sowohl eine Ebene der individuell-psychischen als auch eine Ebene der sozialen und gesellschaftlich bedingten Bewältigungsbedingungen aufweisen. Lebensführung findet dadurch in sozialen Situationen statt, die in interaktiver Weise von den Individuen *und* den gesellschaftlichen Organen und Institutionen gestaltet werden. Damit beschreiben Aktivitäten der Lebensführung immer auch sozialpolitische Situationen, in der die beteiligten Rechte und Pflichten verhandelt und gestaltet werden. Die dabei auftretenden Konflikte müssen dabei sozial gerecht und demokratisch verhandelt werden.

Diese soziale und sozialpolitische Bedingtheit macht deutlich, dass Lebensqualität, Wohlbefinden und die Lehre vom richtigen Leben nicht zu einer bloßen Methode oder einer Technik des individuellen Konsums degradiert werden können. Eine Entwicklung, die Adorno für die Philosophie konstatiert, sollte deshalb für die Soziale Arbeit und die Sozialwissenschaften vermieden werden: „Was einmal den Philosophen Leben hieß, ist zur Sphäre des Privaten und dann bloß noch des Konsums geworden, die als Anhang

des materiellen Produktionsprozesses, ohne Autonomie und ohne eigene Substanz, mitgeschleift wird“ (Adorno 1951/2016, S. 13). Stattdessen müsste Lebensführung und das gute und gelingende Leben immer wieder in ihrer und seiner sozialen und gesellschaftlichen Bedingtheit und in der sozialpolitischen Verfasstheit betrachtet werden. Adorno formuliert entsprechend: „Wer die Wahrheit übers unmittelbare Leben erfahren will, muss dessen entfremdeter Gestalt nachforschen, den objektiven Mächten, die die individuelle Existenz bis ins Verborgene bestimmen“ (ebd.).

Zusammenfassend würde dies bedeuten, dass Forschung über Lebensqualität und Wohlbefinden viele wertvolle und für die Soziale Arbeit relevante Indikatoren und Mechanismen aufweisen und benennen kann. Sie kann und sollte jedoch nicht dazu verwendet werden, einfache Rezepte und Methoden für Interventionen und sozialpolitische Programmatiken zu entwickeln. Und es sollte vermieden werden, einzelne Personen im Sinne einer Responsibilisierung und Individualisierung für ihr Glück und ihre gelingende Lebensführung ganz alleine verantwortlich zu machen (Bröckling 2017), während die Gesellschaft und ihre Institutionen hier als nicht (mehr) zuständig betrachtet werden.

In diesem Sinne ist es erstrebenswert, Konzepte und Modelle der Lebensqualitätsforschung mit jenen Modellen der Sozialen Arbeit zu erweitern, die Lebensführung und -bewältigung als Aufgabe von Individuen und Gesellschaften betrachten (vgl. Böhnisch 2016) und die Menschen dabei die Realisierung ihrer Menschenrechte im gesellschaftlichen Kontext zuschreiben (Staub-Bernasconi 2007; Ife 2012). Für diesen Schritt könnten und müssten Konzepte und Modelle der Lebensqualitätsforschung jedoch um die Dimensionen der Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des Empowerments und der Partizipation der AdressatInnen erweitert werden. Damit könnten verkürzende Modelle vermieden werden und unterschiedliche Forschungstraditionen sich produktiv ergänzen und erweitern.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1951/2016): Zuneigung. In: ders. *Minima Moralia. Reflektionen aus dem beschädigten Leben*. Gesammelte Schriften Band 4, 10. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 13-17.
- Beck, Wolfgang, van der Maesen, Laurent, Thomése Fleur & Walker, Alan (2001): *Social Quality: A Vision for Europe*. The Hague: Kluwer Law International.

- Bertelsmann Stiftung (2014): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – Messen was verbindet. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bertelsmann Stiftung und Eurofound (2014): Social Cohesion and Well-being in the EU. Gütersloh und Dublin: Bertelsmann.
- Böhnisch, Lothar (2016): Lebensbewältigung. Ein Konzept für die Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bormans, Leo (Hrsg.) (2012): Glück. The World Book of Happiness. Köln: Dumont.
- Boucher, Gerard & Samad, Yunas (Hrsg.) (2015): Social Cohesion and Social Change in Europe. London: Routledge.
- Bourdieu, Pierre (1979): La distinction. Critique sociale du jugement. Paris: Les Éditions de Minuit.
- Bowling, Anne (1995): Measuring Health: A Review of Quality of Life Measurement Scales. Buckingham: Open University Press.
- Bröckling, Ulrich (2017): Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste. Berlin: Suhrkamp.
- Büchs, Milena & Koch, Max (2017): Postgrowth and Wellbeing - Challenges to Sustainable Welfare. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- Compton, William C. & Hoffman, Edward (2012): Positive Psychology: The Science of Happiness and Flourishing, 2. Auflage. Belmont: Wadsworth.
- Dragolov, Georgi, Ignácz, Zsófia, Lorenz, Jan, Delhey, Jan, Boehnke, Klaus & Unzicker, Kai (2016): Social Cohesion in the Western World: What Holds Societies Together? Insights from the Social Cohesion Radar. Heidelberg: Springer.
- Dobbernack, Jan (2014): The Politics of Social Cohesion in Germany, France and the United Kingdom. Houndmills, Palgrave.
- Dominelli, Lena (2012): Green Social Work – From Environmental Crises to Environmental Justice. Cambridge: Polity Press.
- Doyal, Len & Gough, Ian (1991): A Theory of Human Need. Basingstoke: Macmillan.
- Engelke, Ernst, Spatscheck, Christian & Borrmann, Stefan (2016): Die Wissenschaft Soziale Arbeit. Werdegang und Grundlagen. Lambertus, Freiburg im Breisgau, 4. Auflage.
- Hamburger, Franz (2007): Einführung in die Sozialpädagogik. Stuttgart, 2. Auflage.
- Haworth, John & Hart, Graham (Hrsg.) (2012): Well-being – Individual, Community and Social Perspectives, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Helliwell, John F., Layard, Richard & Sachs, Jeffrey (2013): World Happiness Report. UNSDSN.
- Hopkins, Rob (2011): The Transition Companion. Making your Community more Resilient in Uncertain Times. Totnes: Transition Books.
- Ife, Jim (2012): Human Rights and Social Work. Towards Rights-Based Practice. Cambridge: Cambridge University Press.
- IFSW –International Federation of Social Workers / IASSW – International Association of Schools of Social Work (2014): Global Definition of Social Work.

- <http://ifsw.org/get-involved/global-definition-of-social-work/> [Zugriff: 29.12.2017]
- Jackson, Tim (2011): *Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet*. Abingdon: Earthscan/Routledge.
- Jordan, Bill (2007): *Social Work and Well-being*. Lyme Regis: Russell House.
- Jordan, Bill (2009): *Welfare and Well-being – Social Value in Public Policy*. Bristol: Policy Press.
- Koch, Max & Mont, Oksana (Hrsg.) (2016): *Sustainability and the Political Economy of Welfare: Perspectives, Policies and Emerging Practices*. London: Routledge.
- Lyubomirsky, Sonja (2007): *The How of Happiness. A Scientific Approach to Getting the Life You Want*. London: Penguin.
- Noll, Heinz-Herbert (2002): *Social Indicators and Quality of Life Research: Background, Achievements and Current Trends*. In: Genov, Nikolai (Hrsg.): *Advances in Sociological Knowledge over Half a Century*. Paris: International Social Science Council.
- Nussbaum, Martha (2000): *Women and Human Development. The Capabilities Approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Obrecht, Werner (1999): *Umriss einer biopsychosozialen Theorie menschlicher Bedürfnisse – Geschichte, Probleme, Struktur, Funktion*. Typoskript: Wirtschaftsuniversität Wien.
- Ostrom, Elinor (2012): *The Future of the Commons. Beyond Market Failure and Government Regulations*. London: iea.
- Otto, Hans-Uwe, Scherr, Albert & Ziegler, Holger. (2010): *Wieviel und welche Normativität benötigt die Soziale Arbeit? Befähigungsgerechtigkeit als Maßstab sozialarbeiterischer Kritik*. In: *neue praxis* (40), S. 137-163.
- Paech, Niko (2012): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: Oekom.
- Payne, Malcolm (2011): *Humanistic Social Work. Core Principles in Practice*. Basingstoke: Palgrave.
- Phillips, David (2006): *Quality of Life. Concept, Policy and Practice*. London: Routledge.
- Putnam, Robert (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Touchstone.
- Rapley, Mark (2001): *Quality of Life Research. A Critical Introduction*. London: Sage.
- Seligman, Martin (2011): *Flourish. A Visionary new Understanding of Happiness and Well-Being*. New York: Free Press.
- Sen, Amartya (1993): *Capability and Well-being*. In: Sen, A. and Nussbaum, M. (Hrsg.): *The Quality of Life*. Oxford: Clarendon Press.
- Skidelsky, Robert & Skidelsky, Edward (2012): *How Much is Enough? Money and the Good Life*. New York: Other Press.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft*. Bern: Haupt.

- Steinebach, Christoph., Jungo, Daniel & Zihlmann, René. (Hrsg.) (2012): Positive Psychologie in der Praxis: Anwendung in Psychotherapie, Beratung und Coaching. Weinheim: Beltz.
- White, Sarah C. (Hrsg.) (2014): Wellbeing and Quality of Life Assessment. Rugby: Practical Action Publishing.
- Wilkinson, Richard G. & Pickett, Kate (2010): The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone. London: Penguin.

II. Soziale Problemlagen und Belastungen

Wertebildung in der Gemeinwesenarbeit – Überlegungen zu theoretischen und methodischen Grundlagen

Heinz Lynen von Berg

Einleitung

Der Begriff „Lebensqualität“ ist schwierig zu fassen. Jan Delhey unterscheidet drei Aspekte von Lebensqualität bzw. Wohlfahrt. Mit *materiellen Lebensbedingungen* sind die individuellen Lebensverhältnisse der Bürger gemeint (Einkommen, Lebensstandard, Arbeitsbedingungen). Den Begriff der *Qualität der Gesellschaft* bezieht er auf kollektive Merkmale von Gesellschaften, die die Wohlfahrt in positiver oder negativer Weise beeinflussen (z.B. soziale Absicherung, Garantie von Freiheitsrechten). Diese objektiven Aspekte werden durch eine subjektive Dimension ergänzt, auf der die Bürgerinnen und Bürger ihre Wohlfahrt selbst beurteilen. Demnach ist „*Subjektives Wohlbefinden* (...) der Sammelbegriff für Wahrnehmungen und Bewertungen der Lebensbedingungen durch die Bevölkerung“ (Delhey 2002, S. 32). Auf dieser subjektiven Ebene kommen nun neben objektiven Bedingungen der Lebensumstände auch persönliche Präferenzen, Anspruchshaltungen und Werte zum Tragen (vgl. Delhey 2002). In der Gemeinwesenarbeit werden nun strukturelle Bedingungen der Lebensumstände und subjektive Gestaltungsmöglichkeiten von Bewohnerinnen und Bewohnern und kollektive Partizipationsprozesse zum Gegenstand gemacht. Dabei sind Werte ein wichtiger Bezugspunkt der Veränderungsprozesse bzw. der Beurteilung der subjektiven und objektiven Wohlfahrt. Die Frage was Lebensqualität ist, ist so – vermittelt auch über das Wertethema – sowohl theoretisch als auch

praktisch ein zentraler Gegenstand der Sozialen Arbeit im Allgemeinen und der Gemeinwesenarbeit im Besonderen.¹

Werte und ethische Grundhaltungen sind grundlegende Themen in der Ausbildung in der Sozialen Arbeit. Wissen über Werthaltungen bei Zielgruppen und Institutionen der Sozialen Arbeit gehören ebenso zu einem professionellen Selbstverständnis wie die Kenntnis und Reflexion der Werthaltungen der Fachkräfte (vgl. von Spiegel 2008). So gibt es infolge des von Silvia Staub-Bernasconi (u. a. 2003) begründeten Ansatzes der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession ein von ethischen Werten geprägtes Professionsverständnis, das sich auch in den berufsethischen Prinzipien von Fach- und Berufsverbänden wieder findet. So gründen die 2014 (erstmalig 1997) vom Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit und Heilberufe e. V. verabschiedeten ethischen Prinzipien auf universellen Werten, wie sie im Katalog der Menschenrechte, den Persönlichkeitsrechten und dem Sozialstaatsgebot zum Ausdruck kommen (vgl. DBSH 2014a). Auch die im Jahr 2014 in Melbourne verabschiedete „Definition of Social Work“ des Internationalen Berufsverbandes der Sozialen Arbeit (International Federation of Social Workers, IFSW) gibt der Sozialen Arbeit eine berufsständische Grundlegung als Menschenrechtsprofession (vgl. DBSH 2014b)².

Was für die Soziale Arbeit im Allgemeinen gilt, trifft für die Gemeinwesenarbeit im Besonderen zu. Schon mit dem Begriff „Gemeinwesen“ wird auf einen sozialen Zusammenhalt verwiesen, der ohne eine gemeinsame Wertebasis nicht auszukommen scheint. Sozialarbeiterisches Handeln im Gemeinwesen hat es dabei nicht nur mit den Werthaltungen von einzelnen „Klienten“ und unterschiedlichen Sichtweisen auf das Zusammenleben zu tun, sondern auch mit der Frage nach dem „Gemeinwohl“; mit Themen, die

¹ „Mit der Orientierung an Alltag und (...) der subjektiven Lebensqualität (...) ist Lebensweltorientierung (Thiersch 2009) (...) zu einem zentralen Handlungskonzept der Sozialen Arbeit, so auch der GWA geworden“ (Becker 2014, S. 19).

² „Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit. Dabei stützt sie sich auf Theorien der Sozialen Arbeit, der Human- und Sozialwissenschaften und auf indigenes Wissen. Soziale Arbeit befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern, dabei bindet sie Strukturen ein“ (IFSW 2014).

alle betreffen. Trotz des Bezuges auf eine wertebegründete Sozial- und Gemeinwesenarbeit wird zu diesem Thema in der Sozialen Arbeit wenig empirisch geforscht (vgl. Lynen von Berg 2009). So weiß man über die Werte und ethischen Grundhaltungen bei Studierenden der Sozialen Arbeit ebenso wenig wie bei den Sozialprofessionellen in den verschiedenen Berufsfeldern. In diesem Aufsatz kann dieses Forschungsdefizit nicht behoben werden. Ziel des Aufsatzes ist es vielmehr, das spannungsreiche und von Ambivalenzen gekennzeichnete Verhältnis von Wertebildung und Gemeinwesenarbeit theoretisch und methodisch näher zu beleuchten. Diese Reflexionen sollen zu einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen der Gemeinwesenarbeit im Allgemeinen sowie der Wertebildung im Gemeinwesen im Besonderen beitragen.

Wertebildung wird dabei als aktiver Aneignungsprozess durch die Adressanten der Gemeinwesenarbeit betrachtet, wobei die professionellen Gemeinwesenarbeiterinnen und Gemeinwesenarbeiter³ durch das Aufgreifen bestimmter Themen und durch spezielle Formen der Bearbeitung Impulse für die Wertebildung bzw. -aneignung geben können. Die Gemeinwesenarbeit – um dies hier vorwegzunehmen, – geht davon aus, dass die Bewohner, beispielsweise eines Stadtviertels, selbst zu den Akteuren der Gestaltung ihres Lebens und Lebensraums werden. In solchen Aktivierungs- und Beteiligungsprozessen sind Werte und Werthaltungen implizit und explizit eingelassen. Es stellt sich die Frage, welche Rolle die Gemeinwesenarbeit in diesen Arrangements von Interessensartikulationen und Beteiligung der Bewohner und Anforderungen bestimmter Systeme und Programme (Hilfesystem, lokale Politik, Förderprogramme etc.) spielt. Dabei stellen sich gerade an die Rolle der professionell im Gemeinwesen Tätigen eine Vielzahl von Anforderungen, die in dem Beitrag an exemplarischen Problemkonstellationen beleuchtet werden. Darüber hinaus soll die Frage behandelt werden, welche Probleme und Schwierigkeiten bei der Werteaneignung bzw. Wertebildung im Gemeinwesen zu verzeichnen sind. In dem Beitrag erfolgt zunächst eine Klärung der Begriffe. Deshalb wird als Erstes der Wertebegriff näher beschrieben. Im Anschluss daran wird der Gemeinwesenbegriff behandelt, um sich dann dem Themenfeld der Gemeinwesenarbeit ausführlich

³ Im Plural wird an Stellen, wo es den Lesefluss nicht beeinträchtigt, sowohl die weibliche als die männliche Form verwendet; in der Regel wird aber aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf die männliche Pluralform zurückgegriffen. Im Singular wechseln sich weibliche und männliche Form ab.

zuzuwenden. Im Fokus steht dabei die Frage, wie Lernprozesse organisiert sein sollten, um die von der Gemeinwesenarbeit intendierte Aktivierung der Bürger und Bürgerinnen und die damit verbundene Aneignung ihres Lebensraums zu befördern. In diesem Kontext wird dann die Rolle des Gemeinwesenarbeiters breit reflektiert. Nachdem wichtige Werte in der Gemeinwesenarbeit aufgegriffen wurden, werden am Schluss die Probleme, Ambivalenzen und Widersprüche ausführlich thematisiert, die einerseits in der Rolle der Gemeinwesenarbeiterin angelegt sind und sich andererseits bei der Artikulation von Interessen und Werten durch die Bewohner von Wohnquartieren mit hoher Problemdichte stellen können. Hierzu sollen diverse offene Fragen in den theoretischen und methodischen Überlegungen aufgezeigt und für eine an der Gemeinwesenpraxis orientierte Problemwahrnehmung genutzt werden.

1. Was sind Werte?

In der Wissenschaft sind Werte nicht eindeutig definiert. Allgemein gelten Werte als Vorstellungen darüber, was der Einzelne oder Gruppen als wünschenswert betrachten. Hans Joas definiert Werte, als *„stark emotional besetzte Vorstellungen darüber, was eigentlich wahrhaftig des Wünschens wert ist“* (Joas 2006, S. 3). Werte bringen zum Ausdruck, was Menschen in positiver Hinsicht als erstrebenswert erachten. Sie geben Orientierung im Zusammenleben mit anderen und für die eigene Lebensführung. Werte beeinflussen das Handeln, in dem sie die Auswahl der zugänglichen Weisen, Mittel und Ziele des Handelns mitprägen und in die Konstruktion von Sinn und Bedeutungen einfließen (vgl. Kluckhohn 1951). Werte sind dabei von Wünschen zu unterscheiden. Wünsche bringen zum Ausdruck, was jemand haben möchte, worauf jemand Lust hat. Werte sind hingegen Vorstellungen darüber, was erstrebenswert ist. Sie verweisen immer auf einen Zustand, der über den Ist-Zustand, also über das bisher Erfahrene hinausgeht. Sie machen auf „Nicht-Eingelöstes“ und damit auf ein weiter zu verfolgendes Verlangen und Einfordern aufmerksam (z. B. soziale Gleichheit). Der Soll-Zustand ist gleichsam das Ziel, das sich ein Mensch setzt oder das von einer Gruppe, einem Gemeinwesen angestrebt wird. Neben dem Kriterium der Veränderung, des *Wertewandels*, sind Werte in der Regel *dauerhafte*, bewusste oder unbewusste, *„mit Energie (überzeugt sein) besetzte Gesichtspunkte, die uns z. B. bei Entscheidungen als Bewertungskriterien zur Verfü-*

„*ung stehen*“ (Luhmann 1984, S. 433, zit. n. Hafen 2001, S. 86). Alle Menschen haben starke Wertebindungen. Diese Bindungen an bestimmte Vorstellungen erlebt das Individuum nicht als Einschränkung der Freiheit, sondern als Gefühl des „Bei-sich-Seins“ (Joas 2006, S. 2). Werte gehören zum psychischen Innenleben einer Person; sie haben eine wichtige Funktion für die Identität, das innere Gleichgewicht und somit für die Lebensgestaltung (vgl. Voisard 2002, S. 7ff.). Werte und Wertbindungen sind deshalb nicht mit Absicht erzeugbar.⁴ Aus diesem Grunde wird hier in Absetzung von dem Begriff „Werte Vermittlung“ von Werteaneignung und -bildung als aktive Auseinandersetzung des Individuums mit den in seiner Umwelt angebotenen Werten und Werthaltungen gesprochen.

2. Gemeinwesen und Gemeinwesenarbeit

Nachdem der Gemeinwesenansatz in den achtziger und neunziger Jahren in den Fachdebatten nur relativ wenig Aufmerksamkeit fand (vgl. Hinte & Treeß 2007, S. 24ff.), verweist Wolfgang C. Müller in seiner geschichtlichen Darstellung der Sozialen Arbeit darauf, dass die Gemeinwesenarbeit schon Mitte der siebziger Jahre „totgesagt“ wurde, was er humorvoll mit dem Abdruck einer Todesanzeige illustriert (vgl. Müller 2006, S. 229). In den letzten Jahren ist wieder ein deutliches Interesse an der Gemeinwesenarbeit zu beobachten, was auch mit der generellen Sozialraumorientierung der Sozialen Arbeit zusammenhängt (vgl. Becker 2014; Kessl et al. 2005; May 2017; Stövesand et al. 2013). So sind etliche Neuschöpfungen von Begriffen festzustellen, die von sozialraumorientierter über stadtteilbezogene Soziale Arbeit bis hin zu Stadtteil- und Quartiermanagement reichen. Aber nicht alles, was sich als Gemeinwesenarbeit ausgibt, ist Gemeinwesenarbeit (vgl. Hinte et al. 2007, S. 36ff.). Die Gemeinwesenarbeit oder auch andere auf den Sozialraum bezogene Konzepte sind in ihren theoretischen Grundlagen, Zielsetzungen und Handlungsformen dadurch grundlegend konstituiert, was sie begrifflich unter Gemeinwesen verstehen. Auch wenn dies in vielen Ansätzen bzw. Veröffentlichungen, bewusst oder unbewusst, nicht thematisiert wird: Die Auffassung vom Gemeinwesen hängt auf das Engste mit dem

⁴ „Menschen fühlen sich nicht an Werte gebunden, weil Ihnen jemand gesagt hat, ‚du sollst dich gefälligst an diesen Wert gebunden fühlen!‘ Moralpredigten sind ein besonders ineffektives Verfahren der Werteerziehung“ (Joas 2006, S. 2).

jeweiligen Ansatz der Gemeinwesenarbeit zusammen (vgl. auch Stövesand 2007, S. 141f.). Aus diesem Grund erfolgt hier zunächst eine Annäherung an ein explizit emanzipatorisches Verständnis von Gemeinwesen.

2.1 Was ist ein Gemeinwesen?

Ein Gemeinwesen ist nicht nur geografisch abgegrenzt, sondern in seiner sozialen, politischen und ökonomischen Ganzheit als Lebens-, Gestaltungs- und Interventionsraum gekennzeichnet (vgl. Penta & Lienkamp 2007, S. 262). Charakteristisch für ein Gemeinwesen ist, dass die Bewohner den Raum als ihren Sozialraum betrachten, in dem sie einen Großteil ihrer alltäglichen Lebensverrichtungen vornehmen. Der jeweilige Sozialraum kann unterschiedlich groß sein – von einer Institution, einer sozialen Einrichtung über Straßenzüge und Wohnquartiere bis hin zu ganzen Stadtteilen, eigenständigen Kommunen und Regionen. Menschen bewegen sich in unterschiedlichen Sozialräumen; so geht ein Jugendlicher z. B. morgens in die Schule, nachmittags trifft er sich in der Stadt mit Freunden an einem bestimmten Platz, geht zu seinem Sportverein und treibt sich abends in dem Stadtviertel herum, in dem er wohnt. Das Verständnis von Gemeinwesen geht über diese partiellen und z. T. situativen Sozialräume hinaus. Ein Gemeinwesen setzt sich nicht nur aus einer Vielzahl von Sozialräumen zusammen; es bildet einen sozialen Zusammenhang, eine Ganzheit, die auch von einem Großteil der dort ansässigen Bewohner so empfunden wird. Die von den Bewohnern praktizierte Identifizierung mit einem Sozialraum muss dabei nicht identisch mit der territorialen Gliederung durch die Verwaltung sein (zum Sozialraum vgl. Kessl & Reutlinger 2010).

Nach dem Wörterbuch der Gebrüder Grimm ist in dem Begriff Gemeinwesen die sprachliche Verwandtschaft mit „dem“ angelegt, „was alle angeht“ (Grimm & Grimm 1984). Uwe Hirschfeld plädiert dafür, den egalitären Impuls im Begriff „Gemeinwesen“ zu wahren, „*da er den Widerspruch zur Herrschaft provoziert und die räumliche Begrenzung auf das ‚Lokale‘ zu kritisieren vermag*“ (Hirschfeld 2008, S. 4). Das Gemeinwesen ist somit nicht nur als ein Territorium zu verstehen, sondern als Ort der Vergesellschaftung. In Rückgriff auf den von Karl Marx entwickelten Begriff der doppelten Vergesellschaftung kommt dem Gemeinwesen ein emanzipatorisches Potenzial

zu.⁵ Für Marx wird die Fixierung auf die Emanzipation im politischen Gemeinwesen als isoliert erkannt und nur als eine „halbierte Emanzipation“ betrachtet. Vielmehr soll die soziale Emanzipation und umfassender die kulturelle Emanzipation der Subjekte angestrebt werden. Und in diese Richtung wird von Marx das Gemeinwesen in der Auseinandersetzung über die Bewertung des Schlesischen Weberaufstandes, im Juni 1844, im „Vorwärts“ vom 7. August konkretisiert:

„Das Gemeinwesen aber, von welchem der Arbeiter isoliert ist, ist ein Gemeinwesen von ganz anderer Realität und ganz anderem Umfang als das politische Gemeinwesen. Dieses Gemeinwesen, (...), ist das Leben selbst, das physische und geistige Leben, die menschliche Sittlichkeit, die menschliche Tätigkeit, der menschliche Genuß, das menschliche Wesen. Das menschliche Wesen ist das wahre Gemeinwesen des Menschen. Wie die heillose Isolierung von diesem Wesen unverhältnismäßig allseitiger, unerträglicher, fürchterlicher, widerspruchsvoller ist als die Isolierung vom politischen Gemeinwesen, so ist auch die Aufhebung dieser Isolierung selbst eine partielle Reaktion, ein Aufstand gegen dieselbe um so viel unendlicher, wie der Mensch unendlicher ist als der Staatsbürger und das menschliche Leben als das politische Leben“ (MEW 1, S. 408).

Das Gemeinwesen in diesem emanzipatorischen Verständnis ist eine „*Möglichkeitsdimension der sich aktiv und umfassend vergesellschaftenden Subjekte*“ (Hirschfeld 2008, S. 5). Es ist die Dimension der *horizontalen* Vergesellschaftung (im Gegensatz zur *vertikalen* ideologischen Vergesellschaftung). D. h., das Gemeinwesen ist nicht nur als Territorium, als Stadtteil etc. zu betrachten, sondern als (Möglichkeits-)Raum/Dimension der horizontalen Vergesellschaftung. Wie wir unten sehen werden, setzen auch sich nicht auf Marx beziehende Konzepte der Gemeinwesenarbeit an dieser horizontalen Vergesellschaftung an, indem sie die Beziehungen zwischen den Bewohnern, beispielsweise eines Wohnviertels aktivieren, und ein breites Netzwerk initiieren wollen. Wie kann nun Gemeinwesenarbeit zu einer horizontalen Vergesellschaftung in einem emanzipativen Verständnis beitragen und dieser von Marx beschriebenen Entfremdung im bzw. vom Gemeinwesen ent-

⁵ So fordert der frühe Marx in der Diskussion um die politische Emanzipation der Juden eine allgemeine menschliche Emanzipation: „Wo der politische Staat seine wahre Ausbildung erreicht hat, führt der Mensch nicht nur in Gedanken, im Bewußtsein, sondern in der Wirklichkeit, im Leben ein doppeltes, ein himmlisches und ein irdisches Leben, das Leben im politischen Gemeinwesen, worin er sich als Gemeinwesen gilt, und das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft, worin er als Privatmensch tätig ist, die anderen Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird“ (MEW 1, S. 355).

gegenwirken? Welche Lernprozesse sind dazu notwendig und wie muss Lernen methodisch und didaktisch organisiert werden?

2.2 Theoretische und methodische Grundlagen der Gemeinwesenarbeit

Die Gemeinwesenarbeit sieht eine ihrer Hauptaufgaben in der Herstellung von Beziehungen zwischen den Bewohnern zur Verbesserung ihrer Lebensumstände und ihres Lebensumfeldes unter Einbezug der lokalen Institutionen und Einrichtungen. Gemeinwesenarbeit versteht sich spätestens seit der grundlegenden Veröffentlichung von Jaak Boulet, Jürgen Kraus und Dieter Oelschlägel (1980) nicht als eine Methode oder Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit neben anderen, sondern als ein *Arbeitsprinzip*. Diese Grundorientierung besitzt sowohl innerhalb als auch außerhalb der Sozialen Arbeit Gültigkeit und vertraut darauf, dass die Menschen selber Akteure ihrer Lebensgestaltung sind und zusammen mit anderen, in Kooperation oder Konfrontation mit den örtlichen Institutionen und Einrichtungen, ihren Lebensraum gestalten. Dieter Oelschlägel sieht deshalb den zentralen Aspekt des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit „in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt“ und fordert: „Sie sollen zu Subjekten politischen Handelns und Lernens werden und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen“ (Oelschlägel 1997, S. 37).

Dieses Arbeitsprinzip geht mit folgenden Zielen und Implikationen einher, die über die Soziale Arbeit hinausgehend Anknüpfungspunkte zum seit längerem diskutierten bürgerschaftlichem Engagement bieten (vgl. Enquete Kommission 2002, S. 59ff.):

- Gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit setzt auf die im Gemeinwesen vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger. Die Identifizierung und Freisetzung der vorhandenen Ressourcen sowie deren Vernetzung gehören ebenso zur Gemeinwesenarbeit wie die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen.
- Soziale Probleme werden nicht als Defizite Einzelner oder von Gruppen beschrieben, sondern werden in der infrastrukturellen Ausstattung des Gemeinwesens, der baulich-architektonischen Gestaltung des Wohngebiets und insbesondere den sozialökonomi-

schen Rahmenbedingungen des Zusammenlebens und den auf das jeweilige Gemeinwesen einwirkenden Herrschafts- und Machtverhältnissen gesehen.

- Strukturell bedingte Probleme innerhalb des Sozialraums sind nur durch eine strukturelle Veränderung des Sozialraums und der Beziehungen zwischen den Bewohnern zu bearbeiten. Damit vollzieht sich gleichzeitig ein Perspektivwechsel von der Einzelfallbetreuung zur Feldarbeit. Es ist eine Art Breitwinkelobjektiv, mit dem das Gemeinwesen beobachtet und der (gesellschaftliche) Zusammenhang von Problemen ebenso erfasst, wie Ressourcen sichtbar gemacht werden. Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit wird bei Bedarf Einzelfallarbeit und Soziale Arbeit mit Gruppen durchgeführt, nur ist dieser Methodenmix in ein sozialräumliches Gesamtkonzept integriert (vgl. Hinte et al. 2007, S. 277ff.).
- Mit dem Perspektivwechsel vom Fall zum Feld geht eine Veränderung der Beziehung zu den Bewohnern einher. Diese werden nicht als Gegenstand der Fürsorge und Betreuung betrachtet, sondern als Akteure mit Potenzialen zur Selbstbearbeitung ihrer Probleme. Im Mittelpunkt steht deshalb die Teilhabe und Partizipation der Betroffenen bei der Gestaltung ihres Sozialraums und ihrer Lebensumstände.

Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger soll sich nicht auf eine Kurzzeitpädagogik oder die Teilnahme an Aktionen und Projekten beschränken, sondern langfristig angelegt sein und die Betroffenen als tätig Gestaltende aktivieren, die ihre Interessen aktiv vertreten und tragfähige Beziehungsnetzwerke ins Gemeinwesen hinein ausbilden. Damit wird sowohl ein von „oben herab“ intendiertes Beteiligt-Werden der Menschen als auch der viel gerühmten „Kundenorientierung“ eine Absage erteilt (vgl. Penta & Lienkamp 2007, S. 262). Es geht um die Ermöglichung eines von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv gestalteten Sich-Beteiligens. *„Wenn Menschen jedoch nicht mehr aktiviert werden, sondern stattdessen bedient werden, erhalten sie keinen Impuls mehr, eigenverantwortlich tätig zu werden und ihre Lebenswelt selbst zu gestalten“* (Hinte 1998, S. 156). Die hier mit dem gegenwärtig viel gebrauchten Modebegriff Empowerment zu kennzeichnende Strategie der gemeinwesenorientierten Aktivierung zielt sowohl auf die Professionellen als auch auf die Betroffenen ab. Die Sozialprofessionellen werden oder

sollen dazu befähigt werden, sich von festgelegten Rollen als Helfer und Problemlöser und von einem einengenden rechtlichen und bürokratischen Regelwerk verantwortungsvoll zu emanzipieren; die Bürgerinnen und Bürger sollen sich nicht oder nicht nur als Empfänger professioneller Zuwendung, sondern als Mitgestaltende und aktive Subjekte verstehen, die über Kompetenzen und Ressourcen verfügen, die sie zur Lösung ihrer oder der Probleme des Sozialraums einbringen (vgl. Penta & Lienkamp 2007, S. 263).

Es wird ersichtlich, dass Gemeinwesenarbeit in dem oben dargestellten Sinn, sich nicht auf eine bestimmte Zielgruppe oder ein Milieu beschränkt, sondern zielgruppenübergreifend arbeitet bzw. arbeiten will, womit das oben angeführte „Gemeinsame“ gemeint ist, „das alle angeht“. Daraus ergeben sich je nach Struktur des Gemeinwesens eine Vielzahl von Problemen und offenen Fragen, auf die später eingegangen werden soll. Für Wolfgang Hinte verlangt das Konzept der Gemeinwesen bzw. Sozialraumorientierung Folgendes:

- *Ausgangspunkt jedweden professionellen Handelns sind die Interessen der Wohnbevölkerung. Die Interessen und Bedürfnisse von Menschen sind unmittelbar zu erfragen und daraus Handlungskonsequenzen zu ziehen;*
- *aktivierend und ressourcenorientiert zu arbeiten;*
- *kooperativ und vernetzend vorzugehen;*
- *sowie die von den Menschen definierten sozialen Räume als Bezugsrahmen und Ausgangspunkt jedweder Organisation zu betrachten (vgl. Hinte 2001, S. 129).*

2.3 Die Rolle des Gemeinwesenarbeiters und die Organisation von Lernprozessen

Gemeinwesenarbeiterinnen und Gemeinwesenarbeiter verstehen sich als intermediäre Instanz, als Scharnier zwischen System und Lebenswelt. Diese Vermittlungsfunktion der Sozialprofessionellen ist in der Literatur häufig sehr unkonkret beschrieben (vgl. z. B. Hinte et al. 2007). So sollen die professionell im Gemeinwesen Tätigen zwischen den Institutionen des Systems (kommunale Sozialpolitik, der örtlichen Verwaltung, den Anforderungen von Programmen wie z. B. „Soziale Stadt“), dem Auftrag des Trägers und den Interessen der Bewohner vermitteln. „*Wirkungsvolle StadtteilmanagerInnen*

(...) sind Instanzen, die zwischen Bürokratie (im weitesten Sinne) und der Lebenswelt der Menschen im Wohnquartieren angesiedelt sind und in beide Welten hineinwirken“ (Hinte 1998, S. 156f.) Diese Rollenzuschreibung unterscheidet sich zunächst nicht prinzipiell von dem in der Sozialen Arbeit strukturell vorgegebenen doppelten Mandat von Hilfe und Kontrolle (vgl. u. a. von Spiegel 2008, S. 37f.). In der Gemeinwesenarbeit wird traditionell die besondere Aufmerksamkeit auf die Aktivierung und Befähigung der Bewohnerinnen und Bewohner gelegt und damit der *Parteilichkeit* mit deren Interessen und Bedürfnissen eine besondere Bedeutung zugemessen:

„So konfrontiert Stadtteilmanagement politische und Verwaltungsinstanzen kontinuierlich und respektvoll, aber deutlich mit den Lebens- und Wohnbedingungen der Bevölkerung, von der sachlichen Darstellung in Gremien über die Organisation von Foren zum Dialog zwischen Lebenswelt und Bürokratie bis hin zu skandalisierenden Aktionen mit allen Elementen nachdrücklicher Öffentlichkeitsarbeit“ (Hinte 1998, S. 157).

Das Prinzip der Parteilichkeit wurde und wird nicht nur in gesellschaftskritischen Konzepten der Gemeinwesenarbeit vertreten, sondern ist beispielsweise – wie Sabine Stövesand anführt – auch ein zentrales Prinzip der feministischen Sozialarbeit. Sie plädiert daher für eine „reflexive Parteilichkeit“ (Stövesand 2006, S. 44). So wird in dem Ungleichgewicht, das in den Macht- und Rechtsverhältnissen zwischen System und Lebenswelt angelegt ist, also in dem Ungleichgewicht zwischen den Institutionen des Hilfesystems, der Politik sowie Verwaltung auf der einen Seite und den Interessen, Bedürfnissen und deren Artikulierung durch die Bewohner auf der anderen Seite, die parteiliche Unterstützung Letzterer als eine zentrale Funktion der Gemeinwesenarbeit gesehen. Nicht nur der Versuch, dieser Disbalance durch die Stärkung der Macht „von unten“ entgegenzuwirken, verlangt eine deutliche Positionierung der Gemeinwesenarbeiter zugunsten der Betroffenen, sondern der Ansatzpunkt der Hilfe- und Unterstützungsleistung bei den Interessen und Bedürfnissen der Bewohner macht eine offene Zu- und Hinwendung zu den „Klienten“ notwendig, die im Verlaufe des Prozesses zu Akteuren der Problemlösung werden sollen.

„Letztlich geht es also darum, die Menschen zu aktivieren, die rein passive Verbraucherhaltung aufzugeben, die sie unfähig macht zu Solidarität und gemeinsamen Artikulation von Bedürfnissen (...). Zweifellos genügt eine bloße Veränderung von Strukturen nicht, wenn die darin lebenden Menschen nicht gelernt haben, in anderen Strukturen zu leben. (...). Deshalb muß der Ansatz zu gesellschaftlicher Veränderung immer beim Menschen liegen: bei seinen Bedürfnissen, Wünschen, Ängsten

und Fähigkeiten. Änderung von Strukturen darf nur mit den Menschen, nicht aber über deren Köpfe hinweg geschehen“ (Hinte 2005, S. 77).

Wenn also der Ausgangspunkt der Gemeinwesenarbeit in den Interessen und Bedürfnissen der Bewohner verortet wird, so müssen die Gemeinwesenarbeiter diese ohne moralische Vorbehalte oder Vorgaben aus der Systemebene oder ohne persönliche Wertungen eruieren.

Wie können emanzipative Lernprozesse organisiert werden? Jede Form von Gemeinwesenarbeit, die es mit den Interessen und Bedürfnissen der Adressaten ernst meint, setzt Vertrauen und eine langfristige Perspektive voraus.⁶ Vertrauen kann nicht, wie es in der Verwaltungssprache heißt, implementiert werden; es muss wachsen und sich auch in Konflikten als verlässliche Basis erweisen. So kann man nicht Interessen und Bedürfnisse abfragen, sondern muss diese sich entwickeln lassen und in einem ständigen Dialog freilegen. Diese Beziehungsarbeit zwischen Gemeinwesenarbeiterin und den Bewohnern setzt eine *empathische Haltung* und *ein spezifisches Verständnis von Lernen* auf Seiten der Gemeinwesenarbeiter voraus. Hier stellt sich die Frage nach dem Rollenverständnis und den methodischen Kompetenzen des Gemeinwesenarbeiters. Es kann allerdings nicht Aufgabe dieser Erörterungen sein, die generelle wissenschaftliche Diskussion dazu wiederzugeben (vgl. u. a. Galuske 2009; Hinte 2007a, 2007b). Ich beziehe mich hier auf ein Verständnis von Lernen, das Wolfgang Hinte (2005) für die Gemeinwesenarbeit eingeführt hat. In Anlehnung an die Humanistische Psychologie von Carl R. Rogers und dessen klientenzentrierter Psychotherapie entwickelt Hinte den Ansatz der nondirektiven Pädagogik (Hinte zuerst 1980), den er später als personenbezogene Pädagogik bezeichnet hat (vgl. Hinte 2007, S. 49ff.). Entscheidend an dieser Konzeption ist – wie es auch Oelschlägel (z. B. 2007, S. 41ff.) sieht –, dass nicht die Ziele von den Professionellen oder gar anderen Institutionen des Hilfe- und politischen Systems vorab festgelegt wer-

⁶ Sabine Wagenblass (2004, S. 46f.) arbeitet in Anlehnung an P. Sztompka fünf Dimensionen einer Kultur des Vertrauens heraus, die für ihre Analyse von Transformationsprozessen von Bedeutung sind aber auf die Gemeinwesenarbeit übertragen werden können: die Freisetzungsfunktion, die Bereicherungsfunktion, die Anerkennungsfunktion, die Bindungsfunktion und die Kooperationsfunktion. Wie beispielsweise die „Bindungsfunktion“ zeigt, ergeben sich hier vielfältige Anknüpfungspunkte zur o.g. horizontalen Vergesellschaftung: „Die Kultur des Vertrauens stärkt die Bindung des Einzelnen an die Gemeinschaft und generiert kollektive Solidaritäten, welche gegenseitige Hilfe unter den Gesellschaftsmitgliedern fördern und persönliche Auseinandersetzungen mäßigen“ (Wagenblass 2004, S. 47).

den; sondern die Fachkräfte müssen auf der Grundlage einer aufmerksamen Wahrnehmung von unterschiedlichen Facetten von Situationen und Beziehungserfahrungen mit den Beteiligten *gemeinsam* Ziele entwickeln und deren Interessen und Bedürfnisse freilegen. „*Non-direktiv*‘ meint eher das konstante Bemühen, dem Lernpartner Verantwortung und die (möglichst) volle Entscheidungsfreiheit zu belassen, wie, wo, mit wem und wodurch er lernen will“ (Hinte 2005, S. 91).

Wie kann man sich solche Lernprozesse vorstellen? Zunächst geht es darum, gemeinsam mit den Bewohnern, die Interessen und Bedürfnisse sichtbar zu machen. Dabei kommen automatisch die Werte ins Spiel. Denn Interessen und Bedürfnisse sind unmittelbar mit Werten bzw. bestimmten Wertsetzungen und Bedeutungszuschreibungen verbunden. „*Werte sind allgemeine, einzeln symbolisierte Gesichtspunkte des Vorziehens von Zuständen und Ereignissen*“ (Luhmann 1984, S. 433). Formuliert etwa ein Bewohner, dass er mehr Mitsprache bei der Umgestaltung des Wohnumfeldes einfordert, so hat die Beteiligung für den Bewohner einen hohen Wert. Die Professionellen müssen den Bewohnern eines Gemeinwesens offen und neugierig gegenüberstehen. Natürlich haben die Professionellen eigene Werte und Interessen. Wenn es kein Interesse seitens des Hilfesystems gäbe, dann wären sie nicht als Professionelle vor Ort, was nicht ausschließt, dass sie sich privat dort engagieren können. Wichtig ist, dass ihnen diese Interessen und Werte sowie diejenigen des Trägers und des Auftraggebers bewusst sind, und sie die jeweiligen Interessen und Anliegen transparent machen. In der Beziehungsarbeit mit den Bewohnern geht es darum, ihre Interessen, Bedürfnisse und Ressourcen freizulegen. Lernen ist in diesem Verständnis, die eigenen Ressourcen zu identifizieren und vorhandene Kompetenzen zu aktivieren. Die Grundidee der Humanistischen Psychologie wie des personenbezogenen Lernens ist, dass die wesentlichen Erkenntnisse bereits im Individuum vorhanden und nicht außerhalb zu verorten sind. Erkenntnisse: Sie müssen nicht von außen an das Individuum herangetragen, sondern vom Individuum selbst entdeckt, erschlossen, erfahrbar gemacht werden. Der Sozialprofessionelle kann bei diesem *Aneignungsprozess* eine Hilfestellung geben:

„Im Mittelpunkt steht der Lernende mit seinen Bedürfnissen und Ängsten, nicht der Pädagoge mit seinen Lernzielen und Bildungsanforderungen. Die entscheidenden Schritte in diesem Prozeß tut der Lernende (...), damit latent vorhandene Anlagen und Fähigkeiten nicht gelenkt, sondern einfach freigelegt werden; schon Vorhandenes wird also lediglich strukturiert und vom Lernenden in neue Zusammenhänge gebracht, so dass sich neue Verhaltensdispositionen entwickeln“ (Hinte 2005, S. 92).

Dieses Prinzip kann mit der sokratischen Mäeutik verglichen oder als Hebammentechnik umschrieben werden (vgl. Lynen von Berg et al. 2007, S. 39f.). Der Professionelle hilft dem Adressaten oder den Adressaten bei der Freilegung ihrer Interessen und Aneignung ihrer Kompetenzen zur Durchsetzung dieser Interessen. Die Professionellen sind Geburtshelfer bei der Aktivierung und geben immer wieder stimulierende Impulse für die Selbstorganisation der Adressaten, moderieren zwischen unterschiedlichen Interessen oder Konflikten innerhalb der Bewohner und verstehen sich als vermittelndes Sprachrohr zwischen den Bewohnern und ihrer Lebenswelt und den auf die Lebenswelt einwirkenden anderen Systeme.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Gemeinwesenarbeit, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden kann, besteht in der Aktivierung und Vernetzung der im Sozialraum vorhandenen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Assoziationen. Diese Einrichtungen und Institutionen sollen in eine Gesamtstrategie integriert werden und somit ihre spezifischen Ressourcen für das Gemeinwesen nutzbar gemacht und gebündelt werden. So wäre es gerade im Hinblick auf das hier fokussierte Thema der Wertebildung wichtig, Bildungs- und Erziehungsinstitutionen wie z. B. Krippen, Kindergärten und Schulen aber auch Volkshochschulen sowie Einrichtungen der Jugend- und Vereinsarbeit miteinzubeziehen, ihre Belange aufzugreifen und ihren institutionellen Auftrag und Einfluss zu nutzen. Darüber hinaus können sich durch Kooperationen Einblicke in diese Institutionen ergeben, wodurch die unterschiedlichen Perspektiven und Wertean­sichten derjenigen zum Tragen kämen, die in den Institutionen arbeiten oder Zielgruppe und Koakteure der Einrichtung sind (bei Kitas und Schulen z. B.: Erzieher, Lehrer, Schulsozialarbeiter, Kinder, Eltern, Verwandte). Die Gemeinwesenarbeit kann dabei Impulse geben und versuchen, Themen in bestimmte Einrichtungen einzuspeisen, falls diese sich zum Gemeinwesen hin öffnen und an einer (aktiven) Mitarbeit interessiert sind.

3. Werte in der Gemeinwesenarbeit

An der ausführlichen Schilderung der Gemeinwesenarbeit ist deutlich geworden, dass in die Gemeinwesenarbeit eine Vielzahl von Werten und ethischen Grundhaltungen einfließen, die in der Regel nicht explizit genannt werden. Gemeinwesenarbeit kann von ihrer Anlage und Ausrichtung her als ein *wertgebundenes Arbeitsprinzip*, als ein von *sozialen Werten* geprägter

politischer Ansatz betrachtet werden. So formulieren Hinte und Oelschlägel in einem gemeinsamen Interview als Kern der Gemeinwesenarbeit eine eindeutige politische Ausrichtung:

„Aktivierende Arbeit statt einseitig helfender und betreuender Arbeit, auf die Veränderung der Verhältnisse gerichtet, nicht auf die ‚Verbesserung‘ des Menschen. Zudem ein explizit politischer Ansatz, der nicht versucht, unterhalb der Schwelle von Politik irgendetwas kommunikativ zu bemänteln. (...) Und ein Ansatz, der sich ausdrücklich darauf versteht als gesellschaftsverändernde Kraft und nicht als Pflasterkleberei zu wirken“ (Hinte et al. 2007, S. 29f.).

Ein zentrales Ziel sowohl theoretisch-methodisch als auch in der Praxis ist es, den Belangen derjenigen Bevölkerungsgruppen Geltung zu verschaffen, denen es nicht gelingt, ihre Interessen und Bedürfnisse in die vorherrschenden Artikulationsarenen einzubringen. In einer sich emanzipativ verstehenden Gemeinwesenarbeit geht es darum, Freiräume für eine horizontale Vergesellschaftung zu schaffen, Beziehungen zwischen den isolierten Individuen und sich abgrenzenden Gruppen zu ermöglichen. Der Anspruch, zielgruppen- und themenübergreifend zu arbeiten, impliziert das „Gemeinsame“, dass es etwas gibt, das „alle angeht“. Dies mag in der Praxis schwierig zu realisieren sein, doch geht es vom Anspruch her darum, in einem konkreten Sozialraum die Lebens- und Wohnbedingungen zum Wohle *aller* zu verbessern. Wertorientierungen wie Gleichberechtigung, Respekt und Anerkennung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, Achtung des Lebensrechts, der Würde und der Bedürfnisse des Menschen sowie demokratische Aushandlungs- und Beteiligungsprozesse sind zentrale ethische Grundhaltungen in der Gemeinwesenarbeit (vgl. Penta & Lienkamp 2007, S. 274ff.).

Die Gemeinwesenarbeit muss diese Werte nicht explizit vermitteln, vielmehr kommt es darauf an, dass sie in ihren *Arbeitsformen* und *Zielen* angelegt sind bzw. sie durch die Arbeitsformen verwirklicht werden. Die *Form* evoziert – wenn auch nicht nur – den Inhalt. Eine zentrale Aufgabe der Gemeinwesenarbeit ist die Befähigung der Adressaten, ihre Angelegenheiten aktiv und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Wie an der personenbezogenen Pädagogik als eine Form der Gestaltung von Lernprozessen gezeigt wurde, geht es nicht darum, dass der Gemeinwesenarbeiter den „Klienten“ bestimmte Werte „vermittelt“, sondern dass diese ihre eigenen Werte entdecken, wertschätzen und artikulieren. Dieser Aneignungsprozess kann ein (erster) Schritt zur Selbstbestimmung und persönlichen Entfaltung wie zur kollektiven Artikulation von Bedürfnissen, Interessen sowie zur Einforderung

von Werten und Wertschätzungen sein. Dieser Aneignungsprozess ist ein demokratischer Aushandlungsprozess. Von Leo Penta und Andreas Lienkamp wird – wie auch von Helmut Richter (u. a. 2001, S. 173ff.) – die Diskursethik von Jürgen Habermas als ein ethischer Bezugspunkt für die Gemeinwesenarbeit angeführt. Die von Habermas eingeführte regulative Idee der „idealen Kommunikationsgemeinschaft“, die immer nur kontrafaktisch gegen alle Wirklichkeit konstatiert und der sich als Ziel nur angenähert werden kann, wird von Penta & Lienkamp als normative Orientierung der Gemeinwesenarbeiterin eingefordert. Es ist nicht nur Aufgabe der Gemeinwesenarbeiterin einen Konsens zwischen allen am Diskurs Beteiligten herzustellen, sondern zu erreichen, dass möglichst alle Betroffenen zu Beteiligten werden oder *„zumindest dafür Sorge zu tragen, dass ihre legitimen Bedürfnisse und Interessen advokatorisch vertreten werden. Nur so kann die demokratische Leitidee einer gesellschaftlichen Selbstregierung im Medium öffentlichen Vernunftgebrauchs auf der Ebene des Gemeinwesens Gestalt annehmen“* (Penta & Lienkamp 2007, S. 277).

Ob diese hier formulierten Anforderungen an einem Sozialprofessionellen nicht in der Praxis eine Überforderung für den Gemeinwesenarbeiter darstellen können, soll im Folgenden an einigen heraus gegriffenen Konstellationen aus der Praxis erörtert werden. Auch sind die spannungsreichen und z. T. widersprüchlichen Rollen der Sozialprofessionellen kritisch zu beleuchten. Die Gemeinwesenarbeiterinnen und Gemeinwesenarbeiter sollen einerseits mit einer personenbezogenen und parteilichen Haltung den Akteuren gegenüberreten und diese zur Artikulation *ihrer* Interessen befähigen, andererseits haben sie persönliche Werte und berufsethische Standards und sind mit einem Auftrag durch einen Träger bzw. des Hilfesystems ausgestattet, wodurch zwangsweise Interessen aus der Systemebene in die Lebenswelt der Bewohner transportiert werden (vgl. auch May 1997).

4. Probleme, Ambivalenzen und offene Fragen

Gemeinwesenarbeit und die Lernprozesse in deren Kontext finden nicht in einem geschützten Raum statt. Strukturelle Vorgaben und Erwartungen der Systemebene rahmen die Gemeinwesenarbeit. Es stellt sich also die Frage, inwieweit innerhalb der Lebenswelt Handlungs- und Entscheidungsoptionen bestehen. Es können ganz unterschiedliche Institutionen und Programme sein, die im konkreten Fall auf die Lebenswelt einwirken. So kann es sich um

die kommunale Politik und in ihrem Gefolge die örtliche Wohnungsbaugesellschaft handeln, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ eine Sanierung des Wohnviertels „durchziehen“ wollen und von der Gemeinwesenarbeit erwarten, dass sie die Bewohner aktivieren und zur Mitgestaltung des Wohnumfeldes bewegen. Gegen diesen Druck muss die im Gemeinwesen tätige Fachkraft einen Puffer aufbauen und zunächst die von außen an sie herangetragenen Erwartungen dämpfen bzw. zurückdrängen. Dies setzt nicht nur ein selbstbewusstes Professionsverständnis der Fachkraft voraus, sondern auch Rückendeckung durch den Träger und die öffentlichkeitswirksame Interessenvertretung von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Gemeinwesen, also eine Bündelung von sich entwickelnden Interessen und Bedarfen der Bewohner selbst. Auch wenn man optimistisch voraussetzt, dass innerhalb eines Gemeinwesens auf der lebensweltlichen Ebene eine relative Handlungsautonomie besteht, sich also unter günstigen Kontextbedingungen personenbezogene Lernprozesse initiieren und realisieren lassen, können gewisse Ambivalenzen und Probleme nicht übersehen werden. Die Freilegung von Interessen und Bedürfnissen ist nicht nur ein langwieriger und mühsamer Prozess; er ist konfliktreich und widersprüchlich und setzt günstige Rahmenbedingungen voraus, die Vertrauen, Offenheit und Lernen ermöglichen (vgl. Hinte 2005, S. 93).

Die aus dem Community Organizing bekannte Strategie der vielen Einzelgespräche (vgl. Alinsky 1999), kann nicht nur dazu führen, dass ganz unterschiedliche Interessen, Bedürfnisse und Ziele zu Tage gefördert werden. Was zunächst sinnvoll zu sein scheint, dass nämlich die Betroffenen in vertrauten Gesprächen und in kleinen Gruppen ihre eigenen Vorstellungen entwickeln, stößt bei der Artikulation und Durchsetzung von Interessen an seine Grenzen. Es muss eine gewisse Öffentlichkeit geschaffen werden, damit die Interessen und Bedürfnisse der Bewohner Aufmerksamkeit und nachhaltigen Druck entfalten können. Aus der Geschichte der Bürgerinitiativen weiß man, dass hier Betroffene ein breites Repertoire an Kompetenzen entwickeln, wenn es um „ihre Sache“, „ihr Anliegen“ geht. Dennoch erfordern die Herstellung von Öffentlichkeit und die gezielte Bedienung und Nutzung der Medien Kenntnisse und Fähigkeiten aus dem Mediensystem. Bilden sich hier innerhalb der Interessenartikulation von Bewohnern nicht Experten für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit heraus, die eine Definitionsmacht über die Interessen der Bewohner haben? Oder nehmen oftmals nicht die Gemeinwesenarbeiter direkt oder indirekt diese Experten- und Mittlerfunktion wahr und sind dabei in der Gefahr, Interessen zu kanalisieren? Der Gemein-

wesenarbeiter sollte hier versuchen, die Zugänge zur Mitarbeit offen und niedrigschwellig zu halten und nach dem Motto verfahren: *Tue nichts, was der andere tun kann!* Dennoch wird an diesem Beispiel schon ersichtlich, wie Systemanforderungen in die lebensweltlichen Selbstverständigungsprozesse hineinragen und diese prägen.

Vorausgesetzt es gelingt, Aneignungsprozesse der Bewohner zu aktivieren, in deren Folge die Bewohner ihre subjektiven Interessen formulieren und einfordern. Was geschieht, wenn die Interessen der Bewohner denjenigen der Systemebene diametral entgegenstehen? Werden nicht häufig die Selbstverständigungsprozesse an der Systemebene gebrochen? Fühlen sich die aktivierten Bewohner nicht noch mehr benachteiligt und enttäuscht, weil sie im guten Glauben an der Verbesserung ihrer Lebensumstände gearbeitet, sich für diese Selbstverständigungsprozesse geöffnet haben, wenn ihre Vorschläge wegen angeführter „Sachzwänge“ zu wenig beachtet bzw. nicht realisiert werden? Impliziert das Konzept der personenbezogenen Pädagogik von der Anlage her nicht zu hohe Erwartungen, die dann zu einem gewissen Grad enttäuscht werden, bzw. von der Systemebene enttäuscht werden „müssen“? Wie können die Gemeinwesenarbeiterinnen und Gemeinwesenarbeiter dem entgegenwirken? An die Sozialprofessionellen sind damit vielfältige Anforderungen formuliert. Nicht nur, dass sie die Bewohner zur Hervorbringung ihrer Interessen und Bedürfnisse befähigen, sondern sie untereinander ins Gespräch bringen sollen; sie in die Lage versetzen sollen, ihre Interessen und Ziele auszuhandeln. Aber in den in der Regel heterogen zusammengesetzten Stadtteilen oder Stadtteilen mit einer besonders hohen Problemdichte – und nicht nur dort – kommt es unweigerlich zu Interessens- und Wertekonflikten. War es bisher die Aufgabe der Professionellen, sich als Geburtshelfer bei der Freilegung von Interessen und Werten zu sehen, müssen sie jetzt Konflikte moderieren und Strategien entwickeln, wie gemeinsame Interessen gefunden werden können (vgl. Lynen von Berg 2007). Wie aber kann das „Gemeinsame“ gefunden werden? Was sind denn die Interessen und Bedürfnisse, die möglichst alle angehen? Lässt sich in den problembelasteten und sozialfragmentierten Wohnquartieren, in denen sich nicht selten die sozial Exkludierten gegenseitig ausgrenzen, überhaupt ein „Gemeinsames“ finden, das nicht nur „alle angeht“, sondern von den Bewohnern mitgetragen wird? Die gemeinsame Erfahrung der sozialen Ausgrenzung schafft keine oder nicht zwangsläufig gemeinsame Interessen oder ein Bewusstsein, von strukturellen Ausgrenzungsprozessen

in gleicher Weise betroffen zu sein. Haben zudem bestimmte Milieus und Gruppen überhaupt Kontakt zueinander?⁷

Es stellt sich nachdrücklich die Frage, auf welcher Wertebasis überhaupt Interessen, Bedürfnisse und Bedarfe ausgehandelt werden können. Nach welchen Kriterien setzt wer welche Prioritäten? Durch die – oft notwendige – Einnahme der Moderationsrolle wird der Aushandlungsprozess in den meisten Fällen auf die Sozialprofessionellen zentriert. Aufgrund von realen Entscheidungszwängen oder mangelnder Beteiligung und fehlender aktiver Mitarbeit der Bewohner, aber auch durch persönliche Wertsetzungen lässt sich die professionelle Fachkraft mitunter in die Rolle drängen, Interessen zu bündeln und Prioritäten zu setzen (vgl. Lynen von Berg et al. 2007, S. 216ff.). Auch hier sind Werte – ob bewusst oder unbewusst – von großer Bedeutung und handlungsleitende Größen, die es zu reflektieren und transparent zu machen gilt.

Ausgangspunkt der Gemeinwesenarbeit waren die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen. Nimmt man diese Perspektive ernst und schreckt nicht vor den Werthaltungen zurück, die möglicherweise ein Teil der Bewohner von – nicht nur – problembelasteten Wohnquartieren hat, ist hier die Beziehungs- und Vernetzungsarbeit der Gemeinwesenarbeiterin gefragt. Sie muss nicht nur bestimmte Interessen und Bedürfnisse eruieren, sie muss die Probleme verstehen, die sich in Konflikten zeigen oder die hinter Werthaltungen „verborgen“ sind. Aber stehen überhaupt der Gemeinwesenarbeit bzw. der Sozialen Arbeit im Allgemeinen die Ressourcen zur Verfügung, in langwieriger Beziehungsarbeit die Probleme zu bearbeiten, die die „Klienten“ *haben* und nicht nur die Probleme zu sehen, die sie *machen*? Die Professionellen sollen die Betroffenen zu einer Aktivierung befähigen; Lernprozesse ermöglichen, aber nicht vorstrukturieren. Aber was ist, wenn die artikulierten Interessen und eingeforderten Bedarfe diametral den Wertvorstellungen der im Gemeinwesen tätigen Fachkräfte oder aber berufsethischen Vorstellungen widersprechen? Wer entscheidet letztlich über die moralische „Eignung“ von Forderungen? Wer entscheidet, welche Forderungen mora-

⁷ In einer vom Hamburger Institut für Sozialforschung mit großem Aufwand durchgeführten Sozialstudie zur Stadt Wittenberge in Brandenburg wird von einer Versäulung des Gemeinwesens gesprochen. Die Angehörigen der verschiedenen sozialen Schichten haben untereinander keinen Kontakt. Sie wohnen in der gleichen Stadt und haben offensichtlich nichts miteinander zu tun (vgl. Pauer 2010; Der Tagesspiegel vom 03.03.2010).

lich und politisch angemessen sind? Wie kristallisiert sich ein „gemeinsames Gutes“ heraus, das alle angeht und von möglichst allen Beteiligten moralisch anerkannt wird? Nach welchen Wertkriterien werden beispielsweise Konflikte zwischen Senioren und Jugendlichen oder auch interkulturelle bzw. sozialmoralische Konflikte ausgehandelt und entschieden?

Es zeigt sich hier, dass bei der Gemeinwesenarbeit zwangsläufig Werte ins Spiel kommen. Und jede Gemeinwesenarbeit muss sich mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit das mitgebrachte Werteverständnis die Arbeit präformiert. Wie aber ist der Spannungsbogen von horizontaler Interessenartikulation, Aktivierung bzw. Apathie der Betroffenen auf der einen Seite und Prioritätensetzung von Werten und wertbestimmten Zielen auf der anderen Seite zu lösen? Was ist, wenn sich bestimmte Gruppen im Gemeinwesen nicht auf einen Aushandlungsprozess von Interessen und Werten einlassen, seien es die Senioren oder die Jugendlichen, seien es Gruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft oder sozialer bzw. politischer Milieus, deren jeweilige kulturelle Werte als nicht vereinbar angesehen werden? Kommt die regulative Idee der „idealen Kommunikationsgemeinschaft“ (Habermas) nicht vollends an ihre Grenzen, wenn sich Gruppen bewusst oder unbewusst der Kommunikation verweigern oder diese trotz bester Bemühungen durch den Gemeinwesenarbeiter und anderer Einrichtungen nicht zu erreichen sind? Kann in solchen lebensweltlichen Verständigungsprozessen immer von Überzeugungskraft des besseren Arguments und von der Haltung des sich verstehen Wollens ausgegangen werden?

Setzen sich hier nicht wieder hinter dem Rücken die Interessen und Werte derjenigen Gruppen durch, die habituell, kommunikativ und von ihrer sozialen Position her anderen Gruppen „überlegen“ sind? Fühlen sich unter den sozialbenachteiligten Gruppen nicht diejenigen von denjenigen ausgeschlossen, die über ein – wenn auch geringes – Maß an kulturellem und sozialem Kapital verfügen (vgl. Lynen von Berg et al. 2007, S. 233ff.)? Sind für soziale Probleme und Distinktionsprozesse sensibilisierte Professionelle nicht schon froh und zufrieden, wenn sie einige Bewohner in einem Stadtteil aktivieren und mit diesen arbeiten können? Und was ist zu tun, wenn die Sozialprofessionellen auf Werte treffen, die mit den ethischen Grundhaltungen der Profession und Disziplin nicht zu vereinbaren sind? Was ist, wenn sich bei einigen Personen oder einer größeren Gruppe beispielsweise fremdenfeindliche oder rassistische Haltungen zeigen, die sich nicht nur in der Verweigerung des Dialogs, sondern sogar in der gegenseitigen Ablehnung niederschlagen?

Kann die Gemeinwesenarbeit die ‚Kommunikation‘ zwischen unterschiedlichen Interessengruppen und Gruppen mit stark divergierenden bis hin zu sich ausschließenden Wertepreferenzen ohne Markierung von eigenen Wertepreferenzen ‚laufen lassen‘? Wo muss Gemeinwesenarbeit geradezu Werte einfordern oder gar setzen?

Gemeinwesenarbeit wie Soziale Arbeit überhaupt scheint offensichtlich ohne ein bestimmtes Werteverständnis nicht praktikabel zu sein. Aber welche Werte können in der konkreten Praxis *handlungsleitend* sein? Diese Frage berührt zentrale gesellschaftliche Konfliktlinien, denen sich die Gemeinwesenarbeit in Theorie und Praxis nicht entziehen kann. Im Gegenteil, die Gemeinwesenarbeit sollte die oben aufgeführten Fragen und Konflikte proaktiv aufgreifen und in einem fachlichen Diskurs für die Ausbildung von Studierenden der Sozialen Arbeit nutzbar machen. Viele Praktikerinnen und Praktiker sehen sich nicht nur mit einer rapiden Zunahme von sozialen Problemen konfrontiert, sondern können die in Sonntagsreden erhobene Forderung nach der Realisierung von ‚hehren‘ Werten nicht mit ihrer Praxis in Einklang bringen. An welchen Werten sollen sie sich orientieren, wenn „die Gesellschaft“ bzw. maßgebliche Institutionen selbst bei ihren Wertsetzungen im Ungewissen sind? Für die Gemeinwesenarbeit steht deshalb eine fachlich begründete Auseinandersetzung mit Werten an, die die realen *Praxis-* und *gesellschaftlichen* Rahmenbedingungen der Gemeinwesenarbeit berücksichtigt, ohne sich affirmativ neoliberalen Gesellschaftsvorstellungen zu beugen oder populistischen Politikvorstellungen auch aus der „Mitte der Gesellschaft“ auf dem Leim zu gehen, um so den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Feld eine fundierte Basis für einen reflektierten und selbstsicheren Umgang mit dem sie tagtäglich konfrontierenden Wertethema zu geben.

Damit wird deutlich, dass die Frage nach der Lebensqualität sowohl in ihren objektiven Dimensionen als auch subjektiven Bewertungen ein grundlegender Bestandteil der Gemeinwesenarbeit bzw. Sozialen Arbeit insgesamt ist. Die Gemeinwesenarbeit mit dem Ziel der „Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Lebenswelten“ (Becker 2014, S. 19) hat sich in kulturell heterogen zusammengesetzten und sozialbelastenden Quartieren um komplexe und kontinuierliche Aushandlungsprozesse zu bemühen und Inklusionsprozesse zu gestalten. Die durch schnellen sozialen und kulturellen Wandel, Globalisierung und Individualisierung, die durch Segregation und soziale Spaltung gekennzeichnete gesellschaftliche Entwicklung schlägt sich mit

Wucht und Vehemenz gerade in problembelasteten Wohnquartieren nieder. Nicht nur die sozialen Probleme und Spannungen sind hier mit den Händen zu greifen, sondern die in den Medien und der politischen Arena verengt als Wertekonflikte diskutierten Themen finden sich hier als *sozial-strukturelle*, *politisch-institutionelle* aber auch als *kulturelle*, also auch als *Wertekonflikte* wieder.

Literatur

- Alinsky, Saul (1999): Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen: Lamuv Verlag.
- Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer.
- Boulet, Jaak/Krauss, Jürgen E./Oelschlägel, Dieter (1980): Gemeinwesenarbeit. Eine Grundlegung. Bielefeld: AJZ-Druck und Verlag.
- DBSH (Deutscher Berufsverband für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Heilpädagogik e. V.) (1997): Berufsethische Prinzipien des DBSH. <http://www.dbsh.de/BerufsethischePrinzipien.pdf> (26.03.2010).
- DBSH (Deutscher Berufsverband für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Heilpädagogik e. V.) (2014a): Berufsethik des DBSH. Ethik und Werte. Forum Sozial, Die berufliche Soziale Arbeit, Heft 4/2014, Berlin: DBSH.
- DBSH (Deutscher Bundesverband für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Heilpädagogik e. V.) (2014b): Abgestimmte deutsche Übersetzung des DBSH mit dem Fachbereichstag Sozialer Arbeit. Präambel zur deutschsprachigen Definition Sozialer Arbeit. <https://www.dbsh.de/profession/definition-der-sozialen-arbeit/deutsche-fassung.html> (25.04.2018).
- Delhey, Jan (2002): Die Entwicklung der Lebensqualität nach dem EU- Beitritt. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 52/2002, S. 31-38.
- Entquete-Kommission (2002): Entquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- Galuske, Michael (2009): Methoden der sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim/München: Juventa.
- Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm (1984): Deutsches Wörterbuch. Band 5 Gefoppe – Getreibs. München: DTV.
- Hafen, Martin (2001): Prävention – systemtheoretische Beschreibung eines neuzeitlichen Phänomens. Lizentiatsarbeit, Universität Basel.
- Hinte, Wolfgang (1998): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Alich, Monika

- (Hrsg.): Stadtteilmanagement – Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: Leske + Budrich, S. 153-170.
- Hinte, Wolfgang (2001): Sozialraumorientierung und das Kinder- und Jugendhilfe-recht – Ein Kommentar aus sozialpädagogischer Sicht. In: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hrsg.): Sozialraumorientierung auf dem Prüf-stand. München, S. 125-156.
- Hinte, Wolfgang (2005): Non-direktive Pädagogik. Eine Einführung in Grundlagen und Praxis des selbstbestimmten Lernens. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Hinte, Wolfgang (2007a): Professionelle Kompetenz: ein vernachlässigtes Kapitel in der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München: Juventa, S. 139-148.
- Hinte, Wolfgang (2007b): Sollen Sozialarbeiter hexen? Stadtteilbezogene intermediäre Instanz zwischen Bürokratie und Bewohneralltag. In: Hin-te/Lüttringhaus/Oelschlägel (Hrsg.) : Grundlagen und Standards der Gemeinwe-senarbeit. Weinheim/München: Juventa, S. 163-178.
- Hinte, Wolfgang/Treeß, Helga (2007): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen. Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer koope-rativ-integrativen Pädagogik. Weinheim/München: Juventa.
- Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (2007): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Per-spektiven. Weinheim/München: Juventa.
- Hirschfeld, Uwe (2008): Offene Ganztagschule als Lebens- und Erfahrungsraum im Gemeinwesen. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Ganztagschule“ der TU Dresden und DKJS am 17.12.2008 in Dresden (Manuskript 15 Seiten).
- ISFW (International Federation of Social Workers) (2014): Definition of Social Work. <http://ifsw.org/get-involved/global-definition-of-social-work/> (25.04.2018).
- Joas, Hans (2006): Wie entstehen Werte? Wertebildung und Wertevermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Mitschnitt eines frei gehaltenen Vortrags einer Veranstaltung von TV-impuls am 15. September 2006 zum Thema „Gute Werte, schlechte Werte. Gesellschaftliche Ethik und die Rolle der Medien“ (Manuskript 9 Seiten).
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2010): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kluckhohn, Clyde (1951): Values and value-orientations in the theory of action: An exploration in definition and classification. In: Parsons T. & Shils, E.A. (Eds.): To-ward a general theory of action. Cambridge: Harvard University Press, S. 388-433.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

- Lynen von Berg, Heinz (2007): Gemeinwesenorientierte Beratung als Ansatz in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gewalt? deutsche jugend, Heft 7/8/2007, S. 322-328.
- Lynen von Berg, Heinz (2009): Ethische Grundhaltungen und Werteorientierungen bei Studierenden der Sozialen Arbeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Hildesheim. Projektskizze für ein Praxisforschungsprojekt an der HAWK Hildesheim.
- Lynen von Berg, Heinz (2010): Theoretische und methodische Grundlagen und Überlegungen zur Wertebildung in der Gemeinwesenarbeit. In: Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten/Lynen von Berg, Heinz (Hrsg.): Wertebildung in Jugendarbeit, Schule und Kommune. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag, S. 265-287.
- Lynen von Berg, Heinz (2018): Theoretical principles and considerations on values formation in community. work. In: Spatscheck, Christian/Crabtree, Sara Ashencaen/Parker, Jonathan (Hrsg.): Methods and Methodologies of Social Work. Reflecting Professional Interventions. (SocNet98, Vol. III). London: Whiting & Birch, S. 33-55.
- Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil, Armin (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim/München: Juventa.
- May, Michael (1997): Gemeinwesenarbeit als Organizing nicht nur von Gegenmacht, sondern auch von Erfahrung und Interessen. WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 65, 3/1997, S. 13-31.
- May, Michael (2017): Soziale Arbeit als Arbeit am Gemeinwesen. Ein theoretischer Begründungsrahmen. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- MEW1: Marx, Karl (1956): Zur Judenfrage, Randglossen. Marx Engels Werke Band 1. Berlin: Dietz Verlag.
- Müller, Wolfgang C. (2006): Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit. Weinheim/München: Juventa.
- Oelschlägel, Dieter (1997): Der Auftrag ist die Gestaltung von Lebensverhältnissen. Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 3/1997, S. 37-40.
- Oelschlägel, Dieter (2007): Lebenswelt oder Gemeinwesen? Anstöße zur Weiterentwicklung der Theorie-Diskussion in der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München: Juventa, S. 41-48.
- Pauer, Nina (2010): Zum Beispiel Wittenberge. Eine kleine Stadt im Osten, 20 Jahre nach dem Umbruch. Zeit Magazin, Heft 10/2010, S. 10-17.
- Penta, Leo Joseph/Lienkamp, Andreas (2007): Ethik der Gemeinwesenarbeit. In: Lob-Hüdepohl, Andreas/Lesch, Walter (Hrsg.): Ethik Sozialer Arbeit. Ein Handbuch. Paderborn u. a. : UTB, S. 259-285.
- Richter, Helmut (2001): Kommunalpädagogik. Berlin u. a.: Peter Lang Verlag.

- Spiegel von, Hiltrud (2008): Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Köln/Weimar/Wien: UTB.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2003): Soziale Arbeit als (eine) Menschenrechtsprofession. In: Sorg, Richard (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Münster: Lit-Verlag, S. 18-54.
- Stövesand, Sabine (2006): Jenseits von Individualisierung und Geschlechtsblindheit – Kritische Soziale Arbeit am Beispiel der Gemeinwesenarbeit. WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs- Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 100, 2/2006, S. 37-49.
- Stövesand, Sabine (2007): Mit Sicherheit Sozialarbeit. Gemeinwesenarbeit als innovatives Konzept zum Abbau von Gewalt im Geschlechterverhältnis unter den Bedingungen neoliberaler Gouvernementalität. Hamburg: LIT Verlag.
- Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hrsg.) (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Opladen/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Thiersch, Hans (2009): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. Weinheim/München: Juventa.
- Voisard, Michel (2002): Vom professionellen Umgang mit Werten in der Arbeit mit Jugendlichen. https://kipdf.com/vom-professionellen-umgang-mit-werten-in-der-arbeit-mit-jugendlichen-von-michel_5aad82271723ddfb3b156675.html (29.06.2018)
- Wagenblass, Sabine (2004): Vertrauen in der Sozialen Arbeit. Theoretische und empirische Ergebnisse zur Relevanz von Vertrauen als eigenständiger Dimension. Weinheim/München: J1 Einführung

Konfliktbewältigungsstrategien: Erfahrungen und Auffassungen von Studierenden an europäischen Hochschulen

Gabriele Schäfer

Gegenstand des Artikels ist die Analyse der Konfliktbewältigungsstrategien von Studierenden fünf europäischer Hochschulen. Die Datenbasis bezieht sich auf neun leitfadengestützte Fokusgruppeninterviews mit insgesamt 79 Studierenden (58 Frauen und 21 Männer). In diesem Beitrag wird speziell auf die Fragestellung nach wirksamen und unwirksamen Konfliktbewältigungsstrategien eingegangen. Die Analyse lässt die Bedeutung von guter Selbstreflexion, dem konstruktiven Umgang mit Emotionen, einer empathischen Haltung der anderen Konfliktpartei gegenüber und konstruktiven Kommunikationsmustern erkennen (wie zum Beispiel, die Fähigkeit, sich beim Konfliktpartner zu entschuldigen, eine gute Vorbereitung auf den Konflikt, Mediation, gewaltfreie Kommunikation, ehrliche, direkte Kommunikationsstrategien und sich Rat bei anderen Menschen zu holen). Einige Strategien werden situativ als wirksam oder unwirksam eingeschätzt. Ich-Botschaften können als effektiv wahrgenommen werden, weil vorwurfsfrei kommuniziert wird. Auf der anderen Seite kann der Eindruck einer Ich-Bezogenheit beim Gegenüber entstehen, weil man sich im Konfliktgeschehen nur auf die eigene Person bezieht. Auch zurückhaltendes und abwartendes Verhalten kann einerseits als deeskalierend empfunden, aber andererseits auch als eine Form von grundsätzlicher Konfliktvermeidung verstanden werden. Als gänzlich unwirksam wurde vor allem die Vermeidung von Konflikten empfunden (z.B. durch Verhaltensweisen, wie den Raum verlassen oder das Ignorieren der anderen Konfliktpartei). Ebenso unwirksam sind passiv aggressive Kommunikationsmuster, mangelnde Empathie dem Konfliktpartner gegenüber oder Kommunikation durch konfliktbehaftete Nachrichten über digitale Medien oder Messenger-Dienste.

1. Einleitung

Konflikte sind ein allgegenwärtiges gesellschaftliches Phänomen in allen Gesellschaften und Kulturen. Konflikte, die sich destruktiv auf die beteiligten Konfliktparteien auswirken, haben das Potential Lebensqualität negativ zu beeinflussen. Die Lebensqualität bezieht sich unter anderem auf den Grad des subjektiven Wohlbefindens eines Individuums oder einer Gruppe von Menschen (s. Diener 1984; Diener, Suh, Lucas & Smith 1999). Subjektives Wohlbefinden wird durch Konfliktsituationen häufig nachhaltig gestört (Lulofs & Cahn 2000). Nach Tillet (1999) können durch Konflikte Ärger, Aggression, Gewalt, Angst, Stress, die Zerstörung von Beziehungen und Gruppenzusammenhalt und im schlimmsten Fall Krieg ausgelöst werden. In Konfliktsituationen ist es dabei entscheidend, wie sich die Konfliktparteien verhalten. Die Vielfalt an unterschiedlichen Konfliktverhaltensmustern wird durch die unzähligen Erscheinungsformen und Typen von Konflikten bedingt. Nach Marková (2012) zeichnen sich Konflikte durch eine hohe Bandbreite aus und beziehen sich auf unterschiedliche soziale Kontexte. Marková identifizierte dabei Konflikte, die durch ethnische, nationale und wirtschaftliche Divergenzen ausgelöst werden können. Außerdem können sich Konflikte in unterschiedlichen Zeitspannen entwickeln. Manche Konflikte haben eine historische Dimension, während andere ganz plötzlich ohne Vorwarnung ausgelöst werden können. Auch Krainz (2007) spricht von einer unübersehbaren Fülle von Konflikten, die ununterbrochen, tagtäglich und überall stattfinden. „Whatever their form, conflicts leading to segregation, feelings of injustice and distrust between groups present particular challenges for social practices as well as for theoretical and empirical research in social and human sciences“ (Marková 2012, S. 1). Diese theoretischen und empirischen Herausforderungen, die bei der Erforschung von Konflikten bestehen, müssen sich jedoch nicht immer nur auf die negativen Folgen von Konflikten beziehen. Konflikte müssen nicht zwangsläufig zerstörerisch sein. Im Gegenteil, sie sind „eine unvermeidbare und für den sozialen Wandel notwendige Begleiterscheinung des Zusammenlebens in allen Gesellschaften“ (Ropers 2002, S. 11).

Konflikte können, wie gesagt, sehr vielschichtig sein. Somit kann die Definition dessen, was unter einem Konflikt verstanden wird, sehr unterschiedlich ausfallen. Konflikt bedeutet „Auseinandersetzung“ und „Streit“ und kommt aus dem Lateinischen „confligere“, was zusammenprallen oder zusammenstoßen bedeutet (Köstler 2010). Dennoch beinhalten die meisten Definitio-

nen eine Reihe von Dynamiken, die mehr oder weniger allen Konflikten eigen sind. In Konflikten verfolgen Individuen unterschiedliche Ziele, die sie miteinander in Konflikt bringen. Abigail und Cahn (2011) beschreiben im Hinblick auf interpersonelle Konflikte, dass die Konfliktparteien inkompatible Ziele verfolgen, die die Beziehung negativ beeinflussen können, wenn die Beteiligten nicht umgehend versuchen, eine Lösung zu finden. Glasl (2008, S. 24) bietet eine Definition an, die sich auf die Wechselwirkung des eigenen Tuns und Erlebens mit dem Tun und Erleben des anderen bezieht: „Sozialer Konflikt ist eine Interaktion zwischen Aktoren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.) wobei wenigstens ein Akteur Differenzen (Unterschiede, Widersprüche, Unvereinbarkeiten) im Wahrnehmen, im Denken/Vorstellen/ Interpretieren, im Fühlen, im Wollen mit dem anderen Akteur (anderen Aktoren) in der Art erlebt, dass beim Verwirklichen dessen, was der Akteur denkt, fühlt oder will, eine Beeinträchtigung durch den anderen Akteur (die anderen Aktoren) erfolge.“

Diese komplexe Definition zeigt auf, dass es vor allem um die unterschiedlichen Wahrnehmungsebenen geht, die sich auf Widersprüchen zwischen unvereinbar erscheinenden Zielen, Interessen und Bedürfnissen der Konfliktparteien aufbauen. Dabei spielen natürlich auch die Haltungen und Einstellungen der Konfliktparteien eine Rolle (siehe Lulofs & Cahn 2000). Der Umgang mit Konflikten ist somit auch abhängig von der Persönlichkeitsstruktur eines Menschen (Benien 2009). Laut Lulofs & Cahn (2000, S. 68) beziehen sich Persönlichkeitskonflikte auf eine Reihe von Irritationen über den anderen: „Personality conflicts can range from our irritation over the way another person simply is – that is, their personality traits and quirks – up to deep-seated conflicts over values and what should be.“ In manchen Fällen führen Persönlichkeitskonflikte dazu, dass man die andere Konfliktpartei schlichtweg ablehnt (Lulofs & Cahn 2000). Deshalb ist es für die Beobachter eines Konflikts oft nicht erklärbar, warum die Kontrahenten plötzlich aggressiv aufeinander losgehen und sich polarisierte Positionen entwickeln können. Die nach außen nicht sichtbaren Ursachen für den Konflikt können für Außenstehende nicht immer erkannt werden. Deshalb ist es für die Kontrahenten und potentielle Streitschlichter auch nicht einfach, Konflikte nachhaltig zu lösen. Doch es sind nicht nur die Persönlichkeitsstrukturen, die Konflikte auslösen können. Konflikte werden auch davon beeinflusst, in welcher Situation wir uns begegnen und in welcher Kultur wir uns befinden (Landeskultur, Familienkultur, Firmenkultur, gesellschaftlicher Status) (Benien 2009).

Da Konflikte im sozialen Leben unvermeidbar sind, stellt sich die Frage, welche Mittel und Wege zur effektiven Konfliktlösung eingesetzt werden können. Wissenschaftler haben untersucht, wie ein Konfliktlösungsverhalten bei unvereinbaren Zielen aussieht (s. Aronson, Wilson & Akert 2014, S. 345 f.). Aronson et al. fassen die Forschungsergebnisse wie folgt zusammen:

- **„Soziale Dilemmas.** Diese treten auf, wenn sich die für den Einzelnen vorteilhafteste Lösung schädlich auf alle auswirkt, sofern sie von vielen gewählt wird. Schon oft wurde das Gefangenendilemma erforscht, bei dem sich zwei Beteiligte entscheiden müssen, ob sie sich für ihre eigenen Interessen einsetzen oder auch für die ihres Mitspielers. Vertrauensbildung ist ein entscheidender Punkt bei der Lösung von Konflikten.
- **Einsatz von Drohungen zur Konfliktlösung.** Wissenschaftliche Untersuchungen ergaben, dass der Einsatz von Drohungen Konflikte eher eskalieren lässt, als auflöst.
- **Auswirkungen von Kommunikation.** Kommunikation löst Konflikte nur dann, wenn sie Vertrauen fördert.
- **Verhandlung und Feilschen.** Wenn zwei Seiten verhandeln und feilschen, ist es wichtig, nach einer integrativen Lösung Ausschau zu halten, bei der jede Seite bei den Streitpunkten am meisten einlenkt, die ihr selbst unwichtig, dem Gegner aber wichtig sind.“ (Aronson et al. 2014, S. 345 f.)

Es ist interessant, dass sich aus diesen Forschungsergebnissen ableiten lässt, dass Drohungen in Konflikten häufig zur Eskalation führen und Kommunikation in Konfliktsituationen nur dann funktioniert, wenn sich durch die Kommunikation der Konfliktparteien auch eine neue Vertrauensbasis entwickeln kann.

Konflikte treten in allen Lebensbereichen auf, wie zum Beispiel Familie, Nachbarschaft, Schule, Universität, Arbeit und Freizeit. Laut Masters und Albright (2002) kann eine Zunahme von Konfliktsituationen auch am Arbeitsplatz beobachtet werden. Mobbing am Arbeitsplatz ist einen Prozess, bei dem es zu Psychoterror durch Kollegen oder Vorgesetzte am Arbeitsplatz kommt (Statista, online; s. Neuberger 1999). „Etwa jeder siebte Berufstätige ist einer Umfrage zu Folge am Arbeitsplatz ein Opfer von Mobbing geworden. Charakteristisch für Mobbing am Arbeitsplatz sind beispielsweise die Verbreitung falscher Tatsachen, soziale Isolation oder sogar die Androhung

von Gewalt“ (Statista, online). Auch in anderen sozialen Kontexten, wie zum Beispiel der Schule ist Mobbing ein wichtiges Thema für SchülerInnen und LehrerInnen geworden. Der Prozess des Cybermobbings hat in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. „Im Jahr 2014 gaben im Kontext einer Umfrage 38 Prozent der befragten Internet-Nutzer im Alter von 12 bis 19 Jahre an, dass in deren Bekanntenkreis schon mal jemand im Internet oder über das Handy gemobbt wurde“ (Statista, online). Die Lebensqualität ist in allen sozialen Kontexten, in denen Mobbing zur sozialen Realität gehört, beträchtlich eingeschränkt.

Betrachtet man diese besorgniserregenden Statistiken, ist es erstaunlich, dass es immer noch einen Mangel an qualitativen und quantitativen Forschungen zu dem Thema Konflikt und Konfliktbewältigung gibt. Aufgrund meines eigenen Forschungsinteresses und einem Mangel an qualitativen Forschungen im Bereich von Konflikt und „Conflict Resolution“, habe ich mich entschieden, dieses komplexe Thema aufzugreifen und eine qualitative, interkulturelle Forschung dazu durchzuführen. In dem Forschungsprojekt wurde die Fragestellung aufgegriffen, wie Studierende und Lehrende aus Hochschulen verschiedener europäischer Nationen und Kulturen Konflikte erleben und versuchen diese zu lösen. In diesem Beitrag beziehe ich mich jedoch aufgrund der geforderten Kürze nur auf die Erfahrungen und Konfliktlösungsstrategien der Studierenden und nicht der Lehrenden.

2. Das Forschungsdesign

Das internationale qualitative Forschungsprojekt *Die soziale Konstruktion interpersonaler Konflikte: Wahrnehmungsmuster und Bewältigungsstrategien von Lehrenden und Studierenden an verschiedenen europäischen Hochschulen* wurde mit Lehrenden und Studierenden aus insgesamt sieben europäischen Hochschulen durchgeführt und durch Forschungsgelder des Forschungsclusters Lebensqualität der Hochschule Bremen finanziell gefördert. Kooperationspartnerinnen waren vor allem Prof. Dr. Maria Luisa Gomez von der University of Malaga in Spanien und Johanna Kuivakangas (Principal lecturer) von der HUMAK University of Applied Sciences in Finnland. Beide Kolleginnen halfen dabei, Studierende für die Fokusgruppeninterviews zu gewinnen. Prof. Dr. Jonathan Parker von der Bournemouth University in Großbritannien hat mich ebenfalls unterstützt, Studierende für Fokusinterviews zu rekrutieren. In anderen Hochschulen haben Kolleginnen aus dem

International Office Studierende über die Forschung informiert. Insgesamt wurden Studierende aus fünf europäischen Hochschulen befragt. Die Lehrenden und Studierenden wurden aus verschiedenen Fachbereichen und Studiengängen, wie z.B. Soziale Arbeit, Labour Relations and Human Resources, Politikwissenschaften, Soziologie und Anthropologie, Community Communication und Youth Work rekrutiert.

Die Studierenden aus Deutschland (B.A. Soziale Arbeit), Belgien (B.A. Soziale Arbeit), England (B.A. Soziologie, Anthropologie und Politikwissenschaften) und Spanien (B.A. Labour Relations and Human Resources) waren alle in einem Bachelor-Studiengang eingeschrieben. Bis auf zwei Studierende aus Turku in Finnland, die im Bachelor-Studiengang (B.A. Community Communication) immatrikuliert waren, waren alle anderen finnischen Studierenden in einem Masterprogramm (M.A. Youth Work) eingeschrieben.

Folgende Ziele wurden verfolgt:

- Erkenntnisgewinn über Ansichten und Vorstellungen von Studierenden und Lehrenden an Hochschulen verschiedener europäischer Länder über Konflikte und insbesondere interpersonale Konflikte.
- Erkenntnisgewinn über ihre persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen im Hinblick auf Konflikte und interpersonale Konflikte.
- Erkenntnisgewinn über erfolgreiche Konfliktbewältigungsstrategien von Studierenden und Lehrenden unterschiedlicher Hochschulen und Länder.

3. Umfang und Art der qualitativen Datenerhebung und Auswertung

In den ca. einstündigen Leitfadeninterviews mit Lehrenden und Fokusgruppeninterviews mit Studierenden wurden zunächst allgemeine persönliche und soziale Daten erfragt, gefolgt von Interviewteilen zur (1) Wahrnehmung interpersonaler Konflikte im Allgemeinen, (2) zu persönlichen Erfahrungen im Bereich dieser Konflikte und zu (3) Vorstellungen und Verhaltensmustern der erfolgreichen Konfliktbewältigung. Wie bereits oben beschrieben, wird im Rahmen dieses Beitrags nur auf die Auffassungen und Erfahrungen der Studierenden eingegangen.

Es war TeilnehmerInnen selbstverständlich vorbehalten, ob sie Fragen zu persönlichen Erfahrungen beantworten wollten. Vor Beginn der Fokusgrup-

peninterviews und der Einzelinterviews wurden die ProbandInnen darauf aufmerksam gemacht, dass ihre Namen und sie identifizierende persönliche Angaben in der Auswertung der Daten nicht verwendet werden und dass die Interviews jederzeit abgebrochen werden können.

Folgende Fokusgruppen wurden mit insgesamt 79 Studierenden (58 Frauen und 21 Männer) im Alter 18-53 Jahren in fünf verschiedenen Hochschulen durchgeführt:

1 Fokusgruppe in England (Bournemouth University in Bournemouth/England): 3 Studierende am 11.5.2017. Kennzeichen: (13; F(1); GB)

2 Fokusgruppen in Finnland (HUMAK University of Applied Sciences, Helsinki/Finnland): Termin 1: 9 Studierende, Termin 2: 5 Studierende am 20.5.2016. Kennzeichen: (7; F(1); FI) und (7; F(2); FI)

1 Fokusgruppe in Belgien (PXL Hogeschool in Hasselt/Belgien) mit 2 Studierenden aus Turku (HUMAK University of Applied Sciences, Turku/Finnland) am 13.4.2015 Kennzeichen: (15; F(3); FI)

1 Fokusgruppe in Belgien (PXL Hogeschool in Hasselt/Belgien): 7 Studierende am 11.4.2016. Kennzeichen: (10; F(1); BL)

2 Fokusgruppen in Bremen (Hochschule Bremen/Deutschland), Termin1: 9 Studierenden und Termin 2: 9 Studierende im Mai und Juni 2016. Kennzeichen: (8; F(1); DE) und (8; F(2); DE)

2 Fokusgruppen in Malaga (University of Malaga/Spanien), Termin 1: 16 Studierenden, Termin 2:19 Studierenden am 6.4.2017. Kennzeichen: (11; F(1); SP) und (11; F(2); SP)

Analyse der Daten

Im Anschluss an die Forschungsreisen wurden die Transkriptionen erstellt, die Interviews kodiert und ausgewertet. Zur Qualitätssicherung wurden fünf Interviews mit zwei studentischen Mitarbeiterinnen gemeinsam kodiert. Es erfolgte eine qualitative Inhaltsanalyse, die sich an Mayring (2010) orientiert.

3. Die Ergebnisse der Studie

Die Studierenden wurden in den Interviews danach gefragt, welche Konfliktbewältigungsstrategien sie kennen und mit welchen sie schon Erfahrungen gemacht haben. Dabei sollten sie u.a. angeben, welche sie wirksam bzw. unwirksam fanden. Im Folgenden werden die Themen und Kategorien genannt, die in der Datenanalyse identifiziert wurden.

3.1 Selbstreflexion und der Umgang mit Emotionen

Studierende haben die Bedeutung von Emotionen betont. Je nachdem, wie mit Emotionen umgegangen wird, wird der Konflikt entweder gelöst oder er kann eskalieren. Dies hängt u.a. von der Fähigkeit ab, sich selbst zu reflektieren und den eigenen Anteil beim Konfliktgeschehen zu identifizieren. Durch gute Selbstreflexion ist es möglich, in einer Konfliktsituation erst einmal innezuhalten und sich in Ruhe auf die eigenen Gefühle zu besinnen. Dann ist es auch möglich, in der Konfliktsituation nicht ärgerlich zu werden, sondern eine ruhige Konversation mit dem Konfliktpartner zu führen. Auch sich mit anderen Personen, die nicht in den Konflikt involviert sind, auszutauschen, wird als konstruktiv bewertet. Durch diesen Prozess, können neue Erkenntnisse entstehen. Außerdem wurde häufig erwähnt, dass Konflikte manchmal ruhen müssen, um die Situation zu entschärfen.

S1: I think that if there is a confrontation you have to be calm and don't get all angry and just have a calm and civilized conversation. (10; F(1); BL; Z. 391)

S2: Genau, um da [bei guten Konfliktlösungen] anzusetzen. Dann hole ich oft noch eine Meinung von außen, also ich schildere Situationen, was abgelaufen ist. Eigentlich schon bei der Erzählung selber, komme ich mir selber auf die Schliche, wo das Problem liegt. Ob ich vielleicht einen Anteil daran habe, dass ich mich dann zurücknehme. Oder, wenn dann der Konflikt wirklich bei dem anderen liegt, versuche ich dann den Kontakt so zu gestalten. Also zum Beispiel, mit der Partnerin dann richtig Zeit zu nehmen, zu gucken, ist sie – und ich – auch entspannt. Dann Kerze anzünden und dann mal vorsichtig anfangen, mit der Ich-Form über die Sache zu sprechen. (9; F(1); DE; Z. 396)

I: Any other ideas what is the best strategy to resolve conflict?

S5: I think I use reflection, I think of my thoughts and try to reflect and if I'm right or wrong and you know, able to change your opinion.

I: So self-reflection is an important issue?

S1: Might be better. (7; F(1); FI; Z. 461)

S: Most of the time when I have conflict with anyone, I step back, take time, think and then I try to talk with that person about this conflict, I don't jump in straight away to talk about it. (12; F(2); FI; Z. 336)

Der Umgang mit Emotionen wird von den Studierenden häufig als sehr schwierig eingeschätzt. Das Temperament eines Menschen spielt auch eine Rolle und beeinflusst, wie man sich in einem Konfliktgeschehen positioniert. Harmoniebedürftige Menschen neigen nach Ansicht eines Studierenden eher dazu, sich nicht äußerer Kritik auszusetzen und Konflikten auszuweichen. Je mehr Emotionen in einem Konflikt ausgelöst werden, desto schwerer wird es, sich in der Konfliktsituation zu beherrschen. Studierende erwähnten auch, dass es schwieriger ist, Emotionen zu kontrollieren, wenn eine Person einem nahesteht. Mangelnde Selbstreflexion und Impulsivität wurden ebenfalls als psychologische Muster identifiziert, die einer guten Konfliktlösung im Weg stehen können. Durch Lernprozesse können mit der Zeit Maßnahmen umgesetzt werden, um nicht die Kontrolle über seine Emotionen zu verlieren (z.B. Spaziergänge unternehmen, um sich zu beruhigen).

S1: (...) zum anderen ist es aber auch das Temperament, also wenn ich jetzt jemand bin, der generell harmoniebedürftig ist und vielleicht auch nicht so gut Kritik vertrage, dann ziehe ich mich zurück und liefere mich dem ja nicht bewusst aus und vermeide das eher. (8; F(1); DE; Z 104-107)

I: Any other ideas what is the best strategy to resolve conflicts?

S1 I try to keep emotions out of it. It is harder with people who I know well. (13; F(1); GB; Z. 19)

S1: For me, conflict is really when I have an emotional connection to an issue. Because usually when I don't have an emotional connection, it doesn't turn into a conflict and you can easily resolve it. But when there is an emotional attachment to it, then that's when it becomes dramatic. (13; F(1); GB; Z. 21)

S3: Ich kenne das von mir selber, wenn es irgendwie um emotionale Sachen geht, irgendwie was, was einen selber auch ans Herz geht, musste ich auch lernen, weil ich manchmal impulsiv bin, nicht direkt los zu brettern, sondern sich mal eben zehn

Minuten runter zu holen und sich zu sagen, „keine Ahnung“. Ich gehe jetzt einfach mal raus, gehe zehn Minuten spazieren. Das ist voll schwer, aber um die Aggression da wieder rauszuholen, in dem Moment, und einmal kurz zurückzukommen. (9; F(1); DE; Z. 389)

S1: ... und dann gibt es ja Leute, die sind so impulsiv, die denken in dem Moment auch gar nicht darüber nach und müssen das, was sie gerade beschäftigt aber auch ansprechen und ausleben ... (8; F(1); DE; Z. 104)

3.2 Gute Vorbereitung auf die Konfliktsituation

Zusammengefasst empfanden Studierende es zunächst einmal sinnvoll, sich auf den Konflikt richtig vorzubereiten. Dies kann durch eine Reihe von wirksamen Strategien erfolgen, wie zum Beispiel Briefe schreiben, sich vorher Notizen über die Konfliktursachen und Ziele zu machen oder den Konfliktpartner auf die Gesprächssituation vorzubereiten, indem man sie/ihn darauf anspricht und einen Gesprächstermin ausmacht. Studierende nannten auch Maßnahmen, wie etwa Spaziergänge unternehmen, um alleine zu sein und sich zu entspannen. Auch in dieser Kategorie wird darauf hingewiesen, dass man Konflikte manchmal erst einmal ruhen lassen muss, bevor eine Lösung möglich ist.

S: I think you should take a good place and that you should have prepared yourself for the conflict management so that you don't start or the situation is not good, so that has a lot of impact. (12; F(2); FI; Z. 126)

S7: Oder wenn man nicht miteinander reden kann, einfach sich mal einen Brief schreiben und es einfach aufschreiben. Das getrennt voneinander erst mal machen, sich die Meinung des anderen anzuhören. Damit man nicht gleich wieder aufeinander los fällt. (9; F(2); DE; Z. 536)

I: Was haben Sie sonst noch so probiert? Wenn Sie sagen „miteinander reden“, wie würde man das versuchen zu tun? Haben Sie da bestimmte Prinzipien, die Sie umsetzen?

S4: Versuchen das in einer ruhigen Minute anzusprechen. Also jetzt nicht zwischen Tür und Angel, sondern dass man sich vielleicht abends schon so ein bisschen Zeit nimmt. Ja. Je nachdem, wann auch immer am Tag man bisschen mehr Zeit hat, um das dann nochmal anzusprechen. (9; F(2); DE; Z. 544)

S7: Ist auch immer gut, wenn man rausgeht. Irgendwie ein bisschen spazieren geht, oder sich in den Park setzt und nicht irgendwie in den vier Wänden, in denen man sowieso schon die ganze Zeit ist und das alles einen so beengt. Dann vielleicht noch irgendwie andere bei uns in der WG zum Beispiel, andere Leute irgendwie die die ganze Zeit rein und rausgehen. Dass man einfach alleine ist. (9; F(2); DE; Z. 549)

I: Genau. Also [für die Konfliktbewältigung] einen Rahmen schaffen, wo auch ein persönliches Gespräch nicht gestört wird?

S2: ... eigentlich ist das ziemlich schlau, sich auch vorher Notizen zu machen, finde ich so. Auch wenn das vielleicht ein bisschen albern ist manchmal, aber wenn es jetzt ein wirklich großer, wichtiger Konflikt ist, an dem starke emotionale Beziehungen hängen, dann ist es gut sich vorher aufzuschreiben, was man sagen will und was die eigenen Ziele sind. Und was halt auch gar nicht für einen geht irgendwie, damit man wenn man dann in der Situation ist, dann ärgert man sich mehr, dann ärgert man sich im Nachhinein, weil man den Konflikt für sich nicht selber lösen kann. Klar, dass in so einer emotionalen Situation einem dann die Sachen nicht mehr einfallen. Man weiß irgendwie nicht, wie man jetzt darauf gekommen ist und was das Problem eigentlich ist. Und da hilft es schon, sich irgendwie was aufzuschreiben. (9; F(2); DE; Z. 557)

I: Sie haben jetzt ja eine Reihe von Dingen genannt. Die gute Vorbereitung in Bezug auf die Zielfindung, auch die genaue Problemanalyse oder das Aufschreiben von Problemen. Haben Sie noch andere Ideen?

S1: Also ich denke so an Partnerschaft, da müsste man das vielleicht dann doch ein bisschen so mit Ansagen machen. Also, so das man sagen müsste „also ich finde, dass wir uns zusammensetzen sollten und ich werde mir jetzt auch in den nächsten Tagen einfach mal ein paar Sachen aufschreiben.“ (9; F(2); DE; Z.557)

S2: Ich denk auch eh, wenn man jetzt wirklich von einem großen wichtigem Konflikt redet, dass man sich einen Termin macht, irgendwie so. Also, das halt eben nicht versucht zwischen Tür und Angel zu klären. Sondern sagt: „Okay, wir treffen uns übermorgen“, oder so was: „So, und bis dahin können wir beide uns Gedanken machen.“ Und dann ist es halt, dann ist es aber auch ein fester Termin. (9; F(2); DE; Z. 588)

3.3 Perspektivenübernahme und Empathie der anderen Konfliktpartei gegenüber

Während eines Konfliktgeschehens wurde es als sinnvoll betrachtet, sich in die Rolle des anderen hinzuversetzen und aufgrund des Perspektivenwechsels Empathie zu entwickeln. Dies erscheint besonders konstruktiv, nachdem

man nach einem bereits vergangenen Konfliktgeschehen über die Situation nachgedacht hat und das eigene Konfliktverhalten besser erkennen kann. Hier spielt auch wieder die Bereitschaft zur Selbstreflexion eine wichtige Rolle. Mangelnde Empathie dagegen führt laut Studierenden dazu, dass selbstsüchtig versucht wird, eigene Interessen durchzusetzen.

S7: Diese Einsicht kommt meistens auch später. Wenn man erst mal darüber nachdenkt, also sich in die andere Rolle hineinversetzt. Und dass man dann halt einfach nochmal das Gespräch suchen sollte. Und nicht in dem Moment, wo alles hochgekocht ist, sondern nochmal darüber nachdenkt, runterkommt. Und dann kann man auch viele Dinge auch einsehen. (9; F(2); DE; Z. 611)

S2: Es ist vielleicht ein bisschen platt, aber versuchen empathisch zu sein dem anderen gegenüber, irgendwie so. Halt zu verstehen, warum die andere Person jetzt so argumentiert oder diese Forderungen stellt. Also, was dahinter stehen könnte. Auch wenn ich das nicht gut finde, aber wenn ich es verstehe, ist es für mich schon mal einfacher auch schon über mögliche Lösungen nachzudenken. (9; F(2); DE; Z. 605)

S2: ...wenn ich keine Empathie habe, dann reagiere ich dementsprechend auch in Konflikten, also ich bin selbstsüchtig und versuche meine Interessen dann durchzusetzen oder durchsetzen. (8; F(1); DE; Z. 109)

3.4 Offene, ehrliche und direkte Kommunikation in der Konfliktsituation

Studierende haben es als positiv empfunden, Konflikte offen, ehrlich und direkt anzusprechen und konstruktiv auszutragen. Für die eigenen Gefühle sollte man sich nicht schämen. Dabei ist es wichtig, eigene Interessen und Ansichten deutlich zu erklären, jedoch trotzdem verständnisvoll und akzeptierend zu bleiben. Obwohl es wehtun kann, wird die direkte Konfrontation mit Problemen als zielführende und häufig angewandte Strategie wahrgenommen, Konflikten zu begegnen. Studierende sind sich darüber bewusst, dass Konfliktpartner nicht unbedingt in der Lage sind, die eigene Körpersprache zu verstehen. Obwohl es wehtun kann, ist es aus diesem Grund nicht sinnvoll, sich auf die eigene Körpersprache zu verlassen, sondern stattdessen ehrlich auszusprechen, was einem auf dem Herzen liegt.

S1: You have to be straight, you have to be honest. (7; F(1); FI; Z. 455)

S5: I think you have to be honest. Don't write another message like "that was okay" when it was not ok. You have to be honest and tell what's wrong. (10; F(1); BL; Z. 402)

I: What works best?

S1: A good way is to talk about it (13, F(1); GB; Z. 21)

S7: Ehrlichkeit. Einfach ehrlich sagen, was man für Probleme hat und versuchen dabei nicht angreifend zu werden, sondern einfach zu sagen „ich empfinde das so und so wie du dich verhältst“. Und das nicht als Vorwurf formuliert, sondern einfach die eigenen Gefühle irgendwie zu benennen und sich auch nicht zu schämen dafür. Bringt eigentlich immer was, am meisten. Finde ich. (9; F(2) DE, Z. 594)

S1: You have to be straight, you have to be honest. You should not think that he will understand my body language. I have to say it straight. And it hurts but it's just the way. (7; F(1); FI; Z. 455)

3.5 Sich für das eigene Verhalten entschuldigen

Entschuldigungen werden als eine wirkungsvolle und gute Maßnahme zur Konfliktlösung verstanden. Sich zu entschuldigen wird von manchen TeilnehmerInnen als eine Art von Unterwerfung und Opfer betrachtet. Danach folgt, den Erfahrungen der Studierenden zufolge, ebenfalls eine Entschuldigung, während auf eine dominante Haltung eine ebenso dominante Reaktion der Konfliktpartner erfolgt.

S3: I think the way you best start is when there is a confrontation ... you get one person to start making a sacrifice, the best way to start it is like „I am sorry about these things that happened and I want to apologize“ because nobody likes a conflict and everybody has a negative view of it. And when you start like this: „I'm sorry the way I behaved...“, the other person will be like „I'm sorry, too“. I think that's a good way. (10; F(1); BL; Z. 405)

I: Do you think it is a healing form of communication when both persons say 'I'm sorry'?

S3: Yes. And I think that's the best way, for that one person start saying [sorry]. I think mostly the strongest person says „I'm sorry“, so he is showing not dominance, he is showing submission. And that's when the person goes dominant, the other person goes dominant. But when you've got submission, the other person will follow. (10; (F(1); BL; Z. 414)

S5: I think you have to express your emotions like „I felt bad at that moment, I think it was wrong“. (10; F(1); BL, Z. 343)

3.6 Die Verwendung von Ich-Botschaften und gewaltfreier Kommunikation

Gewaltfreie Kommunikation wird ebenfalls als eine gute Konfliktlösungsstrategie empfunden. Ich-Botschaften können den Effekt haben, dass die Konfliktparteien sich gegenseitig keine/weniger Schuld zuweisen und eher nach einer konstruktiven Lösung suchen. Indem man eine Ich-Botschaft formuliert, bezieht man sich auf seine eigenen Gefühle und Gedanken und macht der anderen Person keine Vorwürfe. Ich-Botschaften können sich nach Auffassung von Studierenden jedoch auch negativ auswirken, weil man sich zunächst nur auf sich und seine eigenen Gefühle bezieht. Dadurch kann man den Eindruck beim Gegenüber erwecken, sich selbstbezogen nur auf sich zu konzentrieren.

Es wird auch als wenig wirksam empfunden, wenn in Konflikten Verallgemeinerungen formuliert werden. Außerdem wird von Studierenden auf die Reziprozität von Geben und Nehmen hingewiesen, die sich darin äußert, dass man vom Gegenüber nur so viel verlangen sollte, wie man selbst bereit ist zu geben.

S4: Ich finde diese Ich-Botschaften ganz effektiv, weil ich finde, da geht man von sich selber aus und man nimmt dem Gegenüber immer so den Wind aus den Segeln, so sehe ich das. Wenn ich mit meinem Partner beispielsweise Streit habe, dann mache ich das immer so oder versuche es so zu machen. Dann kann er quasi nicht mehr so hochfahren, weil ich ja nur von mir spreche und dadurch versucht er dann auch von sich zu sprechen. Dadurch können wir das besser lösen, als wenn wir uns gegenseitig beschuldigen. (8; F(1); DE; Z. 454)

S3: Also, ich finde diese Ich-Botschaften auch sehr gut. Also, dass man nicht diese Vorwürfe macht. Und dabei dann quasi zusätzlich versuche ich immer darauf zu achten, Verallgemeinerungen zu lassen. Also nicht wie ... erst mal „du“. Erst zu sagen „du“ und dann neigen wir immer dazu zu sagen. „du machst das nie“ oder „ du machst das immer so“. Meistens ist es ja gar nicht „immer“ oder „nie“, aber man bringt ja die Verallgemeinerung rein. (9; F(2); DE; Z. 618)

S1: Aber auch von der grundsätzlichen Haltung, fällt mir eigentlich noch ein, dass ich von meinem Gegenüber verlangen kann, was ich selber auch gebe. Also das muss ich mir auch irgendwie zwischendurch immer mal klar machen. Immer nur so viel ver-

langen, wie ich selber auch bereit bin, auch reinzugeben in die jeweilige Beziehung. (9; F(2); DE; Z. 625)

S3: Auf jeden Fall vielleicht erst mal diese gewaltfreie Kommunikation versuchen, das heißt, man erzählt aus seiner eigenen Sicht und fängt nicht an mit „du machst das, das ist falsch“, sondern „für mich fühlt sich das so an, wenn man so mit mir umgeht“, sozusagen. (8; F(1); DE; Z. 367)

S1: Ich habe das [Ich-Botschaften] versucht anzuwenden und dann war der Effekt eigentlich genau das Gegenteil, „Du sprichst nur von dir“, das kann auch so wahrgenommen werden, also es ist auch unterschiedlich. (8; F(1); DE; Z. 462)

3.7 Konfliktlösungen durch die Hilfe einer dritten Partei

Studierende haben sich dabei auf die Vermittlung in Konfliktsituationen durch Dritte bezogen. Gerade bei schwerwiegenden Konflikten wird dies als eine wirksame Maßnahme empfunden. Hier wurden Konflikte zwischen Ehepartnern, zwischen Kindern in einem Hort und im Kollegenkreis beschrieben, die durch Mediationsverfahren gelöst werden konnten.

S4: Ja, dann kann man auch noch die Hilfe von Dritten in Anspruch nehmen, also Mediator zum Beispiel, bei schwerwiegenden Konflikten als Strategie. (8; F(1); DE; Z. 409)

I: Haben Sie Erfahrungen gemacht, wo in einem Streit von einer dritten Person vermittelt wurde?

S4: Nicht ich persönlich, aber in der Familie meines Schwagers ... Die hatten einen ziemlich heftigen Ehekonflikt. Da haben die einen Eheberater – ich weiß nicht, was er genau war – in Anspruch genommen, was aber leider nicht erfolgreich war, muss man sagen, aber trotzdem half es den Beiden. Wahrscheinlich war es doch erfolgreich, weil sie sagen konnten: „Ok, es macht keinen Sinn. Wir reichen die Scheidung ein und das geht ohne Anwalt und so.“ Wir haben natürlich immer so gehofft: Der Erfolg ist, wir raffen uns auf. Dass habe ich so ein bisschen durch meine Schwester so miterlebt. (8; F(1); DE; Z. 414)

I: Haben Sie auch andere Erfahrungen gesammelt, wenn eine dritte Person zwischen Konfliktparteien vermittelt?

S1: Ich habe das eher häufiger in meiner Hortgruppe erlebt, dass die älteren Kinder das eingefordert haben, dass wenn es einen Konflikt zwischen zwei Jungs gab oder so, dass die dann irgendwann gekommen sind und gesagt haben „der macht das immer und wir wollen das jetzt mal klären“, und die das aber nicht alleine klären

konnten und die das eingefordert haben, dass sich da jemand mit ihnen hinsetzt und quasi auch darauf achtet, dass jeder seine Position vertreten kann und wo dann geschaut wurde, wie man da zukünftig mit umgeht. (8; F(1); DE; Z. 427)

I: Das hört sich gut an, dass schon in dem Alter ein Bewusstsein über Konfliktbewältigung besteht.

S1: Das liegt daran, dass meine Kollegin das einfach auch oft so gemacht hat, die hat so was auch oft aufgedrängt am Anfang, also das ist dann immer ein bisschen schwieriger, wenn die Parteien gerade ein bisschen in Rage sind und vielleicht gar nicht so richtig bereit sind, das anständig zu klären. Aber sie war damit immer relativ erfolgreich und die konnten sich dann auch wirklich einigen und nachher, das haben die halt erlernt, dass es bei uns in der Gruppe quasi möglich ist, Konflikte nicht alleine auszutragen, sondern jemanden dazu zu holen. (8; F(1); DE; Z. 438)

3.8 Der Einsatz von Humor in Konfliktsituationen

Auf die Frage, was gute Konfliktstrategien ausmacht, wurde von Studierenden aus Finnland zunächst ein ironischer Witz über die Menschen in Turku, einer finnischen Stadt, „gerissen“, die vorher im Interview als besonders rückständig beschrieben wurden. Dann wurde ich mit einem Lachen darum gebeten, diese Aussage nicht in der Datenanalyse zu berücksichtigen. Da die Antwort auf meine Frage nach guten Konfliktlösungsstrategien dann aber letztendlich „Humor“ war, fand ich es wichtig, darauf hinzuweisen. Die Studierenden ließen durchblicken, dass ihre Vorurteile über die Menschen in Turku nicht erst gemeint waren, aber machten gleichzeitig deutlich, dass Humor eine gute Konfliktbewältigungsstrategie darstellt.

I: So what are good resolution strategies?

S3: I don't know but for the record I want to say that we don't really have anything against Turku [Stadt in Finnland] people. I feel really bad if you include that in your data ...

Alle: (lachen)

I: Don't worry (...) So what are good resolution strategies for you? What works?

S3: Humor, I think. (7; F(1); FI; Z. 453)

3.9 Unwirksame Konfliktbewältigungsstrategien

Oben wurden bereits unwirksame Prozesse angesprochen, die eine Konfliktbewältigung schwierig machen, wie mangelnder Abstand zum Konflikt, unkontrollierbare Emotionen und Ich-Botschaften, die ihren Zweck nicht erreichen. Hier werden die Antworten thematisiert, die in die bereits oben genannten Themen nicht aufgenommen werden konnten. Es wurde eine Reihe von unwirksamen Strategien identifiziert. Zunächst einmal wurden Konflikte grundsätzlich als negativ, aggressiv und unnatürlich beschrieben. Nach Auffassung dieser Studierenden fängt ein Konflikt erst dann an, wenn es keine Lösung mehr gibt. Andere Studierende empfanden es als schwierig, wenn „Dinge“ aus der Vergangenheit in das Konfliktgeschehen mit eingebracht werden. Dadurch ist es dann nicht mehr möglich, den Konflikt zu managen. Der Rückzug des Konfliktpartners der durch bestimmte Verhaltensweisen, wie zum Beispiel Schweigen, durch Wut ausgelöstes Weinen oder den Raum verlassen zum Ausdruck gebracht wird, wurde ebenfalls als unwirksame Strategie identifiziert. Durch die Vermeidung des Konflikts können keine Lösungen gefunden werden und das Konfliktgeschehen geht unvermindert weiter. Auch passiv aggressive Verhaltensweisen¹ wurden nicht als konstruktive Konfliktbewältigungsmechanismen betrachtet. Die Nutzung von sozialen Medien, wie zum Beispiel Facebook oder Nachrichten senden über Messenger-Dienste wurde ebenfalls als kontraindiziert betrachtet, weil zu viele Fehlinterpretationen durch diesen Prozess entstehen können. Ein Studierender aus Finnland argumentierte, dass die Finnen in Konfliktsituationen viele Prozesse internalisieren und sich nicht ausdrücken können. In den Sozialen Medien werden diese Gefühle dann in einer „schlechten“ und aggressiven Weise geäußert.

S1: Conflict starts where there is no resolution. I have always thought of conflict as negative. ... Conflict starts at the point where there is no resolution. (13; F(1); GB; Z. 2)

¹ Cahn und Abigail (2007, S. 65) definieren passiv aggressive Kommunikation als „the ability to impose one’s will on others through the use of verbal or nonverbal acts that appear to avoid an open conflict or accommodate to the desires of others, but in actuality are carried out with the intention (or perceived intention) of inflicting physical or psychological pain, injury, or suffering.“ Die Betonung liegt in dieser Definition auf der Motivation, anderen Menschen zu schaden ohne dabei erkannt zu werden.

S2: Conflict is also something unnatural, people always try to avoid it, because nobody likes having a conflict ... (10; F(1); BL, Z. 298)

S1: I try to resolve it logically, try to talk about it and come up with a strategy. But what then happens is that the 120st hat thing from the past get brought in and it becomes unmanageable. (13; F(1); GB; Z. 17)

S1: I have problems with my best friend as she cannot resolve conflicts. I always want to talk when there is a problem but she goes silent and then she repeats the action that caused the conflict. I try and try but she does not help. (14; F(2); SP; Z. 34)

I: Welche Konfliktbewältigungsstrategien finden Sie unwirksam? Was funktioniert nicht?

S7: Schweigen.

S1: Ja. Das stimmt.

S3: Das funktioniert wirklich nicht, das finde ich auch.

S4: Alles ewig in sich hineinfrißt, das ist kompletter Unsinn.

S3: Oder auch, wenn der Konflikt halt einfach so hochkocht und man merkt „ok, wie spreche ich es an?“ und so. Da ist ein Problem und dann haut einer einfach ab, knallt die Tür, geht und dann wird nicht mehr darüber gesprochen.

I: Ja. Was ist noch unwirksam?

S2: Passiv aggressiv.

Alle: (lachen). (9; F(2); DE; Z. 621)

S2: I get quiet and don't speak. If I get really angry I cry. (13; F(1); GB; Z. 17)

S: I also think it's important to go face to face and not through facebook. If it isn't possible to do it face to face at least a phone call ... but not through text message or anything like that, because words you mean can be interpreted really wrong even when they are not meant to be interpreted in that way. (10; F(1); BL, Z. 419)

I: How does our cultural background inform our behavior when we are in conflict situations?

S2: For the Fins I think it's like: we don't talk much. So in the conflict situation it's hard for us to express ourselves. And if you do it in the social media. It kind of gives you the power to express yourself. But in a bad way. Because then all the, you know, traumas and things like that comes from inside and you just, you throw up everything. And it's really aggressive. (7; F(1); FI; Z. 90)

4. Diskussion

Studierende haben in den Fokusgruppen eine weite Bandbreite von Konfliktlösungsstrategien diskutiert. Es ist beachtlich, wie differenziert und selbstreflexiv über das eigene Verhalten und Konfliktlösungsstrategien berichtet wurde. Dabei wurde deutlich, dass in manchen Situationen eine Strategie gut funktionieren kann, während sich die gleiche Maßnahme in anderen Situationen eher destruktiv auswirkt. Dies ist eine wichtige Erkenntnis, da Konfliktstrategien immer der jeweiligen Situation angepasst werden müssen und von vielen Faktoren abhängig sind, wie zum Beispiel Gender oder Kulturzugehörigkeit (s. Lulofs & Cahn 2000). Im Hinblick auf interkulturelle Unterschiede der Studierenden aus unterschiedlichen Nationen war die Homogenität der Antworten überraschend. Die Studierenden haben bis auf spezielle Konzepte, wie zum Beispiel „Gewaltfreie Kommunikation“, die vor allem von den deutschen Studierenden genannt wurden, sehr ähnliche Antworten gegeben.

Es wurde von den TeilnehmerInnen zum Beispiel oft angesprochen, dass Konflikte manchmal erst einmal ruhen müssen, um die Situation zu entschärfen. In anderen Situationen kann dieses Verhalten beim Gegenüber wie eine generelle Konfliktvermeidung (Schweigen, den Raum verlassen, den Konflikt bewusst ignorieren) und ein passiv aggressives Verhalten ankommen, was dann als negativ empfunden wird. Passiv aggressives Verhalten wird auch in der Fachliteratur als problematische Handlungsweise in Konflikten angesehen. Nach Abigail und Cahn (2011) handelt es sich um ein Verhalten, das von einer negativen Motivation dem Konfliktpartner gegenüber getragen wird und grundsätzlich den anderen schädigen soll. Passiv aggressive Konfliktstrategien werden eher indirekt zum Ausdruck gebracht und eine direkte Konfrontation wird meist vermieden. Dadurch ist es für die angegriffene Partei im Allgemeinen sehr schwierig, die Gesprächstaktik dieser Personen zu durchschauen und sich entsprechend zu positionieren. Deshalb ist diese Handlungsoption in Konfliktsituationen bei Studierenden wahrscheinlich eher unbeliebt. Auch Konfliktstrategien, die darauf abzielen, dem Konflikt grundsätzlich aus dem Weg zu gehen, wurden von Studierenden negativ bewertet. Lulofs und Cahn (2000) bezeichnen diese Strategie als „nonassertive communication“, was als vermeidende Konfliktkommunikation übersetzt werden kann. Laut Lulofs und Cahn versuchen Menschen, die diese Strategie einsetzen, aus Angst, Unsicherheit oder auch Gleichgültigkeit Konflikten grundsätzlich aus dem Weg zu gehen. Außerdem versuchen sie

fast automatisch, immer den Erwartungen anderer Menschen zu entsprechen und ihre eigenen Interessen zugunsten anderer zurückzustellen oder gar aufzugeben. Sie haben dabei keine negative Absicht dem Konfliktpartner gegenüber, wie das bei Menschen mit passiv aggressiven Kommunikationsmustern der Fall ist. Beim Gegenüber löst diese Verhaltensweise laut Ansicht der Studierenden trotzdem häufig Frustration aus, was auch von Studierenden erwähnt wurde. Es stellt sich hier generell die Frage, wie die Lebensqualität bei der (kurzfristigen und langfristigen) Verwendung von Konfliktvermeidungsstrategien beeinflusst wird? Können Konflikte durch Konfliktvermeidung gelöst werden oder kommen sie immer wieder an die Oberfläche, wo sie dann das Potential haben, zu eskalieren. Die TeilnehmerInnen haben auch einen Zusammenhang zwischen bestimmten Persönlichkeitsstrukturen, wie zum Beispiel einer Harmoniebedürftigkeit oder einem vermeidenden Konfliktverhalten hergestellt. Bei vermeidenden und passiv aggressiven Verhaltensweisen ist es laut der Studierenden für die andere Konfliktpartei schwierig, sich klar zu positionieren. Das liegt u.a. daran, dass es problematisch ist, die Motivation hinter einem Konfliktverhalten richtig einzuschätzen. Dies wurde von den Studierenden allerdings nicht explizit erwähnt. Gerade in Konflikten ist die Motivation der anderen Konfliktpartei durch die aufgeheizten Emotionen oft nicht gut einschätzbar, was leicht zu Polarisationen und einer Eskalation führen kann.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Studierenden die Notwendigkeit einer Perspektivenübernahme und eines Rollenwechsel als effektiv eingestuft haben. Dabei wurde auch betont, dass es wichtig sei, Empathie mit den Konfliktpartnern zu entwickeln. „Empathie ist die Fähigkeit, eine eigene emotionale Reaktion herzustellen, die der Gefühlslage einer anderen Person ähnelt“ (Lohaus & Vierhaus 2015, S. 237). Nach Golemann (1998, S. 127) ist die Grundlage der Empathie die Selbstwahrnehmung: „je offener wir für unsere eigenen Emotionen sind, desto besser können wir die Gefühle anderer deuten.“ Diese Fähigkeit, sich in die Emotionen einer anderen Person hineinzusetzen, entsteht nach Meinung der Studierenden durch Selbstreflexion. Durch die empathische Haltung können in Konflikten mehr Selbstkontrolle und die Möglichkeit entstehen, eigene Anteile als Ursache für das Konfliktgeschehen zu erkennen. Ein Resultat dieser Selbstreflexion kann zum Beispiel darin bestehen, nachzugeben und sich gegebenenfalls zu entschuldigen. Umgekehrt führt mangelnde Empathie laut der TeilnehmerInnen zu selbstsüchtigem Verhalten und einem „Durchboxen“ der eigenen Interessen. Die selbstbezogene Orientierung führt laut Abigail und

Cahn (2011) dazu, dass diese Menschen anderen Personen als aggressiv, streitsüchtig, kontrollierend und selbstsüchtig erscheinen. Im Hinblick auf das Ideal, Empathie für GesprächspartnerInnen in Konfliktsituationen zu fühlen, stellt sich generell die Frage, ob es einen Menschen nicht überfordern kann, von sich selbst zu verlangen, der anderen Konfliktpartei gegenüber grundsätzlich eine empathische Haltung einzunehmen. Dies kann vor allem bei unfairen und destruktiven Konfliktstrategien der anderen Partei eine unrealistische Erwartungshaltung sein. In solchen Situationen ist es im Allgemeinen realistischer, zu versuchen eine neutrale Haltung einzunehmen und aufkommende „Rachegelüste“ einfach zu beobachten und ihnen nicht nachzugehen. Dadurch kann ein innerer Raum entstehen, in dem man die nächsten Schritte im Konfliktgeschehen mit Achtsamkeit planen und implementieren kann.

Die ehrliche und direkte Konfrontation mit Problemen wurde allgemein als zielführende und häufig angewandte Strategie wahrgenommen, Konflikten zu begegnen. Benien (2009) weist ebenfalls darauf hin, dass Kommunikation nicht die Lösung aller Probleme ist, aber dass es ohne klare Kommunikation keine klaren Lösungen gibt. Er erklärt, dass das allgemeine Bewusstsein von der Tragweite gelungener Kommunikation in letzter Zeit gestiegen ist. Der Weg dorthin wird allerdings nicht als ganz einfach beschrieben. Selbst im Hinblick auf direkte klare Kommunikation haben manche Studierende Bedenken geäußert. Falls dieses Konfliktverhalten beim Gesprächspartner als zu dominant erscheint, wird dies als problematisch eingeschätzt, weil dominantes Verhalten einer Konfliktpartei ähnliches Verhalten bei der anderen Partei auslösen kann. Außerdem können die durch die direkte Konfrontation verursachten intensiven Emotionen zu einem Kontrollverlust in der Konfliktsituation führen. Auch die Art und Weise, wie man in der Konfliktsituation argumentiert, ist entscheidend.

Unbewältigte Konflikte aus der Vergangenheit in einen aktuellen Konflikt hineinzubringen, wird als negativ empfunden, weil dadurch eine Lösung meist erschwert wird. Lulofs und Cahn (2000) sprechen in diesem Zusammenhang von einem konkurrierenden Konfliktkreislauf, bei dem beide Parteien miteinander konkurrieren, wer in der Vergangenheit vom Konfliktpartner am schlechtesten behandelt wurde. Dabei werden immer wieder unbewältigte Konflikte aus der Vergangenheit in die aktuelle Konfliktsituation hineingebracht. In diesem „Teufelskreis“ kommt es laut Lulofs und Cahn auch zu Verallgemeinerungen bestimmter Verhaltensweisen, die sich

sprachlich durch Redewendungen wie „immer“ oder „nie“ erkennen lassen. Studierende haben beschrieben, dass es kontraproduktiv sei, alte Konflikte aus der Vergangenheit in die aktuelle Konfliktsituation einzubringen und in Konflikten Verhaltensweisen der anderen Konfliktpartei zu verallgemeinern.

Auch die Nutzung digitaler Medien, wie zum Beispiel die Kommunikation via Facebook oder das Schreiben von Nachrichten über Messenger-Dienste wurde als unproduktiv eingeordnet. Dies ist nicht erstaunlich, da in den letzten Jahren Cybermobbing extrem zugenommen hat. Durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel über das Internet, in Chatrooms, und beim Instant Messaging können Konflikte leicht eskalieren. „Cybermobbing beschreibt das absichtliche Bedrohen, Belästigen oder Beleidigen einer Person über das Internet. Meist agieren die Täter anonym, sodass die Opfer nicht nachvollziehen können, von wem sie belästigt werden. Oftmals sind es jedoch auch Personen aus dem sozialen Umfeld“ (Statista, online). Rund 15% der Jugendlichen in Deutschland im Alter von 14-15 Jahren haben bereits Erfahrungen mit Cybermobbing in der Rolle des Opfers gemacht (Statista, online). Lebensqualität ist für die Person, die sich in der Rolle des Opfers befindet, kam noch möglich. Laut eines finnischen Studierenden können sich Menschen in seiner Kultur in Konflikten häufig nicht artikulieren. Durch die aufgestauten Emotionen kommt es dann in den Sozialen Medien zu einem negativen und aggressiven Externalisieren verinnerlichter Traumata. Interessanterweise wird von einem Studierenden ein Konfliktgespräch am Telefon als angemessen betrachtet, während zur gleichen Zeit Konfliktkommunikation durch Facebook oder durch das Schreiben von Nachrichten über Messenger-Dienste abgelehnt wurde.

Viele TeilnehmerInnen hielten es stattdessen für sinnvoll, eine räumliche, zeitliche und emotionale Situation zu schaffen, in der Konflikte konstruktiv und sachlich gelöst werden können. Dies entspricht auch der Empfehlung von KommunikationsexpertInnen und PsychologInnen. Benien (2009, S. 13) rät dazu, schwierige Gespräche nicht zwischen „Tür und Angel“ zu führen, sondern folgende Maßnahmen umzusetzen:

- „eine sorgfältige Vorbereitung,
- Wachsamkeit für die Gesprächsatmosphäre,
- Achtsamkeit für die leisen Zwischentöne und Feingefühl für die Nuancen zwischen den Zeilen,

- Wissen um einen folgerichtigen Gesprächsablauf, und
- eine Wortwahl, die den beteiligten Personen, dem Thema und der Gesamtsituation entspricht.“

Obwohl die Studierenden nicht alle Strategien von Benin genannt haben, sahen sie dennoch eine gute Vorbereitung auf eine Konfliktsituation als wesentlich an. Sie nannten eine Reihe von Maßnahmen, wie zum Beispiel den Konfliktpartner um einen Gesprächstermin zu bitten, sich eine Auszeit zu nehmen, um sich in Ruhe auf den Konflikt vorzubereiten, sich vorher Notizen zum Konfliktgeschehen zu machen und Briefe zu schreiben.

In diesem Zusammenhang wurde auch die „Gewaltfreie Kommunikation“ als gute Maßnahme beschrieben. Die Gewaltfreie Kommunikation wurde von Marshall B. Rosenberg (2013) entwickelt und ist ein Konzept, das Menschen die Möglichkeit geben sollte, besser und empathischer miteinander zu kommunizieren. Dabei steht im Vordergrund, eine wertschätzende Beziehung zu anderen Menschen zu entwickeln, die auf mehr Kooperation und gemeinsame Kreativität im Zusammenleben abzielt. Interventionen dieses Ansatzes zielen auf die Übernahme von Verantwortung für die eigenen Gefühle und Handlungen ab, die sich u.a. durch „Ich-Botschaften“ kommunizieren lässt. In kommunikationspsychologischen Theorien ist der Begriff der Ich-Botschaft eine oft verwendete Bezeichnung. Es handelt es sich um persönliche Äußerungen im Sinne einer Selbstoffenbarung, in welcher ein direkter Ausdruck von Gefühlen in Form einer Nachricht über das eigene Befinden stattfindet (s. Weinberger 2004). Studierende haben Ich-Botschaften als effektive Kommunikationsstrategie in Konfliktsituationen beschrieben. Allerdings gab es auch hier ambivalente Erfahrungen: Ich-Botschaften können einerseits bezwecken, vorwurfsfrei zu kommunizieren, andererseits könnte der Eindruck entstehen, dass eine Person nur von sich selbst spricht und die Perspektive des anderen nicht beachtet.

Humor wurde ebenfalls als Strategie bezeichnet. Worauf Studierende nicht eingegangen sind, ist dass Humor auch als Waffe in Konfliktsituationen eingesetzt werden kann. Passiv aggressives Verhalten maskiert sich häufig hinter humorvollen Äußerungen, die aber zum Ziel haben, den anderen zu verletzen. Die passiv aggressive Kommunikation wird oft unter dem „Deckmantel“ des Humors verwendet. So ist es für Betroffene schwierig, sich wirksam dagegen zu wehren. Es besteht dabei die Befürchtung, beim Konfliktpartner

den Eindruck zu erwecken, dass man keinen Spaß versteht und überempfindlich reagiert.

In Konflikten kann Distanz und Ruhe geschaffen werden, indem die Konfliktparteien nicht direkt, sondern über einen Dritten kommunizieren. Vor allem in komplexen Konfliktsituationen können Mediationsverfahren den Konfliktparteien helfen, den Konflikt zu deeskalieren. „Mediation ist ein strukturiertes Verfahren, in welchem ein Dritter ohne Entscheidungskompetenz Konfliktparteien darin unterstützt, eine neue Win-Win-Lösung zu finden“ (Von Hertel 2008, S. 11). Idealerweise sollte durch die dritte Partei der respektvolle Umgang der Parteien untereinander gewährleistet werden. Nach Rabe und Wode (2014) sollte es dabei selbstverständlich sein, den anderen ausreden zu lassen und sich nicht gegenseitig zu beleidigen. Durch diesen Prozess kann eine Entlastung entstehen, weil eine dritte Partei den Konfliktprozess moderiert. Laut Köstler (2010) zeichnet sich eine Mediation im (psycho-)sozialen Bereich dadurch aus, dass die Beziehungsebene und das innere Geschehen bei den Beteiligten in den Blick genommen werden. Dies ermöglicht, dass die Konfliktpartner wieder mit sich selber und ihren Kontrahenten ins Reine kommen können. Gerade bei schwerwiegenden Konflikten wurde Mediation von Studierenden als eine wirksame Intervention empfunden. Als Beispiele im persönlichen Erfahrungsbereich wurden Eheberatung, Konflikte in einem Hort und im KollegInnenkreis beschrieben, die durch den Einsatz eines Mediationsverfahrens profitiert haben.

5. Schlussfolgernde Gedanken

Überall, wo Menschen mit anderen zusammenleben oder in einem Arbeitsverhältnis mit anderen Menschen stehen, kommt es zu Konfliktsituationen (Köstler 2010). Konflikte sind im sozialen Miteinander unvermeidbar (Tillet 1999). Konflikte entstehen, weil unterschiedliche Personen und Personengruppen unterschiedliche Interessen und gegensätzliche Positionen vertreten, die mindestens von einer Konfliktpartei als unvereinbar empfunden werden (Abigail & Cahn 2011). Deshalb haben Menschen aller Gesellschaften und Kulturen Konfliktstrategien entwickelt, um Konflikte effektiv lösen zu können. Manche dieser Strategien funktionieren sehr gut und andere nur in bestimmten sozialen und kulturellen Kontexten. Je nachdem, wie Menschen mit Konflikten umgehen, kann die subjektiv empfundene Lebensqualität entweder positiv oder negativ beeinflusst werden. Nicht gelungene Kon-

fliktlösung kann in der Arbeitswelt zu schweren finanziellen Verlusten führen. Der CPP Global Human Capital Report (2008) hat in den USA den finanziellen Verlust, der durch destruktive Konflikte in Unternehmen verursacht wurde, jährlich auf US\$ 359 Milliarden geschätzt. Auch auf der individuellen Ebene kann sich destruktives Konfliktverhalten vor allem für die Opfer verheerend auswirken. Neuberger (1999, S. 93) beschreibt die Folgen, die bei Mobbingopfern langfristig entstehen können, als einen Prozess, der Lebensqualität zerstören kann. Falls Bewältigungsversuche wie zum Beispiel der Einsatz von kognitiven Strategien (neue Erklärungsmuster entwickeln), Emotionsregulierung (sich entspannen, depressiv und resignativ werden) oder Situationsveränderung (aktive Einwirkung auf Bedingungen) nicht wirken, kann es zu nachhaltigen und strukturellen Veränderungen kommen wie:

- gelernte Hilflosigkeit, Resignation;
- Verbitterung, Trauer, blinde Wut;
- Machiavellismus, Opportunismus, Unterwerfungs- und Demutsverhalten; Konformismus und Rückgratlosigkeit; Paranoia; Rechthaberei;
- Selbstwertkrisen, Selbstabwertung, Selbsthass; Verleugnung der Realität und Imagination einen irrealen grandiosen Selbst;
- Verbissenheit, Rigidisierung; Einengung der Perspektive etc.

(Neuberger 1999, S. 93)

Lehmann (1993, S. 76) schätzt, dass sich 10 % aller Selbstmorde auf Mobbing am Arbeitsplatz zurückführen lassen. Aufgrund der individuellen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von destruktivem Konfliktverhalten erscheint es umso notwendiger, gute Konfliktlösungsmodelle zu lernen und dann auch erfolgreich anzuwenden.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Befragten eine Reihe von Konfliktverhaltensstrategien grundsätzlich als positiv betrachten, wie zum Beispiel Selbstreflexion, bewusster Umgang mit Emotionen, Rollenwechsel und Perspektivenübernahme, Gewaltfreie Kommunikation, eine empathische Haltung dem Konfliktpartner gegenüber, sich Rat bei anderen Menschen zu holen und eine gute Vorbereitung auf die Konfliktsituation. Allerdings gibt es auch Strategien, die sich in Konfliktsituationen sowohl positiv als auch negativ auswirken können, wie etwa Ich-Botschaften, Kon-

fliktvermeidung in bestimmten Situationen und direkte Konfrontation. Manche Kommunikationsmuster werden grundsätzlich als negativ eingestuft. Hier wurden vermeidende Kommunikationsstrategien, passiv aggressive Verhaltensweisen, mangelnde Selbstkontrolle, mangelnde Empathie dem Konfliktpartner gegenüber und die Kommunikation über Facebook oder das Schreiben von Nachrichten via Messenger-Dienste erwähnt. Manche Studierende stellten auch einen direkten Zusammenhang zwischen bestimmten Persönlichkeitsstrukturen und spezifischen Konfliktverhaltensmustern her.

Es muss jedoch genau differenziert werden, welche Konfliktstrategie in einer Konfliktsituation wirksam sein kann oder nicht. In manchen Situationen mag es angemessen erscheinen, einem Konflikt auszuweichen und in anderen ist es besser, die direkte Kommunikation und Konfrontation zu wählen (s. Lulofs & Cahn 2000; Cahn & Abigail 2011). Konfliktlösungsstrategien müssen immer an die jeweilige individuelle Situation und den sozialen und kulturellen Kontext angepasst werden.

Um der theoretischen Herausforderung gerecht zu werden, Konflikte, Konfliktverhalten und die Bewältigung von Konflikten besser verstehen zu können, sollten mehr qualitative und quantitative Untersuchungen und vor allem Langzeitstudien durchgeführt werden.

Literatur

- Abigail, R. A. & Cahn, D. D. (2007): *Managing conflict through communication* (3. Ed.). Boston: Pearson.
- Abigail, R. A. & Cahn, D. D. (2011): *Managing conflict through communication* (4. Ed.). Boston: Pearson.
- Aronson, E., Wilson, T. D. & Akert, R. M. (2014): *Sozialpsychologie* (8. Aufl.). München: Pearson Studium.
- Benien, K. (2009): *Schwierige Gespräche führen. Modelle für Beratungs-, Kritik- und Konfliktgespräche im Berufsalltag* (6 Aufl.). Hamburg: Rowolt Taschenbuch Verlag.
- CPP Inc. (2008) *Global Human Capital Report, July 2008. Workplace conflict and how businesses can harness it to thrive*. Retrieved from http://img.en25.com/Web/PPP/Conflict_report.pdf
- Diener, E. (1984): Subjective well-being. *Psychological Bulletin*, 95, S. 542–575
- Diener, E., Suh, E. M., Lucas, R. E. & Smith, H. L. (1999): Subjective Well-Being: Three Decades of Progress. *Psychological Bulletin*, 125, S. 276-302.
- Glasl, F. (2008): *Selbsthilfe in Konflikten* (5 Aufl.). Bern: Haupt Verlag.

- Goleman, D. (1998): Emotionale Intelligenz. München: dtv.
- Köstler, A. (2010): Mediation. München: Ernst Reinhardt Verlag.
- Krainz, E.E. (2007): Die Morphologie der sozialen Welt. Ihre Bedeutung für die Entstehung und Bearbeitung von Konflikten. In: Falk, G., Heintel, P. & Krainz, E.E. (Hrsgs.): Handbuch Mediation und Konfliktmanagement. Heidelberg: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35-56.
- Leymann, H. (1993): Mobbing. Psychoterror am Arbeitsplatz und wie man sich dagegen wehren kann. Hamburg: Reinbek (Rowolt).
- Lohaus, A. & Vierhaus, M. (2015): Entwicklungspsychologie des Kinder und Jugendalters für Bachelor (3. Auflage). Berlin: Springer Verlag.
- Lulofs, R. & Cahn, D. (2000): Conflict: From Theory to Action. Boston: Allyn & Bacon.
- Marková, I. (2012): Conflict and trust in dialogical perspective. In Markova, I. & Gillespie, A. (Hrsg.): Trust and Conflict: Representation, Culture and Dialogue. London: Routledge, S. 1-14.
- Masters, M. & Albright, R. (2002): The complete guide to conflict resolution in the workplace. New York, NY: American Management Association.
- Mayring, P. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz
- Neuberger, O. (1999): Mobbing: Übel mitspielen in Organisationen. Schriftenreihe Organisation und Personal. München: Rainer Hampp Verlag.
- Rabe, C.S. & Wode, M. (2014): Mediation. Grundlagen, Methoden, rechtlicher Rahmen. Heidelberg: Springer.
- Ropers, N. (2002): Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen. Eschborn: Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ).
- Rosenberg, M.B. (2013): Gewaltfreie Kommunikation. (11. Auflage). Paderborn: Junfermann.
- Statista (2018): Stichwort: Cybermobbing. <https://de.statista.com/themen/3122/cybermobbing/> (29.9.2018).
- Statista (2018): Stichwort: Mobbing. <https://de.statista.com/themen/132/mobbing/> (29.9.2018).
- Tillet, G. (1999): Resolving conflict: a practical approach. South Melbourne, Oxford University Press.
- Von Hertel, A. (2008): Professionelle Konfliktlösung: Führen mit Mediationskompetenz (2. Auflage). Frankfurt/Main: Campus.
- Weinberger, S. (2004): Klientenzentrierte Gesprächsführung. München: Juventa Verlag.

Mitbestraft! Kinder inhaftierter Väter – Förderung der Lebensqualität der betroffenen Kinder durch Stärkung der väterlichen Erziehungskompetenzen

Sabine Wagenblaus, Marie Seedorf

Einleitung

Obwohl das deutsche Strafrecht von einer individualistischen Strafauffassung ausgeht, d.h. die verhängten Strafen sollen nur individuell auf die Täter_innen der Straftat zielen, sind durch die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe immer auch Angehörige und das soziale Umfeld nachhaltig und gravierend betroffen (vgl. Kawamura-Reindl & Schneider 2015, S. 303). Straffällig gewordene Menschen leben vor ihrer Inhaftierung in der Regel nicht sozial isoliert, sondern sind Teil eines Familiensystems. Dieses System wird durch eine Inhaftierung nachhaltig beeinflusst. Die Haft ist für die zurückgebliebene Familie oft mit großen finanziellen (z.B. Verlust des Einkommens, Reduktion des Sozialhilfesatzes), psychischen (z.B. Wut, Trauer, Verzweiflung) und sozialen Belastungen (z.B. soziale Isolation, Stigmatisierung) verbunden. Eine Inhaftierung wirkt weiterhin direkt und unmittelbar auf die Beziehungsebene. Von heute auf morgen ist der Kontakt zwischen Familienangehörigen und inhaftierter Person drastisch eingeschränkt. Besuchskontakte und Telefonate sind stark reglementiert. Wie oft besucht werden darf, regeln im Großen und Ganzen die Anstalten selbst. Wichtige Lebensereignisse und Anlässe für die Familie (wie Geburtstag, religiöse Feste, Einschulung, usw.) finden ohne die Inhaftierten statt. All das, was die Lebensqualität und das Zusammenleben von Familie in Freiheit ausmachen kann, nämlich Nähe, Vertrautheit, Geborgenheit, Spontaneität und Ausgelassenheit, ist hinter den Mauern erst einmal verdächtig oder unerwünscht (vgl. Roggenthin 2015, S.5). Freiheitsstrafen gehen somit mit einer radikalen Herauslösung einer Person aus ihren sozialen Beziehungen und Rollen einher und führt zu einem weitest gehenden Zusammenbruch der bisher gelebten sozialen Realität, d.h. dass eine Ehe oder Partnerschaft sowie eine Eltern-Kind-Beziehung nicht mehr ausgeübt werden kann (Busch 1989).

Eine Inhaftierung betrifft folglich nie nur eine Einzelperson, sondern hat immer auch Auswirkungen auf den Lebensalltag ihrer Familien. Diese Mitbetroffenheit der Familien wird in Politik, Wissenschaft und Praxis weitgehend übergangen, über die mit der Inhaftierung verbundenen Probleme, Sorgen, Ängste und Nöte ist wenig bekannt. Insbesondere die Perspektive der Kinder ist lange Zeit vernachlässigt worden. Zwar befasste sich der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes bereits 2011 mit der Situation und den Rechten Kinder inhaftierter Eltern und stellte dabei fest, dass im Falle von Kindern inhaftierter Eltern neben der Norm über den persönlichen Umgang (Artikel 9 der Kinderrechtskonvention) eine Vielzahl weiterer Bestimmungen der Konvention berührt ist. Als grundlegende Prinzipien wurden identifiziert, dass Kinder inhaftierter Eltern dieselben Rechte haben wie andere Kinder und nicht aufgrund der Straftaten ihrer Eltern leiden dürfen. Auch verschiedene Anfragen und Anträge im Bundestag (2011, 2012) oder Landtagen (bspw. Landtag Nordrhein-Westfalen 2013, S.3) widmeten sich dem Thema „Kinder von Inhaftierten“ und fordern auf, „sich der besonderen Bedürfnisse der Kinder inhaftierter Elternteile sowie deren familiärer Begleitumstände anzunehmen“; ein grundlegend veränderter Umgang und die Wahrung der Rechte der Kinder von Inhaftierten hat sich daraus bislang jedoch noch nicht ergeben. Im Gegenteil, so merkt die hessische Ministerin der Justiz 2014 an, „dass die Inhaftierung eines oder beider Elternteile auf die Lebenssituation der Kinder vielfältige Auswirkungen hat, ist zum einen eine bedauerliche, aber zwangsläufige Folge der Straffälligkeit und des Lebenswandels der Inhaftierten sowie wegen der Betroffenheit der jeweiligen Familie und insbesondere der minderjährigen Kinder auch ein gesamtgesellschaftliches Problem, das der Gesetzgeber bei der rechtspolitischen Entscheidung der Inhaftierung grundsätzlich als Nebenfolge in Kauf genommen hat“ (Hessischer Landtag 2014, S.1). Diese „in Kauf genommene Nebenfolge“ stellt insbesondere für die Kinder eine radikale Lebensveränderung dar und nimmt großen Einfluss auf ihre Lebensqualität.

Ein Elternteil ist weg und das andere Elternteil ist plötzlich alleinerziehend und für alles allein verantwortlich und zuständig. Die Kinder „verlieren“ nicht nur den inhaftierten Elternteil, sondern bleiben zurück mit einem nicht-inhaftierten Elternteil, das selbst hoch belastet ist. Sie werden mitbestraft und haben doch zeitgleich das Recht auf Erziehung und Betreuung durch beide Elternteile.

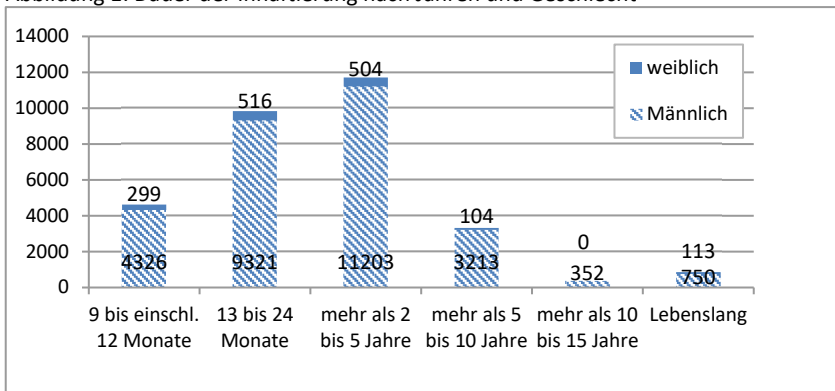
Im vorliegenden Artikel soll deshalb der Frage nachgegangen werden, wie dieses Recht der Kinder auf Erziehung und Betreuung durch beide Elternteile - vorausgesetzt, dass dies im Interesse des Kindes liegt – trotz einer Inhaftierung eines Elternteils gestärkt werden kann, denn eine aktive Elternschaft und die bewusste Teilhabe am Leben der eigenen Kinder sind für straffällig gewordene Menschen in Haft nur in sehr begrenztem Maße möglich. Da 95% der Inhaftierten Männer sind, stehen die Väter und ihre Beziehungen zu den Kindern im Zentrum des vorliegenden Artikels. In Bezug auf Frauen gibt es bereits einige Maßnahmen, welche die Mutter-Kind-Beziehung trotz Inhaftierung fördern. Für Väter gibt es solche Maßnahmen nicht, obwohl diese zahlenmäßig eine weitaus größere Gruppe darstellen. Hierfür werden zunächst die relevanten Daten und Fakten zum Thema Kinder von Inhaftierten und Vaterschaft dargelegt, um aufzuzeigen, wie häufig und wie lange Kinder von einer Inhaftierung betroffen sind. Ausgehend von einer kurzen Skizzierung der Debatte um Vaterschaft in Wissenschaft und Forschung wird anschließend das Pilotprojekt „Väterkurs – Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr“ vorgestellt¹. Dieses Angebot ist konzipiert worden, um Väter darin zu unterstützen, ihre Vaterschaft auch unter Haftbedingungen ausüben zu können, um aktuell aber auch nach der Haftzeit das Familiensystem zu stützen und die Vater-Kind-Beziehungen zu stärken. Die wissenschaftliche Begleitung übernahm die Hochschule Bremen. Im Vorfeld zu dem Väterkurs wurden sowohl eine quantitative (Seedorf 2016) als auch qualitative Studie (Dehn 2016) durchgeführt, nach Abschluss des ersten Väterkurses wurde des Weiteren eine qualitative Befragung der teilnehmenden Väter durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studie werden abschließend vorgestellt und diskutiert.

¹ Das Pilotprojekt wurde im Rahmen der „Zukunftswerkstatt Mitbestraft“ an der Hochschule Bremen entwickelt. In dieser Kooperation sind Fachkräfte verschiedener Institutionen aus Bremen (z.B. Jugendhilfe, Straffälligenbetreuung, Justiz) aktiv im Austausch, um eine (Weiter-)Entwicklung der Unterstützungsangebote in Bremen für Familien, die von der Inhaftierung eines Elternteils betroffen sind zu gewährleisten. Vorausgegangen war im November 2015 eine Fachtagung der Bremischen Straffälligenbetreuung und Hoppenbank e.V. zum Thema: „Mitbestraft. Beratung und Unterstützung für Angehörige von Inhaftierten in Bremen“.

1. Aktueller Forschungsstand: Zahlen, Daten und Fakten zur Vaterschaft von Inhaftierten

Einige wenige Studien (z.B. Busch 1989) haben das Thema „Elternschaft Inhaftierter“ beforscht, meist liegt der Schwerpunkt jedoch auf der Perspektive der inhaftierten Mütter (bspw. Bereswill & Hellwig 2012, Ott 2012), Studien zur Vaterschaft Inhaftierter gibt es dagegen nicht, obwohl im Strafvollzug überwiegend Männer und damit Väter vorzufinden sind. So lag zum Stichtag 31.3.2016 die Zahl der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in Deutschland bei 50.858, davon waren 47.733 (94%) männlich und 3125 (6%) weiblich (siehe Abbildung 1). Erhoben werden neben dem Geschlecht und dem Familienstand auch die Dauer der Inhaftierung, was gleichbedeutend ist mit der Dauer der Trennung der Elternteile von ihren Kindern.

Abbildung 1: Dauer der Inhaftierung nach Jahren und Geschlecht



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe 4.1, 2016, S. 16, eigene Berechnung

Abbildung 1 zeigt, dass die Trennung des inhaftierten Elternteils von ihren Familien in der Regel nicht von kurzfristiger Dauer ist, sondern für die Mehrzahl eine über mehrere Jahre andauernde Tatsache darstellt, in der die Familien - davon kann ausgegangen werden - sich in einer besonderen Lebenssituation befinden, über die bislang noch viel zu wenig Wissen vorliegt. Jede Haft von längerer Dauer stellt für die Beziehung des Betroffenen zu seiner Familie eine Belastung dar. Ihr Vollzug beeinträchtigt die notwendige Kommunikation zwischen dem Inhaftierten und seinen in Freiheit lebenden Angehörigen und kann dazu beitragen, dass sie einander tief greifend ent-

fremdet werden (Sandmann & Knapp 2018, S. 176). Aussagen über die Anzahl der betroffenen Kinder als Angehörige können auf Grundlage der Daten des statistischen Bundesamtes nicht getroffen werden, es wird zwar der Familienstand der Inhaftierten erhoben, nicht aber die Anzahl der Kinder und die Eltern-Kind-Beziehung. Um darüber mehr zu erfahren, wurde in einer Studie der Hochschule Bremen (Seedorf 2016) die Daten des Bremer Strafvollzugs bezogen auf die familiäre Situation der Inhaftierten weiter ausgewertet.

Abbildung 2: Anzahl Inhaftierter Eltern im Bundesland Bremen (Stichtag 15.1.2015)

		ledig	verheiratet	geschieden	ohne Angabe
Inhaftierte Insgesamt	496				
Inhaftierte mit eingetragenen Kindern	199 40%	103	48	39	9
Davon weiblich	12 6%				

Zum Stichtag 15.01.2015 zeigt sich, dass 40% aller Inhaftierten Vater oder Mutter von minderjährigen Kindern sind (Seedorf 2016). Der größte Teil davon, rund 95%, sind Väter. Trotz dieses hohen Anteils gibt es bislang keine wissenschaftlichen Arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland zur Frage nach den Auswirkungen einer Inhaftierung auf die Vaterrolle bzw. wie sich diese im Zuge einer Inhaftierung gestaltet.

Neben der Anzahl inhaftierter Eltern wurden auch die Anzahl und das Alter der Kinder erhoben. Hierbei zeigte sich, dass 368 Kinder unter 18 Jahren von der elterlichen Inhaftierung mitbetroffen waren. 80% sind unter 14 Jahren. Damit liegt die durchschnittliche Kinderzahl mit 1,85 deutlich höher als die der Gesamtbevölkerung. Fast jedes zweite Kind (47%) besucht sein Elternteil in Haft. Diese Zahlen gelten nur für die Väter des geschlossenen Vollzugs, im offenen Vollzug haben die Väter die Möglichkeit, die Kinder regelmäßig zu sehen, da sie sich auch für eine gewisse Zeit außerhalb der Vollzugsanstalt aufhalten können. Die Altersstruktur der Kinder ist breit gestreut, 80% sind unter 14 Jahre, fast jedes dritte Kind ist unter 6 Jahren. Setzt man dies zu der Dauer der Inhaftierung (siehe Abbildung 1) wird deutlich, dass viele Kinder wichtige Entwicklungsschritte während der Haft machen, die vom Vater

„verpasst“ und nur bedingt begleitet werden können. Der Vater wird von wesentlichen Bereichen der Elternschaft ausgeklammert oder sie sind für ihn nur noch in reduzierter Form und unter erschwerten Bedingungen gestaltbar. Die Gefahr einer Entfremdung ist hoch. Damit die Vater-Kind-Beziehung trotz der Trennung tragfähig bleibt oder wird, muss das Thema „Gestaltung von Vaterschaft“ während und nach der Inhaftierung systematischer als bisher – so die These - berücksichtigt werden.

2. Forschungs- und Diskussionsstand zum Thema Vaterschaft heute

Die wachsende Beteiligung von Vätern an der Erziehung ihrer Kinder ist kennzeichnend für den historischen, gesellschaftlichen und sozialen Wandel von Vaterschaft im 21. Jahrhundert. Die sogenannten „neuen Väter“ nehmen von Anfang an eine aktive Rolle als soziale Gefährten, Beschützer, Erzieher und Förderer des Kindes, Ernährer und Partner der Mütter in der Familie ein und setzen sich mit persönlichen Erfahrungen von Vaterschaft auseinander (Ramsauer 2017, S. 41). Das neue Vaterbild geht dabei weit über die Rolle des Ernährers hinaus und ist durch mehr Engagement für das Kind, Emotionalität, Fürsorglichkeit und möglichst viel gemeinsamer Freizeit mit dem Kind gekennzeichnet (DJI 2015). Sie wollen nicht nur für die finanzielle Sicherheit sorgen, sie wollen ihren Kindern nahe sein und ihre Entwicklung miterleben. Einigkeit herrscht inzwischen darüber, „dass der Vater von Geburt an und über die verschiedenen Altersstufen hinweg für die psychische Entwicklung seiner Kinder bedeutsame, sich verändernde, distinktive Funktionen ausübt“ (Seiffge-Krenke 2016, S. 29). Kinder profitieren von sicheren Bindungen zu ihren Vätern. Der Umgang des Vaters mit seinem Kind beim Spielen und Entdecken hat genauso viel Bedeutung für die psychosoziale Entwicklung, wie die mütterliche Feinfühligkeit gegenüber dem Säugling. Die Frage, welche Bedeutung die Abwesenheit von Vätern auf die Entwicklung von Kindern hat, wird in der Forschung jedoch kaum - und wenn dann eher in Bezug auf Trennung und Scheidung und nicht auf eine Inhaftierung - diskutiert. Bei einer Inhaftierung kann von einer (unfreiwilligen) strukturbedingten Vaterabwesenheit gesprochen werden, dies gilt gleichermaßen für die Sorge um kindliche Anliegen, gemeinsame Alltagserfahrungen, Spiel und Unternehmungen wie für die Versorgung und Erziehung des Kindes. Viele Aspekte des Zusammenlebens, die letztlich die Grundlage für gegenseitige Zuneigung, Verständnis und somit die Entwicklung einer Bezie-

hung darstellen, sind deshalb nach der Inhaftierung nicht mehr oder nur kaum verfügbar.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass inhaftierte Väter in der Regel dieselben Wünsche, Bedürfnisse und Ansprüche an die Vaterschaft haben, wie nicht inhaftierte Väter und für ihre Kinder das Beste wollen. Zum anderen haben diese Väter ebenso eine subjektiv wahrgenommene klare Vorstellung davon, was eine „gelingende“ Vaterschaft für ihre Kinder beinhalten soll. In der Haft gibt es für die Männer fast nie Angebote, die sie als Väter ansprechen und wo sie die Möglichkeit haben, sich über Fragen des Vaterseins auszutauschen.

3. Konzeption des Väterkurses „Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr“

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der Zukunftswerkstatt „Mitbestraft“ die Entwicklung und Durchführung eines Väterkurses im offenen Vollzug der JVA Bremen beschlossen. Dieses Angebot soll die Väter darin unterstützen, ihre Vaterschaft auch unter den Haftbedingungen ausüben zu können und ihre elterlichen Kompetenzen zu stärken, um auf diese Weise aktuell und nach der Haftzeit das Familiensystem zu unterstützen und die Vater-Kind-Beziehungen zu stärken. Wie bereits geschildert kann davon ausgegangen werden, dass eine Stärkung elterlicher Kompetenz zum gesunden Aufwachsen von Kindern beiträgt. Schließlich soll so auch die Resozialisierung der Männer nach der Haft gefördert werden, indem diese an ein stabiles soziales Netzwerk anknüpfen können. Dieser Kurs wurde von der Caritas-Erziehungshilfe gGmbH Bremen und dem SOS-Kinderdorf Bremen konzipiert und durchgeführt und durch die Hochschule Bremen wissenschaftlich begleitet. Der Väterkurs hat im Zeitraum von August 2017 bis November 2017 im offenen Vollzug der JVA Bremen² stattgefunden. Im

² Die Bestimmungen zur Verwahrung und Sicherung von straffällig gewordenen Menschen im Lande Bremen

ist in dem Bremischen Strafvollzugsgesetz (BremStVollzG) mit Gültigkeit ab 01.01.2015 geregelt. § 15 BremStVollzG: (1) Die Gefangenen werden im geschlossenen oder offenen Vollzug untergebracht. Abteilungen des offenen Vollzugs sehen keine oder nur verminderte Vorkehrungen gegen Entweichungen vor. (2) Die Gefangenen sollen im offenen Vollzug untergebracht werden, wenn sie dessen besonderen Anforderungen genügen und namentlich nicht zu befürchten ist, dass sie sich dem Vollzug entziehen oder die Möglichkeiten des offenen Vollzugs zu Straftaten

Gegensatz zum geschlossenen Vollzug zielt der offene Vollzug auf eine möglichst große Außenorientierung der Gefangenen ab, die sich u.a. in Selbstständigkeit, Auseinandersetzung mit der Straftat, dem Aufbau und Erhalt sozialer Beziehungen und einem freien Beschäftigungsverhältnis bei einem externen Arbeitgeber darstellt. Durch ihren Freigang aufgrund einer Erwerbstätigkeit, welcher ca. 80-90% der Inhaftierten im offenen Vollzug nachkommen (JVA Bremen 2015, S.12), „haben die Insassen unter der Woche einen täglichen Ausgang von vier Stunden zuzüglich ihrer Arbeitszeit, der für Fahrtwege oder zur Pflege sozialer Kontakte genutzt werden kann. An Wochenenden wird i.d.R. ein Ausgang von acht bis 19 Uhr gewährt“ (JVA Bremen 2015, S. 15). Diese Rahmenbedingungen ermöglichen, dass die Väter zumindest potentiell täglich Kontakt zu ihren Kindern und Familien haben können. Zudem ergab sich daraus die Möglichkeit, die 10 Kurstermine (jeweils ca. 2 Stunden) außerhalb der Gefängnismauern in den Räumlichkeiten des Vereins für Bremische Straffälligenbetreuung durchführen zu können. Die Teilnahme an dem Kurs war freiwillig und in einer festen Gruppe gestaltet, die Anwesenheit wurde durch die Fachkräfte zwar an die Leitung des offenen Vollzugs rückgekoppelt, aber die Inhalte des Kurses wurden vertraulich behandelt. Bei einem Informationsabend im offenen Vollzug der JVA wurde interessierten Insassen das Konzept, die Rahmenbedingungen und der Ablauf des Kurses vorgestellt und bei dieser Gelegenheit wurde auf die anschließende Evaluation des Angebots hingewiesen und dass freiwillige Einzelinterviews mit den Teilnehmern vorgesehen sind. Am Ende dieses Informationsabends haben 24 von 43 im offenen Vollzug inhaftierten Vätern ihr Interesse an einem Väterkurs bekundet. Am ersten Abend des Kurses haben 12 Väter teilgenommen. Es zeigte sich, dass einige Teilnehmer Probleme hatten, regelmäßig oder auch dauerhaft an dem Kurs teilzunehmen, da alle Teilnehmer entweder Arbeit außerhalb der JVA hatten oder auf der Suche nach entsprechenden Arbeitsstellen waren und so ihre Arbeitszeiten nicht kannten oder nicht beeinflussen konnten. Zwei Teilnehmer wurden in der Zeit des Kurses in den geschlossenen Vollzug zurückgeführt, so dass eine Teilnahme nicht länger möglich war. Die Teilnehmerzahl hat sich in Verlauf des Kurses auf 8 Väter reduziert.

missbrauchen werden. (3) Genügen die Gefangenen den besonderen Anforderungen der Unterbringung im offenen Vollzug nicht mehr, werden sie im geschlossenen Vollzug untergebracht (Dehn 2016, S. 20).

Alle Teilnehmer haben eine Mappe erhalten, die Informationen zum Ablauf, sowie den Inhalten, und den Terminen des Kurses, eigene Arbeitsergebnisse und die Kontaktdaten der Fachkräfte enthalten haben. Innerhalb des Väterkurses wurden Themen besprochen, die von den Fachkräften geplant und eingebracht wurden, aber auch die Teilnehmer konnten eigene Themen und Fragen einbringen. Durch dieses Vorgehen wurden Themen besprochen wie Väterbilder, Bedürfnisse von Kindern, Kommunikation, Beziehungsgestaltung zu Kindern, Eskalationsstufen bei Konflikten, aber auch kindgerechte Geburtstagsgeschenke, eigene Erziehungserfahrungen und die Rolle eines (neuen) sozialen Vaters der eigenen Kinder. Die Methoden innerhalb des Kurses waren vielfältig und wurden durch die Fachkräfte flexibel und orientiert an den Bedürfnissen der Teilnehmer eingesetzt. Die verwendeten Methoden reichten von Arbeitsblättern und Kleingruppenarbeit, über Biografiearbeit und Lehrfilmen, bis hin zu moderierten Gruppendiskussionen.

4. Ergebnisse der Begleitforschung zum Väterkurs

Die Begleitforschung hat das Ziel, einerseits die Zufriedenheit der Teilnehmer mit dem Angebot zu evaluieren und andererseits sollen Hinweise auf die Wirksamkeit des Angebots bezogen auf die Teilnehmer, aber auch auf das soziale Umfeld ausgewertet werden. Schließlich sollen aus diesen Erkenntnissen Empfehlungen für eine Weiterentwicklung eines solchen Angebots entwickelt werden.

4.1 Feldzugang

Der Feldzugang wurde von den Mitarbeiter_innen der durchführenden Jugendhilfeträger und der JVA Bremen unterstützt. Im Anschluss des Kurszeitraums wurde ein Anschreiben an die Teilnehmer verfasst, in dem diese zu den Interviews eingeladen wurden und über die Bedingungen der Interviews aufgeklärt wurden. Dieses Anschreiben wurde durch die Mitarbeiterarbeitenden des offenen Vollzugs der JVA Bremen an die Teilnehmer verteilt. Alle 12 Teilnehmer des Kurses wurden dazu eingeladen, an einem Interview zur Auswertung teilzunehmen, insgesamt 7 Teilnehmer waren zu einem Interview bereit, ein Interview konnte aufgrund ungenügender Aufnahmequalität nicht verwertet werden.

4.2 Forschungsdesign

Der qualitative Forschungszugang basiert auf halbstandardisierte leitfadengestützte Interviews. Der Interviewleitfaden wurde nach dem SPSS Konzept nach Helferrich (2009: 179ff) entwickelt und bei allen Interviews eingesetzt. Der standardisierte Teil des Leitfadens wurde in drei Themenblöcken unterteilt, die jeweils mit Unterfragen gestützt wurden:

1. Rahmenbedingungen und Inhalte des Kurses
2. Erlebte Veränderungen in der eigenen Vaterrolle durch den Kurs
3. Erlebte Veränderungen im konkreten Umgang mit den eigenen Kindern durch den Kurs.

Der Leitfaden wurde bewusst nur halbstandardisiert konzipiert, um den Befragten den Raum einzuräumen, eigene Themen mit einbringen zu können und um eine gewisse Flexibilität und Anpassungsfähigkeit in den Interviews zu gewährleisten. Die Entscheidung für Einzelinterviews (statt beispielsweise Interviews im Gruppensetting), liegt darin begründet, dass es sich erstens um teilweise sensible Themen (Veränderungen im Verständnis vom Vatersein) und zweitens um die Bewertung und das subjektive Erleben der einzelnen Teilnehmer während des Kurses handelt.

Die Interviews hatten eine Dauer von ca. 30-55 Minuten. Den Teilnehmern wurde die Wahl des Ortes überlassen. Die Terminfindung wurde zwischen den einzelnen Teilnehmern und dem Forschungsteam individuell abgestimmt. Um das Material systematisch auswerten zu können, wurde ein Kategoriensystem entwickelt, an Hand dessen die einzelnen Aussagen der Teilnehmer zugeordnet, verglichen und ausgewertet wurden. Die Kategorien wurden induktiv anhand des Materials entwickelt. Die Transkripte wurden gelesen und wichtige sowie sich wiederholende Passagen bzw. Schlagwörter markiert. Bezugspunkte bei dieser Auswahl waren die Fragestellung der Forschung und der Leitfaden des Interviews.

4.3 Ergebnisse

Die Aussagen und Einschätzungen der Teilnehmer werden im Folgenden an Hand der am Material entwickelten Kategorien wiedergegeben, um an-

schließlich eine Einschätzung der Wirksamkeit des durchgeführten Väterkurses vornehmen zu können.

4.3.1 Rahmenbedingungen und Inhalte des Kurses

Die erste Kategorie umfasst das Angebot des Kurses. Hierunter fallen Aussagen zu den Rahmenbedingungen und Vorschlägen der Teilnehmer zur Weiterentwicklung des Angebots. Die Rahmenbedingungen durch die Konzeption des Väterkurses, wie Ort, Zeit, Fachkräfte und Teilnahmebedingungen wurden von den Teilnehmern überwiegend als gut bewertet. Die Räumlichkeiten haben alle Teilnehmer als gut bewertet, da der Ort zentral lag und als neutral angesehen wurde. Allerdings haben fast alle Teilnehmer die schwierige zeitliche Situation thematisiert, da alle Teilnehmer das Thema Arbeitsplatz beschäftigt hat. Die Bedingung, einen Arbeitsplatz zu haben, steht im Zusammenhang mit den Haftbedingungen im offenen Vollzug und hat daher eine hohe Priorität für die Insassen. „[...] *Der letzte (Termin, d.V.), da habe ich angefangen zu arbeiten. Da konnte ich gar nicht, weil ich arbeite [...] Deswegen habe ich das nicht geschafft das letzte Mal [...]*“.

Die Ideen und Anregungen der Teilnehmer hinsichtlich einer (möglichen) Weiterentwicklung des Angebotes haben sich in erster Line auf die angewendeten Methoden bezogen. So wurde von den meisten Teilnehmern empfohlen, dass mehr Filme gezeigt werden. „[...] *Da haben wir auch ein Beispiel gegeben. Das soll ein bisschen noch Harmonie Sachen sein [...] Mit Filmen über Leinwand [...] Das kann man auch anderen Vätern zeigen [...] Nur nicht, nur auf Papier. Okay, jeder kann das LESEN, aber man sieht das ja gar nicht. Halt was die Frauen da erleben mit den Kindern [...]*“. Ebenfalls unter diese Dimension wurden Aussagen gefasst, ob die Teilnehmer einen solchen Kurs noch einmal durchlaufen würden. Einige würden einen solchen Kurs nochmal besuchen, wenn z.B. weitere und andere Themen besprochen werden, wenn sie selbst einen Bedarf bei sich sehen würden oder wenn die Mutter des Kindes/der Kinder ebenfalls teilnehmen kann. „[...] *Natürlich. Ich will auch noch Mal machen, [...]*“.

Die nächste Kategorie bezieht sich auf die Inhalte des Väterkurses und beinhaltet somit die sachlichen Informationen und angewendeten Methoden innerhalb des Kurses sowie die daraus entstehenden gruppenspezifischen Effekte für die Teilnehmer untereinander. Die erste Dimension innerhalb

dieser Kategorie ist der Austausch unter den Teilnehmern über die eigenen Erfahrungen und Vorstellungen von Erziehung und der eigenen Vaterrolle (Peerberatung) im Kontext eines Gruppenangebots. Es wurde deutlich, dass alle Teilnehmer diesen Erfahrungsaustausch als besonders wertvoll und hilfreich empfunden haben. „[...] *die Meinungen anderer Menschen, die dort waren, die ganzen Leute da. Hat mich auch interessiert.*“ Die Teilnehmer haben sich sowohl über konkrete eigene Erziehungsfragen ausgetauscht, als auch über die eigenen Erfahrungsergebnisse und Alltagsfragen im Umgang mit Kindern. Diese Prozesse haben nicht immer zwangsläufig zu neuen Erkenntnissen geführt. Allerdings hat diese Wertung für die Teilnehmer keinen Unterschied gemacht, vielmehr war der Prozess des Erfahrungsaustauschs schon eine positive Erfahrung für die Väter. Diese positive Bewertung findet sich daher auch in der Dimension der Gruppendynamik wieder. Die Atmosphäre und die Dynamiken unter den Teilnehmern im Kontext der Kurstreffen wurden durchweg als wertschätzend beurteilt. Dabei spielt besonders die individuelle Erfahrung einem anderen Mann bzw. Vater einen Ratschlag geben zu können, der unter Umständen auch angenommen und umgesetzt wird, eine entscheidende Rolle. Die Beurteilung und Beschreibung der angewendeten Methoden des Väterkurses durch die Teilnehmer war ebenfalls positiv, allerdings wurden hier einige Methoden als geeigneter empfunden als andere. Insbesondere Gespräche in der Gruppe und der Einsatz von Medien wurden als hilfreich empfunden. „[...] *Wir haben ja über den Laptop eine ganz kurze Szene/ nur zehn oder fünfzehn Minuten waren das. Ein paar Stück gesehen. Das nimmt man mit [...]* *Die zeigen erst mal: das A ist Wut, B war lockerer und C war noch chilliger. Halt wie er mit seinem Sohn umgeht [...]*“.

4.3.2 Erlebte Veränderungen in der eigenen Vaterrolle durch den Kurs

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vaterrolle bildete die dritte Kategorie und beinhaltet die Schilderungen der Teilnehmer hinsichtlich einer Sensibilisierung bzw. Auseinandersetzung mit der eigenen Vaterrolle. Die wesentliche Dimension innerhalb dieser Kategorie sind die persönlichen Erkenntnisse, also die individuell beschriebenen Erfahrungen (auch Lernfolge) durch die Teilnahme. Diese Erkenntnisse beziehen sich sowohl auf die eigene Vaterrolle, wie z.B. die eigenen Bedürfnisse mit den Bedürfnissen der Kinder in Einklang gebracht werden können (z.B., wenn man als Vater müde

von der Arbeit kommt, aber die Kinder die volle Aufmerksamkeit des Vaters einfordern), als auch auf weiterführende Themen, die nicht zwingend mit der eigenen Person in Verbindung gesetzt werden, wie z.B. die Rolle und Aufgabe von Unterstützungsnetzwerken und Institutionen wie das Jugendamt. Auch wenn zunächst einzelne Teilnehmer im Interview Aussagen treffen, dass sie im Rahmen des Kurses keine neuen Inhalte erfahren haben, die sie als Vater nutzen können, haben auf Nachfrage alle Väter doch einzelne Aspekte des Kurses für eine geweitete Sicht auf die eigene Vaterrolle nutzen können. *„Also als Vater bei mir hat sich geändert in den Kurs. Ich gehe chilliger mit meinen Kindern um [...] Eine Grenze zeige ich meinen Kindern, aber halt lockerer. Damit wir uns mehr verstehen. Das habe ich mitgenommen mit dem Kurs [...]“*. Insbesondere konnten die meisten Teilnehmer Situationen erinnern und schildern, wenn im Kurs Diskussionen zu ganz konkreten Erziehungsfragen oder zur Vaterrolle besprochen wurden. Ein Thema, welches alle Teilnehmer bewegt hat, auch wenn sie persönlich nicht davon betroffen waren, war die Situation, dass im Umfeld ihrer Kinder eine neue Vaterfigur eine Rolle spielt (sog. sozialer Vater). Dies deutet darauf hin, dass alle Teilnehmer der Vaterrolle eine große Bedeutung im eigenen Selbstbild zuschreiben. *„[...] Neue Sachen zum Beispiel [...] die mich wirklich nie interessiert hatten. Aber sie waren gleichzeitig sehr wichtig [...] Wir hatten Thema "Zwei Väter" zum Beispiel. Einer ist leiblicher Vater und einer gerade der Freund von der Mutter [...] was macht man [...] Was ist der Vater? Oder wo ist gerade der Vater? Welche Rolle muss der Vater spielen? Der leibliche Vater. Was für eine Rolle hat zum Beispiel der Freund? Das hat mich auch interessiert.“*. Darüber hinaus wurden auch über die eigenen Erfahrungen als Kind reflektiert, da viele der Männer diese Erfahrungen als Bezugspunkt für ihr Erziehungsverhalten heranziehen. In diesem Zusammenhang werden insbesondere eigene als positiv empfundene Erinnerungen geäußert.

4.3.3 Erlebte Veränderungen im konkreten Umgang mit den eigenen Kindern durch den Kurs

Um die Wirksamkeit des Väterkurses einschätzen zu können, wurden aus dem Material Aussagen unter der Kategorie Transferleistung innerhalb der eigenen Elternrolle zusammengetragen. Dies sind Aussagen der Teilnehmer, in denen sie eine Übertragung der Inhalte und Erfahrungen im Kurs in den eigenen Alltag herstellen, oder eine konkrete Verbindung von Inhalten mit

dem eigenen Familienleben erkennen. Zunächst lag der Fokus vor allem auf Beschreibungen der Teilnehmer von Situationen, in denen sie konkret eine Verbindung von Kursinhalten und/oder -erfahrungen in der eigenen Interaktion mit ihren Kindern herstellen. Die meisten Väter haben Situationen geschildert, in denen sie in ihrer Kommunikation mit ihren Kindern anders umgehen, sie versuchen Gespräche zu entschleunigen und kindgerechter zu gestalten. „[...] wenn ich mit meinen Kindern rede. Erst mal denke ich an den Kurs [...] Was in unseren Ohren reingekommen ist, ist es richtig? Soll ich mit meinem Kind SO umgehen, oder anders. Wie wir das bei dem Kurs gelernt haben [...] Man schaltet ja erst mal ab, ob das richtig ist oder nicht. Wenn das falsch ist, dann schmeiße ich das so raus. Dann höre ich auf und übernehme das, was ich vom Kurs mitgenommen habe“. Einige Teilnehmer haben erkannt, dass sie ihre Kinder in ihren Bedürfnissen und Aussagen ernst nehmen wollen, um z.B. Konflikte nicht eskalieren zu lassen. Ebenfalls ist vielen Teilnehmern bewusst geworden, dass ihre Kinder Zeit brauchen, um die neue familiäre Situation, die durch die Haft begründet ist, zu erfassen und einordnen zu können und welche Rolle sie dabei als Vater spielen. „[...] Und nach diesem Kurs [...] bin ich ja mit ihr spazieren selber gegangen. Hab sie mitgenommen und so. Dann ist sie langsam, langsam auf mich gekommen [...] Ohne diesen Kurs oder was weiß ich denn halt, es wäre anders [...] Aber durch den Kurs bin ich selber auf sie zugegangen. Und ich habe auch Zeit gegeben [...] Und jetzt zum Beispiel, fragt sie jedes Mal ihre Mama [...] Wo ist Papa?“

Die zweite Dimension beinhaltet daneben die formulierte Umsetzung von Erfahrungen im Kurskontext in der Interaktion mit anderen Personen, also dem nahen sozialen Umfeld. Der Transfer dieser Dimension besteht insbesondere darin, dass die Teilnahme am Kurs und der Austausch über einzelne Inhalte mit anderen Personen durch die Väter thematisiert wurden. Die Väter, die aktuell Kontakt zur Mutter des Kindes/der Kinder haben oder eine andere Partnerin haben, haben alle mit dieser Frau über den Kurs gesprochen, über Inhalte diskutiert und Materialien des Kurses gezeigt. Dies deutet darauf hin, dass die Teilnehmer die eigene Teilnahme an einem solchen Kurs nicht als Stigma oder schwach empfinden, sondern vielmehr stolz darauf sind, sich mit der eigenen Verantwortung als Vater auseinander zu setzen und dies gerne von ihrem sozialen Umfeld gespiegelt wissen wollen. „[...] Diese Formulare und so was. Habe ich ja auch mit nach Hause genommen und gezeigt, was wir gemacht haben [...] Und sie hat das auch ganz gut (gefallen?) [...] Sie sagte dann so ist, dann machst du das weiter [...]“. In diesem

Zusammenhang wird auch deutlich, dass einige Teilnehmer die Belastungen und Herausforderungen erkennen, denen die Mutter der Kinder /die Partnerin durch die eigene Inhaftierung ausgesetzt sind und die Leistungen, die die diese Frauen erbringen wertschätzen können. Aus einer systemischen Perspektive kann vermutet werden, dass hier Wechselwirkungsprozesse im Sinne einer zirkulären Kausalität wirksam werden. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vaterrolle verändert die Wahrnehmung der Partnerin bzw. Mutter der Kinder, diese wiederum wirkt in die Beziehungen im Subsystem Eltern und im Subsystem der Paarbeziehung.

Schließlich wurden an den Aussagen der Teilnehmer deutlich, dass sie einen eindeutigen Zusammenhang sehen zwischen den Bedingungen, denen sie als Insassen der JVA unterliegen und den Möglichkeiten ihre Vaterrolle leben zu können. In dieser Kategorie wurden Schilderungen der Teilnehmer hinsichtlich der Auswirkungen auf das familiäre Zusammenleben durch die eigene Inhaftierung zusammengefasst, aber auch Auswirkungen auf sonstige Bereiche des Lebens wurden thematisiert. Alle Teilnehmer machen deutlich, dass eine Inhaftierung immer eine einschneidende Phase im Leben darstellt, die vor allem negative Folgen für das spätere Leben hat. Allerdings machen einige Teilnehmer auch die Erfahrung, dass die Haftzeit bei ihnen zu neuen Prioritäten im Leben geführt hat. Insbesondere schildern die Väter, dass ihnen der Raum fehlt, ihre Vaterrolle auch aktiv mit ihren Kindern zu gestalten. *„[...] Also, ich bin zwar Zuhause, also von der Arbeit [...] für ein paar Stunden [...] Ich erlebe zwar mit meinem Kind [...] aber nicht so, dass der Vater da gerade ist. Also mein Wunsch, dass ich mein Kind in Kindergarten bringe [...] Oder ihn vom Kindergarten abzuholen. Mit ihm einkaufen. Rausgehen. Das habe ich im Moment nicht. Also spielen, okay. Wenn das Wetter gut ist, dann gehe ich natürlich draußen mit ihm spielen. Aber das fehlt mir als Vater zum Beispiel [...]“*.

Als Zwischenergebnis kann festgestellt werden: Die Forschungsergebnisse verdeutlichen, dass eine aktive Vaterschaft trotz einer Inhaftierung möglich und nötig ist, denn „Vater sein“ hört nicht am Gefängnistor auf. Vielmehr wird an den Erfahrungen der Kursteilnehmer deutlich, dass sie sich auch vor der Haft aktiv mit der eigenen Vaterrolle auseinandergesetzt haben. Die Inhaftierung führt dazu, dass die Männer eine Einschränkung in der Ausübung der Vaterrolle erleben und diesem Aspekt ihres Lebens eine neue und ggf. höhere Priorität einräumen. Bei der Auseinandersetzung mit den durch die Haft veränderten Rollenanforderungen - so zeigen die Ergebnisse - kön-

nen die Väter eine professionelle Begleitung durch Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in Form eines Väterkurses annehmen und durch die Inhalte der bearbeiteten Themen ihr Verständnis vom Vatersein reflektieren und (neu) gestalten.

5. Zusammenfassung und Perspektiven

Im Zentrum der Evaluation standen die Fragen nach der Zufriedenheit der Teilnehmer und die Wirksamkeit des Angebots bezogen auf die teilnehmenden Väter und ihr soziales Umfeld. Abschließend soll auf die Ergebnisse und die Perspektiven des Väterkurses thesehaft eingegangen werden.

These 1: Die Konzeption des Väterkurses knüpft an den Interessen und Bedarfen inhaftierter Väter an

Dies zeigt sich an dem großen Interesse am Infoabend in der JVA und daran, dass die Teilnehmer trotz eines schwierigen Zeitmanagements hinsichtlich der Arbeitsstellen immer wieder an den Kurstreffen teilgenommen haben. Trotz der zeitlichen Belastung würden die Teilnehmer den Kurs allen weiterempfehlen und die Mehrzahl würde bei Bedarf einen solchen oder ähnlichen Kurs erneut besuchen. Die Väter sind sensibilisierter für ihre Bedarfe an Austausch und Unterstützung.

These 2: Väterkurse bieten Männern die Möglichkeit, sich auszutauschen und voneinander zu lernen.

Alle Teilnehmer geben an, dass ein Gruppenangebot für sie das richtige Setting war. Insbesondere der so zustande gekommene Austausch mit anderen Vätern (und auch andere kulturelle Erziehungsvorstellungen) war bereichernd. Ebenfalls gaben die Väter an, eigene Fragestellungen und Themen in die Kurstreffen eingebracht zu haben, was darauf hindeutet, dass die Teilnehmer eine offene und wertschätzende Gruppenatmosphäre erlebt haben.

These 3: Väterkurse erweitern die Sicht und führen zu neuen Erkenntnissen

Die Teilnehmer geben an, dass sie aus ihrer Sicht auch vor der Inhaftierung bzw. vor dem Kurs „gute Väter“ waren. Sie haben allerdings (in der Mehrzahl) erkannt, dass eine Inhaftierung die gemeinsame Zeit mit den Kindern beeinflusst und auch Rollen und Verantwortungen im Familiensystem sich dadurch ändern. Sie erleben die gemeinsame Zeit mit den Kindern bewuss-

ter und überlegen sich, wie sie die wenige gemeinsame Zeit verbringen können.

These 4: Väterkurse fördern die väterlichen Erziehungskompetenzen

Fast alle Teilnehmer konnten konkrete Situationen benennen, in denen sie Inhalte oder Erfahrungen aus dem Kurs dazu genutzt haben, um die Interaktion mit ihren Kindern neu bzw. kindgerechter zu gestalten. Dies zeigt deutlich, dass die Teilnehmer sich durch den Kurs aktiv mit ihrer Vaterrolle auseinandergesetzt haben und Inhalte bewusst auf das Familienleben übertragen konnten.

These 5: Väterkurse wirken positiv im System Familie und verändern nicht nur die Vater-Kind-Beziehung, sondern auch die Eltern- bzw. Paarbeziehung

Die Teilnehmer geben in der Mehrzahl an, dass Sie auch in ihrem sozialen Netzwerk (insbesondere Partnerin und Freunde) über den Kurs und seine Inhalte gesprochen haben, was auf einen Transfer in den Alltag hindeutet. Hinzu kommt, dass die Männer eine veränderte, wertschätzendere Sicht auf die Familienleistungen der zurückbleibenden Partnerin entwickelt haben. Sie erkennen die Doppelbelastungen der Frauen mehr an. Insofern können die Erkenntnisse des Väterkurses über Rückkoppelungsprozesse bis in die Beziehungsebene des Paares wirken und auch dort Veränderungen bewirken. Auch der geäußerte Wunsch eines gemeinsamen Elternkurses mit den Partnerinnen bzw. Müttern der Kinder deutet auf die Wirkung bezogen auf das System Familie hin.

Die genannten fünf Ergebnisthesen spiegeln sich auch in der Reflexion der durchführenden Fachkräfte wieder. Diese geben an, dass sie bei den Teilnehmern eine hohe Motivation in der Auseinandersetzung mit Themen im Gruppenkontext wahrgenommen haben und dass die Väter dabei immer die Meinungen anderer respektiert haben, wenn auch nicht immer geteilt. Allerdings konnten die Fachkräfte auch die nach außen getragene Abwehr wahrnehmen, sich auf Veränderungen in der eigenen Haltung einzulassen. Möglicherweise hat dies auch mit der Konstruktion von Männlichkeit und den damit zugeschriebenen Verhaltensweisen zu tun. "A heightened display of masculinity may serve a protective function so that the inmate appears 'tough' to peers, thus minimizing the potential of victimization; however, this inmate identities, perhaps useful in surviving prison, is antithetical to the father identity. Inmate identities are a result of isolation from society

and family and necessitate some distancing from outside ties." (Arditti 2012, S. 76)

In den Interviewverläufen wurde weiterhin beobachtet, dass die Teilnehmer zunächst signalisieren, dass sie auch vor dem Kurs (oder ohne den Kurs) ein klares Bild davon hatten, was einen „guten“ Vater ausmacht und sie diesen Anforderungen auch vor der Haft entsprochen haben. Diese Signale sind sicherlich unter dem Aspekt der sozialen Erwünschtheit und einer vorherig stattfindenden Auseinandersetzung mit der eigenen Vaterrolle nachvollziehbar und verständlich. Es ist darum positiv festzustellen, dass die Väter im Rahmen des Kurses ihrer Vaterrolle bewusster geworden sind und diese erweitert haben. Alle diese Ergebnisse sprechen dafür, dass das Thema „Vaterrolle und Vatersein“ systematischer in den Vollzug integriert werden muss. Studien zeigen, dass die Stärkung der Vaterrolle im Rahmen des Strafvollzuges ein wichtiger Faktor für die Resozialisierung eines Inhaftierten darstellt (Arditti 2012). Insofern hätte die Berücksichtigung der Vaterschaft nicht nur einen resozialisierenden Effekt für den Inhaftierten, sondern darüber hinaus würden im Sinne des Artikels 3 der UN-Kinderrechtskonvention, der besagt, dass bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt werden muss, die Rechte der betroffenen Kinder gestärkt werden. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat im Rahmen einer Expertenanhörung deutlich gemacht, dass „(D)ie Erhaltung der Bezugsperson und die Verhinderung des Abbruchs der Beziehung des Kindes zu seinem inhaftierten Elternteil aus einer kindzentrierten Betrachtung eine wichtige Herausforderung (ist)“ (Deutscher Bundestag 2012, S.3).

These 6: Die Auseinandersetzung der Männer mit ihrer Vaterrolle und dem Vatersein unter den Bedingungen der Haft hat direkte und indirekte Auswirkungen auf die Lebensqualität der Kinder

Wenn Männer in Haft sich aktiv mit ihrer Vaterrolle auseinandersetzen, dann profitieren auch die Kinder davon. Der Väterkurs öffnet Räume, in denen die Kinder die Möglichkeit haben, trotz eingeschränkter zeitlicher Möglichkeiten die Zuwendung und Aufmerksamkeit des Vaters zu erleben. Dadurch kann trotz erschwelter Rahmenbedingungen eine tragfähige Beziehung zum Vater aufgebaut werden. Die Beziehungsqualität zu Vater und Mutter wiederum ist ein wichtiger Schutzfaktor für die Bewältigung des durch die Inhaftierung des Vaters veränderten Alltags. Systemisch betrachtet wirkt der Väterkurs somit weit über die Person des Vaters hinaus und verändert sowohl die Beziehungsstrukturen innerhalb des Systems als auch

die Lebenssituation der einzelnen Mitglieder des Systems, insbesondere der Kinder.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der Väterkurs ein gelingendes Pilotprojekt war, das den großen Bedarf eines solchen Angebotes aufgezeigt hat. Die Anregungen aus der Evaluation können zur Weiterentwicklung des Angebotes genutzt werden. Der Bedarf an solchen Angeboten ist jedoch nicht nur im offenen, sondern auch im geschlossenen Vollzug vorhanden. Im geschlossenen Vollzug sind die Voraussetzungen einer aktiven Vaterschaft wesentlich schwieriger, so dass es ein Väterkurs sicherlich nur ein Aspekt eines (väter-)freundlichen Strafvollzugs sein kann.

Literatur

- Arditti, Joyce A. (2012): Parental Incarceration and the Family : Psychological and Social Effects of Imprisonment on Children, Parents, and Caregivers. NYU Press
- Bereswill, Mechthild & Hellwig, Julia (2012): Hafterleben von Frauen mit Kindern: eine qualitative Fallstudie. In: Soziale Probleme 23 (2012), 2, S. 182-215. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-428612>.
- Busch, Max (1989): Kinder inhaftierter Väter. Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe 03/1989, S. 131-138.
- COPING-Konsortium (2012): Kinder Inhaftierter – Maßnahmen und Schutzmaßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit. (BAG-S Arbeitsübersetzung einer COPING Infobroschüre der Ergebniskonferenz am 6.11.2012 in Brüssel), in: Informationsdienst Straffälligenhilfe, Heft 3/2012, S. 46-51
- Dehn, Britta (2016): „Aber auf jeden Fall: Väter brauchen ihre Chance.“ Qualitative Studie mit Vätern im offenen Vollzug der Justizvollzugsanstalt Bremen zu Väterlichkeit und daraus resultierende Empfehlungen für die Gestaltung eines Kompetenztrainings. Bachelorarbeit, Hochschule Bremen.
- Deutscher Bundestag (2011): Drucksache 17/7231, 17. Wahlperiode 29. 09. 2011. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Dörner, Ekin Deligöz, Kai Gehring weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/6984 – Situation von Kindern, deren Eltern in Haft sind.
- Deutscher Bundestag (2012): Drucksache 17/11578, 17. Wahlperiode 20. 11. 2012. Antrag der Abgeordneten Katja Dörner, Jerzy Montag, Ekin Deligöz, Kai Gehring, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner, Krista Sager, Ulrich Schneider, Arfst Wagner (Schleswig) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rechte der Kinder von Strafgefangenen und Inhaftierten wahren.

- Helferrich, Cornelia (2009): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 3. überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Li, Xuan & Zerle-Elsässer, Claudia & Entleitner-Phleps, Christine & Schier, Michaela (2015): Väter (2015): Wie aktiv sind sie, wie geht es ihnen und was brauchen sie? München.
- Justizvollzugsanstalt Bremen (2015): Konzept der Vollzugsabteilung 27. <https://www.jva.bremen.de/sixcms/media.php/13/Konzept+Offener+Vollzug.pdf>
- Kawamura-Reindl, Gabriele & Schneider, Sabine (2015): Lehrbuch Soziale Arbeit mit Straffälligen. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Landtag Nordrhein-Westfalen (2013): 16. Wahlperiode. Drucksache 16/3453. 02.07.2013. Antrag der Fraktion der FDP: Rechte minderjähriger Kinder inhaftierter Elternteile einheitlich in NRW gewährleisten.
- Ott, Marion (2012): Klein(st)kinder mit ihren Müttern in Haft. Eine ethnographische Studie zu Entwicklungsbedingungen im (offenen und geschlossenen) Strafvollzug. Forschungsbericht einer Pilotstudie in Mutter-Kind-Heimen des offenen und geschlossenen Vollzugs einer Justizvollzugsanstalt. Frankfurt am Main., http://www.pedocs.de/volltexte/2012/5768/pdf/Ott_2012_Kleinstkinder_mit_ihren_Muettern_in_Haft_D_A.pdf.
- Roggenthin, Klaus (2015): Kinder Inhaftierter - Vom Verschiebepark auf den Präventionsgleis. In: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2015, www.praeventionstag.de/dokumentation.cms/3209.
- Sandmann, Johannes & Knapp, Nicole 2018: Mehr Familie wagen – die längst überfällige Familienorientierung im Strafvollzug- In: B. Maelicke & S. Suhling (Hrsg.): Das Gefängnis auf dem Prüfstand, Edition Forschung und Entwicklung in der Strafrechtspflege, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 176-194.
- Seedorf, Marie (2016): Bericht zur quantitativen Erhebung im offenen Vollzug der JVA Bremen. Eigendruck Hochschule Bremen.
- Seiffge-Krenke, Inge (2016): Väter, Männer und kindliche Entwicklung. Ein Lehrbuch für Psychotherapie und Beratung. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Statistisches Bundesamt (2016): Fachserie 10, Reihe 4.1.
- Ramsauer, B. (2017): Die Bedeutung des Vaters in der frühen Kindheit: Folgerungen für die Mutter-Kind-Behandlung. In: Psychotherapie Forum 22, S.41–47.

III. Gesundheitsbezogene Analysen und Perspektiven

Burnout aus psychologischer Sicht – ein kontroverses Konzept

Gabriele Schäfer

1. Einführung

Burnout wird von Psychologen, Ärzten und Psychiatern unterschiedlich bewertet und in Fachkreisen kontrovers diskutiert. Um diese Diskussion aufzugreifen, werden zunächst die Kriterien für psychische Gesundheit aufgeführt. In modernen Gesellschaften ist es nicht immer einfach, psychische Gesundheit und damit auch Lebensqualität aufrechtzuerhalten. Mittlerweile sind Stress und psychische Gefährdungen am Arbeitsplatz im 21. Jahrhundert eines der zentralen Herausforderungen der Arbeitswelt. Die Arbeitsbedingungen moderner Gesellschaften verursachen immer mehr psychische Erkrankungen, wie zum Beispiel Burnout und depressive Erkrankungen (Hasselhorn & Portuné 2010). Deshalb soll auf die Bedeutung von psychischen Erkrankungen für die Arbeitswelt eingegangen werden. Depression und Burnout können sich, was die Symptomatik angeht, zum Teil überschneiden. Müdigkeit, Antriebslosigkeit und das Gefühl der Leere sind zum Beispiel Symptome, die sich beiden Krankheitsbildern zuordnen lassen. Aus diesem Grund werden die Krankheitsbilder und Symptome beider Erkrankungen dargestellt. Bekanntermaßen stellt Burnout noch keine klinische Diagnose für eine psychische Störung dar und so spaltet die Frage nach der klaren Abgrenzung dieser Erkrankung die Fachwelt. Auf diese kontrovers geführte Diskussion soll hier Bezug genommen werden. Anschließend werden die Ursachen von Burnout analysiert und Präventionsmaßnahmen vorgestellt.

2. Psychische Gesundheit

Laut Gerrig (2015) stellt man sich „Psychische Gesundheit“ am besten als Kontinuum vor. „Der Unterschied zwischen Normalität und Abweichung ist weniger der Abstand zwischen zwei voneinander unabhängigen Verhaltensformen als vielmehr ein gradueller Unterschied, der das Ausmaß erfasst, in dem die Handlungen einer Person dem Kriterium einer psychischen Störung entsprechen“ (Gerrig 2015, S. 552). Dabei arbeiten individuelle Gruppen- und Umweltfaktoren zusammen und gewährleisten:

- Subjektives Wohlbefinden
- Optimale Entwicklung und Nutzung geistiger Fähigkeiten
- Zielerreichung in Übereinstimmung mit dem Gesetz
- Grundlegende Gleichbehandlung

Am anderen Ende des Spektrums befinden sich dagegen:

- Erleben von subjektivem Stress
- Beeinträchtigung oder Unterentwicklung geistiger Fähigkeiten
- Verfehlen von Zielen
- Destruktives Verhalten
- Verfestigung von Ungleichbehandlung.

(Gerrig & Zimbardo 2008, S. 550)

Die oben genannten problematischen Aspekte am Ende des Kontinuums wirken sich negativ auf die Lebensqualität des Einzelnen aus. Lebensqualität kann als ein Sammelbegriff für all die Faktoren verstanden werden, die die positiven Lebensbedingungen (wie zum Beispiel der materielle Lebensstandard, Bildung, Berufschancen, sozialer Status, Gesundheit und Natur) in einer Gesellschaft für deren Mitglieder ausmachen und bestimmen. Der Grad des subjektiven Wohlbefindens einzelner Personen oder Gruppen von Menschen ist für die Lebensqualität von großer Bedeutung. Menschen, die psychische Beeinträchtigungen erleben oder gar unter einer psychischen Störung leiden, erfahren häufig eine beträchtliche Einschränkung ihrer Lebensqualität. Die Diagnose, die einen Menschen als abweichend oder psychisch gestört einstuft, beruht immer auf einer Beurteilung von Verhaltens-

weisen. Psychologen bemühen sich natürlich bei der Diagnostik, so objektiv und wissenschaftlich wie möglich vorzugehen (s. Hautzinger & Thies 2009; Gerrig 2015). Allerdings ist Objektivität bei diesem Prozess nicht immer gewährleistet. Es ist historisch belegt, dass Personen als „abweichend“ oder „abnormal“ beurteilt wurden, um die politische, finanzielle, moralische und religiöse Macht bestimmter Menschen und Gruppen zu legitimieren. Homosexualität wurde zum Beispiel von der *American Psychiatric Association* im *Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders II (DSM II)* bis 1973 als psychische Störung klassifiziert. Da die Bezeichnung eines Menschen als „abnorm“ oder „abweichend“ dazu führen kann, dass Individuen spätere Handlungsmuster und Verhaltensweisen in einer Weise interpretieren, die dieses Urteil dann auch bestätigen, ist es möglich, dass die Betroffenen durch diesen Prozess der Stereotypisierung geschädigt werden können. Dieser psychische Prozess wird als „Bedrohung durch Stereotype“ in der Sozialpsychologie bezeichnet (s. Aronson, Wilson & Akert 2014, S. 490). Man kann davon ausgehen, dass vor 1973 manche homosexuelle Menschen durch die Einordnung ihrer sexuellen Orientierung als psychische Störung tatsächlich psychische Störungen entwickelt haben. Daraus kann geschlossen werden, dass psychische Gesundheit von gesellschaftlichen und kulturellen Normen und Zwängen beeinflusst werden kann. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) (2006, o. S.) definiert psychische Gesundheit als einen „Zustand des Wohlbefindens, in dem eine Person ihre Fähigkeiten ausschöpfen, die normalen Lebensbelastungen bewältigen, produktiv arbeiten und etwas zu ihrer Gemeinschaft beitragen kann.“ Subjektive und normative Aspekte des individuellen und gesellschaftlichen Lebens werden in dieser Definition erfasst. Daraus ergeben sich eine Reihe von wichtigen Fragestellungen: Welche psychologischen Überzeugungen und Denkmuster befähigen Menschen dazu, eigene Fähigkeiten auszuschöpfen, produktiv zu arbeiten und einen konstruktiven Beitrag in ihrer Gemeinschaft leisten zu können? Bis zu welchem Grad sollten Menschen versuchen, den ständig steigenden gesellschaftlichen Erwartungen nach Erfolg und Produktivität zu entsprechen?

3. Die Bedeutung von psychischer Erkrankung für die Arbeitswelt

Laut der „Anti Stress Verordnung“ der IG Metall (2012) sind Stress und psychische Gefährdungen am Arbeitsplatz im 21. Jahrhundert die zentralen

Herausforderungen der Arbeitswelt. Die Verbindung von psychischen und physischen Gesundheitsproblemen und psychischen Belastungen in der Arbeitswelt ist wissenschaftlich gut belegt worden (Hasselhorn & Portuné 2010). Beschäftigte, die von chronischem Arbeitsstress leiden, weisen im Durchschnitt ein etwa doppelt so hohes Risiko auf, von psychischen Krankheiten betroffen zu sein wie Beschäftigte ohne entsprechende Belastungserlebnisse in ihrer Arbeitsumgebung (Siegrist, Dragano & Wahrendorf 2010). Die Ursachen psychischer Erkrankungen, die durch die Arbeit bedingt sind, sind auch Gegenstand einer Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Dieses Forschungsprojekt weist den Zusammenhang der Arbeitsintensität mit dem Auftreten von Depressionen nach. Das Ergebnis zeigt, je höher die Arbeitsdichte ist, desto häufiger treten Depressionen und depressive Verstimmungen auf (BAuA-Forschungsbericht 2010). Faktoren in der modernen Arbeitswelt, die die Gesundheit der Beschäftigten besonders gefährden, sind fortgesetzte Arbeitsverdichtung (häufig in Kombination mit eingeschränktem Entscheidungsspielraum bei der Bewältigung von Aufgaben), lange Arbeitszeiten über mehrere Jahre hinweg (täglich mehr als 11 Stunden), niedrige Löhne, begrenzte Aufstiegschancen, mangelnde Arbeitsplatzsicherheit, fehlende Anerkennung bei hohem Arbeitseinsatz und konflikthafte Beziehungen zwischen Vorgesetzten und abhängig Beschäftigten, die durch mangelnde Fairness gekennzeichnet sind (s. Siegrist 2012, Anti Stress Verordnung der IG Metall). Für jeden der oben genannten Faktoren sind in Langzeitstudien erhöhte Risiken des Auftretens stressassoziierter Erkrankungen wie zum Beispiel Depressionen und koronare Herzkrankheiten nachgewiesen worden (Schnall, Dobson & Roskam 2009). Hinzu kommen seit einiger Zeit weitere Formen der Beanspruchung durch neue Muster der Arbeitsorganisation. Dazu gehören beispielsweise Entgrenzung und Flexibilisierung der Arbeit durch Einsatz elektronischer Medien, individualisierte Zielvereinbarungen und ein steigender Rationalisierungsdruck und Personalabbau (s. Siegrist 2012, Anti Stress Verordnung der IG Metall). Gerade der Personalabbau in Unternehmen („Downsizing“) führt oft zu negativen Folgen für die Gesundheit und Leistungsmotivation der Beschäftigten, was wiederum auch für die Unternehmen unbeabsichtigte negative Konsequenzen nach sich zieht kann (Cooper, Pandey & Quick 2012). Diese Arbeits- und Lebensbedingungen können bei chronischer Überlastung bei manchen Menschen zu Angststörungen, Depression und Burnout führen. Es stellt sich die Frage, ob das „Burnout“-Etikett nur erfunden wurde, um den psychischen und zum Teil auch physischen Zusammenbruch des Einzelnen als ein nur

ihn/sie betreffendes Krankheitsbild abzustempeln. Die Pathologisierung des Einzelnen kann die hohe Belastung von Seiten des Arbeitgebers und chronische Überlastung eines gesellschaftlichen Systems gut verdecken. Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) führte bis 2010 eine Metaanalyse aller Gesundheitsreporte der gesetzlichen Krankenkassen seit dem Jahr 2000 durch. Die wichtigsten Erkenntnisse aus den Metaanalysen sind:

- Der Anteil der Ausfalltage durch psychische Erkrankungen nimmt in diesem Zeitraum deutlich zu.
- Psychische Erkrankungen gehören zu den Krankheitsbildern mit den längsten Ausfallzeiten und Krankschreibungen.
- Der Anstieg der Ausfalltage durch die Zunahme der Krankheitsfälle ist bei psychischen Erkrankungen besonders ausgeprägt.

Die Metaanalyse zeigt, dass die depressiven Episoden und Belastungsreaktionen dominant sind (BPTK 2010, S. 6f.) und dass bei Depression eine erheblich erhöhte Dauer der Krankschreibung zu verzeichnen ist. Generell ist der Anstieg der Ausfalltage durch die Zunahme der Krankheitsfälle bei psychischen Erkrankungen besonders ausgeprägt. (s. Kaschka, Korczak & Broich 2011; Schmiede 2011, S. 115). Im Jahr 2012 wurden psychische Störungen in Deutschland für mehr als 53 Millionen Krankheitstage verantwortlich gemacht (Hillert, 2014). Außerdem waren sie für 41% der Frühverrentungen verantwortlich (DAK-Gesundheitsreport 2013, Lohmann-Haislach 2012, S. 3 – Vorwort der Bundesministerin Dr. U. von der Leyen). Die Brisanz der Thematik wird auch dadurch deutlich, dass sich die Politik damit beschäftigen muss. So zeigte eine sogenannte *Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken* vom 5.4.2012 u.a., dass psychische Belastungen am Arbeitsplatz zugenommen haben. Die Zahl der Menschen, die wegen psychischer Störungen ins Krankenhaus mussten, hat in den vergangenen 20 Jahren um 129% zugenommen (Barmer GEK, Report Krankenhaus 2011). Nahezu jeder zehnte Ausfalltag konnte im Jahr 2010 auf eine psychische Erkrankung zurückgeführt werden (Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK). Auch was das Krankheitsbild Burnout angeht, wird diese Diagnose immer häufiger gestellt. Zwischen 2004 und 2010 sind die Krankheitstage wegen Burnout fast um das Neunfache angestiegen (Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK). Da das Burnout Syndrom die Grundlage zahlreicher Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen bildet, konstituiert es mittlerweile einen wichtigen gesundheitsökonomischen Faktor. Hinsichtlich seiner wissen-

schaftlichen Begründung, Klassifikation, Diagnostik und Therapie besteht jedoch laut Kaschka et al. (2011, S. 781) ein erheblicher Forschungsbedarf. Sie fordern, dass aufgrund des derzeitigen Forschungsstands der Begriff Burnout möglichst nicht als Diagnose und Grundlage für sozialrechtliche Entscheidungen herangezogen werden soll. Viele Psychologen und Ärzte ordnen das Burnout eher der psychischen Störung der Depression (oder auch der Neurasthenie) zu. Diesbezüglich werde ich zunächst kurz auf den Begriff der Depression eingehen.

4. Daten und Fakten zu Depression

In der Psychiatrie wird die Depression den affektiven Störungen zugeordnet. Die Depression ist die am häufigsten auftretende psychische Erkrankung. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass weltweit ca. 322 Millionen Menschen von Depressionen betroffen sind (WHO 2017), was mehr als 4,4 % der Weltbevölkerung betrifft. Für Deutschland schätzt die WHO die Zahl der Menschen mit Depressionen auf 4,1 Millionen, 5,2 % der Bevölkerung. Diese Schätzungen gehen auf eine Studie zurück, die in mehreren europäischen Ländern parallel durchgeführt wurde (Alonso et al. 2004). Das Morbiditätsrisiko liegt im Fall einer depressiven Störung bei bis zu 12% für Männer und bis zu 26% für Frauen (Hautzinger 1997).

Anzeichen einer Depression

Im gegenwärtig verwendeten medizinischen Klassifikationssystem in Deutschland, der *Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision, German Modification* (ICD 10 GM) lautet die Krankheitsbezeichnung *depressive Episode* oder *rezidivierende (wiederkehrende) depressive Störung* (s. Hautzinger & Thies 2009, Gerrig 2015). Laut ICD 10, F32 leidet die betroffene Person für die Dauer von mindestens zwei Wochen gewöhnlich unter folgenden Symptomen:

- einer gedrückten Stimmung
- Verlust von Interesse und Freude
- erhöhte Ermüdbarkeit
- einer Verminderung von Antrieb und Aktivität

- Beeinträchtigung der Konzentration
- Appetitstörungen
- Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls und des Selbstvertrauens.

Im ICD 10 wird zwischen den typischen leichten (F32.0), mittelgradigen (F32.1) oder schweren (F32.2 und F32.3) depressiven Episoden unterschieden. Bei allen depressiven Episoden leidet der betroffene Patient unter einer Verminderung von Antrieb und Aktivität und einer gedrückten Stimmung. Die Fähigkeit zu Freude, das Interesse und die Konzentration sind vermindert. Nach jeder kleinsten Anstrengung kann ausgeprägte Müdigkeit auftreten. Der Appetit ist häufig vermindert und der Schlaf ist meist gestört. „Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen sind fast immer beeinträchtigt. Sogar bei der leichten Form kommen Schuldgefühle oder Gedanken über eigene Wertlosigkeit vor. Die gedrückte Stimmung verändert sich von Tag zu Tag wenig, reagiert nicht auf Lebensumstände und kann von so genannten "somatischen" Symptomen begleitet werden, wie Interessenverlust oder Verlust der Freude, Früherwachen, Morgentief, deutliche psychomotorische Hemmung, Agitiertheit, Appetitverlust, Gewichtsverlust und Libidoverlust. Abhängig von Anzahl und Schwere der Symptome ist eine depressive Episode als leicht, mittelgradig oder schwer zu bezeichnen“ (ICD 10 GM, <http://www.icd-code.de/icd/code/F32.1.html>).

Bei einer leichten depressiven Episode (F32.0) sind gewöhnlich mindestens zwei oder drei der oben angegebenen Symptome vorhanden. Der betroffene Patient ist im Allgemeinen davon beeinträchtigt, aber oft in der Lage, die meisten Aktivitäten fortzusetzen. Bei der mittelgradig depressiven Episode (F32.1) sind normalerweise vier oder mehr der oben angegebenen Symptome vorhanden, und der betroffene Patient hat meist große Schwierigkeiten, alltägliche Aktivitäten fortzusetzen. Die schwere depressive Episode (F32.2 und F32.3) zeichnet sich durch das Erleben von mehreren oben angegebenen und äußerst quälenden Symptomen aus. In der Regel bestehen ein Verlust des Selbstwertgefühls und Gefühle von Wertlosigkeit und Schuld. Suizidgedanken und -handlungen sind häufig und meist liegen einige somatische Symptome vor. Bei schweren depressiven Episoden mit psychotischen Symptomen (F32.3) kommen noch die Symptome der Halluzinationen, Wahnideen, psychomotorischen Hemmungen oder Stupor hinzu, die so schwer ausgeprägt sein können, dass alltägliche soziale Aktivitäten nicht

mehr möglich sind. Außerdem besteht Lebensgefahr durch Suizid und mangelhafte Flüssigkeits- und Nahrungsaufnahme.

Generell können depressive Erkrankungen mit körperlichen Symptomen einhergehen. Es kann zu folgenden Beschwerden kommen (s. Hautzinger & Jong-Meyer 1998):

1. Appetitlosigkeit
2. Schlafstörungen
3. Gewichtsabnahme, Gewichtszunahme („Kummerspeck“)
4. Schmerzen in ganz unterschiedlichen Körperregionen, am typischsten mit einem quälenden Druckgefühl auf der Brust
5. Während einer depressiven Episode ist die Infektionsanfälligkeit erhöht

Auch im Hinblick auf die oben genannten physischen Symptome einer Depression besteht eine Reihe von Überschneidungen mit dem Burnout-Syndrom. Im Folgenden wird auf das Beschwerdebild des Burnouts eingegangen. Während es für die Behandlung von Depressionen eine Reihe von wirksamen therapeutischen und medikamentösen Maßnahmen gibt, besteht bei Burnout immer noch ein mangelnder Kenntnisstand über die richtigen therapeutischen Interventionen.

5. Das Phänomen Burnout und seine Kontextbedingungen

5.1 Burnout: Eine Begriffserklärung

Am Anfang der 1970er Jahre wurde Burnout vom Amerikaner Herbert Freudenberger in die wissenschaftliche Debatte eingeführt (Freudenberger 1974). Freudenberger war ein deutsch-amerikanischer klinischer Psychologe und Psychoanalytiker und veröffentlichte 1974 den ersten wissenschaftlichen Artikel zum Thema Burnout. Er sah das Krankheitsbild als Folge sowohl physischer als auch psychischer Überlastung an, was sich vor allem bei Menschen in helfenden Berufen durch Symptome wie zum Beispiel emotionaler Erschöpfung, nachlassender Leistungsfähigkeit, einer zunehmenden Gleichgültigkeit und Depersonalisierung gegenüber Familienangehörigen, Freunden und Kollegen äußern konnte. Diese Beschreibung des Begriffs findet

man auch in der modernen Psychologie wieder. So definiert Gerrig (2015, S. 500) einen Burnout wie folgt: „Burn-out im Beruf ist ein Syndrom aus emotionaler Erschöpfung, Depersonalisation und reduziertem persönlichen Engagement.“ Burnout geht mit höheren Fehlzeiten am Arbeitsplatz, schlechter persönlicher Gesundheit, mit häufigerem Ressortwechsel, schlechteren Leistungen im Beruf und eingeschränkten Beziehungen zu Mitarbeitern und familiären Problemen einher (Maslach & Leiter 2008). Es besteht in der Fachwelt eine weitgehende Einigkeit darüber, dass Burnout „ein schleichend einsetzender und langwieriger Prozess ist“ (Reiners-Kröncke, Röhrig & Specht 2010, S. 14). Allerdings gibt es laut Reiners-Kröncke et al. (2010) scheinbar keinen wissenschaftlichen Konsens darüber, wie lange dieser Prozess andauern kann. Bisher gibt es keine einheitliche oder international konsentrierte Definition des Burnout Syndroms (Hillert 2014). Reiners-Kröncke et al. (2010, S. 11) zufolge führt diese begriffliche Ungenauigkeit „bis in die heutige Zeit zu einer immensen Definitions- und Abgrenzungsproblematik und zieht sich wie ein roter Faden durch die wissenschaftliche Auseinandersetzung.“ In der ICD 10 gibt es in den Kapiteln der Krankheitsbilder keinen entsprechenden Diagnoseschlüssel für das Burnout-Syndrom. Allerdings wird im ICD-10 unter den „verwandten Gesundheitsproblemen“ im Kapitel XXI (Notation Z, „Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen“) die Subkategorie ICD-10 Z73.0 „Ausgebranntsein: Burn-out, Zustand der totalen Erschöpfung“ aufgeführt. Die Diagnose „Burnout“ ist gegenwärtig also nicht als Krankheit anerkannt und wird zum Teil auch als Modebegriff angesehen.¹

¹ In einem Interview von *Medscape Deutschland* mit **Prof. Dr. Wolfgang Maier**, Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Universitätsklinikum Bonn und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN), über die seit 2013 gültige fünfte Auflage des dominierende psychiatrischen Klassifikationssystems *Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders* (DSM; englisch für *Diagnostischer und statistischer Leitfaden psychischer Störungen*) in den USA erklärte er, dass epidemiologische Daten dafür sprechen, das Burnout-Syndrom in dem Klassifikationssystem des DSM als eigenständige Krankheit aufzunehmen (s. Medscape 2018, online). Dagegen sprechen jedoch seiner Meinung nach „die diagnostische Unschärfe und die potentiellen Folgen für das Gesundheitssystem.“ Da eine Krankheitsdiagnose auch die Inanspruchnahme und Erstattung medizinischer Leistungen rechtfertigt, würde die Diagnose eines Burnouts in großer Zahl bei knappen personellen und finanziellen Ressourcen das System überfordern und es bestünde eine Gefährdung von der Versorgung von Menschen mit schwersten Erkrankungen. Die WHO hat im Juni 2018 einen Entwurf der 11. Revision der **Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD 11)** vorgestellt. Die ICD 11 soll 2019 durch die Weltgesundheitsversammlung (World Health Assembly, WHA) verabschiedet werden. Allerdings ist es bisher noch unklar, wann es in

Trotzdem wird in der medizinischen Praxis diese Diagnose häufig gestellt und als Ausgangspunkt für Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen und Therapien herangezogen (s. Kaschka et al. 2011, S. 781). So gilt sie häufig als (Erschöpfungs-)Depression, der aber aufgrund des geänderten Begriffs das Stigma genommen wird. Da Burnout nach einem Leiden der „Tüchtigen“ klingt (man muss erst einmal „gebrannt“ haben) wird die Depression im Gegensatz dazu als das Leiden der angeblich Schwachen konstruiert (s. Hillert 2014). Die Diagnose Burnout oder das Burnout-Syndrom kann als ein Oberbegriff für ganz unterschiedliche persönliche Krisen verstanden werden. Diese Krisen können mit unauffälligen Frühsymptomen beginnen und in Arbeitsunfähigkeit oder sogar Suizid enden.

5.2 Das Beschwerdebild und Symptome eines Burnouts

Die Symptomatologie von Burnout ist außerordentlich komplex und umfasst Symptome wie z.B. körperliche und emotionale Erschöpfung, sozialer Rückzug, offensichtliche Verhaltensänderungen, Panikattacken und Depersonalisierung (s. Hillert 2014; Gerrig 2015). Burnout kann weiterhin zu psychischen Störungen, wie beispielsweise Depression, generalisierte Angsterkrankung, posttraumatische Belastungsstörung, Chronic Fatigue Syndrome und Suchterkrankungen führen (Korczak, Kister & Huber 2010). Auch eine Reihe von physischen Symptomen und Erkrankungen können laut Korczak et al. (2010) auftreten, wie zum Beispiel degenerative Erkrankungen des zentralen Nervensystems, Diabetes, entzündliche Systemerkrankungen, Schlafapnoe-Syndrom, Restless-legs-Syndrom, Herzinsuffizienz und Niereninsuffizienz. Vergleicht man diese Erkrankungen mit den physischen Begleiterkrankungen einer Depression, die oben dargestellt wurden, so wird man eine Reihe von Überschneidungen finden.

Deutschland zu einer möglichen Einführung der ICD 11 kommen wird (s. Medizinisches Institut für Medizinische Dokumentation und Information 2018, online). In der **ICD 11** wird das **Burnout-Syndrom** nicht im Kapitel 6 unter den Psychischen Störungen aufgeführt, sondern lediglich im Kapitel der „Sonstigen Faktoren, welche die Gesundheit beeinflussen“ im Abschnitt **QD8 - „Probleme in Verbindung mit Arbeit oder Arbeitslosigkeit“ (engl.: „Problems associated with employment or unemployment“)** (s. auch Dr-Elze.com 2018, online). Aus dieser neuen Kategorisierung des ICD 11 geht hervor, dass auch in der Zukunft Burnout nicht als eigenständige psychische Störung diagnostiziert werden wird. Trotz der vorliegenden epidemiologischen Daten wird anscheinend eine Überforderung des Gesundheitssystems befürchtet, falls Burnout als eigenständige psychische Erkrankung in das ICD 11 aufgenommen werden würde.

Kaschka et al. (2011) zitieren in gekürzter Form eine Symptomliste von Bursich (2010), der bei der Erarbeitung der Liste 202 Veröffentlichungen berücksichtigt hat. Da die komplette Liste ist sehr lang und in sich auch nicht widerspruchsfrei erscheint, wird im Rahmen dieses Artikels eine gekürzte Version dargestellt. Gegenwärtig geht man davon aus, das Burnout-Syndrom in die folgenden Stadien einteilen zu können:

1. Warnsymptome der Anfangsphase

- vermehrtes Engagement für Ziele
- Erschöpfung

2. reduziertes Engagement

- für Patienten und Klienten
- für andere allgemein
- für die Arbeit
- erhöhte Ansprüche

3. emotionale Reaktionen; Schuldzuweisungen

- Depression
- Aggression

4. Abbau

- der kognitiven Leistungsfähigkeit
- der Motivation
- der Kreativität
- Entdifferenzierung

5. Verflachung

- des emotionalen, sozialen und geistigen Lebens

7. Psychosomatische Reaktionen

8. Verzweiflung

Auch Freudenberger (1982) hat ein Burnout-Phasenmodell mit zwölf Stufen vorgestellt, was wie folgt aussieht:

1. Zwang, sich zu beweisen (übertriebener Ehrgeiz)
2. Verstärkter Einsatz
3. Vernachlässigung eigener Bedürfnisse
4. Verdrängung von Konflikten und Bedürfnissen
5. Keine Zeit mehr für nicht-berufliche Bedürfnisse
6. Zunehmende Verleugnung des Problems, abnehmende Flexibilität im Denken/Verhalten
7. Rückzug, Orientierungslosigkeit, Zynismus
8. Verhaltensänderung/psychische Reaktionen
9. Verlust des Gefühls für eigene Person/Bedürfnisse
10. Innere Leere, Angstgefühle, Suchtverhalten
11. Zunehmende Sinnlosigkeit und Desinteresse
12. Körperliche, gegebenenfalls lebensbedrohliche Erschöpfung.

Beide Phasenmodelle weisen Überschneidungen und eine gewisse Pathologisierung des Einzelnen auf. Menschen, die ein Burnout-Syndrom entwickeln, werden als extrem ehrgeizig und zielstrebig charakterisiert. Sie gehen dauerhaft über ihre Grenzen hinaus und es ist ihnen letztlich also selbst zuzuschreiben, dass sie nach einer gewissen Zeit erschöpft und desillusioniert zusammenbrechen. Sich für seinen Beruf zu begeistern und besonders zu engagieren, wäre demnach bereits ein pathologisches Verhaltensmuster, das verändert werden sollte (Hillert 2014). Anstatt durch Selbstregulation und Selbstreflexion ihrem selbstdestruktiven Handeln ein Ende zu setzen, opfern sich die Betroffenen für ihren ungezügelten Ehrgeiz auf.

Allerdings wird bei diesen Phasen-Modellen ignoriert, dass in westlichen Kulturen viele Kinder schon von Anfang an in einem sozialen Kontext sozialisiert werden, in dem Konkurrenzdenken und Wettbewerb herrscht und Werte vermittelt werden, die unbedingten und dauerhaften Einsatz in der Schule und später im Berufsleben als positiv und erstrebenswert darstellen. Wie soll man sich gegen die zum Teil überzogenen Erwartungen der Arbeitswelt abgrenzen, wenn man als Kind und Jugendliche/r nie gelernt hat, übertriebenen Ehrgeiz und dauerhaften Einsatz überhaupt erst einmal kritisch zu hinterfragen? Hoffmann und Hofmann (2012) sprechen sich klar

gegen einen unkritischen Idealismus aus, der sich durch überhöhte Ansprüche an uns selbst manifestieren und ein Warnsignal für eine drohende Burnout-Entwicklung sein kann. Sie beziehen diese psychologische Dynamik auf Therapeuten und Berater, aber diese Mechanismen lassen sich auf Menschen aller Berufsgruppen und Lebenslagen übertragen. Die Zunahme von psychischen Störungen in der Arbeitswelt zeigt, welche Auswirkungen diese idealistischen Internalisierungen haben können. Nicht erwähnt werden in den Phasen-Modellen auch dauerhafte Belastungen, die zum Beispiel bei pflegenden Angehörigen oder alleinerziehenden Elternteilen entstehen können und nicht durch übertriebenen Ehrgeiz sondern Zwänge oder Geldsorgen ausgelöst werden. Auch wenn der Begriff des Burnouts heute nicht mehr exklusiv auf eine bestimmte Berufsgruppe angewandt wird, so ist er immer noch häufig in den helfenden Berufen anzutreffen und betrifft Frauen eher als Männer (s. Brune-Eckart 2010; Hillert 2014). Poulsen (2009) argumentiert, dass Burnout als Verschleißerscheinung der modernen Arbeitswelt ein schleichender Prozess ist und Fachkräfte im sozialen und pädagogischen Tätigkeitsbereich bekanntlich besonders gefährdet sind. Gerade in helfenden Berufen oder in dauerhaften Belastungen durch „emotionale Arbeit“ sind die Phasenmodellen zu oberflächlich, um das Krankheitsmodell Burnout ausreichend zu erklären. Auch Hillert (2014, S. 16) hinterfragt die Burnout-Phasen und erklärt, „dass eine hinreichend tragfähige Konkretisierung der Burnout-Phasen, die unmittelbar wissenschaftlich überprüft werden könnte, angesichts der assoziativen Qualität der Begriffe schwierig bis unmöglich ist.“ Außerdem ist es schwierig, eine verlässliche Korrelation zwischen starker dauerhafter Überlastung und Burnout Erkrankung zu postulieren. Laut Hillert (2014) gibt es offenbar Menschen, die auch angesichts schwierigster Arbeitsbedingungen gesund bleiben und andere, die unter vergleichbaren Rahmenbedingungen „ausbrennen“. Menschen haben unterschiedliche Kapazitäten mit Stress und chronischem Stress umzugehen. Dies macht eine passgenaue Diagnosestellung mit klar ausgearbeiteten Kriterien, wie sie bei einer Depression im ICD 10 und DSM 5 festgelegt ist, noch komplexer.

Für das Burnout-Syndrom gibt es bisher noch keine klar ausgearbeitete Standard-Therapieform. Dabei ist zu beachten, dass eine therapeutische Behandlung immer zum Individuum und seiner Lebenssituation passen muss. Bei der Behandlung kommen sowohl Psychotherapie, insbesondere Verhaltenstherapie und die Behandlung mit Medikamenten zur Anwendung (s. Hillert & Marwitz 2006). Wie bereits oben erklärt, können sich manche Symptome der Depression und des Burnouts überschneiden, wie zum Bei-

spiel Müdigkeit, Erschöpfung, Antriebslosigkeit und das Gefühl der inneren Leere. Auch bei der Behandlung beider Krankheitsbilder gibt es viele Parallelen. Dies ist einer der Gründe, warum viele Psychologen und Psychiater von einer Erschöpfungsdepression anstatt eines eigenständigen Krankheitsbilds sprechen. Im Folgenden wird auf die Entstehungsbedingungen für Burnout eingegangen.

5.3 Entstehungsbedingungen für Burnout: Stress und chronischer Stress als eine Ursache von Burnout

Als eindeutige Ursache von Burnout kommen weder die persönlichkeitszentrierten, noch die arbeits- und organisationsbezogenen Ansätze allein in Frage (Brune-Eckert 2010; Poulsen 2009). Es gibt ein interessantes Modell, was als das sogenannte Effort-Reward-Imbalance (ERI) Modell bezeichnet wird. Dieses ERI-Modell bezieht sich auf die Annahme, dass ein „Ungleichgewicht von Anstrengung (effort) und Belohnung (reward) zu Ungunsten der Belohnung Stress verursacht“ wird (Heinrichs et al. 2015, S. 29). Laut dieses Modells kann es zu einem überhöhten Engagement („Overcommitment“) einer Person kommen, das nicht durch eine situationsgebundene Belohnung oder Anstrengung verursacht wird, sondern durch ein dispositionelles Persönlichkeitsmerkmal. Allerdings reicht dieses Modell allein nicht aus, um die Entstehung eines Burnouts zu erklären. Es wird sicher immer Menschen geben, die sich überengagieren und auf Dauer dem selbst geschaffenen Leistungsdruck erliegen. Strukturelle systemimmanente Faktoren oder persönliche, unfreiwillig belastende Lebensumstände müssen jedoch auch als wichtige Faktoren bei der Entstehung eines Burnouts berücksichtigt werden.

Fest steht, dass zwischen Stresserleben und der Entwicklung eines Burnouts komplexe Zusammenhänge bestehen. „Stress ist das Reaktionsmuster eines Organismus auf Stimulusereignisse, die dessen Gleichgewicht stören und dessen Fähigkeit, Einflüsse zu bewältigen, stark beanspruchen oder übersteigen“ (Gerrig 2015, S. 473). Diese Stimulusereignisse umfassen eine große Bandbreite an internen und externen Bedingungen, die zusammengenommen Stressoren genannt werden. Stressoren erfordern von einem Organismus eine Art von Anpassungsreaktion (Gerrig 2015, S. 473). Dabei muss beachtet werden, dass Stress grundsätzlich wertneutral ist: So kann eine Herausforderung als geistig/körperlich anregend bzw. inspirierend empfunden werden (sog. Eustress) oder als negative Belastung, die in der chroni-

schen Form sogar krank machen kann (Disstress) (siehe Lulofs & Cahun 2000; Aronson et al. 2014; Gerrig 2015). Gerrig (2015) definiert chronischen Stress als einen Zustand anhaltender Erregung, die sich über einen gewissen Zeitraum erstreckt. Dabei werden die Anforderungen an einen Menschen als größer wahrgenommen, als die inneren Ressourcen, die einem Individuum für die Bewältigung zur Verfügung stehen. Dieser kann das gesamte „System Mensch“ überfordern, und zu dauerhaften psychischen und/oder körperlichen Erkrankungen führen. Ein stärkeres Stresserleben geht mit einer geringeren Immunität gegenüber Krankheiten einher (s. Cohen et al. 2008). Eine Längsschnittstudie mit 1.037 Menschen in Neuseeland erkundete die Beziehung zwischen sozioökonomischem Benachteiligtsein in der Kindheit und der Gesundheit im Alter von 32 Jahren (Danese et al. 2009). In dieser Langzeitstudie konnte Not im Kindesalter ein höheres Niveau an Risiken für die Gesundheit, wie etwa hohen Blutdruck oder Übergewicht, vorhersagen. Außerdem zeigte die Studie, je mehr chronischen Stressoren die ProbandInnen im Kindesalter ausgesetzt waren, desto höher war das Krankheitsrisiko im Erwachsenenalter.

Chronischer Stress kann im Rahmen der Arbeits- und Familiensituation entstehen sowie aus einer andauernden Frustration und Selbstunzufriedenheit mit den individuellen und kollektiven Lebensgegebenheiten. „Allem Anschein nach haben Menschen, die mehr Stress durchmachen, häufiger Angst und fühlen sich krank“ (Aronson et al. 2014, S. 549). Als besonders belastend werden negative Ereignisse dann empfunden, wenn man das Gefühl hat, sie nicht kontrollieren zu können. Je weniger eine Person das Gefühl hat, keine Kontrolle in seinem Leben zu haben, desto wahrscheinlicher ist es, dass ein Ereignis zu physischen und psychischen Problemen führen kann (Aronson et al. 2014). Traumatische Ereignisse verursachen besonders viel Stress, weil man normalerweise die Situationen, die als traumatisch empfunden werden, nicht kontrollieren kann. Die posttraumatische Belastungsstörung ist eine Stressreaktion, bei der Menschen unter einer ganzen Reihe von psychischen und physischen Symptomen, wie zum Beispiel ständiges Wiedererleben des traumatischen Ereignisses, Alpträumen, emotionale Abgestumpftheit, Schlafprobleme, gesteigerten Schreckreaktionen, leiden (s. Gerrig 2015; ICD 10). Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, ausführlich auf die Symptomatik dieser psychischen Störung einzugehen. Doch selbst bei traumatischen Erlebnissen kommt es nicht bei allen Menschen zu einer posttraumatischen Belastungsstörung. Auch hier gibt es große individuelle Unterschiede.

Lazarus (2000) stellte fest, dass es der subjektive und nicht der objektive Stress ist, der Probleme verursacht. Bei einem Misslingen einer Anforderungsbewältigung kann es zu einem Belastungserleben kommen. Anforderungen sind allerdings nicht mit Belastungen gleichzusetzen, weil sie unterschiedlich empfunden werden (Lohaus & Vierhaus 2015). Die wahrgenommene Kontrolle (Überzeugung, dass wir unsere Umwelt auf eine Weise beeinflussen können, die darüber bestimmt, ob wir gute oder schlechte Folgen erleben) steht somit in Zusammenhang mit physischer u. psychischer Gesundheit (Folkmann & Moskowitz 2000). Oben wurde bereits beschrieben, dass zum Beispiel sozioökonomisches Benachteiligtsein in der Kindheit die Gesundheit der Betroffenen im Alter von 32 Jahren negativ beeinflussen kann (s. Danese et al. 2009). Menschen haben aus unterschiedlichen Gründen unterschiedliche Ressourcen mit Stress und chronischem Stress umzugehen. Entwicklungspsychologen gehen davon aus, dass Menschen mit hoher Resilienz bessere Möglichkeiten haben, mit Stress und aversiven Lebensbedingungen umzugehen (Lohaus & Vierhaus 2015; Gerrig 2015, Arsonson et al. 2014). Bei Resilienz handelt es sich um einen sowohl dynamischen, als auch kompensatorischen Prozess einer positiven Anpassung an besonders bedeutsame Belastungen. Hier muss jedoch beachtet werden, dass dieser Begriff eher als ein dynamisches Konzept zu verstehen ist und nicht zwangsläufig mit einer überdauernden Persönlichkeitseigenschaft gleichgesetzt werden kann (Lohaus & Vierhaus 2015). Es ist möglich, dass Kinder in bestimmten Entwicklungsstadien und gegenüber bestimmten Lebenssituationen resilient sein können und in anderen Entwicklungsphasen und Situationen diese Fähigkeiten nicht zeigen (Holtmann, Poustka & Schmidt 2004). Für die Entwicklung von psychischer Widerstandskraft sind positive sozialisatorische Einflüsse entscheidend. Kinder, die später widerstandsfähig sind, wurden von pädagogisch fähigen Eltern aufgezogen (Masten 2011). Es gibt bestimmte Attribute, die die Wahrscheinlichkeit und Entwicklung psychischer Störungen verringern, wie zum Beispiel positives Sozialverhalten, gute Kommunikationsfähigkeiten, positives Selbstbild und gute kognitive und intellektuelle Fähigkeiten. Defizite und Auffälligkeiten in diesen Bereichen können den gegenteiligen Effekt haben (Häfner et al. 2001). Die Sozialisation spielt also eine große Rolle und bestimmt bis zu einem gewissen Grad, ob Kinder und Jugendliche Resilienz entwickeln und diese auch als Erwachsener in Stresssituationen kompensatorisch einsetzen können.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass wenn ein Ereignis als stresserzeugend wahrgenommen wird, ein Bewältigungsverhalten erforder-

lich ist. Laut Lohaus und Vierhaus (2015) wird eine Anforderungssituation erst dann zur Belastung, wenn sie als potentiell stresserzeugend wahrgenommen wird und das wahrgenommene Bewältigungspotenzial als nicht ausreichend angesehen wird. Deshalb ist es sinnvoll, wirksame Coping-Strategien zu entwickeln, um mit diesen belastenden Situationen besser umgehen zu können.

6. Burnout Prävention

6.1 Die Entwicklung von Coping-Strategien

Die Burnout-Prävention beginnt mit der Entwicklung von Coping-Strategien, die eingesetzt werden können, um mit Belastungssituationen konstruktiv umzugehen. Der englische Terminus „coping“ bezeichnet die Bewältigungsstrategien des Individuums (s. Aronson, Wilson & Akert 2008). „Das Coping bzw. Bewältigungsstrategien können behaviorale, emotionale oder motivationale Reaktionen und Gedanken umfassen“ (Gerrig 2015, S. 482). Dabei wird zwischen verschiedenen Arten des Copings unterschieden:

1. problemorientiertes Coping: Veränderung des Stressors oder den Bezug dazu mithilfe direkter Handlungen und/oder problemlösender Aktivitäten, z.B. Kampf, Stressvermeidung, Verhandlung.
2. emotionsorientiertes Coping: Veränderung der eigenen Person mithilfe von Aktivitäten, durch die man sich besser fühlt, ohne jedoch den Stressor zu verändern, z.B. Fantasien, Therapie, Entspannung, Einnahme von Medikamenten.

(Billings & Moos 1982; Lazarus & Folkman 1984)

Je mehr unterschiedliche Strategien zur Verfügung stehen, desto besser gelingt das Coping (Bonanno, Pat-Horenczyk & Noll 2011). Die dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen müssen den Anforderungen auch entsprechen. Da sozialer Unterstützung eine stressreduzierende Wirkung zukommt, besteht eine wichtige Coping-Strategie darin, soziale Kompetenzen zu entwickeln (s. Heinrichs, Stächele & Domes 2015). Soziale Kompetenzen ermöglichen es, aktiv ein soziales Netz aufzubauen und es auch in Stresssituationen aufrechtzuerhalten und zu nutzen. Damit fällt es dann leichter auch bei hohen Anforderungen handlungsfähig zu bleiben. Auch Lohaus und Vierhaus

(2015) betonen die Bedeutung von sozialen Bewältigungsressourcen (z.B. soziales Netzwerk) und unterscheiden bei der Bewältigung belastender Situationen zwischen personalen und sozialen Bewältigungsressourcen. Zu den individuellen Merkmalen gehören nach Egger und Razum (2014, S. 222) „die aktuelle Leitungsfähigkeit (Gesundheit, Ermüdung, Training, Fertigkeiten, Kenntnisse, Erfahrung) sowie die individuelle Einstellung zur Beanspruchung (Bewältigungsstrategien, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Anspruchsniveau).“

Für eine günstige Problembewältigung ist es förderlich, ein möglichst breites Bewältigungsrepertoire zu entwickeln, welches dann situationsgerecht eingesetzt wird. In Lebenssituationen, in denen eigenes Handeln möglich und auch durchführbar ist, macht es Sinn, direkte Bewältigungsstrategien einzusetzen. In unkontrollierbaren Situationen kann dagegen der Umgang mit eigenen Belastungsreaktionen effektiv sein, z.B. Entspannungsübungen oder die Suche nach sozialer Unterstützung (s. Lazarus 2000). Poulsen (2009, S. 128) beschreibt eine Reihe von konkreten Fähigkeiten, die Kraft und innere Balance geben und einen Burnout verhindern helfen:

- sich selbst zu reflektieren,
- sich gut ohne Schuldgefühle abzugrenzen,
- ohne schlechtes Gewissen „nein“ sagen zu können,
- abgeben und delegieren zu können, ohne dabei Arbeit auf die KollegInnen abzuwälzen,
- um Hilfe bitten können,
- positiv-optimistisch zu denken,
- sich bei Misslingen nicht unterkriegen zu lassen,
- sich Zeit und Muße zum Nichtstun zu nehmen,
- das soziale Netz zu pflegen und
- Beziehungen zu anderen Menschen einzugehen und diese zu pflegen.²

² Hier wurde eine Auswahl der von ihr aufgeführten Fähigkeiten vorgenommen.

Obwohl sich die von ihr beschriebenen Fähigkeiten auf das Berufsfeld der Sozialen Arbeit beziehen, erscheinen sie übertragbar auf weitere Berufsfelder.

Es ist, wie bereits oben beschrieben, möglich, Stress durch eine Veränderung dessen zu bewältigen, wie man ihn bewertet und wie man mit der Situation umgeht. Meichenbaum (1977, 1985, 1993) hat in seinem Stressimpfungstraining („SIT“) drei Phasen entwickelt:

1. Entwicklung eines Bewusstseins über das eigene Verhalten (was dadurch in Gang gesetzt wird und was dabei herauskommt – Führung eines Tagebuches).
2. Identifikation neuer Verhaltensweisen.
3. Bewertung des neuen adaptiven Verhaltens ohne Selbstverurteilung.

Natürlich gelingen die oben genannten Strategien nicht über Nacht, und es müssen gezielte und langfristige Anstrengungen unternommen werden, um Selbstreflexion zu entwickeln und dann auch in veränderten Handlungsmustern umzusetzen. Je früher man sich mit geeigneten Maßnahmen beschäftigt, desto eher kann man sie in Stresssituationen anwenden. Auf jeden Fall entlastet das Gefühl, Coping-Strategien zur Verfügung zu haben. Coping kann eine Veränderung des Außen oder des Innen bedeuten. Es gibt unzählige therapeutische Interventionen, um Betroffenen zu helfen, mit Stress besser umzugehen. Wie bereits erwähnt, müssen Betroffene in der Lage sein, zwischen den Symptomen und den eigenen Kognitionen bzw. ihrem Verhalten eine Verbindung herzustellen (Dietzen & Ehlert 2009). Dabei ist eine geeignete Psychoedukation zu Stress sehr hilfreich, weil man in diesen Programmen idealerweise lernt, die Verbindung der eigenen Denkmuster mit dysfunktionalen Handlungsmustern herzustellen. Laut Heinrichs et al. (2015) kann eine Psychoedukation zu Stress helfen, ein besseres Verständnis von Belastung, Stress, Stressreaktionen und Stressfolgen bezogen auf die jeweilige Problemsituation zu erlangen. Außerdem kann diese Intervention normalisierend hinsichtlich der erlebten Stresszustände wirken und beim Aufbau von Selbstwirksamkeitserleben und Behandlungsmotivation helfen (Heinrichs et al. 2015).

Heinrichs et al. (2015) erklären außerdem, dass Strategien der Stressbewältigung nach Wirkungsdauer unterschieden werden können. Kurzfristige

Strategien können bei akutem Stress wirksam sein und langfristige Strategien bei der Reduktion eines chronisch erhöhten Stressniveaus. Sie zielen normalerweise darauf ab, die körperliche Aktivität zu reduzieren, weitere Eskalation zu vermeiden und eine schnelle Erholung zu ermöglichen (Wagner-Link 2009). Bei langfristiger Linderung von Stressfolgen haben sich vor allem Erholungsaktivitäten bewährt (Dietzen & Ehlert 2009; Heinrichs et al. 2015). Erholung hat eine regenerative und präventive Funktion, wobei zu beachten ist, dass je geringer das Anspannungsniveau ist, desto eher ist es möglich, auch ohne zusätzliche Anstrengungen Erholungsaktivitäten im Alltag zu integrieren. Heinrichs et al. (2015) stellen Achtsamkeits- und Entspannungsübungen als besonders geeignet für Menschen vor, die mit einem erhöhten Anspannungsgrad zur Therapie kommen. Laut Dietzen und Ehlert (2009) hat sich vor allem die Anwendung körperlicher Entspannungsverfahren bei Stress bewährt. Deshalb werden im Rahmen eines Stressbewältigungsprogramms häufig Entspannungsverfahren vermittelt und praktiziert. Dabei ist zu beachten, dass diese Entspannungsverfahren auch langfristig stressmindernd wirken, selbst wenn keine überdauernden dysfunktionalen Kognitionen vorliegen. Um einer Erschöpfung vorzubeugen oder sich in kurz- und langfristigen Belastungssituationen zu entspannen, sind zum Beispiel folgende „klassische“ Entspannungsmethoden geeignet, wie zum Beispiel progressive Muskelentspannung (siehe Hamm 2009), Autogenes Training (s. Vaitl 2009) und verschiedene Meditationsformen (s. Ott 2009).

6.2 Schaffung von „gesunden Arbeitsbedingungen“

Prävention besteht zunächst darin, auf der individuellen Ebene geeignete Techniken der Arbeitsorganisation und des Zeitmanagements zu erlernen. Hier sollte nicht nur auf eine Priorisierung der extern vorgegebenen Aufgaben fokussiert werden, sondern auch auf persönlich relevante Themen (s. Covey, Merrill & Merrill 2007). Bei langfristiger Belastung und stressassoziiertem Symptomatik kann dadurch eine neue Sichtweise entstehen, weil im Vergleich zu den extern vorgegebenen „dringenden“ Aufgaben, Themen mit persönlicher Bedeutung mehr Raum gegeben werden kann. Indem man „sinnstiftende“ Aufgabenfelder aufgrund der Priorisierung auf extern vorgegebenen Aufgaben nicht mehr aufgibt, kann auf Dauer mit Stress besser umgegangen werden.

Allerdings dürfen Präventionsmaßnahmen nicht nur auf der individuellen Ebene angesiedelt werden. Deshalb betonen Gesundheitsexperten auch die Notwendigkeit von Präventionsangeboten und Psychoedukation im Hinblick auf eine betriebliche Bekämpfung von Burnout. Reiners-Kröncke et al. (2010) schlagen in diesem Zusammenhang vor, dass im Hinblick auf die Ausbildung an Fachhochschulen und Universitäten ein spezielles Training entwickelt werden sollte, um das spätere „Ausbrennen“ so weit wie möglich zu verhindern. Auch Fort- und Weiterbildungsangebote sollten im Hinblick auf Burnout-Prävention über das Phänomen informieren und wirksame Interventionen vorstellen. Die sozial-, arbeits- und organisationsbedingten Ansätze sehen nicht die besonderen Persönlichkeitszüge als die wesentliche Ursache eines Burnouts an, sondern vielmehr die strukturellen Merkmale bestimmter arbeitsspezifischer Situationen, in denen die engagierten Mitarbeiter tätig sind (Brune-Eckert 2010). Arbeitsplätze sollten so strukturiert und gestaltet werden, dass Menschen in ihrer Arbeit „nicht ausbrennen“. Faktoren wie schlechte Arbeitsbedingungen, Mangel an Autonomie, Schwierigkeiten im Team, mit Vorgesetzten und Klienten, hohe Arbeitsbelastung, geringe Bezahlung, hohe Flexibilisierungsanforderung (auch im Bereich von Bereitschaftsdiensten, Wochenend-, Nacht- und genereller Mehrarbeit), ständige Erreichbarkeit (auch im Urlaub und am Wochenende) und geringe oder gar fehlende Anerkennung können bei MitarbeiterInnen langfristig einen Burnout und Depressionen verursachen (s. Brune-Eckert 2010; Schmiede 2011). Deshalb reagieren Arbeitgeber häufig mit Unterstützungs- bzw. Entspannungsangeboten für die Beschäftigten. Neben Sport usw. gibt es u.a. Coaching-Angebote, um die Resilienz, die „innere Widerstandskraft“, zu fördern (vgl. Anti-Stress-Verordnung der IG Metall 2012, S. 19 f.).

Nach Egger und Razum (2014, S. 224) zeichnet sich gesunde Arbeit vor allem durch folgende Merkmale aus:

- Ein anspruchsvolles, nicht überforderndes Arbeitsaufgabenprofil, das den Beschäftigten Autonomie sowie Lern- u. Entwicklungschancen ermöglicht.
- Angemessene Anerkennung für die geleistete Arbeit (v.a. durch Vorgesetzte).
- Zusammenarbeit in einem vertrauensvollen Klima, das durch einen fairen und gerechten Umgang miteinander gekennzeichnet ist.

- Sinnerfüllte und zukunftsweisende Perspektive für die Beschäftigten.

Vor allem die Steigerung sozialer Unterstützung am Arbeitsplatz – sowohl von Seiten der Vorgesetzten als auch unter Kollegen - scheint das Risiko von Burnout zu verringern und außerdem das Engagement der Mitarbeiter zu fördern (Tracey, Tannenbaum & Kavanagh 1995; van Dierendonck, Schaufeli & Buunk 1998). Es ist natürlich nicht in allen Arbeitsbereichen möglich, die oben genannten Kriterien vollumfänglich umzusetzen. Allerdings sollte zumindest ein Versuch unternommen werden, wirksame Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung möglichst weitflächig präventiv einzuführen und als Vorgesetzte/r für ein gerechtes und gutes Arbeitsklima zu sorgen.

7. Schlussfolgerung

Da sich ein Burnout-Erleben und hohe Lebensqualität kategorisch ausschließen, sollte dieses Konzept als wissenschaftliche und therapeutische Herausforderung aufgegriffen werden. Laut Hillert (2014) ist Burnout ein exzessiv thematisiertes Phänomen, vor allem in den Medien. Das Burnout-Syndrom bildet die Grundlage für zahlreiche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen. Allerdings gibt es im Hinblick auf seine wissenschaftliche Begründung, Klassifikation, Diagnostik und Therapie noch erheblichen Forschungsbedarf. Laut der Ansicht einiger ExpertInnen sprechen epidemiologische Daten dafür, das Burnout-Syndrom in dem Klassifikationssystemen des ICD 11 und des DSM 5 als eigenständige Krankheit aufzunehmen. Allerdings bewerten andere Wissenschaftler und medizinische Fachkräfte Burnout aufgrund mangelnder Kriterien für eine zielgenaue Diagnostik und fehlende tragfähige Forschungsergebnisse eher als Erschöpfungsdepression. Trotz dieser komplexen Situation kommt es häufig zu der Diagnosestellung Burnout. Einige Symptome treten sowohl bei Depressionen, als auch bei einem Burnout auf und es gibt vielfache Überschneidungen auf der psychischen und physischen Ebene, wie zum Beispiel Müdigkeit, Erschöpfung, Antriebslosigkeit, Schlaflosigkeit und dem Gefühl der inneren Leere. Auch bei der Behandlung beider Krankheitsbilder gibt es viele Parallelen, was eines der Gründe dafür ist, warum viele Psychologen und Psychiater von einer Erschöpfungsdepression anstatt eines Burnouts sprechen. Selbstverständlich müssen Menschen mit einem Burnout unabhängig von der Einordnung in die jeweiligen medizinischen

Klassifikationssysteme und trotz der Unschärfeproblematik wirksam unterstützt werden. Für das Burnout-Syndrom gibt es jedoch keine allgemein anerkannte Standard-Therapie. Die Behandlung muss immer zum Individuum und seiner Lebenssituation passen. Betrachtet werden die Folgen durch Fehlbelastungen (wie z.B. psychische Erkrankungen, Burnout) im Allgemeinen als individuelles, nicht jedoch als strukturelles/systemimmanentes Phänomen. Dies stellt ein Problem dar, da schlechte Arbeitsbedingungen zur Entstehung eines Burnouts beitragen können. Wirksame Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung, wie zum Beispiel Sport- und Entspannungsprogramme, sollten weitflächig präventiv eingeführt werden.

Laut Poulsen (2009, S. 16) gibt es auch eine gute Nachricht im Hinblick auf die Entstehung eines Burnouts: „Auszubrennen ist kein unvermeidbares Schicksal, sondern kann unter bestimmten Bedingungen verhindert und aktiv angegangen werden.“ Auf der persönlichen Ebene ist es sinnvoll, die langfristigen Folgen der zunehmenden Beschleunigung und der schnelleren Taktung unterschiedlicher Lebensbereiche durch gute Selbstreflexion und ein tragfähiges soziales Netzwerk auszugleichen. Die Entwicklung von guten Stress-Coping-Strategien führt ebenfalls zu mehr Selbstwirksamkeit, weniger Selbstausbeutung und vielleicht auch zu einer insgesamt höheren Lebensqualität.

Literatur

- Alonso J. u.a. (2004): Prevalence of mental disorders in Europe: results from the European Study of the Epidemiology of Mental Disorders (ESEMeD) project. *Acta Psychiatr Scand Suppl.*, 420, S. 21-27.
- AOK – Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK. (Zugänglich unter https://www.wido.de/gesundheitsam_arbeit0.html)
- Anti-Stress-Verordnung*: Eine Initiative der IG Metall 2012. (Zugänglich unter: https://www.igmetall.de/docs_0188530_Anti_Stress-Verordnung_ab6297762b343f1ce2cf2275345a3e1b648a983d.pdf).
- Aronson, E., Wilson, T. D. & Akert, R. M. (2008): *Sozialpsychologie*. München: Pearson Studium.
- Aronson, E., Wilson, T. D. & Akert, R. M. (2014): *Sozialpsychologie* (8. Auflage). München: Pearson Studium.
- Barmer GEK, Report Krankenhaus 2011. (Zugänglich unter: <https://www.barmer.de/presse/infotehk/studien-und-reports/krankenhausreport/report-2011-39086>)

- BAuA-Forschungsbericht (2010): *Untersuchung arbeitsbedingter Ursachen für das Auftreten von depressiven Störungen* (F 1865) von R. Rau, N. Gebele, K. Morling & U. Rösler, Dortmund.
- Billings, A.G. & Moos, R. H. (1982): Family environment and adaptation: A clinically applicable typology. *American Journal of Family Therapy*, 20, S. 26-38.
- Bonanno, G. A., Pat-Horenczyk, R. & Noll, J. (2011): Coping flexibility and trauma: The perceived ability to cope with trauma (PACT) scale. *Psychological Trauma: Theory, Research, Practice and Policy*, 3, S. 117-129.
- Brune-Eckart, A. (2010): *Burnout in der Sozialen Arbeit. Präventive und reaktive Ansätze zur Bewältigung von „Burnout“*. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller GmbH & Co. KG.
- BundesPsychotherapeutenkammer (Hrsg.) (2010): *Komplexe Abhängigkeiten machen psychisch krank – BPTK Studie zu psychischen Belastungen in der modernen Arbeitswelt*, März 2010. (Zugänglich unter http://www.bptk.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/BPTKStudien/belastung_moderne_arbeitswelt/20100323_belastung-moderne-arbeitswelt_bptkstudie.pdf).
- Burisch, M. (2010). *Das Burnout-Syndrom*. (4. Auflage). Heidelberg: Springer.
- Cohen, P., Chen, H., Gordon, K., Johnson, K., Brook, J. & Kasen, S. (2008): Socioeconomic background and the developmental course of schizotypal and borderline personality disorder symptoms. *Development and Psychopathology*, 20, S. 633-650.
- Cooper, C. L., Pandey, A. & Quick, J. C. (Hrsg.) (2012): *Downsizing. Is less still more?* Cambridge: Cambridge University Press.
- Covey, S. R., Merrill, A. R. & Merrill, R. R. (2007): *Der Weg zum Wesentlichen. Der Klassiker des Zeitmanagements*. Frankfurt/Main: Campus.
- DAK Gesundheitsreport 2013. (Zugänglich unter: <https://www.dak.de/dak/download/vollstaendiger-bundesweiter-gesundheitsreport-2013-1318306.pdf>).
- Danese, A., Moffit, T. E., Harrington, H., Milne, B.J., Polanczyk, G., Pariante, C.M., Poulton, R. & Caspi, A. (2009): Adverse childhood experiences and adult risk factors for age-related disease. *Archives of Pediatric & Adolescent Medicine*, 163, S. 1135-1143.
- Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders II (1968): American Psychiatric Association.
- Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders 5 (DSM-5). American Psychiatric Association.
- Dietzen, B. & Ehlert, U. (2009): Stress und stressunabhängige körperliche Störungen. In: Petermann, F. & Vaitl, D. (Hrsg.): *Entspannungsverfahren. Das Praxishandbuch*. (4. Auflage). Weinheim: Beltz Verlag, S. 167-182.
- Dr-Elze.com, Psychologie und Psychotherapie Fachinformationen, *Burn-out-Syndrom: Diagnose*, heruntergeladen am 21.5.2018.

- Egger, M. & Razum, O. (2014): *Public Health. Sozial- und Präventivmedizin kompakt*. (2. Aufl.). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Folkmann, S. & Moskowitz, J.T. (2000): The context matters. *Personality and Social Psychological Bulletin*, 26, S. 150-151.
- Freudenberger, H. (1974): *Staff Burn-Out*. *Journal of Social Issues*, 30 (1), S. 159–165.
- Freudenberger, H. J. (1982): Counseling and dynamics: Treating the endstage person. In: Jones, J. W. (Hrsg.): *The burnout syndrome*. Park Ridge, Ill: London House Press, S. 173-185.
- Gerrig, R. J. (2015). *Psychologie*. (20.Auflage). Hallbergmoos: Pearson Deutschland.
- Gerrig, R.J. & Zimbardo, P.G (2008). *Psychologie*. (18. Auflage). München: Pearson.
- Hamm, A. (2009): Progressive Muskelentspannung. In: Petermann, F. & Vaitl, D. (Hrsg.): *Entspannungsverfahren. Das Praxishandbuch*. (4. Auflage). Weinheim: Beltz Verlag, S. 143-187.
- Häfner, S., Franz, M., Lieberz, K. & Schepank, H. (2001): Psychosoziale Risiko- und Schutzfaktoren für psychische Störungen: Stand der Forschung. Teil 1: Psychosoziale Risikofaktoren. *Psychotherapeut*, 46, S. 343-347.
- Hasselhorn, H. M. & Portuné, R. (2010): Stress, Arbeitsgestaltung und Gesundheit In: Badura, B., Walter, U. & Hehlmann, T. (Hrsg.): *Betriebliche Gesundheitspolitik. Der Weg zur gesunden Organisation*, Berlin, S. 361-376.
- Hautzinger, M. (1997): Kognitive Verhaltenstherapie bei Depressionen. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Hautzinger, M. & de Jong-Meyer, R. (1998): Depressionen. In Reinecker, H. (Hrsg.): *Lehrbuch der Klinischen Psychologie. Modelle psychischer Störungen*. Göttingen: Hogrefe.
- Hautzinger, M. & Thies, E. (2009): *Klinische Psychologie: Psychische Störungen*. Basel: Beltz Verlag.
- Heinrichs, M., Stächele, T. & Domes, G. (2015): *Stress und Stressbewältigung*. Göttingen: Hogrefe.
- Hillert, A. & Marwitz, M. (2006): *Die Burnout-Epidemie, oder: Brennt die Leistungsgesellschaft aus?* Beck-Verlag München.
- Hillert, A. (2014): *Burnout - Zeitbombe oder Luftnummer? Persönliche Strategien und betriebliches Gesundheitsmanagement*. Berlin: Schattauer Verlag.
- Hoffmann, N. & Hofmann, B. (2012): *Selbstfürsorge für Therapeuten und Berater*. (2. Akt. Aufl.). Weinheim: Beltz Verlag.
- Holtmann, M., Poustka, F. & Schmidt, M. (2004): Biologische Korrelate der Resilienz im Kindes- und Jugendalter. *Kindheit und Entwicklung*, 13, S. 201-211.
- Die Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision, German Modification (ICD-10-GM).
- ICD 10 GM, <http://www.icd-code.de/icd/code/F32.1.html>
- Kaschka, W.P., Krocak, D. & Broich, K. (2011): Modediagnose Burnout. *Deutsches Ärzteblatt*, Jg. 108, 46, S. 781-787.

- Korczak, D., Kister, C. & Huber, B. (2010): *Differentialdiagnostik des Burnout-Syndroms*. Schriftenreihe Health Technology Assessment (HTA) in der Bundesrepublik Deutschland (Bd. 105). Köln: Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI).
- Lazarus, R.S. (2000): Towards better research on stress and coping. *American Psychologist*, 55, S. 665-673.
- Lazarus, R. S. & Folkman, S. (1984): *Stress, appraisal, and coping*. New York: Springer.
- Lohaus, A. & Vierhaus, M. (2015): *Entwicklungspsychologie des Kinder und Jugendalters für Bachelor* (3. Auflage). Berlin: Springer Verlag.
- Lohmann-Haislah, A. (2012): *Stressreport Deutschland. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden*. Dortmund, Berlin, Dresden: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.
- Lulofs, R & Cahun, D (2000): *Conflict: From Theory to Action*. Boston: Allyn & Bacon.
- Maslach, C. & Leiter, M. P. (2008): Early predictors of job burnout and engagement. *Journal of Applied Psychology*, 93, S. 498-512.
- Masten, A. S. (2011): Resilience in children threatened by extreme adversity: Frameworks for research practice, and translational synergy. *Development and Psychopathology*, 23, S. 493-506.
- Medizinisches Institut für Medizinische Dokumentation und Information, <https://www.dimdi.de/static/de/klassi/icd-11/index.htm>, 21.6.2018)
- Medscape heruntergeladen am 26. April 2018, *Tendenz zum Pathologisieren: Das neue DSM-5 ist da*. Link: <https://deutsch.medscape.com/artikel/4901084>
- Meichenbaum, D. (1977): *Cognitive Behavior Modification: An Integrative Approach*. New York: Plenum.
- Meichenbaum, D. (1985): *Stress Inoculation Training*. New York: Pergamon Press.
- Meichenbaum, D. (1993): Changing conceptions of cognitive behavior modification. Retrospect and prospect. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 61, S. 202-204.
- Ott, U. (2009): Meditation. In: Petermann, F. & Vaitl, D. (Hrsg.): *Entspannungsverfahren. Das Praxishandbuch*. (4. Aufl.). Weinheim: Beltz Verlag, S. 132-143.
- Poulsen, I. (2009): *Burnoutprävention im Berufsfeld Soziale Arbeit. Perspektiven zur Selbstfürsorge von Fachkräften*. Heidelberg: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reiners-Kröncke, W., Röhrig, S. & Specht, H. (2010): *Burnout in der Sozialen Arbeit*. Augsburg: ZIEL – Zentrum für interdisziplinäres erfahrungsorientiertes Lernen GmbH.
- Schmiede, R. (2011): Macht Arbeit depressiv? Psychische Erkrankungen im flexiblen Kapitalismus. In: Koppetsch, C. (Hrsg.): *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus: zur Transformation moderner Subjektivität*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 113-138.
- Schnall, P. L., Dobson, M. & Rosskam, E (Hrsg.) (2009): *Unhealthy Work. Causes, Consequences, Cures*. Amityville, New York: Baywood.

- Siegrist, J. (2012): Gesundheitliche Gefährdung durch Arbeitsstress. In: *Anti-Stress-Verordnung: Eine Initiative der IG Metall 2012*.
- Sigrist, J., Dragano, N. & Wahrendorf, M. (2010): Arbeitsbelastungen und psychische Erwerbstätigkeit bei älteren Erwerbstätigen. In: Bandura, B., Schröder, H., Klose, J. & Macco, K. (Hrsgs.): *Fehlzeiten Report 2009. Arbeit und Psyche: Belastungen reduzieren – Wohlbefinden fördern*. Heidelberg: Springer, S. 167-173.
- Tracey, J. B., Tannenbaum, S. I. & Kavanagh, M. J. (1995): Applying trained skills on the job: The importance of work environment. *Journal of Applied Psychology*, 80 (2), S. 239-252.
- Vaitl, D. (2009): Autogenes Training. In: Petermann, F. & Vaitl, D. (Hrsg.): *Entspannungsverfahren. Das Praxishandbuch* (4. Aufl.). Weinheim: Beltz Verlag, S. 62-81.
- van Dierendonck, D., Schaufeli, W.B. & Buunk, B. B. (1998): The evaluation of an individual burnout intervention program: The role of inequity and social support. *Journal of Applied Psychology*, 83 (3), S. 392-407.
- Wagner-Link, A. (2010): *Aktive Entspannung und Stressbewältigung. Wirksame Methoden für Vielbeschäftigte*. (6 Aufl.). Renningen: Expert Verlag.
- Weltgesundheitsorganisation (WHO) (2006): *Psychische Gesundheit: Herausforderungen annehmen, Lösungen schaffen*. Bericht über die Europäische Ministerielle WHO Konferenz.
- WHO (2017): *Depression and Other Common Mental Disorders: Global Health Estimates*. Geneva: World Health Organization; Licence: CC BY-NC-SA 3.0 IGO.

Rehabilitationsbedarf und die Teilhabe am sozialen Leben im Pflegeheim

Heinz Janßen, Leonore Köhler

1. Einleitung

Das Bundes-Teilhabe-Gesetz (BTHG) möchte die Teilhabe am sozialen Leben und die Selbstbestimmtheit von Menschen mit Behinderungen fördern und verbessern helfen. Es ist ein wesentlicher Schritt in der Wahrnehmung und Weiterentwicklung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen im alltäglichen Leben. Es betrifft u.a. eine zunehmende Zahl von alten und älteren Menschen. So geht Alter oft mit mehreren Beeinträchtigungen im alltäglichen und sozialen Leben einher. Die Umsetzung des BTHG lässt erwarten, dass sich die Lebenschancen von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in unserer Gesellschaft weiter verbessern werden. Das Gesetzespaket zum BTHG umfasst Änderungen in den Sozialgesetzbüchern, ist mit der ersten Reformstufe in 2017 in Kraft und soll bis 2023 mit einer vierten Reformstufe realisiert sein. Den Reformen liegen Beschlüsse der UN-Behindertenrechtskonvention zu Grunde. Für die rehabilitative Versorgung sind die Reformen im neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX) verschriftet; so in § 1 SGB IX „Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft“: *„Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen erhalten Leistungen nach diesem Buch und den für die Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen, um ihre Selbstbestimmung und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken ...“*

Menschen mit Behinderungen sollen unterstützt werden in der Art, die sie brauchen, um ihre Teilhabe am sozialen Leben zu sichern oder zu verbessern. Das Bundes-Teilhabe-Gesetz bringt die Behindertenpolitik in Deutschland in Einklang mit Behindertenrechtskonvention der UN. Im Mittelpunkt steht nun die Frage nach dem individuellen Bedarf behinderter Menschen,

dies auch für Menschen die in Einrichtungen wie in den stationären Einrichtungen der Pflegeversorgung leben. In Einrichtungen der stationären Pflege leben überwiegend Menschen die pflegebedürftig sind und Pflegegrade aufweisen. Für Pflegebedürftige in Pflegeeinrichtungen sind die Voraussetzungen der Behinderung nach SGB IX gegeben: *„Menschen mit Behinderungen sind Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können ... (SGB IX §2 (1)).* Gefordert sind hier die Träger zur Leistung der Teilhabe (Rehabilitationsträger, §6 SGB IX).

Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen sind charakterisiert durch weitreichende funktionelle Beeinträchtigungen und komplexen Hilfebedarf. Für den spezifischen komplexen Versorgungsbedarf ist seit 2007 die mobile Rehabilitation (MoRe) als eine Form der ambulanten Rehabilitation gesetzlich verankert (§ 40 Abs. 1 SGB V). Die Versorgungsform der mobilen Rehabilitation wird der ambulanten medizinischen Rehabilitation zugeordnet. Die MoRe ist eine Rehabilitation die zum Patienten geht. Sie erweitert das medizinische Leistungsangebot und kommt einer geforderten Flexibilisierung von Rehabilitationsprogrammen entgegen (siehe: Krauth et al. 2005). So können Rehabilitanden in ihrem vertrauten Lebensumfeld verbleiben, somit das Bewältigen alltäglicher Aufgaben und Rollen unter Anleitung trainieren. So können Patientengruppen eine Rehabilitation beanspruchen, denen der Zugang bislang nicht möglich war, wie zum Beispiel pflegebedürftigen Menschen in dauerhafter stationärer Unterbringung. Die Therapien werden durch ein interdisziplinäres Team im gewohnten Lebensumfeld der Patienten, hier im Pflegeheim, durchgeführt. Über den tatsächlichen rehabilitativen Bedarf in der stationären Pflege ist bisher wenig bekannt. Ebenso gibt es kaum Erkenntnisse über den Verlauf und die Nachhaltigkeit rehabilitativer Maßnahmen im Kontext mobiler geriatrischer Rehabilitation.

Mit dem Hintergrund dieser Frage- und Problemstellungen wurde vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) das Forschungsvorhaben „Ermittlung des allgemeinen Rehabilitationsbedarfes und Evaluation mobiler geriatrischer Rehabilitation“ ausgeschrieben. Das Vorhaben startete 2014 und wurde 2018 abgeschlossen. Projektergebnisse zum Rehabilitationsbedarf und zur Teilhabe am sozialen Leben werden in diesem Beitrag erörtert und abschließend diskutiert.

Das Ziel von medizinischen Rehabilitationsleistungen ist speziell für Pflegebedürftige, *„Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder eine Verschlimmerung zu verhüten sowie den vorzeitigen Bezug anderer Sozialleistungen zu vermeiden oder laufende Sozialleistungen zu mindern“* (§4 Abs. 1 Nr. 2 SGB IX) bzw. *„die persönliche Entwicklung ganzheitlich zu fördern und die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sowie eine möglichst selbständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen oder zu erleichtern“* (§ 4 Abs. 1 Nr. 4 SGB IX). Letztlich kann mit der Inanspruchnahme von mobiler Rehabilitation der Leitsatz „Reha vor Pflege“ gefördert werden.

Mit Inkrafttreten des GKV Wettbewerbsstärkungsgesetzes zum 1. April 2007 erhielt die zuvor in Modellvorhaben erprobte und bereits teilweise in die Regelversorgung überführte neue Form der rehabilitativen Versorgung, die mobile Rehabilitation, durch eine Veränderung in § 40 Abs. 1 SGB V eine gesetzliche Begründung als besondere Form der ambulanten medizinischen Rehabilitation. Damit wurde die Option der Rehabilitation in Pflegeeinrichtungen geschaffen (ebda. Satz 2). Untersuchungen zum Rehabilitationsbedarf der Bewohner von stationären Pflegeeinrichtungen liegen bislang nicht vor. Auch sind Erkenntnisse über den möglichen Erfolg von Rehabilitationsleistungen in stationären Pflegeeinrichtungen nicht verfügbar. So dass die Fragestellungen nach einem tatsächlichen Bedarf an rehabilitativer Versorgung in Pflegeheimen, einer Inanspruchnahme und seiner Wirksamkeit in das Blickfeld geraten.

2. Methodisches Vorgehen

Das Bundesministerium für Gesundheit gab 2014 ein dreijähriges Forschungsvorhaben zur „Ermittlung des allgemeinen Rehabilitationsbedarfes und Evaluation Mobiler Geriatrischer Rehabilitation in stationären Pflegeeinrichtungen und der Kurzzeitpflege“ in Auftrag. Das Projekt wurde vom Institut für Gesundheits- und Pflegeökonomie der Hochschule Bremen in Kooperation mit fünf Einrichtungen der Mobilen Rehabilitation (im Verlauf auch „MoRe“ genannt) in Deutschland (Bad Kreuznach, Berlin, Bremen, Coburg und Woltersdorf) vom 1.11.2014 bis zum 30.4.2018 durchgeführt. Das angestrebte Ziel dieses Vorhabens war die „Verbesserung der Rehabilitationschancen für Menschen im stationären Versorgungsbereich“.

Für die Analyse des Rehabilitationsbedarfes nahmen in einer Querschnittserhebung an fünf Standorten verteilt über Deutschland (siehe die vorgenannten Orte) insgesamt 16 Pflegeeinrichtungen an der Studie teil. Insgesamt 12 Fachärzte und Fachärztinnen führten eine Begutachtung auf Basis eines Erhebungsbogens durch. Dieser wurde im Projekt in Form eines strukturierten Fragebogens entwickelt, erprobt und in einem etwa einstündigen Begutachtungsverfahren durch einen erfahrenen Facharzt oder eine Fachärztin der Geriatrie bzw. der Rehabilitation angewandt. Der Erhebungsbogen orientiert sich in den Grundfragen am Verfahren „Muster 61“, welches routinemäßig zur Verordnung medizinischer Rehabilitationsmaßnahmen angewandt wird. Verfahren interner wie externer Validierung wurden zur Qualitätssicherung eingesetzt. Extern wurde die Unterstützung des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) hinzugezogen.

Zielpopulation in der Bedarfsermittlung waren Bewohnerinnen und Bewohner von stationären Altenpflegeeinrichtungen, die zwischen September 2015 und Dezember 2016 in stationärer Langzeitpflege lebten. Die Auswahl der Pflegeeinrichtungen fand als bewusste Auswahl statt, die Auswahl der Untersuchungseinheiten (Bewohner) selbst als einfache Zufallsauswahl oder Vollerhebung. Ausgewählt wurden Pflegeeinrichtungen, die bereits aufgrund bestehender Zusammenarbeit mit den MoRe-Anbietern und analog räumlicher Nähe bekannt waren. Hierin kann eine gewisse positive Selektion allerdings nur in der Art formuliert werden, dass bei den ausgewählten Pflegeeinrichtungen das Angebot mobiler Rehabilitation bereits bekannt war. Insgesamt wurden 759 Heimbewohner begutachtet, davon 622 in der stationären- und Langzeitpflege. Die nachstehenden Ergebnisse beziehen sich auf die Grundgesamt der Langzeitpflege. Anzumerken gilt, dass die untersuchten 16 stationären Pflegeeinrichtungen keine repräsentative Auswahl aller stationären Pflegeeinrichtungen in Deutschland sind; jedoch ist die Auswahl der begutachteten Bewohner repräsentativ für die jeweilige Einrichtung. Die soziale Bewohnerstruktur (Alter, Geschlecht, Pflegestufe) der ausgewählten Einrichtungen wiederum ist nahe an der durchschnittlichen sozialen Bewohnerstruktur in deutschen stationären Pflegeeinrichtungen. Wir können hier von „typischen“ deutschen stationären Pflegeeinrichtungen ausgehen.

Die weitere Forschungsfrage war, inwieweit und ob überhaupt ist eine Rehabilitation im Alter wirksam bzw. zeigt sie Effekte? Über eine kontrollierte Verlaufs-Vergleichs-Studie mit vier Messzeitpunkten und im Halbjahresver-

lauf konnten vergleichende Ergebnisse zum Verlauf der Rehabilitationsmaßnahme gewonnen werden. In der Verumgruppe (mit Rehabilitation) nahmen 116 Heimbewohner und in der Vergleichsgruppe (ohne Rehabilitation) insgesamt 49 Heimbewohner teil. Während die 116 Teilnehmer aus dem alltäglichen Zugang der MoRe-Einrichtungen sukzessive rekrutiert wurden, stammten die Teilnehmer der Vergleichsgruppe alle aus dem Pool der zuvor begutachteten Bewohner mit Rehabilitationsbedarfsindikation, jedoch ohne tatsächliche Inanspruchnahme einer solchen Maßnahme. Die Art der Rekrutierung dieser Vergleichsgruppe wurde mit der Ethikkommission abgestimmt.

In Abgrenzung zur stationären oder ambulanten Rehabilitationsform muss für die Indikation „mobile Rehabilitation“ ein Bedarf solcher Art gegeben sein, der eine Durchführung im vertrauten Lebensumfeld medizinisch erforderlich macht und eine positive Prognose erst ermöglicht. Ein solcher Bedarf ist zudem erst begründet wenn mindestens eine der nachstehend genannten Schädigungen der Körperstruktur oder der Körperfunktion vorliegt (vgl. Rahmenempfehlungen MDS 2007): erhebliche Schädigung mentaler Funktionen kognitiver Art und / oder verhaltensbezogener Art; erhebliche Schädigung der Stimm-, -Sprech- und Sprachfunktion; sowie erhebliche Schädigung der Seh- und Hörfunktion.

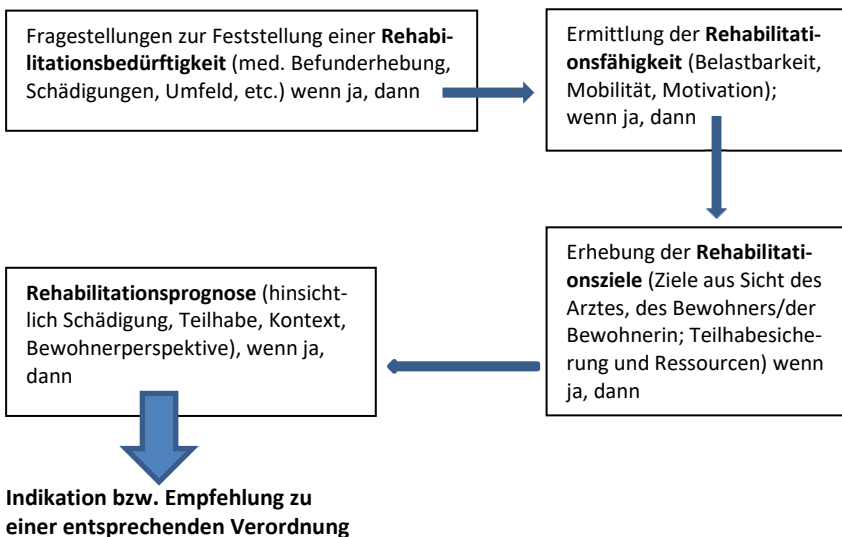
Das hier ausgewählte im Heim lebende Klientel ist nicht nur siebzig Jahre (geriatriisch) und älter, sondern auch teilweise stark multimorbid und in ihren Kompetenzen der soziale Teilhabe wie Selbstbestimmtheit stark eingeschränkt und behindert. So liegt im Kontext rehabilitativer Versorgung ein Fokus auf die Lebenschancen dieser Klientel nach BTHG (siehe vor).

3. Rehabilitationsbedarf im Pflegeheim

Die Analyse des Rehabilitationsbedarfs basiert auf der Erhebung und dem Feststellungsverfahren von 622 Bewohnern in der Langzeitpflege. Die ausgewiesene Quote an Rehabilitationsindikationsstellungen (siehe Tabelle 1) ist das Ergebnis eines abgestuften Prüfprozesses gemäß den Begutachtungsrichtlinien des MDS (2016) über Kriterien der Rehabilitationsbedürftigkeit, Rehabilitationsfähigkeit und (positiven) Prognose. Soweit eine Rehabilitations-Bedürftigkeit erkannt war (siehe Übersicht 1), wurde die Rehabilitationsfähigkeit beurteilt und dann über benennbare Ziele für die Rehabilitation

und die vorgefundene Motivation der Betroffenen eine Aussage über die Erreichbarkeit von Zielen, im Hinblick auf Aktivitäten bzw. Teilhabe, Rehabilitationszielen und Schädigungen, getroffen. Die erste Stufe im Verfahren (Bedürftigkeit) betrachtet nicht nur vorübergehend vorliegende Schädigungen und Beeinträchtigungen im Alltagsleben.

Übersicht 1: Verfahren der Begutachtung (das Stufenmodell, Prüfprozess)



Die Bewohner in der Langzeitpflege lebten zum Zeitpunkt der Untersuchung durchschnittlich zwei Jahre in der Einrichtung. Die Analyse macht deutlich, dass insbesondere der Frage der Motivierbarkeit für die Durchführung einer Rehabilitationsmaßnahme eine entscheidende Rolle im Feststellungsprozess zukam. Nicht die nur unmittelbar zum Ausdruck gebrachte Motivation war entscheidend, sondern mit Bezugspfleger und Zugehörigen wurde eingeschätzt, wie weit und mit welchen Zielen diese aufgebaut werden könnte. Dies ging in die Prognose ein, da nicht zu erwarten ist, dass Personen, die die Durchführung einer Rehabilitationsmaßnahme explizit ablehnen bzw. sich diese nicht vorstellen können - und diese Einschätzung von den Bezugspersonen auch geteilt wird - Rehabilitationsziele erreichen wollen und können. Oftmals fehlt den Bewohnern die Motivation für eine Rehabilitationsmaßnahme, so dass es hier dann nicht zu einer Indikation kommt. Dies u.a.

auch daher, weil Informationen und Beratungen zu den Potentialen einer Rehabilitation fehlen.

Für die Population der Bewohner in der Langzeitpflege wurde ein Rehabilitationsbedarf von im Mittel 22,7% (95% Vertrauensintervall, 19,5% - 26 %) festgestellt. Für weitere rund 7 % der Pflegebedürftigen wurde eine Ausweitung der Heilmittelversorgung empfohlen, wenn solche bisher nicht oder nicht ausreichend gegeben war.

Tabelle 1 Rehabilitationsbedarf in der Langzeitpflege, n=622 Bewohner

Rehabilitationsbedarf	Anzahl	Prozent
Indikation	141	22,7 %
<i>daraus entfallen auf:</i>		
MoRe gemäß Rahmenempfehlungen	113	18,2 %
MoRe abweichend Rahmenempfehlung	8	1,3 %
stationär geriatrisch §111	1	0,15 %
ambulant geriatrisch §111	3	0,5 %
Teilstationär geriatrisch §109	11	1,8 %
fachspezifisch, stationär	1	0,15 %
fachspezifisch, ambulant	4	0,6 %
<i>Daneben:</i>		
Ausweiten der Heilmittelversorgung	43	6,9 %

(Quelle: Abschlussbericht Forschungsvorhaben MoGeRe 2018)

Die Empfehlungen bzw. Bedarfsfeststellung zur Rehabilitationsindikation zu dem festgestellten Bedarf fielen aufgrund des Gesamtstatus der einzelnen Bewohner überwiegend zugunsten einer mobilen Rehabilitation aus (insgesamt 19,5% MoRe - siehe Tabelle 1). Von den vier in den Rahmenempfehlungen zur mobilen geriatrischen Rehabilitation (2007, siehe vor) angeführten Kriterien für eine im angepassten Wohnumfeld stattfindende Maßnahme lagen hierbei zugrunde: erhebliche Beeinträchtigungen kognitiver Art in 61,8%, verhaltensbezogener Art in 37,5 %, eine Schädigung der Stimm-Sprech-Sprach-Funktion in 20,3% und eine erhebliche Seh- oder Hörschädigung in 15,3% der Fälle. Ein großer Teil der MoRe-Indizierten (43,8 %) erfüllte dabei mehr als ein Kriterium. In knapp sechs Prozent der Fälle wurde das angepasste Lebensumfeld aus anderen als den in den Rahmenempfehlungen genannten Gründen für einen positiven Verlauf als notwendig erachtet.

Weitere Empfehlungen für eine geriatrische Rehabilitation verteilten sich auf eine geriatrisch teilstationäre (1,8 %), die stationäre (0,2 %) und die ambulante Form der Rehabilitation (0,5 %). Dabei sind unterschiedliche Geriatriekonzepte in den fünf Bundesländern zu beachten. Nicht geriatrische fachspezifische Rehabilitationen wurden nur bei knapp einem Prozent der Pflegebedürftigen empfohlen (Tabelle 1).

Tabelle 2: Pflegebedürftige 2015 in Deutschland

Pflegebedürftige 2015	Anzahl	Davon weiblich in %	Pflegestufe in %			Anteil an Pflege- bedürftigen in %
			1	2	3	
Insgesamt	2.860.293	64	57,2	31,1	11,3	100
Zu Hause ver- sorgt	2.076.877	61,1	64,2	27,9	7,9	72,6
Im Heim ver- sorgt	783.416	71,8	38,8	39,6	20,5	27,4

Quelle: Destatis 2018 – Gesundheit-Pflege

Wenn 22,7% der Bewohner, die in Heimen leben, einen Rehabilitationsbedarf haben, der bislang nicht gedeckt wurde, dann wäre dies ein numerischer Rehabilitationsbedarf von etwa 178.000 Menschen im Heim. Für die Versorgungsoption der mobilen Rehabilitation sind dies dann etwa 153.000 Menschen im Heim. Diese recht hohe Zahl erstaunt und wirft auch etliche Frage auf. Dass die hier ausgewiesene Anzahl nicht ganz utopisch ist, zeigt eine andere Studie aus dem Jahr 2014 (Rothgang, Reha XI-Studie 2014). Diese Studie dokumentiert, dass 6,3% vom medizinischen Dienst der Krankenkassen begutachteter Pflegebedürftiger eine Indikation für Rehabilitation aufweisen. Bei einer Subanalyse im Rahmen dieser Studie, lag der Anteil für eine Rehabilitationsindikation gar bei 18,3%, wenn Ärzte mit praktischer Rehabilitationserfahrung die Begutachtung durchführten. Aus diesen Daten ließe sich eine rehabilitative Unterversorgung älterer Menschen im Heim konstatieren. Denn das Angebot und die Option einer mobilen Rehabilitation gibt es in Deutschland derzeit nur an 18 Standorten. Diese versorgen im Jahresschnitt etwa 100 bis 200 Fälle; was deutschlandweit im günstigsten Fall einer Versorgung von etwa 3000 Fällen entspricht. Dies entspricht einer Versorgungsquote von etwa 0,1% exemplarisch bezogen auf alle Pflegebedürftigen (siehe Tabelle 2). Wenn eine bestimmte Versorgungsform nicht vorhanden oder zugänglich ist, dann werden andere Versorgungen genutzt und dies ist im Falle älterer Menschen in der Regel die stationäre Unterbrin-

gung im Krankenhaus. Neben einer Unterversorgung liegt dann auch eine Fehlversorgung vor. Dies wird im Expertenkreis soweit bestätigt (aus: Forschungsdokumentation) Die hier aufgeführten Daten zur rehabilitativen Versorgung Pflegedürftiger deuten ein erhebliches Dunkelfeld im medizinischen Versorgungsablauf an.

Je nachdem, welche Fachgruppe (MDK, Fachärzte der Geriatrie oder Rehabilitation) die Begutachtung übernehmen, kommt es zu einer unterschiedlichen Festlegung ob ein Rehabilitationsbedarf gegeben ist oder nicht. In der Regel beurteilt der MDK (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) nach Aktenlage, während die Fachärzte in der hier erwähnten Studie eine persönliche und knapp einstündige Begutachtung vornahmen. Sicher werden die Unterschiede zwischen den Medizinern näher zu klären sein, jedoch auch bei einer niedrigeren Rehabilitationsquote unter den Heimbewohnern bleibt eine sehr hohe Anzahl von Betroffenen die nicht rehabilitativ versorgt werden (können).

Ein weiterer Aspekt ist die Erfahrung, dass ein Großteil der älteren Menschen mit Rehabilitationsbedarf eine solche gar nicht in Anspruch nehmen (wollen). Von der hier ausgewiesenen Anzahl findet auch auf diesem Wege nur ein kleiner Teil in die Rehabilitation. Erschwerend kommt ein fehlendes Angebot hinzu; sowie fehlende Informationen zu den Vorteilen und Chancen einer Rehabilitation. Letztlich fehlt die Beratung. Auch eine mangelnde Motivationslage in der Persönlichkeit und der Lebenssituation des alten Menschen, ggfs. seinem Umfeld, ist zu beachten. Im Rahmen der Studie konnte beobachtet werden, dass Heimbewohnern mit aktiven Angehörigen oder Betreuern („Kümmerer“) eher eine Rehabilitation in Anspruch nahmen. Diesbezüglich sind Lebenschancen im Alter (insbesondere für „Alleinstehende“) ungleich verteilt mit entsprechenden Folgen.

4. Teilhabe am sozialen Leben im Pflegeheim

Kommt es nun zu einer Rehabilitationsmaßnahme, hier in mobiler Form, bleibt die Frage, was diese Intervention letztlich bringt. Um dies näher herauszubekommen, hat die vorgenannte Studie eine Verlaufs-Vergleichs-Studie zu Rehabilitationsmaßnahmen über einen halbjährigen Zeitraum durchgeführt. Gemessen wurden funktionale und Selbstversorgungskrite-

rien, sowie die Verbesserung der Teilhabe mir der Rehabilitationsintervention.

Teilhabe meint hier eine Art „Einbezogensein“ in eine Lebenssituation mit der Kompetenz zu „Handeln“. Diese Kompetenz kann je nach Art der Behinderung und Begrenzung unterschiedlich ausfallen und variieren, ist jedoch nicht nur ein „objektives“ Tun (Funktionalität), es ist immer auch „subjektives“ Empfinden. Letztlich ist Teilhabe stark an die individuellen Bedürfnisse und Lebensereignisse des einzelnen Menschen gekoppelt. Es gibt also keinen „Standard“, sondern vielmehr die individuelle Vielfalt und Situativität. Genau so gilt, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner Beeinträchtigung, teilnehmen kann. Dabei ist Teilhabe nicht an Selbständigkeit gebunden. Es gibt genügend Beispiele, wo Menschen der Hilfe bedürfen, jedoch vollständig am sozialen Leben teilnehmen können.

In der Erfassung und Messung der Teilhabe am sozialen Leben wurden methodisch drei Zugänge gewählt:

1. Die Erfassung der Teilhabe über die persönlichen und individuellen Ziele der Teilnehmer verbunden mit der Rehabilitation
2. Die Benennung und die Verbesserung von Ressourcen in Umfeld und Kontext des Bedürftigen
3. Die Erfassung und Messung der Teilhabe über das Instrumentarium der Teilhabesicherungskonzepte (TSK)

Die persönlichen und individuellen Ziele wurden in einem offenen Format erfasst. Zu den Ressourcen des Umfeldes zählen Faktoren wie die Zimmergestaltung, Lesehilfe, Einbeziehung von Freunden oder Angehörigen bzw. der Familie. Teilhabesicherungskonzepte (TSK) sind definierte Kategorien bzw. Faktoren, die dabei helfen sollen, die Teilhabe zu ermöglichen und zu verbessern.

Die Diakonie in Bad Kreuznach entwickelte ein sogenanntes Teilhabesicherungskonzept zur Evaluation der Kategorie Teilhabe in der Behindertenhilfe. Dieses Konzept besteht aus insgesamt 27 Messdimensionen (siehe auch: Diakonie Texte 2008) die in der nachstehenden Übersicht aufgelistet (siehe Übersicht 2) sind. Die aufgeführten Dimensionen implizieren als Konzepte jeweils eine Vielzahl möglicher Maßnahmen, um bspw. ein mehrstündiges Sitzen (siehe Punkt 1.) zu ermöglichen. Dies wird als individuell bestimmbarer „Problemhaushalt“ jeweils definiert und beinhaltet so immer individuelle

Lösungsstrategien, um bspw. ein mehrstündiges Sitzen (Punkt 1) oder die Ermöglichung von Kommunikation (Punkt 2) auch tatsächlich zu realisieren. Wir finden in einem TSK demnach individuelle Strategien und Maßnahmen, die sich in einem Bündel von Maßnahmen („Problemhaushalt“) konkret darlegen.

Übersicht 2: Dimensionen der Teilhabe – 27 Konzepte zur Sicherung von Teilhabe

1. *Ermöglichung des ggf. mehrstündigen Sitzens im Sinne der Teilhabe am Leben im konkreten Wohnumfeld, ggf. mit in der Häuslichkeit benutzbaren und akzeptierten Hilfsmitteln*
2. *Ermöglichung von Sitz, Mobilität und Pflege durch an die Wohnumgebung und die Assistenzpersonen angepasste Transfertechniken bzw. Hilfsmittel*
3. *Optimierte Lokomotion, d.h. eigenständige Beweglichkeit ggf. mit Hilfsmitteln zur Lagerung und Bewegung von Ort zu Ort einschließlich Anleitung zur Eigenübung, Kontrollkompetenz*
4. *Sicherstellung der Mobilität in Wohnung, Nachbarschaft, naher Stadt und Fernbereich.*
5. *Vermeidung und Bewältigung von Hautschäden (z. B. Dekubitus, Infektionen) im alltäglichen Leben unter Beibehaltung möglichst hoher Mobilität und Teilhabe einschließlich der Hilfsmittelnutzung im Wohnumfeld*
6. *Ermöglichung von Kommunikation durch Verwendung von im konkreten persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld angepassten, erprobten und akzeptierten Kommunikationsstrategien und Kommunikationshilfsmitteln bei eingeschränkter expressiver und rezeptiver Sprache*
7. *Ermöglichung der im sozialen Kontext akzeptierten Ernährung bei orofazialer Dysfunktion unter Förderung der Kompetenzen des sozialen Umfeldes bei Zubereitung und Nahrungsaufnahme (Schlucktraining) ggf. einschließlich der Akzeptanz veränderter Essensgewohnheiten*
8. *Bewältigung der Inkontinenz mit dem Ziel der (ggf. relativen) Kontinenz einschließlich Hilfsmitteln, Management, Toilettengang und Toilettentraining im häuslichen Umfeld*
9. *Sonstige Aktivitäten des täglichen Lebens (selbstständig, mit Hilfe, mit Hilfsmitteln, ggf. Kontrollkompetenz, im konkreten Kontext)*
10. *Strategien zur Bewältigung eingeschränkter Sinnesfunktionen, u. a. zur Orientierung, Kommunikation, Kulturtechniken, soziale Teilhabe, ggf. mit Hilfsmitteln*
11. *Förderung der Belastbarkeit und Handlungskompetenz im konkreten, individuellen Alltagsleben, insbesondere der Handlungsplanung, der Ausführungskontrolle, der Verantwortlichkeit und der Selbstständigkeit im eigenen häuslichen Umfeld*

- 12. Praktische Ermöglichung und Förderung der Ausübung von Kulturtechniken im Alltag**
- 13. Optimierung der Möglichkeiten der Steuerung (Hilfsmittel) mit dem Ziel der Umfeldkontrolle**
- 14. Ermöglichung von Kontrollkompetenz und Souveränität im Hinblick auf die Gestaltung der Pflegeverrichtungen, die alltäglichen praktischen Lebensvollzüge, die Zeit und die Assistenz.**
- 15. Ermöglichung relevanter Beschäftigung im Alltag einschließlich solcher Aktivitäten, die dem Betroffenen Bedeutung in der sozialen Gemeinschaft geben können**
- 16. Ermöglichung einer Tagesstruktur, ggf. durch Nutzung von Angeboten der Senioren- oder Eingliederungshilfe**
- 17. Ermöglichung des Lernens, der Wissensanwendung und Förderung der kognitiven Funktionen einschließlich Gedächtnis, Konzentration, Merkfähigkeit, Aufmerksamkeit etc. speziell im Hinblick auf die alltäglichen praktischen Lebensvollzüge im häuslichen Umfeld**
- 18. Ermöglichung eines selbstgesteuerten Schmerzmanagements unter häuslichen Bedingungen**
- 19. Bewältigung psychischer Probleme, Erkennung, Behandlung, Bewältigung psychiatrischer oder psychosomatischer Komorbiditäten, insbesondere im sozialen Kontext**
- 20. Bewältigung von Atmungsproblemen, u. a. bei Schluckstörungen, rez. Infekten, COPD, Unterbeatmung, Sauerstoffgabe, intermittierende oder dauerhafte Beatmung in häuslicher Umgebung**
- 21. Förderung und Stabilisierung des sozialen Netzes durch Information, Beratung, Stützung, Beseitigung von Begegnungshindernissen, Erschließung des öffentlichen Raumes (z. B. Gaststätten) Bitte überall einen Punkt in der Liste setzen oder überhaupt nicht**
- 22. Förderung des regionalen sozialraumbezogenen sekundären sozialen Netzwerks.**
- 23. Förderung, Ermöglichung konstanter persönlicher Beziehungen und eines stabilen, angstfreien offenen, freundlichen Umfeldes mit verlässlichen Partnern, Bezugspersonen.**
- 24. Information und Kontakt zu Organisationen der Selbsthilfe, ggf. Selbstorganisation**
- 25. Ermöglichung und Förderung eines fachgerechten, teilhabefördernden medizinischen Managements bei Pflegebedürftigkeit, interkurrenten Erkrankungen oder Komplikationen der Grunderkrankungen in der eigenen Häuslichkeit durch das primäre und sekundäre soziale Netz**

- 26. Ermöglichung und Förderung der Beantragung und Organisation sozialstaatlicher Leistungen unter den konkreten häuslichen Bedingungen u. a. als bedarfsgerechter Hilfemix.**
- 27. Stützung und Beratung der Bezugspersonen.**

(Quelle: Janßen H. et al. Abschlussbericht Forschungsvorhaben MoGeRe 2018)

In der Erfassung und Messung der Auswirkungen in der Beteiligung an einer Rehabilitation wurden zudem der Barthel-Index als gängiges (funktionales) Messinstrument der Rehabilitation sowie die Esslinger Transferskala und der Bewegungsradius gewählt. Dabei wird als Bewegungsradius in sechs Stufen, vom Pflegebett bis zu Orten außerhalb der Pflegeeinrichtung, der am weitesten entfernte Ort festgehalten, der regelmäßig -mindestens einmal in der Woche- selbständig oder mit Hilfe aufgesucht wird. In der Esslinger Transferskala sind fünf Stufen von 0 bis 4 mit keine Hilfe erforderlich (0) bis mehrere professionelle Helfer erforderlich (4) möglich. Die Daten wurden im Verlaufe eines halben Jahres über drei Messzeitpunkte erhoben und sind in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3: Ergebnisse der (mobilen) Rehabilitation im Verlauf von einem halben Jahr

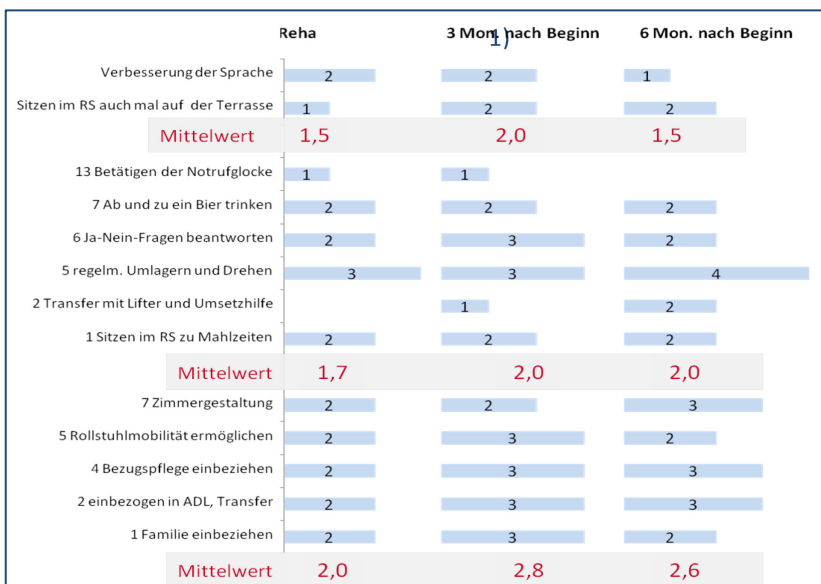
Indikator	n	Skalierung	T0	T1	T3	Veränderung T0 zu T3
Persönliche Teilhabeziele	73	0-4	0	2,3	2,3	+2,3
Teilhabesicherungskonzepte	107	0-4	0	2,5	2,5	+2,5
Ressourcen (Kontext)	81	0-4	0	2,0	1,9	+1,9
Barthel-Index	106	0-100	35,4	47,5	48,5	+13,1
Esslinger Transferskala	106	4-0	2,1	1,1	1,2	-0,9
Bewegungsradius	104	0-5	2,1	3,2	3,3	+1,2

(Quelle: Abschlussbericht Forschungsvorhaben MoGeRe 2018)

Über alle Messkategorien ist zu erkennen, dass mit der Rehabilitation erkennbare Verbesserungen der Lebenssituation und in der Teilhabe des einzelnen Menschen im Pflegeheim erzielt werden konnten. Die Rehabilitati-

onsmaßnahme verläuft in der Regel über sechs Wochen und hat etwa vierzig Therapieeinheiten, je nach Beeinträchtigung und Bedarf des Rehabilitanden. Eine Vergleichsgruppe von Menschen im Pflegeheim ohne rehabilitative Versorgung, jedoch mit Bedarf, ergab, dass sich hier die Werte über die genannten Messdimensionen verschlechterten oder nur minimal verbesserten. Es konnten deutliche Unterschiede festgestellt werden, die die Wirkung einer Rehabilitation nachhaltig unterstreichen (vgl. auch Lübke 2015; Pippel et al 2017; Schulz et al 2013).

Übersicht 3: Ergebnis der Teilhabemessung – Beispiel für eine/n TeilnehmerIn



1) Ergebnis mit Abschluss der Rehabilitationsintervention

(Quelle: Janßen H. et al. Abschlussbericht Forschungsvorhaben MoGeRe 2018)

Beispielhaft sind die Ergebnisse der Messung zu Teilhabe über einen Fall in der Übersicht 3 dargestellt. Zu erkennen ist, dass sich die Werte zur Realisierung von „Teilhabe“ unmittelbar nach Rehabilitationsende verbessern und weitgehend auch im Verlauf hier über ein halbes Jahr verstetigen können. Im ersten Feld der Übersicht 3 sind persönliche Ziele aufgeführt (Verbesserung der Sprache, Sitzen im Rollstuhl); danach dann 6 Teilhabesicherungskonzepte und im dritten Block die Umfeld-Ressourcen als aktive Zielkompo-

nenten. Mit einer Verbesserung der Bedingungen, verbessert sich die Teilhabe über ein stärkeres „Einbezogensein“.

5. Lebensqualität im Pflegeheim

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist ein großes sozial- und gesellschaftspolitisches Vorhaben. Ziel des BTHG ist, die Lebenssituation und damit auch die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen im Sinne von mehr Teilhabe und mehr Selbstbestimmung zu verbessern und so einen weiteren wichtigen Meilenstein auf dem Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft zu setzen und ein modernes Teilhaberecht weiterzuentwickeln (BAMS 2018). Die (medizinische) Rehabilitation ist dabei eine wesentliche Säule in der Realisierung von Teilhabe und Selbstbestimmung. Sie kann Menschen im Alter dabei unterstützen, fordern und fördern, Ihre Lebenschancen und ihre Lebensqualität, zu erhalten oder zu verbessern. Kennt man die Rehabilitation bislang mehr als Hilfe für die berufliche Wiedereingliederung und Wiederherstellung der Erwerbskraft, kommt ihr nun ein weit umfassender Auftrag zu, im Besonderen für alte und sehr alte (hochbetagte) Menschen. Sie soll helfen, Menschen mit Behinderungen und (sozialen) Beeinträchtigungen wieder in das soziale Leben zu inkludieren wie den Leitsatz „Reha vor Pflege“ erfolgreich umzusetzen. *„Rehabilitation kann helfen, eine Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder hinauszuzögern. Und für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen kann eine alltagsnahe Reha die Lebensqualität entscheidend verbessern. Deshalb muss Reha ein wesentlicher Bestandteil der Versorgung von Menschen werden, die pflegebedürftig sind oder bei denen Pflegebedürftigkeit eintreten könnte. Mit der Pflegereform und dem Präventionsgesetz haben wir die Möglichkeiten für gesundheitliche Vorsorge und Rehabilitation deutlich ausgebaut. Diese gesetzlichen Regelungen müssen jetzt von allen Beteiligten in der Pflege, aber auch den Krankenkassen mit Leben gefüllt werden. Wir brauchen bessere Zugangsmöglichkeiten, persönlich abgestimmte Beratungs- und Reha-Angebote und eine engere Zusammenarbeit von Pflege und Reha. Der Grundsatz Reha vor Pflege muss stärker in den Köpfen verankert werden“* (BMG, Pressemitteilung vom 14. Juni 2017).

Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 71 Abs. 2 SGB XI sind in der Regel auf pflegerische Unterstützung angewiesen. Menschen mit Pflegebedürftigkeit im Sinne des §14 Abs.1 SGBXI „sind

Personen, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb der Hilfe durch andere bedürfen. Es muss sich um Personen handeln, die körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen nicht selbständig kompensieren oder bewältigen können. Die Pflegebedürftigkeit muss auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, und mit mindestens der in § 15 festgelegten Schwere bestehen.“

Pflegebedürftigkeit ist abgesehen vom Kindesalter in keinem Lebensalter ein regelhafter Zustand sondern ist bedingt durch Krankheiten ggfs. in Verbindung mit Alterungsprozessen. Insofern ist davon auszugehen, dass für Pflegebedürftige in Pflegeeinrichtungen in der Regel die Voraussetzungen des §2 Abs. 1 SGB IX (Gesetzl. Definition von Behinderung) erfüllt sind. Somit haben sie grundsätzlich einen Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe. Dieser Anspruch bezieht sich insbesondere auf Leistungen der medizinischen Rehabilitation und wird in der Regel über § 40 SGB V konkretisiert (siehe vor, mobile Rehabilitation).

Das BTHG verpflichtet die Träger der Rehabilitation auch schon präventiv vor zugehen und drohende Behinderungen abzuwenden (BAMS 2018). Nach §1 SGB IX haben Menschen mit Behinderungen Anspruch auf Leistungen, *„um ihre Selbstbestimmung und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken.“* Dies gilt auch für die besondere Lebenslage von Menschen in Pflegeeinrichtungen, wenngleich sich deren Teilhabeoptionen meist qualitativ und quantitativ von denen, die in eigener häuslicher Umgebung wohnen, unterscheiden.

Erstmalig wurde nach anerkannten Kriterien auf der Basis des gesetzlich normierten Anspruchs von Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf eine empirische Analyse des Bedarfes an Leistungen der medizinischen Rehabilitation bei Bewohnern in Einrichtungen der stationären Pflege durchgeführt. Dabei wurde bei etwa jedem vierten Bewohner bzw. jeder vierten Bewohnerin ein Rehabilitationsbedarf indiziert. Dieser Rehabilitationsbedarf wurde auf der Grundlage einer fachärztlichen Untersuchung für den Untersuchungstag festgestellt, wobei Erkenntnisse aus der individuellen Vorgeschichte zum bisherigen Verlauf einbezogen wurden.

Schaut man jedoch in die Realität der Pflegeheime, so nimmt nur ein minimal kleiner Personenkreis eine Rehabilitation in Anspruch. Die tatsächliche Inanspruchnahme von Rehabilitationsleistungen ist bei dieser Klientel verschwindend gering und steht in keinerlei Relation zu den vorgenannten gesetzlichen Ansprüchen. Im Rahmen der fachärztlichen Begutachtung zum Rehabilitationsbedarf im Pflegeheim konnte ermittelt werden, dass von allen Begutachteten nur 1,6% eine Rehabilitationsmaßnahme in Anspruch nahmen oder gerade beendet hatten. Die Beantragung oder Verordnung einer Maßnahme durch den Hausarzt, die Beratung und die Information zu Rehabilitationsmaßnahmen sind bislang noch erhebliche Schwachstellen im Zugang. Es fehlt also insgesamt das Wissen und die Information vor Ort, so dass die Option der Rehabilitation in der „Alltagsversorgung“ nicht beachtet wird.

Der Zugang zur Rehabilitation wird weiterhin durch ein eher komplexes Verfahren erschwert. Nicht selten werden Maßnahmen entweder gar nicht oder nach wiederholten Begründungen und dann nur sukzessive von den Kostenträgern genehmigt. In der Praxis der Rehabilitation wird die Erfahrung mitgeteilt, dass die Kostenträger (mobile) Rehabilitationsmaßnahmen nicht wertschätzen und fördern wollen. Hier ist eine dringende Vereinfachung und bessere Akzeptanz des Verfahrens erforderlich. Insbesondere sollte die Beratung im Sinn einer „unabhängigen Teilhabeberatung“ merklich verbessert werden. Allein die Erkennung eines rehabilitativen Bedarfes und eine erste Bedarfsermittlung könnte in den Versorgungskontext – ärztlich wie pflegerisch – der Bezugspersonen deutlicher eingebunden sein. Die Option könnte mit einem verbesserten Verfahren umgesetzt werden.

Derzeit bleibt eine erhebliche Versorgungslücke allein in der mobilen geriatrischen Rehabilitation, so dass die Bemühungen zur Realisierung des BTHG hier deutlich zu verstärken sind. Dies wird jedoch nicht gehen, ohne die Rahmenbedingungen in der rehabilitativen Versorgung zu verbessern. Hier sind insbesondere die Kostenträger in die Pflicht genommen und gefordert, ihr Leistungsspektrum für eine ältere Generation in der Realisierung von Teilhabe und Selbstbestimmtheit nach BTHG zu erweitern bzw. anzupassen. Dies kann helfen, die Lebensqualität von Menschen in Pflegeheimen spürbar zu verbessern oder zu erhalten. Nicht zu vernachlässigen sind die bereits jetzt und prognostisch sich verstärkenden Versorgungsengpässe in den ländlichen Regionen. Hier wird es kaum Angebote mobiler Rehabilitation geben, da nicht nur das Angebot fehlt (siehe vor), sondern auch das notwendige

Fachpersonal (Hausärzte als Verordner, Therapeuten, Rehabilitationspflege, Geriater) erst gar nicht zur Verfügung steht. Auch in dieser Dimension zeigen sich Ungleichverteilungen in den Lebenschancen älterer Menschen.

Die Wirksamkeit mobiler (geriatrischer) Rehabilitation ist evidenzbasiert nicht erwiesen; gleichsam geht man von einer „allgemeinen Wirksamkeit“ mobiler (geriatrischer) Rehabilitation aus (vgl. Lübke 2015 - siehe vor). Dann erhebt sich die Frage, wie kann dieser hier ausgewiesene und plausibel gemachte hohe Bedarf an Rehabilitationsmaßnahmen im Pflegeheim nur annähernd realisiert und finanziell adäquat vergütet werden? Ein finanzieller Aufwand von etwa 600 Mio. Euro wäre hierfür erforderlich. Dem ständen sicherlich auch Ausgabenverringerungen anderenorts entgegen. Zudem ist eine Wirkung mit verbesserter Teilhabe über rehabilitative Maßnahmen sicher zu stellen. So braucht es weitergehende Konzepte auch in der Zusammenarbeit von Rehabilitation und stationärer Pflege. Pflegeziele und Rehabilitationsziele können stärker zusammen wachsen. Ebenso wie die Rehabilitation deutlicher in den Pflegealltag integriert werden könnte. Nicht zuletzt sind die Bundesländer gefordert, adäquate geriatrische Versorgungsstrukturen auch in ländlichen Regionen zu realisieren. Insgesamt zeigt sich in der teilhabebestimmten Versorgung älterer (geriatrischer) Menschen und damit in der Frage der Lebensqualität älterer Menschen in Pflegeheimen noch ein erheblicher Forschungsbedarf.

Literatur

- Bundesministerium für Gesundheit BMG, Pressemitteilung vom 14. Juni 2017.
- Bundesministerium für Arbeit, Migration und Soziales BMAS, Bundesteilhabegesetz 2016.
- Diakonie Texte (2008): Mobile Rehabilitation – ein neues Konzept der Teilhabe-sicherung. Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. - Diakonie Texte September 2008 Stuttgart.
- Janßen H., Köhler L., Behrens J., Kraft J.W., Naumann F., Schmidt-Ohlemann M, Siegert R. & Warnach M. (2018): Abschlussbericht des Forschungsvorhabens: Allgemeiner Rehabilitationsbedarf und Evaluation mobiler geriatrischer Rehabilitation (MoGeRe) in stationärer Langzeitpflege und Kurzzeitpflege. Gefördert vom Bundesministerium für Gesundheit, Berlin - Bremen 2018.
- Lübke, N. (2015): Explorative Analyse vorliegender Evidenz zu Wirksamkeit und Nutzen von rehabilitativen Maßnahmen bei Pflegebedürftigen im Hinblick auf eine mögliche Anwendbarkeit im Rahmen der Festlegung des Rehabilitationsbe-

- darfs bei der Pflegebegutachtung. G3 –GUTACHTEN im Auftrag des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen e.V. (MDS) KCG Hamburg.
- Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen (Mds) (2007): Rahmenempfehlungen zur mobilen geriatrischen Rehabilitation – 1.05.2007 Essen.
- Meinck, M. (2014): Reha vor Pflege im Alter: Praxis der GKV im Spiegel von Routinedaten. In: Welt der Krankenversicherung 12, S. 300-304.
- Meinck, M.; Pippel, K.; Lübke, N. (2016): Mobile geriatrische Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung – Konzeptionelle Ausrichtung und Ergebnisse der bundesweiten Basisdokumentation (Teil 1). Z Gerontol Geriat 50, 3, S. 226-232.
- Meng, K.; Holderied, A.; Vogel, H. (2007): Rehabilitationsbedarf in der sozialmedizinischen Begutachtung - Entwicklung und Evaluation eines Entscheidungsalgorithmus. Rehabilitation 46, S. 41-49.
- Pippel, K.; Meinck, M.; Lübke, N. (2017): Mobile geriatrische Rehabilitation in Pflegeheim, Kurzzeitpflege und Privathaushalt - Settingspezifische Auswertung der bundesweiten Basisdokumentation (Teil 2). Z Gerontol Geriat 50, 4, S. 325-331.
- Raspe, H. (2004): SGB IX: Bedarfsgerechte Leistung und umfassende Rehabilitation. Zeitschrift für Sozialreform 50, 4-5, S. 446-461.
- Rothgang, H. et al. (2014): Reha XI – Erkennung rehabilitativer Bedarfe in der Pflegebegutachtung des MDK. Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.
- Schulz, R.; Knauf, W.; Püllen, R. (2013): Mobile geriatrische Rehabilitation bei funktionell schwer beeinträchtigten Patienten – Untersuchung zur Effektivität. In: Z Gerontol Geriat 47, S. 147-152.
- Statistisches Bundesamt - Destatis 2018, Zahlen und Fakten zu Gesundheit – Pflege, Wiesbaden.

Anmerkung: Die hier aufgeführten Daten und empirischen Angaben basieren auf den Ergebnissen des Forschungsvorhabens: *Allgemeiner Rehabilitationsbedarf und Evaluation mobiler geriatrischer Rehabilitation (MoGeRe)*, welches unter der Leitung des Instituts für Gesundheits- und Pflegeökonomie IGP an der Hochschule Bremen durchgeführt wurde. Der Abschlussbericht zum Forschungsvorhaben ist auf der Internetseite des Bundesministeriums für Gesundheit (www.bmg.bund.de/service/publikationen/forschung.html) veröffentlicht.

Inanspruchnahme logopädischer Versorgung von mehrsprachigen Kindern mit/ohne Migrationshintergrund im ambulanten Sektor - Erkenntnisse aus dem Bremer MeKi-SES Projekt

Wiebke Scharff Rethfeldt

1 Einleitung

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Im Jahr 2015 hatten 17,1 Mio. Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2017), dem Land mit der zweitgrößten Wachstumsrate an internationalen Migranten (United Nations 2016). Insgesamt zeigt sich die Tendenz zur Immigration nach Deutschland weiter steigend, jedoch wird die Zuwanderung nicht mehr von der europäischen Binnenmobilität, sondern verändert von Zuwanderern aus Syrien, Rumänien, Irak, Iran und Afghanistan neben afrikanischen Herkunftsländern bestimmt.

In Deutschland zählt die Migration zu den häufigsten Ursachen für Mehrsprachigkeit. Unter dem Begriff der Mehrsprachigkeit werden in Anlehnung an die Definition des Royal College of Speech and Language Therapists (RCSLT 2006, S. 268) Individuen oder Gruppen zusammengefasst, die kommunikative Fähigkeiten in mehr als einer Sprache erwerben. Damit gilt als mehrsprachig, wer mehr als eine Sprache versteht und verwendet. Der hohe Anteil mehrsprachiger Kinder im Vorschulalter ist ablesbar am Sprachförderbedarf, der bei Kindern aus Elternhäusern „mit niedrigem Schulabschluss sowie mit nicht-deutscher Familiensprache“ seit mehr als einem Jahrzehnt unverändert hoch ist (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016, S. 5). Mittelfristig wird sich der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der deutschen Bevölkerung weiter erhöhen und folglich nicht nur die Bedarfe und Anforderungen an das Bildungs-, sondern auch an das Gesundheitssystem, und folglich an die logopädische Versorgung.

Denn Sprachentwicklung stellt gleichermaßen für ein- als auch mehrsprachige Kinder eine grundlegende sowie komplexe und damit auch störanfällige

Aufgabe dar. So zählen Sprachentwicklungsstörungen (SES) zu den häufigsten Entwicklungsstörungen. Allgemein werden Sprachstörungen mit Komorbiditäten (z.B. im Zusammenhang mit Hörstörungen, Autismus-Spektrum-Störung oder genetischen Syndromen), die bei 2,3% aller Kinder auftreten, von solchen ohne biomedizinische Ursachen unterschieden. Letztere, als SES bezeichnete Form, tritt bei weiteren 7,6% aller Kinder auf (Norbury et al. 2016, Tomblin et al. 1997). Diese SES sind abzugrenzen von mangelnden Kenntnissen in einer Sprache, die von der Schule oder einem Großteil der Gesellschaft verwendet wird. So werden z.B. förderbedürftige mangelnde Deutschkenntnisse demnach nicht als Störung im pathologischen Sinne und somit als SES bezeichnet, sofern sie z.B. auf eine mit Bezug auf Intensität und Häufigkeit unzureichende Exposition zurückzuführen und damit ausschließlich kontextabhängig sind. Dies setzt jedoch voraus, dass die Sprachentwicklung in einer anderen Sprache altersgerecht verläuft.

Sowohl ein- als auch mehrsprachige sprachgesunde Kinder, die unzureichend Möglichkeiten erhalten, um Spracherfahrungen mit der in der Schule verwendeten (Bildungs-) Sprache zu sammeln, können zusätzliche Sprachförderung benötigen (Scharff Rethfeldt 2016; Cattani et al. 2014). Auch kann die für bildungspolitische Maßnahmen entscheidende übergeordnete Bezeichnung eines ‚besonderen Förderbedarfs‘ in den Bereichen Sprechen, Sprache und Kommunikation sinnvoll, wie sie international Anwendung findet. Diese schließt zudem Kinder und Jugendliche mit therapiebedürftigen Kommunikationsstörungen neben solchen ein, die aus unterschiedlichen Gründen Schwierigkeiten in der Kommunikation aufweisen. So benötigen Kinder und Jugendliche z.B. adäquate Deutsch- bzw. Sprachkenntnisse, um schulisches Lernen bewältigen und ihr eigenes Verhalten steuern und selbst regulieren zu können (Snowling 2006, Conti-Ramsden et al. 2013).

Häufig wird jedoch noch unzureichend zwischen einem Förder- und einem Therapiebedarf unterschieden, obgleich zahlreiche Studien belegen, dass von einer in Art und Ausmaß sehr unterschiedlich auftretenden SES betroffene Kinder eine individualisierte logopädische Therapie benötigen. Denn sie können aufgrund der mit der SES verbundenen Sprachverarbeitungsdefizite nicht von Maßnahmen der (vor-/schulischen) Sprachförderung profitieren (Ellis Weismer et al. 2005, Bishop 2000).

Werden SES nicht frühzeitig erkannt und sprachtherapeutisch behandelt, können sie sich im Grundschulalter u.a. als Lese-Rechtschreibstörung manifestieren. Kinder mit SES zeigen ein erhöhtes Risiko für Beeinträchtigungen in ihrer schulischen, sozialen und emotionalen Entwicklung und erleben im Erwachsenenalter häufiger Formen sozialer Exklusion (Conti-Ramsden & Durkin 2015, Bretherton et al. 2013, Clegg et al. 2005, Arkkila et al. 2008). Bereits im Alter von neun Jahren, zeigen von einer SES betroffene Kinder eine deutlich niedrigere Lebensqualität im Vergleich zu sich sprachgesund entwickelnden Kindern auf, wobei sich eine Reduktion bereits im Alter von vier Jahren feststellen lässt (Eadie et al. 2018). Dabei ist die Auswirkung einer Kommunikationsstörung auf die Lebensqualität weniger von deren Schweregrad, als von die kommunikative Beeinträchtigung begleitenden sozio-emotionalen Problemen abhängig.

Angesichts der hohen Prävalenz und der lebenslangen Folgen einer SES ist es wichtig, dass an der Einschätzung von Sprachfähigkeiten und Deutschkenntnissen beteiligte Fachkräfte neben Formen und Ausmaß von SES auch die mit ihr verbundenen Konsequenzen für die kindliche Lebensqualität verstehen und die mit ihr einhergehenden Einschränkungen des Individuums mit Bezug auf Alltagsfunktionen vermehrt berücksichtigen. In Anbetracht der hiermit skizzierten Komplexität von SES und Mehrspracherwerbskonstellationen im Kontext linguistischer sowie kulturell diverser Lebensentwürfe und -bedingungen, bedarf es im Falle einer vorliegenden Sprachauffälligkeit einer differenzialdiagnostischen Untersuchung im Rahmen einer umfassenden logopädischen Sprachentwicklungsdiagnostik. Diese setzt jedoch zunächst die Verordnung durch eine_n Mediziner_in voraus. Dass diese Verordnung außerdem sowohl bei ein- als auch mehrsprachigen Kindern frühestmöglich erfolgen sollte, ist in Anbetracht der oben genannten Folgen für das Wohlergehen sowie die gesellschaftliche Partizipation und damit gesundheitliche und soziale Chancengleichheit nachzuvollziehen.

Zusammenfassend sollte jedes (mehrsprachige) sprachauffällige Kind logopädisch untersucht und eine SES entweder ausgeschlossen oder frühestmöglich identifiziert werden, um entsprechende adäquate Maßnahmen – d.h. Förderung oder Therapie – einzuleiten und potenzielle Einschränkungen der Lebensqualität zu berücksichtigen. Jedoch sind die Pfade zur logopädischen Differenzialdiagnostik, die eine medizinische Verordnung voraussetzt, nicht immer eindeutig. So werden mehrsprachige Kinder mit Sprachauffälligkeiten in verschiedenen Bereichen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungs-

systems vorgestellt, die sich jedoch in ihrem Verständnis und ihrer Organisationsstruktur, sowie damit auch in ihrem Umgang mit Sprachauffälligkeiten bei Kindern unterscheiden; z.B. Kindertageseinrichtungen, ambulante Pädiatrie und Logopädie. Dabei ist es durchaus möglich, dass die als sprachauffällig und somit von der deutschsprachigen monolingualen Norm als sprachlich abweichend geltenden Kinder auch gleichzeitig von mehreren unterschiedlichen Fachleuten betreut werden, d.h. logopädische Therapie in einem ambulanten Setting und/oder Sprachförderung ohne vorausgehende Differenzialdiagnostik in einer Kindertageseinrichtung erhalten.

So ist bemerkenswert, dass die Patientenrate der Sprachtherapie in besonderem Maße in Anspruch nehmenden Kinder leicht zurückgegangen ist, obwohl der Anteil an insbesondere jüngeren Menschen mit Migrationserfahrung im Vergleich zur durchschnittlichen AOK-Versichertenkohorte seit 2014 stark angestiegen ist (AOK 2015). Dabei weisen die Verordnungsraten deutliche regionale Unterschiede in der Inanspruchnahme sprachtherapeutischer Leistungen auf. Während im Jahr 2015 der Bundesdurchschnitt der Patientenrate bei Kindern bis 14 Jahre bei Kassenärztlichen Vereinigungen bei 12% lag, war der Anteil der regionalen Inanspruchnahme durch die Versicherten im Land Bremen mit einem Anteil von nur 10% deutlich darunter zu verzeichnen (AOK 2015, S. 33). Zugleich wurde die Diagnose *F80 Umschriebene Entwicklungsstörungen des Sprechens und der Sprache* bei Kindern bis 14 Jahre, am häufigsten gestellt. Weiter fällt auf, dass Kinder mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Kindern ohne Migrationshintergrund signifikant weniger eine_n Pädiater_in in Anspruch nehmen, wobei sich diese Asymmetrie insbesondere in der unteren und mittleren Sozialschicht zeigt (Kamtsiuris et al. 2007), da die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein höheres Armutsrisiko besitzt (Statistisches Bundesamt 2017). Der Zusammenhang zwischen finanzieller Armut und gesundheitlicher Lage sowie Teilhabebeeinträchtigungen wurde bereits in mehreren Untersuchungen nachgewiesen (RKI 2012). Auch legen diese Studien zum Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie zum Präventionsverhalten nahe, dass familiäre sprachliche Verständigungsschwierigkeiten aufgrund von unzureichenden Deutschkenntnissen bei Kindern bereits im Alter von sechs Jahren vorliegende gesundheitliche Beeinträchtigungen im Sinne einer kumulativen gesundheitlichen und sozialen Benachteiligung sogar noch verstärken können.

2. Das MeKi-SES Projekt zur Versorgungsrealität

Da eine logopädische Versorgung deren ärztliche Verordnung voraussetzt, stellt sich die Frage, ob und inwieweit für mehrsprachige Kinder mit/ohne Migrationshintergrund ein höheres Risiko einer mangelnden logopädischen Versorgung besteht. Als Grundlage zu deren Beantwortung sowie als Voraussetzung einer ggf. notwendigen Qualitätssicherung, liegen bislang jedoch weder entsprechende epidemiologische Studien für die Bundesrepublik Deutschland noch eine sorgfältige und kontinuierliche Erfassung und medizinische Dokumentation von Inzidenzen und Prävalenzen logopädischer Störungsbilder bei mehrsprachigen Personen mit Migrationshintergrund vor. Auch fehlen Versorgungsdaten zur Inanspruchnahme logopädischer Versorgung von mehrsprachigen Kindern mit/ohne Migrationshintergrund im ambulanten Sektor, zu den ambulant tätigen Therapeut_innen sowie zu den Bedingungen einer logopädischen Diagnostik mit dem Ziel, Fehldiagnosen zu vermeiden und die betreffenden mehrsprachigen Kinder den für sie adäquaten Maßnahmen, d.h., entweder Sprachförderung oder Sprachtherapie, zuzuführen. In Anbetracht der in diesem Zusammenhang wiederholt diskutierten migrationsspezifischen Zugangsbarrieren zum Gesundheitssystem, die mit Unter-, Über- oder auch Fehlversorgungen einhergehen können, sowie der mit kulturell und linguistisch diversen Kindern verbundenen differenzialdiagnostischen Herausforderungen, wurde das Pilotprojekt *Mehrsprachige Kinder mit Sprachentwicklungsstörung* (MeKi-SES, Laufzeit: 2016-17) initiiert. Ziel war eine erste Bestandsaufnahme der gegenwärtigen logopädischen Versorgungssituation von mehrsprachigen Kindern mit/ohne Migrationshintergrund nach erfolgter Verordnung bei Verdacht auf eine vorliegende SES. Damit sollte die Pilotstudie erste Hinweise für weitere Studien als Beitrag zur Beantwortung der zunehmend diskutierten Fragen der Qualitätssicherung geben.

2.1 Forschungsmethoden

Die explorativ angelegte Querschnittsstudie wurde in der Stadt Bremen durchgeführt. Im bundesweiten Vergleich ist der Anteil der Migrationsbevölkerung an den Personen unter 18 Jahren mit 53% in der Stadt Bremen am höchsten und der Anteil der Kinder unter 15 Jahren in Haushalten mit Leistungsbezug nach dem SGB II liegt im stadtweiten Mittel bei 29% (Statisti-

ches Bundesamt 2017). Außerdem ist für Bremen eine starke sozialräumliche Polarisierung zu konstatieren, sodass sich für Analysezwecke die Verteilung der Bevölkerung unter Berücksichtigung der Variablen Migrationshintergrund und Armut nach Stadt- bzw. Ortsteilen differenzieren lässt.

Die Daten wurden mit einem eigens entwickelten Fragebogen erhoben. Zu dessen Erstellung wurde zunächst eine Fokusgruppe einberufen, die sich aus Studierenden sowie wissenschaftlich, lehrend und überwiegend praktisch tätigen Logopäd_innen zusammensetzte. Eine Pilotversion des Fragebogens wurde mit fünf ausgewählten logopädischen Praxen getestet, um mögliche Schwierigkeiten inhaltlich wie formal in einem nächsten Schritt beseitigen können und eine endgültige Version des Erhebungsinstrumentes zu erarbeiten. Dieser wurde an per E-mail oder telefonisch rekrutierte, kassenärztlich zugelassene logopädische Praxen versandt. Voraussetzung zur Teilnahme war, dass mindestens ein_e Logopäd_in, Sprachheilpädagog_in, klinische_r Linguist_in oder Atem-, Sprech- und Stimmlehrer_in der betreffenden Praxis tätig ist. Das Angebot einer logopädischen Behandlung von mehrsprachigen Patienten wurde nicht vorausgesetzt. Standorte außerhalb Bremens sowie in Bremerhaven führten zum Ausschluss von der Studie.

Vor der Versendung der Fragebögen wurden die teilnehmenden Praxen telefonisch kontaktiert und eingehend über den Gegenstand und den Inhalt der Befragung informiert. Die methodische Form der schriftlichen Befragung über einen Zeitraum von zehn Wochen wurde gewählt, um den Teilnehmenden eine unter eingehender Berücksichtigung praxisbezogener Daten zum Patientenkollektiv ausführliche und somit zeitintensive Beantwortung mit einer finanziellen Kompensation zu erlauben. Die eigentliche Befragung erfolgte zwischen Juli und September; für die Beantwortung der Fragen wurden 45 Minuten veranschlagt.

Insgesamt konnten 30 Fragebögen quantitativ deskriptiv sowie mit SPSS v24 ausgewertet werden. Die teilnehmenden Praxen wurden überdies anhand ihrer spezifischen geografischen Lage jeweils einem von vier Bremer Ortsteilgruppen zugeordnet. Die Zuteilung orientierte sich an den stadtweiten Mittelwerten des Anteils von minderjährigen Menschen mit Migrationshintergrund sowie Empfänger_innen von Transferleistungen.

3. Ergebnisse des Projekts

Soziodemografie: Insgesamt sind 72 Therapeut_innen in den befragten 30 logopädischen Praxen tätig, dies entspricht 2,4 (SD=1,16) Therapeut_innen pro Praxis. In einem Drittel der befragten niedergelassenen Praxen ist dabei nur eine Person tätig. Die Therapeut_innen sind im Durchschnitt 46,7 (SD=7,69) Jahre alt, wobei den Altersklassen ab 46-50 Jahren etwa zwei Drittel der Logopäd_innen zuzuordnen sind. Die Berufserfahrung beträgt im Mittel 16,7 (SD=7,34) Jahre. Rund die Hälfte der befragten Praxen besteht länger als 15 Jahre, keine der befragten Einrichtungen wurde in den letzten drei Jahren gegründet. Die logopädischen Leistungen werden in 47% der Fälle ausschließlich in deutscher Sprache angeboten. Weitere der Befragten geben an, dass sie Englisch (44%) einsetzen, wenn eine Diagnostik bzw. Therapie nicht auf Deutsch möglich ist. In drei Praxen wird (zudem) Spanisch, in jeweils einer der 30 befragten Praxen wird Russisch, Türkisch oder Polnisch gesprochen. Zwei Drittel der Befragten geben an, bereits eine Fortbildung zum Thema Mehrsprachigkeit besucht zu haben.

Sozialräumliche Lage: Insgesamt bilden die teilnehmenden logopädischen Praxen das Stadtgebiet sozialräumlich umfassend ab. So liegt der Mittelwert der mehrsprachigen Kinder mit Migrationshintergrund in den konsultierten Praxen bei 49% und kann damit als vergleichbar zum stadtweiten Mittel bezeichnet werden. Auch sind die Praxen Gebieten zuzuordnen, in denen der Anteil der Kinder unter 15 Jahren in Haushalten mit Leistungsbezug nach dem SGB II mit durchschnittlich 24% im Vergleich zum stadtweiten Mittelwert von 29% lediglich etwas niedriger liegt (Tab. 1).

Tab. 1: Gruppierung der logopädischen Praxen nach Ortsteilgruppe.

	Ortsteilgruppe			
	A	B	C	D
Vergleich zum stadtweiten Durchschnitt	> Bev MH U18 und > SGB II U15	< Bev MH U18 und < SGB II U15	> Bev MH U18 und < SGB II U15	< Bev MH U18 und > SGB II U15
Anzahl der Praxen	9	16	3	2

Anmerkungen: > Bev MH U18 = Mittelwert des Anteils an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung unter 18 Jahren (%) oberhalb des stadtweiten Durchschnitts; < Bev MH U18 = Mittelwert des Anteils an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung unter 18 Jahren (%) unterhalb des stadtweiten Durchschnitts; > SGB II U15 = Mittelwert des Anteils der Leistungsberechtigten (Grundsicherung für Arbeitssuchende, SGB II) an der Bevölkerung unter 15 Jahren (%) oberhalb des stadtweiten Durchschnitts; < SGB II U15 = Mittelwert des Anteils der Leistungsberechtigten (Grundsicherung für Arbeitssuchende, SGB II) an der Bevölkerung unter 15 Jahren (%) unterhalb des stadtweiten Durchschnitts

Patientenkollektiv: Zum Befragungszeitpunkt befanden sich in 28 von 30 Praxen mehrsprachige Kinder in logopädischer Behandlung; zwölf Monate zuvor waren in 27 von 30 Praxen mehrsprachige Kinder vorstellig. Zwei Praxen sind ausschließlich auf die Behandlung erwachsener Patienten spezialisiert. Somit lässt sich konstatieren, dass alle befragten Praxen, die kindliche Patienten annehmen, auch mehrsprachige Kinder behandeln. Im Hinblick auf den kindzentrierten Behandlungsschwerpunkt fließen daher ausschließlich Daten von 28 Praxen in die weitere Analyse ein. Der Anteil der mehrsprachigen Kinder mit Migrationshintergrund in den befragten Praxen in den Jahren 2015 und 2016 korrespondiert bis auf wenige Ausnahmen mit dem Anteil in dem betreffenden Ortsteil. Bezogen auf das Patientenkollektiv nach Ortsteilgruppe zeigt sich ein mittlerer Zusammenhang (Cramer $V=0,38$). So ist der Anteil mehrsprachiger Kinder in solchen Praxen, die der Ortsteilgruppe A zuzuordnen sind, deutlich höher als in jenen der Ortsteilgruppe B.

Die relativen Anteile von Mädchen und Jungen unterscheiden sich signifikant ($p=0.018$). Der Anteil der mehrsprachigen Jungen ist mit durchschnittlich 12 gegenüber 7 mehrsprachigen Mädchen pro Praxis nahezu doppelt so hoch. Mehrsprachige Kinder werden im Alter von 4,6 Jahren, und damit im Durchschnitt rund ein Viertel Jahr später als einsprachig deutsche Kinder vorgestellt.

Mediziner_innen unterschiedlicher Fachrichtungen überweisen die mehrsprachigen kindlichen Patienten. Alle der befragten logopädischen Praxen gaben an, Verordnungen von Pädiater_innen zu erhalten. Auch geben insgesamt 79% der Befragten an, dass die mehrsprachigen Kinder über Hals-Nasen-Ohren-Ärzt_innen und Kieferorthopäd_innen vorstellig werden, 60% gaben Phoniater_innen an. Die Hälfte der Befragten gab zudem an, dass mehrsprachige Kinder logopädische Verordnungen von Zahnmediziner_innen erhalten, während lediglich ein Viertel der befragten logopädi-

schen Praxen mehrsprachige Kinder über von Allgemeinmediziner_innen ausgestellte Verordnungen sehen.

Logopädische Indikation und Diagnostik: Die befragten Praxen gaben an, dass mehrsprachige Kinder in 93% der Fälle mit dem Indikationsschlüssel SP1 (Störungen der Sprache vor Abschluss der Sprachentwicklung) vorstellig werden. Die Hälfte der Befragten gab (zudem) den Indikationsschlüssel SP3 (Störungen der Artikulation – Dyslalie) an. Als weiteren Indikationsschlüssel benannten 40% der Praxen RE1 (Störungen des Redeflusses – Stottern).

Bei Verdacht auf eine vorliegende SES bei mehrsprachigen Kindern setzen die Befragten im Rahmen der logopädischen Diagnosestellung mehrere sowie unterschiedliche Methoden ein. So erfolgt in 96,4% der Fälle eine Beobachtung der Spontansprache und des Kommunikationsverhaltens, 92,8% nutzen die Anamneseerhebung im freien Gespräch, 35,7% werden von Dolmetschern und/oder Sprachmittlern unterstützt, 19% verwenden Fragebögen. Im Rahmen der Befunderhebung setzen 71,4% informelle Verfahren und 60,7% standardisierte deutschsprachige Verfahren ein. Auch fremdanamnestische Einschätzungen (50%) und Berichte von Vorbehandler_innen (28,6%) werden im Zuge der logopädischen Urteilsbildung berücksichtigt.

Logopädische Intervention: Im Zusammenhang mit mehrsprachigen Kindern, die zwar mit der ärztlichen Indikation einer SES vorgestellt wurden, jedoch logopädisch nicht darauf explizit behandelt wurden, berichten 57% der Befragten, entgegen der ärztlichen Diagnose einer eingehenden logopädischen Diagnostik folgend einen Sprachförderbedarf (z.B. aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse) und keine SES festgestellt zu haben. Als weiteren Grund, nicht gezielt auf die ärztliche Indikation einer SES zu behandeln, gaben 61% der Befragten andere, vordergründig zu behandelnde Störungen an. Weiter gaben 29% als Grund an, dass eine Elternberatung bzw. ein Elterntraining im Vordergrund der logopädischen Intervention stand. Nur 7% gaben an, ungeachtet der logopädischen Diagnose stets gemäß der ärztlichen Indikation zu behandeln. Auch lässt sich ein schwacher Zusammenhang (Cramers $V=0,20$) zwischen der Anzahl der in einer Praxis tätigen Therapeut_innen und der kritischen Prüfung einer ärztlichen Indikation feststellen. Die Feststellung eines Sprachförderbedarfs entgegen der ärztlichen Indikation einer SES wird insbesondere in den beiden in der Ortsteilgruppe D niedergelassenen logopädischen Praxen vermehrt angeführt. D.h. in Ortsteilen, in denen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund unter

dem stadtweiten Durchschnitt, derjenigen, die SGB II-Leistungen beziehen, jedoch darüber liegt.

Rahmenbedingungen aus Sicht der Therapeut_innen: Nach ihrer Einschätzung der Rahmenbedingungen zur logopädischen Versorgung von mehrsprachigen Kindern mit Migrationshintergrund und SES befragt, erachtet rund die Hälfte (53%) der Befragten die Anzahl der ausgestellten Verordnungen als ausreichend. Ein Großteil (60%) der Befragten bewertet das Risiko der Bildungsbenachteiligung dieser Kinder zudem als sehr hoch. Dass mehrsprachige Kinder mit Migrationshintergrund und SES in sozialen Problemlagen leben sowie einem erhöhten Risiko der Stigmatisierung ausgesetzt sind, schätzen 47% der Befragten als ebenfalls sehr hoch, 30% als hoch ein. Insgesamt sehen 40% der Befragten zufriedenstellende Therapiemöglichkeiten für mehrsprachige Kinder mit Migrationshintergrund und SES als unzureichend gegeben, während 33% von wenigen, hingegen 13% von sehr zufriedenstellenden Therapiemöglichkeiten ausgehen. Insgesamt bewerten 83% der Befragten die zur Verfügung stehenden Informationen zur Aufklärung und Beratung von Bezugspersonen von mehrsprachigen Kindern mit Migrationshintergrund und SES zur Unterstützung der sprachtherapeutischen Arbeit mit wenig bis mittelmäßig.

Ein Großteil (60%) der Befragten gibt an, bereits eine Fortbildung im Fachbereich Mehrsprachigkeit absolviert zu haben. Dabei ist ein mittlerer Zusammenhang (Cramers $V=0,25$) zwischen der Teilnahme an einer Fortbildung und der Höhe der Anzahl der vorstelligen mehrsprachigen Kinder, sowie dem Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund (Ortsteil A und C) festzustellen.

4. Diskussion

Als Grundlage einer Interpretation der vorliegenden Untersuchungsergebnisse stehen weder Vergleichsstudien noch Patientendaten aus der Versorgung in Form von Registerdatenbanken zur Verfügung. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die 30 logopädische Praxen umfassende Stichprobe rund die Hälfte aller in Bremen aktiven ambulanten Praxen repräsentiert. So war im Zuge der Recherche aufgefallen, dass einige der im aktuellen Branchen-telefonbuch aufgelisteten Praxen keine Leistungen mehr anbieten. Die Mehrheit der an der Studie teilnehmenden Praxen ist seit mehr als zehn

Jahren im jeweiligen Ortsteil etabliert, es gab keine Neugründungen innerhalb der letzten drei Jahre, und zwei Drittel des Personals sind älter als 50 Jahre. Dies legt nahe, dass damit ein Großteil der aktuell tätigen Therapeut_innen ab ca. 2025 nicht mehr zur Versorgung der Bremer Bevölkerung beitragen kann. Eine mögliche Erklärung für die mehrheitlich älteren Logopäd_innen könnte die in den 1990ern von der Bundesanstalt für Arbeit initiierte und als Umschulung finanzierte Ausbildung an der einzigen und schulgeldpflichtigen Fachschule für Logopädie in Bremen sein. Der hiermit verbundene spätere Berufseinstieg und die um ca. 10 Jahre verkürzte logopädische Tätigkeit könnten sodann die vergleichsweise niedrige Berufserfahrung von 17 Jahren erklären. In Anbetracht der vor rund zehn Jahren eingestellten unterstützenden Ausbildungsfinanzierung und insbesondere der personalen Struktur in den befragten Praxen, ist ein Fachkräfteengpass mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung zu erwarten. Als aus der Diskussion um den demografischen Wandel und den Fachkräftebedarf bereits bekannte weitere, kumulierende Faktoren sind exemplarisch die tradierte Sonderstellung der Gesundheitsberufe im Bildungssystem, die mit dem überwiegend von Frauen ausgeübten Beruf einhergehenden einschlägigen Herausforderungen, sowie die geringen Verdienstmöglichkeiten zu nennen, die den Beruf des/der Logopäd_in zudem wenig attraktiv erscheinen lassen. Die mit dem Fachkräfteengpass antizipierten negativen Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung betreffen schließlich auch die logopädische Versorgung kulturell und linguistisch diverser Patientengruppen.

Insgesamt ist der Anteil an mehrsprachigen Kindern mit Migrationshintergrund in den Praxen hoch. Es ist davon auszugehen, dass die befragten Praxen den Sozialraum Bremen gut abbilden. Dabei ist die Hälfte der Praxen in Ortsteilen ansässig, in denen sowohl der Anteil an Leistungen nach SGB II beziehenden Kindern unter 15 Jahren als auch der Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch ist. Das Geschlechterverhältnis der in den Praxen vorstelligen mehrsprachigen Kinder mit SES entspricht internationalen Prävalenzstudien, nach denen Jungen im Vergleich zu Mädchen als vulnerabler gelten (Tomblin et al. 1997). Bemerkenswert ist, dass die Gruppe der vierjährigen mehrsprachigen Kinder mit Verdacht auf SES im Vergleich zu einsprachig aufwachsenden Gleichaltrigen rund drei Monate später vorstellig werden. Zur Erklärung können mindestens drei Gründe in Betracht kommen. Erstens, legt der in großen Referenzstudien festgestellte Einfluss der Faktoren Migrationshintergrund und Armut auf das Präventionsverhalten und die Inanspruchnahme

einer/s Pädiater_in die Vermutung eines verspäteten bzw. erschwerten Zugangs und damit einer entsprechend späten logopädischen Verordnung nahe. Zweitens, kann eine trotz frühzeitigem Zugang zur/zum Mediziner_in spät erfolgende Verordnung als Ausdruck einer Unterdiagnose zudem nicht ausgeschlossen werden. Drittens, könnte der mit dem Mehrsprachgebrauch assoziierte protektive Faktor erklären, weshalb mehrsprachige im Vergleich zu einsprachigen von einer SES betroffenen Kindern erst später auffällig werden. So wird diskutiert, dass mehrsprachig aufwachsende Kinder die bei einer SES beeinträchtigten Sprachverarbeitungsleistungen aufgrund verbesserter exekutiven Funktionen (u.a. Arbeitsgedächtnisleistungen) im Vergleich zu monolingual sprachgesunden Kindern länger kompensieren können (Hsieh 2015). Dabei ließen sich diese besseren Leistungen sowohl bei ausgewogener als auch unausgewogener Mehrsprachigkeit feststellen, sodass die Exposition von mehr als einer Sprache als ausreichend gilt. Zur Exploration möglicher und ggf. weiterer Ursachen bedarf es jedoch neben einer Erfassung von Inzidenzraten insbesondere einer gezielten Erhebung von prozess- und diagnosebezogenen Daten bei den logopädischen Leistungen verordnenden Mediziner_innen. Diese bilden mit Pädiater_innen, HNO, Kieferorthopäd_innen, Phoniater_innen, Zahnärzt_innen sowie Allgemeinmediziner_innen ein breites fachliches Spektrum ab und geben zugleich darüber Auskunft, welche Fachärzt_innen sich mit Entscheidungen über die logopädische Verordnung bei kulturell und linguistisch diversen Kindern mit Verdacht auf SES konfrontiert sehen.

Auf die insbesondere mit Blick auf die adäquate Versorgung von mehrsprachigen Kindern hohe Relevanz einer engen Kooperation zwischen Logopäd_innen und Mediziner_innen zeigt sich, dass lediglich ein geringer Anteil der befragten Therapeut_innen gemäß ärztlicher, und damit ungeachtet einer logopädischen Diagnose behandelt. So diagnostiziert mehr als Hälfte dieser Therapeut_innen trotz ärztlicher Indikation einer SES entgegen des Verordnungsgrundes einen Sprachförderbedarf. Dies deutet zum einen auf eine medizinische Überdiagnose und/oder zum anderen auf ein ärztliches Vertrauen in die logopädische Diagnostik als differenzialdiagnostische Entscheidung über Förder- oder Therapiebedarf hin. Letzteres wird durch die vorgelegten Ergebnisse zum diagnostischen Vorgehen eher bekräftigt. Ein solches Vorgehen könnte als Modell im Sinne einer zielgruppenadäquaten therapeutischen Entscheidungsfindung zwischen Mediziner_innen und Logopäd_innen dienen, um eine frühzeitige und konsequente Differenzialdiagnostik zu befördern und entsprechend adäquate Maßnahmen zu ergreifen.

Die im Rahmen der logopädischen Diagnostik eingesetzte Methodenvielfalt entspricht den internationalen Empfehlungen bei vorliegender Mehrsprachigkeit und Verdacht auf SES (Jordaan et al. 2016, Scharff Rethfeldt 2018). Die Ergebnisse zeigen und bestätigen die Herausforderungen, in Anbetracht der kulturellen sowie sprachlichen Barrieren, die neben dem entsprechenden Fach- und Methodenwissen mit dem Ziel einer validen klinischen Urteilsbildung verbunden sind. Deutlich wird, dass das sprachliche Angebot in den Praxen nicht den Herkunftssprachen der in den letzten Jahren primär Zugewanderten aus u.a. Afghanistan, Syrien und Rumänien entspricht. Demnach ist von einer Sprachbarriere auszugehen, die die adäquate Versorgung und logopädische Therapie, die eben über das Medium Sprache praktiziert wird, erschwert. Zugleich wird deutlich, dass die mit dem zielgerechten Einsatz unterschiedlicher Methoden verbundene umfassende Sprachentwicklungsdiagnostik einen entsprechend hohen Mindestzeitaufwand von – anhand der angegebenen Methoden – geschätzten drei bis fünf Einheiten voraussetzt. Lediglich der vermehrte Einsatz standardisierter deutschsprachiger und somit für einsprachige Kinder konzipierter Verfahren, ist stark kritikwürdig. Aufgrund der ihnen zugrundeliegenden monolingualen und monokulturellen Bezugsnormen besteht internationaler Konsens darüber, dass ihre Anwendung bei kulturell und linguistisch diversen Kindern hingegen ungeeignet ist (Blumenthal et al. 2015, Jordaan et al. 2016). Ihre theoretische und modellgeleitete Entwicklung und die damit verbundene Testkonstruktion und Auswahl der Stichproben entsprechen einer anderen – homogenen – Referenzgruppe. Ihre Anwendung bei mehrsprachigen Kindern führt somit nicht nur aufgrund von Konstrukt-, Methoden- und Item-Bias zu einer Verfälschung der Ergebnisse, sondern trägt sogar zu Fehldiagnosen bei (Scharff Rethfeldt 2016a, Caesar & Kohler 2007, Martin 2009, Stow & Dodd 2003). Dies gilt auch für Verfahren, die eine heterogene Sprachgruppe als eine Stichprobe zusammenfassen (Laing & Kamhi, 2003). Dass rund 60% der befragten Therapeut_innen standardisierte deutschsprachige Verfahren bei mehrsprachigen Kindern einsetzen wäre nur in solchen Fällen zu relativieren, in denen ihr Einsatz lediglich bei jenen Kindern erfolgt, bei denen zuvor eine SES ausgeschlossen werden konnte. Nur in eben diesen (ebenfalls von 60% der Befragten benannten) Fällen, kann der Einsatz eines Verfahrens sinnvoll sein, das auf der Grundlage sprachentwicklungstheoretischen Wissens über deutschsprachige Kinder konzipiert wurde. Ziel einer Untersuchung ist sodann nicht mehr die klinisch-therapeutische Diagnostik, sondern die pädagogisch orientierte Feststellung eines vorliegenden Sprachförder-

bedarfs bei mangelnden Deutschkenntnissen in Orientierung an der monolingualen Norm als Richtwert u.a. für die Einstufung in den deutschsprachigen monolingualen Schulunterricht.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass Therapeut_innen bei einem mit der Indikation SP1 vorgestellten mehrsprachigen Kind mitunter feststellen, dass es sich eben nicht um eine pathologische Auffälligkeit mit Therapieindikation (nach SGB V § 92), sondern vielmehr um einen Sprachförderbedarf (gemäß SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe §§ 22-26) handelt. Bemerkenswert ist überdies, dass dies häufiger in Ortsteilen mit erhöhter Kinderarmut der Fall ist. Ein Zusammenhang zwischen kindlichen Sprachleistungen und sozioökonomischem Status konnte bereits in mehreren Studien bestätigt werden (Roy & Chiat, 2013; Hoff, 2006; Bradley & Corwyn, 2002). Folglich führen die hier Befragten in zahlreichen Fällen anstelle einer Therapie, eine Elternberatung bzw. ein Elterntaining durch. Eine mögliche Motivation seitens der Therapeut_innen, ungeachtet einer vorliegenden Therapieindikation stattdessen Sprachförderung unterstützende Maßnahmen zu ergreifen, lässt sich ebenfalls aus den Ergebnissen ableiten. So sieht ein Großteil der Befragten ein hohes Risiko für eine Benachteiligung und Stigmatisierung der mehrsprachigen Kinder mit Migrationshintergrund.

5. Fazit

Trotz des Pilotcharakters und des regionalen Bezugs der vorliegenden Untersuchung lässt sich konstatieren, dass von medizinischer Seite zugewiesene Indikationsschlüssel und logopädische Diagnose nicht zwingend übereinstimmen. Dies ist u.a. für die Interpretation von Daten der AOK-Heilmittelberichte und der BARMER GEK Heil- und Hilfsmittelreporte, sowie für den Aufbau von Datenbanken relevant, die logopädische Diagnosen wie Patientendaten in medizinischen Registern systematisch erfassen, wie z.B. das logopädische Register LoRe (Bartels et al. 2016).

Insgesamt legen die Ergebnisse nahe, dass für mehrsprachige Kinder mit/ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu einsprachig mit Deutsch aufwachsenden Kindern ein erhöhtes Risiko besteht, durch die logopädische Versorgungslücke zu fallen. So werden mehrsprachige Kinder nicht nur später in logopädischen Praxen vorgestellt, für sie besteht auch ein größeres Risiko einer Fehldiagnose. So bedarf es frühzeitig einer inhaltlich sowie zeit-

lich umfassenden logopädischen Differenzialdiagnose, um Fehldiagnosen bei mehrsprachigen Kindern mit Migrationshintergrund zu vermeiden. Hierzu ist auch eine vertiefte logopädische Qualifikation im Fachbereich kultureller und linguistischer Diversität erforderlich. Weiter deutet das überdurchschnittlich hohe Alter der niedergelassenen Logopäd_innen auf einen zukünftigen Fachkräfteengpass von Logopäd_innen hin. In diesem Zusammenhang sind neben einer entsprechenden Anpassung der Ausbildungscurricula, auch verbesserte Ausbildungsbedingungen von Logopäd_innen mit dem Ziel einer erhöhten Attraktivität zur Berufsausübung zu empfehlen, um die logopädischen Versorgung sicherzustellen.

Obgleich die einbezogenen Praxen die logopädische Versorgung von mehrsprachigen Kindern in Bremen gut abbilden, sind die Daten auf Behandlungsprävalenzen begrenzt. Daher bleiben neben allgemeinen Daten zu Inzidenzen und Prävalenzen von SES bei ein- und mehrsprachigen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund insbesondere spezifische qualitative und quantitative Daten zu Therapieangeboten und -verläufen wünschenswert.

Anzustreben ist die Entwicklung eines Modells zielgruppenadäquater Unterstützungspfade, die sowohl ein- als auch mehrsprachige sprachauffällige Kinder den für sie adäquaten Maßnahmen frühzeitig zuführen. Hierzu bedarf es neben einer interdisziplinären Kooperation in der Umsetzung zunächst der Bereitschaft, anhand der zur Verfügung stehenden Ressourcen passgenaue Modellvorhaben unter Einbindung multiprofessioneller Expertise zu entwickeln.

Grundsätzlich ist eine disziplinübergreifende Differenzierung zwischen Förder- und Therapiebedarfen ungeachtet einer vorliegenden Mehrsprachigkeit oder eines Migrationshintergrundes wichtig. Erst auf dieser Grundlage wird eine personenorientierte Berücksichtigung verschiedener funktioneller Beeinträchtigungen möglich, um die sprachliche und soziale Entwicklung aller Kinder mit dem Ziel einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Beteiligung zu fördern. Dabei sind unterstützende Maßnahmen zum einen möglichst frühzeitig zu ergreifen, da sich Beeinträchtigungen in der Kommunikationsfähigkeit auf die Lebensqualität bereits im Alter ab vier Jahren zeigen können (Eadie et al. 2018). Zum anderen sollten die Maßnahmen passgenau auf das individuelle Kind und die Ressourcen seines Umfeldes abgestimmt sein und somit auch Mehrsprachigkeit und/oder Migrationshintergrund berücksichtigen.

Literatur

- AOK (2015). Heilmittelbericht 2016. Berlin: Wissenschaftliches Institut der AOK (WiDO).
- Arkkila, E., Räsänen, P., Roine, R. P. & Vilkinen, E. (2008): Specific language impairment in childhood is associated with impaired mental and social well-being in adulthood. *Logopedics Phoniatrics Vocology*, 33, pp 179-189.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. URL: <http://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2016/pdf-bildungsbericht-2016/wichtigste-ergebnisse-bildungsbericht-2016> [01.03.2018].
- Bartels, M., Kargel, S. & Bilda, K. (2016): LoRe – Logopädisches Register. Aufbau und erste Ergebnisse eines Pilotprojekts an der Hochschule für Gesundheit (hsg) in Bochum. *Forum Logopädie*, 6, 30, S. 28-35.
- Bishop, D.V.M. (2000): How does the brain learn language? Insights from the study of children with and without language impairment. *Developmental Medicine & Child Neurology*, 42, pp 133-142.
- Blumenthal, M., Scharff Rethfeldt, W., Salameh, E.K., Müller, C., Vandewalle, E. & Grech, H. (2015): Position Statement on language impairment in multilingual children. http://www.logocom.net/logomobil.net/News_files/20151106_Position%20statement_MULTI-SLI_FINAL.pdf [01.03.2018].
- Bradley, R. & Corwyn, R. (2002): Socioeconomic status and child development. *Annual Review of Psychology*, 53, 371–399.
- Bretherton, L., Prior, M., Bavin, E., Cini, E., Eadie, P. & Reilly, S. (2013). Developing relationships between language and behaviour in preschool children from the Early Language in Victoria Study: implications for intervention. *Emotional and Behavioural Difficulties*, 19, pp 7-27.
- Caesar, L. G. & Kohler, P. D. (2007): The state of school-based bilingual assessment: actual practice versus recommended guidelines. *Language Speech Hearing Services in Schools*, 38, pp 190-200.
- Cattani, A., Abbot-Smith, K., Farag, R., Krott, A., Arreckx, F., Dennis, I. & Floccia, C. (2014): How much exposure to English is necessary for a bilingual toddler to perform like a monolingual peer in language tests? *International Journal of Language and Communication Disorders*, 49, pp 649-671.
- Clegg, J., Hollis, C., Mawhood, L. & Rutter, M. (2005): Developmental language disorders – a follow-up in later adult life. Cognitive, language and psychosocial outcomes. *Journal of Child Psychology and Psychiatry*, 46, pp 128-149.
- Conti-Ramsden, G. & Durkin, K. (2015): What factors influence language impairment: considering resilience as well as risk. *Folia Phoniatrica et Logopedica*, 67, pp 293-299.

- Conti-Ramsden, G., Mok, P.L., Pickles, A. & Durkin, K. (2013): Adolescents with a history of specific language impairment (SLI): strengths and difficulties in social, emotional and behavioral functioning. *Research in Developmental Disabilities*, 34, pp 4161-4169.
- Eadie, P., Conway, L., Hallenstein, B., Mensah, F., McKean, C. & Reilly, S. (2018): Quality of life in children with developmental language disorder. *International Journal of Language and Communication Disorders*, 53, pp 799-810
- Ellis Weismer, S., Plante, E., Jones, M. & Tomblin, J.B. (2005): A functional magnetic resonance imaging investigation of verbal working memory in adolescents with specific language impairment. *Journal of Speech, Language and Hearing Research*, 48, pp 405-425.
- Hoff, E. (2006): How social contexts support and shape language development. *Developmental Review*, 26, pp 55-88
- Hsieh, L. (2015): Effect of Bilingualism on Multitasking: A Pilot Study. *Perspectives on Communication Disorders and Sciences in Culturally and Linguistically Diverse Populations*, 22, pp 94-101.
- Jordaan, H., Levey, S., Scharff Rethfeldt, W., & Smolander S. (2016): Issues, Advances and Practices in the Assessment and Intervention of Multilingual Children and Adolescents with Communication and Literacy Disorders. Panelvortrag, 30th World Congress of the International Association of Logopedics and Phoniatrics, 22. August, Dublin, Irland.
- Kamtsiuris, P., Bergmann, E., Rattay, P. & Schlaud, M. (2007): Inanspruchnahme medizinischer Leistungen. Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitssurveys (KiGGS). *Bundesgesundheitsblatt Gesundheitsforschung Gesundheitsschutz* 50 (5), S. 836-850.
- Laing, S. P. & Kamhi, A. (2003): Alternative Assessment of Language and Literacy in Culturally and Linguistically Diverse Populations. *Language, Speech, and Hearing Services in Schools*, 34, pp 44-55.
- Martin, D. (2009): Language Disabilities in Cultural and Linguistic Diversity. *Multilingual Matters: Bristol*, pp 95-124.
- Norbury, C.F., Gooch, D., Wray, C., Baird, G., Charman, T., Simonoff, E., Vamvakas, G. & Pickles, A. (2016): The impact of nonverbal ability on prevalence and clinical presentation of language disorder: Evidence from a population study. *J Child Psychol Psychiatry*, 57, pp 1247-1257.
- RKI – Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2012): Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie Gesundheit in Deutschland aktuell 2010. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin: RKI.
- Royal College of Speech and Language Therapists (RCSLT). (2006): *Communicating quality* (3rd ed.). London: RCSLT.
- Roy, P. & Chiat, S. (2013): Teasing apart disadvantage from disorder: The case of poor language. In C.R. Marshall, C. R. (Hrsg.) *Current issues in developmental disorders*. Hove: Psychology Press, pp 125-150.

- Scharff Rethfeldt, W. (2013): Kindliche Mehrsprachigkeit. Grundlagen und Praxis der sprachtherapeutischen Intervention. Stuttgart: Thieme.
- Scharff Rethfeldt, W. (2016): Sprachförderung für ein- und mehrsprachige Kinder. Ein entwicklungsorientiertes Konzept. München: EV Reinhardt
- Scharff Rethfeldt, W. (2016a): Kultursensible logopädische Versorgung in der Krise - zur Relevanz sozialer Evidenz. *Forum Logopädie*, 30, S. 38-43.
- Scharff Rethfeldt, W. (2018): Evidenzbasierte logopädische Diagnostik bei mehrsprachigen Kindern mit Verdacht auf Sprachentwicklungsstörung. *Praxis Sprache*, 1, S. 12-17.
- Snowling, M. J., Bishop, D. V. M., Stothard, S. E., Chipchase, B., Kaplan, C. (2006): Psychosocial Outcomes at 15 Years of Children with a Preschool History of Speech-Language Impairment. *Journal of Child Psychology and Psychiatry* 47, pp 759–765.
- Statistisches Bundesamt (2017): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2014. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Landesamt Bremen (2016): Ortsteile der Stadt Bremen 2015. Bremen: Statistisches Landesamt Bremen.
- Stow, C. & Dodd, B. (2003): Providing an equitable service to bilingual children in the UK: a review. *International Journal of Language & Communication Disorders*, 38, pp 351-377.
- Tomblin, J.B., Records, N.L., Buckwalter, P., Zhang, X., Smith, E. & O'Brien, M. (1997): Prevalence of specific language impairment in kindergarten children. *Journal of Speech Language and Hearing Research*, 40, pp 1245-1260.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2016): International Migration Report 2015: Highlights (ST/ESA/SER.A/375).

Lebensqualität behinderter Menschen durch Bildungsteilhabe – ein Beitrag der Inklusiven Erwachsenenbildung

Marianne Hirschberg, Franziska Bonna

Einleitung

In diesem Beitrag wird die Lebensqualität behinderter Menschen fokussiert und diskutiert, wie diese durch Angebote Inklusiver Erwachsenenbildung verbessert werden kann. Zunächst wird unser Verständnis von Behinderung aus einer Menschenrechtsperspektive ausgeführt, um danach den Bezug zum Konzept Lebensqualität zu erläutern. Abschließend stellen wir exemplarisch das Forschungsprojekt „*Inklusive Bildung in der Alphabetisierungspraxis und im System des Zweiten Bildungswegs (INAZ)*“ dar, das durch die Professionalisierung von Lehrkräften auf bessere Teilhabechancen und somit auf die Erhöhung der Lebensqualität behinderter Menschen¹ zielt.

1. Ein menschenrechtsorientiertes Verständnis von Behinderung und Inklusiver Erwachsenenbildung

Der Beitrag und das im späteren Teil dargestellte Forschungsvorhaben orientieren sich an der Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die seit dem 26.03.2009 den Status einfachen deutschen Rechts hat. Der UN-BRK zu Folge zählen zu den Menschen mit Behinderung:

„... Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“ (Art. 1 UN-BRK).

¹ Zur Verdeutlichung des *Behindert werdens* von Menschen in der Gesellschaft wird in diesem Aufsatz der Begriff `Behinderte Menschen` verwendet, statt des Terminus `Menschen mit Behinderung`, mit dem der Fokus des gesellschaftlichen *Behindert werdens* nicht ebenso klar wird.

Menschen sind aus dieser Menschenrechtsperspektive nicht aufgrund ihrer Beeinträchtigung behindert, sondern werden durch einstellungs- und umweltbedingte Barrieren an gesellschaftlicher Teilhabe gehindert. Gemäß dem Menschenrechtsgrundsatz Inklusion, der mit den Grundsätzen Partizipation und Nicht-Diskriminierung (Art. 3 UN-BRK) eng verbunden ist, muss der Staat alle Lebensbereiche – und auch das Recht auf einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung – inklusiv gestalten (Art. 24 Abs. 1 UN-BRK). Dies betrifft auch die Erwachsenenbildung, die durch verschiedene Barrieren beeinträchtigte erwachsene Menschen an der Teilhabe am Recht auf Bildung behindern kann. Mit dem Recht behinderter Menschen auf Bildung (Art. 24 UN-BRK) kann die Behindertenrechtskonvention herangezogen werden, um zu einem Abbau solcher Barrieren beizutragen.

Während in der politischen Diskussion inklusive Bildung auf gemeinsame (meist schulische) Bildungsangebote behinderter und nichtbehinderter Kinder sowie Jugendlicher reduziert wird, stehen Bildungsangebote Erwachsener im Hintergrund (Ackermann 2017, S. 134). Das Recht behinderter Menschen auf qualitativ hochwertige Bildung in einem inklusiven Bildungssystem bezieht sich aber auch auf die Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen (Art. 24 Abs. 5 UN-BRK). Die Schaffung gemeinsamer Bildungsangebote für behinderte und nichtbehinderte Menschen erfordert jedoch nicht nur eine gesetzliche Grundlage, sondern auch die Umsetzung in der Praxis (Art. 24 Abs. 4 UN-BRK). Es geht darum, nicht nur passiv Rechte zu haben, sondern diese auch aktiv leben, aus- und erleben, zu können. Hieraus lässt sich die notwendige Fortbildung und Schulung des Personals für qualitativ hochwertige Lernangebote in barrierefreien, inklusiven Bildungseinrichtungen ableiten. Dieser Fortbildung des Personals widmet sich unser Beitrag.

Soziologisch bezeichnet der Inklusionsbegriff ebenso wie der Exklusionsbegriff gesellschaftliche Einschluss- und Ausschlussprozesse, denen Menschen unterliegen können (zu Exklusion ausführlich Kronauer 2002). Angelehnt an den soziologischen Inklusionsbegriff, jedoch mit Orientierung an den menschenrechtlichen Verpflichtungen der UN-BRK, wird auf den Zugang behinderter Menschen zu Bildung als gesellschaftlicher Ressource fokussiert. Bildung als Ressource für einen Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe stellt somit eine wichtige Funktion auch für die Lebensqualität eines Menschen dar (BMAS 2016, S. 142). Die Teilhabe an inklusiver (Erwachsenen-)bildung ist daher in unterschiedlicher Hinsicht für die Lebensqualität behinderter Menschen bedeutsam, wie im nächsten Abschnitt erläutert wird.

2. Zusammenhang von Behinderung und Lebensqualität

Dem Konzept der Lebensqualität widmet sich Markus Schäfers im „Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik“ mit einem ausführlichen Beitrag (Schäfers 2016), in dem er herausstellt, dass sich Lebensqualität im Bereich der Behindertenhilfe in den letzten Jahren zu einer Zielperspektive entwickelt habe (Schäfers 2016, S. 132). Lebensqualität wird hier verstanden als ein integriertes Modell „... in Form einer Synthese des objektivistischen und subjektivistischen Ansatzes“ (Schäfers 2016, S. 134). Somit können objektive Lebensbedingungen wie auch subjektives Wohlbefinden zu wahrgenommener Lebensqualität führen.

Im internationalen Kontext gelten die acht Kerndimensionen: *Emotionales Wohlbefinden, Soziale Beziehungen, Materielles Wohlbefinden, Persönliche Entwicklung, Psychisches Wohlbefinden, Selbstbestimmung, Soziale Inklusion und Rechte* als wesentliche personen- und umweltbezogene Faktoren für Lebensqualität (Schalock & Verdugo 2002 zit. in Schäfers 2016, S. 135).

Dieser Zusammenhang von personen- und umweltbezogenen Faktoren im Hinblick auf das Konzept Lebensqualität wird auch von Tilly Miller (2012) aus systemtheoretischer Perspektive als begründet betont, und zwar im Kontext Sozialer Arbeit. Sie diskutiert in ihrer Monografie die Begriffe Inklusion, Teilhabe und Lebensqualität sowie deren Beziehung zueinander. Gemäß Miller bilden Inklusion und Teilhabe wichtige Voraussetzungen für Lebensqualität (Miller 2012, S. 63). Lebensqualität kann subjektiv wahrgenommen werden, und ist verbunden mit Selbstbestimmung, Menschenwürde und eigenen Bedürfnissen. Aus einer gesellschaftlichen, objektiven Perspektive, in der die Lebensbedingungen in den Fokus rücken, stellen Einkommen, gesundheitliche Versorgung, Bildungschancen etc. relevante Faktoren für Lebensqualität dar.

Lebensqualität ist nicht an Leistungsfähigkeit gebunden, sondern eine hohe Lebensqualität lässt sich anhand der Gestaltungsbedingungen des eigenen Lebens fassen. Hierzu müssen hinreichende Ressourcen vorhanden sein. Die Gestaltungsbedingungen des eigenen, selbstbestimmten Lebens sind unabdingbar mit Partizipation verbunden, was die UN-BRK unterstreicht (vgl. zum Partizipationsbegriff der Behindertenrechtskonvention Hirschberg 2010). Verletzlichkeiten wie chronische Krankheiten und Behinderungen führen nicht per se zu einer Reduktion der Leistungsfähigkeit, sondern erfordern adäquate Beachtung und Gestaltung eines Lebens mit Verletzlichkeit: Das

Leben kann mit der notwendigen personellen und technischen Assistenz sinnvoll gestaltet werden und hohe Lebensqualität ermöglichen (Hirschberg 2017). Demzufolge sind es nicht Verletzlichkeit, chronische Krankheiten oder Behinderung, sondern gesellschaftliche Exklusionsmechanismen, die die Lebensqualität einschränken (ebd.). Der Inklusionsprozess ist dann als erfolgreich zu bewerten, wenn behinderte Menschen selbstbestimmt ihre Rechte verwirklichen können und gleichberechtigt voll und wirksam an der Gesellschaft teilhaben können. Heimlich und Behr (2018, S. 1214) benennen hierzu die Verwirklichung von Chancengleichheit, Lebensqualität und Menschenrechten für behinderte Menschen.

Die vier Strukturelemente des Rechts auf Bildung stellen Eckpunkte dar, die bei der Verwirklichung eines inklusiven (Erwachsenen-)bildungssystems erfüllt sein müssen:

- Verfügbarkeit (availability)
- Zugang (access)
- Annehmbarkeit (acceptability)
- Adaptierbarkeit (adaptability)

Das nach den englischen Anfangsbuchstaben benannte „4A-Schema“ (Tomasevski 2001) verdeutlicht, was hinsichtlich der Umsetzung eines Rechts auf Bildung – nicht nur für behinderte Menschen – beachtet werden muss. Die einzelnen Strukturelemente werden, in Bezug auf eine inklusive Erwachsenenbildung, im Folgenden kurz erläutert (ausführlicher in Hirschberg & Lindmeier 2013, S. 44ff).

Die Verfügbarkeit von (Erwachsenen-)Bildung muss durch das Vorhandensein ausreichend vieler, qualitativ hochwertiger Bildungseinrichtungen und deren Funktionsfähigkeit gewährleistet sein. Diese müssen umfassend, bezüglich unterschiedlicher Beeinträchtigungsformen barrierefrei zugänglich sein, didaktisch-methodisch-inklusive, annehmbare Lehr-Lernkonzeptionen haben und die Angebote je nach Nachfrage behinderter Teilnehmenden und Lehrenden anpassen. Entscheidende Faktoren hierfür sind die Qualifizierung und Weiterbildung von Erwachsenenbildner*innen für inklusive Bildung und eine angemessene Berücksichtigung der Bedarfe beeinträchtigter Menschen. Kurz zusammengefasst kann das Recht auf qualitativ hochwertige Erwachsenenbildung durch einen diskriminierungsfreien, nah erreichbaren

und barrierefreien Zugang ermöglicht und gesichert werden (Art. 24 Abs. 5 UN-BRK).

So sollen auch Weiterbildungsgesetze die Bildungsziele eines inklusiven Bildungssystems, in dem die Würde des Menschen und seine Rechte geachtet werden und behinderte Menschen mit ihren Begabungen zur wirksamen gesellschaftlichen Teilhabe befähigt werden, reflektieren und ihre Angebots- und Lehrplanung daraufhin weiterentwickeln. Zudem muss sich das Bildungssystem an die Erfordernisse sich verändernder Gesellschaften und an sich verändernde Lebenslagen anpassen. Für die Umsetzung wird die Veröffentlichung guter Praxisbeispiele empfohlen (BMAS 2016).

Lernen ist zu einer Schlüsselkategorie der Gesellschaft geworden, woraus sich das Konzept des lebenslangen Lernens entwickelt hat (Faulstich 2006, S. 9). Hinter diesem Konzept steht nicht nur das Ziel, dass alle Menschen sich ein ganzes Leben lang (weiter-)bilden und an Bildung teilhaben können. Es impliziert gewissermaßen auch, dass es notwendig ist sich weiterzubilden. Dieser doppelte Tenor ist kennzeichnend für dieses Konzept. Wenn die Barrieren für eine Teilnahme an (Weiter-)Bildung jedoch zu groß sind, sind beide Ausrichtungen dieses Konzeptes nicht möglich, sodass hierdurch auch die Lebensqualität behinderter Menschen eingeschränkt wäre.

Im nun anschließenden Abschnitt wird am Beispiel des Forschungsprojekts „INAZ“ erörtert, wie die Lebensqualität durch Teilhabe an inklusiver Erwachsenenbildung behinderter aber auch nichtbehinderter Menschen durch die Professionalisierung der Lehrkräfte (am Beispiel der Alphabetisierung und des Zweiten Bildungswegs) gefördert werden kann.

3. Inklusive Erwachsenenbildung und Professionalisierung der Lehrkräfte zur Verbesserung der Lebensqualität behinderter Menschen

Das Forschungsprojekt „Inklusive Bildung in der Alphabetisierungspraxis und im System des Zweiten Bildungswegs – Qualifikationen, Kompetenzen und Bedarfe“, kurz „INAZ“, wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert im Rahmen der Förderlinie „Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte für inklusive Bildung“.² Ziel dieser Förderlinie ist es, die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention im deutschen

² Förderkennzeichen: 01NV1728; Projektlaufzeit: 04/2018 bis 03/2021

Bildungssystem umzusetzen. Die Förderlinie sowie das Projekt INAZ orientieren sich am Menschenrechtsgrundsatz von Inklusion (Art. 3c UN-BRK) in Verbindung mit dem individuellen Recht aller behinderten Menschen, gleichberechtigt mit anderen an qualitativ hochwertiger Bildung in einem inklusiven Bildungssystem teilzuhaben (Tomasevski 2001; Art. 24, für Erwachsene besonders Art. 24 Abs. 5 UN-BRK). Hierfür bedarf es qualifizierter Lehrkräfte, da diese Aufgabe bis zum Inkrafttreten der UN-BRK in Deutschland am 26.03.2009 nicht in den universitären Studiengängen verpflichtend verankert war und dies auch bisher nicht flächendeckend geschehen ist (30.09.2018).

3.1 Hintergrund und Forschungsstand

Bisher gibt es jahrzehntelange Forschung zu gemeinsamer Bildung im vorschulischen und schulischen Bereich, jedoch noch kaum im tertiären Sektor (expl. Ackermann 2017, S. 134). Seit der Empfehlung des Deutschen Bildungsrates zu gemeinsamem Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schüler*innen 1973 entwickelte sich mit dem Engagement der Elterninitiativen für gemeinsame Bildung von Kindertagesstätten über Grundschulen zur Sekundarstufe I und auch II viele Modellprojekte, die wissenschaftlich begleitet und ausgewertet wurden und mit dem Inkrafttreten der UN-BRK 2009 (spätestens) rechtlich fundiert wurden (ausführlich Schnell 2003 und Sturm/Wagner-Willi 2018).

In der Erwachsenenbildung haben die Erwachsenenbildungsforscher Bernhard Schmidt-Hertha und Rudolf Tippelt eine Bestandsaufnahme zur Partizipation von behinderten Personen in der außerberuflichen Weiterbildung vorgenommen und die Ergebnisse ihrer Expertise in einem Beitrag zusammengefasst (Schmidt-Hertha & Tippelt 2013). Gestützt auf die Analyse der Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) konstatieren die Autoren, dass behinderte Menschen in der außerberuflichen Weiterbildung im Vergleich zu nichtbehinderten Menschen zwar unterrepräsentiert sind, es dennoch eine bedeutend große Anzahl an Weiterbildung teilnehmender behinderter Menschen (31%) gibt (Schmidt-Hertha & Tippelt 2013, S. 242f). Inklusive Weiterbildungsangebote werden bisher jedoch nicht systematisch erfasst. Laut dem Weiterbildungsmonitor (WB-Monitor), mit dem jährlich die deutsche Weiterbildungslandschaft untersucht wird, verfügen nur 35% der Weiterbildungsanbieter über vollständig barrierefreie Zugänge zu den Veranstal-

tungs- sowie Sanitarräumen. Weitere 45% der Weiterbildungsanbieter verfügen teilweise über barrierefreie Zugänge (Koscheck et al. 2013, S. 6). Für inklusive Bildung qualifiziertes Personal findet sich nur in 21% der Einrichtungen. Demzufolge ist die Umsetzung der UN-BRK, vor allem von Artikel 24 (u.a. gleichberechtigter Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung in einem inklusiven Bildungssystem und Professionalisierung der Lehrkräfte), bisher noch nicht zufriedenstellend umgesetzt worden. Zudem fehle es vor allem im Hinblick auf die Professionalisierung des Weiterbildungspersonals an Forschung und Qualifikationskonzepten sowie an einem Praxistransfer (Schmidt-Hertha & Tippelt 2013, S. 246).

Inklusion ist in der deutschen Weiterbildung durchaus relevant (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, Indikator H2, S. 174). Behinderte Erwachsene suchen am ehesten die Angebote der Volkshochschulen auf, und zwar sowohl separierende als auch inklusive Kurse (ebd. auf Basis des wbmonitors BIBB & DIE 2012)³. Im Vergleich zu anderen erwachsenenbildenden Einrichtungen beschäftigen Volkshochschulen mit rund 30% am häufigsten pädagogisches Personal, das für den Umgang mit behinderten Menschen qualifiziert ist (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 191).⁴ Demnach kann davon ausgegangen werden, dass Lehrkräfte an Volkshochschulen über ein breites Erfahrungsspektrum verfügen und sie eine Vielzahl an Gelingensbedingungen, aber auch Widerständen entwickelt haben.

Von dieser bisher allgemeinen Sicht auf die Erwachsenenbildung/Weiterbildung wird der Fokus nun auf die Alphabetisierung und den Zweiten Bildungsweg (ZBW) gelegt. Kurse hierfür werden am häufigsten an Volkshochschulen angeboten. Einen Schwerpunkt der Volkshochschulen bilden die Programmbereiche „Nachholen von Grundbildung“ sowie „Nachholen von Schulabschlüssen“ (DVV 2011, S. 4).

Gemäß dem Teilhabebericht über die Lebenslagen behinderter Menschen verlassen 71% der Förderschüler*innen die Schule ohne Hauptschulabschluss (BMAS 2016, S. 93). Sie finden sich u.a. in Alphabetisierungskursen (Rosenblatt & Bilger 2010) sowie im System des Zweiten Bildungswegs wie-

³ Allerdings scheinen die Volkshochschulen auch den größten Anteil separierter Angebote aufzuweisen (im Weiterbildungsmonitor fehlen zudem Träger der beruflichen Rehabilitation).

⁴ Ähnlich hoch ist die Beschäftigung qualifizierten Personals nur bei privaten gemeinnützigen Trägern und kirchlich/verbandlichen Einrichtungsträgern.

der. 47% der Alphabetisierungsteilnehmenden benennen Beeinträchtigungen, die ihre Alphabetisierung behindert hätten (Rosenblatt & Bilger 2010, S. 15). Kritisch anzumerken ist, dass die Art der Fragestellung suggeriert, Beeinträchtigungen seien die einzige Ursache einer gescheiterten Alphabetisierung. Da Menschen mit Beeinträchtigungen in unserer derzeitigen gesellschaftlichen Situation Barrieren begegnen, die im Bildungsbereich sehr vielfältig sind, sind es häufig diese, die zur eingeschränkten Teilhabe beeinträchtigter Menschen führen. Genauer formuliert sind es die Wechselwirkungen von Beeinträchtigung und Barrieren, die zu Behinderung führen und somit auch Alphabetisierungsprozesse behindert haben können.

Aus informellen Gesprächen mit pädagogischem Personal des Zweiten Bildungswegs sowie der Alphabetisierung ist die Konfrontation mit verstärkten Ansprüchen inklusiver Bildung bekannt. Es zeigt sich demzufolge, dass behinderte Menschen auch in der Alphabetisierung und vermutlich auch im System des ZBW⁵ zu finden sind.

Die Volkshochschulen können die Anfänge ihrer Arbeit sowohl im Bereich der Alphabetisierung als auch in gemeinsamen Erwachsenenbildungsangeboten bis auf die 1970er Jahre zurückführen. Erste Alphabetisierungskurse sowie ein Konzept für die Alphabetisierung Erwachsener wurden 1978 an der Bremer Volkshochschule entwickelt und in den 1980er Jahren auch in anderen deutschen Volkshochschulen übernommen und weiterentwickelt (Wagener-Drecoll 2008, S. 163). Auch die Krüppelbewegung, als Vorläuferin der westdeutschen Behindertenbewegung (ausführlicher dazu vgl. Köbsell 2012), nutzte in ihrer emanzipatorischen Entwicklung aus den fremdbestimmenden Verhältnissen Räume der Frankfurter Volkshochschule für Bildungsangebote seit Anfang der 1970er Jahre. Konzepte und Ziele hierfür wurden sowohl von behinderten, als auch nichtbehinderten Menschen entwickelt (Klee 1980, S. 238). Die Frankfurter Volkshochschule war ein Ort, an dem bereits früh Barrierefreiheit thematisiert und gefordert wurde, und auch gemeinsame Kurse behinderter und nichtbehinderter Menschen stattfanden. Als weiteres Beispiel veranstaltete auch die Volkshochschule Dortmund zwischen 1980 und 1983 einen Gesprächskreis für behinderte und nichtbehinderte Menschen (vgl. Heimlich & Behr 2018, S. 1210). Der Gesprächskreis zielte auf eine Verbesserung der Lebenssituation in der Freizeit,

⁵ Über den Zweiten Bildungsweg ist allgemein sehr wenig bekannt, da es kaum Forschung darüber gibt.

vor allem für behinderte Menschen, die sich eher als sozial isoliert erlebt haben.

Aufgrund dieser jahrzehntelangen Entwicklungen und Erfahrungen sowie aufgrund des kurz skizzierten Forschungsstandes wurde das Projekt INAZ konzipiert.

3.2 Ziel des Projektes und methodisches Vorgehen

Die Volkshochschule sieht sich als Träger für Bildung in öffentlicher Verantwortung und verfolgt die Ziele „Recht auf Bildung“, „Lebenslanges Lernen“, „Chancengerechtigkeit“, „Bildung für alle“ (DVV 2011). Hiermit verstehen sich Volkshochschulen als Lernort, Gestaltungsort, sozialer und kultureller Treffpunkt, der ohne Hürden von allen Menschen – auch behinderten Menschen – erreicht werden könne (DVV 2011, S. 3f). Durch ihre rund 1.000 Standorte sind Volkshochschulen im städtischen, ebenso wie im ländlichen Raum erreichbar. Mit diesem kurz dargelegten Verständnis der Volkshochschulen zeigen sich bereits Schnittmengen zu den vier Strukturelementen für die Umsetzung einer inklusiven Erwachsenenbildung.

Das Forschungsprojekt INAZ zielt auf die Untersuchung der Inklusionspraxis, um anhand von erfragten Gelingensbedingungen, -schwierigkeiten und Widerständen die Professionalisierung von Lehrkräften bundesweit zu stärken. Die Professionalisierung der Lehrkräfte ist sowohl Ziel der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung (Küßner & Helten 2017, S.13) als auch Ziel der UN-BRK (UN-BRK Art. 24). In der inklusiven Erwachsenenbildungsforschung werden immer wieder fehlende Qualifikationsmöglichkeiten des pädagogischen Personals sowie fehlende didaktische Konzepte für eine inklusive Erwachsenenbildung betont (vgl. Heimlich & Behr 2018; Galle-Bammes 2012; Ackermann 2012). Gleichzeitig gibt es bereits Bildungsträger, die inklusive Lernangebote für Erwachsene anbieten (u.a. VHS Mainz, VHS Osterholz-Scharmbeck).

Die zentrale Forschungsfrage, mit der sich das Forschungsprojekt beschäftigt, lautet daher:

Welche Gelingensbedingungen für und welche Widerstände gegenüber inklusiver Bildung lassen sich in der Alphabetisierungspraxis und im System des Zweiten Bildungswegs identifizieren?

Die Beantwortung dieser Frage soll durch zwei Erhebungen realisiert werden. Zunächst werden Gruppendiskussionen mit Volkshochschul-Kursleitenden in der Alphabetisierung und Lehrkräften im Zweiten Bildungsweg (ZBW) (Volkshochschulen und Abendschulen) geführt. Durch die Gruppendiskussionen sollen gute Praktiken, aber auch Widerstände gegenüber inklusiver Bildung erhoben werden. Zudem wird das Verständnis von inklusiver Bildung in diesem Erhebungsteil erfragt. Da es in den Bundesländern je unterschiedliche Aktionspläne und einen unterschiedlichen Stand der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention gibt, werden die Gruppendiskussionen in insgesamt drei Bundesländern geführt.

Die Auswertung der qualitativen Daten erfolgt mittels Grounded Theory. Aus den daraus gewonnenen Kategorien wird ein Fragebogen konstruiert, mit dem im Anschluss Lehrkräfte der Fachbereiche „Grundbildung“ und „Nachholende Schulabschlüsse“ in den rund 1.000 Volkshochschulen in Deutschland befragt werden. Neben soziodemographischen Variablen werden Fragenblöcke zur Qualifikation (z.B. Erfahrungsjahre, beruflicher Hintergrund, Teilnahme an Weiterbildung zu Inklusion, Beschäftigungsverhältnis), zu Inklusion (z.B. Erfahrung mit Beeinträchtigungen, Einsatz von leichter und vereinfachter Sprache, Gebärdensprache sowie Beratung) gestellt. Basierend auf den qualitativen Ergebnissen werden Praktiken erfragt (z.B. Eingangsdiagnostik & Zulassung, zielgleicher und zieldifferenter Unterricht, Binnendifferenzierung, Teamteaching). Dem folgen Fragen nach Widerständen (z.B. durch Institution, Lehrkräfte, Teilnehmende, offene und subtile Mechanismen). Auf der Basis beider Erhebungsteile, und somit auf der Basis der Erfahrungen der Lehrkräfte in der Alphabetisierung und im System des ZBW, wird ein Fortbildungsmodul entwickelt und bundesweit erprobt. Mit diesem Fortbildungsmodul kann zudem das Handlungsfeld „Professionalisierung“ bedient werden, das Teil des Arbeitsprogramms der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung ist.

Die theoretische Perspektive, die für eine inklusive Erwachsenenbildung und somit auch für die Professionalisierung von Lehrkräften im Projekt INAZ eingenommen wird, gründet sich auf die subjektwissenschaftliche Theorie Klaus Holzkamps (Holzkamp 1995). Dieses Verständnis sei im Professionsdiskurs bereits etabliert, so die Erwachsenenbildungsforscherinnen Ines Langemeyer und Ingeborg Schüßler (Langemeyer und Schüßler 2013): „... das Subjekt des Lernens in seinen Besonderheiten und nicht das Lehren und die curricularen Ziele in den Vordergrund des Professionswissens zu stellen.“

In der Subjektwissenschaft werden Handlungs- und somit auch Lerngründe vom Subjektstandpunkt aus begründet (Holzkamp 1995). Ein Lernprozess entsteht, wenn das Handeln problematisch wird. Dass aus einer Handlungsproblematik eine Lernproblematik wird, kann unterschiedlich begründet werden. Expansiv begründetes Lernen zielt auf die Überwindung einer Handlungsproblematik mit dem Ziel, die eigene Lebensqualität wieder zu verbessern (vgl. Holzkamp 1995, S. 190). Lernen kann jedoch auch defensiv begründet sein, sodass es dann der Abwehr einer Bedrohung oder Sanktion dient (vgl. ebd. S. 192).

In Bezug auf Lehrkräfte kann die Umsetzung inklusiver Erwachsenenbildung als Handlung, genau genommen als Lehrhandeln, verstanden werden. Die Frage ist daher, wie Lehrkräfte in der Alphabetisierung und im Zweiten Bildungsweg ihr Handeln – in Bezug auf inklusive Bildung – begründen oder ob sie gar widerständig gegenüber einer inklusiven Bildungspraxis sind. Dies hängt von unterschiedlichen Bedingungen ab, die es mit der Studie zu ergründen gilt. Denn auch wenn es sich um eine subjektwissenschaftliche Theorie handelt, wird das Handeln nicht durch das Subjekt allein begründet, sondern steht immer im Kontext zu den objektiven Bedingungen und somit in einem gesellschaftlichen Zusammenhang (Holzkamp 1985).

3.3 Bedeutung des Projekts im Bildungskontext

Ziel der Nationalen Dekade ist die Verbesserung der Unterrichtsqualität in der Alphabetisierung und Grundbildung durch Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte (Küßner & Helten 2017, S. 11ff). Die bereits bestehende „Basisqualifizierung Pro Grundbildung“ soll in den kommenden Jahren in die Praxis umgesetzt und durch ergänzende Vertiefungsmodule erweitert werden. Es wäre möglich, eine Erweiterung um ein Modul „Inklusive Erwachsenenbildung“ anzubieten, was durch das hier erläuterte Forschungsprojekt „INAZ“ realisiert werden könnte. Darüber hinaus wird erwartet, die Ergebnisse auch in andere Bildungsbereiche transferieren zu können. So wird davon ausgegangen, dass Lehrende – und somit automatisch auch Teilnehmende – auch aus anderen Bereichen der Erwachsenenbildung von dem entwickelten Fortbildungsmodul profitieren.

Mit der Entwicklung eines Fortbildungsmoduls für Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung zielt das Projekt auf die Verbesserung der Teilhabemöglichkeit

ten an der Gesellschaft über inklusive Bildung. Durch frei wählbare und barrierefreie Bildungsangebote werden behinderten Menschen Möglichkeiten geboten, selbstbestimmt zu lernen. Die Erhöhung gesellschaftlicher Teilhabe stellt eine wichtige Bedingung für die Lebensqualität behinderter Menschen dar. Es sind daher zunächst die objektiven Bedingungen, die durch dieses Forschungsprojekt verbessert werden, die aber gleichzeitig auch zur Verbesserung der subjektiven Lebensqualität beitragen können, indem die Ziele und Forderungen der UN-BRK, die in hohem Maß durch behinderte Menschen entwickelt wurde, verfolgt und verwirklicht werden.

Inklusive Bildung ist nicht nur ein Gewinn für behinderte Menschen, sondern für alle Menschen, die Teil des Inklusionsprozesses sind. Wenn beispielsweise die Jahresabrechnungen der Stadtwerke in Leichter Sprache oder leicht verständlicher Sprache geschrieben sind, dann stellt dies nicht nur für beeinträchtigte Menschen eine Erleichterung dar, sondern auch für Menschen, die allgemein zwar keine Probleme mit dem Lesen von kleiner Schrift oder Schwerer Sprache haben. Es vereinfacht das Lesen aber für alle. Ein Kooperationsprojekt zwischen der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie (NGD), den Schleswiger Stadtwerken, den Schleswiger Werkstätten, der Universität Hamburg und der Hochschule Bremen kam genau zu diesem Ergebnis (Bonna et al. 2016). Zunächst wurden drei Briefe der Schleswiger Stadtwerke nach Capito-Standards in leicht verständliche Sprache (Capito-B1-Niveau) übersetzt. Behinderte und nichtbehinderte Menschen (n= 157) hatten dann die Gelegenheit, die Briefe zu lesen und hinsichtlich ihrer Verstehbarkeit jedoch auch ihrer Wirkung bzw. Akzeptanz zu testen und zu bewerten. Sowohl behinderte als auch nichtbehinderte Menschen haben die Briefe im Großen und Ganzen als gut verständlich und positiv bewertet. Aufgrund dieser guten Ergebnisse versenden die Schleswiger Stadtwerke einen ihrer Briefe seitdem immer in leicht verständlicher Sprache.

4. Ausblick

Wie bei allen Bevölkerungsgruppen, denen der gleichberechtigte Zugang zum Bildungssystem lange verwehrt wurde und teilweise auch heutzutage praktisch noch nicht gleichermaßen möglich ist, ist auch die Erlangung gleichberechtigter Bildung für behinderte Menschen ein langer Weg. Benachteiligungen im deutschen Bildungssystem wurden schon in den 1960er Jahren mit der staatlichen Bildungsoffensive durch die Kunstfigur „katholische Arbeitertochter vom Lande“ ausgedrückt (Dahrendorf 1965). Bis Anfang der 2000er Jahre haben sich Bildungsbenachteiligungen jedoch auf den „Migrantensohn aus bildungsbenachteiligter Familie“ verschoben (Geißler 2005).

Die inklusive Entwicklung von Bildungsinstitutionen wird organisatorisch häufig als schwieriger Prozess wahrgenommen (Hirschberg & Lindmeier 2013, S. 43). Für die gesetzliche Verankerung braucht es Zeit, für deren Umsetzung noch viel mehr. Dennoch lohnt der weite Weg, wie an anderen Beispielen hinsichtlich des Zugangs zum Recht auf Bildung verdeutlicht worden ist. So dürfen beispielsweise Kinder, Jugendliche und Erwachsene unabhängig ihrer Herkunft, Religionszugehörigkeit und ihres Geschlechts heute gemeinsam und gleichberechtigt an Bildung teilnehmen.

Mit unserem Forschungsprojekt zur Professionalisierung von Lehrkräften der Erwachsenenbildung, die inklusive Lernangebote machen, bieten wir einen Beitrag zur Umsetzung des Rechts auf qualitativ hochwertige Bildung in einem inklusiven Bildungssystem (Art. 1 Abs. 1 UN-BRK).⁶ Bildung beinhaltet das Potential, gesellschaftliche Teilhabe und damit auch Lebensqualität zu erhöhen. Wenn behinderte Menschen somit mehr Möglichkeiten erhalten, ihr Leben qualitativ zu gestalten und zu genießen, ist dies ein Schritt in Richtung der Umsetzung von Menschenrechten.

Literatur

Ackermann, Karl-Ernst (2017): „Pädagogische Professionalität“ im Handlungsfeld inklusive Erwachsenenbildung. Eine Problemskizze in vier Thesen. In: Lindmeier,

⁶ Dieses Recht ist selbstverständlich auch im Grundgesetz vertreten, wurde jedoch bisher nicht praktisch verwirklicht.

- Christian & Weiß, Hans (Hrsg.): Sonderpädagogische Förderung heute. 1. Beiheft. Pädagogische Professionalität im Spannungsfeld von sonderpädagogischer Förderung und inklusiver Bildung. Weinheim: Beltz Juventa, S.134-152.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Bielefeld: wbv. Online verfügbar: <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2014/pdf-bildungsbericht-2014/bb-2014.pdf> (28.06.2018).
- BMAS (2016): Zweiter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Bonna, Franziska; Buddeberg, Klaus; Grotlüschen, Anke & Hirschberg, Marianne (2016): Abschlussbericht zur Auswertung der Testhefte im Projekt „Leicht verständliche Sprache“. Dezember 2016. (Auf Anfrage als pdf verfügbar).
- Dahrendorf, Ralf (1965): Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg: Nannen.
- DVV (Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.) (2011): Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung. Bonn: DVV. Online verfügbar: https://www.dvv-vhs.de/fileadmin/user_upload/3_Der_Verband/DVV_Kurzfassung_2011.pdf (28.06.2018).
- Faulstich, Peter (2006): Lernen und Widerstände. In: Peter Faulstich (Hrsg.): Lernwiderstände. Anlässe für Vermittlung und Beratung. Hamburg: VSA-Verl, S. 7–25.
- Galle-Bammes, Michael (2012): Die Volkshochschule auf dem Weg zu einer Erwachsenenbildung für ALLE. In: Karl-Ernst Ackermann, Reinhard Burtscher, Eduard Jan Ditschek und Werner Schlummer (Hrsg.): Inklusive Erwachsenenbildung. Kooperationen zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Behindertenhilfe. Berlin: Ges. Erwachsenenbildung und Behinderung (Erwachsenenbildung konkret, 10), S. 125–134.
- Geißler, Rainer (2005): Die Metamorphose der Arbeitertochter zum Migrantensohn. Zum Wandel der Chancenstruktur im Bildungssystem nach Schicht, Geschlecht, Ethnie und deren Verknüpfungen. In: Berger, P. A. & Kahlert, H. (Hrsg.): Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert. Weinheim und München: Juventa 2005, S. 71-100.
- Heimlich, Ulrich; Behr, Isabel (2018): Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung. In: Tippelt, Rudolf & von Hippel, Aiga: Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 1207-1223.
- Hirschberg, Marianne (2017): Fragilität des Körpers – ein menschenwürdiges Leben durch Assistenz. In: Welsh, Caroline; Ostgathe, Christoph;Frewer, Andreas & Bielefeldt, Heiner (Hrsg.): Autonomie und Menschenrechte am Lebensende. Theoretische Grundlagen und Reflexionen aus der Praxis. Bielefeld: transcript 2017, S. 223-236.

- Hirschberg, Marianne; Lindmeier, Christian (2013): Der Begriff „Inklusion“ – Ein Grundsatz der Menschenrechte und seine Bedeutung für die Erwachsenenbildung. In: Burtcher, Reinhard; Ditschek, Eduard Jan; Ackermann, Karl-Ernst et al. (Hrsg.): Zugänge zu Inklusion. Erwachsenenbildung, Behindertenpädagogik und Soziologie im Dialog. Bielefeld: wbv, S. 39-64.
- Hirschberg, Marianne (2010): Partizipation – ein Querschnittsanliegen der UN-Behindertenrechtskonvention. POSITIONEN 3 der Monitoring-Stelle, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte
- Holzkamp, Klaus (1985): Grundlegung der Psychologie. Studienausg. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verlag.
- Holzkamp, Klaus (1995): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Studienausg. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag.
- Klee, Ernst (1980): Behindert. Über die Enteignung von Körper und Bewußtsein. Ein kritisches Handbuch. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag.
- Koschek, Stefan; Weiland, Meike; Ditschel, Eduard Jan (2013): wbmonitor Umfrage 2012: Klima und Strukturen der Weiterbildungslandschaft. Zentrale Ergebnisse im Überblick, https://www.bibb.de/dokumente/pdf/wbmonitor_Ergebnisbericht_Umfrage_2013.pdf (28.06.2018).
- Köbsell, Swantje (2012): Wegweiser Behindertenbewegung. Neues (Selbst-)Verständnis von Behinderung. 1. Aufl. Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher.
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion: Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kußner, Karin; Helten, Timm (2017): Von der Nationalen Strategie zur Nationalen Dekade. In: ALFAForum. Zeitschrift für Alphabetisierung und Grundbildung. Nr. 91, S. 10-15.
- Langemeyer, Ines; Schüßler, Ingeborg (2013): Professionswissen für eine inkludierende Erwachsenenbildung. In Burtcher, Reinhard; Ditschek, Eduard Jan; Ackermann, Karl-Ernst (Hg.): Zugänge zu Inklusion. Erwachsenenbildung, Behindertenpädagogik und Soziologie im Dialog. Bielefeld: Bertelsmann, S. 151-161.
- Miller, Tilly (2012): Inklusion Teilhabe Lebensqualität. Tragfähige Beziehungen gestalten. Systemische Modellierung einer Kernbestimmung Sozialer Arbeit. Stuttgart: Lucius + Lucius.
- Rosenblatt, Bernd von; Bilger, Frauke (2010): Erwachsene in Alphabetisierungskursen der Volkshochschulen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung (Alpha-Panel). Bonn: Deutscher Volkshochschul-Verband.
- Schäfers, Markus (2016): Lebensqualität. In: Hedderich, Ingeborg; Biewer, Gottfried, Hollenweger, Judith; Markowitz, Reinhard (Hrsg.): Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt, S. 132-137.
- Schalock, R.L.; Verdugo, M.A. (2002): Handbook on quality of life for human service practitioners. Washington D.C.

- Schmidt-Hertha, Bernhard; Tippelt, Rudolf (2013): Inklusion in der Weiterbildung. In: Döbert, Hans; Weishaupt, Horst: Inklusive Bildung professionell gestalten. Situationsanalyse und Handlungsempfehlungen. Münster: Waxmann, S. 241-262.
- Schnell, Irmtraud (2003): Geschichte schulischer Integration. Gemeinsames Lernen von SchülerInnen mit und ohne Behinderung in der BRD seit 1970. Weinheim/München: Juventa.
- Sturm, Tanja; Wagner-Willi, Monika (Hg.) (2018): Handbuch Schulische Inklusion, Opladen: Barbara Budrich.
- Tomasevski, Katharina (2001): Human rights obligations: making education available, accessible, acceptable and adaptable. Gothenburg: Novum Grafiska. Online verfügbar: http://www.right-to-education.org/sites/right-to-education.org/files/resource-attachments/Tomasevski_Primer%203.pdf (28.06.2018).
- UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) (2008): Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2008 Teil II Nr. 35, ausgegeben zu Bonn am 31. Dezember 2008.
- Wagener-Drecoll, Monika (2008): 1978-2008. 30 Jahre Alphabetisierung und Grundbildung an der Bremer Volkshochschule. Ein persönlicher Rückblick. In: Grotlückschen, Anke & Beier, Peter (Hrsg.): Zukunft Lebenslangen Lernens. Strategisches Bildungsmonitoring am Beispiel Bremens. Bielefeld: wbv, S. 163-177.

The Guidance Mobile - Proposal for a Tool to Enhance the Quality of Shared Decision Making

Eckart Seilacher, Jutta Hübner, Matthias Zündel

Shared decision making (SDM) aims at enhancing the quality of care and improving patients' quality of life during and after the treatment process. However, although SDM has yielded numerous concepts, it is still not widely implemented in the practice. A key reason for this is that physicians all too frequently present clinical options without reflecting on the possibility that patients may be limited in their ability to adequately classify the information they are confronted with. One established method for better patient participation is the use of decision aids. To raise the quality of such aids, the International Patient Decision Aid Standards (IPDAS) Collaboration developed a framework based on an extensive review of the relevant literature. The aim of this paper is to analyse the concepts for patient involvement in this context.

The IPDAS discussion indicates that the central challenge in SDM is to externally guide a self-directed approach on the part of the patient. The question is not simply about what is reasonable in some objective sense but how to guide patients to an option that they personally find makes sense for them. On the one hand, a sensitive external guidance can draw upon dual process theories according to which people always process information both intuitively and consciously at the same time. On the other hand it has to consider coping theories that introduce a differentiation between the patient's cognitive and emotional appraisal of the health threat. These two theories can be combined in a four-field table, stressing that the patient can be guided to a more conscious handling of the situation both cognitively and emotionally from an intuitive to a more deliberate reasoning in cognitive *and* in emotional terms. The guidance concept here can be illustrated by a mobile that does not fix a rigid step-by-step-framework but makes the dynamics and quality of the decision-making process transparent and assessable.

1. Introduction: How to Involve Patients in their Medical Decisions?

The question of how to involve a patient in treatment decisions is not just a quality-of-care issue. Medical decisions affect a patient's quality of life both during and after treatment. However, finding a treatment that not only meets medical requirements but also the patient's actual psychosocial needs is complex and demanding (Entwistle & Watt 2006). That is why various frameworks have been developed for decision making that give the health professional some guidance (de Haes & Bensing 2009; Witt et al. 2012; Légaré et al. 2011; Stacey et al. 2008; Stiggelbout et al. 2015; Elwyn et al. 2012; Siminoff & Step 2005). Additionally, there are several types of aids that provide patients with practical support to prepare for or accompany the decision-making process surrounding their treatment (Stacey et al. 2014). However, there is still some debate about whether and to what extent such frameworks and tools are effective in supporting the patient's decision process (Sepucha et al. 2013). In the following section, the discussion that ensued in the International Patient Decision Aids Standard (IPDAS) Collaboration will be evaluated with special consideration of concepts for patient involvement that might reflect and consolidate the physician's everyday efforts to involve the patients in shared decision making (SDM). After this, one of the basic metaphors of SDM - using scales to weigh options - will be challenged and contrasted with a mobile that might enhance the quality of SDM regarding patients' psychosocial issues.

1.1 A case example

The subsequent discussion focuses on people facing a new, potentially life-threatening disease, illustrated by the following situation: A 45-year-old woman is diagnosed with breast cancer resulting in two options: a mastectomy (an amputation of her breast) without radiation or a lumpectomy with subsequent radiation that preserves her breast. According to actual medical evidence, both options are equally effective, as long as surgeons perform an R0 resection, meaning that they resect the tumour with a margin of at least 1 mm, leaving no tumour cells behind. The options thus constitute 'equipoise' (Légaré et al. 2011). Now, how can health professionals be supported in adequately involving her in the decision? Evidence-based decision aids help them present the options adequately in medical terms (Steckel-

berg et al. 2005; Trevena et al. 2013; Montori et al. 2013). Additionally, they can summarize information on organizational or financial support. But the patient's reasoning is also influenced by psychological issues (Siminoff & Step 2005). She might be concerned about the potential temporary hair loss after radiation, revealing her disease to everybody around. Or she might have a friend who had breast cancer and developed severe fatigue after radiation and subsequent depression. Therefore, she might fear becoming depressed herself. The question of how to involve the patient's thoughts, fears and hopes is normally left to the physician's personal skills, experience and creativity (Deveugele 2015).

1.2 Shared decision making: Lacking a consented definition

In searching for a practical guideline for involvement, one can find numerous frameworks on SDM that often are not well defined (Moumjid et al. 2007). A systematic review in 2005 found that only 38.5% of the articles on SDM had a conceptual definition and that the identified concepts often did not refer to previous work on the subject. Accordingly, the review identified 31 separate concepts (Makoul & Clayman 2006). As the number of concepts has increased further in the meantime, physicians looking for practical guidelines will probably be left confused, unless they immerse themselves in the multifaceted research on SDM. This might be a reason why, despite considerable research in the field of SDM, existing frameworks are still not widely implemented in the practice (Elwyn et al. 2013; Stiggelbout et al. 2015).

2. A Concept Analysis of the Standards Consented by the IPDAS Collaboration

While the international discussion on SDM in general is still diverse and incoherent, the discussion on decision aids did result in the establishment of the International Patient Decision Aid Standards (IPDAS) Collaboration in 2003 to launch a consented framework for high quality decision aids (Durand et al. 2015; Elwyn et al. 2009, 2006; Volk et al. 2013). Updated in 2013, it is based on an extensive review of the relevant literature. The following

discussion analyses this consensus in order to elaborate features of decision aids that encourage the involvement of the patient.

The IPDAS Collaboration defines 12 core dimensions that should be considered in a comprehensive assessment of the quality of decision aids: They should display a systematic development process, disclose conflicts of interest, provide information about options, balance the presentation of options, present probabilities, base the information on up-to-date evidence, clarify values, provide guidance and/ or coaching, use plain language, and result in a somehow measurable effect. Additionally they can provide patients' stories and internet access (Elwyn et al. 2006, 2009). While most of the IPDAS sections elaborate rationales for an adequate presentation of the options, two of them focus more closely on the question on how to involve the patient, namely the section on value clarification methods and the section on coaching and guidance (Stacey et al. 2013; Fagerlin et al. 2013).

Regarding value clarification methods, existing decision aids rarely refer to an underlying theory. Accordingly, the IPDAS section on value clarification is not based on a comprehensive concept, but names possible theoretical frameworks and a sample of decision-making features that should be facilitated: identifying options, identifying attributes of the situation and/ or the options, reasoning about options, integrating attributes of options, making holistic comparisons, and retrieving relevant values from long-term memory (Fagerlin et al. 2013).

The section on coaching and guidance provides numerous additional clues on how to involve patients. Regarding guidance, it proposes a list of steps or a systematic approach, as well as a worksheet, a list of questions to ask the physician and a summary of the patient's priorities. In respect of coaching, it proposes to assess decisional needs, provide information on the options, verify understanding, clarify values, build skills in deliberating, screen for barriers, and facilitate progress in decision making. (Stacey et al. 2013) Once again, the section provides no comprehensive concept of coaching and/ or guidance, but rather a cluster of methods that can be applied.

In summary, the discussion on guidance, coaching and on value clarification methods results in enumerations of practical features that should be facilitated. At first sight, the recommendations are not based on a comprehensive concept, but remain somehow tentative.

2.1 The basic rationale: A self-directed approach

On closer inspection, the rationale, why guidance/ coaching elements enhance the quality of decision aids, rests on the hypothesis that patients “should be supported in the process of thinking about a decision and discussing it with others”. (Stacey et al. 2013, S. 3) This hypothesis is also the foundation for value clarification elements, which generally “provide assistance” with the patient’s decision-making processes (Fagerlin et al. 2013, S. 2). However, providing such support is no easy matter. The basic challenge is to “facilitate a self-directed approach to the process of decision making” (Stacey et al. 2013, S. 2). There is a risk of neglecting differences between the patient’s and the physician’s approach to the medical options. It is, for example, unclear how the physician might avoid the temptation to persuade the patient to choose the seemingly most reasonable option according to the evidence at hand. The central question is not simply what appears to be reasonable in some objective sense, but which option makes the most sense for this individual patient (Stiggelbout et al. 2012; Barry & Edgman-Levitan 2012; Olthuis et al. 2012). How can the physician find out whether the woman wants a mastectomy or a lumpectomy despite his/her own conviction that a lumpectomy is less invasive and equally effective? Does the patient even have the right to refuse surgery? In this respect, a cluster of techniques for SDM can support as well as undermine the patient’s self-directed efforts, as physicians might be tempted to choose a framework that does not reflect and enhance, but rather justifies their action as the right way to involve the patient.

Regarding decision aids, the possibilities to integrate supportive techniques for the patient’s self-directed approach to the decision making process are limited. Accordingly, many decision aids primarily focus on a balanced presentation of the options and risks (Abhyankar et al. 2013; Montori et al. 2013; Trevena et al. 2013). But this restriction is only justifiable if the decision aid is embedded in a mindful medical encounter (Epstein & Street 2011; Politi & Street 2011). The question of how to organise such a mindful encounter with a patient, who often appears to think irrationally or inadequately in the first instance, is left to the physician’s individual skills.

2.2 Self-directed intuitive and conscious reasoning

In the IPDAS section on personal stories, the challenge to support a self-directed approach is taken up with a slightly different emphasis. Personal stories can give patients an additional understanding of their situation in psychological and social terms (Bekker et al. 2013). Essential for such an enhanced personal assessment is to differentiate, as mentioned in several passages of the IPDAS discussion and receiving widespread consensus in decision theory. Dual process theories argue that people process information by using two interrelated processes; namely “an experiential-automatic process (“system 1”) that is quick, effortless, and does not require deliberation before action (e.g., relying on an heuristic or rule of thumb such as trust in another’s judgements); and an analytic-deliberative process (“system 2”) that is effortful, cognitively demanding, and requires active reasoning before action (e.g., weighing up the advantages and disadvantages of all options)” (Bekker et al. 2013, p.3; Abhyankar et al. 2013; Sepucha et al. 2013; Kahneman 2003). A special feature of personal stories is that they encourage automatic 'system 1' strategies, while most other IPDAS dimensions focus on a conscious 'system 2' reasoning.

For the woman with breast cancer, a quick 'system 1' reasoning is probably crucial for her first efforts to cope with the new health threat. When the physician introduces the diagnosis and possible options, she has to process large amounts of new information that are very meaningful for her. In addition to the information on possible physical outcomes, she will probably also consider social consequences. At once intense emotions arise, as she is forced to think over and question her momentary personal priorities and expectations about her future lifestyle. All this reinforces the importance of an intuitive 'system 1' reasoning as part of her information processing to integrate multiple dimensions and possible consequences at the same time (Kahneman 2003).

However, the IPDAS discussions focussing on an adequate and balanced presentation of medical options are guided by the idea that decision aids should primarily support a 'system 2' deliberation. This is because a heuristic 'system 1' reasoning is susceptible to multiple biases (Abhyankar et al. 2013; Kahneman 2003). The woman might feel exhausted the day after the diagnosis and immediately think of her friend, who developed a severe fatigue after radiation. To avoid depression, she might choose a mastectomy without considering all the consequences of the decision. In this respect, a deci-

sion aid encouraging deliberate, analytic reasoning might help her to reach a realistic and sound assessment of the risks and chances of the options.

On the other hand, the IPDAS section on value clarification methods raises the question whether the effect of 'system 2' reasoning is exclusively positive, since it might cause the patient to focus on information that is easy accessible and on attitudes that are easy to articulate (Fagerlin et al. 2013; de Vries et al. 2013). Focussing on information like the risk of recurrence might not represent her actual needs or questions but nevertheless dominate the discussion. For it is not merely the impact of certain obvious facts, but the overflow of facts with fluctuating personal significance that can potentially overwhelm the patient. It is hard to proportion the psychological and social consequences of an amputation, of potential hair loss or fatigue after radiation, of treatment duration, costs etc. Therefore it is a crucial part of the decision process to clarify this personal significance (Epstein & Street 2011; Olthuis et al. 2012).

2.3 Self-directed cognitive and emotional coping

The question as to whether intuitive reasoning is helpful or biasing cannot be decided conclusively. Rather, it can be complemented and possibly bypassed by the observation that the patient often needs support in rebuilding basic coping and problem-solving skills, as they might be disrupted by the impact of the new health threat (Stacey et al. 2013; Witt et al. 2012). The IPDAS section on coaching and guidance introduces this additional aspect without elaborating its consequences in depth. In fact, the demanding task to support the patient's coping efforts probably exceeds the scope of decision aids.

Coping with a new health threat is not just a cognitive processing of information. (Feldman-Stewart et al. 2013) Coping theories differentiate between a cognitive and an emotional appraisal of the health threat. (Lazarus 1993) The first appraisal of the relevancy of the health threat leads the patient to a secondary appraisal of the resources at their disposal. Depending on the resources at hand, they might deal with the health threat in a problem-focused or an emotion-focused way. Calling a friend to discuss the disease's severity and impact - or just to have a good cry on their shoulder - are two different approaches that might bolster their spirits. The secondary appraisal results in a renewed assessment of the health threat and its impli-

cations. The renewed emotional and cognitive perspective on the health threat in turn results once again in an appraisal and involvement of the coping resources at hand, and so on. This process can be seen as a permanent feedback loop, leading the patient to a more and more detailed perception of the problem, its social and emotional implications and possible solutions (Witt et al. 2012).

2.4 Intuitive and deliberate reasoning in cognitive and emotional terms

Dual process theories and coping theories enlighten different aspects of the patient's initial efforts to process the information and its significance. It is important to note that an emotional and a cognitive appraisal of the problem must not be confused with an intuitive 'system 1' and a conscious 'system 2' reasoning. The interrelation between the two theories can be rather depicted by a four-field table (fig. 1). Our patient might come to a more deliberate, effortful and complex emotional appraisal as well as to a more specific cognitive knowledge about the options and their implications. Accordingly she can block deliberation in cognitive as well as in emotional terms.

	Cognitive appraisal	Emotional appraisal
Intuitive system 1 reasoning	Cognitive intuition	Emotional intuition
Deliberate system 2 reasoning	Cognitive deliberation	Emotional deliberation

Fig. 1: Coping theory and dual process theory combined

If the patient immediately discusses the options in medical terms in the first session, this might be an intuitive emotional coping strategy. Discussing easy-to-articulate and accessible information can help to prevent a closer

emotional appraisal that would overwhelm the patient at that moment. (Lazarus 1993) She might subsequently articulate a preference that sounds reasonable, tempting the physician to prepare or start the chosen treatment. But a preference uttered under such circumstances is a starting point, not an endpoint of the decision making process. The pitfall to take once uttered preferences as a fixed “proxy for behavioural intent, predictive of future behaviour” has been addressed early in the SDM discussion (Charles et al. 1997, S. 686).

3. The Guidance Mobile

Guidance as a concept, as presented by the IPDAS, delineates the process of taking up the first intuitions of the patient (Stacey et al. 2013). The support for the patient's self-directed approach is realised by introducing a worksheet that structures the patient's approach, encourages them to ask questions and to write down the options in their own words (O'Connor et al. 1999; Ottawa Hospital Research Institute 2018). It thus provides basic tools for a self-directed approach leading from intuitive to conscious reasoning in cognitive and emotional terms. While value clarification methods suggest substantial values and preferences to be reached, such a worksheet is a more dispassionate functional strategy to make a patient's approach transparent to the physician and to themselves. While the coaching concept entails a transfer of the patient to some person trained in communication, guidance is a concept for the everyday encounter (Stacey et al. 2008, 2013). It is more adaptable than most SDM models to variables of the disease and the treatment options that might change in the course of diagnosis and treatment (Politi & Street 2011). For every new piece of information calls for the patient's immediate intuitive emotional and cognitive appraisal, which the physician has to take into account and guide to a more conscious assessment.

Due to the complexity of this process, many SDM frameworks are limited in their applicability to the individual medical encounter. They are a necessary and appropriate theoretical back-up for the introduction of SDM on an institutional level, establishing clinical pathways that are designed to integrate the patient's reasoning (Légaré et al. 2011; Stacey et al. 2008). But the individual physician, who tries to guide the patient's momentary cognitive and

emotional reasoning while the medical prerequisites are shifting, needs a more adaptable approach.

In the following, instead of providing a new framework with distinct steps, a different perspective on SDM as a process will be proposed that is closely connected to the physician's efforts to guide patients according to their needs. The basic idea is that balancing the decision process is not identical with balancing the medical options. It rather includes introducing information about (possibly changing) options step by step in order to enable the patient to cope with the new health threat.

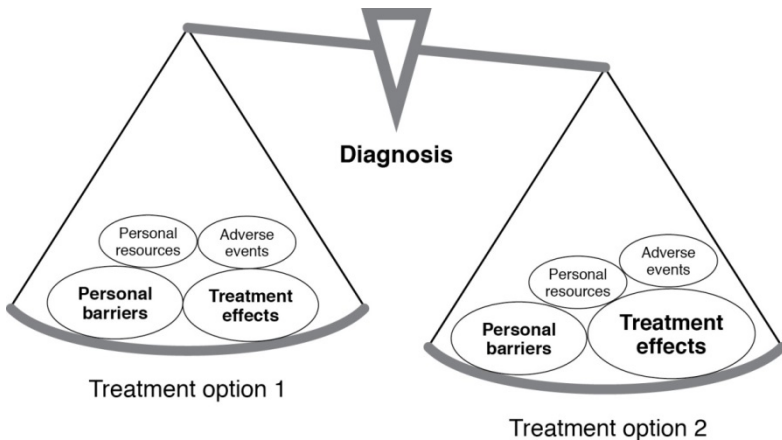


Fig. 2: The patient's choice as weighing options

The classical perspective on decision making processes can be illustrated by a scale, balancing the treatment options that form an 'equipoise' in medical terms (fig. 2) (Stacey et al. 2010). Possible treatment effects and adverse effects as well as the patient's personal resources and barriers are laid on the scale pans, leading to a more weighty option. However, worksheets like the Ottawa Personal Decision Guide tend to explore different options without explicitly opposing them. In this variation, the scale can be seen as illustrating the *inside* of every option weighing its pros and cons. In fact, the central part of decision making is to go inside each option and explore its implications and consequences (Ottawa Hospital Research Institute 2018).

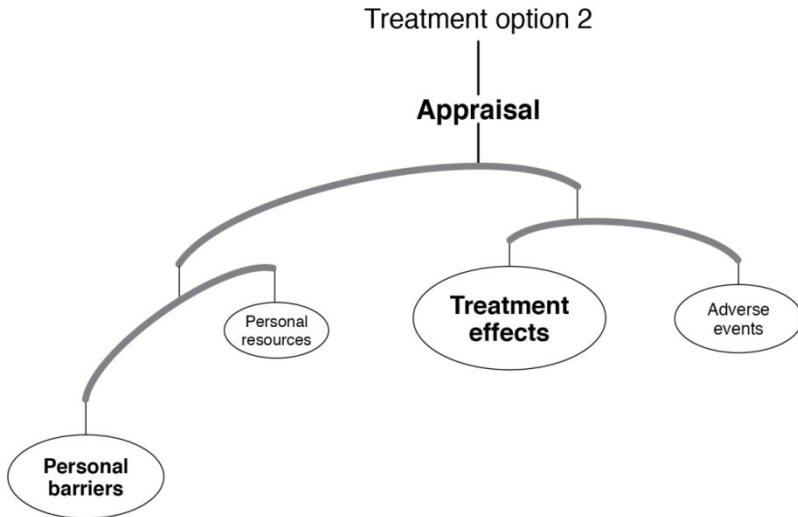


Fig. 3: The guidance mobile

A more differentiated perspective on the inside of an option is delivered by a mobile (fig. 3). The basic idea of such a mobile is to raise the physician's awareness for the possible effect and relevance of medical information (Stiggelbout et al. 2015). Its central advantage vis-à-vis other frameworks and illustrations is that it can structure and stabilize the decision process and at the same time illustrate its dynamics. It is adaptable to every single moment of the individual decision process without simply focussing on medical facts. Instead of heaping all available medical and personal information on the scale pans, the physician knots tailored bits of medical facts at one side and observes the patient's reactions at the other side of the mobile, trying to keep the balance. A heap of new information can disturb the balance - as can a patient breaking down in face of what at first glance appear to be minor facts. The mobile thus stresses the point that the patient needs the right information at the right time (Hoffman et al. 2013).

Another advantage of the mobile-metaphor is that seemingly weighty aspects can counterbalance seemingly unimportant aspects. The appraisal of elements such as personal resources and barriers, treatment effects and adverse events does not automatically lead to a preferred option. Rather, the appraisal is depicted by the knots on the bars that can be shifted to

balance the elements. Health professional and patient might agree that the treatment is for example very effective with only minor adverse events. So they tie a knot that balances the two elements, with the treatment effect appearing weighty and prominent against the adverse effects. The picture is balanced and might lead the patient to choose the option. But our patient can also reassess the balance, placing the knot at another spot of the bar. Then the mobile is no longer balanced in her eyes. Although her new appraisal might be led by unspeakable feelings, she nevertheless can discuss the option anew with the health professional, exploring possible reasons for her new perspective. Hence, the mobile structures her perspective, representing its impact on the option - no matter whether it is gained by emotional or cognitive intuition or by conscious reasoning.

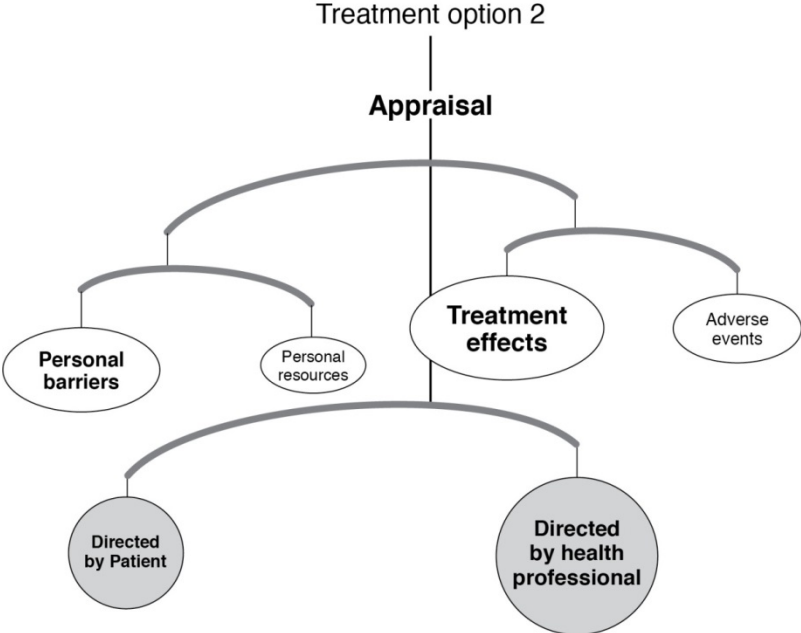


Fig. 4: The guidance mobile: A decision mainly directed by the health professional

The physician can use the guidance mobile to assess the quality of the decision-making process in real-time. Knotting weighty information at one side

of the mobile might raise personal barriers that need to be counterbalanced by adequate resources of the patient. Strong treatment effects might rightly dominate the whole decision process, as long as the appraisal knots are placed near the treatment effects. Furthermore, physicians can reflect their own approach by adding another bar to the mobile, indicating whether the decision is rather directed by the patient or by themselves (fig. 4). Once again the guidance mobile does not appreciate or depreciate an appraisal that is e.g. dominated by the health professional. It simply stresses the fact that the appraisal is mainly directed by the health professional, urging him/her to reflect their reasons (e.g. a situation that needs a quick response, while the patient is in a profound crisis). In other words, physicians have an explicit representation of their actual approach that they have to justify implicitly or explicitly vis-à-vis themselves and the patient. The guidance mobile thus functions as a permanent reflection on the current state of the decision.

4. Conclusion

In contrast with the conceptual diversity of theories informing the development of decision aids and frameworks for SDM, the guidance concept focuses on the basic antinomy of the patient's externally guided and likewise self-directed approach. Hence, it is a key concept to enhance the quality of care and consequently the patient's quality of life during and after treatment. Its practical realization in decision aids is a worksheet for patients to clarify their preferences. The concept is much less demanding than, for example, value clarification methods, as it simply stresses the necessity to make the actual state of the decision process transparent. The idea implies sensitively involving the patient's cognitive *and* emotional intuitions, which are susceptible to bias, and guiding them to a more deliberate assessment. A guidance mobile can illustrate the dynamics of this process in the medical encounter and specify the implications of the concept without excluding the application of other frameworks or concepts. It rather stresses the need for a change of perspective to meet the requirements of SDM in practice.

References

- Abhyankar, P./Volk, R. J./Blumenthal-Barby, J./Bravo, P./Buchholz, A./Ozanne, E./Vidal, D. C./Col, N./Stalmeier, P. (2013): Balancing the presentation of information and options in patient decision aids: an updated review. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl. 2.
- Barry, M. J./Edgman-Levitan, S. (2012): Shared decision making—the pinnacle of patient-centered care. In: *New England Journal of Medicine* 366, Heft 9, pp. 780–781.
- Bekker, H. L./Winterbottom, A. E./Butow, P./Dillard, A. J./Feldman-Stewart, D./Fowler, F. J./Jibaja-Weiss, M. L./Shaffer, V. A./Volk, R. J. (2013): Do personal stories make patient decision aids more effective? A critical review of theory and evidence. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl 2.
- Charles, C./Gafni, A./Whelan, T. (1997): Shared decision-making in the medical encounter: What does it mean? (or it takes at least two to tango). In: *Social Science & Medicine* 44, Heft 5, pp. 681–692.
- de Haes, H./Bensing, J. (2009): Endpoints in medical communication research, proposing a framework of functions and outcomes. In: *Patient Education and Counseling* 74, Heft 3, pp. 287–294.
- de Vries, M./Fagerlin, A./Wittman, H. O./Scherer, L. D. (2013): Combining deliberation and intuition in patient decision support. In: *Patient Education and Counseling* 91, Heft 2, pp. 154–160.
- Devegele, M. (2015): Communication training: Skills and beyond. In: *Patient Education and Counseling* 98, Heft 10, pp. 1287–1291.
- Durand, M.-A./Witt, J./Joseph-Williams, N./Newcombe, R. G./Politi, M. C./Sivell, S./Elwyn, G. (2015): Minimum standards for the certification of patient decision support interventions: Feasibility and application. In: *Patient Education and Counseling* 98, Heft 4, pp. 462–468.
- Elwyn, G./Frosch, D./Thomson, R./Joseph-Williams, N./Lloyd, A./Kinnersley, P./Cording, E./Tomson, D./Dodd, C./Rollnick, S./Edwards, A./Barry, M. (2012): Shared Decision Making: A Model for Clinical Practice. In: *Journal of General Internal Medicine* 27, Heft 10, pp. 1361–1367.
- Elwyn, G./O'Connor, A. M./Bennett, C./Newcombe, R. G./Politi, M./Durand, M.-A./Drake, E./Joseph-Williams, N./Khangura, S./Saarimaki, A./Sivell, S./Stiel, M./Bernstein, S. J./Col, N./Coulter, A./Eden, K./Härter, M./Rovner, M. H./Moumjid, N./Stacey, D./Thomson, R./Whelan, T./van der Weijden, T./Edwards, A. (2009): Assessing the Quality of Decision Support Technologies Using the International Patient Decision Aid Standards instrument (IPDASi). In: *PLoS ONE* 4, Heft 3, p. e4705.
- Elwyn, G./O'Connor, A./Stacey, D./Volk, R./Edwards, A./Coulter, A./Thomson, R./Barratt, A./Barry, M./Bernstein, S./Butow, P./Clarke, A./Entwistle, V./Feldman-Stewart, D./Holmes-Rovner, M./Llewellyn-Thomas, H./Moumjid,

- N./Mulley, A./Ruland, C./Sepucha, K./Sykes, A./Whelan, T. (2006): Developing a quality criteria framework for patient decision aids: online international Delphi consensus process. In: *BMJ* 333, Heft 7565, p. 417.
- Elwyn, G./Scholl, I./Tietohl, C./Mann, M./Edwards, A. G./Clay, C./Légaré, F./Weijden, T. van der/Lewis, C. L./Wexler, R. M./Frosch, D. L. (2013): "Many miles to go ...": a systematic review of the implementation of patient decision support interventions into routine clinical practice. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl. 2.
- Entwistle, V. A./Watt, I. S. (2006): Patient involvement in treatment decision-making: The case for a broader conceptual framework. In: *Patient Education and Counseling* 63, Heft 3, pp. 268–278.
- Epstein, R. M./Street, R. L. (2011): Shared Mind: Communication, Decision Making, and Autonomy in Serious Illness. In: *The Annals of Family Medicine* 9, Heft 5, pp. 454–461.
- Fagerlin, A./Pignone, M./Abhyankar, P./Col, N./Feldman-Stewart, D./Gavaruzzi, T./Kryworuchko, J./Levin, C. A./Pieterse, A. H./Reyna, V./Stiggebout, A./Scherer, L. D./Wills, C./Witteman, H. O. (2013): Clarifying values: an updated review. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl. 2.
- Feldman-Stewart, D./O'Brien, M. A./Clayman, M. L./Davison, B. J./Jimbo, M./Labrecque, M./Martin, R. W./Shepherd, H. (2013): Providing information about options in patient decision aids. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl. 2.
- Hoffman, A. S./Volk, R. J./Saarimaki, A./Stirling, C./Li, L. C./Härter, M./Kamath, G. R./Llewellyn-Thomas, H. (2013): Delivering patient decision aids on the Internet: definitions, theories, current evidence, and emerging research areas. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl. 2.
- Kahneman, D. (2003): A perspective on judgment and choice: Mapping bounded rationality. In: *American Psychologist* 58, Heft 9, pp. 697–720.
- Lazarus, R. S. (1993): Coping theory and research: past, present, and future. In: *Psychosomatic medicine* 55, Heft 3, pp. 234–247.
- Légaré, F./Stacey, D./Pouliot, S./Gauvin, F.-P./Desroches, S./Kryworuchko, J./Dunn, S./Elwyn, G./Frosch, D./Gagnon, M.-P./Harrison, M. B./Pluye, P./Graham, I. D. (2011): Interprofessionalism and shared decision-making in primary care: a stepwise approach towards a new model. In: *Journal of Interprofessional Care* 25, Heft 1, pp. 18–25.
- Makoul, G./Clayman, M. L. (2006): An integrative model of shared decision making in medical encounters. In: *Patient Education and Counseling*, 60, Heft 3, pp. 301–312.
- Montori, V. M./LeBlanc, A./Buchholz, A./Stilwell, D. L./Tsapas, A. (2013): Basing information on comprehensive, critically appraised, and up-to-date syntheses of the scientific evidence: a quality dimension of the International Patient Decision Aid Standards. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl. 2.

- Moumjid, N./Gafni, A./Brémond, A./Carrère, M.-O. (2007): Shared Decision Making in the Medical Encounter: Are We All Talking about the Same Thing? In: *Medical Decision Making* 27, Heft 5, pp. 539–546.
- O'Connor, A. M./Drake, E./Fiset, V./Graham, I. D./Laupacis, A./Tugwell, P. (1999): The Ottawa patient decision aids. In: *Effective Clinical Practice* 2, Heft 4, pp. 163–70.
- Olthuis, G./Leget, C./Grypdonck, M. (2012): Shared decision making needs a care perspective. In: *BMJ* 345, pp. e7419–e7419.
- Ottawa Hospital Research Institute (2018): Ottawa Personal Decision Guides <https://decisionaid.ohri.ca/decguide.html> (accessed 15.03.2018).
- Politi, M. C./Street, R. L. (2011): The importance of communication in collaborative decision making: facilitating shared mind and the management of uncertainty: Communication and decision making. In: *Journal of Evaluation in Clinical Practice* 17, Heft 4, pp. 579–584.
- Sepucha, K. R./Borkhoff, C. M./Lally, J./Levin, C. A./Matlock, D. D./Ng, C. J./Ropka, M. E./Stacey, D./Joseph-Williams, N./Wills, C. E./Thomson, R. (2013): Establishing the effectiveness of patient decision aids: key constructs and measurement instruments. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl. 2.
- Siminoff, L. A./Step, M. M. (2005): A Communication Model of Shared Decision Making: Accounting for Cancer Treatment Decisions. In: *Health Psychology* 24, Heft 4, Suppl. 4, pp. S99–S105.
- Stacey, D./Kryworuchko, J./Belkora, J./Davison, B. J./Durand, M.-A./Eden, K. B./Hoffman, A. S./Koerner, M./Légaré, F./Loiselle, M.-C./Street, R. L. (2013): Coaching and guidance with patient decision aids: A review of theoretical and empirical evidence. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl. 2.
- Stacey, D./Légaré, F./Col, N. F./Bennett, C. L./Barry, M. J./Eden, K. B./Holmes-Rovner, M./Llewellyn-Thomas, H./Lyddiatt, A./Thomson, R./others (2014): Decision aids for people facing health treatment or screening decisions. In: *The Cochrane Library*, John Wiley & Sons, Ltd, Chichester, UK
- Stacey, D./Légaré, F./Pouliot, S./Kryworuchko, J./Dunn, S. (2010): Shared decision making models to inform an interprofessional perspective on decision making: A theory analysis. In: *Patient Education and Counseling* 80, Heft 2, pp. 164–172.
- Stacey, D./Murray, M. A./Légaré, F./Sandy, D./Menard, P./O'Connor, A. (2008): Decision Coaching to Support Shared Decision Making: A Framework, Evidence, and Implications for Nursing Practice, Education, and Policy. In: *Worldviews on Evidence-Based Nursing* 5, Heft 1, pp. 25–35.
- Steckelberg, A./Berger, B./Köpke, S./Heesen, C./Mühlhauser, I. (2005): Kriterien für evidenzbasierte Patienteninformationen. In: *Zeitschrift für ärztliche Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen* 99, p. 6.

- Stiggelbout, A. M./Pieterse, A. H./De Haes, J. C. J. M. (2015): Shared decision making: Concepts, evidence, and practice. In: *Patient Education and Counseling* 98, Heft 10, pp. 1172–1179.
- Stiggelbout, A. M./van der Weijden, T./De Wit, M. P. T./Frosch, D. L./Légaré, F./Montori, V. M./Trevena, L. J./Elwyn, G. (2012): Shared decision making: really putting patients at the centre of healthcare. In: *BMJ* 344, p. e863–e863.
- Trevena, L. J./Zikmund-Fisher, B. J./Edwards, A./Gaissmaier, W./Galesic, M./Han, P. K./King, J./Lawson, M. L./Linder, S. K./Lipkus, I./others (2013): Presenting quantitative information about decision outcomes: a risk communication primer for patient decision aid developers. In: *BMC medical informatics and decision making* 13, Suppl. 2.
- Volk, R. J./Llewellyn-Thomas, H./Stacey, D./Elwyn, G. (2013): Ten years of the International Patient Decision Aid Standards Collaboration: evolution of the core dimensions for assessing the quality of patient decision aids. In: *BMC Medical Informatics and Decision Making* 13, Suppl. 2.
- Witt, J./Elwyn, G./Wood, F./Brain, K. (2012): Decision making and coping in healthcare: The Coping in Deliberation (CODE) framework. In: *Patient Education and Counseling* 88, Heft 2, pp. 256–261.

IV. Kulturelle Dimensionen und Entwicklungsmöglichkeiten

Freizeit - Bildung - Lebensqualität: Zur Bedeutung des Indikators „Informelles Lernen“

Renate Freericks, Dieter Brinkmann

Lebensqualität objektiv zu messen, ist kein leichtes Geschäft, und die betroffenen Städte und Regionen sind selten zufrieden mit dem Ergebnis des anschließenden Rankings, es sei denn, sie liegen auf den vorderen Plätzen, wie regelmäßig die Städte aus dem Süden Deutschlands. Für Bremen und andere norddeutsche Kommunen sieht es offenbar nicht so rosig aus mit der Lebensqualität. Die Hansestadt landete in der aktuellen bundesweiten Studie des ZDF abgeschlagen auf Platz 351 (vgl. ZDF 2018)¹. Mängel bei der Infrastruktur, aber auch eine hohe Armutsquote in einigen Stadtteilen, Probleme im Bildungswesen und anderes mehr schlagen hier negativ zu Buche. Doch sind Bremen und der Norden nicht nur subjektiv besser als die Messung suggeriert? Und welche Indikatoren sollten neben den „Sonnenstunden im Jahr“ vielleicht auch noch herangezogen werden, um ein attraktives Kultur- und Freizeitumfeld abzubilden?

Hierum dreht sich der folgende Beitrag zum Sammelband Lebensqualität. Er thematisiert vor dem Hintergrund grundlegender und aktueller Forschungsvorhaben des Instituts für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit die Rolle des „Informellen Lernens“ in der Freizeit als angemessenen Indikator für Lebensqualität und ruft die Bedeutung „lernförderlicher Strukturen“ der

¹ In einer Studie im Auftrag des ZDF ermittelte die Prognos AG die Lebensqualität in 401 Städten und Regionen in Deutschland. Verwendet wurden „objektive“ Indikatoren auf der Basis der verfügbaren statistischen Daten. Für den Bereich „Freizeit & Natur“ wurden insgesamt 20 Indikatoren herangezogen, u.a. der Anteil der Erholungsflächen, die Sonnenstunden im Jahr, die Anzahl der Vereine, die aktiven Nutzer in Bibliotheken sowie die Anzahl klassischer Kulturveranstaltungen und deren Besucherzahl (vgl. ZDF 2018).

Freizeit- und Kulturlandschaft auf. Diskutiert werden Entwicklungen in den Feldern Erlebnisbäder, Wissenswelten und Themenparks. Die Analyse bezieht sich dabei auf den Stellenwert informeller Lernprozesse für ein qualitatives Weltverhältnis im Sinne einer Resonanz (Rosa 2016) und die Entwicklung von vielfältigen Beziehungen zur Sachumwelt, zu den Mitmenschen sowie die Gewinnung eines reflexiven Verhältnisses zu sich selbst. Angesprochen werden die sich im Kontext gesellschaftlicher Herausforderungen dynamisch verändernden Angebotsstrukturen und die sich wandelnden Ansprüche der Nutzer an lernförderliche, identitätsstiftende Umwelten. Im Sinne einer Optimierung von Lernszenarien werden didaktische Modelle für die Gestaltung von Strukturen der Freizeitbildung exemplarisch aufgegriffen und Perspektiven für die weitere Entwicklung der Forschungslandschaft Freizeitbildung entwickelt und begründet. Der Beitrag geht der offenen Frage nach: Was ist Lebensqualität bezogen auf die Freizeit? Sind es die Sonnenstunden im Jahr, wie es die aktuelle Studie des ZDF zum Ranking von Städten und Regionen in Deutschland suggeriert? Oder kommen andere Faktoren, die Möglichkeiten für Selbst- und Welterkenntnis, das Bildungspotenzial und die kulturelle Integration in den Blick?

1. Freizeit als Lern- und Bildungszeit

Im Rahmen der erziehungswissenschaftlichen Forschung und Lehre wird schon seit über 30 Jahren der Freizeitsektor als ein gesellschaftlich relevanter Bereich für Lernen, Bildung und Erziehung diskutiert und beschrieben. Daraus sind zahlreiche freizeitpädagogische Aus- und Weiterbildungsangebote hervorgegangen, und der Ansatz „Freizeitbildung“ inspiriert nach wie vor praxisnahe Projekte und Forschungsvorhaben. Freizeit kann dabei in dreifacher Weise als Lernzeit konzipiert werden (vgl. Freericks/Brinkmann 2005, S. 333 f.).

Bildung in der Freizeit: Freie Zeit ist eine elementare Voraussetzung für Lernen, Bildung und persönliche Entwicklung. Zeitfenster (Nahrstedt et al. 1997) für die Teilnahme an Bildungsangeboten sind persönlich und gesellschaftlich wichtig. Ein Teil der beruflichen Weiterbildung, aber auch vielfältige Angebote der freizeitkulturellen und politischen Weiterbildung finden in diesem Rahmen statt. Die vorhandene Freizeit, viele Freizeittorte und Freizeitsituationen können für ein Lernen aktiviert und entwickelt werden, so die Grundidee. Die neueren Konzepte des informellen, selbstgesteuerten

Lernens setzen hier an. Freizeit als Lernzeit zu erschließen, ist auch unter den Bedingungen einer digitalisierten Gesellschaft ein zukunftsweisendes Programm, und die entsprechenden Strukturen und Angebote tragen zur Lebensqualität einer Region bei.

Bildung für die Freizeit: Auf der anderen Seite erschließt sich der Raum vielfältig individualisierter Freizeitmöglichkeiten heute oftmals nur durch ein Lernen für die Freizeit. Subjektiv befriedigende und ‚sinnvolle‘ Freizeitmuster müssen gelernt werden. Jede neue Freizeitaktivität (z.B. Stand-up-paddling) zieht Einführungsveranstaltungen, Trainings, differenzierte Programme für Fortgeschrittene usw. nach sich, ist mit Lernen, Üben, Verfeinern und einer Annäherung an Standards verbunden. Erst dann erschließt sich dieser Freizeitraum. Ohne Bildung kein Erlebnis und kein Zugang zu bestimmten Freizeitbereichen (Segeln, Tauchen, Fliegen) (vgl. zur Übersicht Tab. 1). Bildung in der Freizeit kann darüber hinaus verwoben sein mit freiwilligem Engagement, kann auf eine Partizipation im Stadtteil und auf die unmittelbare Mitgestaltung von Lebensqualität zielen. Zugleich entwickeln sich vielfältige und selbstorganisierte Freizeitszenen, die das kulturelle Leben einer Stadt ausmachen.

Freizeitgemäße Bildung: Ein drittes Anspruchskriterium betrifft die freizeitgemäße Form der Bildung und bezieht sich auf methodische und didaktische Aspekte der Angebotsgestaltung. Wesentliche Aspekte wie Selbstbestimmung, Verständigung über Ziele, Inhalte und Zeiten des gemeinsamen Handelns, aber auch Offenheit und Veränderbarkeit von Freizeitsituationen müssen in integrierten Angeboten der Freizeitbildung (Edutainment) erhalten bleiben. Es geht gegenüber einer schulischen Didaktik um ein stärker handlungsorientiertes und emotionales Lernen mit allen Sinnen, um Spaß und Geselligkeit und um eine „Inszenierung von anregenden ‚Räumen‘, in denen sich Bildungserlebnisse ereignen können“ (Nahrstedt et al. 1994, S. 20). Freizeitgemäße Bildung, so die bildungspolitische Hoffnung, soll auch Interesse wecken, Bildungsbarrieren abbauen helfen und individuelle Bildungswege eröffnen.

Freizeit als Lernzeit kann dabei in ganz unterschiedlichen Formen realisiert werden. Dies zeigt die Überblickstabelle aus dem Handbuch „Informelles Lernen“ (vgl. Brinkmann/Freericks 2016, S. 150). Lernen in der Freizeit und für die Freizeit umfasst ein weites Spektrum an unterschiedlichen Ansätzen und reicht von formalisierten Bildungsabschlüssen (z.B. Trainerlizenz) über

Ansätze des nonformalen aber strukturierten Lernens (z.B. Skikurs) bis hin zum selbstgesteuerten Lernen in bestimmten Szenen und einem eher beiläufigen Lernen in einem Museum oder einer Themenwelt. Lernen, und damit auch Bildung, erscheinen heute entgrenzt und durchziehen viele Bereiche der Lebenswelt.

Typ	Formales Lernen	Non-formales Lernen	Selbstgesteuertes informelles Lernen	Beiläufiges informelles Lernen	Sozialisation
Beispiele aus der Freizeitpraxis	Trainerlizenz Fluglizenz Jugendleitercard Kletteranleiterschein	Kulturelle Bildung Skikurs Tanzkurs Yoga-schule	Skaterbahn Rockband Künstlertreff Ehrenamt	Themenwelt Museum Science-Event	Freizeit-Szene Freundesgruppe Internetforum Reise-gruppe
Abgrenzungskriterium	Gesellschaftlich sanktionierter Wissenserwerb	organisiertes Lernen	erfahrungsorientierte Aneignung	erlebnisorientierte Aneignung	lebensweltbezogene Integration
Typischer Zielaspekt	sich und andere nicht gefährden	effizienter Kompetenzerwerb	Reflexion über Ziele und Zielerreichung	emotional basierte Anregung	Resonanz im Wandlungsprozess
Subjektive Wahrnehmung	Statusveränderung	Kompetenzgewinn	Persönlichkeitsentwicklung	unterhalt-same Anregung	Orientierungsfähigkeit emotionale Akzeptanz

Tabelle 1: Differenzierung von Lernkonzepten mit Bezug zur Freizeitpraxis (Quelle: Brinkmann/Freericks 2016, S. 150)

Lebenslanges Lernen ist ein wesentliches Momentum dynamischer postmoderner Gesellschaften und gilt als eine Antwort auf die Zumutungen der permanenten Umbrüche im beruflichen Sektor und auch im alltäglichen Leben durch technologischen und gesellschaftlichen Wandel (Megatrends). Schule und Berufsausbildung können nicht mehr vollständig auf eine noch unbekanntere Zukunft vorbereiten und stoßen angesichts der gesellschaftlichen Dynamik an ihre Grenzen. Lernen im Lebensvollzug (Dohmen 2001)

wird daher wichtiger und ist konzeptionell stärker in Bildungskonzepte einzubeziehen. Eine Vielfalt an Lernformen ist interessant, um Zugangsbarrieren zu senken. Neue erlebnisorientierte Lernorte in der Freizeit erhalten ein größeres Gewicht (vgl. Nahrstedt et al. 2002).

2. Struktureller Bildungsbegriff als Bezugspunkt

Was ist dann Bildung in diesem Kontext? Zurückgegriffen werden kann in diesem Zusammenhang auf einen „strukturellen Bildungsbegriff“, wie er beispielsweise von Norbert Meder diskutiert und entwickelt wurde (vgl. Meder 2007). Gezeichnet wird dabei ein weiter Rahmen für vielfältige Erfahrungen mit einer anregenden Umwelt. Als inhaltliche Zielperspektive kommt ein „entwickeltes Weltverhältnis“ zum Tragen. In Anlehnung an Luhmann definiert er Bildung als ein dreifaches Verhältnis:

- „1. des Einzelnen zu den Sachen und Sachverhalten in der Welt
2. des Einzelnen zu dem oder den anderen in der Gemeinschaft (in dem Sozialen)
3. des Einzelnen zu sich selbst in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (in der Zeit)“ (Meder 2007, S. 120).

Eingebettet ist dieses Verständnis in den Kontext von Gemeinschaften, die mit ihren kulturellen Mustern, Werten und Möglichkeiten, das Weltverhältnis des Einzelnen mitformen. „Das Verhältnis einer Gemeinschaft von Einzelnen zu den Sachen und Sachverhalten der Welt, zu den anderen in der Gemeinschaft und damit auch zu den Fremden sowie zu sich selbst als Gemeinschaft heißt Kultur. Das Bildungsverhältnis kann sich nur im Rahmen von Kultur entwickeln. Bildung und Kultur sind korrelativ“ (ebd., S. 123).

In einem ersten Zugriff könnte ein struktureller Bildungsbegriff als grundlegend für die Bestimmung der Relationen von Freizeit, Bildung und Lebensqualität angenommen werden. Lebensqualität bestimmt sich als Verhältnis des Individuums zur jeweiligen Gemeinschaft und den Sachverhalten der Lebenswelt. Sie ist nicht allein objektiv bestimmbar, sondern auch als wertende Wahrnehmung. Freizeit ist zweitens ein wesentlicher (Zeit-)Sektor der Gesellschaft, in dem sich ein Verhältnis zu den Sachen und zur Gemeinschaft herausbildet. Berufstätigkeit und Bildungszeit verlieren in einer entwickelten Erlebnisgesellschaft trotz der nach wie vor gegebenen Bedeutung von Ressourcen an Orientierungskraft für die Subjekte. Ein gutes Leben zu leben,

erscheint viel weitgreifender in seinen normativen Ansprüchen, schließt Konsum, Lebensgemeinschaften, neue Erfahrungen und Begegnungen bis ins hohe Lebensalter ein (vgl. Vahsen 2015, S. 41 f.).

Auch die Formen des Lernens befinden sich im Wandel: Die Bedeutung des Selbstlernens und des selber Entwickelns eines „3-fach-Verhältnisses“ von Bildung wächst. Während ein struktureller Bildungsbegriff offenbar eher das kontingente Ergebnis der Verhältnisse umreißt, bleibt der Lernbegriff auf den Prozess der Gewinnung und Veränderung fokussiert. Eine modernisierte Version des Lernbegriffs in Anlehnung an eine frühere Bestimmung von Skowronek (1972) lautet daher:

„Lernen ist der Prozess eines Einzelnen, durch den das 3-fache Bildungsverhältnis aufgrund von Interaktionen mit der Umwelt oder Reaktionen auf eine Situation im Modus der Aneignung, d.h. im Modus einer Beziehung auf sich, relativ dauerhaft neu entsteht oder verändert wird, wobei deterministische Entwicklung auszuschließen ist. Deterministische Entwicklungen sind Änderungen, die durch angeborene Reaktionsweisen, Reifungsvorgänge oder vorübergehende Zustände des Organismus (Ermüdung, Rausch oder ähnliches) bedingt sind“ (Meder 2007, S. 131).

Zentral für dieses Verhältnis ist die Möglichkeit des „Erfahrung-machens“. Der Einzelne, aber auch die Sachverhalte und die Anderen in der Gemeinschaft verändern sich in einem wechselseitigen Prozess, der zu neuen „Deutungen“ führt und in Mustern, Bildern und Symbolen festgehalten wird. Ein Kulturraum als Gesamtheit der symbolischen Repräsentationen entsteht, quasi als objektiver Teil des Wechselverhältnisses (vgl. ebd. S. 134).

Im Umkehrschluss ließe sich über die Lebensqualität einer Stadt oder Region sagen: Ohne einen Anregungsraum (objektive Kultur) wäre eine subjektive Kultur nur eingeschränkt zu entwickeln. Erfahrungsmöglichkeiten sind wichtig, also ein erlebnisreiches Umfeld mit Anregungen für eine Veränderung des 3-fachen Verhältnisses von Bildung durch vielfältige Lernmöglichkeiten und die Förderung von Lernprozessen. Hierbei ist die Besonderheit des außerschulischen Bildungsraums hervorzuheben: Lernen in der Freizeit als unmittelbares Erfahrungslernen, nicht nur vermittelt über symbolische Repräsentationen (wie häufig im schulischen Sektor). Wichtig werden in diesem Sinne ein anregungsreiches Lernumfeld, Begegnung mit anderen Menschen sowie ein sinnlicher Kontakt zu den Dingen und Sachverhalten der eigenen Lebenswelt.

3. Resonanz als wertorientiertes Bildungsziel?

Während der strukturelle Bildungsbegriff inhaltlich wenig gefüllt erscheint, vermittelt die soziologische Diskussion mit dem Kernbegriff „Resonanz“ (Rosa 2016) offenbar einen gewissen, wertorientierten Halt und stellt sich der Frage: Wie soll denn ein gelungenes Leben aussehen? Und was ist „Lebenskunst“? Die Stärkung von Weltbeziehungen erscheint dabei als eine gewisse Gegenkraft zu einer hyperdynamischen Moderne mit ihrer Beschleunigung und Entfremdung. Eine wertorientierte Entwicklung von Lebensstilen und Konsummustern arbeitet zudem den globalen Krisen entgegen und schafft neue, nachhaltige Perspektiven in einer Postwachstums-gesellschaft.

Zugleich ist bei Harmut Rosa eine Kritik des Lebensqualitätsdiskurses zu lesen: Er sei zu ressourcenorientiert und an das System der Steigerungslogik angepasst (mehr von...). Dagegen setzt die soziologische Analyse von Rosa auf die „Qualität der Weltbeziehung“ (ebd., S. 19). Die stärkere subjektive Aneignung von Welt und die Erweiterung von Erfahrungsmöglichkeiten tragen die Idee einer „Soziologie der Weltbeziehung“. Das Leben gelingt, wenn wir es lieben. Dann entsteht ein „vibrierender Draht“ zwischen Subjekt und Welt, die Beziehung bleibt nicht „stumm“. Wichtig für das Gelingen sind aber „kontextuelle, strukturelle und/oder kulturelle Gründe“ (S. 26). Zwischen kurzen Momenten des Glücks im Flow und sich über einen längeren Prozess biografisch entfaltender Weltbeziehung ist zu unterscheiden. Das Umfeld ist wichtig, aber auch Möglichkeiten für eine aktive Auseinandersetzung, ebenso die Erfahrung der Selbstwirksamkeit und die damit verbundenen Erwartungen. Die Lebenswelt erscheint auch als eine Lernwelt, die für den Einzelnen einen enormen Fundus an Entfaltungsmöglichkeiten bereit hält – eben Chancen auf eine Resonanz.

Eine Übersetzung in passende Indikatoren für Lebensqualität erscheint nicht ganz einfach, gleichwohl wird von Harmut Rosa der Bezug zur Lebensqualität sehr stark gesehen. Resonanz ist eine wertorientierte Antwort auf die permanenten Beschleunigungstendenzen postmoderner Gesellschaften. Lernförderliche Strukturen sind hier implizit mitgedacht. Die Umsetzung in didaktische Arbeitsblätter ist daher nur konsequent (Resonanztheoretisch fundierte Pädagogik). Zu berücksichtigen sind dabei heute die Rahmenbedingungen in einer „entwickelten Erlebnisgesellschaft“. Das Ziel Resonanz ist zumindest teilweise abbildbar in einer darauf bezogenen Erlebnisökonomie.

4. Selbstgesteuertes Lernen im Kontext einer entwickelten Erlebnisökonomie

„Guide Transformations“ ist eine hoch entwickelte Variante der erlebnisorientierten Dienstleistungsangebote in der postmodernen Gesellschaft. In ihrem ökonomischen Modell der „Experience Economy“ setzen Pine und Gilmore (1999) die Diagnose und Begleitung von Veränderungsprozessen, also Bildung im weitesten Sinne, an die Spitze ihres konzeptionellen Modells der ökonomischen Wertschöpfungsebenen. Es geht dabei offenbar darum, Menschen in den von ihnen selbst angestrebten und verfolgten Wandlungsprozessen zu begleiten. Erlebnisse in inszenierten Erfahrungswelten erhalten in diesem Kontext noch eine andere als eine rein unterhaltende Bedeutung, und sogenannte „Transformation Elicitors“ treten auf den Plan – quasi als persönliche Beraterin oder Coach. Zugleich spielen aber die gestalteten Erlebnisräume eine nach wie vor sehr wichtige Rolle für die angestrebten Effekte.

„Entertainment experiences can alter our view of the world, while educational experiences can make us rethink how we fit into that world. Escapist experiences can boost our personal capabilities and characteristics to new levels, while esthetic experiences can imbue a sense of wonder, beauty, and appreciation. But again the most engaging life-transforming experiences will center around the sweet spot, composed of multiple elements from all four realms – no matter the ultimate aim of the transformation – for it is in the sweet spot that an experience best engages us and focuses our attention on its transforming nature“ (Pine/Gilmore 1999, S. 180).

Es geht offenbar darum, Menschen zu begleiten und passende Produkte für „Transformations“ anzubieten. Nicht nur flüchtiges Erlebnis, sondern auch Veränderung steht im Mittelpunkt: die Subjekte selbst in ihren Beziehungen zu den Dingen und zu anderen Menschen (Gemeinschaft). Dabei geht es nicht primär um staatliche Strukturen, sondern um gewerbliche Angebote und Erlebnisprodukte. Guide Transformations ist ein wachsender Markt, so die Botschaft der Betriebswirtschaftler Pine und Gilmore.

The Economic Pyramid

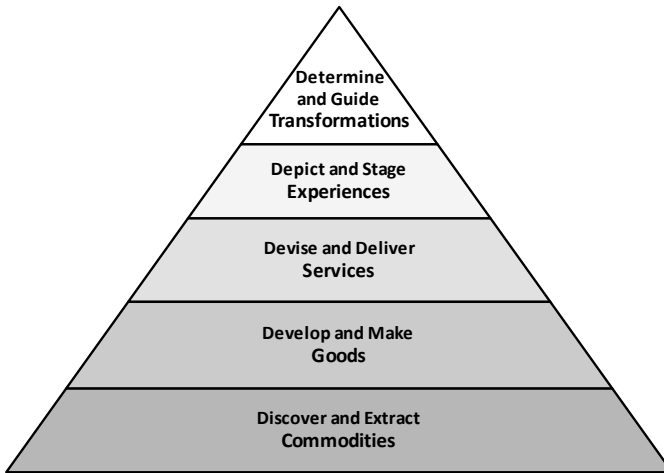


Abbildung 1: Ebenen der Wertschöpfung nach Pine/Gilmore (1999, S. 177)

Ebenfalls eine Brücke zu vielfältigen Lernansätzen und Lernstrukturen außerhalb des öffentlichen Bildungswesens schlägt der Ansatz des „free-choice learning“ wie er in den USA von Lynn Dierking und John H. Falk (2005) entwickelt und beschrieben wurde. Am Beispiel der Wissenschaftskommunikation und der technologisch ausgerichteten Allgemeinbildung erläutert Dierking das große Potenzial des Ansatzes für das Lebenslange Lernen. „There is a quiet revolution going on in education worldwide. Societies are rapidly becoming nations of lifelong learners supported by a vast infrastructure of learning organizations. However, the centers of this learning revolution are not the traditional educational establishment of schools and universities, but rather a vast network of organizations and media (museums, libraries, television, film, books, and increasingly the internet) which support the public’s ever-growing demand for free-choice learning – learning guided by a person’s needs and interests (Dierking 2005, S. 146).

Die Perspektive ist ein breites Netzwerk an lernförderlichen Strukturen und Lernanregungen zur Unterstützung des selbstgesteuerten Lernens vieler. „Lessons without limit“ ist die optimistisch vorgetragene Metapher für eine

Entgrenzung des Lernens und die Steuerung von Lernzielen, Lerninhalten und Lernwegen durch die Lerner selbst. Eine Grundbildung an Schulen und Hochschulen wird damit nicht überflüssig, aber sie wird weitergeführt und ergänzt durch ein neues Feld des selbstgesteuerten und eher informellen Lernens in der Freizeit. Gerade in einer Zeit dynamischer Umbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft erscheint diese Art des Lernens als notwendige Antwort auf die neuen Herausforderungen. „The free-choice learning sector is where we can tap into a vast array of resources, where we are provided an opportunity to explore the thousands of topics, whether shallowly or deeply, occasionally or frequently, that lead us to understand ourselves, our families, our society, and our world a little bit better“ (ebd., S. 148).

Ein entwickeltes Netzwerk in diesem Sinne könnte als Grundlage für die Lebensqualität einer Stadt oder Region angesehen werden. Gibt es unterstützende und kooperierende Strukturen für ein selbstgesteuertes lebenslanges Lernen? Gibt es angepasste Konzepte für eine Lernförderung und werden mögliche Barrieren für einen Zugang gering gehalten oder abgebaut?

Die Bedeutung einer sich ändernden Rolle von Institutionen im Zusammenspiel mit neuen Besuchererwartungen untersucht John H. Falk in seiner Studie „Identity and the Museum Visitor Experience“. Museen scheinen besonders von einem allgemeinen postmodernen Trend zur Freizeitbildung zu profitieren. „Self-enrichment“ and „self-actualization“ werden gesucht, und Museen können, wenn sie ihr Angebot zugleich auf die Bedürfnisse nach Anregung und Unterhaltung ausrichten, von diesem Trend profitieren, ...“museums are well-positioned to benefit from the post-industrial societal trend towards more meaningful, learning-oriented leisure“ (Falk 2009, S. 45).

Unterschiedliche Typen von Nutzer-Interessen und Profile der Besucher bilden sich dabei heraus: „Explorer“, „Facilitator“, „Experience Seeker“, „Professional/Hobbyist“ und „Recharger“ (vgl. ebd., S. 158). Falk differenziert diese Nutzertypen anhand ihrer unterschiedlichen identitätsorientierten Motivation. Besuchsverläufe und Besuchswahrnehmung erscheinen gänzlich verschieden, je nach grundlegender Motivstruktur. Auf unterschiedliche Motive eingehen zu können, wird zu einem qualitativen Faktor von komplexen musealen Angeboten. Das Netzwerk für selbstgesteuerte Erfahrungen im Freizeitbereich würde sich so noch weiter verfeinern lassen. Le-

Lebensqualität ist ein komplexes Angebot an Freizeitbildung, kein eindimensionales Schulungsprogramm.

5. Raumbezogene Modelle für (Freizeit-)Bildung

Der hier diskutierte Qualitätsbegriff scheint bereits in früheren raumbezogenen Bildungsprojekten und den in diesem Zusammenhang entwickelten Konzepten auf: „Lernen im sozialen Umfeld“ und „Lernende Region“.

Lernende Region: Unter dem Gesichtspunkt einer abgestimmten Weiterbildungslandschaft und der kooperativen Partnerschaft verschiedener Institutionen gab es Ende der 1990er Jahre erste Modernisierungsprojekte für die vorwiegend beruflich orientierte Weiterbildung. Mit dem Aktionsprogramm „Lebensbegleitendes Lernen für alle“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gab es dann ab dem Jahr 2000 auch eine institutionelle Förderung für die Bildung von regionalen Weiterbildungsverbänden. Im Rahmen des Förderschwerpunkts „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ wurden insgesamt 73 Lern-Netzwerke in Deutschland ins Leben gerufen (vgl. Böttcher 2008). Eine Begleitforschung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung gibt Einblick in die Wirkungen des Programms sowie Erfolgsfaktoren und Hindernisse (vgl. Nuissl et al. 2006).

Die lernende Region erscheint dabei als eine für Transformationen offene und die persönliche Weiterbildung und Weiterentwicklung stützende Struktur. Öffentliche und private Träger, Unternehmen und Beratungseinrichtungen stehen dabei in einem engen Austausch und bilden damit eine Grundlage für eine regional angepasste Lerngesellschaft, die offen ist für Innovationen und neue berufliche Wege. Lebensqualität drückt sich hier in einer Lernfreundlichkeit und Vielfältigkeit der Bildungsstrukturen aus (vgl. Böttcher 2008, S. 16). Die wichtigsten Leitgedanken waren:

- „die Förderung der Motivation und die Befähigung zum selbstständigen Lernen sowie die Erhöhung der Bildungsbeteiligung,
- der Abbau von Chancenungleichheiten, d.h. neue Bildungs- und Beratungsangebote für bisher benachteiligte bzw. bildungsferne Zielgruppen,
- Kooperationen zur Verbindung der Bildungsangebote und –nachfrage sowie zur Verzahnung der Bildungsbereiche untereinander im Interesse einer stärkeren Nutzerorientierung,
- neue Formen der Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Bezug auf ein eigenes ‚Bildungsprofiling‘ und die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften“ (ebd., S. 16 f.).

Besonders hervorzuheben unter dem Gesichtspunkt des „informellen Lernens“ ist die Einrichtung von „Lernzentren“ (in 13 Netzwerken). Hier wurden eine hochwertige und zeitgemäße IT-Infrastruktur mit (Selbst-)Lernmaterialien und eine Lernberatung angeboten. Neue Lernwege und Lernorte sowie andere Lehr- und Lernarrangements sollten so erschlossen werden. In Zusammenarbeit mit örtlichen Bildungsträgern und sozialen Einrichtungen wurden außerdem lebensweltnahe Anlaufpunkte für besondere Zielgruppen (Migranten, benachteiligte Jugendliche) geschaffen. Nicht zuletzt ging es in dem Rahmen des Programms „lernende Region“ auch um eine Anerkennung informell erworbener Kompetenzen und eine Optimierung von Übergängen zwischen den verschiedenen Bildungssystemen.

Die Region als Bildungsraum zu verstehen, eröffnet vielfältige Potenziale und bezieht sich auch auf die „Verknüpfung von Bildung, Kultur und Arbeit“, und „Lernmöglichkeiten informeller Art“ werden gestärkt sowie vorhandene Erfahrungspotenziale gemeinsam genutzt. Insofern werden wesentliche Aspekte der Lebensqualität angesprochen. Die Bilanz fällt auch Jahre nach dem Ende der Förderperiode „Lernende Region“ positiv aus. Vernetzten Organisationen und sozialen Netzwerken wird ein hohes Potenzial für gemeinsame Problemlösungen bescheinigt. „Lern- und Bildungsnetzwerke reagieren auf die räumlichen Ausgangsbedingungen und stärken somit den Zusammenhang zwischen Raum und Bildung, zwischen räumlicher Struktur und lernender Struktur (Lernen in der Region, Lernende Region)“ (Tippelt 2009, S. 578). Die Freizeit als Lern- und Bildungszeit, aber auch die freizeitgemäße (Weiter-)bildung erscheint hierin eingeschlossen (Lernstützpunkte mit neuen Lernformen).

Lernen im sozialen Umfeld: Ein zweiter Ansatz schließt an die wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche im Anschluss an die Wiedervereinigung in den 1990er Jahren an. Im Zuge des Umbruchs in den neuen Bundesländern wurde der Begriff „Lernkultur“ mit Blick auf eine individuelle Kompetenzentwicklung theoretisch und praktisch entwickelt. Eine vielfältige Lernkultur, auch unter Einschluss des Freizeitsektors, erhöht, so die implizite Vorstellung, die Resilienz von Gemeinschaften, macht sie stark für eine Bewältigung von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen umfassender Art (Deindustrialisierung in einem enormen Ausmaß in Ostdeutschland, Entwertung von bisherigen Kompetenzen und Alltagsmustern). Lernen im sozialen Umfeld lässt zudem überschießende Effekte und einen möglichen Transfer auf andere Tätigkeitsfelder vermuten. Daraus speist sich ein guter Teil der utopischen

Hoffnungen dieses von der „Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Weiterbildungsforschung e.V. (ABWF)“ verfolgten und dokumentierten Ansatzes (vgl. Kirchhöfer 2004). Arbeit und Lernen scheinen dabei zu verschmelzen. Vieles, was heute den „Schlüsselkompetenzen“ zugerechnet wird, könnte jedoch durchaus auch in der Freizeit, eben im sozialen Umfeld, erworben worden sein. „Neue Institutionalformen (Lernorte)“ im Freizeitsektor wurden im Rahmen eines Projektes des Instituts für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit im Auftrag der ABWF beschrieben. Die Ergebnisse der Interviewstudie zeigen: „Über das Wohnumfeld als bisher anerkanntem Lernort des sozialen Umfeldes hinaus, können nun auch Informations- und Medienzentren, Erlebniswelten und Reisen in die Typologisierung der neuen Institutionalformen (Lernorte) aufgenommen werden“ (Nahrstedt/Theile/Diedrichsen 2003, S. 3). Die neuen Lernorte verdienen Anerkennung in einer pluralisierten und entgrenzten Lernlandschaft des lebenslangen Lernens, und es entsteht ein fruchtbares Wechselverhältnis: „Freizeit und Beruf gehen ein wechselseitiges Verhältnis ein: sie können optimierend, kompensierend sowie innovativ aufeinander wirken, weiterhin bieten beide Räume Lebenssinn an“ (ebd., S. 5).

Möglicherweise wird dieses sozial-räumlich ausgerichtete Konzept noch einmal wichtig für die Bewältigung des radikalen Wandels zu einer digitalisierten Dienstleistungsgesellschaft, der sich in seinem Umfang und in den Konsequenzen erst langsam richtig erschließt (z.B. Arbeitsplatzverlust durch Roboter und künstliche Intelligenz, aber auch Umbau von Logistikleistungen, digitale Steuerung von Produktionsprozessen, neue Serviceleistungen im Gesundheitsbereich, breiter Einsatz von VR- und AR-Technologie zur Visualisierung und Simulierung von Datenräumen sowie die Veränderung von Verkehrssystemen und Mobilität). Das Wissenschaftsjahr 2018 „Arbeitswelten der Zukunft“ thematisiert diese Umbrüche in vielfältiger Weise (beispielsweise durch eine schwimmende Ausstellung auf der MS-Wissenschaft). Für die Lebensqualität einer Region stellt sich dabei die Frage: Ist die Region vorbereitet auf einen radikalen Wandel der Lebensverhältnisse? Gibt es Konzepte für den Umgang mit den gleichzeitig auftretenden großen gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Digitalisierung, demografischer Wandel oder Migration)? Werden individuelle und gesellschaftliche Lernbedarfe aufeinander bezogen? Und können die Potenziale eines „Lernens im sozialen Umfeld“ sinnvoll eingebunden werden?

6. Thesen zur Veränderung des Verhältnisses von Erlebnis und Lernen

Im Freizeitsektor sind seit den 1990er Jahren neue institutionelle Rahmungen für den Überschneidungsbereich von Bildung und Unterhaltung und das informelle Lernen entstanden (vgl. Nahrstedt et al. 2002). Sie können als „erlebnisorientierte Lernorte“ gefasst und beschrieben werden. Schaut man genauer auf diesen neuen Typ von Bildungseinrichtungen, stellt sich die Frage: Wie verändern sich heute didaktische Konzepte und Rahmenbedingungen für ein erlebnisorientiertes Lernen außerhalb von Schule und Beruf? Und welche Bezüge lassen sich zu einer Entwicklung der Lebensqualität erkennen? Hierzu sollen im folgenden Abschnitt Erfahrungen aus verschiedenen Praxisforschungsprojekten aufgerufen werden. Die Einschätzungen sind dabei zu acht Thesen verdichtet.

These 1: Es entwickelt sich eine neue Infrastruktur für das lebenslange Lernen in der Wissensgesellschaft. Lebenslanges Lernen findet heute zunehmend außerhalb von schulischen Strukturen statt, und es gibt inzwischen eine unvergleichbar hohe Dichte an thematischen Lern-Erlebniswelten in Deutschland. Deutlich wird dies beispielsweise am Projekt „Pädagogische Landkarte“ des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, das eine Übersicht zu relevanten außerschulischen Lernorten für Nordrheinwestfalen ermöglichen soll (vgl. Abb. 2). Zunehmend werden Schulen, Kitas und andere Bildungseinrichtungen mit den Erlebniswelten vernetzt, und die Lern-Erlebniswelten weisen heute ein differenziertes Angebot im Sinne einer „erlebnisorientierten Didaktik“ auf (vgl. Freericks 2011). Über die Pädagogische Landkarte finden Schulen, Lehrer und erlebnisorientierte Lernorte zueinander, können Bildungspläne und Lernangebote von Museen, Naturschutzzentren, Geschichtsprojekte u.a.m. abgeglichen werden.

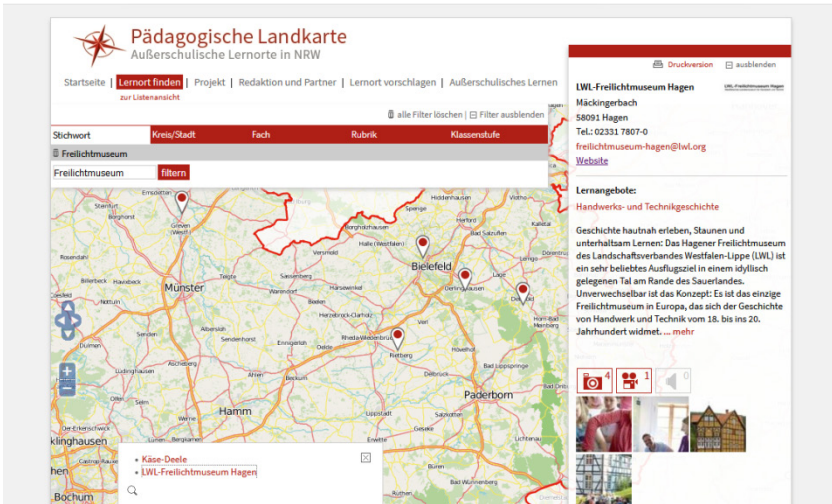


Abbildung 2: Landkarte der außerschulischen Lernorte für Nordrhein-Westfalen (Quelle: LWL)

These 2: Es etablieren sich hybride Formen aus Bildung und Unterhaltung. Bildung und Unterhaltung sind kein Widerspruch, sie können zu integrierten Angeboten verknüpft werden. Im Erlebnis und in der Atmosphäre eines Ortes treffen sich beide Ansprüche und eine erfahrungsbasierte Aneignung wird möglich. Neben den öffentlichen Bildungsstrukturen entsteht eine „experience economy“ mit attraktiven, marktförmigen Freizeitangeboten für das erlebnisorientierte Lernen. Das Bedürfnis nach selbstgesteuerten Transformationsprozessen von Individuen und Gemeinschaften findet seinen Widerhall auch in entsprechenden Angeboten der Beratungs- und Wellnessbranche.

These 3: Es entwickelt sich ein neues Verständnis von Kindheit. In einer Gesellschaft, die ihre Kinder plötzlich wieder als wertvoll entdeckt hat, verändert sich die Sichtweise auf die Kleinen. Insofern wenden sich viele erlebnisorientierte Lernorte sehr erfolgreich an Kinder und Familien: Kinder werden heute schon im frühen Lebensalter als ungeheuer lernfähig und lernbegeistert gesehen. Sie werden von den Erwachsenen bisweilen auch unterschätzt und nicht ausreichend gefördert. Kinder erschließen sich die Welt in einer Art von Natur- und Sozialerkundung, so eine der neueren Deutungen kindli-

chen Verhaltens (vgl. Elschenbroich 2005). Lernförderliche Strukturen, die die Lernlust von Kindern anregen, sind zu entwickeln.

These 4: Die Bedeutung des informellen Lernens steigt. Informelle Lernformen erhalten angesichts der anhaltenden Krise des Bildungssystems, einer beschleunigten Moderne und neuer globaler Problemlagen ein wachsendes Gewicht. Damit verbunden sind individuelle Lernwege und die selbstgesteuerte Wahl von Lernzielen und Lerninhalten. Die Wissensgesellschaft stellt dabei neue Anforderungen an die Alltagskompetenz ihrer Akteure: sich selbst neues Wissen erschließen und zu bewerten. Wichtig werden unterstützende Strukturen in den erlebnisorientierten Lernorten im Sinne von Lernstützpunkten oder einer Lernbegleitung. Die Fülle der Lernmöglichkeiten nötigt zu einer (wertorientierten) Entscheidung: Wer bzw. was wollen wir sein?

These 5: Wichtig für die Entwicklung erlebnisorientierter Lernorte wird eine pädagogische Szenografie. Es geht dabei um die Anregungen und Bildung innerer Ordnungsmuster und Landkarten. Dabei hilft auch eine Anknüpfung an vertraute Erzählmuster (Literatur, Film, Spiele). Individuelle Wirklichkeitskonstruktionen in diesem Sinne werden über eine universelle Erlebnisgrammatik vermittelt, und zunehmend erscheint eine Anspielung auf Erfahrungen mit Erlebniswelten, touristischen Szenarien und Medien möglich (Media Literacy). Hinzu kommt eine (pädagogische) Planung von Spannungsverläufen und die Beeinflussung des subjektiven Zeitempfindens im Sinne einer pädagogischen Dramaturgie in einer Abfolge von Räumen (vgl. Mikunda 2005). Das Labyrinth erscheint als ein Grundmuster für wunderbare und gern angenommene Spielplätze (vgl. Brinkmann 2018).

These 6: Erlebniswelten werden zu zentralen außerschulischen Lernorten mit einem eigenständigen didaktischen Fundus. Schulen und Kitas sind heute zentrale Partner für Erlebniswelten und natürlich wichtige „Kunden“. Erkennbar ist ein Transfer von bekannten didaktischen Modellen in kontextangemessene Lernformen: Show, Workshop, Mitmach-Aktionen. Daneben gibt es eine Entwicklung eigenständiger Lernformen auf der Basis des Arrangements (Themenwelten), der selbstgesteuerten Erschließung und der Begleitung durch Lernhelfer (Scouts). Schließlich wird die Entwicklung komplexer, ganzheitlicher Modelle für erlebnisorientiertes Lernen mit funktionalen, didaktischen und inspirierenden Aspekten vorangetrieben (vgl. Freericks/Brinkmann/Wulf 2016).

These 7: Eine personale Vermittlung und die aktive Beteiligung der Besucher sind zentrale Elemente für den Erfolg von erlebnisorientierten Lernorten. Selbst etwas ausprobieren und erkunden, eigene Erfahrungen sammeln und selbstorganisiert eigene Lernziele verfolgen, macht die Faszination vieler Erlebniswelten aus. Hinzu kommt der persönliche Bezug zu „Lernhelfern“. Er stützt eine intensive Auseinandersetzung mit einem Thema, ermutigt Besucher, Ungewöhnliches auszuprobieren. Lotsen, Scouts, Edutainer oder Cicerones sind daher interessante zunehmend wichtiger werdende pädagogische Positionen in Erlebniswelten. Nicht Vermittlung, sondern Begegnung ist das Programm.

These 8: Im Kontext der voranschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft eröffnen sich für erlebnisorientierte Lernorte neue Perspektiven für die Gestaltung von (Lern-)Szenarien und die Entwicklung kommunikativer Parallelwelten (s. Abb. 3). Erkennbar ist ein Prozess der Diffusion von technologischen Innovationen mit einer diesem Prozess innewohnenden Logik (vgl. Rogers 1962).

Entwicklungsszenario zur Digitalisierung von Erlebniswelten

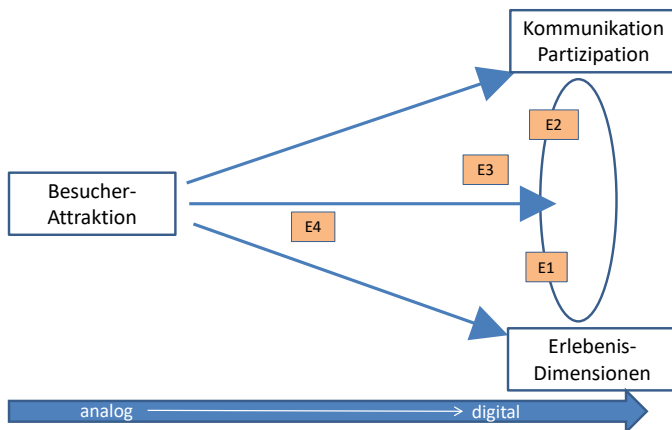


Abbildung 3: Entwicklungsszenario zur Digitalisierung (Quelle: Freericks/Brinkmann/Theile 2018b)

Zu vermuten sind verschiedene Schwerpunkte oder Profile:

- E1: Entwicklung digital optimierter Erlebnisszenarien (z.B. mit VR- und AR-Technologie)
- E2: Erschließung neuer kommunikativer Kanäle im Internet und Gestaltung medialer Parallelwelten (Social-Media, Video, Online-Lernmodule usw.).
- E3: Mischtyp mit vielfältigen Optionen
- E4: stark analoges Szenario als Kontrastwelt zum digitalisierten Alltag (Park der Sinne).

Genauer untersucht wurde dies am Beispiel der Museen und Ausstellungshäuser in Deutschland (vgl. Freericks/Brinkmann/Theile 2018a). Die „Mauern der Institutionen“ werden durchlässiger. Vorhandene Datenbanken werden für das breite Publikum geöffnet, neue Partizipationsmöglichkeiten können über digitale Schnittstellen und interaktive Formate erschlossen werden. Und die Ausstellungsszenarien erfahren eine Emotionalisierung und verlocken noch viel stärker als bisher zu einem Eintauchen in faszinierende (Lern-)Welten.

7. Bezüge zur Diskussion um Lebensqualität

Das Feld des außerschulischen Lernens und der Freizeitbildung im weiteren Sinne entwickelt sich dynamisch, wird durch gesellschaftliche Herausforderungen mit geprägt, bleibt aber dominant publikumsorientiert in den Angebotsstrukturen und eröffnet ein weites Spektrum individueller Aneignungsmöglichkeiten und Resonanzbeziehungen.

Als Indikator für die Lebensqualität einer Stadt oder einer Region erscheint die Vielfalt der Bildungsangebote und der Lernformen bedeutsam. Ebenso könnte eine zumindest teilweise Ausrichtung an gesellschaftlichen Umbruchprozessen herangezogen werden (z.B. zum Themenkomplex „Bildung für nachhaltige Entwicklung“). Zu würdigen ist zudem der Abbau von Zugangsbarrieren und die Involvierung breiter Bevölkerungsgruppen im Sinne der Mitgestaltung eines Lernens im sozialen Umfeld. Schließlich ließe sich auch einbeziehen, ob über neue Technologien und Medienkanäle die Chan-

cen der Digitalisierung im Sinne von neuen Zugängen, Partizipation und Emotionalisierung genutzt werden oder nicht.

Umsetzung in einzelne Indikatoren: (informelles) Lernen in der Region

Eine Umsetzung der Kategorie „informelles Lernen“ in einzelne messbare Indikatoren und zugeordnete Schwellenwerte erscheint keinesfalls als triviale Aufgabe. Denkbar wären folgende Aspekte:

- Weiterbildungsmöglichkeiten generell (Kursangebote, Teilnehmerzahlen, Weiterbildungsquote) (z.B. Volkshochschule, kirchliche Träger, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften)
- Angebote der (informellen) Gesundheitsbildung (Schwimmbäder, Saunalandschaft, Fitnesscenter)
- Angebote der musisch-kulturellen Bildung (Musikschule, Jugendkunstschule, kulturpädagogische Projekte)
- Netzwerke der Weiterbildung (Entwicklung, Stand)
- Wissenswelten und ihre Programme (Museum, Science Center, Zoo, Wissenschaftskommunikation)
- Weitere erlebnisorientierte Lernorte (Themenwelt, Ausstellungshaus, Spielewelt, kommunales Kino)
- Medienzentren und Bibliotheken (Lab Spaces, mediales Selbstlernzentrum, Stadt- und Landesbibliotheken, zugängliche Archive)
- Beratungseinrichtungen (insbesondere Lernberatung)
- Bürgerhäuser und soziokulturelle Zentren (auch Stadtteiltreff, Kulturladen, Begegnungszentrum, Mehrgenerationenhaus)
- Angebote und Treffpunkte der Jugendarbeit

Die Liste ist sicherlich nicht vollständig und blendet die Lernmöglichkeiten außerhalb des eigenen Wohnumfeldes und der Region weitgehend aus. Der weitere Bereich der Ausflüge, Tagesreisen oder Studien- und Urlaubsreisen kann hier noch nicht mit erfasst werden, spielt aber für die Bereicherung des eigenen Alltags durch „Auszeiten“ eine bedeutende Rolle. Statistisch abbildbar erscheinen jeweils die Anzahl der Einrichtungen und der Umfang der Programme. Sofern erfasst, könnten darüber hinaus auch die Besucherzahlen bzw. Besucherquoten in Relation zur Bevölkerung herangezogen wer-

den. Schwieriger ist die Einschätzung der Qualität von lernförderlichen Strukturen, etwa im Sinne freizeitgemäßer und attraktiver Bildungsangebote. Eine ebenfalls bedeutsame subjektive Wertschätzung aus der Sicht der Bevölkerung stellt die Messung von Lebensqualität im Freizeitsektor gleichermaßen vor große Herausforderungen. Aus dem Kulturbereich ist bekannt: Die Teilnahmequote an klassischen Kulturangeboten ist vergleichsweise niedrig, gleichwohl genießt ein vielfältiges kulturelles Leben in einer Stadt eine hohe Wertschätzung.

Insgesamt gilt es das Set der Indikatoren bezogen auf die Freizeitqualität einer Region zu erweitern, nicht nur die Sonnenstunden zählen, sondern die lernförderlichen Strukturen einzubeziehen und damit die Chancen für ein selbstgesteuertes und in weiten Teilen informelles Lernen in adäquater Weise abzubilden. In einem solchermaßen erweiterten Setting, so ist zu vermuten, würde der „Norden“ nicht unbedingt schlechter als der Süden Deutschlands dastehen.

8. Fazit

Was ist Lebensqualität in einer entwickelten digitalisierten Erlebnisgesellschaft? Ist es wichtig an allen Orten und zu allen Zeiten Zugang zu einer virtuellen Datenumgebung zu haben? Und was wollen die Menschen dann in diesem Datenraum tun? Etwas lernen, sich vergnügen, etwas mit anderen teilen oder etwas bewegen? Geht es um eine digitale Assistenz für Freizeitunternehmungen (Orientierung, Basisinformationen, Zugang und Kosten)? Oder spielt die virtuelle Ergänzung und Optimierung der Realität eine zu relativierende Rolle für das Freizeiterleben und die Weiterentwicklung von Erlebnisszenarien? Denkbar ist: Lebensqualität bleibt doch noch stärker gebunden an die entwickelten Begriffe eines unmittelbaren Weltbezugs, der Begegnung mit Menschen, der Aneignung neuer Sachverhalte und der Gewinnung von Identität in der tätigen Auseinandersetzung mit der Welt. Die Räume, in denen Lernen, Bildung und Erlebnis stattfinden sind jedenfalls im Umbruch und damit auch die Lebensqualität.

Heute schon erkennbar ist: In einer digitalisierten Dienstleistungsgesellschaft werden kreative Kompetenzen gefragt sein, nicht nur, aber auch um den eigenen Arbeitsbereich zu erhalten. Viele einfache Serviceleistungen, auch in der Freizeitwirtschaft können automatisiert werden. Immer intelli-

genter werdende Systeme übernehmen zunehmend nicht nur manuelle, sondern auch intellektuelle Leistungen. Angepasste individuelle und originelle Problemlösungen zu entwickeln, scheint jedoch heute noch den menschlichen Mitarbeitern vorbehalten zu sein. Lebenslanges Lernen im Sinne eines Trainings kreativer Potenziale und einer Freiheit des Denkens schützt so in gewisser Weise vor den Zumutungen eines digitalen Umbruchs. Dies gilt für Dienstleistungsunternehmen, aber auch für einzelne Beschäftigte und ihre Positionen gleichermaßen. Die Herausforderungen sind da und machen einen Rückzug schwer, schreiben die Trendforscher Wippermann und Krüger in ihrem „Werteindex 2018“.

„Die Welt erscheint uns dieser Tage als ungemütlicher Ort, sobald wir die Datenluken nach draußen öffnen. Was ebenso klar ist: Der Rückzug ist kein Ausweg. Wir entkommen der Konfrontation mit den anderen und dem Unbekannten nicht. Im Zeitalter der Globalisierung gibt es eine Notwendigkeit, miteinander zu leben und auszukommen. Herausforderungen wie der Klimawandel werden nur in Kooperation zu bewältigen sein. Auch die Frage danach, welche Rolle wir der künstlichen Intelligenz, Robotern und Technologien wie der Gesichtserkennung in unserer Gesellschaft einräumen wollen, rüttelt grundsätzlich an den Fundamenten unserer Existenz: Was ist uns wichtig? Wie viel Mensch ist notwendig, damit es menschlich bleibt? Und welche Chancen für den Menschen birgt die Effizienz der Maschinen?“ (Wippermann/Krüger 2018, S. 12).

Lebensqualität und ihre Entwicklung hat daher immer auch mit Werten zu tun, wie der „Werteindex 2018“ deutlich werden lässt. Intakte Natur, Gesundheit und Familie stehen an der Spitze der wertebezogenen Kommunikation in sozialen Netzwerken, die gleichsam als Spiegel für die Wertentwicklung in der Gesellschaft fungieren sollen (vgl. ebd.). Doch spannender noch erscheint der Wandel einzelner Wertekomplexe. Freiheit wird heute weniger politisch verstanden, sondern als eine Freiheit des „individuellen Lebensstils“ zum Ausdruck gebracht. Im Übergang zu einem „voll automatisierten Zeitalter“ gewinnen Freizeitwerte (frei haben, ungebunden sein und Gestaltungsfreiheit) offenbar an Bedeutung hinzu. Und ähnlich wie bei den Schlüsselkompetenzen schon diskutiert, könnte eine gelebte Kreativität einen Überschwang erzeugen, der ein ökonomisches Überleben in der Arbeitswelt mit sichern hilft. Dies bleibt jedenfalls zu hoffen.

Bezogen auf die Stadt als Kultur- und Erlebnisraum gewinnen damit möglicherweise wieder Konzepte an Bedeutung, die Anfang der 1970er Jahre

eine Wende in der deutschen Kulturpolitik begründeten. Ein „Bürgerrecht Kultur“ (Glaser) und eine Kulturpolitik als kulturelle Bildungspolitik, die großen Gruppen der Bevölkerung eine Teilhabe und individuelle Entwicklung ermöglichen sollte, erscheint heute bedeutsamer denn je, um eine reine Zurichtung der Subjekte auf einen digitalen Arbeitsmarkt der Zukunft zu umgehen (vgl. Fuchs 2015). Zugleich können kulturelle Events als Lernereignisse die Identitätsentwicklung und Transformation in Regionen stützen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Projekt „Kulturhauptstadt Europas“ im niederländischen Leeuwarden. „Iepen Mienskip“ (offene Gemeinschaft) ist das Motto der vielen Veranstaltungen in der Stadt und der gesamten Region Friesland. Durch herausragende Kunstprojekte die Vielfalt der Kultur vor Ort zum Ausdruck bringen, den Gemeinsinn stärken und viele Anregungen durch die Einbindung internationaler Künstler zu schaffen, macht das Konzept aus (vgl. Leeuwarden-Fryslân 2018, online).

Die Vernetzung der Bildungslandschaft und die Konzipierung eines lebenswerten urbanen Kulturraums mit vielen Lernanregungen, Möglichkeiten der Selbstentfaltung und der Stützung vielfältiger Resonanzbeziehungen erscheint dabei als notwendige Rahmenbedingung einer hyperdynamischen Moderne und als Perspektive für eine lebenswerte, nachhaltige Stadt. Notwendig wird im Umbruch zu einer digitalen Moderne offenbar eine die Kreativität fördernde und die Resonanz verstärkende Struktur. Informelles Lernen in vielen Varianten spielt dabei eine herausragende Rolle.

Literatur

- Böttcher, Petra (2008): Das Programm "Lernende Regionen - Förderung von Netzwerken". In: Klein, Birgit und Wohlfahrt, Ursula (Hrsg.): Die Lernenden Regionen in NRW. Ergebnisse und Impulse für die Bildungspraxis. Bielefeld: Bertelsmann, S. 14–23.
- Brinkmann, Dieter (2018): Der Spielplatz im Freizeitpark. In: *Playground@Landskape. Internationales Fachmagazin für Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen* (3), S. 26–35.
- Brinkmann, Dieter; Freericks, Renate (2016): Informelles Lernen in der Freizeitpädagogik. In: Matthias Rohs (Hrsg.): Handbuch Informelles Lernen. Wiesbaden: Springer VS, S. 143–162.
- Dierking, Lynn (2005): Lessons without limit: how free-choice learning is transforming science and technology education. In: *História, Ciências, Saúde - Manguinhos* (v. 12 (supplement)), S. 145–160.

- Dohmen, Günther (2001): Das informelle Lernen. Die internationale Erschließung einer bisher vernachlässigten Grundform menschlichen Lernens für das lebenslange Lernen aller. Bonn: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).
- Elschenbroich, Donata (2005): Weltwunder. Kinder als Naturforscher. München: Kunstmann.
- Falk, John H. (2009): Identity and the museum visitor experience. Walnut Creek, Calif: Left Coast Press.
- Faltermann, Pascal (2018): Studie bescheinigt Bremen wenig Lebensqualität. In: *Weser-Kurier*, 27.05.2018.
- Freericks, Renate (2011): Außerschulische Lernorte: Typologie und Entwicklungsstand. In: Renate Freericks und Dieter Brinkmann (Hrsg.): Zukunftsfähige Freizeit. Analysen - Perspektiven - Projekte ; 1. Bremer Freizeitkongress Hochschule Bremen. Bremen: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit, S. 11–22.
- Freericks, Renate (2012): Lernfeld Jugendreisen. Die neue Rolle des Pädagogen in inszenierten, erlebnisorientierten Bildungsräumen. In: Thomas Korbus (Hrsg.): Jugendreisen 2.0. Analysen und Perspektiven. Bielefeld: ruf akademie, S. 180–191.
- Freericks, Renate (2015): Erlebniswelten als inszenierte erlebnisorientierte Lernorte der Wissensgesellschaft. In: Renate Freericks und Dieter Brinkmann (Hrsg.): Handbuch Freizeitsoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 671–698.
- Freericks, Renate; Brinkmann, Dieter (2005): Freizeit und Bildung in inszenierten Erlebnisräumen. In: Reinhold Popp (Hrsg.): Zukunft - Freizeit - Wissenschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Univ. Prof. Dr. Horst W. Opaschowski. Wien: LIT, S. 331–348.
- Freericks, Renate; Brinkmann, Dieter (Hrsg.) (2011): Zukunftsfähige Freizeit. Analysen - Perspektiven - Projekte ; 1. Bremer Freizeitkongress Hochschule Bremen. Bremen: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit.
- Freericks, Renate; Brinkmann, Dieter (Hrsg.) (2015): Die Stadt als Kultur- und Erlebnisraum. Analysen, Perspektiven, Projekte ; 3. Bremer Freizeitkongress Hochschule Bremen. Bremen: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e.V.
- Freericks, Renate; Brinkmann, Dieter (Hrsg.) (2015): Handbuch Freizeitsoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Freericks, Renate; Brinkmann, Dieter; Theile, Heike (2018a): Wissenswelten 3.0. Eine explorative Untersuchung von Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der wissenschaftsorientierten Ausstellungs- und Bildungshäuser – mit besonderem Fokus auf Trends der Digitalisierung und einem Wandel des Lernverhaltens. Bremen: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit.
- Freericks, Renate; Brinkmann, Dieter; Theile, Heike; Krämer, Stefan; Fromme, Johannes; Rußler, Steffen (2005): Projekt Aquilo. Aktivierung und Qualifizierung erlebnisorientierter Lernorte ; Endbericht des Forschungsprojektes: Aktivierung und

- Qualifizierung erlebnisorientierter Lernorte (Aquila). Bremen: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit.
- Freericks, Renate; Brinkmann, Dieter; Theile Heike (2018b): Freizeit- und Themenparks im Umbruch. Berufsfeldorientierte Fallstudien zu den Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit. Unv. Projektbericht. Bremen.
- Freericks, Renate; Brinkmann, Dieter; Wulf, Denise (2016): Didaktische Modelle für außerschulische Lernorte. Bremen: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit.
- Fuchs, Max (2015): Kulturelle Bildung in der (europäischen) Stadt. In: Renate Freericks und Dieter Brinkmann (Hrsg.): Die Stadt als Kultur- und Erlebnisraum. Analysen, Perspektiven, Projekte ; 3. Bremer Freizeitkongress Hochschule Bremen. Bremen: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e.V, S. 237–244.
- Kirchhöfer, Dieter (2004): Lernkultur Kompetenzentwicklung - Begriffliche Grundlagen. Hrsg. v. Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Weiterbildungsforschung e.V. Berlin.
- Klein, Birgit; Wohlfahrt, Ursula (Hrsg.) (2008): Die Lernenden Regionen in NRW. Ergebnisse und Impulse für die Bildungspraxis. Bielefeld: Bertelsmann.
- Korbus, Thomas (Hrsg.) (2012): Jugendreisen 2.0. Analysen und Perspektiven. Bielefeld: ruf akademie.
- Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hrsg.): Pädagogische Landkarte. Außerschulische Lernorte in NRW. Online verfügbar unter <http://www.lwl.org/paedagogische-landkarte/Start>, zuletzt geprüft am 15.06.2018.
- Leeuwarden-Fryslân (Hrsg.) (2018): Kulturhauptstadt 2018. Projektseite der Region Friesland. Online verfügbar unter <https://www.friesland.nl/de/kulturhauptstadt-2018>, zuletzt geprüft am 27.06.2018.
- Meder, Norbert (2007): Der Lernprozess als performante Korrelation von Einzelnem und kultureller Welt. Eine bildungstheoretische Expliktion des Begriffs. In: *Spektrum Freizeit* (1-2), S. 119–135.
- Mikunda, Christian (2005): Der verbotene Ort oder Die inszenierte Verführung. Unwiderstehliches Marketing durch strategische Dramaturgie. 2. aktualisierte und erw. Aufl. Frankfurt/M.: FinanzBuch Verl.
- Nahrstedt, Wolfgang; Brinkmann, Dieter; Kadel, Vera (Hrsg.) (1997): Neue Zeitfenster für Weiterbildung? Arbeitszeitflexibilisierung und temporale Muster der Angebotsgestaltung ; Dokumentation der 10. Bielefelder Winterakademie. Bielefeld: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit.
- Nahrstedt, Wolfgang; Brinkmann, Dieter; Theile, Heike; Röcken, Guido (2002): Lernort Erlebniswelt. Neue Formen informeller Bildung in der Wissensgesellschaft. Bielefeld: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit.
- Nahrstedt, Wolfgang; Fromme, Johannes; Stehr, Ilona; Brinkmann, Dieter; Freericks, Renate; Kahlen, Beate (1994): Bildung und Freizeit. Konzepte freizeitorientierter Weiterbildung. Bielefeld: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit.

- Nahrstedt, Wolfgang; Theile, Heike; Diedrichsen, Nicole (2003): Typologisierung unterschiedlicher neuer Institutionalformen (Lernorte) im sozialen Umfeld. Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit. Projektbericht. Bielefeld.
- Nuissl, Ekkehard; Dobischat, Rolf; Hagen, Kornelia; Tippelt, Rudolf (Hrsg.) (2006): Regionale Bildungsnetze. Ergebnisse zur Halbzeit des Programms "Lernende Regionen - Förderung von Netzwerken". Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Bielefeld: Bertelsmann (Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung).
- Pine, B. Joseph; Gilmore, James H. (1999): The experience economy. Work is theatre & every business a stage. Boston, Mass.: Harvard Business School Press.
- Popp, Reinhold (Hrsg.) (2005): Zukunft - Freizeit - Wissenschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Univ. Prof. Dr. Horst W. Opaschowski. Wien: LIT.
- Reupold, Andrea; Strobel, Claudia; Tippelt, Rudolf (2009): Vernetzung in der Weiterbildung. Lernende Regionen. In: Rudolf Tippelt und Aiga von Hippel (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung, Weiterbildung. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften, S. 569–581.
- Rogers, Everett M. (1962): Diffusion of innovations. New York: The Free Pr.
- Rohs, Matthias (Hrsg.) (2016): Handbuch Informelles Lernen. Springer VS. Wiesbaden: Springer VS.
- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.
- Skowronek, Helmut (1972): Lernen und Lernfähigkeit. 4. Aufl. München: Juventa.
- Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.) (2009): Handbuch Erwachsenenbildung, Weiterbildung. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften.
- Vahsen, Friedhelm G. (2015): Gesellschaftlicher Wandel - Leben in der Postmoderne. In: Renate Freericks und Dieter Brinkmann (Hrsg.): Handbuch Freizeitsoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 29–54.
- Wippermann, Peter; Krüger, Jens (2018): Werte-Index 2018. 1st ed. Frankfurt am Main: dfv Mediengruppe Fachbuch.
- ZDF (Hrsg.): Wo lebt es sich am besten? Die große Deutschlandstudie. Online verfügbar unter <https://deutschland-studie.zdf.de/district/09162/default>, zuletzt geprüft am 15.06.2018.

Freizeit, Nachhaltigkeit und Lebensqualität – Ein zukunftsfähiger Dreiklang?

Bernd Stecker

1. Einleitung

Nachhaltigkeit wurde von den Vereinten Nationen 1992 zur universellen Leitidee für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts erklärt. Vor allem in den Industrieländern, so auch in Deutschland, kommt dem Freizeitbereich in der Diskussion um die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle zu, da er quantitativ wie qualitativ für die Lebensqualität von elementarer Bedeutung ist. In der Freizeit kristallisieren sich Konsummuster als mehr oder weniger nachhaltige Lebensstile besonders deutlich heraus. So hat die steigende Nachfrage nach Freizeitgütern und erlebnisbezogenen Dienstleistungen in den vergangenen Jahrzehnten einerseits zu teilweise erheblichen ökologischen, sozialen und ökonomischen Konflikten geführt. Diese werden insbesondere durch den Bau und Betrieb von Freizeitinfrastruktur sowie durch unzählige Freizeitaktivitäten der Menschen ausgelöst und laufen damit dem Prinzip der Nachhaltigkeit zuwider. Andererseits wirkt sich Freizeit aber auch in vielfältiger Weise positiv auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft aus. Sie stellt z.B. den Kernbereich der informellen Bildung für mehr Nachhaltigkeit dar und bietet einen Interaktionsraum zum Ausprobieren einer neuen Zeitkultur der Muße und Entschleunigung. Somit kann der Freizeitsektor auch einen nicht unerheblichen Beitrag zur Entfaltung nachhaltiger Entwicklungsprozesse und damit zu mehr Lebensqualität leisten.

Im Folgenden werden zunächst zentrale Begriffe und Kennziffern in der Debatte um eine nachhaltige Freizeitentwicklung definiert und eingehender erläutert. Im Anschluss daran werden anhand ausgewählter Fallbeispiele wesentliche ökologische, soziokulturelle und ökonomische Auswirkungen des Freizeitsektors beleuchtet. Daraus werden Schlussfolgerungen im Hinblick auf mögliche Wechselwirkungen zwischen Nachhaltigkeit und Lebens-

qualität in der Freizeit gezogen sowie Steuerungsinstrumente und Handlungsempfehlungen zur Förderung und Durchsetzung einer nachhaltigen Freizeitentwicklung und -gestaltung abgeleitet und in einem Fazit zusammengefasst.

2. Definitionen und Begriffsbestimmungen

Der Begriff **Freizeit** meint jenen „Teil der Lebenszeit, der sich durch einen hohen bis sehr hohen Grad an individueller Entscheidungs- und Handlungsfreiheit auszeichnet“ (Müller 2008, S. 42). Diese - theoretisch - von wenigen Restriktionen geprägte Zeit macht etwa die Hälfte unserer Lebenszeit aus. Um diese frei verfügbare Zeit zu gestalten und die damit einhergehenden vielfältigen Bedürfnisse nach Konsum und Erlebnissen zu befriedigen, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine immer stärker wachsende Branche, die **Freizeitwirtschaft**, entwickelt, die inzwischen weltweit zu einem der größten Wirtschaftszweige gehört. Müller (ebd., S. 57) versteht hierunter „eine Querschnittsbranche, die durch das Ausgabeverhalten der Nachfrager nach Gütern, Dienstleistungen und Erlebnissen in der Freizeit (...), die über die Befriedigung von Grundbedürfnissen hinausgehen und einen engen Bezug zu Freizeit-aktivitäten haben, gekennzeichnet ist.“ Diese Branche, einschließlich der Tourismuswirtschaft, setzt sich aus einer „bunten Sammlung“ unterschiedlichster Dienstleistungssektoren zusammen, die sich allerdings in vielen Bereichen auch überschneiden (siehe Abb. 1) : Medien/Unterhaltung, Handel/Gewerbe, Gastronomie, Gesundheit/Fitness, Sport, Transport, Kultur/Bildung, Hobby und soziales Engagement, die oft nicht mehr miteinander gemein haben als ihre Tätigkeit im Freizeitbereich (Schewe 2002, S. 1f).

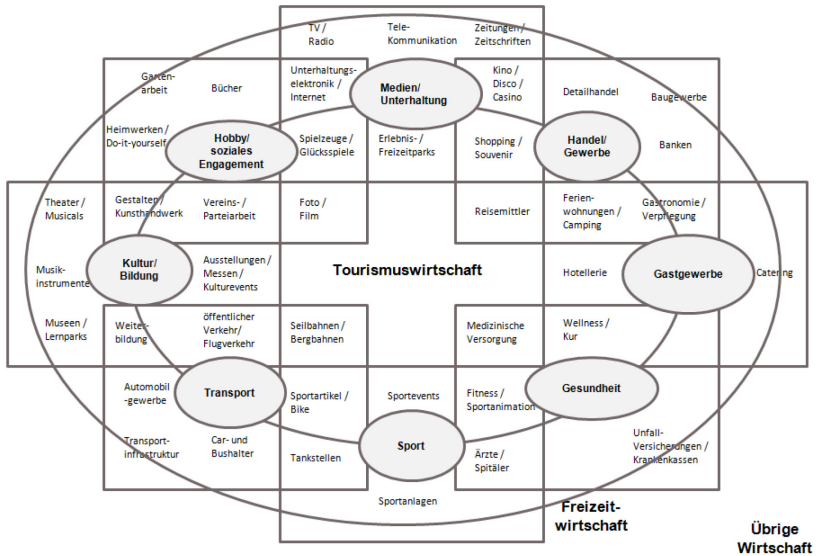


Abbildung 1: Freizeit- und Tourismuswirtschaft (Müller 2008, S. 61)

Auch in Deutschland nimmt die Freizeitwirtschaft eine bedeutende Rolle ein. Mit mehr als 1,3 Millionen Anbietern, Anlagen und Einrichtungen (ohne Natur- und Grünflächen) besteht hier eine große Angebotsdichte. Die „Spanne der Produkte reicht von TV/Radio, Zeitschriften, Multimedia, Urlaubsreisen, Gastgewerbe, Glücksspiele, Sportartikel, Basteln und Hobby, Kino, Camping bis zu Freizeit- und Erlebnis-parks, Kulturbetrieben und Musicals“ (Schewe 2002, S. 1). Die Ausgaben der privaten Haushalte für derartige Freizeitvergnügen beliefen sich nach Angaben von Agricola (2002, S. 161) im Jahr 2000 auf ca. 260 Mrd. Euro und die Umsätze der Freizeitwirtschaft machen einen Anteil von ca. 15 Prozent am Bruttosozialprodukt aus“ (vgl. Schewe 2002, S. 1). Entsprechend weist dieser arbeitsintensive Wirtschaftssektor eine sehr hohe Beschäftigungsquote auf. So hat „die Zahl der Beschäftigten im Freizeitbereich längst die 5-Millionen-Grenze überschritten“ (ebd.); für das Jahr 2000 nennt Agricola (2002, S. 166) eine Zahl von über 6,9 Mio. Arbeitsplätzen. Bezieht man das Wachstum dieser Branche im letzten Jahrzehnt und weitere indirekte Effekte (sog. Vorleistungen), wie z.B. Lieferungen der Bäcker an Gaststätten oder Renovierungsarbeiten durch Handwerker im Freizeitpark, sowie die induzierten Effekte, die durch das Ausge-

ben von Freizeit bezogenen Löhnen entstehen mit ein, so dürfte die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Freizeitsektor noch um einiges höher liegen, was einem Anteil von bis zu 20 Prozent an der gesamten Beschäftigung in Deutschland ausmachen dürfte (vgl. DTV 2012). Allein an diesen Zahlen lässt sich schon ablesen, dass die Freizeitwirtschaft ein sehr bedeutender Sektor ist. Dementsprechend kommt ihm auch eine enorme gesamtgesellschaftliche Bedeutung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu.

Nach dem sog. Brundland-Report „Unsere gemeinsame Zukunft“, wird **nachhaltige Entwicklung** definiert als „eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (WCED 1987). Eine nachhaltige, auf Dauer angelegte Entwicklung muss somit den Bestand an natürlichen Ressourcen soweit erhalten, dass die **Lebensqualität** zukünftiger Generationen gewährleistet ist. Dazu soll eine Gesellschaft nicht über ihre Verhältnisse leben und einer Wirtschaftsweise nachgehen, die weitsichtig, dauerhaft und bedürfnisorientiert betrieben werden kann. Soziale Spannungen sind in Grenzen zu halten und Lebenschancen gerecht zu verteilen. Es sind also Lösungen anzustreben, die ökologisches Gleichgewicht, ökonomische Sicherheit und soziale Gerechtigkeit zusammenführen und auf lange Sicht weltweit stabilisieren können (vgl. Stecker 2010, S. 244 ff). Werden diese drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Abb. 2) nun auf den Freizeitbereich übertragen und angewendet, dann muss dieser also „soziale, kulturelle, ökologische und wirtschaftliche Verträglichkeitskriterien erfüllen.“ Dazu sollte der Freizeitsektor „in Bezug auf heutige und künftige Generationen langfristig agieren und ökologisch tragfähig, wirtschaftlich sinnvoll und weitsichtig sowie sozial gerecht und kulturell angepasst sein“ (vgl. Forum Umwelt & Entwicklung 1998, S. 9). In wieweit und in welcher Form sich Freizeit, Nachhaltigkeit und Lebensqualität einander positiv bestärken können beziehungsweise in Konkurrenz zu einander stehen, wird nun im folgenden Kapitel genauer betrachtet werden.

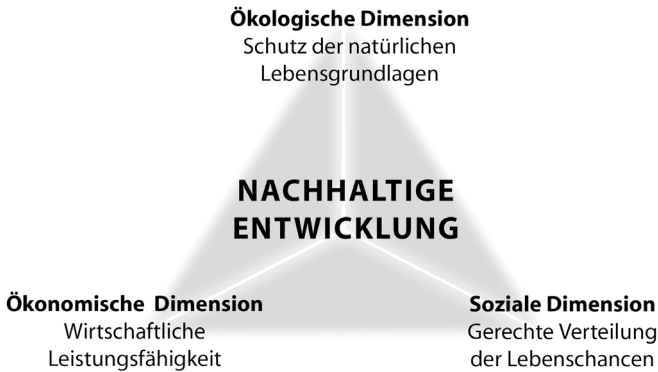


Abbildung 2: Konzept der Nachhaltigkeit (Stecker 2010, S. 245)

3. Nachhaltigkeitsrelevante Wirkungsfelder des Freizeitsektors

3.1 Freizeit und ökologische Nachhaltigkeit

Legt man zur Priorisierung und Bewertung der **negativen Umweltauswirkungen** des Freizeitsektors die Kriterien räumliche und zeitliche Reichweite der Auswirkungen zu Grunde, dann ist sicherlich sein Beitrag zu den Emissionen klimawirksamer Gase und somit zum globalen Treibhauseffekt und Klimawandel an erster Stelle zu nennen. Treibhausgase (THG) entstehen vor allem bei Verbrennungsprozessen durch das Freisetzen von Kohlendioxid (CO₂). Mit einem Anteil von ca. 85 Prozent ist Kohlendioxid mit Abstand Hauptverursacher bei den THG in Deutschland, das zwar als eines der wenigen Länder weltweit seine CO₂-Emissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 (1.24 Mio. t) bis zum Jahr 2016 auf rd. 906 Mio. t reduzieren konnte, das Minderungsziel von minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 (= 751 Mio. t) dennoch deutlich verfehlen wird (UBA 2017). Fast die gesamten CO₂-Emissionen sind auf die stationäre und mobile Verbrennung fossiler Brennstoffe zurückzuführen. Mit rd. 41 Prozent entfällt der Großteil dieser Emissionen auf die Energiewirtschaft, gefolgt vom Verkehr mit rd. 21 Prozent, private Haushalte mit 16 Prozent sowie Industrieprozesse und verarbeitendes Gewerbe mit zusammen rd. 22 Prozent (ebd., 2017). Da auch die Freizeitbranche zum

Betrieb von Infrastruktur, zur Herstellung von Freizeitgütern sowie zur Ausübung zahlreicher Freizeitaktivitäten Energie aus der stationären oder mobilen Verbrennung fossiler Brennstoffe nutzt, trägt sie über die damit verbundenen THG-Emissionen zum Klimawandel bei. Zwar lässt sich der jeweilige freizeitinduzierte Anteil an den o.g. Verursachersektoren im Einzelnen nicht genau beziffern. Doch konnte bereits zu Beginn der 2000er Jahre für den gesamten Freizeitbereich ein Anteil von 17 Prozent am Primärenergieverbrauch Deutschlands bilanziert werden, womit er beim Energieverbrauch bereits an dritter Stelle nach den Bereichen Wohnen und Ernährung stand (Stecker 2010, S. 260). Auf globaler Ebene wird geschätzt, dass allein die Freizeitbranche *Tourismus* durch Personentransport, Beherbergung, Verpflegung und Freizeitaktivitäten in den Destinationen mittlerweile rund 8 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verursacht (vgl. ZEIT ONLINE 2018). Rund drei Viertel dieser Emissionen kann hierbei den klimaschädlichsten Arten der Fortbewegung, dem Flug- und Autoverkehr, zugerechnet werden (Stecker 2016, S. 298). In Deutschland hat der Freizeitverkehr inzwischen einen Anteil von rund 32 Prozent an den gesamten Wegezwecken im Personenverkehr mit steigender Tendenz, wobei der PKW-Verkehr ca. 70 – 80 Prozent davon ausmacht (BMVBS 2008). So benutzt z.B. ein Großteil der 21 Mio. Besucher von Freizeitparks im Jahr den privaten PKW für die An- und Abreise. Aber auch im Bereich der Freizeitinfrastruktur gibt es zahlreiche sehr energieaufwändige Angebote: Freizeit- und Erlebnisparks, Bade/Saunalandschaften, Sportstadien, Shopping-Center etc. benötigen erhebliche Energiemengen. Eine Indoor-Skihalle mittlerer Größe mit einer Piste von ca. 300 x 60 Metern verbraucht z.B. rund 5 Millionen kWh Strom pro Jahr, das entspricht einem Verbrauch von 1.430 Haushalten (BUND 2010). Soweit fossile Energieträger als Energiequelle dienen, tragen sie damit auch mehr oder weniger zum Klimawandel bei.

An zweiter Stelle der durch den Freizeitsektor ausgelösten negativen Umweltauswirkungen sind der Flächenverbrauch und die Bodenversiegelung sowie die Gefährdung oder gar der Verlust von Biodiversität zu nennen. Jedes Jahr wächst die Siedlungs-, Gewerbe-, Verkehrs- und Erholungsfläche in Deutschland um rd. 70 ha pro Tag. Sie übersteigt damit die für das Jahr 2020 von der Bundesregierung angestrebte Begrenzung der Flächenzunahme auf nur noch 30 ha pro Tag immer noch deutlich. So werden durch den hohen Flächenbedarf für den Bau von Freizeitinfrastruktur (z.B. Sportstätten, Freizeit- und Erlebnisparks, Parkplätze) nicht nur naturnahe Flächen verbraucht bzw. versiegelt, sondern dies kann auch zu einer Veränderung

oder gar Zerstörung von Biotopen führen mit negativen Folgen für die Artenzusammensetzung eines bestimmten Lebensraumes. Der *Living Planet Index*, ein Maßstab für den Tierartenreichtum aquatischer und terrestrischer Ökosysteme, ist im Zeitraum von 1970 bis 2010 bereits um 52 Prozent gesunken (WWF 2014). Als Ursachen werden Klimawandel, Landnutzungsänderung, Umweltverschmutzung, Übernutzung natürlicher Ressourcen sowie das Einschleppen gebietsfremder Arten genannt. Es lassen sich etliche Beispiele anführen, die belegen, dass auch der Freizeitsektor in allen genannten Kategorien ein mehr oder weniger starker Mitverursacher ist. So wurden z.B. allein im letzten Jahrhundert rund 20 Prozent der Sanddünen an der deutschen Nord- und Ostküste vor allem durch den Bau von Freizeit- und Tourismusinfrastruktur zerstört; Brutvögel werden in ihrer natürlichen Umgebung durch konzentrierte Besucherströme gestresst. Bei 50 Prozent der gefährdeten Brutvogelarten an der deutschen Ostseeküste werden diverse Freizeitaktivitäten als Ursache genannt und bei immerhin rund 21 Prozent sind sie sogar die alleinige Ursache (BfN 1997). Der einst geschlossene alpine Bergwald, Lebensraum unzähliger Pflanzen- und Tierarten, ist mittlerweile für den Wintersport durch die Anlage von Skipisten, Sessel- und Schlepliften sowie der notwendigen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur in vielen Regionen der Alpen gerodet und stark zerschnitten. Dies führt nicht nur zu verstärkter Bodenerosion, sondern auch zu Belastungskonzentrationen beim Reh- und Rotwild in den verbliebenen, fragmentierten Lebensräumen. Zudem ist häufig die empfindliche Grasnarbe der planierten Bergwiesen und Pisten stark angegriffen und die Artenvielfalt der Magerwiesen durch Düngung erheblich reduziert (vgl. Müller 2007). Snowboarder, Skifahrer, Mountain-Biker, Bergsteiger und Gleitschirmflieger dringen in die letzten alpinen Rückzugs- und Schutzgebiete von seltenen Tier- und Pflanzenarten ein. Dabei stören sie die Tiere (z.B. Raufußhühner, wie das Alpenschneehuhn), die durch häufige Flucht ihr Brutgeschäft unterbrechen müssen oder lebensnotwendige Energiereserven verlieren. Aber nicht nur in der Tierwelt gefährden Freizeitaktivitäten die Biodiversität, sondern auch in der Pflanzenwelt. Auch hier findet sich schnell ein Beispiel: das eigentlich sehr naturverträglich anmutende Felsenklettern. In den einzelnen Teilbiotopen einer Felswand haben sich sehr spezialisierte Pflanzengesellschaften entwickelt, die an ganz bestimmte biotische und abiotische Umweltbedingungen angepasst sind. Diese werden durch Tritt- und Griffschäden sowie durch das Einbringen von Magnesium, welches Kletterer für einen besseren Halt in den Felswänden verwenden, in ihrer Existenz gefährdet. Häufig zeigt sich auch

Bodenerosion im Zugangsbereich, am Felsfuß und auf den Felsköpfen. Zudem kommt es zu Störungen der Fauna durch Lärm und die physische Anwesenheit von Menschen. Gerade geschützte, an Felsen brütende Vogelarten wie der Uhu oder der seltene Wanderfalke können dabei so stark gestört werden, dass sie ihren Brutplatz aufgeben. Somit kann das Felsenklettern bei mangelnder Steuerung eine Gefährdung für die Biodiversität in den betroffenen Gebieten darstellen (ebd., S. 305).

Weitere negative Umweltauswirkungen, die durch Freizeitinfrastruktur und -aktivitäten hervorgerufen werden, sind Wasserverschwendung und/oder -verschmutzung, Lärm, Lichtverschmutzung und hohe Abfallmengen (z.B. Veranstaltungsmüll, ausgediente Sportbekleidung und -geräte). Der Wasserbedarf von Freizeitparks und Badelandschaften gilt als Mitverursacher von hohen Verbrauchsmengen. Auch Großveranstaltungen benötigen für die vielen Besucher erhebliche Mengen Wasser zum Betrieb der sanitären Anlagen. Naturgebundene Freizeitaktivitäten wie der Wintersport (Produktion von Kunstschnee) oder Sportanlagen (Beregnung von Spielflächen, Golfplätzen) sind ebenfalls auf große Mengen Wasser angewiesen (Müller 2007, S. 118). Lärmquellen, die dem Freizeitbereich zugeordnet werden können, sind u.a. Vergnügungsparks, Musik- und Sportveranstaltungen sowie Straßen- und Flugverkehr. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass eine dauerhafte Störung durch Lärm, die über den Belästigungs- bzw. Schädigungsbereich von ca. 60 dB(A) hinausgeht, zu gesundheitlichen Problemen führen kann. Die Symptome gehen von der direkten Schädigung des Gehörs, über Schlaf- und Konzentrations- bis hin zu Herzrhythmusstörungen (Stecker 2010, S. 272).

Der **Freizeitsektor** kann sich aber auch **positiv** auf eine **ökologisch nachhaltige Entwicklung** auswirken. So gilt die Förderung und Nutzung regenerativer Energien als eine entscheidende Maßnahme zur Reduzierung der für den Treibhauseffekt und den Klimawandel verantwortlichen CO₂-Emissionen. Eine Vielzahl von Freizeiteinrichtungen nutzt inzwischen zum Betrieb ihrer Anlagen Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Nicht selten bietet gerade Freizeitinfrastruktur eine geeignete „Plattform“ zu ihrer Förderung. So stellen etwa die Dächer von Beherbergungsbetrieben, Restaurants, Schulen und Sporthallen geeignete Installationsflächen für Photovoltaik-Anlagen dar. Ein konkretes Beispiel ist das Weserstadion in Bremen. Mit der eigenen Photovoltaik-Anlage werden dort bis zu 1 Mio. kWh Strom pro Jahr produziert. Der darüber hinaus gehende Strombedarf wird zu 100 Prozent durch Ökostrom

gedeckt (SV Werder Bremen 2012). Die Wahl des Stromanbieters bietet einen einfachen und medienwirksamen Weg, mehr Nachhaltigkeit im Alltagsbetrieb zu etablieren.

Freizeit und Erholung sind auch ein wichtiges Motiv für die Erhaltung von Natur- und Kulturlandschaften. Daraus leitet sich folglich auch eine Verpflichtung des Staates ab, entsprechende Großschutzgebiete für die Bevölkerung auszuweisen, was wiederum zum Erhalt der Biodiversität beiträgt. So ist neben dem Artenschutz die Sicherung und Entwicklung von Erholungs- und naturnahen Erlebnisräumen sogar gesetzlich verankert. Das Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) schreibt z.B. im § 24 Absatz 2 vor, dass *Nationalparke* auch „der naturkundlichen Bildung und dem Naturerlebnis der Bevölkerung“ und *Biosphärenreservate* auch „der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (BNatSchG § 25, Abs. 2) dienen sollen. Ferner sollen *Naturparke* eingerichtet werden, weil diese sich „wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen und in diesen ein nachhaltiger Tourismus angestrebt wird“ (BNatSchG § 27, Abs. 1). Inzwischen gibt es in Deutschland 16 Nationalparke, 16 Biosphärenreservate und 105 Naturparke. Damit sind rund 32 Prozent der Fläche Deutschlands in diesen Schutzgebietskategorien gesichert (BfN 2018). UmweltökonomInnen argumentieren bei der Erholung in der Natur auch mit wirtschaftlichen Argumenten. Sie haben inzwischen Methoden entwickelt, wie der monetäre Wert dieser Ökosystemleistung berechnet und deren Ergebnisse wiederum die politische Debatte über den Wert des Naturschutzes befördern kann. Dass Natur eine Herzensangelegenheit der Deutschen ist, zeigen auch die jüngsten Ergebnisse der Naturbewusstseinsstudie 2015: Für 94 Prozent gehört Natur zu einem guten Leben dazu und für ebenso viele bedeutet Natur Gesundheit und Erholung. 90 Prozent der Befragten geben an, dass es sie glücklich macht, in der Natur zu sein (BMUB 2016). Da die meisten Menschen diesen Bedürfnissen insbesondere in der Freizeit nachgehen, können entsprechende Naturerlebnisse auch zu mehr Naturschutz und Umweltsensibilisierung führen (vgl. BMUB 2017). Denn wer nicht lernt wie Natur lebt, kann auch nicht verstehen was ihre Gefährdung verursacht. „Selber erleben, selber er-tasten, selber be-greifen weckt dagegen Empfindungen, die weder durch Computer und Fernsehen noch durch Bücher vermittelt werden können“ (Stecker 1993, S. 179).

3.2 Freizeit und soziokulturelle Nachhaltigkeit

Im Vergleich zu den durch den Freizeitsektor verursachten ökologischen Problemen sind die **negativen soziokulturellen Auswirkungen** auf eine nachhaltige Entwicklung oft schwieriger zu erfassen. Dennoch kann auch für den Freizeitbereich soziales Konfliktpotenzial benannt werden. So hat sich die Gesundheit gefährdender Stress mittlerweile zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen entwickelt, das nicht nur mehr auf Arbeit, Schule und Familie begrenzt ist, sondern auch in der Freizeit allgegenwärtig ist. Eine stetig steigende Anzahl von Publikationen zur Thematik kann als Beleg dafür gelten: „Beschleunigung, Rasender Stillstand, Das Tempo-Virus, Familienstress, Schulstress, Freizeitstress“. Als grundlegende Lektüre kann hier das Buch mit dem Titel „Beschleunigung“ von Rosa (2005) angeführt werden, der einleitend bemerkt: „Das Tempo des Lebens hat zugenommen und mit ihm Stress, Hektik und Zeitnot, obwohl wir auf nahezu allen Gebieten des sozialen Lebens mithilfe der Technik enorme Zeitgewinne durch Beschleunigung verzeichnen können. Wir haben keine Zeit obwohl wir sie im Überfluss gewinnen“ (ebd., S. 11). Dieses ungeheure Paradoxon der modernen Welt zu erklären, seiner „geheimen Logik auf die Spur zu kommen“ (ebd.) und welche beunruhigenden Konsequenzen dies für unsere Zukunft hat, das versucht Rosa auf mehr als 500 Seiten seinen Lesern nahe zu bringen. Die Ursachen für Freizeitstress liegen demnach u.a. in der Vielfalt und der unüberschaubaren Fülle von Freizeitangeboten. Daher differenzieren manche Autoren noch weiter zwischen Konsumstress, Erlebnisstress und Kontaktstress. Unter Konsumstress versteht man das beinahe zwanghafte Konsumieren von Gütern, welchem sich das Individuum kaum entziehen kann. Die unglaubliche Angebotsvielfalt und der gesellschaftliche Konsumzwang führen zu Stress beim Konsumenten. Erlebnisstress meint dagegen den gesellschaftlichen Druck, etwas Spektakuläres erleben zu müssen und in möglichst kurzer Zeit möglichst viel zu sehen und zu erleben. Es hat sich das Motto etabliert: „Hauptsache man hat es mal gesehen.“ Schließlich unterliegt das Individuum dem Kontaktstress, d.h. es muss den Erwartungen und Bedürfnissen von Freunden, Familie und Arbeitgebern gerecht werden. Hierbei wird dann häufig die Reflektion über die eigenen Bedürfnisse vernachlässigt. Somit liegt das größte Defizit der Freizeit mittlerweile darin „zur Ruhe zu kommen“. Dem eigentlichen Ruhebedürfnis des Menschen wird die Betriebbarkeit entgegengestellt, sodass es kaum oder wenig Erholungsphasen gibt

und so kein Stressausgleich stattfinden kann (vgl. Opaschowski 2008; Free-ricks et al. 2010).

Weitere negative soziokulturelle Auswirkungen der Freizeit sind auf die massenhafte Nutzung bestimmter Erholungsräume zurückzuführen. Zwar profitieren die in vielen Regionen ansässigen Dienstleistungsbetriebe vom Besucheraufkommen, wodurch auch die ökonomische Basis der örtlichen Bevölkerung verbessert wird (s. Kap. 3.3). Bei zeitlich und lokal besonders hohem Aufkommen von Tagesausflüglern kann es allerdings gerade in Spitzenzeiten allein durch ihre hohe zahlenmäßige Präsenz auch zu Belastungen psychischer Art kommen, bei denen unterschiedliche Wertemuster und Verhaltensweisen von (städtischen) Besuchern und (traditionell) ländlicher Bevölkerung aufeinander treffen. Dies kann zu Konflikten führen bis hin zu unerwünschten Akkulturationserscheinungen (vgl. Revermann & Petermann 2003). Ein qualitativer Aspekt ist dagegen, ob die ansässige Bevölkerung im Zuge der Entwicklung von Freizeitangeboten und -dienstleistungen die Fähigkeit zur Selbstbestimmung erhalten konnte. Damit hängt auch die kulturelle Identität zusammen, die umso mehr gestört sein wird, je stärker z.B. die regionale Kunst und Kultur im Freizeitangebot kommerzialisiert wird. Traditionelle Lebensformen können durch neue dominante Freizeitformen zerstört werden. Freizeitinfrastruktur in Form einer aufdringlichen Architektur kann zu ästhetischen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes führen. Zwischen unterschiedlichen Nutzergruppen kann es zu Konflikten kommen, so beispielsweise zwischen Wanderern und Mountainbikefahrern, wenn sie den gleichen Raum (z.B. ein Waldgebiet) für ihre Freizeitbedürfnisse beanspruchen (vgl. Becker et al. 1996, S. 42).

Aber auch im soziokulturellen Bereich kann die **Freizeit** als wichtiger Lebensbereich **positive Wirkungen** im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung induzieren. Einen ganz wesentlichen Aspekt stellt hierbei die informelle Bildung dar, denn 70 Prozent dessen, was wir im Leben lernen, findet außerhalb genuiner Bildungsinstitutionen (Schulen oder Universitäten) und damit überwiegend in der Freizeit statt. In den letzten Jahren hat sich eine große Anzahl von Lernorten bzw. wissensorientierten Erlebniswelten (u.a. Science Center, Zoos, Museen, Freizeit- und Erlebnisparks, Sportvereine) etabliert, die vielfältige Potentiale und Interaktionsräume für informelles Lernen gerade auch zum Thema Nachhaltigkeit bieten. Dabei steht das ganzheitliche Lernen im Vordergrund, also das „Lernen mit Kopf, Herz und Hand“. Auf diese Weise können z.B. Verhaltensmuster in den Bereichen

Umweltsensibilisierung, soziale Kompetenzen oder Teamfähigkeit eingeübt werden, was zum Teil in dieser Intensität in den klassischen Bildungsinstitutionen gar nicht möglich ist. Diese Erkenntnisse werden von der Freizeitbildungsforschung aufgegriffen, u.a. mit der Entwicklung von Lernorten, innovativen Lernformen und Lernstrukturen im Kontext von Freizeit und nachhaltiger Entwicklung (vgl. Freericks et al. 2017). All dies führt letztlich auch zu einer Horizonterweiterung und erhöht die Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe. Auch während der UN-Dekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung wurde vielfach betont, dass gerade der Freizeit eine besondere Rolle zufällt, da hier die unterschiedlichsten Menschen außerhalb der formalen Bildungseinrichtungen erreicht werden können. Darüber hinaus engagieren sich zahlreiche Menschen in vielfältiger Weise freiwillig in der Freizeit in Bereichen wie Sport und Bewegung, Schule, Kindergarten, Kirche, Kultur und Musik u.a., was nicht nur zu einer Stärkung des Gemeinschaftsgefühls sondern auch insgesamt zur Förderung sozialer Kompetenzen beiträgt. Lag der Anteil der Menschen über 14 Jahren in Deutschland, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren vor 15 Jahren noch bei 34 Prozent, so liegt der Wert heute bereits bei 44 Prozent (BMFSFJ 2016, S. 7). Ein weiterer positiver Aspekt besteht in dem großen Interesse vieler Menschen an Kultur, welches vor allem in der Freizeit befriedigt wird. Dies kann beispielsweise den Erhalt und Schutz von Kulturdenkmälern fördern oder auch zu einer Stärkung bzw. Wiederbelebung regionaler Kunst, Kultur und Identität beitragen. Abschließend soll nicht unerwähnt bleiben, dass Freizeit nicht nur gesundheitsschädlichen Stress befördern kann (s.o.), sondern – im Gegenteil – auch Interaktionsräume zum Ausprobieren einer neuen, gesundheitsfördernden Zeitkultur der Muße und Entschleunigung bietet. Dies kann im Rahmen vielfältiger Freizeitaktivitäten erfolgen, die von den meisten Bundesbürgern nach einer repräsentativen Studie der Stiftung für Zukunftsfragen (2012) ohnehin mindestens einmal pro Woche ausgeübt werden. Dazu zählen u.a. Radio bzw. Musik hören (z.B. entspannt in einer Hängematte), Zeit mit Familie und/oder Partner verbringen (z.B. auf einer erholsamen Waldwanderung), seinen Gedanken nachgehen (z.B. bei einer gemütlichen Kanutour) oder sich in Ruhe pflegen (z.B. zu Hause oder im Wellness-Center). Da die in unserer heutigen Leistungsgesellschaft noch immer stark verankerte protestantische Arbeitsethik bewussten und gelebten Müßiggang jedoch häufig (noch) als Laster bewertet und sogar als eine persönliche Schwäche des Individuums auslegt, ist in dieser Hinsicht noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn Entschleunigung und Muße werden nicht selten zu Unrecht die gesellschaft-

liche Anerkennung verweigert, liegen doch gerade hierin noch ungenutzte Potentiale sowohl für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft als auch für die Sicherung ihrer Gesundheit und Lebensqualität.

3.3 Freizeit und ökonomische Nachhaltigkeit

Grundlegendes Ziel der ökonomischen Nachhaltigkeit ist die Sicherung des menschlich erzeugten Wirtschaftssystems und die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen. Übertragen auf den Freizeitsektor bedeutet dies, dass er zu einer dauerhaften, bedürfnisorientierten und Ressourcen schonenden wirtschaftlichen Entwicklung von Kommunen und Regionen beitragen soll. Leider wird dieses grundlegende Prinzip nicht immer beachtet, was **negative Auswirkungen** mit Blick auf eine nachhaltige Freizeitwirtschaft hat. So sind z.B. für den Ausbau von Freizeitinfrastruktur oftmals hohe Investitionen erforderlich. Insbesondere wenn die öffentliche Hand einen Großteil solcher Investitionen tragen muss, führt dies häufig zu einer Verschuldung von Landes- oder kommunalen Haushalten. Um aber kommunale Standorte für Einheimische, Gäste und auch zukünftige Investoren reizvoll zu machen, muss in vielen Fällen die Freizeitinfrastruktur den zielgruppenspezifischen Bedürfnissen und Ansprüchen gemäß gestaltet bzw. ausgebaut werden. Die Kosten dafür tragen die Kommunen, also die Einwohner bzw. Steuerzahler. Hinzu kommt die Unsicherheit, ob sich diese Vorleistungen bezahlt machen, stehen doch viele Freizeitanlagen auf dem hart umkämpften Markt in Konkurrenz zueinander und unterliegen zudem sich rasch ändernden Trends (vgl. Becker et al. 1996). Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, wie das Scheitern der Erlebniswelten *Space-Park* in Bremen oder *Nürburgring* in Rheinland-Pfalz, untermauern diesen Sachverhalt. Nicht selten ist auch die Arbeit in Freizeitberufen schlecht bezahlt und unqualifiziert. So sind z.B. viele der Arbeitsplätze in Freizeitparks von Saisonalität gekennzeichnet. Im Europa-Park Rust waren im Jahr 2001 z.B. nur 16,5 Prozent aller Angestellten ganzjährig beschäftigt. Zudem handelt es sich häufig um niedrig qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze (Baumgartner & Reeh 2001). Diese geringfügigen Beschäftigungen führen dazu, dass viele Menschen damit nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Schließlich trägt auch der oft unreflektierte, verschwenderische und maßlose Konsum von Freizeitgütern nicht zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung dieses Sektors bei. Ein Beispiel hierfür ist der Freizeitsport. Eine ganze Industrie liefert die notwendi-

gen Geräte, Bekleidung und Ausrüstung für die vielen unterschiedlichen Freizeitaktivitäten, denen die Aktiven zu Wasser, zu Lande und in der Luft nachgehen. Alle paar Jahre löst ein Trend den anderen ab und jeder neue Trend ist oftmals mit der Anschaffung einer neuen Ausrüstung verbunden. Übrig bleibt u.a. Freizeitmüll, der zudem oftmals aus problematischen, kaum wieder verwertbaren Stoffen besteht. So kann auch ein nicht unerheblicher Teil des zunehmenden Plastikmülls in den Weltmeeren auf Produkte der Freizeitindustrie zurückgeführt werden. Dabei ist der anfallende Abfall nur ein negativer Teilaspekt. Bei der Öko-Bilanz von Produkten müssen Herstellung, Vermarktung und Verkauf, Nutzung sowie Entsorgung und Recycling ebenfalls mit bedacht werden (vgl. Agricola 2002, S. 181).

Nichtsdestotrotz bewirkt der Freizeitsektor aber auch **positive Wirkungen** mit Blick auf eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Neben einer Verbesserung des Freizeitwertes und der Lebensqualität gehen von der Freizeitbranche auch wichtige Impulse für die Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands aus. Wesentliche Kennziffern dazu sind bereits im Kapitel 2 dargestellt worden. Entscheidende Stichworte sind hierbei regionale Wertschöpfung und die Schaffung von Einkommen und Beschäftigung. Zusätzliche Multiplikatoreffekte auf vor- und nachgelagerte Wirtschaftssektoren wie Handwerk, Landwirtschaft oder Kommunikation können diese positiven wirtschaftlichen Effekte noch verstärken, sodass die gesamte Regionalwirtschaft und die Bevölkerung davon profitieren. Zudem wird durch die große Bandbreite und Vielfalt von Freizeitdienstleistungsunternehmen vor allem jungen Menschen bei guter Ausbildung die Chance auf eine zukunftsfähige Beschäftigung eröffnet. Schließlich kann gerade der Freizeitsektor auch eine Vorreiterrolle bei der Förderung eines nachhaltigen und maßvollen Konsums einnehmen. Als Grundlage eines solchen Ressourcen schonenden Konsums gilt das sog. Suffizienzprinzip, das neben dem Vorsorge-, Effizienz-, Partnerschafts- und Konsistenzprinzip zu den fünf handlungsleitenden Grundprinzipien nachhaltiger Entwicklung gehört (vgl. Stecker 2010, S. 350). Hinter diesem Prinzip steht die Frage, ob das Konsumniveau vertretbar und Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet ist, also keiner zu viel konsumiert und alle genug haben. Es beinhaltet damit auch einen freiwilligen Verzicht, denn auch erzielte Effizienzgewinne können durch verändertes Konsumverhalten in Form von vermehrtem Konsum wieder kompensiert werden. Um dies zu verhindern, wird ein Lebensstil gefordert, der zunehmend mit dem Begriff der „neuen Wohlstandsmodelle“ verknüpft wird, in denen mehr Lebensqualität nach dem Motto „besser leben statt mehr haben“ im Vordergrund steht

(ebd., S. 350). Da bei vielen Menschen mittlerweile der Wunsch nach einer nachhaltigeren Lebensweise zu beobachten ist, bietet gerade der Freizeitbereich sehr viele Potentiale zum Einüben und Ausprobieren nachhaltiger Konsummuster. Voraussetzung hierfür ist allerdings das Wissen über entsprechende Handlungsmöglichkeiten und ein Verständnis der Problemzusammenhänge. Um den Verbrauchern eine Handlungsgrundlage und Orientierungshilfe zu geben, veröffentlicht der Rat für Nachhaltige Entwicklung beispielsweise jährlich einen nachhaltigen Warenkorb, der konkrete Impulse für Konsumententscheidungen gibt: Die Qualitätssiegel und Label in dieser Broschüre erfüllen ein Mindestmaß an Transparenz und Glaubwürdigkeit und bieten Orientierung auf der Suche nach nachhaltigen Produkten, viele davon aus dem Bereich der Freizeitwirtschaft. Die Empfehlungen reichen dabei vom täglichen Einkauf bis zu den seltenen und großen Anschaffungen. So bedeutet nachhaltig zu konsumieren in der Freizeit letztlich, bewusster und weniger zu kaufen. Und wenn die Nutzungszeit eines Freizeitgutes schließlich zu Ende geht, darüber nachzudenken, ob es jemand anders gut gebrauchen könnte. Auch die gemeinsame Nutzung von langlebigen Verbrauchsgütern durch mehrere Haushalte oder Personen, sei es der Rasenmäher oder das Auto, reduziert insgesamt den Ressourcenverbrauch. All das stärkt letztlich auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt (vgl. RNE 2016).

3.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Tabelle 1 fasst die in zahlreichen Fallbeispielen dokumentierten negativen und positiven Auswirkungen des Freizeitsektors auf die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit zusammen.

Auswirkungen des Freizeitsektors auf die Nachhaltigkeitsdimensionen		
	 Negative Wirkungen (Lebensqualität sinkt)	 Positive Wirkungen (Lebensqualität steigt)
Ökologie	<ul style="list-style-type: none"> - Energieverbrauch, Emissionen, Klimawandel - Flächenverbrauch; Bodenversiegelung - Gefährdung / Verlust der Biodiversität - Wasserverbrauch/-verschmutzung - Abfallberge, wilde Müllkippen - Lärmbelastungen; Lichtverschmutzung 	<ul style="list-style-type: none"> - Anreize zum Einsatz regenerativer Energien - Erhaltung der Biodiversität durch Schutz - intakter Natur- und Kulturlandschaften - Erholung als kulturelle Ökosystemleistung - Umweltsensibilisierung von Menschen - Naturschutz durch Naturgenuss - Naturschutzfinanzierung durch Freizeitsektor
Soziokultur	<ul style="list-style-type: none"> - Beschleunigung und Freizeitstress; - Krankheit - Soziale Spannungen - Konflikte zwischen verschiedenen Nutzergruppen - Ästhetische Beeinträchtigungen durch Freizeitinfrastruktur - Kommerzialisierung regionaler Kunst und Kultur 	<ul style="list-style-type: none"> - Informelles Lernen - Muße und Entschleunigung - Gesundheitsförderung - Integration / kultureller Austausch - Gemeinschaftsgefühl und soziale Kompetenz - Erhaltung regionaler Kultur und Identität - Qualifizierung, Aus- und Fortbildung
Ökonomie	<ul style="list-style-type: none"> - Hohe Investitionen für Ausbau von Freizeitinfrastruktur - Geringfügige Beschäftigungen - Anstieg der Verbraucher- und Bodenpreise - Unreflektierter, maßloser Konsum von Freizeitgütern (= Ressourcenverbrauch) 	<ul style="list-style-type: none"> - Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand - Einkommen und Arbeitsplätze - Multiplikatorwirkungen auf andere Wirtschaftssektoren - Regionale Entwicklungsimpulse für Infrastrukturausbau - Ressourcenschonender Konsum

Tabelle 1: Mögliche negative und positive Auswirkungen des Freizeitsektors auf eine nachhaltige Entwicklung und auf die Lebensqualität der Menschen

Gleichzeitig ebnet diese Zusammenschau aber auch einen sehr anschaulichen Zugang zum Verständnis einer nachhaltigen Freizeitentwicklung und -gestaltung, deren prinzipielles Ziel es sein muss, negative Wirkungen zu minimieren und positive Wirkungen zu maximieren (vgl. Stecker 2016; Stecker 2010). Dabei sind immer alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen gleichermaßen zu adressieren, denn Erfolge bei einzelnen Indikatoren dürfen nicht zu Lasten anderer gehen, um die notwendige Balance von Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft zu wahren. Zudem sind alle relevanten Akteure der Freizeitwirtschaft und -politik auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene einzubinden, um Verantwortung zwischen Planungsebenen sinnvoll teilen, auftretende Widersprüche besser ausleuchten und notwendige Kurskorrekturen verhandeln zu können. Schließlich ebnet die tabellarische Zusammenschau aber auch einen sehr anschaulichen Zugang zum Verständnis eines zentralen Konzeptes dieses Beitrags, dem der **Lebensqualität**. Denn die Förderung positiver und die Minimierung negativer Wirkungen wird nicht nur zu mehr Nachhaltigkeit im Freizeitsektor, sondern vor allem auch zu einer Erhöhung der Lebensqualität insgesamt führen. Werden dagegen die negativen Wirkungen in unserer Gesellschaft ignoriert und damit einer nicht-nachhaltigen Freizeitentwicklung Vorschub geleistet, dann wird auch die Lebensqualität vieler Menschen mehr oder weniger stark sinken.

4. Herausforderungen, Lösungsstrategien und Steuerungsinstrumente

Negative Auswirkungen zu minimieren und positive zu maximieren klingt natürlich sehr viel einfacher als dies tatsächlich in der Praxis der Fall ist. Denn die Freizeitbranche ist mit zwei grundsätzlichen Problemen konfrontiert. Erstens ist die Dienstleistungs- bzw. Wertschöpfungskette im Freizeitsektor sehr lang; alle Teilsegmente nachhaltig zu entwickeln bzw. zu gestalten, stellt wohl eine der größten Herausforderungen dar. Denn dazu müssten eine Vielzahl von Akteuren einbezogen (Veranstalter, Transportunternehmen, Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe, Anbieter von Freizeitinfrastruktur und -aktivitäten, lokale Behörden usw.) und deren nicht selten divergierende Interessen ausgeglichen werden. Die vielfältigen Handlungsfelder in der Freizeit machen aber gerade eine enge Kooperation und Abstimmung der verschiedenen Akteure und Interessengruppen zwingend notwendig. Zweitens muss eine nachhaltige Freizeitentwicklung einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und zahlreiche Rahmenbedingungen, Einfluss-

faktoren und Wechselwirkungen berücksichtigen und dabei sowohl die lokale als auch die globale Ebene (siehe z.B. Klimawandel) im Blick haben. Trotz dieser gewaltigen Herausforderungen steht den politischen Entscheidungsträgern sowie den diversen Akteuren der Freizeitwirtschaft ein breites Spektrum an Steuerungsinstrumenten zur Verfügung (vgl. Freyer 2006), die für die dringend gebotene Reform des Freizeitsektors in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung und mehr Lebensqualität genutzt werden können (s. Abb. 3).

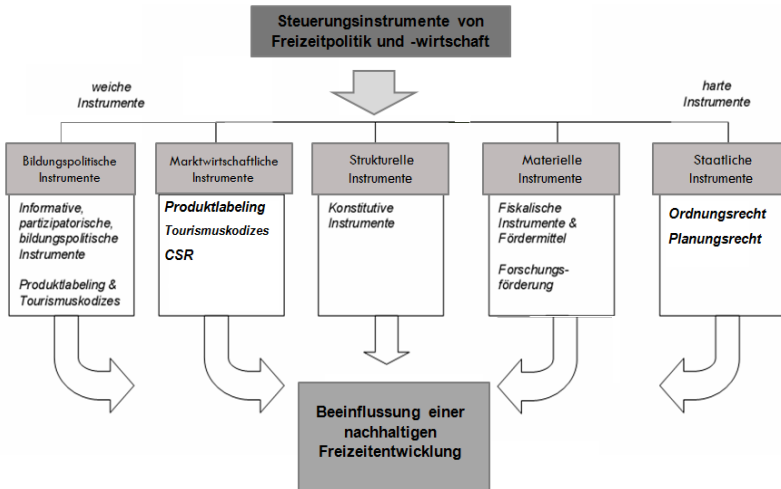


Abbildung 3: Steuerungsinstrumente für eine nachhaltige Freizeitentwicklung (verändert nach Freyer 2006, S. 369)

So kann der Staat z.B. über das Ordnungsrecht in Form von bestimmten Ge- und Verboten sowie fiskalischen Engriffen Einfluss auf die Kostenstruktur der Nachfrage- und Angebotsseite nehmen. Insbesondere im Hinblick auf den wachsenden Beitrag des Freizeitsektors zum Treibhauseffekt und Klimawandel muss der Staat regulierend eingreifen, indem u.a. fossile Energieträger verteuert und klimaschädliche Emissionen mit einem Preis belegt werden. Dadurch könnten Anreize auch für die Freizeitwirtschaft gesetzt werden, in effiziente Technologien zu investieren und klimafreundlichere Produkte anzubieten. Auch für einen besseren Schutz der Biodiversität und die Reduktion des Flächenverbrauchs können ordnungsrechtliche Maßnahmen im Einzelfall ökologisch sehr treffsicher eingesetzt werden. Dies betrifft z.B. naturschutzrechtliche Regelungen zum Betreten der freien Flur oder den

verstärkten Einsatz der Landschaftsplanung, um z.B. freizeitinduzierte Landnutzungen gezielter an den jeweiligen Naturraum anzupassen und die Zonierung von Landschaftsbereichen abgestufter Nutzungsintensität zu begründen (UBA 2002, S. 271). Ferner wird aus der Kommunalpolitik vorgeschlagen, die Grunderwerbs- in eine Flächenverbrauchssteuer umzuwandeln, da dieses Instrument besonders geeignet ist, um Neuinvestitionen für Freizeitinfrastruktur auf bestehenden Siedlungsflächen zu konzentrieren und den Flächenverbrauch im Außenbereich zu verringern (ebd., S. 273). Ein sparsamer Umgang mit der Ressource Wasser in der Freizeit ließe sich z.B. über gestaffelte Trinkwasserpreise und adäquate Abwasser- bzw. Abfallgebühren erreichen. Darüber hinaus kann die Freizeitwirtschaft durch eine ganze Reihe von technischen Möglichkeiten der energetischen Effizienzsteigerung und des verstärkten Einsatzes regenerativer Energien beachtliche CO₂-Minderungspotenziale bei Verkehrsmitteln, Freizeitinfrastruktur und -aktivitäten realisieren (vgl. Kap. 3.1). Auch können Verbraucher bei anerkannten Anbietern (z.B. *atmosfair*) nicht nur die durch ihre Urlaubsreise verursachten Treibhausgasemissionen freiwillig kompensieren, sondern auch die Organisatoren von Sport- oder Musikevents nutzen inzwischen dieses Instrument, um ihre Veranstaltungen klimafreundlicher zu gestalten. Die so generierten Mittel werden dann für CO₂-Einspar- und Klimaschutzprojekte in Ländern des globalen Südens eingesetzt. Ein marktwirtschaftliches Instrument stellen Gütesiegel und Zertifizierungslabel dar. Es gibt eine Vielzahl solcher Zertifizierungen mit unterschiedlicher Reichweite, Durchschlagskraft und Qualität (vgl. RNE 2016). Grundlage sind meistens formalisierte Bewertungssysteme aus Kriterien und Indikatoren, anhand derer Nachhaltigkeitsleistungen der Freizeitwirtschaft gemessen und zertifiziert werden können (Stecker 2010, S. 316f). Im Rahmen sog. CSR Berichte (CSR = *Corporate Social Responsibility*) können Unternehmen der Freizeitbranche wiederum ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung dokumentieren, indem sie über gesetzliche Vorgaben hinaus soziale und ökologische Verantwortung in ihrem Kerngeschäft übernehmen. Schließlich kommt der (Aus)-Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im Freizeitsektor entscheidende Bedeutung zu. Denn nur wer die Fähigkeit besitzt, Probleme nicht nachhaltiger Entwicklung zu erkennen und Wissen über geeignete Lösungsansätze anwenden zu können, wird später auch im Berufsleben entsprechend handeln können. Für den formellen Bildungsbereich kommt eine Statusanalyse der aktuellen Ausbildungssituation im Freizeit- und Tourismusbereich an deutschen Berufs- und Hochschulen allerdings zu dem

Schluss, dass noch deutliche Defizite in Bezug auf eine ganzheitliche Ausbildung bestehen. Immerhin befassen sich aber zunehmend Studiengänge systematisch mit den Themen Nachhaltigkeit und Lebensqualität, die wiederum Vorbild für die curriculare Neuausrichtung anderer Studiengänge sein könnten (Stecker & Gernig 2011). Gleiches gilt für die Forschung, die sich ebenfalls stärker Fragen einer nachhaltigen Freizeitentwicklung widmen muss.

Letztlich wird es aber ohne tief greifende Änderungen unseres Freizeitverhaltens und einen Verzicht auf endloses Wachstum keine langfristig tragfähige Lösung für die Branche geben. Forschungsergebnisse zeigen, dass die notwendigen Verhaltensänderungen u.a. über eine geschickte Kommunikation und gezielte Marketing-Strategien, z.B. hinsichtlich der Wahl ökologisch ausgerichteter Freizeiteinrichtungen oder der Wahl des Reiseziels und des Verkehrsmittels, durchaus gelingen können. Diese innovativen Vermarktungskonzepte versuchen, Nachhaltigkeit mit primären Freizeitmotiven der Bundesbürger, wie Naturerleben, Gesundheit und regionale Küche, geschickt zu verknüpfen (vgl. Schmied et al. 2009). Allerdings sollte die Verantwortung für eine nachhaltige Gestaltung unserer Freizeit nicht nur der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft überlassen werden. Viel wichtiger ist in diesem Zusammenhang, dass jeder Einzelne sich seines Handelns in der Freizeit und besonders der Folgen dieses Handelns bewusst wird. Und dass aus dem Bewusstsein heraus auch eine Bereitschaft zur Änderung des Verhaltens erwächst. Wie formulierte Mahatma Gandhi doch so treffend: „Wahre Zivilisation besteht nicht in der Vervielfachung der Bedürfnisse, sondern in freiwilliger, wohl überlegter Einschränkung der Wünsche.“ Man bräuchte nur das Wort „Zivilisation“ in diesem Zitat durch das Wort „Freizeit“ ersetzen, um anzudeuten, worum es letztendlich bei einem wesentlichen Teil unserer Lebenszeit geht. Dass diese freiwillige, wohlüberlegte Einschränkung von Freizeitkonsumbedürfnissen nicht primär im negativen Kontext des bloßen Verzichts, sondern vielmehr als Bereicherung für ein heiteres und sinnstiftendes Leben wahrgenommen wird, dazu werden auch die Wissenschaftler/innen der Fakultät Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule Bremen durch Entwicklung und Umsetzung geeigneter Konzepte und kreativer Ideen wichtige Beiträge leisten können.

5. Fazit und Ausblick

Freizeit braucht Nachhaltigkeit, um Freizeit- und Erholungsräume zu erhalten und die Lebensqualität zu sichern. Umgekehrt benötigt Nachhaltigkeit aber auch die Freizeit, weil diese - im Gegensatz zur nicht frei verfügbaren Arbeitszeit - vielfältige Potentiale und Interaktionsräume bietet, um nicht nur eine neue Zeitkultur der Muße und Entschleunigung, sondern auch nachhaltigere Konsumstile ausprobieren und einüben zu können. Dennoch ist und bleibt die Gestaltung positiver Wechselwirkungen zwischen Freizeit, Nachhaltigkeit und Lebensqualität eine mühsame Gratwanderung, die bei strikter Beachtung ethischer Handlungsmaximen tatsächlich zu einer ökologisch und soziokulturell verträglichen Entwicklung und damit zu mehr Lebensqualität beitragen, aufgrund der eingangs skizzierten Wachstumsdynamik des Freizeitsektors aber auch eine nicht-nachhaltige Entwicklung befördern kann. Die Hoffnung bleibt, dass aus dem schmalen Grat ein begehrter und sicherer Pfad wird.

Literatur

- Agricola, S. (2002): Wirtschaftsfaktor Freizeitindustrie. In: Öko-Institut e.V. (Hrsg.): Freizeitgesellschaft zwischen Umwelt, Spaß und Märkten. Freiburg, S. 157-187.
- Baumgartner, Ch.& Reeh, T. (2001): Erlebniswelten im ländlichen Raum. Ökonomische und soziokulturelle Auswirkungen. München: Profil Verlag.
- Becker, C., Job, H.& Witzel, A. (1996): Tourismus und nachhaltige Entwicklung. Grundlagen und praktische Ansätze für den mitteleuropäischen Raum. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- BfN - Bundesamt für Naturschutz (1997): Biodiversität und Tourismus. Konflikte und Lösungsansätze an den Küsten der Weltmeere. - Springer. Berlin. Heidelberg.
- BfN - Bundesamt für Naturschutz (2018): Gebietsschutz/ Großschutzgebiete. In: <https://www.bfn.de/themen/gebietsschutz-grossschutzgebiete.html> (zuletzt aufgerufen am 22.06.2018).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys. In: <https://www.bmfsfj.de/blob/113702/53d7fdc57ed97e4124ffec0ef5562a1/vierter-freiwilligensurvey-monitor-data.pdf> (zuletzt aufgerufen am 30.10.2017).
- BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2016): Naturbewusstsein 2015. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologische Vielfalt. Berlin.

- BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2017): Umweltbewusstsein in Deutschland 2016. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2010): Mobilität in Deutschland 2008. In: http://www.mobilitaet-indeutschland.de/pdf/MiD2008_Praesentation_Abschlussveranstaltung_August2009_Fassung_Maerz2010.pdf (zuletzt aufgerufen am 01.03.2013)
- BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – Landesverband Rheinland-Pfalz (2010): [http://www.bund-rlp.de/startseite/Flächenverbrauch und Bodenschutz .SkihalleIdarkopf](http://www.bund-rlp.de/startseite/Flaechenverbrauch_und_Bodenschutz_SkihalleIdarkopf). In: http://www.bund-rlp.de/themen_projekte/flaechenverbrauch_bodenschutz/skihalle_idarkopf/ (zuletzt aufgerufen am 01.03.2013).
- DTV - Deutscher Tourismusverband e.V. (2012): Zahlen – Daten – Fakten 2011. Berlin.
- Forum Umwelt & Entwicklung (1998): Tourismus und nachhaltige Entwicklung. Positionspapier zur Vorlage bei der CSD 7. Bonn. In: http://www.oete.de/dokumente/23_positionspapier_fue_csd_1998.pdf (Abruf am 27.02.2013)
- Freericks, R., Hartmann, R. & Stecker, B. (2010): Freizeitwissenschaft. Handbuch für Pädagogik, Management und nachhaltige Entwicklung. Oldenbourg – München.
- Freericks, R.; Brinkmann, D. & Wulf, D. (2017): Didaktische Modelle für außerschulische Lernorte. Bremen: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit. Bremen.
- Freyer, W. (2006): Tourismuspolitik. In: FREYER: Tourismus. Einführung in die Fremdenverkehrsökonomie. Oldenbourg, S. 353-417.
- Müller, H. (2008): Freizeit und Tourismus. Eine Einführung in Theorie und Politik. Universität Bern Forschungsinst. f. Freizeit u. Tourismus; 11. erw. u. aktualisierte Auflage.
- Müller, H. (2007): Tourismus und Ökologie. Wechselwirkungen und Handlungsfelder. 3. überarbeitete Auflage, München: Oldenbourg.
- Opaschowski, H. (2008): Zur Lebensqualität im 21. Jahrhundert. In: Spektrum Freizeit. Heft I/II. S. 54-57.
- Revermann, C. & Petermann, T. (2003): Tourismus in Großschutzgebieten. Impulse für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Berlin: Edition Sigma.
- RNE - Rat für Nachhaltige Entwicklung (2016): Der nachhaltige Warenkorb. Einfach besser einkaufen. Ein Ratgeber. Berlin. 6. komplett überarbeitete Auflage (Stand November 2016).
- Rosa, H. (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft. 9. Auflage 2012.
- Schewe, J. (2002): Entwicklungen und Tendenzen in der Freizeitwirtschaft. Vortrag im Rahmen der zweiten Konferenz der Gartenamtsleiter NRW (GALK), Mönchengladbach, am 05.09.2002, 9 S. In: http://www.galk.de/down/msp_vortrag_020905 (letztmals abgerufen am 25.01.2013).

- Schmied, M.; Götz, K.; Kreilkamp, E.; Buchert, M.; Hellwig, H. & Otten, S. (2009): Traumziel Nachhaltigkeit. Innovative Vermarktungskonzepte nachhaltiger Tourismusangebote für den Massenmarkt. Physica-Verlag, Heidelberg.
- Stecker, B. (2016): Tourismus. In: Ott, K.; Voget-Kleschin, L; Dierks, J. (Hrsg.): Handbuch Umweltethik. Verlag J.B. Metzler, Stuttgart/Weimar, S. 297-304.
- Stecker, B. (2010): Ökologie und Nachhaltigkeit in der Freizeit. In: Freericks, R.; Hartmann, R.; Stecker, B. (2010): Freizeitwissenschaft. Handbuch für Pädagogik, Management und nachhaltige Entwicklung. München: Oldenbourg, S. 240-352.
- Stecker, B. (1993): Modell-Forstbetrieb in Kanada: Naturerlebnisse und Umwelterziehung als Nebennutzen des Waldes. Allgem. Forstzeitschr., München 48,4, S. 178-180.
- Stecker, B. & Gernig, B. (2011): Ausbildung für nachhaltigen Tourismus – Eine Analyse tourismusbezogener Studiengänge an deutschen Hochschulen. In: Natur und Landschaft – Zeitschrift für Naturschutz und Landschaftspflege 86. Jg., 12, S. 548-552.
- Stiftung für Zukunftsfragen (2012): Forschung aktuell – Newsletter. Ausgabe 239 , Hamburg , S.2 In: <http://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/uploads/media/Forschung-Aktuell-239-Freizeit-Monitor-2012.pdf> (zuletzt aufgerufen am 01.03.2013).
- SV Werder Bremen (2012):Lebenslang umweltbewusst. In: <http://www.werder.de/de/werder-bewegt/lebenslang-umweltbewusst/index.php> (zuletzt aufgerufen am 01.03.2013).
- UBA – Umweltbundesamt (2002): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland: Die Zukunft dauerhaft und umweltgerecht gestalten. Berlin: Erich Schmitt Verlag, S. 239-280.
- UBA – Umweltbundesamt (2017): Daten zur Umwelt. CO₂-Emissionen nach Quellregionen. In: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgasemissionen-in-deutschland#textpart-1> (Abruf am 23.06.2018).
- WCED – World Commission on Environment and Development (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht an die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (deutsche Fassung) In: http://www.bneportal.de/coremedia/generator/unesco/de/Downloads/Hintergrundmaterial_international/Brundtlandbericht.pdf (zuletzt aufgerufen am 01.03.2013).
- WWF – World Wide Fund for Nature (2014): Living Planet Report 2014. In: http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_LPR2014_Kurzfassung.pdf (Abruf am 22.06.2018).
- ZEIT ONLINE (2018): Klima - Tourismus für acht Prozent des Treibhausgasausstoßes verantwortlich. In: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-05/klima-tourismus-acht-prozent-treibhausgasausstosses> (Abruf am 22.06.2018).

Es handelt sich bei diesem Beitrag um eine überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Fassung eines Artikels, der 2013 erstmals wie folgt veröffentlicht wurde:

Stecker, B.; Oldenburg, C. (2013): Freizeit und Nachhaltigkeit – Duell oder Duett? In: Freericks, R.; Brinkmann, D. (Hrsg.): Lebensqualität durch Nachhaltigkeit? IFKA-Tagungsdokumentation. 2. Bremer Freizeitkongress, S. 15 – 36.

Nachhaltiger Tourismus als Baustein der Lebensqualität – Fallstudie zum Potenzial der Modernistischen Architektur im Städtetourismus

Rainer Hartmann

1. Einleitung: Nachhaltiger Tourismus als Baustein der Lebensqualität

Wer verantwortungsvoll und den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung folgend den Tourismus in einem Zielgebiet entwickelt, muss das Gemeinwohl und die Lebensqualität als existenzielle Handlungsfelder in seine strategischen Überlegungen integrieren. So wird es im Praxisleitfaden „Nachhaltigkeit im Deutschlandtourismus“ als zentrale Anforderung definiert (DTV 2016, S. 11ff). Er beruht auf Kriterienkatalogen für nachhaltige Tourismusentwicklung, die sowohl auf europäischer als auch globaler Ebene Gültigkeit beanspruchen (Europäische Kommission 2016 und GSTC 2018).

Entsprechend des konzeptionellen Ansatzes der Nachhaltigkeit und des nachhaltigen Tourismus stehen die drei Dimensionen der Ökologie, der Ökonomie und des Sozialen gleichberechtigt nebeneinander. Im Handlungsfeld der sozialen Nachhaltigkeit leistet der Tourismus idealerweise einen Beitrag zu Erhalt und Förderung von Gemeinwohl, Gleichstellung, Lebensqualität und gerechter Teilhabe der gastgebenden Bevölkerung (vgl. DTV 2016, S. 70).

Der Begriff der Lebensqualität wird in diesem Zusammenhang als Kombination von objektiven Lebensbedingungen (z. B. befriedigendes Einkommen, intakte Umwelt, Zugang zu Bildung und Gesundheitseinrichtungen) und subjektivem Wohlbefinden (Wahrnehmung und Bewertung des eigenen Lebens) verstanden. Damit wirken die Dimensionen der Nachhaltigkeit komplementär in beide Aspekte der Lebensqualität hinein. Im Rahmen eines nachhaltigen Tourismus müssen angemessene soziale Rahmenbedingungen für die Tourismusbeschäftigten geschaffen werden. Auch die Teilhabe an der touristischen Entwicklung ist ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität vor

Ort. Die Einheimischen sollen am Tourismus partizipieren, ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement ist entsprechend einzubinden. Authentische und attraktive lokale Angebote im Tourismus machen vielerorts den entscheidenden Unterschied (vgl. DTV 2016, S. 72ff).

Gleichzeitig ist der Tourismus auch ein wichtiger Baustein der Lebensqualität für die Reisenden. Allein in Deutschland unternimmt jedes Jahr drei Viertel der Bevölkerung eine Urlaubsreise von mehr als vier Tagen. Dazu kommen etwa genauso viele Kurzreisen (2-4 Tage) und unzählige Tagesreisen (vgl. FUR 2018). Reisen tragen somit als bedeutende Freizeitbeschäftigung zum psychischen und sozialen Wohlbefinden der Menschen bei. Dementsprechend ist auch der Faktor Gästezufriedenheit für das Management in den Destinationen ein wichtiges Kriterium für nachhaltigen Tourismus. Im Ergebnis geht es darum, im Sinne des Qualitätsmanagements die Gästeerwartungen zu erfüllen bzw. möglichst zu übertreffen.

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit im Tourismus ist in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus gerückt, insbesondere im Hinblick auf die Lebensqualität der Einwohner. In immer mehr Zielgebieten übersteigt der Tourismus inzwischen die Grenzen der Belastbarkeit. Der Boom von Städtereisen führt z. B. Barcelona, Venedig oder Rom deutlich an die Grenzen ihrer Aufnahmekapazität. Dort gehen die Einheimischen bereits auf die Straße, um gegen den Tourismus zu protestieren. Und auch für die Gäste wird der Besuch immer mehr zum Spießrutenlauf. Überall verhindern überbordende Menschenmassen das authentische Reiseerlebnis für den Einzelnen. Der Tourismus erweist sich hier als „Täter“ für eine Entwicklung, die schon längst nicht mehr als nachhaltig zu bezeichnen ist: Menschen werden aus ihren städtischen Wohngebieten verdrängt (Ausbreitung von Airbnb), durch zu viele Touristen belästigt oder die Preise steigen. Für dieses Phänomen wurde der Begriff Overtourism kreiert. Er „bezeichnet den Zustand einer Destination, in der die lokale Bevölkerung und/oder die Besucher ihrem Gefühl Ausdruck verleihen, dass die Anzahl der Touristen ein erträgliches Maß überstiegen hat und sich dadurch die Lebensqualität und/oder das Besuchserlebnis in nicht mehr akzeptabler Weise verschlechtert haben“ (Hartmann 2018, S. 69).

Doch Touristen können auch zu „Rettern“ von sensiblen Landschaften und Kulturgütern werden, wenn sie rücksichtsvoll und ressourcenschonend Urlaub machen, sich an Regeln halten und intensiv auf die Kultur eines (fremden) Landes einlassen. Aus Sicht des Destinationsmanagements bedarf es

geeigneter Strategien, um die negativen Effekte des Tourismus einzudämmen und eine Entlastung zu schaffen. Es geht u. a. darum, die Touristenströme zu entflechten, sie zeitlich und/oder räumlich besser zu verteilen und den Besuchern abseits der etablierten Zielorte oder Sehenswürdigkeiten attraktive Alternativen anzubieten.

Genau an dieser Stelle kann der Architekturtourismus mit entsprechenden Nischenangeboten eine besondere Rolle einnehmen. Die folgende Fallstudie fokussiert dabei auf die Besonderheiten der Architektur der Klassischen Moderne und untersucht deren Potenziale im Rahmen des Städtetourismus. Nachhaltig für den Tourismus in Szene gesetzt, könnte sie sich als ein Baustein der Lebensqualität sowohl für Einheimische als auch Besucher erweisen.

2. Problemstellung und Zielsetzung

Der Städtetourismus boomt und erreicht an manchen Orten bereits die Grenzen seiner Tragfähigkeit. Er zählt seit mindestens zwei Jahrzehnten in seinen sehr unterschiedlichen Facetten sowohl national als auch international zu den Urlaubsformen mit kontinuierlichen Steigerungsraten. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die zunehmende Mobilität breiter Bevölkerungsschichten in den Schwellenländern sowie den Trend zu Kurzreisen innerhalb Europas. Billigflieger und Kreuzfahrtschiffe heizen den Trend zusätzlich an, indem sie etablierte Ziele ansteuern und regelmäßig neue Destinationen auf die touristische Landkarte bringen. Im Fokus stehen dabei in vielen Fällen Werke der Architektur, die z. T. auch den Status des UNESCO-Welterbes besitzen.

Architekturtourismus kann als eine Form des (Kultur-)Tourismus verstanden werden, bei der vorrangig Architektur besichtigt wird. Prestigeträchtige Architektur ist kein neues Phänomen und neue Bauten werden bereits als Tourismusmagneten konzipiert (z. B. die Elbphilharmonie in Hamburg), wobei globale Marketingüberlegungen häufig schon in der Entwurfs- und Bauphase einfließen. Weiter ist seit den späten 1990er Jahren ein globales Phänomen zu beobachten, dass zunehmend zeitgenössische Bauten wie das Guggenheim Museum in Bilbao zum Reiseziel nicht nur von Architekturkennern, sondern auch für ein Massenpublikum geworden sind – der „Bilbao-Effekt“. Diese Architekturen besitzen meist einen USP, d. h. ein Alleinstel-

lungsmerkmal. Die Architekten arbeiten mit besonders ungewöhnlichen Formen und bieten einzigartige Raumerlebnisse an. Oft sind es auch Bauten, die aufgrund des entwerfenden Stararchitekten Beachtung erlangen und schon durch dessen Namen breite Besucherschichten ansprechen (vgl. Haass 2017, S. 52ff und Hayashi-Reimers 2013, S. 35ff).

Doch um als neuer Tourismusort sichtbar zu werden, bedarf es einer breiten medialen Aufmerksamkeit. Diese erlangt man nur, wenn das Angebot besonders spektakulär und/oder für eine breite Zielgruppe relevant ist. Jenseits der spektakulären Architektur oder von Bildungsreisen für Architekturinteressierte wird von Touristen eher „ein freundliches Ambiente aus guter Architektur“ wahrgenommen (Haass 2017, S. 24). Im Prinzip lässt sich für den Architekturtourismus daraus die gleiche These ableiten wie sie für den Kulturtourismus. Im Allgemeinen gilt: Architektur im Urlaub ist etwas für viele, im Zentrum der Reisen steht sie aber nur bei wenigen (vgl. FUR 2011, o. S. und Abbildung 1).

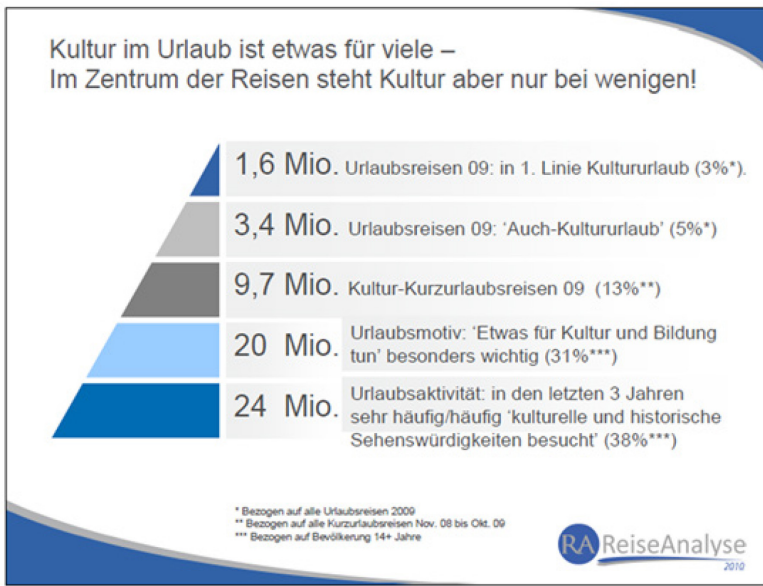


Abbildung 1: Potenziale des Kulturtourismus; Quelle: FUR 2011, o. S.

Unter welchen Bedingungen sich Architektur von der beiläufigen Wahrnehmung als „freundliches Ambiente“ oder dem ungeplanten Besuch architek-

tonischer Sehenswürdigkeiten zum Hauptmotiv einer Reise entwickeln könnte, ist wenig untersucht. Und inwiefern solche Phänomene fördernden Faktoren auch für die Architektur der Klassischen Moderne gelten ist völlig offen.

Der Impuls für das Forschungsinteresse ging von der Kandidatur der Stadt Asmara (Hauptstadt von Eritrea) für die Aufnahme in das UNESCO-Weltkulturerbe 2016 aus. Asmara verfügt über eines der weltweit größten zusammenhängenden Ensembles modernistischer Architektur, das dort im Zuge der italienischen Kolonialpolitik in den 1930er Jahren entstanden ist (vgl. Bader 2016, S. 86ff und Denison et al. 2007, S. 16f). Tatsächlich wurde Asmara als ein außergewöhnliches Beispiel für modernistische Stadtplanung im afrikanischen Kontext in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen (vgl. DUK 2017, o. S.). Das birgt die Chance, die touristischen Potenziale Eritreas, die seit dem Grenzkrieg mit Äthiopien 1998-2000 brachliegen, neu zu beleben.

Wie oben bereits beschrieben, ist das touristische Potenzial der Architektur der Klassischen Moderne bislang nicht explizit erforscht. Damit fehlen auch wissenschaftliche Erkenntnisse, die auf entsprechende Destinationen transferiert werden könnten. Die Frage ist: Haben Städte mit modernistischen Ensembles – wie z.B. in Asmara – eine Chance, sich damit nachhaltig auf dem Tourismusmarkt zu etablieren?

Die vorliegende Studie zielt darauf ab, das Potenzial der Klassischen Moderne als Attraktivitätsfaktor im Städtetourismus im internationalen Vergleich zu erforschen und damit auch Rückschlüsse auf Asmara zu ziehen. Neben einem rein wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse birgt die Entwicklung der touristischen Potenziale der modernistischen Architektur die Chance, das bauliche Kulturerbe einer Stadt ökonomisch in Wert zu setzen, einen Beitrag zur Lebensqualität der Einwohner zu leisten und die Architektur im gleichen Zug als Imagefaktor für die Markenentwicklung der jeweiligen Stadt zu nutzen.

3. Architektur und Städtetourismus

„Städte und Architektur sind für den Tourismus eine untrennbare Symbiose.“ (Haass 2017, S. 98) Besonders größere Städte sind als Destinationen attraktiv, weil sie neben einem vielfältigen Angebotsmix auch durch Illumi-

nationen, Wasser im Stadtraum und gut gestaltete Wasserfronten und Promenaden punkten. Gute Gestaltung in der Stadtplanung und ihre Inszenierung ist nicht nur eine Kulisse, sondern auch ein touristisches Produkt an sich (vgl. ebd.).

Der „Bilbao-Effekt“ hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass die Architektur in Form von Gebäuden oder ganzen Ensembles einen der wichtigsten Attraktivitätsfaktoren in Städte-Destination darstellen kann. Spektakuläre Architektur besitzt offensichtlich das Potenzial, auch unbekannte Orte zu neuen touristischen Reisezielen zu machen (vgl. Steinecke 2008, S. 190ff). Der Zukunftsforscher Matthias Horx prophezeit bezüglich der Tourismusziele der Zukunft, dass neue, ungewöhnliche Ziele sich als Hotspots des 21. Jahrhunderts erweisen werden (vgl. Zukunftsinstitut 2011, S. 77ff).

Auch die Analyse der Nachfrage unterstreicht, dass historisch oder architektonisch interessante Gebäude die wichtigsten Ziele bei der Nutzung von kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen auf Urlaubsreisen sind (vgl. FUR 2012, o. S. und Tabelle 1).

Einrichtung/Veranstaltung	Anteil Interessenten
Historisches oder architektonisch interessantes Gebäude	34 %
Museum (inkl. Kunstmuseum/Galerie)	31 %
Stadt-/Volksfest	21 %
Zoo/Tierpark	12 %
Sportveranstaltung	7 %
Kino	6 %

Tabelle 1: Nutzung von kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen auf Urlaubsreisen; Quelle: FUR 2012, o. S.

Um welche Art von Gebäuden oder Ensembles es sich dabei handelt, lässt sich durch eine Analyse der 50 meistbesuchten Sehenswürdigkeiten der Welt (vgl. Travelbook.de 2017, o. S.) herausarbeiten. Folgende Gemeinsamkeiten als offensichtliche Erfolgsfaktoren mit Bezug zum Architekturtourismus sind erkennbar:

- Sie liegen vorwiegend in touristisch bereits sehr gut erschlossenen Ländern (USA, Frankreich, Japan, China etc.), Regionen oder Städten
- Freizeitparks ausgenommen, handelt es sich zumeist um Einzelgebäude (Kirchen, Tempel, Paläste, Museen etc.)

- Die entsprechenden Gebäudekomplexe (v. a. Pier, Waterfront), Plätze oder Straßenabschnitte sind bereits touristisch hoch „aufgeladen“ (z. B. Times Square in New York oder Strip in Las Vegas), d. h. die Dichte an Angeboten speziell für Touristen ist dort bereits extrem hoch.

Das Potenzial des Architekturtourismus wird auch durch eine Studie der Deutschen Zentrale für Tourismus unterstrichen. Demnach gehören die historischen Altstädte von Heidelberg, Rothenburg o. d. T., Dresden, Erfurt, Bamberg, Lübeck und Regensburg zu den beliebtesten Reisezielen ausländischer Touristen in Deutschland (vgl. DZT 2017, o. S.). Und der Stellenwert der Architektur für den Tourismus hat in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen. Weber (2009, S. 95f) konstatiert, eine für Touristen interessante Architektur müsse u. a.

- einer stringenten Gesamtpformance folgen,
- glaubwürdig und authentisch sein,
- nachhaltig und ökologisch verantwortlich sein sowie
- identitätsfördernd bzw. -stiftend sein.

Zudem scheint es sehr wichtig zu sein, dass Architektur visuell in Szene gesetzt und medial vermarktet werden kann. Denn im touristischen Marketing zeigen 80 % aller werblichen Bilddarstellungen Gebäude (vgl. Haass 2017, S. 58). Besonders alleinstehende Gebäude und/oder ikonoklastische Formen sind sehr „fotogen“ und lassen sich gut als Ikonen des Städtetourismus vermarkten (vgl. Schwarzer 2005, S. 24ff).

Ob die besondere Architektur in einer Stadt nur als Kulisse wahrgenommen wird oder sich tatsächlich zu einem wichtigen Besuchsgrund für eine Destination entwickelt, hängt nicht nur von der Qualität und Inwertsetzung des jeweiligen Angebots ab, sondern auch von der spezifischen Nachfrage. Auf die Potenziale des Kulturtourismus und seine Intensitätsstufen wurde bereits weiter oben eingegangen. Pröbstle (2014, S. 301ff) hat den quantitativen Ansatz der FUR durch eine qualitative Analyse vertieft (vgl. Abbildung 2).

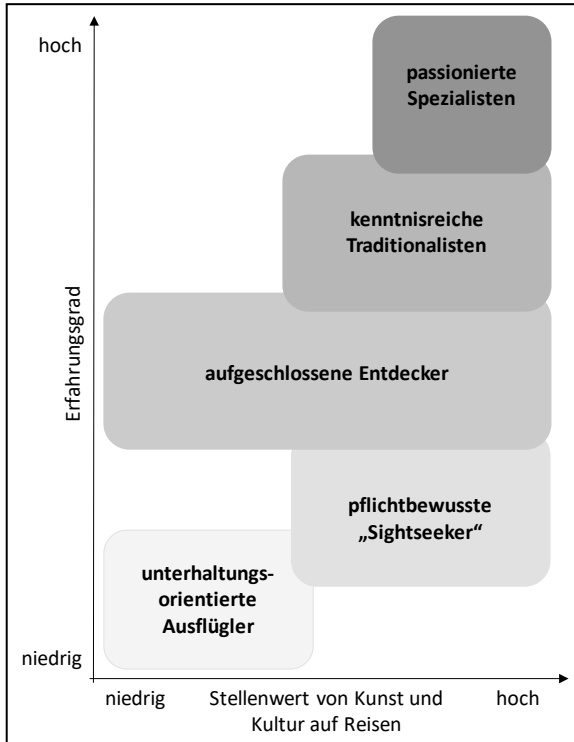


Abbildung 2: Typen von Kulturtouristen; Quelle: Pröbstle 2014, S. 304

Übertragen auf den Architekturtourismus verdeutlicht ihre Typisierung, dass speziell Architekturinteressierte als „passionierte Spezialisten“ wohl nur einen geringen Anteil möglicher Besucher ausmachen. Die Herausforderung für die Tourismus-Marketer liegt darin, die weniger erfahrenen und/oder weniger interessierten Besucher als Zielgruppe zu erschließen und durch geeignete Maßnahmen für ein Gebäude oder ein Ensemble zu begeistern.

Insgesamt bleibt das Thema Architektur als Hauptmotiv des Reisens in der wissenschaftlichen Tourismusforschung bislang unterbelichtet. Die meisten Untersuchungen beziehen sich unter dem Begriff „Tourismus-Architektur“ auf speziell für den Tourismus erstellte Bauwerke (Ferienhotellerie, Freizeitparks, Museen oder Erlebniswelten) oder fokussieren auf Bauwerke und Ensembles aus weit zurückliegenden Epochen (Antike, römisches Reich, Mittelalter). Schwarzer (2005, S. 20f) stellt fest, dass moderne Architektur,

die nach 1900 erbaut wurde, nur in wenigen Ausnahmefällen auf Postkarten, in Reiseführern oder bei Stadtführungen thematisiert wird. Die meisten modernistischen Gebäude seien darüber hinaus, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt zu besichtigen. Es fehle also an Information und an Besuchsoptionen.

Die touristische Nachfrage bzw. der Anbietermarkt für die Architektur moderner Epochen – wie der Klassischen Moderne – ist bislang nicht systematisch erforscht. Die Frage ist, ob Städte mit entsprechenden Ensembles eine Chance haben, sich damit nachhaltig auf dem Städtetourismusmarkt zu etablieren. Weltweit existiert bereits eine ganze Reihe von Gebäuden und Ensembles der Klassischen Moderne, die zu den besonderen Attraktionen im jeweiligen Städtetourismus zählen. Einige von ihnen stehen auch auf der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes: das Bauhaus in Dessau und Weimar, die Weißenhof-Siedlung in Stuttgart, der Stadtkern von Le Havre oder die „Weiße Stadt“ in Tel Aviv. Im nächsten Schritt werden die Spezifika dieser Stilrichtung und deren besondere Potenziale für die touristische Inwertsetzung analysiert.

4. Besonderheiten der Architektur der Klassischen Moderne

„Die Zukunft ist jetzt“, betitelt die ZEIT am 21.12.2016 ihre Sonderbeilage zum Bauhaus, das 2019 sein 100jähriges Gründungsjubiläum feiert. Bis heute sind die Ideen und Design-Prinzipien des 1919 in Weimar gegründeten Bauhauses hochaktuell. International anerkannt steht das Bauhaus-Konzept auf einer Stufe mit deutscher Ingenieurskunst und dem Etikett „Made in Germany“. Noch heute übt die Philosophie des Bauhauses Einfluss auf die globalisierte Gesellschaft des 21. Jahrhunderts in aller Welt aus. Sie hat einen prägenden Einfluss auf internationale Vorstellungen von zeitgenössischem und sozialem Entwerfen, Bauen und Zusammenleben. Die Gedanken des Bauhauses werden bis heute von Kunst-, Architektur- und Designschulen in aller Welt weitergetragen (vgl. Rauterberg 2016, S. 57). Gleichzeitig wird das Bauhaus als eigentlicher Beginn der Klassischen Moderne nach dem Ersten Weltkrieg gesehen. Auch wenn der Deutsche Werkbund bereits zuvor erste Theorien entwickelte und Experimente durchführte, wie z. B. die Kölner Werkbundaussstellung 1914 oder später die Weißenhofsiedlung in Stuttgart 1927 (vgl. Deutscher Werkbund 2015, o. S.).

Insgesamt umfasst die Moderne in der Architektur einen enormen Stilkomplex. Die Klassische Moderne – zwischen den beiden Weltkriegen – wurde vornehmlich von Architekten wie Walter Gropius, Le Corbusier, Ludwig Mies van der Rohe, Frank Lloyd-Wright oder Alvar Aalto geprägt. Sie vereinen verschiedene Strömungen, die sich oft nicht eindeutig voneinander abgrenzen lassen: Expressionismus, Bauhaus, Neues Bauen, Internationaler Stil, Art Deco oder Razionalismo in Italien. Technische Grundlage für die Architektur der Klassischen Moderne ist die Verwendung der Baumaterialien Stahl, Glas und Beton. Die ästhetischen Prinzipien der Klassischen Moderne lassen sich auf drei pointierte Leitsätze reduzieren: Form follows function (Louis Sullivan), Less is more (Ludwig Mies van der Rohe) und der Verzicht auf Zierornamente (Adolf Loos). Die Gebäudegestaltung leitet sich demnach von der architektonischen Funktion ab (u. a. sichtbare Bauskelette und Versorgungsleitungen) und die Ausgestaltung ist oft sehr schlicht. Doch in manchen Varianten wurde auch auf die strikte Verwendung rechter Winkel verzichtet und geschwungene Formen bevorzugt, um die damals neuen Möglichkeiten des Betonbaus zu nutzen (vgl. Kretschmer 2013, S. 105ff).



Abbildung 3: Bauhausschule in Dessau; © Rainer Hartmann

Die Schlichtheit und Ubiquität der Klassischen Moderne, die bis heute weltweit in die Architektur einwirkt – also bis in die Gegenwart präsent ist –, führen dazu, dass die Bauwerke dieser Epoche in den meisten Fällen nicht als spektakulär oder auch nur besonders beachtenswert wahrgenommen werden (vgl. Abbildung 3). Die Frage bleibt, unter welchen Umständen diese Wahrnehmung sich ggf. verändert oder beeinflusst werden kann?

5. Methodisches Vorgehen

Die Potenzialanalyse stützt sich auf einen Methodenmix aus Sekundär- und Primärforschung. Sie beginnt mit einer Literaturanalyse und Desktop Research zum Architekturtourismus, zur Klassischen Moderne und zu Städten mit besonderen Ensembles dieser Epoche. Folgende Leitfragen wurden formuliert:

- Wie stellt sich die bestehende touristische Inwertsetzung dar?
- Bestehen Kooperationen zwischen der Kulturstätte und der Destination, einem Reiseveranstalter oder mit Partnerstädten (Netzwerk)?
- Wie ist der Stand der Entwicklung von touristischen Produkten (Museum, Dokumentation, Besucherzentrum, Führungen etc.)?
- Gibt es eine systematische Vermarktung bzw. Strategien zur Besuchergewinnung?
- Welche Kommunikationsinstrumente werden eingesetzt (Print, E-Marketing, Soziale Medien etc.)?

Die anschließende Primärforschung bestand aus neun Expertengesprächen mit Vertretern ausgewählter Destinationen (Architektur-/Kulturvertreter und Tourismus-Vermarkter) sowie einem Reiseveranstalter. Alle Gespräche wurden vom Autor in Form von persönlichen Interviews jeweils vor Ort durchgeführt. Dazu wurde ein offener Gesprächsleitfaden, der sich an den o. g. Leitfragen orientierte entwickelt und die Gespräche anschließend transkribiert und systematisch anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Zudem wurde in den ausgewählten Destinationen jeweils ein Vor-Ort-Check vorgenommen (teilnehmende Beobachtung mit Checkliste, angelehnt an die Leitfragen aus der Sekundäranalyse).

Die Auswahl der Untersuchungsorte orientierte sich an verschiedenen Kriterien, die das Untersuchungsfeld so eng wie möglich eingrenzen und zugleich eine räumliche Erreichbarkeit der Untersuchungsorte gewährleisten sollten. Es ging darum, einen erkennbaren Bezug zur Stadt Asmara herzustellen. Deshalb wurden UNESCO-Welterbestätten bevorzugt (Bedeutung der Orte und Asmara-Bezug), es erfolgte eine Beschränkung auf Ensembles der 1920-40er Jahre (Asmara-Bezug), der Bezug zum Razionalismo in Italien sollte gegeben sein (Asmara-Bezug) und möglichst auch die Quellmärkte für Eritrea-Urlauber berücksichtigt werden (v. a. Italien, Deutschland, Frankreich). Folgende Orte gingen in die Untersuchung ein:

- Siedlungen der Berliner Moderne (UNESCO-Welterbe)*
- Bauhaus in Dessau (UNESCO-Welterbe)*
- Weißenhofsiedlung in Stuttgart (UNESCO-Welterbe)*
- Fagus-Werke in Alfeld (UNESCO-Welterbe)
- Sabaudia (Italien, Razionalismo)*
- Tresigallo (Italien, Razionalismo)
- EUR, Stadtteil von Rom (Italien, Razionalismo)*
- Le Havre (Frankreich, UNESCO-Welterbe)
- Weiße Stadt in Tel Aviv (Israel, UNESCO-Welterbe).

6. Potenziale der Klassischen Moderne als Attraktivitätsfaktor im Städte-tourismus

In diesem Abschnitt werden einige der Untersuchungsorte (oben mit * gekennzeichnet) exemplarisch vorgestellt und deren Charakteristika sowie der Stand der touristischen Vermarktung skizziert. Zunächst erfolgt jeweils eine Vorstellung der Orte (Typus, Stadtgröße, Besucherzahl etc.). Anschließend geht es um die Dokumentation und Inszenierung der Orte, Fragen der Kommunikation und Kooperation und schließlich mögliche Stärken und Schwächen der Klassischen Moderne als touristische Attraktion.

Siedlungen der Berliner Moderne

„Die sechs im Jahr 2008 von der UNESCO in die Welterbeliste aufgenommenen Siedlungen der Berliner Moderne zeigen beispielhaft die Entwicklung und den Wertewandel im europäischen Wohnungsbau“ (Haspel/Jaeggi 2012, S. 8). Als Ergebnisse der Wohnreformbewegung vor allem in den 1920er und 30er Jahren trugen sie entscheidend zur Verbesserung der damaligen Wohn- und Lebensverhältnisse bei. Es handelt sich um Ensembles, die sich über die ganze Stadt Berlin (ca. 3,5 Mio. Einwohner) verteilen.

Berlin konnte 2015 etwas mehr als 30 Mio. Übernachtungen verzeichnen (DWIF Consulting 2016, o. S.). Die Stadt verfügt über ein enorm breites Angebot für Touristen und ist die Top 3-Destination in Europa. Die Siedlungen der Berliner Moderne sind auf der Tourismusplattform www.visitberlin.de nur auf eine gezielte Suche hin zu finden. Auf der Informationsplattform www.tripadvisor.de rangiert die Hufeisensiedlung als Teil der Berliner Moderne bei den Sehenswürdigkeiten Berlins auf Nr. 521 von 938 (vgl. TripAdvisor 2018a, o. S.). Die Bedeutung der Siedlungen der Berliner Moderne ist für den Tourismus in Berlin demnach sehr gering ausgeprägt.



Abbildung 4: Hufeisensiedlung in Berlin; © Berlin Partner GmbH/FTB-Werbefotografie

Neben einer Print-Broschüre und verschiedenen Flyern zu den einzelnen Siedlungen, existiert seitens der Berliner Senatsverwaltung eine Website der Siedlungen der Berliner Moderne. Die Dokumentation vor Ort erfolgt mittels dreier Infostationen (Siemensstadt, Hufeisensiedlung und Kiosk Siedlung

Schillerpark). Diese sind jedoch nur auf Anfrage geöffnet. Auch Führungen finden nur auf Anfrage und für größere Gruppen statt. Sie werden von dem externen Dienstleister Ticket B organisiert. Ein erlebnisorientiertes Eintauchen in die Zeit der Klassischen Moderne ist nur im Zuge der Besichtigung der Musterwohnung von Hans Scharoun in der Siemensstadt oder durch das Anmieten des originalgetreu eingerichteten Ferienhauses „Tautes Heim“ in der Hufeisensiedlung möglich (www.tautes-heim.de) (vgl. Abbildung 4).

Die Kommunikation erfolgt über vereinzelte Printmedien und die bereits erwähnten Homepages der Senatsverwaltung, der Berlin Marketing GmbH, des Veranstalters von Stadt- und Architekturführungen Ticket B sowie weiterer privater Anbieter (u. a. Fördervereine) zu den einzelnen Siedlungen. Eine Vernetzung ist nur partiell gegeben. Eine gemeinsame Vermarktung findet unter der thematischen Klammer „UNESCO Welterbe in Berlin“ statt.

Berlin ist eines der führenden Tourismusziele in Europa mit einer sehr breiten Angebotspalette im Bereich des Kulturtourismus. Die Siedlungen der Berliner Moderne sind nur eine von diversen Sehenswürdigkeiten im Portfolio der Hauptstadt. Aufgrund der Bedeutung und touristischen Vermarktung sehr vieler anderer Orte mit Architekturbezug (Brandenburger Tor, Reichstag, Potsdamer Platz, Berliner Dom etc.) stehen die Siedlungen sehr weit hinten im Ranking der Besuchsziele. Spektakuläre und herrschaftliche bzw. sakrale Architektur ist für den Großteil der Besucher offenbar attraktiver als nach außen eher unscheinbare Wohnbebauung. Zudem ist die Dokumentation und Erlebbarkeit des UNESCO-Welterbes nur sehr gering ausgeprägt (Interview Krüger 2017).

Bauhaus in Dessau

Die Bauhaus-Architektur in Dessau (und Weimar) ist seit 1996 auf der Liste des UNESCO-Welterbes. Das Bauhausgebäude, 1926 von Walter Gropius in Dessau erbaut, gilt als Schlüsselwerk der europäischen Moderne. Es wurde als Hochschule gebaut und in ihm manifestieren sich die zentralen Ideen des Bauhauses: Prinzipien des Funktionalismus mit herausragender architektonischer Qualität unter Verwendung der damals modernen Materialien wie Glas und Stahlbeton (vgl. Abb. 5). Zudem gelten die Meisterhäuser in Dessau als eine besondere baukünstlerische Leistung. Darüber hinaus hat die damalige Bauabteilung des Bauhauses weitere Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus geschaffen, die über die Stadt verteilt sind.



Abbildung 5: Meisterhaus in Dessau; © Rainer Hartmann

Die Stadt Dessau-Roßlau hat heute ca. 83.000 Einwohner und verfügt neben dem Bauhaus seit 2000 über eine weitere UNESCO-Welterbestätte: Der Wörlitzer Park ist ein bedeutender Teil des „Dessau-Wörlitzer Gartenreiches“, das in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts geschaffen wurde.

Dessau verzeichnet jährlich etwa 150.000 Übernachtungen und vermarktet sich als „Die Bauhausstadt im Gartenreich“, versucht also die beiden touristischen Besonderheiten in Einklang zu bringen. Darüber hinaus ist Dessau Teil des UNESCO-Biosphärenreservats „Mittelelbe“ mit seinen vielgestaltigen Auenlandschaften, das sich entlang von Elbe und Mulde durch ganz Sachsen-Anhalt zieht, und verfügt mit dem traditionsreichen Anhaltinischen Theater über das größte Theater des Bundeslandes (vgl. Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH 2017, o. S.). Auf der Informationsplattform www.tripadvisor.de belegt das Bauhaus in Dessau die beiden ersten Ränge. Zusammengenommen kann es damit als bedeutendste Attraktion der Stadt betrachtet werden (vgl. Tripadvisor 2018b).

Mit dem Besucherzentrum im Bauhausgebäude verfügt Dessau über eine zentrale Informations- und Dokumentationsplattform. Dort werden regelmäßige und zu festen Zeiten öffentliche Führungen durch den Hochschulkomplex, zu den Meisterhäusern und auch zur Bauhaussiedlung Dessau-Törten angeboten. Zudem existieren eine dauerhafte Sammlungspräsentation und weitere wechselnde thematische Ausstellungen. Als Empfehlung für Besucher wird ein „Bauhaus-Tag in Dessau“ angeboten, der auch eine optio-

nale Übernachtung in den ehemaligen Studentenzimmern des Ateliergebäudes beinhaltet. Im Sinne des Bauhauses ist die Einrichtung minimalistisch und einige Zimmer sind sogar historisch rekonstruiert worden. Flankiert wird dieses Angebot durch offene Werkstätten, internationale Forschungsprogramme für junge Künstler und weitere Events. Für das 100jährige Gründungsjubiläum des Bauhauses 2019 ist ein vielfältiges Programm geplant und Dessau wird zudem ein ganz neues „Bauhaus Museum Dessau“ erhalten (vgl. Stiftung Bauhaus Dessau 2018, o. S.).

Von Seiten der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau und der Stiftung Bauhaus Dessau gibt es eine Fülle von Informationsmaterial, das sowohl in Printform als auch online verfügbar ist. Die Kommunikation erfolgt primär über die bereits erwähnten Homepages. Eine Vernetzung zwischen den beiden Hauptakteuren in Dessau ist gegeben, zudem pflegt die Stiftung eine Reihe weiterer Kooperationen und Partnerschaften. In Erwartung des Gründungsjubiläums 2019 werden vielfältige Partnerschaften v. a. zu weiteren UNESCO-Welterbestätten des Bauhauses und der Moderne intensiviert und eigens eine Internetpräsenz – www.bauhaus100.de – aufgebaut.

Die Klassische Moderne – in Form des Bauhauses – ist für die Stadt Dessau das zentrale touristische Vermarktungsmotiv bzw. der Markenkern. Auch wenn die Stadtmarketinggesellschaft nicht allein darauf setzt, steht das Besuchsmotiv Bauhaus mit dem Bau des neuen Museums und dem Jubiläum klar im Zentrum der Stadt. Ein Problem innerhalb der Stadt ist die zögerliche Identifikation mit den damals radikalen Bauhäuslern, die nicht wirklich als Dessauer gesehen wurden und bis heute werden (Interviews Fackiner und Huskamp 2017).

Weißenhofsiedlung in Stuttgart

„Ein Manifest der Moderne“: In knapp vier Monaten entstand 1927 auf einem Hügel vor der Stadt Stuttgart die Weißenhofsiedlung, bestehend aus 33 kubischen Flachdachhäusern, die den Kern der damaligen Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung“ ausmachten. Das Ziel war es, zeitgemäße Antworten auf die Frage des Wohnens zu finden. 2016 wurden die beiden Häuser von Le Corbusier in der Weißenhofsiedlung mit weiteren Bauten des weltberühmten Architekten in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen. Der Ausstellungsleiter Ludwig Mies van der Rohe versammelte 1927 die 17 „charakteristischsten Vertreter der modernen Bewegung“ aus fünf Ländern in Stuttgart. Unter ihnen befanden sich Walter Gropius, Hans

Scharoun und der Altmeister der modernen Architektur Peter Behrens. Die meiste Aufmerksamkeit erreichte Le Corbusier, der zwei „Wohnmaschinen“ baute (vgl. Stuttgart-Marketing GmbH 2018, o. J. und Abbildung 6).



Abbildung 6: Haus Le Corbusier in Stuttgart; © Rainer Hartmann

Die Landeshauptstadt Stuttgart (620.000 Einwohner) verzeichnete 2016 etwa 3,7 Mio. Übernachtungen (Statistisches Bundesamt 2017, S. 4.2). Sie verfügt über ein sehr breites Angebot für Touristen und hat mit der Region Stuttgart ein attraktives Umland. Die Weißenhofsiedlung zählt zu den touristischen Highlights der Stadt, auch wenn die Besucherzahl des Museums mit ca. 30.000 relativ gering ist. Auf der Informationsplattform www.tripadvisor.de rangiert die Weißenhofsiedlung bei den Sehenswürdigkeiten in Stuttgart auf Platz 14 von 60 (vgl. Tripadvisor 2018c).

Seit Oktober 2006 befindet sich im Haus Le Corbusier das Weißenhofmuseum. In diesem Doppelhaus lässt sich nach dem Vorbild eines Zugabteils das Wohnzimmer durch Schiebewände und Schiebetbetten in mehrere Schlafzimmer umwandeln. In der einen Haushälfte ist eine Ausstellung zur Geschichte der gesamten Siedlung zu sehen, in der anderen Haushälfte kann das Haus Le Corbusiers im Zustand von 1927 besichtigt werden. Ergänzend zum Museum wird täglich eine Führung durch die Siedlung angeboten, am

Wochenende sind es zwei. Insgesamt finden pro Jahr ca. 750 Führungen statt. Zusätzlich können die Räumlichkeiten auch für Hochzeiten gemietet werden und es findet regelmäßig ein Sommerfest statt.

Von Seiten des Vereins Freunde der Weißenhofsiedlung e.V. gibt es mehrsprachiges Informationsmaterial in Printform. Eine aktuelle Onlinepräsenz der Siedlung existiert nicht. Die Online-Kommunikation erfolgt über die Plattform www.stuttgart.de, verantwortlich für die Inhalte ist der Verein. Eine Vernetzung zwischen dem Verein und der Stuttgart Marketing GmbH ist gegeben. Der Verein pflegt vielfältige Partnerschaften v. a. zu den weiteren UNESCO-Welterbestätten Le Corbusiers und anderen Werkbundsiedlungen.

Die Weißenhofsiedlung kann durch ihren Musterhaus-Charakter als Ikone der Klassischen Moderne gesehen werden. Die hohe Popularität der modernen Architektur in den letzten Jahrzehnten ist eine „günstige Welle“ für deren touristische Vermarktung. Die Marke „Weißenhofsiedlung“ polarisiert allerdings auch. Genau wie das Bauhaus in Dessau gab und gibt es Bewunderer und Kritiker. Besucher müssen erst an den Stil der Klassischen Moderne herangeführt werden, der Status UNESCO-Welterbe ist dafür in jedem Fall förderlich. Es wird aber in Stuttgart darum gehen spezifische Zielgruppen anzusprechen – Baukultur ist ein Spartenangebot (Interviews Dellnitz und Krämer 2017).

Orte des Razionalismo in Italien (Sabaudia, Rom)

Der Razionalismo ist eine Teilbewegung der architektonischen Moderne der späten 1920er und 30er Jahre in Italien. Er markiert Italiens architektonischen Aufbruch in die Moderne und wurde von Mussolini zugleich als Machtinstrument für die Manifestation des Faschismus im Mutterland und in den italienischen Kolonien (Eritrea, Libyen, Somalia und Äthiopien) eingesetzt (vgl. Bodenschatz 2011, S. 136ff und Pfammatter 1990, S. 39ff).

Das römische Viertel EUR (Esposizione Universale di Roma) wurde für die 1942 geplante Weltausstellung zum zwanzigsten Jahrestag der Machtübernahme Mussolinis errichtet. Die einheitliche Architektur des Viertels – der Razionalismo – wurde von der faschistischen Ideologie inspiriert. Das Symbol dieses architektonischen Stils ist das sogenannte Colosseo Quadrato, das quadratische Kolosseum, der Spitzname unter dem der Palazzo della Civiltà Italiana allgemein bekannt ist (vgl. Turismoroma 2017, o. S. und Abbildung 7).



Abbildung 7: Palazzo della Civiltà Italiana; © Rainer Hartmann

Rom hat 2,9 Mio. Einwohner und ist ähnlich wie Berlin eine der bedeutendsten touristischen Metropolen Europas: Mit ca. 26 Mio. Übernachtungen in 2015 ist die Stadt die Nummer 4 in Europa (DWIF Consulting 2016, o. S.). Der Stadtteil EUR spielt für den Tourismus in Rom allerdings kaum eine Rolle. Er findet in Reiseführern lediglich Erwähnung als erweiterte Sehenswürdigkeit für längere Aufenthalte, obwohl es dort einige Museen gibt. Diese werden jedoch nur mäßig frequentiert, genau wie der Palazzo della Civiltà Italiana, den nach Schätzung des örtlichen Personals täglich etwa 50 Personen aufsuchen. Entsprechend dieser Beobachtungen belegt EUR/der Palazzo auf der Informationsplattform www.tripadvisor.de nur Rang 149 von 1.968 Sehenswürdigkeiten in Rom (vgl. Tripadvisor 2018d, o. S.).

Eine systematische Führung durch den Stadtteil wird nicht angeboten. Die betreffende Website (www.eurspa.it) liefert nur allgemeine Informationen. Zu besichtigen sind verschiedene Museen und der Palazzo della Civiltà Italiana kann betreten werden. Er ist Firmensitz eines italienischen Modeunternehmens und von diesem restauriert worden.

Insgesamt ist das touristische Potenzial des Stadtteils EUR wenig entwickelt. Er fungiert als vitales Wohn- und Geschäftsviertel, das aufgrund seiner auf-

gelockerten Bebauung sehr beliebt ist. Die modernistische Architektur und ihr historischer Zusammenhang bleiben weitestgehend verborgen bzw. dient die Architektur als Kulisse für ein geschäftiges Treiben.

Sabaudia ist eine 1933 während des faschistischen Regimes von Mussolini erbaute Retortenstadt in der italienischen Provinz Latina (ca. 20.000 Einwohner). Ihre Architektur ist ein typisches Beispiel für den italienischen Razionalismo. Als faschistische Idealstadt entstand sie neben vier weiteren Städten in den damals urbar gemachten pontinischen Sümpfen südlich von Rom. Sabaudia ist als einzige dieser Städte bis heute fast unverändert in ihrer ursprünglichen Gestaltungsabsicht zu erleben, die zwischen wuchtigem Klassizismus und Moderne abwechselt. Das ehemalige Postamt ist einer der ungewöhnlichsten Bauten der Klassischen Moderne in Italien (vgl. Bodenschatz 2011, S. 243ff und Abbildung 8).



Abbildung 8: Ehemaliges Postamt in Sabaudia; © Rainer Hartmann

Neben dem Postamt, das heute als Bibliothek dient, sind weitere Gebäude aus den 1930er Jahren als öffentliche Gebäude oder Geschäftshäuser zugänglich. Dazu gehört auch das heutige Rathaus mit seinem charakteristi-

schen Turm, der von wenigen Hundert Besuchern im Jahr (nur an Wochenenden) bestiegen wird.

Durch seine Lage direkt am Mittelmeer ist Sabaudia eher als Badeort bekannt, denn als Modellstadt der Klassischen Moderne. So spielen in der touristischen Vermarktung die Strände und der nahe gelegene Nationalpark Circeo eine ebenso große Rolle wie die Architektur. Lediglich ein Faltblatt „Sabaudia Razionale“ geleitet den Besucher – nur auf Italienisch – durch den Ort. Stadtführungen werden nur auf Voranfrage und in der Regel auf Italienisch angeboten (vgl. Comune di Sabaudia 2017, o. S.). Im Zentrum der Stadt hängen seit dem 80jährigen Gründungsjubiläum an verschiedenen Gebäuden verteilt kommentierte Fotos der Stadtentstehung. Bei Dunkelheit wird das markante Gebäude der alten Post sehr eindrucksvoll beleuchtet.

Insgesamt bleiben die Bemühungen, das Kulturerbe des Ortes für den Tourismus herauszuarbeiten, jedoch verhalten. Sowohl die fehlende mehrsprachige Dokumentation als auch die nur zaghafte Inszenierung der Architektur zeugen von einem fehlenden Interesse oder einer mangelnden Professionalität des Tourismusmanagements vor Ort.

7. Fazit: Bedeutung und Potenziale der Klassischen Moderne

Die Kernergebnisse der Potenzialanalyse werden in diesem Abschnitt in fünf Thesen zusammengefasst und jeweils Bezug zur Situation der Stadt Asmara hergestellt. Aus ihnen ergeben sich im positiven Sinne Erfolgsfaktoren, die als Chancen oder auch Risiken für eine nachhaltige touristische (Weiter-)Entwicklung betrachtet werden können. Das impliziert gleichzeitig, in alle Überlegungen und Strategien zur zukünftigen Tourismusedwicklung das Gemeinwohl und die Lebensqualität der lokalen Bevölkerung einzubeziehen. Die Architektur der Klassischen Moderne hat aufgrund ihrer Nischenposition im Tourismus große Potenziale, sich als ein Baustein der Lebensqualität auf beiden Seiten des Tourismus – bei Reisenden und Bereisten – zu erweisen.

These 1: Die Architektur der Klassischen Moderne überrascht zu wenig, da ihre Formsprache bis heute aktuell ist. Zudem handelt es sich in den meisten untersuchten Orten hauptsächlich um Wohngebäude, die weitgehend in den übrigen Stadtraum integriert sind. Der Anspruch der räumlichen Herausstellung, wie er für den Architekturtourismus gefordert wird, ist kaum

gegeben. Eine touristische Aufladung und damit Inwertsetzung fällt eher schwer.

These 2: Die Architektur der Klassischen Moderne ist nicht spektakulär genug, um breite touristische Zielgruppen anzusprechen. Das gilt zumindest für die untersuchten Orte in Deutschland. Der Stilmix des Razionalismo in Italien erzeugt durch seinen Formenreichtum und die klassizistischen Anleihen eine höhere Attraktivität. Auch das Stadtbild Asmaras ist durch vielfältige Ansätze unterschiedlicher Strömungen der modernen Architektur geprägt (vgl. Abb. 9).



Abbildung 9: Kino im Zentrum von Asmara; © Rainer Hartmann

These 3: Die Architektur der Klassischen Moderne ist erklärungsbedürftig, ihre Faszination erschließt sich nicht von selbst. Diese These ergänzt die ersten beiden. Ohne eine entsprechende Dokumentation oder Inszenierung und Erlebarmachung bleiben die Orte der Klassischen Moderne im wahrsten Sinne unerkannt. Selbst in Asmara ist der Besucher zwar überrascht vom Stadtbild, kann dies aber ohne fachliche Erklärungen nicht einordnen.

These 4: Die Architektur der Klassischen Moderne reicht nicht als alleiniger Impuls für eine Reiseentscheidung, sie trägt nicht als touristisches Thema. In

Stuttgart, Sabaudia und selbst Dessau, der Stadt des Bauhauses, flankieren die örtlichen Touristiker das Architekturthema mit weiteren Attraktionen. Eritrea hat zwar nur ein UNESCO-Welterbe, stellt aber den Reichtum an verschiedenen Kulturen und Naturlandschaften („Three Seasons in two Hours“) in den Fokus der touristischen Vermarktung. Das Kolonialerbe der Hauptstadt wird bislang nur als ein Attraktivitätsfaktor unter vielen herausgestellt.

These 5: Die Architektur der Klassischen Moderne schafft es nicht, sich gegen andere touristische Attraktionen durchzusetzen. Das gilt vor allem in TOP-Destinationen wie Berlin und Rom, wo die Moderne nur auf den hinteren Rängen der Touristenziele zu finden ist. In Stuttgart wird die Imagewirkung der Weißenhofsiedlung zwar gesehen, die tatsächliche Besuchsmotivation derselben jedoch als verhältnismäßig gering eingeschätzt. Selbst in Dessau und Sabaudia wird nicht allein auf die Moderne gesetzt wie schon in These 4 beschrieben.

Als strategische Option zur Vermeidung bzw. zum Abbau von Overtourism eignen sich die Orte der Klassischen Moderne möglicherweise als alternative Sehenswürdigkeiten in der zweiten Reihe. Zumindest in Berlin und Rom wäre diese Option in Betracht zu ziehen.

Aus den Ergebnissen lassen sich einige Erfolgsfaktoren im Sinne von Chancen und Risiken extrahieren:

Die Heraushebung durch den UNESCO Welterbe-Status ist für die Orte mit Architektur der Klassischen Moderne von großem Nutzen (Chance) und sollte in jedem Fall als Impuls für ein offensives Tourismusmarketing genutzt werden.

Unabdingbar ist zudem die Akzeptanz und Identität der Bevölkerung und Vermarkter in Bezug auf die Architektur der Klassischen Moderne – vor allem, wenn es sich um ein Kolonialerbe oder um Relikte des Faschismus handelt (Chance und Risiko zugleich). An dieser Stelle spielt auch der Aspekt der Lebensqualität für die einheimische Bevölkerung eine wichtige Rolle.

Für den touristischen Erfolg der Klassischen Moderne ist eine gewisse Größe und touristische Bedeutung des Ortes von Vorteil (Chance) – idealerweise gepaart mit weiteren Angeboten. In größeren Tourismus-Metropolen besteht allerdings die Gefahr, dass die Moderne in der Vielfalt des Angebots untergeht (Risiko).

Eine Kombination mit adäquaten, gleichwertigen Angeboten vor Ort/in der Region erleichtert es, den potenziellen Gästen die Architektur der Klassischen Moderne näher zu bringen und die Zielgruppen zu erweitern (Chance).

Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermarktung der Architektur der Klassischen Moderne ist eine intensive touristische Erschließung der Bauten, dazu zählt auch die Erlebarmachung und Inszenierung derselben (Chance und Risiko zugleich). Gute Beispiele sind nächtliche Beleuchtungseffekte (Postamt Sabaudia), authentische Rekonstruktion von Wohnungen (Dessau, Stuttgart, Berlin) oder Übernachtungsmöglichkeiten als „Zeitreise“ (Dessau, Berlin). Das sind jedoch nur erste Ansätze, die im Rahmen eines systematischen und vor allem erlebnisorientierten Tourismusmarketings ausgeweitet werden könnten.

Literatur

- Bader, V. S. (2016): *Moderne in Afrika. Asmara – Die Konstruktion einer italienischen Kolonialstadt 1889-1941*. Berlin: Gebr. Mann Verlag.
- Bodenschatz, H. (Hrsg.) (2011): *Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien*. Berlin: DOM Publishers.
- Comune di Sabaudia (2017): *Architettura Razionale*. <http://www.comune.sabaudia.latina.it/index.php/turismo-a-cultura/architettura> (06.03.2018).
- Denison, E., G. Y. Ren & N. Gebremedhin (2007): *Asmara: Africa's Secret Modernist City*. London/New York: Merrell Publishers.
- Deutscher Tourismusverband (DTV) (2016): *Praxisleitfaden Nachhaltigkeit im Deutschlandtourismus. Anforderungen, Empfehlungen, Umsetzungshilfen*. Berlin.
- Deutscher Werkbund e. V. (2015): *Werkbund Geschichte*. <http://www.deutscher-werkbund.de/wir-im-dwb/werkbund-geschichte/> (06.03.2018).
- DUK (Deutsche UNESCO-Kommission) (2017): *Asmara eine modernistische Stadt Afrikas*. <https://www.unesco.de/kultur/2017/asmara-eine-modernistische-stadt-afrikas.html> (06.03.2018).
- DWIF Consulting (2016): *Top 20 Städte Europas 2015*. <http://www.dwif.de/news-events/news/item/staedtetourismus-europa-monitoring-2015.html> (06.03.2018).
- DZT (Deutsche Zentrale für Tourismus) (2017): *Die TOP 100 Sehenswürdigkeiten in Deutschland*. <http://www.germany.travel/de/staedte-kultur/top-100/germany-travel-attractions.html> (06.03.2018).

- Europäische Kommission (2016): European Tourism Indicators System for sustainable destination management. http://ec.europa.eu/growth/sectors/tourism/offer/sustainable/indicators_de (04.06.2018)
- FUR (Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen) (2010): Reiseanalyse 2011. <http://www.fur.de/ra/news-daten/archiv/newsletterbeitraege/kultur-im-urlaub/> (06.03.2018).
- FUR (Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen) (2011): Reiseanalyse 2012. <http://www.fur.de/ra/news-daten/archiv/newsletterbeitraege/kultur/> (06.03.2018).
- FUR (Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen) (2018): Reiseanalyse 2018. https://reiseanalyse.de/wp-content/uploads/2018/06/RA2018_Erste-Ergebnisse_DE.pdf (05.09.2018).
- Global Sustainable Tourism Council (GSTC) (2018): Global Sustainable Tourism Criteria for Destinations (GSTC-D) Version 1.0 November 2013. <http://www.gstcouncil.org/sustainable-tourism-gstc-criteria/criteria-for-destinations.html> (04.06.2018).
- Haass, H. (2017): Grundwissen Tourismusarchitektur. UVK: Konstanz/München.
- Hartmann, R. (2006): New Destination Eritrea? Tourism Development, its Potentials and Risks. In: Geographische Rundschau / International Edition, Vol. 2, No. 3/2006, pp. 44-50.
- Hartmann, R. (2007): Asmara eine touristische „Unique Selling Proposition“. In: eins Entwicklungspolitik, Information Nord-Süd, Heft 2-3-2007 Februar / Dossier: Asmara. Afrikas heimliche Hauptstadt der Moderne, S. XIV.
- Hartmann, R. (2011): Eritrea: Neubeginn mit Tourismus 2.0. Aktualisierte Bewertungen und ein integratives Konzept; 2. aktualisierte Auflage (1. Auflage 1998); Saarbrücken: Südwestdeutscher Verlag für Hochschulschriften 2011.
- Hartmann, R. (2018): Marketing in Tourismus und Freizeit. 2. Auflage. München: UVK Verlag (UTB).
- Haspel, J. & Jaeggi, A. (2012): Siedlungen der Berliner Moderne. UNESCO-Welterbe. Berlin: Deutscher Kunstverlag.
- Hayashi-Reimers, M. (2013): Architektur als Chance für den Tourismus. Konflikte auf dem Weg zu einem nachhaltigen Tourismuskonzept in alpinen Regionen, dargestellt am Beispiel des Tegernseer Tals. Dissertation TU München.
- Kretschmer, H. (2013): Die Architektur der Moderne. Eine Einführung. Stuttgart: Reclam.
- Ockman, J. & S. Frausto (2005): Architurism: Authentic, Escapist, Exotic, Spectacular. München: Prestel.
- Pfammatter, U. (1990): Moderne und Macht. Razionalismo: Italienische Architekten 1927-1942. Braunschweig: Fr. Vieweg & Sohn.
- Pröbstle, Y. (2014): Kulturtouristen. Eine Typologie. Wiesbaden: Springer VS..
- Rauterberg, H. (2016): Bauhaus: Die Zukunft ist jetzt. In: DIE ZEIT 53/2016, Beilage, Hamburg.

- Romeiß-Stracke, F. (2008): *TourismusArchitektur. Baukultur als Erfolgsfaktor*. Berlin: ESV.
- Schwarzer, M. (2005): *Architecture and Mass Tourism*. In: Ockman, J. & S. Frausto, *Architourism: Authentic, Escapist, Exotic, Spectacular*, S. 12-33. München: Prestel.
- Specht, J. (2014): *Architectural Tourism. Building for Urban Travel Destinations*. Springer Gabler: Wiesbaden.
- Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (2017): *Welterbe*. <https://tourismus.dessau-rosslau.de/welterbe.html> (Zugriff am 06.03.2018).
- Statistisches Bundesamt (2017): *Tourismus in Zahlen 2016*. <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Binnenhandel/Gastgewerbe/Tourismus/Tourismus/TourismusinZahlen.html> (06.03.2018).
- Steinecke, A. (2008): *Märchenschlösser und Autotürme – Architektur als Instrument der Inszenierung*. In: Romeiß-Stracke, F., *TourismusArchitektur. Baukultur als Erfolgsfaktor*. Berlin: ESV, S. 158-170.
- Stiftung Bauhaus Dessau (2018): *Bauhaus Dessau*. <https://www.bauhaus-dessau.de/de/index.html> (06.03.2018).
- Stuttgart-Marketing GmbH (2018): *Weissenhofsiedlung Stuttgart*. <https://www.stuttgart-tourist.de/a-weissenhofsiedlung-stuttgart-weissenhof-museum-im-haus-le-corbusier> (06.03.2018).
- Travelbook.de (2017): *Die beliebtesten Sehenswürdigkeiten der Welt*. <https://www.travelbook.de/attraktionen/das-sind-die-beliebtesten-sehenswuerdigkeiten-der-welt> (06.03.2018).
- TripAdvisor (2018a): *Hufeisensiedlung*. https://www.tripadvisor.de/Attraction_Review-g187323-d7761900-Reviews-Hufeisensiedlung-Berlin.html (06.03.2018).
- TripAdvisor (2018b): *Sehenswürdigkeiten in Dessau*. https://www.tripadvisor.de/Attractions-g187404-Activities-c47-Dessau_Saxony_Anhalt.html (Zugriff am 06.03.2018).
- TripAdvisor (2018c): *Sehenswürdigkeiten in Stuttgart*. https://www.tripadvisor.de/Attractions-g187291-Activities-c47-Stuttgart_Baden_Wuerttemberg.html (06.03.2018).
- TripAdvisor (2018d): *Palazzo della Civiltà Italiana*. https://www.tripadvisor.de/Attraction_Review-g187791-d5614708-Reviews-Palazzo_della_Civiltà_Italiana-Rome_Lazio.html (06.03.2018).
- Turismoroma (2017): *EUR*. <http://www.turismoroma.it/quartieri/eur?lang=de> (06.03.2018).
- Weber, S. (2009): *Architektur im Tourismus. Architektur als strategischer Erfolgsfaktor im Attraktionsmanagement*. Saarbrücken: VDM.
- Zukunftsinstitut (2011): *Travel Trends. Wie wir in Zukunft reisen werden*. Kelkheim.

Interviews

Dellnitz, Armin - Geschäftsführer Stuttgart-Marketing GmbH, 05.10.2017

Fackiner, Guido - Geschäftsführer Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH,
25.08.2017

Krämer, Anja - Museumsleitung Weißenhofmuseum, 29.09.2017

Krüger, Thomas – Inhaber Ticket-B, Berlin, 04.06.2017

Huskamp, Helga - Leiterin Kommunikation, Stiftung Bauhaus Dessau, 25.08.2017

Hard Times for Distant Partners: How Legal-Administrative Regulations Affect the Quality of Relationship for Transnational Couples¹

Can M. Aybek, Gaby Straßburger

In this chapter, a case study on the relationship quality of a border-crossing marriage relationship between two individuals is presented and discussed in terms of the effects that are brought about by spatial distance and immigration regulations. The data for this case study came from a research project on the dynamics of marriage migration between Turkey and Germany. The data consist of repeated interviews with individuals engaged in a border-crossing relationship over a time period of eight months that covered the pre- and post-migration phases. The overall goal was to develop a thorough understanding of the conditions of each partner before a marriage migration actually took place, and the ways by which couples facilitate their relationship within a transnational social space during this period.

We focus on the following questions: How do spatial distance and legal regulations concerning family migration to Germany potentially affect the relationship of a couple? How do couples try to cope with challenges? How does this affect their relationship quality? Our case study illustrates that both spatial distance and legal requirements can create stress factors for a relationship and a marriage – particularly if the individuals leading this relationship have insufficient material, cultural and social resources and lack experience of how to deal with bureaucratic hurdles and immigration legislation. The lengthy period of separation and insecurity, induced to an important degree by conditions to be fulfilled in order to be eligible for family

¹ This is a modified version of a paper originally written for the following edited volume: *Heikkilä, Elli; Rauhut, Daniel (Eds.) (2015): Marriage Migration and Multicultural Relationships. Turku: Institute of Migration*. We would like to thank the editors as well as the director of the Institute of Migration at Turku University/Finland, Tuomas Martikainen, for their kind permission concerning this publication.

unification visa, may – as illustrated in the case study – even result in a separation.

1. Introduction

In the last decades, governments in Europe and elsewhere have focused on regulating immigration along utilitarian criteria and generally tended to ease immigration hurdles for wealthy or highly qualified individuals. Many governments felt pressured also to introduce restrictive regulations for groups who are often referred upon in public debates as more difficult to integrate into mainstream society. This, in turn, often created immigration regimes that favor members of immigrant groups who are deemed to be “culturally close” to the society in the destination country. A rough, but often used proxy for identifying such “closeness” or “distance” has been the citizenship potential immigrants hold. Questioning the morals behind such criteria, Carens (1992, p. 26) puts forward, that citizenship *“in the modern world is a lot like feudal status in the medieval world. It is assigned at birth; for the most part it is not subject to change by the individual's will and efforts; and it has a major impact upon that person's life chances.”*

The regulation of family related immigration is a prime example for the attempts of governments to select and steer on the basis of citizenship (Kraler and Kofman 2009; Kraler 2014; Kofman 2004). By issuing the Family Reunification Directive (Directive 2003/86/EC) the European Union tried to set standards in order to protect the rights of resident immigrants and transnational couples or families who are third country nationals (TCNs) within the EU. However, since the Directive came into force in 2005 many member countries have been gradually moving toward a more restrictive immigration regime concerning TCN family members or spouses, as Bonjour and Block (2013, pp. 205–208) illustrate in their analysis of the developments in France, Germany and the Netherlands. Strasser et al. (2009, p. 166) point out that these changes have to be seen in connection with *“[...] debates over the ethnic closure of migrant communities and over the alleged “failure” of integration, [in which; CMA & GS] the “migrant family” is more frequently being seen as an obstacle to integration – as a site characterized by patriarchal relationships and illiberal practices and traditions, such as arranged and forced marriages.”*

The right to choose an intimate partner or to get married to someone constitutes a basic right and element contributing the quality of life. On the European level, Article 9 of the EU Charter of Fundamental Rights unmistakably states that “[t]he right to marry and the right to found a family shall be guaranteed in accordance with the national laws governing the exercise of these rights”.² A question that repeatedly is subject to public debates, however, is to what extent this basic right might be circumscribed for specific groups of transnational couples with respect to spousal migration. From the standpoint of interdisciplinary family studies, substantial evidence exists that there is an interdependence between being able to lead a successful relationship and being physically as well as mentally healthy (Reis et al. 2000, pp. 853–855). In this way, intimate relationships are becoming relevant for quality of life. The basic questions we try to answer in this chapter are therefore: How do spatial distance and legal regulations concerning family migration to Germany potentially affect the relationship of a couple? How do couples try to cope with upcoming challenges? How does it affect their relationship quality?

Our arguments are structured in the following way: We begin with an outline of the public and scientific discourses concerning the marriage behavior of immigrants of Turkish origin in Germany and of other (predominantly Muslim) groups in other European countries. This overview serves as background information for the following part on legal regulations concerning spousal migration that was introduced by the German *Bundestag* in 2007. Next we describe the data that is used in this paper as well as the methodology employed to analyze these data. The main part of the paper consists of a presentation of a case study. The presentation of this case study follows a sequential order that aims to reconstruct the biographical perspectives of the transnational couple under study in different time periods. We conclude the paper with a summary of our results and their implications for policy-making in the realm of family migration regulations.

² <http://fra.europa.eu/en/charterpedia/article/9-right-marry-and-right-found-family> checked on 25.06.2018.

2. The marriage behavior of Muslim immigrants in the public and scientific discourse

Forced marriages play a central role in a small, but popular part of the literature about marriage migration to Germany. Most of the authors who have contributed to this literature do not distinguish systematically between forced and arranged or semi-arranged marriages (Ateş 2004, 2006; Çileli 1999, 2008; Kelek 2005, 2006). One of the most prominent authors who shaped the debate within the last few years in Germany was Kelek (2005). She claims that arranging marriages represents a common practice within the Turkish community in Germany but also among other Muslim immigrant groups. As a consequence of the marriage arrangement, according to Kelek (2005), "imported brides" are taken out of the environment they grew up in and exploited in Germany. She furthermore asserts that the reasons why parents of female marriage migrants agree with the arrangement are financial motives, whereas the parents-in-law in Germany regard the wife of their son as a slave and refuse her basic rights and self-determination. The women involved in border-crossing marriages are portrayed by Kelek (2005) as individuals without self-initiative whose dependency on the husband and his family is further amplified by poor knowledge of the German language and the overall conditions in their new living environment. As evidence for her assertions she provides, however, only anecdotic observations which do not conform to basic scientific standards.

The results of empirical analyses presented in the research community about the topic draw a quite different picture. Firstly, in the German context there are no reliable studies about the share of different modes of marriage, i.e. self-organized, arranged, semi-arranged or forced, concerning marriages between Turkey and Germany in a specific time period. Hence there is no evidence for claiming that forced marriages represent a common practice among Turks living in Germany. Secondly, Straßburger's studies (2003, 2007) on second generation immigrants of Turkish background in Germany and the works of Charsley (2007, 2005) and Williams (2010) on immigrants of East Asian origin in the UK all point out that there are decisive differences between arranged, semi-arranged and forced marriages. These studies indicate that during the arrangement process, in contrast to the concept of forced marriages, the self-initiative of the involved marriage candidates always remains and the parents of both parties generally follow the basic aim to support only a marriage that promises to last for a longer period and

therefore they take into account the concerns of their daughter or son when they are acting on behalf of them.

3. German legislation on family unification since 2007

Even though arranged marriages only make up an unknown and probably a minor part of transnational marriages as a whole, the political debate in Germany very much focused on the arguments in the popular literature described above and introduced in 2007 new regulations concerning spousal migration to Germany. These regulations set up the conditions to be fulfilled by incoming spouses as well as spouses who reside in Germany. The most contested condition that was introduced concerned the proof of basic German knowledge to be provided by the incoming spouses depending upon the citizenship of this person. Since the introduction of this legislation some TCNs are required to obtain family unification visa before their entry and while others do not.

From a human rights perspective one might claim, as already indicated above, that family unification, i.e. the possibility to join a close relative residing in Germany, is a basic right of every legal resident. This right is not only protected by European human rights conventions, but in the German case is contained in the constitution itself (Walter 2009). According to article 6.1 of the *Grundgesetz*, the German constitution, marriage and the family enjoy the special protection of the state.³ This rights based perspective has been contested repeatedly by political initiatives taken since the beginning of the 1980s. Regulations introduced in subsequent time periods were increasingly restrictive for family migration (Aybek 2012; Joppke 1999; Koopmans et al. 2012).

Numerous disputes occurred before the German legislation on family unification was adopted in 2007. Those in favor of this restrictive legislation argued that the above mentioned language requirement enhances integration chances and prevents forced marriages of incoming spouses and thus has empowering and preventive potential. Opposition not only within the

³ National Constitutional Law Related to Article 9 – Right to Marry and Right to Found a Family. Available online at http://infoportal.fra.europa.eu/InfoPortal/infobaseShowContent.do? btn-Cat_233&btnCountryBread_174, checked on 6/17/2013.

parliament, but also from NGOs and other representatives of the civil society, such as academics and lawyers, criticized various aspects of this new legislation (Bonjour & Block 2013). The causal link put forward by the proponents of the law, regarding the aim of preventing forced marriages, was strongly challenged and the lack of empirical evidence concerning this link highlighted. The goal of enhancing integration by demanding German knowledge, the critics pointed out, was senseless as the opportunities for learning German in Germany were better than outside of Germany. A lot of critics pointed out that appropriate German language courses are not easily available in many countries, that the costs of visiting these courses have to be met by couples themselves, that for uneducated or even illiterate spouses it was simply impossible to fulfil the language requirement and that the additional time of separation (often amounting to months or even years) puts an extra strain on couples. Furthermore, the exemption of certain TCNs and of spouses of visa-free EU citizens have been heavily criticized as being discriminatory (Block 2011; Grote 2017).⁴ Through the judgement in the case *Doğan vs. Bundesrepublik Deutschland*⁵ brought before the European Court of Justice, the Court decided on 10 July 2014 that demanding proof of language skills from Turkish spouses in their country is not compatible with the Association Agreement between the EU and Turkey. The German government reacted to this judgement by introducing a hardship regulation for TCN spouses joining a spouse in Germany who is a German or Turkish citizen, stating that the obligation to provide a certificate of basic German language skills may be waived, if, due to individual circumstances, attempting to learn basic German is impossible or unreasonable or the TCN spouse has been trying to pass the basic German knowledge test for one year and has not been successful (Section 30 subs. 1 third sentence no. 6 of the German Residence Act as cited in Grote 2017, p. 45).

⁴ The German Residence Act (section 30.1) exempts several groups of persons from the obligation to provide a proof of basic German language knowledge. Exempted are individuals who are citizens of Australia, Canada, Israel, Japan, New Zealand, South Korea, or the USA, or are themselves EU citizens or are spouses of foreigners who have a residence permit as highly skilled workers, researchers, business people and recognized refugees. In addition to that, highly educated individuals (i.e. university or college graduates) do not have to certify their German knowledge. Exempted are furthermore individuals who have a physical illness mental illness, or handicap that would prevent them obtaining a language certificate.

⁵ Case C-138/13 URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN-DE/TXT/?uri=CELEX:62013CJ0138> checked on 19.06.2018

The rest of this chapter approaches this subject mainly from a family sociological point of view and poses the question, how does the obligation to prove language proficiency and the respective time period necessary to obtain such a proof affect a transnational couple and their marriage? We will illustrate via a case study, that legal restrictions may have a rather problematic impact on marital life and the quality of the intimate relationship. The lengthy time of separation for a couple may aggravate financial problems and cause emotional stress which in turn makes separation more likely.

4. Research design, data and methodology⁶

Several studies have investigated different aspects of transnational marriages (Baykara-Krumme & Fuß 2009; Gonzáles-Ferrer 2006, 2007; Kalter & Schroedter 2010; Kreienbrink & Rühl 2007; Schroedter 2013). All of the sociological studies from the German context, to our knowledge, focus on the perspective of the partners residing in the country. The data used for this paper, however, stems from a research project during which both perspectives, the viewpoint of the migrating partner in Turkey and the receiving partner in Germany were taken into account (Aybek et al. 2011).⁷ This project was a longitudinal multi-sited research with a dyadic sample consisting of partners, of whom one at the beginning of the data collection was living in Turkey and the other in Germany. Since the partners were repeatedly interviewed over a time period of eight months the pre- and post-migration phases could both be covered. The idea was to explore the experiences accumulated throughout time, turning points, and transitions in the life courses. Not only migration was the object of this study, but also spouse selection and partnership formation.

In terms of design, the project was fitted to the nature of our research interest: As joining a spouse abroad involves pre-migratory preparation as well as post-migratory accommodation, the qualitative empirical research

⁶ For further information on the methodology, see Aybek et al. 2011, 2015.

⁷ The data used in this paper originates from the project "Marriage Migration from Turkey to Germany (MarrMig)" initiated and coordinated by the Siegen University (Can Aybek), funded by the Migration Research Center at Koç University (MiReKoc) in Istanbul, and carried out collaboratively by the Siegen University (Can Aybek), the Hacettepe University, Institute of Population Studies (İsmet Koç & İlknur Yüksel-Kaptanoğlu) and the Catholic University of Applied Sciences in Berlin (Gaby Straßburger).

has been conducted in a longitudinal way, capturing the different experiences made by the involved spouses rather instantly, instead of collecting information in a retrospective manner (Scott & Alwin 1998). A longitudinal design was for these purposes advantageous, if not obligatory. By conducting qualitative research in this manner we expected to gather detailed data that contains an array of patterns. Our research interests went beyond a descriptive account of the phenomenon “marriage migration” and aimed for a comprehension of context and complexity of the development of transnational intimate relationships in order to produce a finegrained picture of the phenomenon under study. This design had – compared to single-shot interviews – clear advantages in terms of reliability and validity of the information gathered (Corden and Millar 2007; Lewis 2007; Neale and Flowerdew 2003; Thomson and Holland 2003).

To our knowledge, it is the first time that a qualitative longitudinal design – starting before migration and covering the post-migration phase – has been used for investigating this topic in the German context. The project ironically profited from the legislative change in 2007 described above, obliging those who wanted to join their partners in Germany to obtain a German language certificate. This created the opportunity to contact potential marriage migrants while they were attending language courses in the country of origin instead of having to search for people within the general population who decided to engage in a transnational marriage.

Based on the assumption that the migration as well as the family formation process will be experienced in a highly gender-specific manner the initial sample contained an equal representation of women and men. 13 female and 13 male “migrating partners” were sampled from among students who had registered for a German language course offered by a language institute in Ankara and volunteered to participate in the study. We primarily referred to the Goethe Institute in Ankara, as one of the main providers of these preparatory language courses and – more importantly – as the main organisation in Turkey organizing the language examination.

The interviewing method represented a combination of narrative and semi-structured elements, as it contained initial parts with free (biographical) narrations as well as a set of themes that were addressed in each interview once the narration had ended (Rosenthal 2004). The interviews contained information about experiences before, during, and after migration at differ-

ent time points, since both partners were interviewed several times (see Figure 1).

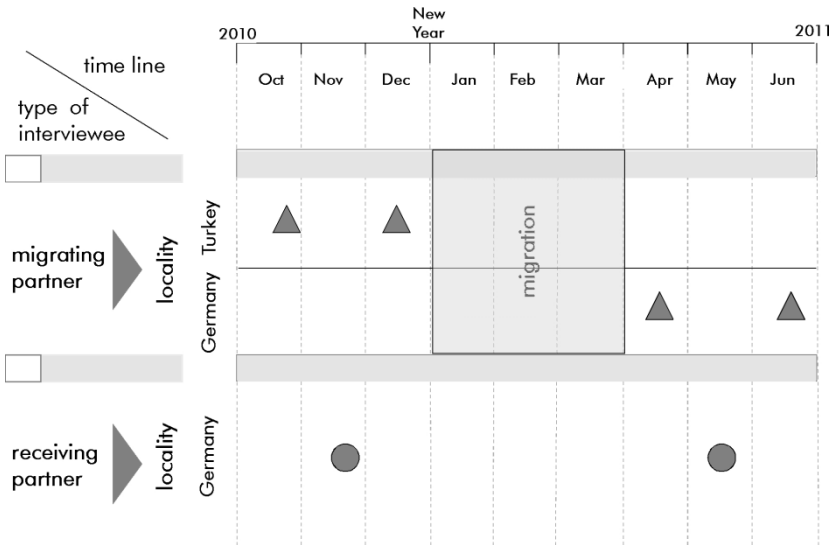


Figure 1. Research Design.

We focused during our data collection and analysis on the narrations of our interviewees, i.e. how they contextualize and explain their experiences and decisions. Following such a research approach, our aim was to get a “thick description” (Geertz 2000) of the marriage migration phenomenon.

The general concern of biographical analyses, as elaborated by Rosenthal (2004), is to explain social phenomena in the context of their occurrence. Therefore the phenomena are studied in the overall context of the interviewees life. The biographical case reconstruction pays particular attention to structural differences between what is experienced and what is narrated. The case interpretations are reconstructive, i.e. the interview transcript is not approached – as in a thematic analysis – with predefined categories. Here, the meaning of specific passages is interpreted through the overall context of the interview.

The biographical analyses follow a sequential approach (Rosenthal 2004, p. 54) which in this context means that text units are interpreted according to the sequence of their occurrence. Step by step we reconstructed in small

analytical units the progressive creation of an interaction (e.g. how two individuals meet) or the production of a spoken text (e.g. how individuals report about the first moment they saw each other). We started out by listing the data of one partner and then of the other partner in its temporal appearance during his life course. Biographical data listed in this form is largely free of interpretation by the biographer himself/herself. Each individual biographical datum was initially interpreted independently of the knowledge that we had from the narrated life story about the further course of the interviewee's biography. The interpretation of the listed data was done sequentially, i.e. one datum after the other, and informed us about the path the biographer actually took. This first step of analysis is independent of the subjective evaluations in the interview. This procedure demands that the researcher adopt an artificial naïveté and thereby allows her/him to analytically reflect about the case. Rosenthal (2004, p. 55) describes this step as follows: *"[i]t is a great advantage to initially avoid looking at the interviewee's self-interpretations and their plausibility, but instead to first investigate other possible interpretations. When we later examine the text with this spectrum of possible interpretations in mind we will be able to find many more possible interpretations between the lines."*

The interpretation of the biographical data was a preparation for the second step of the analysis, the case reconstruction of the life history. In this step we contrasted our hypotheses on the individual biographical data with the biographer's own statements. Following the logic of sequential analysis, we moved through the biographical experiences in the chronological order of the life history. This aimed to examine each event in terms of how the biographer refers to these events in the course of the interview. These two steps were accomplished for the migrating and receiving spouse separately. The focus of our analysis, as we have conceptualized it for this article, was on the dynamics of the couple relationship in the pre-migration period and the potential effects of the legislative framework for family unification in Germany. The results of the analyses done for each spouse separately in this step were combined in order to check for commonalities and differences between the both accounts or for missing accounts on one side. Then a selection of issues was made, that seemed to be particularly interesting or worthy of further and more detailed microanalyses. In these microanalyses individual text segments were taken and interpreted with respect to the text's latent structures of meaning in order to go beyond the superficial message that is transmitted via the first reading. The final step was to bring

together and organize the different analytical outputs, as in the case reconstruction presented here.⁸

5. The case study

In this section we present a detailed case study of a couple whom we interviewed while they were leading a transnational marriage. As background information for the analysis, we initially will provide the reader with some biographical data and describe how the couple actually met and decided to engage in a marriage. Afterwards we will focus on the experiences made by the couple during a time period that is assumed to be of temporary character, namely the phase during which the couple is already married, but is leading a spatially distant relationship and preparing for the move of one partner, hence trying to cope with the immigration regulations of family unification. The case chosen to be presented here is especially suitable for illustrating under which circumstances a legal framework can become a stress factor for a relationship and marriage – particularly if the individuals leading this relationship have insufficient material, cultural and social resources and lack experience of how to deal with bureaucratic hurdles and immigration legislation.

5.1 Biographical background

Sibel and Nejat married in September 2009 in Ankara, Turkey. Sibel was then 22 and her husband Nejat was 30. Both hold Turkish citizenship, but in fact were born and raised in different countries. At the time of their marriage Sibel was living in Ankara while her husband Nejat grew up in a city in the southwestern part of Germany.

Nejat is the second son of a Kurdish family. His parents migrated from Eastern Turkey to West Germany in the early 1970s. He describes his childhood

⁸ A word of caution in terms of the presentation of quotes from the case study: The translated quotes in the following have to be seen as mere approximations of the original interview material in Turkish and German in order to help the reader to get a better grasp of the raw data. They are also not meant to represent units of analysis that have an autonomous meaning, but only make sense as part of the whole case reconstruction.

as a period that was heavily affected by his father's alcoholism. Witnessing a lot of conflict and violence within the family he began to stutter and showed other stress symptoms like being highly nervous. When he was around 16, Nejat left his parents' home and began a vocational training as a carpenter although after a while he dropped out. Afterwards he worked as an unskilled worker in different types of jobs – many of them on construction sites and some in cleaning and security services. At the moment of the interview he was unemployed and desperately looking for a job, as he knew that he had to provide sufficient income to obtain a visa for his wife.

Nejat reported to have had two German partners before he met his wife. These relationships lasted for 4 and 10 years, including several years of cohabitation. During that period Nejat's network of friends did not include any people of Turkish background. For him his family was the single connection to the immigrant community.

A particularly striking feature in Nejat's biography is the fact that he had visited Turkey only once before his engagement with Sibel. This was when he was twelve years old, celebrating his circumcision (*sünnet*) there. His younger sister Tülay, however, apparently spends her summer holidays regularly in Turkey and visits relatives in Ankara. Thus, she became the linking person between Nejat and Sibel: When Tülay came back from Ankara in late summer 2008 Nejat happened to see on her cell phone some photographs of Sibel, his later wife, whom Tülay had met in Turkey. He tells that he immediately felt attracted to her and asked his sister who she was. Since Sibel was a neighbour of his uncle (mother's brother) he asked his mother for assistance to get in touch with her.

Sibel is the elder daughter of a family from the Black Sea region in Turkey. She has five brothers and the youngest of them was born in 2006. Her family is quite poor, and, for instance, cannot afford to have a landline phone. Both of her parents suffer from chronic diseases. Thus, her family's situation seems to be economically quite precarious. Sibel's biography is strongly affected by an accident she had when she was still a child. At the age of twelve hot oil burnt her leg so strongly that she could not attend classes for two years. Even when she returned to school she could not finish properly. She left when she was 17 and started to work, but changed her jobs quite often. In the interview Sibel mentioned that she already had some boyfriends, but did not manage to get married. However in 2007 she was engaged, but decided to separate when she realized that despite contrary

promises, she was supposed to live together with her parents-in-law. Thus, she broke off the engagement after some weeks. Still suffering from this disappointing experience she learned that Nejat was interested in her in January 2009. Reflecting on the background information presented so far two aspects are of special relevance to our subject:

1. Neither Nejat's nor Sibel's pre-marital biography give reason to expect they will enter a transnational marriage, since neither of them knew the country of the other: Although Sibel has some distant relatives in Germany, her friend Tülay is the only one in Germany she is in contact with while Nejat hasn't been to Turkey since almost twenty years. This makes us doubt he has a social network there. He does not even have social contacts with fellow immigrants in Germany and is therefore – as we will see later on – lacking certain knowledge, experience and resources to successfully manage the process of marriage migration.

2. The second aspect to be mentioned concerns the socio-economic background: Sibel and Nejat are unskilled workers with a low level of school education. Therefore their income is rather low and their employment is precarious. Since the financial situation of their parents is precarious as well, they cannot expect to be supported by them. As we will see later on, these socio-economic aspects are a disadvantage in the process of marriage migration.

5.2 Establishing a transnational relationship

When Nejat told his mother that he was interested in a marriage with Sibel, his mother called the wife of her brother in Ankara who was living just next door to Sibel's family. In February 2009 they collaboratively arranged a "surprise telephone meeting": Sibel who did not seem interested in talking to Nejat was called to the phone telling her that it was the mother of her friend Tülay. But it was Nejat who was at the other end. Obviously during this conversation that lasted for one hour Sibel changed her mind, became curious about Nejat. In the aftermath of this first conversation, they went on communicating via online communication software Skype. This was also the first time they saw each other in real-time. Telephone and internet communication intensified between them in the subsequent period, sometimes lasting for several hours each day. This way they established their relationship.

Meanwhile their parents arranged the engagement in March 2009. In September 2009 Sibel and Nejat got married in a register office in Ankara. One week after the civil marriage the wedding was celebrated and Sibel moved next door to the household of Nejat's uncle. After a honeymoon in Mersin, a city in at the Mediterranean coast of Turkey, and two more weeks in Ankara Nejat returned to Germany.

There is a legal aspect that needs to be highlighted to fully understand the transnational dimension of the relationship. This is that being a Turkish citizen, Sibel had to decide upon the marriage and a possible future life in Germany without having ever been there. The existing visa regulations for TCNs generally make it difficult for potential spouses who are living in Turkey to travel freely to Germany to have a firsthand impression about the living circumstances of their fiancé(e) as visiting a partner is not considered to be sufficient reason to get a visa. The rigid visa regulations in this way lead to an insufficiency of available information and increase the risk of making wrong decisions. Straßburger (2009) argues therefore that the visa regime itself creates a framework that exacerbates the already disadvantaged position of the spouse who is supposed to move to Germany. In the following further impacts of legal regulations on the marital life of Sibel and Nejat are going to be presented.

5.3 The transition period between marriage and migration

We met Sibel in autumn 2010. At that time she was living in Ankara and had started a German language course at the Goethe Institute in order to prepare for a language test that would enable her to obtain the necessary language certificate to receive a visa for family unification. A common observation we made during our interviews with 26 couples (see Aybek et al. 2011) was that the condition to obtain a German language certificate generally led to a longer separation period of couples that were transnationally married. For some of the couples this waiting period led to various tensions between the partners that put their relationship to a test.

When we got to know Sibel in October 2010 she already was married for more than one year and she knew that she had to wait at least another six months before she could join her husband in Germany. Leading a transnational marriage meant for her first of all leading most of the time a spatially

distant relationship and experience separation again and again when the partner comes for a visit but has to return to Germany after some weeks. To live in different countries, to cope with legal and economic restrictions, while not being sure when and whether this situation will come to an end was an enormous stress for the newlywed couple.

Sibel: "I am married for more than one year. And for more than one year, and if you count in everything 1 ½ years I am separated. I don't know – well, well one is not able to describe such a miserable feeling. It's a miserable feeling. Try to imagine, you're together for 1 ½ months. And later on suddenly you separate. And this is the third time I went through that. I couldn't get used to it at all." (Sibel_JS1_92:92)

While Sibel was still waiting for the possibility to establish a common household with her husband, she already experienced what it means to be a "gelin" (literally: a bride who moved to the household of her in-laws). After her honeymoon she moved to the household of Nejat's uncle. Although her new interim-home is located just next to her parents, she did not feel well there. Living with her family, respectively her relatives-in-law, she found herself all of a sudden in exactly that kind of situation which had caused her to break up her former engagement. To find a solution, she told Nejat that she would like to go back to her parents until she could join him in Germany. He first seemed to accept her suggestion, but then he asked her to stay. This was the moment when they had their first fight. For Sibel it is also the turning point in their relationship. While she was absolutely sure before, that she had met a partner who perfectly suited her, she afterwards had to realize that he did not, or could not, release her from a patrilocal living arrangement which turned out to be unbearable for her. Obviously conflicts about her desire to move back to her parental home overshadowed their marriage from that time on.

Sibel: "In the time period when I was engaged I really didn't have any quarrelling. About nothing. I thought to myself "I found the guy who perfectly fits me". He was thinking the same. After that, well, actually until we got married – right, until our honeymoon was over, it went on like that. And then, you know – two households [i.e. families; C.M.A. & G.S.] cannot fit into one house. Even though you're only a guest and you only stay for two weeks, it doesn't work. You know, they were our neighbors. People whom I don't like particularly. Well I didn't know their internals before. I hadn't been very close to them. Once I became close \\ hm \\ they have a 17-year-old daughter. (...) Well we couldn't get on very well – I didn't like her. I openly told that to my husband. He initially was – assumed a more humble attitude. He still was saying: don't think like that, don't do this, don't do that, and so on. And then he left me

behind and went. I stayed there, until he came back again \\ hm \\ I stayed with them.” (Sibel_JS1_128:128)

Sibel felt left behind by her husband when he returned to Germany. While she had to struggle with the daily difficulties of marriage life, he could escape. She started to question his promises. Several times she tried to convince him that it would be better if she would live with her parents as she and Nejat had agreed before their marriage. In the interview she refers to arguments she had with Nejat revealing that she believes it was not him, but his mother who wanted her to stay with his relatives.

Of course we may ask if most couples are not disappointed when the mundane side of married life starts. To some extent this may be the case, but we have also to take into account the transnational dimension and legal restrictions of family migration. Following a patrilocal tradition in Turkey the wedding day is classically the time when a bride moves to the household of her husband. Thereby the marriage becomes fully valid. However, a transition from the parental home to the new home is impossible in a transnational setting if the wedding is not postponed to a day when migration was possible. Many of our interviewees chose this option and clearly separated the time of the marriage at a registry office (*nikâh*) from the time of the celebration of the wedding (*düğün*). While legal marriage was the precondition to get a visa for migration, the wedding became also a symbol of having mastered the legal problems of family migration.

Sibel and Nejat took a different path. To signalize the transition to a married life as the bride she temporarily moved to his relatives. But what might have worked out for a short period of time, became unbearable when the interim solution seemed to become almost endless. For Sibel the only reason to stay in that family – although even living with her parents-in-law was unacceptable to her – was the forthcoming migration. She thought it might influence her future situation in Germany in a negative way if she would not do what her in-laws expected her to do. She did not want to risk the support of the only network she would have in Germany. Being afraid how she could cope with eventual problems after her migration to Germany, she held out for more than a year. This situation lasted until Nejat came to visit her a week before she started the language course, when he finally gave in and accepted that she returns to her parental home.

The example of Sibel clearly demonstrates how transnational couples suffer from the delay of the migration. Instead of establishing a common household and “vitalizing” the marital union, she has to cope with separation and manage a transition period which had an open end. After these reflections about impacts of leading a spatially distant relationship and being a *gelin*, the relevant question is why for the analyzed couple this process took so long?

5.4 Struggling with bureaucracy to fulfil the requirements of a marriage migration

Similarly to Sibel, Nejat was faced with severe problems which started right after the honeymoon. Economic and legal problems were his overall focus during our interview with him. He heavily criticized the bureaucratic difficulties attached to a transnational marriage, the allegedly unreliable and unfriendly conduct of business of the public administration and the Goethe Institute, and the conflicts that arose from this.

Being a Turkish citizen Nejat needed to fulfil some requirements that do not apply to receiving spouses with German citizenship. For TCNs, as the German government argues, it is reasonably acceptable that they establish a marital relationship outside of Germany. If they, however, want to live in Germany, the livelihood of the incoming spouse must be secured before the visa for spousal reunification is granted. Therefore Nejat had to be able to provide for adequate housing space and needed to have a minimum income and not depend on social welfare.

In the interview Nejat wondered how naive he was before his marriage. He thought he had to just wait some months until he could welcome his wife at the airport. However in 2007 there was a new legislation and his wife had to pass a German language exam before she could apply for her visa.

Nejat’s report (see below) why everything took such a long time is rather complex and it remains unclear what really happened. This may partly result from the fact that Nejat might lack the appropriate Turkish vocabulary, partly from his way of facing the world by focussing on things that seem to be directed against him. However, his rather muddled way of telling probably also reflected his mental stress in a – for him – hopelessly complicated situation which put his marital life at risk.

In his report Nejat mixed up what happened at the German consulate with what one expects to have happened at the Goethe Institute. He does not differentiate between Turkish and German institutions and he seems not to be aware that it makes a difference whether he was talking with a secretary or doorman or whether he talked to someone who is finally responsible and able to deliver reliable information. Sometimes it is not even clear whether he really was talking to an official or just to someone who did not know the legal requirements. However, Nejat said he understood that his wife had to stay in Turkey for at least one year before she could join him. He was still very upset about the delay which was caused by the incorrect information that was given to him.

Another aspect apparent in his report is his inability to successfully communicate with bureaucrats. An important reason could be his low educational background, probably in combination with lacking the experience to solve bureaucratic problems and an irascible temperament. Nejat apparently got into trouble with almost everybody he talked to. On the other hand, he neither sought help at social service organizations in Germany, which are rather familiar with these matters, nor consulted websites to check whether the information he got was correct or not. It seems that he also did not talk with fellow migrants. Otherwise he would have quickly understood that there was no waiting period but a list of other requirements which had to be fulfilled.

Nejat: "Well, we went to the consulate to find out and gather information. They did not give any information via phone. They gave an appointment for two weeks later – thanks indeed, we could get an appointment! Whatever – we went and while we explained this and that, the guy, the guy says like: 'We do not let out folks so easily'. The guy kind of, you know, really tries to provoke me there, talks with me about stuff that ain't no business of him. Anyways, I told him like, told him: 'Look brother, we just got married. What should we do?' And he keeps telling me tons of things, but nothing what really would help me out. And you know what, after one hour, you know what he tells me? That those who newly marry have to stay at least one year there, in Turkey. I said: 'Man, what are you talking about? What one year? Let's suppose one year is over, does that mean it's possible for her to leave?' He says: 'If she fulfills the things, the conditions, she also goes to a course' and this and that. I said: 'Good, OK, let it be this way'.

One year passed, after that I wanted to apply for a course – I am calling from as far as Germany to some ministries. There one thing I did not like at all: Whenever I ring them up [...] picks up the phone. OK, that's normal, but everyone was telling

something else. I was saying: "I want to apply for a course" and so on. They were telling me about the normal procedures. "Every two months you can register" they were saying and so on. I said: "Good, OK." And then, you know what he says to me? He said to me on the phone: "Anyways, why did you wait for one year?" I said: "What do you mean with »Why did you wait for one year?«" He said: "Well, but your wife" he says "could have done a course also one year ago". I said: "But it is like this and that" He said: "No, there is no such thing." I was so upset, I could have eaten the phone in that moment. I said: "Whatever – let's keep it this way." It was in March this year, she [i.e. Sibel] says to me: "I spoke to whomever. In May there are the registrations." she says. I said: "Good, OK, super." I call, a guy picks up the phone, I explain him, he says: "Well, the registration is over". I said: "Look brother, are you kidding me?" After that I get crazy – the guy tries to provoke me, like hangs up the phone on me. Well, I also got a bit upset, well, whatever, I call again, a different guy picks up. I explain and he says: "The registration is over." "It was till the twentysecond of October" he says. I again start to get crazy. I say: "Pal, I don't get you guys. One of you says this, the other says that." He says: "There is no such thing. It's written here before me, it's like this." I say: "You know, I called half an hour ago your colleague, and, you know, he was telling me –" He says: "He does not know any shit." Well, what I wanna say is, they do not cooperate with each other. Everyone works in his own fashion." (Nejat_RS1_125:125)

There were two important requirements which Nejat, being a non-privileged TCN, had to fulfil: he had to provide adequate housing space and he had to secure the livelihood for himself and his wife. To fulfil these requirements was a real burden for Nejat as it is for many socially disadvantaged people. At the moment of the interview he was unemployed and desperately looking for a job. As he told us his financial situation was rather precarious. He had to pay rent and had several other extra expenses due to the marriage and the forthcoming migration, but had no proper income. He said that he not only had been working in the construction business, but also in the facility management (cleaning) sector. Usually his acquaintances there offered him only contracts for two or three months. Being an unskilled worker, he seems to have had access to only low income and temporary employment opportunities.

The extent of his financial problems became quite obvious when he said that he walked to the meeting point for the interview, because he had no money to take a bus. He also mentioned that he had to pay the second instalment for Sibel's language course and wanted to send 400 €, but did not know how to do so. He said he would probably try to borrow the money from other people.

Obviously Nejat's financial problems posed a risk on the future migration of his spouse, since it is not sure that he will be able to provide appropriate housing and income. At the time of the interview with him it was not even guaranteed that Sibel would be able to finish the language course. On top of that, the communication between Nejat and Sibel had to be reduced since his laptop was broken and he had apparently no money to buy a new one, but attended an internet café to reach his wife. Besides, Sibel told in the interview, Nejat had meanwhile moved back to his parental home to reduce costs. Knowing that having a separate apartment is a matter which was very important for Sibel, we regard this as a further risk to their marriage.

5.5 Sibel trying to visit Nejat in Germany

In a follow-up interview with Sibel she reports that she tried to visit her husband in Germany, but failed to get a tourist visa. Nejat could not send her an official invitation, because he could not guarantee that he could meet her expenses in case of severe problems. According to Sibel he therefore had to have an employment which lasted more than five months, which was not the case. So she was invited by her mother-in-law, but her application was rejected. Then she tried to get a tourist visa for the Netherlands where a cousin of Nejat lives. But although Sibel had heard that it would be much easier to get a visa for the Netherlands, she failed again and lost hope.

After a while, Sibel's family started to ask what was going wrong. They did not understand why Nejat cannot arrange a visit for his wife. Sibel argues that it was not his fault, but her fate. She found out that at the time of her application to the Dutch embassy almost everybody was being rejected, but what exactly the reasons were she does not know.

5.6 The end

In February 2011, two months after her language exam, we called Sibel to find out when she would go to Germany. This is how we learned about the separation of the couple. Sibel did not go into details, but promised to call back when things have settled again. Regardless of how Sibel might explain

why they separated, we want to point to some aspects which probably have contributed to the divorce.

On the one hand the legal requirements, on the other growing tension due to the long waiting period have to be taken into consideration in order to assess the factors. Even though Sibel passed the language exam, it was unclear whether Nejat would be able to provide adequate housing space and an income that would secure their livelihood. As indicated above, his lack of job qualifications kept him in a precarious segment of the labour market. Even though the local job opportunities in the construction business were rather good in the time period the interviewing took place, Nejat faced problems finding regular employment. In addition, extra costs aggravated his financial problems. He had not only to bear the expenses for the language course and the exam, but had to contribute to the livelihood of Sibel when she lived in his uncle's household. Besides, there were additional expenses for travelling and communication while they still had to live in spatial distance.

Sibel felt left behind in an unbearable situation which she could hardly improve by her own means. Legal restrictions prevented her from being able to visit Germany – and obtaining an idea when the whole process would likely be completed. Eventually Sibel started to doubt whether Nejat would ultimately be able to fulfil the requirements of a spousal migration. As we have seen, she already doubted that the agreement to establish their household apart from her in-laws would be realized. Having in mind that this was the reason why she already once had broken her engagement, we suppose that it may also have contributed to the separation from her husband.

Some months earlier Sibel had told us in the interview that her and Nejat's love was strong enough to withstand all the difficulties they were faced with and that it even got stronger while waiting for the time when they finally will be able to live together. Yet, the problems the couple faced during this time period impacted their relationship to such an extent negatively that their marriage finally failed.

6. Conclusion

Like any in-depth case study, the case of Sibel and Nejat contains many singularities that cannot be transposed to other transnational couples who

plan a marriage migration in order to establish a common household. Peculiar in the above presented case, for instance, is that before Sibel enrolled in a German language class, one year had to pass. Yet our above analyses also reveal a number of important aspects that go beyond case specificities and can be regarded to be common experiences of many transnational couples. Especially relevant in this context are experiences that can be seen as “side effects” of the existing legal framework and administrative practices concerning spousal migration to Germany.

If the partner planning to emigrate is a TCN, one of the characteristics that might be common to most of the couples is the imbalance between spouses in terms of their mobility chances. While in most cases the spouse residing in the destination country enjoys freedom of travel, those spouses, as indicated in our case analysis, who initially live in a third country, such as Turkey, neither before the marriage nor immediately after it have the opportunity to visit their partners in Germany. The existing visa regime impedes the chances of these spouses to gather first-hand information about their prospective living conditions and assess their emigration plans more adequately.

The legal requirements that have to be met in order to be eligible for a family unification visa represent important additional challenges for most couples. Meeting these conditions, as illustrated above, depends to a great extent on the cultural and economic resources that are available to couples and often also on the financial support of their families. In legal terms through this conditionality – one might argue – that the basic right for family life is put into question. With regard to Germany, this conditionality undermines a constitutional right and therefore the legal requirements and bureaucratic procedures may be questioned for their constitutional compatibility.

As our case study indicates, in this context especially the obligation to prove German knowledge prior to immigration appears to be problematic. This condition affects less privileged couples in particular ways. Next to the fees for courses and exams, during the course periods, that last for eight weeks and more, often travel and accommodation costs as well as daily expenditures have to be paid. These expenditures can represent, as illustrated above, a serious challenge for some couples, especially if the partner attending the language course has to move temporarily to a different city.

In addition, from a family sociological point of view we would like to emphasize that the obligation to provide a language certificate has to be evaluated in terms of its effects on couples whose relation is generally not fully consolidated. Elements of uncertainty in the early phase of a couple relationship are anyhow typical and concern many issues, such as discovering and handling different interest and preferences of partners, forming an identity as a couple and figuring out how to represent the couple relationship to the outside world, etc. (Lenz 2009; Bulcroft et al. 2000). The necessity to pass a language examination and the burdens that occur in the context of trying to acquire the necessary knowledge can affect, as illustrated above, the couple relationship in a negative manner. The risks in this phase can be put into two categories (see Aybek et al. 2015; Williams and Baláž 2012): risks which are related to spatial distance in a relationship in general and risks which arise due to specific legal regulations concerning family unification. The language proof obligation obviously is a risk of the second type. Therefore, it is at least doubtful whether this precondition fulfills, as stated by the representatives of the political parties in favor of the legislation, the function of promoting integration or has an altogether positive effect on the relationship quality of transnational couples. Based on our above case study, we would conclude that the conditions to be satisfied in the context of family migration to Germany seem to be rather instruments of a selective control of marriage migrants than instruments supporting their integration.

References

- Ateş, Seyran (2004): Festrede: Kopftuch, Zwangsverheiratung und der türkische EU-Beitritt. In *Deutscher Juristinnenbund (djB)* (3), pp. 29–30.
- Ateş, Seyran (2006): Große Reise ins Feuer. Die Geschichte einer deutschen Türkin. Berlin: Rowohlt.
- Aybek, Can; Koç, İsmet; Straßburger, Gaby; Yüksel-Kaptanoğlu, İlnur (Eds.) (2011): Marriage Migration from Turkey to Germany – a Qualitative Longitudinal and Dyadic Perspective (unveröffentlichter Projektbericht). Universität Siegen. Siegen.
- Straßburger, Gaby; Aybek, Can (2015): Marriage Migration from Turkey to Germany: How Underprivileged Couples Cope with Immigration Regulations or Not. In: Heikkilä, Elli; Rauhut, Daniel (Eds.): Marriage Migration and Multicultural Relationships. Turku: Institute of Migration, pp. 81–103.
- Aybek, Can; Straßburger, Gaby; Yüksel-Kaptanoğlu, İlnur (2015): Marriage Migration from Turkey to Germany: Risks and Coping Strategies of Transnational Couples.

- In Can Aybek, Johannes Huinink, Raya Muttarak (Eds.): *Spatial Mobility, Migration, and Living Arrangements*. Cham: Springer, pp. 23–42.
- Aybek, Can M. (2012): Politics, Symbolics and Facts: Migration Policies and Family Migration from Turkey to Germany. *Perceptions - Journal of International Affairs* 17 (2), pp. 37–59.
- Baykara-Krumme, Helen; Fuß, Daniel (2009): Heiratsmigration nach Deutschland: Determinanten der transnationalen Partnerwahl türkeistämmiger Migranten. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 34 (1-2), pp. 135–164.
- Block, Laura (2011): The Legislative Framework of Spousal Migration and the Political Debate. In: Can Aybek, İsmet Koç, Gaby Straßburger, İlknur Yüksel-Kaptanoğlu (Eds.): *Marriage Migration from Turkey to Germany – a Qualitative Longitudinal and Dyadic Perspective* (unveröffentlichter Projektbericht). Universität Siegen. Siegen, pp. 17–25.
- Bonjour, Saskia; Block, Laura (2013): Fortress Europe or Europe of Rights? The Europeanisation of Family Migration Policies in France, Germany and the Netherlands. *European Journal of Migration and Law* 15 (2), pp. 203–224. DOI: 10.1163/15718166-12342031.
- Bulcroft, Richard; Bulcroft, Kris; Bradley, Karen; Simpson, Carl (2000): The Management and Production of Risk in Romantic Relationships: A Postmodern Paradox. *Journal of Family History* 25 (1), pp. 63–92.
- Carens, Joseph H. (1992): Migration and Morality. A Liberal Egalitarian Perspective. In: B. Austin Barry, Robert E. Goodin (Eds.): *Free Movement. Ethical Issues in the Transnational Migration of People and of Money*. University Park, Pa.: Pennsylvania State Univ. Press, pp. 25–47.
- Charsley, Katharine (2005): Unhappy Husbands: Masculinity and Migration in Transnational Pakistani Marriages. *Journal of the Royal Anthropological Institute* 11 (1), pp. 85–105.
- Charsley, Katharine (2007): Risk, Trust, Gender and Transnational Cousin Marriage among British Pakistanis. *Ethnic & Racial Studies* 30 (6), pp. 1117–1131.
- Çileli, Serap (1999): *Wir sind eure Töchter, nicht eure Ehre!* Michelstadt: Neuthor-Verlag.
- Çileli, Serap (2008): *Eure Ehre - unser Leid. Ich kämpfe gegen Zwangsehe und Ehrenmord*. München: Blanvalet.
- Corden, Anne; Millar, Jane (2007): Time and Change: A Review of the Qualitative Longitudinal Research Literature for Social Policy. In *Social Policy and Society* 6 (4), pp. 583–592.
- Geertz, Clifford (2000): *The Interpretation of Cultures. Selected Essays*. New York, NY: BasicBooks.
- González-Ferrer, Amparo (2006): Who Do Immigrants Marry? Partner Choice Among Single Immigrants in Germany. *European Sociological Review* 22 (2), pp. 171–185. DOI: 10.1093/esr/jci050.

- González-Ferrer, Amparo (2007): The Process of Family Reunification among Original Guest-Workers in Germany. *Zeitschrift für Familienforschung - Journal of Family Research* 19 (1), pp. 10–33, checked on 8/2/2012.
- Grote, Janne (2017): Family Reunification of Third-Country Nationals in Germany. Focussed Study by the German National Contact Point for the European Migration Network (EMN). Working Paper 73. Edited by Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Joppke, Christian (1999): *Immigration and the Nation-State: the USA, Germany and Great Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Kalter, Frank; Schroedter, Julia H. (2010): Transnational Marriage among Former Labour Migrants in Germany. *Zeitschrift für Familienforschung - Journal of Family Research* 22 (1), pp. 11–36.
- Kelek, Necla (2005): *Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Kelek, Necla (2006): *Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes*. 2. Aufl. Köln: Kiepenheuer & Witsch. Available online at <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD120060315592028.pdf>
- Kofman, Eleonore (2004): Family-Related Migration: a Critical Review of European Studies. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30 (2), pp. 243–262.
- Koopmans, Ruud; Michalowski, Ines; Waibel, Stine (2012): Citizenship Rights for Immigrants: National Political Processes and Cross-National Convergence in Western Europe, 1980–2008. *American Journal of Sociology* 117 (4), pp. 1202–1245.
- Kraler, Albert (2014): A Liberal Paradox: Expanding Rights, Reducing Access? Contemporary Patterns of Family Migration Policies in the EU. In: Thomas Geisen, Tobias Studer, Erol Yıldız (Eds.): *Migration, Familie und Gesellschaft. Beiträge zu Theorie, Kultur und Politik*. Wiesbaden: Springer VS, pp. 357–378.
- Kraler, Albert; Kofman, Eleonore (2009): *Family Migration in Europe: Policies vs. Reality*. Amsterdam (IMISCOE Policy Brief, 16). Available online at http://research.icmpd.org/fileadmin/Research-Website/Project_material/NODE/IMISCOE_PB_Familymigration_in_EU.pdf, checked on 11/10/2018.
- Kreienbrink, Axel; Rühl, Stefan (2007): *Familiennachzug in Deutschland. Kleinstudie IV im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Working Paper Nr. 10, 10). Available online at <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp10-deutsch-familiennachzug-in-deutschland.html>, checked on 9/12/2011.
- Lenz, Karl (2009): Paare in der Aufbauphase. In: Karl Lenz, Frank Nestmann (Eds.): *Handbuch persönliche Beziehungen*. Weinheim: Juventa-Verlag, pp. 189–220.
- Lewis, Jane (2007): Analysing Qualitative Longitudinal Research in Evaluations. *Social Policy and Society* 6 (4), pp. 545–556, checked on 2007.

- Neale, Bren; Flowerdew, Jennifer (2003): Time, Texture and Childhood: the Contours of Longitudinal Qualitative Research. *International Journal of Social Research Methodology* 6 (3), pp. 189–199.
- Reis, Harry T.; Collins, W. Andrew; Berscheid, Ellen (2000): The Relationship Context of Human Behavior and Development. *Psychological Bulletin* 126 (6), pp. 844–872.
- Rosenthal, Gabriele (2004): Biographical Research. In: Clive Seale, Giampietro Gobo, Jaber F. Gubrium, David Silverman (Eds.): *Qualitative Research Practice*. London: Sage, pp. 48–64.
- Schroedter, Julia (2006): Binationale Ehen in Deutschland. *Wirtschaft und Statistik* 4, pp. 419–431.
- Scott, Jacqueline; Alwin, Duane (1998): Retrospective versus Prospective Measurement of Life Histories in Longitudinal Research. In: Janet Zollinger Giele, Glen H. Elder (Eds.): *Methods of Life Course Research. Qualitative and Quantitative Approaches*. Thousand Oaks, Calif: Sage, pp. 98–127.
- Straßburger, Gaby (2003): Heiratsverhalten und Partnerwahl im Einwanderungskontext: Eheschließungen der zweiten Migrantengeneration türkischer Herkunft. Würzburg: Ergon-Verlag.
- Straßburger, Gaby (2007): Zwangsheirat oder arrangierte Ehe: Zur Schwierigkeit der Abgrenzung. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Ed.): *Zwangsverheiratung in Deutschland*. Baden-Baden, pp. 72–86.
- Strasser, Elisabeth; Kraler, Albert; Bonjour, Saskia; Bilger, Veronika (2009): Doing Family: Responses to the Constructions of ‘the Migrant Family’ across Europe. *The History of the Family* 14 (2), pp. 165–176.
- Thomson, Rachel; Holland, Janet (2003): Hindsight, Foresight and Insight: the Challenges of Longitudinal Qualitative Research. *International Journal of Social Research Methodology*, 6 (3), pp. 233–244.
- Walter, Anne (2009): *Familienzusammenführung in Europa: Völkerrecht, Gemeinschaftsrecht, Nationales Recht*. Baden-Baden: Nomos.
- Williams, Allan M.; Baláž, Vladimír (2012): Migration, Risk, and Uncertainty: Theoretical Perspectives. *Population, Space and Place* 18 (2), pp. 167–180.
- Williams, Lucy (2010): *Global Marriage. Cross-Border Marriage Migration in Global Context*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Can M. Aybek

Professor an der Hochschule Bremen, verantwortlich für die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten im Bereich der empirischen Sozialforschung in den Studiengängen der Sozialen Arbeit. In seinen eigenen Forschungsprojekten hat er sich mit Fragen im Zusammenhang mit Migration, Integration, sozialer Ungleichheit, Familie und gesellschaftlicher Diversität beschäftigt.

Dr. Franziska Bonna

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Bremen in einem Forschungsprojekt für inklusive Erwachsenenbildung. Weitere Forschungsschwerpunkte sind die Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener sowie die Arbeitslosenforschung.

Dr. Dieter Brinkmann

Lektor an der Hochschule Bremen, Schwerpunkte in Lehre und Forschung im Bereich Informelle Bildung, Wissenswelten und erlebnisorientierte Lernorte. Leiter zahlreicher Studien der praxisorientierten Freizeitforschung (touristische Gästebefragungen, Besucherstudien in Museen und Zukunftsstudien für die Bereiche Freizeitparks und Erlebnisbäder).

Prof. Charles Crothers

Professor of Sociology at Auckland University of Technology, New Zealand and senior research associate at the University of Johannesburg. PhD at Victoria University of Wellington, worked at the VUW, the University of Auckland, and the University of Natal in Durban. Current areas of research include Social Theory, Methods of Applied Social Research and policy processes, the History and Current Situation of Sociology, and Settler Societies (especially New Zealand and South Africa) with a particular interest in settlements. Editor of The Royal Society of New Zealand's *Kotuitui* and formerly Vice-President of the Research Committee on the History of Sociology of the International Sociological Association and President of the Sociological Association of Aotearoa/new Zealand.

Prof. Dr. Renate Freericks

Studiengangsleiterin des Internationalen Bachelorstudiengangs Angewandte Freizeitwissenschaft an der Hochschule Bremen. Vorsitzende des Instituts für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e.V. und der Kommission Pädagogische Freizeitforschung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Schwerpunkte in Lehre und Forschung: Pädagogik in Freizeit und Tourismus, Konzepte der Freizeitbildung, Zeitforschung, Evaluationsstudien.

Prof. Dr. Rainer Hartmann

lehrt und forscht seit 2005 an der Hochschule Bremen im Bereich Freizeit- und Tourismusmanagement. Thematische Schwerpunkte: Regionalstudien zum nachhaltigen Tourismus, Stadtmarketing und Städtetourismus sowie Kulturtourismus. Funktionen an der Hochschule: Leiter des Masterstudiengangs „International Studies of Leisure and Tourism“ und Prodekan der Fakultät Gesellschaftswissenschaften.

Prof. Dr. Marianne Hirschberg

Hochschule Bremen, Fakultät Gesellschaftswissenschaften. Lehre und Forschung aus Perspektive der Menschenrechte und Disability Studies zu den Schwerpunkten: Inklusive Bildung und Gesundheit.

Prof. Dr. Jutta Hübner

ist Fachärztin für Innere Medizin und hat zahlreiche Fort- und Weiterbildungen besucht. Sie war als klinische Ärztin in verschiedenen Positionen bis zur Chefärztin tätig. 2014 habilitierte Sie sich an der Universität Jena. Sie leitete das wissenschaftliche Datenbankprojekt der Deutschen Krebsgesellschaft von 2013 – 2016. Seit 2017 hat sie die Stiftungsprofessur für Integrative Onkologie der Deutschen Krebshilfe am Universitätsklinikum Jena inne.

Prof. Dr. Heinz Janßen

ist in Lehre und Forschung an der Hochschule Bremen im Internationalen Studiengang „Pfleger- und Gesundheitsmanagement (ISPG)“ und als Leiter des "Forschungsinstituts Gesundheits- und Pflegeökonomie (IGP)" tätig. Er vertritt die Schwerpunkte Gesundheitsökonomie, Gesundheitsmanagement, Public Health und Rehabilitation.

Leonore Köhler

war im Rahmen des Forschungsvorhabens "Allgemeiner Rehabilitationsbedarf und Evaluation mobiler geriatrischer Rehabilitation (MoGeRe)" als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsinstitut Gesundheits- und Pflegeökonomie IGP an der Hochschule Bremen tätig.

Prof. Dr. Heinz Lynen von Berg

hat seit 2013 die Professur für Sozialwissenschaften in der Sozialen Arbeit an der HS Bremen inne. Seine Schwerpunkte in der Lehre sind politikwissenschaftliche und soziologische Grundlagen der Sozialen Arbeit, Rechtsextremismus und dessen Bearbeitung sowie Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Demokratieforschung, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sowie Evaluationsforschung. An der HS Bremen initiierte und leitet er ein regionales „Archiv Rechtsextremismus, Salafismus und radikalisierte Gewalt“.

Prof. Dr. habil. Olaf Morgenroth

studierte Psychologie an der Technischen Universität Berlin und promovierte 1998 zum Dr. rer. nat. an der Humboldt Universität zu Berlin. Er wurde 2007 an der Technischen Universität Chemnitz im Fach Psychologie für seine Forschungen auf dem Gebiet der Psychologie der Zeit habilitiert. 2010 erhielt er den Ruf auf die Professur für Gesundheitspsychologie an der Medical School Hamburg. In seiner aktuellen Forschung beschäftigt er sich u.a. mit den Gesundheitseffekten psychologischer Distanz und forscht zu zeitbezogenen Copingstrategien. Darüber hinaus interessiert er sich für Psychologiegeschichte und interkulturelle Psychologie.

Prof. Dr. Gabriele Schäfer

Psychologin und Ethnologin, Professorin an der Hochschule Bremen, Studiengang Soziale Arbeit. Studiengangsleiterin des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit und Clustersprecherin des Forschungsclusters Lebensqualität. Schwerpunkte in Lehre und Forschung: Entwicklungspsychologie, Sozialpsychologie, Gesprächsführung, Konfliktbewältigungsstrategien, Familienpsychologie, Familiensoziologie, Familientherapie, Migrationsprozesse.

Prof. Dr. Wiebke Scharff Rethfeldt

Staatl. anerk. Logopädin, Autorin und Leiterin des Studiengangs für Angewandte Therapiewissenschaften an der Hochschule Bremen. Weltweit vertritt sie u.a. als Deputy Chair des Multilingual-Multicultural Affairs Committee der International Association of Logopedics and Phoniatics das Fachgebiet der Kommunikationsstörungen sowie Sprachentwicklung bei Mehrsprachigkeit und Interkulturalität.

Marie Seedorf

Sozialarbeiterin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Bremen, Studiengang Soziale Arbeit Dual. Schwerpunkte: Kinder- und Jugendhilfe, Sozialdatenschutz

Eckart Seilacher

ist Gesundheits- und Krankenpfleger (B.Sc. Nursing) und hat Neuere Deutsche Literatur, Philosophie und Theaterwissenschaften/Kulturelle Kommunikation studiert (M.A.). Seit 2013 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Krebsgesellschaft. Nebenher arbeitet er als Krankenpfleger und als freiberuflicher Lehrbeauftragter zu pflegewissenschaftlichen Themen.

Prof. Dr. Christian Spatscheck

Professor für Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit an der Fakultät Gesellschaftswissenschaften der Hochschule Bremen, Visiting Scholar an der Universität Lund, Visiting Professor an der Universität Pisa. Mitglied des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA), Sprecher der Sektion Theorie- und Wissenschaftsentwicklung der DGSA; Arbeitsschwerpunkte: Theorien und Methoden Sozialer Arbeit, insbes. sozialraumbezogene Arbeitsansätze, systemisches Denken und Handeln, Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendhilfe, insbes. Jugendarbeit, sowie Internationale Soziale Arbeit.

Prof. Dr. Bernd Stecker

Lehre und Forschung an der Hochschule Bremen in den Internationalen Studiengängen „Angewandte Freizeitwissenschaft B.A.“ und „International Studies of Leisure and Tourism M.A.“ mit den Schwerpunkten Ökologie und Nachhaltigkeit in Freizeit und Tourismus, touristisches Schutzgebietsmanagement, Umweltbildung und Naturschutzpädagogik.

Prof. Dr. Gaby Straßburger

Professorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) mit dem Fachgebiet Sozialraumorientierte Soziale Arbeit. Im Bachelor- und Masterstudiengang Soziale Arbeit vertritt sie die Schwerpunkte Stadtteilorientierte Soziale Arbeit sowie Partizipation und Sozialraumorientierung. Ihre Forschung befasst sich mit diversen Fragestellungen der Teilhabe, Inklusion und Partizipation.

Prof. Dr. Sabine Wagenblass

Erziehungswissenschaftlerin, Professorin an der Hochschule Bremen, Studiengang Soziale Arbeit. Studiengangsleiterin des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit Dual und Praxisbeauftragte. Schwerpunkte in Lehre und Forschung: Geschichte und Theorien der Sozialen Arbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Frühe Hilfen, Kinderschutz und Kooperation der Hilfesysteme

Prof. Dr. Matthias Zündel

ist staatl. examinierter Krankenpfleger und studierte in Hamburg die Fächer Gesundheit, Soziologie und Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Nach seiner Promotion an der Universität Bremen arbeitete er als Hochschullehrer zunächst an der Evangelischen Hochschule in Berlin in einem primärqualifizierenden Pflegestudiengang. Seit 2014 ist er an der der Hochschule Bremen in der Fakultät Gesellschaftswissenschaften tätig und hat dort die Professur für Gesundheits- und Pflegemanagement inne.

Lebensqualität als postmodernes Konstrukt

Der vorliegende Sammelband, entstanden im Forschungscluster Lebensqualität der Hochschule Bremen, umfasst Beiträge aus einem weiten Spektrum des Begriffs, nimmt Bezug auf Diskussionen der Sozialen Arbeit, konstruktive Debatten in den Gesundheitswissenschaften sowie Analysen der Freizeit- und Tourismuswissenschaft. Gemeinsames Anliegen der Autorinnen und Autoren ist die forschungsbezogene Aufarbeitung aktueller Tendenzen und die Reflexion von Projekterfahrungen. Die Frage nach dem „guten Leben“, seinen Restriktionen und Bedingungen durchzieht die verschiedenen Ansätze. Die Beiträge regen an, die eigene Konstruktion des Begriffs Lebensqualität zu überdenken und die Praxis in den jeweiligen Handlungsfeldern neu zu entwerfen.